01.015 BRG Seite 1 von 1

01.015 - Geschäft des Bundesrates.

4. IV-Revision

Texte français

Zusammenfassung der Beratungen

Stand der Beratung Erledigt

Botschaft vom 21. Februar 2001 über die 4. Revision des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (BBI 2001 3205)

Vorlage 1

Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG)

Chronologie:

13.12.2001 NR Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

26.09.2002 SR Abweichend.

02.12.2002 NR Abweichend.

10.03.2003 SR Abweichend.

12.03.2003 NR Zustimmung.

21.03.2003 NR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

21.03.2003 SR Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

Bundesblatt 2003 2745; Ablauf der Referendumsfrist: 10. Juli 2003

Amtliche Sammlung des Bundesrechts 2003 3837

Vorlage 2

Bundesbeschluss über die Finanzierung der Invalidenversicherung durch die Anhebung der Mehrwertsteuersätze

Chronologie:

13.12.2001 NR Beschluss gemäss Entwurf der Kommission.

26.09.2002 SR Nichteintreten

04.03.2003 NR Nichteintreten

Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle

Zuständig Departement des Innern (EDI)

Behandelnde Kommissionen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR (SGK-NR)

Antrag: Differenzbereinigung

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR (SGK-SR)

Antrag: Eintreten

Behandlungskategorie NR: III, Reduzierte Debatte (Art. 68 GRN)

Deskriptoren Invalidenversicherung; Behinderte/r;

Bezug mehrerer Renten; Ergänzungsleistung; Taggeld; Fortbildung; Schiedsgerichtsbarkeit;

Assistenzentschädigung; Viertelsrenten; 28;

▲ "라 Home

01.015 MCF Seite 1 von 1

01.015 - Objet du Conseil fédéral.

4e révision de l'Al

Deutscher Text

Synthèse des délibérations

Etat actuel Liquidé

Message du 21 février 2001 concernant la 4e révision de la loi fédérale sur l'assurance-invalidité (FF 2001

Projet 1

3045)

Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI)

Chronologie:

13-12-2001 CN Décision modifiant le projet du Conseil fédéral.

26-09-2002 CE Divergences.

02-12-2002 CN Divergences.

10-03-2003 CE Divergences.

12-03-2003 CN Adhésion.

21-03-2003 CN La loi est adoptée en votation finale.

21-03-2003 CE La loi est adoptée en votation finale.

Feuille fédérale 2003 2429; délai référendaire: 10 juillet 2003

Recueil officiel des lois fédérales 2003 3837

Projet 2

Arrêté fédéral sur le financement de l'assurance-invalidité par le biais d'un relèvement des taux de la taxe sur la valeur ajoutée

Chronologie:

13-12-2001 CN Décision conforme au projet de la commission.

26-09-2002 CE Ne pas entrer en matière.

04-03-2003 CN Ne pas entrer en matière.

Bulletin officiel - les procès-verbaux

Compétence Département de l'intérieur (DFI)

Commissions traitant l'objet Commission de la sécurité sociale et de la santé publique CN (CSSS-CN)

Amendement: Traitement des divergences

Commission de la sécurité sociale et de la santé publique CE (CSSS-CE)

Amendement: Entrer en matière

Catégorie objet CN: III, Débat réduit (art. 68 RCN)

Descripteurs Invalidenversicherung; Behinderte/r;

Bezug mehrerer Renten; Ergänzungsleistung; Taggeld; Fortbildung; Schiedsgerichtsbarkeit;

Assistenzentschädigung; Viertelsrenten; 28;

A Home

01.015 - Zusammenfassung

Uebersicht

01.015 4. IV-Revision

Botschaft vom 21. Februar 2001 über die 4. Revision des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (BBI 2001 3205)

Ausgangslage

Die finanzielle Situation der Invalidenversicherung hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend verschlechtert. Ende 1996 wies das Kapitalkonto der IV einen Negativsaldo von 1,6 Milliarden aus; Ende 1997 betrugen die Schulden bereits 2,2 Milliarden Franken. Angesichts dieser Entwicklung schlug der Bundesrat im Juni 1997 im Rahmen seiner Botschaft zum ersten Teil der 4. IV-Revision rasch umsetzbare Massnahmen zur Zusatzfinanzierung der IV (Verlagerung von Kapital und von Beiträgen aus dem Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung [EO] zur IV), gezielte Einsparungen (Aufhebung der Zusatzrenten und der Viertelsrenten) sowie erste kostensteuernde Massnahmen vor. Die Räte stimmten nur einer der beiden vorgeschlagenen Zusatzfinanzierungsmassnahmen zu: Per 1. Januar 1998 wurden 2,2 Milliarden Franken aus dem Ausgleichsfonds der EO zur Invalidenversicherung überwiesen. Dadurch konnten die bis Ende 1997 aufgelaufenen Schulden der IV abgebaut werden. Die übrigen Massnahmen des ersten Teils der 4. IV-Revision konnten nicht realisiert werden, da die Vorlage hauptsächlich wegen des Widerstandes gegen die Aufhebung der Viertelsrenten in der Volksabstimmung vom Juni 1999 gescheitert war. Der Bundesrat greift in dieser Vorlage die für den ersten Teil der Revision vorgesehenen Massnahmen mit Ausnahme der Aufhebung der Viertelsrenten wieder auf und vereinigt diese mit den ursprünglich für den zweiten Teil vorgesehenen Revisionspunkten in einer einzigen Vorlage.

Mit der 4. IV-Revision werden folgende Hauptziele verfolgt:

- Beitrag zur finanziellen Konsolidierung der IV Die auf Anfang 1998 erfolgte Verlagerung von Kapital von der EO zur IV diente lediglich einem punktuellen Schuldenabbau. Ende 1999 beliefen sich die Schulden der IV bereits wieder auf 1,5 Milliarden Franken. Die mittel und langfristig ausgeglichene Finanzierung der IV bleibt deshalb weiterhin prioritär. Die erforderliche Zusatzfinanzierung der IV soll im Rahmen der 11. AHV-Revision angegangen werden; in diesem Rahmen wird eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und eine Verlagerung von weiteren 1,5 Milliarden Franken aus der EO zur IV vorgeschlagen. Die 4. IV-Revision ihrerseits enthält Massnahmen, welche sich auf der Ausgabenseite entlastend auswirken. Hierzu gehören die Aufhebung der Zusatzrenten, die Aufhebung der Härtefallrenten und Schaffung eines Anspruchs auf Ergänzungsleistungen (EL) für Bezügerinnen und Bezüger von Viertelsrenten sowie Massnahmen zur vermehrten Kostensteuerung (Bedarfsplanung bei Behinderteninstitutionen, gesetzliche Grundlage für die Finanzierung wissenschaftlicher Auswertungen).
- Gezielte Anpassungen im Leistungsbereich. Mit der Einführung einer Assistenzentschädigung sind gezielte Leistungsanpassungen im Hinblick auf eine erhöhte Autonomie von Menschen mit Behinderungen vorgesehen. Die Assistenzentschädigung soll dazu beitragen, dass behinderte Personen mit einem regelmässigen Bedarf an Betreuung oder Pflege die dadurch entstehenden Kosten (mindestens teilweise) decken können. Weiter soll das überholte Taggeldsystem der IV durch ein zeitgerechtes, transparentes und zivilstandsunabhängiges Taggeldsystem ersetzt werden. Und schliesslich werden die Grundlagen dafür geschaffen, dass die IV in Zukunft die invaliditätsbedingten Mehrkosten im Bereich der beruflichen Weiterausbildung unabhängig von der Art des Berufsfeldes unter klar definierten Voraussetzungen übernimmt.
- Verstärkung der Aufsicht des Bundes. Mit einer verstärkten Aufsicht des Bundes will der Bundesrat die Voraussetzungen für eine gesamtschweizerisch möglichst einheitliche Beurteilung von Leistungsgesuchen schaffen und die Ausgabenentwicklung in der IV (insbesondere IV-Renten) besser in den Griff bekommen. Um diese Ziele zu erreichen, ist die Einführung von regionalen ärztlichen Diensten unter der direkten fachlichen Aufsicht des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV) vorgesehen. Als Ergänzung dazu schlägt der Bundesrat jährlich (statt nur periodisch) stattfindende Geschäftsprüfungen der IV-Stellen vor.
- Verbesserung und Vereinfachung der Struktur und des Verfahrens der IV. Mit der Einführung eines Schiedsgerichtes für Tarifstreitigkeiten und einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen IV-Stellen, Durchführungsorganen der Arbeitslosenversicherung und kantonalen Durchführungsstellen, welche für die Förderung der beruflichen Eingliederung zuständig sind, soll das Verfahren einfacher und übersichtlicher gestaltet und besser koordiniert werden.

Die finanziellen Auswirkungen der 4. IV-Revision sind je nach gewähltem Zeithorizont unterschiedlich. Die Ausgaben für die Zusatzrenten verringern sich nicht sofort in grossem Umfang, sondern nehmen nur kontinuierlich ab, da für bisherige Leistungsbezügerinnen und -bezüger der Besitzstand gewährt wird.

Im Durchschnitt der ersten 15 Jahre werden die Ausgaben der IV insgesamt um 55 Millionen Franken pro Jahr vermindert. Sobald sämtliche Zusatzrenten ausgelaufen sind, hat die Revision für die IV Einsparungen von 232 Millionen Franken pro Jahr zur Folge. Die Revisionsmassnahmen haben auch Auswirkungen auf die Finanzhaushalte des Bundes und der Kantone, da sich der Beitrag des Bundes an die IV gemäss gesetzlicher Regelung auf 37,5 Prozent und derjenige der Kantone auf 12,5 Prozent der jährlichen Ausgaben der IV

beläuft. Langfristig ergeben sich unter zusätzlicher Berücksichtigung der finanziellen Auswirkungen der Revisionsmassnahmen auf die AHV und die EL – für den Bund insgesamt Einsparungen von 86 Millionen Franken und für die Kantone von 14 Millionen Franken pro Jahr.

Mit den Zusatzfinanzierungsmassnahmen der 11. AHV-Revision und den Massnahmen der 4. IV-Revision wird es gelingen, die Schulden der IV bis zum Jahr 2007 vollständig abzubauen und das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wiederherzustellen.

Verhandlungen

Vo	rlag	ie 1

Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG)

13.12.2001	NR	Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.
26.09.2002	SR	Abweichend.
02.12.2002	NR	Abweichend.
10.03.2003	SR	Abweichend.
12.03.2003	NR	Zustimmung.
21.03.2003	NR	Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen. (178:5)
21.03.2003	SR	Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen. (41:0)

Vorlage 2

Bundesbeschluss über die Finanzierung der Invalidenversicherung durch die Anhebung der Mehrwertsteuersätze

13.12.2001 NR Beschluss gemäss Entwurf der Kommission.

26.09.2002 SR Nichteintreten 04.03.2003 NR Nichteintreten

Vorlage 1

Nach ausgiebiger Debatte hiess der **Nationalrat** die 4. Revision der IV mit 112 zu 1 Stimme bei 21 Enthaltungen gut. Das Konzept des Bundesrates fand im Grundsatz in allen politischen Lagern Unterstützung. Im Verlauf der zehnstündigen Debatte scheiterten sowohl die Versuche der Mitglieder der SVP-Fraktion, die IV-Revision in ihrer Tragweite zu beschränken, wie auch die Bemühungen aus dem rotgrünen Lager, sie auszuweiten. Der Linken ist es aber mit Unterstützung der CVP-Fraktion immerhin gelungen, für Personen mit einem Invaliditätsgrad zwischen 60 und 70 Prozent eine Dreiviertelrente einzuführen.

Was die Assistenzentschädigung – Pièce de Résistance der Vorlage – betrifft, wurden den Ratsmitgliedern verschiedene Modelle vorgeschlagen. Schliesslich obsiegte der Antrag der Kommissionsmehrheit, wonach ein Gesuch um eine solche Entschädigung erst ab einer Viertelsrente geprüft wird. Überdies hat der Nationalrat mit 105 zu 31 Stimmen die Schaffung regionaler ärztlicher Dienste gutgeheissen, die eine gesamtschweizerisch einheitliche Praxis bei der Beurteilung des Rentenanspruchs gewährleisten sollen. Des Weitern ist der Nationalrat dem Antrag von Peter Hess (C, ZG) gefolgt, wonach die Geschäftsführung der IV-Stellen nicht mehr durch das BSV, sondern einmal jährlich durch unabhängige Expertinnen und Experten überprüft werden soll.

Der Ständerat hat der 4. IV-Revision mit geringen Differenzen zum Nationalrat zugestimmt. Zwar hat er zum Prinzip der Assistenzentschädigung Ja gesagt, er wollte aber nicht auf den Begriff der "Hilflosenentschädigung" verzichten, um zu verhindern, dass diese Änderung in der Terminologie die Verpflichtung nach sich ziehen würde, dass die Schweiz gestützt auf die Bilateralen Verträge Leistungen auch im Ausland erbringen muss. Mit 26 zu 16 Stimmen hat der Ständerat den Minderheitsantrag von Christiane Langenberger (R, VD) verworfen, der ein persönliches Hilflosenbudget vorsah, das den Versicherten entsprechend ihres in der Bedarfsabklärung festgelegten Zeitbedarfs an persönlicher Pflege und Betreuung monatlich ausgerichtet würde. Hingegen ist die kleine Kammer dem Antrag von Thomas Pfisterer (R, AG) gefolgt, Pilotversuche durchzuführen. Entgegen dem Antrag ihrer Kommission haben die Ständerätinnen und Ständeräte äusserst knapp (mit 18 zu 17 Stimmen) dem Vorschlag von Carlo Schmid (C, AI) und damit einer Verstärkung der Bundesaufsicht über die Beurteilung der medizinischen Anspruchsvoraussetzungen zugestimmt. Indem der Ständerat mit 18 zu 16 Stimmen die Überprüfung der Geschäftsführung der IV-Stellen durch unabhängige Expertinnen und Experten verwarf, hat er eine weitere Differenz zum Nationalrat geschaffen.

Der Nationalrat hat einen Teil der geringen Differenzen gegenüber dem Ständerat ausgeräumt, hat aber an anderen festgehalten. Im Gegensatz zum Ständerat wollte er die Kompetenz des Bundes betreffend die medizinischen Entscheide über die Gewährung von IV-Renten nicht verstärken. Die grosse Kammer zog es vielmehr vor, diese Aufgabe den IV-Stellen zu übertragen. Mit 82 gegen 57 Stimmen hat es der Nationalrat ausserdem abgelehnt, auf seinen Beschluss zurückzukommen und das BSV mit der Überprüfung der Geschäftsführung der IV-Stellen zu beauftragen. Entgegen dem Antrag seiner Kommission und von Bundesrätin Ruth Dreifuss hielt er an der Beaufsichtigung durch unabhängige Revisionsstellen fest.

Der **Ständerat** hat die meisten Differenzen ausgeräumt. Er folgte aber dem Nationalrat nicht, der eine neue Regelung für den Fall der Herabsetzung oder Aufhebung einer Rente wünschte, und behielt die gegenwärtige Praxis bei. Er hat sich weiter der grossen Kammer in der Frage der Aufsicht über die IV-Stellen angenähert,

ohne ihr vollständig zu folgen. Der Auffassung seiner Kommission folgend hat er dem zuständigen Bundesamt die Prüfung der Aufgabenerfüllung durch die IV-Stellen übertragen und festgelegt, dass die Rechnungsprüfung durch externe Revisionsstellen übernommen wird.

Der Nationalrat hat sich den Beschlüssen des Ständerates angeschlossen.

Vorlage 2

An Sanierungsmassnahmen hat der **Nationalrat** zunächst die Überweisung von 1,5 Milliarden Franken von der Erwerbsersatzordnung zur IV beschlossen. Sodann ist sie der Kommissionsmehrheit gefolgt und hat der Erhebung eines zusätzlichen Mehrwertsteuerprozents zu Gunsten der IV, ohne Abzweigung eines Anteils in die Bundeskasse, zugestimmt. Hingegen hat sie den Antrag von Christine Egerszegi (R, AG), den auch der Bundesrat unterstützte, nämlich einen Teil des Ertrags laufend den Rückstellungen des Bundes für die IV gutzuschreiben, mit 77 zu 66 Stimmen verworfen.

Im Einklang mit dem Nationalrat hat der **Ständerat** die Überweisung von 1,5 Milliarden Franken von der Erwerbsersatzordnung zur IV beschlossen. Er hat hingegen entschieden, in diesem Rahmen nicht auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer einzutreten, sondern diesen Punkt zusammen mit der 11. AHV-Revision zu behandeln.

Der Nationalrat ist dem Ständerat gefolgt und hat beschlossen, auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht einzutreten.

Verordnung der Bundesversammlung betreffend die Anpassungen des Bundesbeschlusses über die Parlamentsdienste an das neue Bundespersonalgesetz ' Ordonnance de l'Assemblée fédérale portant adaptation de l'arrêté fédéral sur les Services du Parlement à la loi fédérale sur le personnel de la Confédération

Detailberatung - Examen de détail

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Antrag des Büros

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, ch. l, II Proposition du Bureau Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen Adopté

Gesamtal stimmung – Vote sur l'ensemble (namerdich – nominatif; Beilage – Annexe 01.456/1914) Für Annahme des Entwurfes 101 Stimmen (Einstimmigkeit)

01.015

4. IV-Revision 4e révision de l'Al

Erstrat - Premier Conseil

Botschaft des Bundesrates 21 02 01 (BBI 2001 3205) Message du Conseil fédéral 21 02.01 (FF 2001 3045) Nationalrat/Conseil national 13.12.01 (Erstrat – Premier Conseil) Nationalrat/Conseil national 13 12.01 (Fortsetzung – Suite)

Gross Jost (S, TG), fur die Kommission[.] Die Kommission ersucht Sie einstimmig, auf die Vorlage einzutreten. Erlauben Sie mir, auf die wesentlichen Schwerpunkte der Revision einzugehen.

Eines der vom Bundesrat verfolgten Hauptziele der 4. IVG-Revision ist die finanzielle Konsolidierung der IV. In diesem Zusammenhang gilt es, auf die erste Vorlage zurückzublenden, die in der Referendumsabstimmung vor allem am Streitpunkt der IV-Viertelsrente gescheitert ist. Dies hat den Bundesrat zu Recht veranlasst, nicht eine reine Sparvorlage zu präsentieren, sondern innovative, neue Vorschläge zu bringen, die insbesondere die Autonomie und die Wahlfreiheit des Behinderten im Sinne einer selbstverantwortlichen Lebensgestaltung stärken und das Primat der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung wiederherstellen wollen. Ich glaube, für die Kommissionsmehrheit sagen zu dürfen, dass Fortschritte bei diesen beiden Zielsetzungen erreicht wurden und in der Kommission einen breiten Konsens erzielt haben, bei allen Unterschieden in der konkreten Ausgestaltung. Diese Zielsetzungen stehen sich auch nicht unversohnlich gegenüber Behinderte, denen man in ihren Leistungsansprüchen mehr Selbstverantwortung einräumt, sind auch besser motiviert, einen eigenen Beitrag zur Wiedereingliederung zu leisten, insbesondere durch Ausubung einer Teilzeiterwerbstatigkeit unter günstigeren wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen. Das sollen insbesondere die Assistenzentschadigung und der damit für psychisch Behinderte verbundene Anspruch auf lebenspraktische Begleitung - eine Art Sozialcoaching - erleichtern. Unter diesem Gesichtspunkt steht ein gewisser Leistungsausbau keineswegs im Widerspruch zur mittel- und lang-fristigen finanziellen Sanierung der IV. Das Gleiche gilt für gewisse Kosten lenkende Massnahmen wie die Einführung der regionalen arztlichen Dienste, welche eine einheitlichere Berentungspraxis ermöglichen sollen, ohne die Selbstständigkeit der kantonalen IV-Stellen und die viel versprechenden Ansatze freiwilliger Kooperationen zu beeinträchtigen. Auch die Einfuhrung einer bewilligungspflichtigen kantonalen Bedarfsplanung für Werkstätten, Wohnheime usw. für die stationäre Unterbringung und Beschäftigung Behinderter dient der Angebotssteuerung und damit der Kostenlenkung und ist somit geeignet, mittel- und langfristig zur Sanierung der IV beizutragen.

Ich werde noch konkret auf die Hauptziele der finanziellen Konsolidierung bei den Finanzbeschlüssen zurückkommen und gestatte mir, jetzt drei wesentliche Schwerpunkte der Revision, die auch im Rahmen der Kommissionsberatungen zu kontroversen Diskussionen geführt haben, ein bisschen näher vorzustellen. Es darf allerdings festgestellt werden, dass in allen drei Bereichen Lösungen erarbeitet werden konnten, welche in der Kommission grosse Mehrheiten fanden

Zunächst zur Assistenzentschädigung: Das bisherige komplizierte System mit drei Leistungskomponenten - Hilflosenentschädigung, Pflegebeitrag für hilflose Minderjahrige und Hauspflegebeitrag - soll durch eine einheitliche Leistungskategorie für samtliche Altersgruppen, eben die Assistenzentschadigung, ersetzt werden. Die Grundentschädigung wird wie bisher nach drei Stufen des Assistenzbedarfs festgelegt, der auf der Einschränkung in sechs wesentlichen Verrichtungen des täglichen Lebens basiert. Es erfolgen drei Korrekturbereiche. Schwerbehinderte Kinder und Jugendliche mit Geburtsgebrechen erhalten einen Intensivpflegezuschlag; Ansprüchsberechtigte ausserhalb des Heimes erhalten eine höhere Leistung, weil die stationare Institution primar über die kollektiven Leistungen der IV finanziert wird; schliesslich wird die Assistenzentschadigung vermehrt auch für Menschen mit psychischen und leichten geistigen Behinderungen zugänglich, indem ein Anspruch auf lebenspraktische Begleitung grundsatzlich anerkannt wird.

Die Einführung der Assistenzentschadigung anstelle des bisherigen Leistungssystems war grundsatzlich unbestritten, strittig war deren Höhe. Der Bundesrat schlägt je nach Bedarfsstufe Ansätze von 80, 50 und 20 Prozent des Höchstbetrages der Altersrente als Grundentschädigung vor, was im Verhaltnis zu den bisherigen Ausgaben, insbesondere für die Hilflosenentschädigung etwa, einer Verdoppelung der Leistungen entspricht und Mehrausgaben – die Korrekturbereiche eingeschlossen – für die IV in der Höhe von rund 162 Millionen Franken bewirkt; die Mehrausgaben infolge Besitzstandwahrung in der AHV belaufen sich auf etwa 63 Millionen Franken. Dem stehen Einsparungen auf der Leistungsseite gegenüber, insbesondere die Abschaffung der Zusatzrente und die Aufhebung der Härtefallrente, die allerdings umstritten ist.

Die Kommission hat sich eingehend mit dem Schicksal körperlich schwer Behinderter auseinander gesetzt, die einen sehr hohen Assistenzbedarf haben und gleichwohl den Wunsch haben, ausserhalb eines Heimes zu leben und ihre Pflege selber zu organisieren. Einzelne dieser Personen sind heute gezwungen, ins Heim zu gehen, weil sie dort von den hoheren Subventionsleistungen des Bundes im Rahmen der kollektiven IV-Leistungen profitieren. Deshalb hat die Kommission im Sinne der angestrebten Gleichbehandlung zunachst festgelegt, dass der Assistenzbedarf bei allen Assistenzberechtigten in funktioneller und zeitlicher Hinsicht einheitlich abgeklärt wird. Sodann soll die Entschädigung personenbezogen ausgerichtet sein und die Wahlfreiheit in zentralen Lebensbereichen erleichtern. Diese Wahlfreiheit funktioniert natürlich nur, wenn nicht die heute bestehenden ungünstigen Anreize den Betroffenen faktisch ins Heim zwingen. Deshalb konnte zwar die Grundentschädigung nicht ins Unermessliche angehoben werden, sozial bedürftigen Behinderten mit hohem Pflegebedarf, die ausserhalb einer stationären Institution leben wollen, wird aber ein entsprechender Anspruch auf Ergänzungsleistungen zugebilligt - dank eines wesentlich erhöhten Maximalbetrages von 90 000 Franken pro Jahr, wenn zwischen Grundentschädigung und ausgewiesenem Assistenzbedarf eine Deckungslücke in diesem Umfang besteht. Wir wollen hier keine Subventionierung nach dem Giesskannenprinzip, sondern

nur Ergänzungsleistungen für Personen, welche aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen darauf angewiesen sind. Die Minderheit Stahl möchte in solchen Fällen die Grundentschädigung durch ein personengebundenes Budget um das Zehnfache der Grundentschädigung - und zwar der Grundentschädigung basierend auf der jetzigen Höhe der Hilflosenentschädigung - erhöhen Dieser Vorschlag ist gut gemeint, aber nach Auffassung der Kommissionsmehrheit nicht finanzierbar, oder er lässt zu viele offene Fragen im Raum stehen. Offenbar ist es die Meinung dieser Minderheit, die erheblichen Mehrkosten von möglicherweise mehreren Hundert Millionen Franken pro Jahr durch eine entsprechende Kürzung der kollektiven Leistungen zu kompensieren. Dies aber ginge auf Kosten von Behindertengruppen, vor allem psychisch und geistig Behinderten, die auf einen institutionellen Rahmen im stationären Bereich dringend angewiesen sind. Eine Leistungseinschränkung in diesem Ausmass würde die Existenz von vielen IV-Wohnheimen gefahrden. Die Kommissionsminderheit macht eben diesbezuglich keine sehr präzisen Vorschläge - vielleicht macht das dann der Ständerat.

Die Kommissionsminderheit strebte – in etwa der gleichen Zusammensetzung – folgerichtig eine kostenneutrale Finanzierung der Assistenzentschädigung an. Das würde nach Auffassung der Kommissionsmehrheit nichts anderes heissen, als dass die erheblichen Mehrkosten einer massiven Erhöhung der Grundentschädigung zulasten der kollektiven IV-Leistungen gingen.

Ich möchte jetzt noch etwas zum Schwerpunkt Wiedereingliederung vor Rente sagen: Der Vorrang der Wiedereingliederung vor Rente ist angesichts der exponenziell wachsenden Berentung vor allem psychischer Behinderung infrage gestellt Es lag deshalb der Kommission daran, den Bereich der beruflichen Wiedereingliederung zu stärken. Leider hat der Bundesrat in diesem Bereich wenig konkrete Vorschläge gemacht. Vor allem wurden konkrete und seit längerer Zeit diskutierte Modelle wirtschaftlicher Anreize wie Bonus-Malus-Systeme, Differenz- oder Soziallohn zur Förderung der Anstellung behinderter Arbeitnehmerinnen nicht umgesetzt, nicht zuletzt auch aufgrund eher sehr kritischer Berichte der interdepartementalen Arbeitsgruppe. Die Kommissionsmehrheit erachtet es deshalb als wichtig, wenigstens einen Pilotartikel zum Experimentieren mit solchen Modellen ausserhalb des Gesetzes einzufügen, um nach sorgfältiger Evaluation der Ergebnisse solche Instrumente gegebenenfalls auch ins ordentliche Recht überzuführen.

Die Kommission ist nicht der Auffassung, dass damit die Weichen für eine bessere berufliche Wiedereingliederung schon umfassend gestellt sind. Die Kommission hat aber die eher zaghaften Massnahmen im bundesrätlichen Entwurf verstärkt und tendenziell ausgeweitet, und sie hat mit dem Pilotartikel ein Stück weit die Tür für neue Innovationen geöffnet.

Wenn es uns gelingt, das Primat der Wiedereingliederung wieder besser zu wahren und den unheilvollen Trend der Berentungen abzuschwächen, so haben wir auch einen wichtigen Beitrag für eine bessere Kostenlenkung geleistet.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: Cette 4e révision de la loi fédérale sur l'assurance-invalidité est une nécessité. Elle comporte pourtant plusieurs objectifs. C'est une nécessité car, malgré le transfert de 2,2 milliards de francs du fonds des APG au début de 1998, les comptes remis à flot par cette opération ont replongé dans les chiffres rouges et le déficit cumulé se monte à fin 2000 à 2,4 milliards de francs Nécessité, donc, de consolidation financière durable, non seulement par l'apport de nouvelles recettes, mais aussi par un réaménagement des prestations, celles-ci devenant plus ciblées, dans le respect, cependant, des besoins des personnes touchées par un handicap ou une invalidité. Cette révision poursuit donc quatre objectifs prioritaires

1. La consolidation durable de la situation financière de l'assurance-invalidité. Notre proposition ramènerait l'Al dans les chiffres noirs en 2003 déjà et, suivant les décisions, on prévoit un compte de capital positif dès 2004.

2. L'adaptation ciblée des prestations par un changement de système. La suppression des rentes pour cas pénibles serait accompagnée par l'ouverture du droit aux prestations complémentaires pour les bénéficiaires du quart de rente. La suppression des rentes complémentaires allégera le compte de l'assurance aussi, mais elle ne sera acceptable que si la transformation du système des allocations pour impotents avec contribution aux frais de soins spéciaux pour les mineurs impotents et les contributions aux frais de soins à domicile en allocation d'assistance est acceptée.

3. Le renforcement de la surveillance de la Confédération et la création de conditions permettant d'évaluer les demandes de prestations de manière plus uniforme par la mise sur pied de services médicaux régionaux, placés sous la surveillance matérielle directe de l'OFAS.

4. L'amélioration et la simplification de la structure et de la procédure de l'AI. L'introduction d'un tribunal arbitral pour les litiges et l'amélioration de la collaboration entre les offices AI, les organes d'exécution de l'assurance-chômage et les offices de réadaptation professionnelle simplifieront et amélioreront la transparence. Ce dernier objectif n'est pas contesté.

La commission a commencé son travail de révision en allant sur le terrain, en visitant des lieux de soins, de réadaptation, de travail et aussi d'habitation de personnes handicapées et en parlant directement avec elles et les gens qui s'en occupent. Elle a aussi entendu de nombreuses personnes directement concernées. Elle a examiné 92 propositions d'amendement, et le projet que nous examinons aujourd'hui comporte 22 propositions de minorité.

Les discussions les plus nourries ont porté sur le financement et sur l'allocation d'assistance avec suppression de rentes complémentaires, ainsi que sur la création des services médicaux régionaux. Une motion et un postulat de la commission concernant le versement de rentes extraordinaires à l'étranger et la terminologie de l'assurance vous seront aussi proposés; j'y reviendrai.

Le point le plus important de cette révision est l'introduction du nouveau système de l'allocation d'assistance, qui apporte une amélioration avec un vrai choix de vie pour les personnes handicapées, et qui, contrairement à ce que beaucoup croient, va à moyen terme amener de substantielles économies puisque nous renonçons à verser des rentes complémentaires. Ce changement va aussi supprimer une niégalité criante vis-à-vis des enfants qui n'ont pas d'infirmité congénitale.

Le corapport de la Commission des finances confirme que le projet dans son ensemble va apporter en moyenne 55 millions de francs d'économies pendant 15 ans, puis 232 millions de francs par an d'économies. Pour assurer le financement de cette assurance, un transfert de 1,5 milliard de francs du fonds des APG sera proposé; il interviendra au 1er janvier 2003 s'il est accepté. Le Conseil fédéral pourra élever, si nous lui en donnons la compétence, le taux de la TVA de 1 pour cent au maximum; ça se passera probablement en 2004. C'est donc 1 pour cent au plus. Le taux sera réduit dès que le compte sera assaini et stabilisé, ce qui pourrait intervenir en 2007 déjà. La commission, fidèle à elle-même et au vote du Conseil national concernant le problème de l'élévation du taux de la TVA pour l'AVS, propose de verser l'intégralité du pour cent à l'assurance-invalidité sans le réduire de la part de la Confédération par souci de transparence vis-à-vis des payeurs. Si la commission est suivie, le taux pourrait être déjà réduit en 2007.

Au nom de la commission, je vous recommande d'entrer en matière, parce que ce projet apporte des améliorations soit pour les personnes concernées, soit sur le plan des finances. Lors de l'examen de détail, J'apporterai encore des précisions

Wirz-von Planta Christine (L, BS): Ich muss es einfach vorwegnehmen: Jedes Mal, wenn ich den Begriff «Invalidenversicherung» lese, sträubt sich einfach alles in mir. «Invalid» bedeutet eigentlich unwert oder ungultig und sollte niemals

im Zusammenhang mit Menschen gebraucht werden. Das einzig Invalide ist eigentlich die Versicherung selbst mit Bezug auf ihre finanzielle Situation, die nun mit dieser 4. Revision verbessert werden soll Es ist wirklich wünschenswert, dass mit Massnahmen, welche sich auf der Ausgabenseite entlastend auswirken, und mit Zusatzfinanzierungen die Schulden bis zum Jahr 2007 endlich abgebaut sein werden, wie dies auch in der Botschaft verkündet wird.

Wir Liberalen können uns mit der Stossrichtung der Revision grundsatzlich einverstanden erklären, wenngleich wir der Meinung sind, dass hinsichtlich der finanziellen Konsolidierung des Versicherungswerkes noch mehr hätte getan werden können, dies besonders in Bezug auf Tempo und Ausmass des Sparens.

Sehr positiv an der Revision ist, dass sie sich vom Grundsatz leiten liess, der Eingliederung grosses Gewicht beizumessen. Der Grundsatz war: Eingliederung vor Rente. Menschen mit einer Behinderung sollen möglichst autonom arbeiten und leben können, denn nur dank guter Eingliederung lassen sich Folgekosten bei der IV und bei den kantonalen Ergänzungsleistungen tiefer halten. Es ist das gleiche gute Prinzip wie bei den Sozialhilfestellen der Kantone, die alles unternehmen, um Arbeitslose wieder dem ersten Arbeitsmarkt zuzuführen, um Beiträge zu sparen und die Menschen in die Selbststandigkeit zu führen.

In diesem Sinne befürworten wir alle Artikel des Gesetzes, die diesem Grundsatz in einem angemessenen und vertretbaren Rahmen entgegenkommen. Dass bei der Anstellung von IV-Versicherten auf Arbeitgeberbeiträge verzichtet wird, ist eine zusätzliche Motivation, entsprechende, geeignete Arbeitsplätze überhaupt zu schaffen

Wir unterstützen im Weiteren einen der Kernpunkte der Revision, die neue Form der Assistenzentschädigung. Es ist sicher eine Vereinfachung, dass aus der Aufsplitterung in viele Leistungen nun eine einzige, einheitliche Leistung wird, die auch zu einer Gleichbehandlung bei Kindern und Jugendlichen führt. Die Ausgestaltung der Assistenzentschädigung in den Artikeln 42 und 42ter war sicher eine Knacknuss und wird unbestrittenermassen auch heute noch zu reden geben; aber ich möchte im Namen der liberalen Fraktion nochmals betonen, dass wir mit dem Prinzip der Assistenzentschadigung sehr einverstanden sind.

Wir haben noch eine Frage an die Kommission: Aus den Stellungnahmen der Kantone wird ersichtlich, dass 19 Kantone die Schaffung eines neuen ärztlichen Dienstes des Bundes ablehnen. Sie beklagen, dass dadurch die heute gewährleistete Interdisziplinarität der IV-Stellen rückgangig gemacht würde, sie befürchten eine Verlängerung der Verfahren und sind der Meinung, dass eine verstärkte medizinische Beurteilung im Rahmen der heutigen Strukturen erfolgen kann. Führt man mit der neuen administrativen Ebene wieder ein, was mit der 3. IV-Revision abgeschafft wurde? Ist das der Grund, dass in Artikel 59 Kann-Formulierungen vorgesehen werden? Bose Zungen behaupten ja immer, dass viele Menschen Invalidenrenten erhalten, die eigentlich keinen Anspruch darauf hätten. Und «in bösen Zungen» steckt immer ein gewisses Stuck an Wahrheit. Aber sind regionale ärztliche Dienste ein probates Mittel dagegen? Oder genügen die fachliche Aufsicht des BSV und eine jährlich stattfindende Geschäftsprüfung nicht vollauf? Das ist eine Frage.

Nochmals: Die Revision ist mehr als angezeigt, und die Liberalen begrüssen die Stossrichtung

Hassler Hansjorg (V, GR). Die Invalidenversicherung ist neben der AHV das wichtigste Sozialwerk in unserem Land. Die Invalidenversicherung kommt unseren invaliden und benachteiligten Mitmenschen zugute. Unser oberstes Ziel muss es sein, das Wohlbefinden und die Selbstständigkeit dieser benachteiligten Personen in Gesellschaft und Arbeitswelt zu fördern und zu sichern. Die Aufgabe der IV ist es in erster Linie, die nachteiligen Auswirkungen eines Gesundheitsschadens auf die Erwerbsfähigkeit versicherter Personen zu beseitigen oder bestmöglich zu mildern. Im Vorder-

grund steht dabei das Ziel der Eingliederung ins Erwerbsleben; die Ausrichtung von Geldleistungen kommt erst an zweiter Stelle. Dem Grundsatz Eingliederung vor Rente muss hochste Beachtung geschenkt werden.

Seit Ende der Siebzigerjahre besteht kein finanzielles Gleichgewicht mehr zwischen den Einnahmen und den Ausgaben der Versicherung. Weitere Faktoren, wie z. B. die konjunkturellen Verhaltnisse, die Fortschritte in Technik und Medizin oder die Veränderungen der Bevolkerungsstruktur, verstärken die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer weiteren IV-Revision.

Die Renten stellen den grössten Ausgabenposten der IV dar. Zwischen 1993 und 1999 ist die Zahl der Bezügerinnen und Bezüger von IV-Renten in der Schweiz um durchschnittlich 4,3 Prozent pro Jahr gestiegen. 22 Prozent des jährlichen Wachstums werden durch die veränderten demographischen Verhältnisse verursacht. Der Anteil der Menschen knapp unterhalb des AHV-Rentenalters nimmt stetig zu. In dieser Altersgruppe ist das Invaliditätsrisiko am grössten. Die Invaliditätswahrscheinlichkeit nimmt in allen Altersklassen zu, insbesondere bei den 30- bis 44-Jährigen. Die Zahl der Rentenzugänge nimmt zu, und die Zahl der Rentenabgänge nimmt ab.

Als invaliditätsursache nehmen die psychischen Krankheiten bei den Erstrenten wegen Krankheiten die Spitzenposition ein. Betrachtet man die Invalidisierungswahrscheinlichkeit nach Alter, dann fällt auf, dass mehr Menschen im Alter von 20 bis 35 Jahren wegen psychischer Gebrechen invalid werden als wegen aller anderen Ursachen. Das muss uns zu denken geben. Wir stehen hier vor einem neuen gesellschaftlichen Problem. Das Leben in der Gesellschaft und im Beruf ist hektischer geworden. Viele junge Menschen sind den daraus resultierenden Belastungen nicht mehr gewachsen.

Mit der 4. IV-Revision werden gezielte Anpassungen im Leistungsbereich angestrebt; diese sind zu begrüssen. In erster Linie ist hier die Einfuhrung einer Assistenzentschädigung zu erwähnen. Mit der Assistenzentschädigung sind gezielte Leistungsanpassungen im Hinblick auf eine erhöhte Selbststandigkeit von Menschen mit Behinderungen vorgesehen. Die Assistenzentschädigung soll dazu beitragen, dass behinderte Personen mit einem regelmässigen Bedarf an Betreuung oder Pflege die dadurch entstehenden Kosten mindestens teilweise decken können.

Die Einführung der Assistenzentschädigung wird von der SVP-Fraktion im Grundsatz begrüsst. Ebenso ist es richtig, das überholte Taggeldsystem der IV durch ein zeitgerechtes, transparentes und zivilstandsunabhängiges Modell zu ersetzen. Die SVP-Fraktion begrüsst auch die Schaffung von Grundlagen, damit die IV die invaliditätsbedingten Mehrkosten im Bereich der beruflichen Weiterausbildung übernehmen kann.

Ebenfalls erwünscht ist eine verstärkte Aufsicht des Bundes, um die Voraussetzungen für eine gesamtschweizerisch möglichst einheitliche Beurteilung von Leistungsgesuchen zu schaffen und um die Ausgabenentwicklung in der IV besser in den Griff zu bekommen. Ebenfalls begrüsst die SVP-Fraktion die Einführung von kantonalen Schiedsgerichten bei Tarifstreitigkeiten, eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den IV-Stellen und den Durchführungsorganen der Arbeitslosenversicherungen.

Insgesamt betrachtet die SVP-Fraktion die Botschaft zur 4. IV-Revision als gute Vorlage. Gezielte Verbesserungen, besonders im Bereich der Eingliederung ins Erwerbsleben und im Bereich der finanziellen Unterstützung für Schwerstbehinderte, werden von der vorberatenden Kommission vorgeschlagen. Zentral ist für die SVP-Fraktion die Forderung, die Invaliditat mit geeigneten Eingliederungsmassnahmen zu verhindern oder zu beheben. Dem Grundsatz Eingliederung vor Rente ist auch in Zukunft grösste Beachtung zu schenken.

Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage.

Gutzwiller Felix (R, ZH): Die FDP-Fraktion beantragt Ihnen, auf diese wichtige und komplexe Reform der Invalidenversi-



cherung einzutreten. Wie Sie wissen, benötigt die IV sowohl eine finanzielle als auch eine inhaltlich-materielle Reform. Finanziell ist die IV trotz der 1998 erfolgten Verlagerung von Kapital der EO wieder hoch verschuldet. Die vorliegende Reform muss also zu einer mittel- und langfristig ausgeglichenen Finanzierung führen. Inhaltlich-materiell geht es um gezielte Anpassungen im Leistungsbereich, insbesondere um die Einführung eines modernen Konzeptes der Assistenzentschädigung, eine Verstärkung der Aufsicht des Bundes sowie eine Verbesserung der Strukturen der Invalidenversicherung

Vor welchem Hintergrund ist diese Reform zu sehen? In den letzten zehn Jahren hat die Wahrscheinlichkeit einer Person, im Erwerbsleben rentenbegründend invalid zu werden, um rund 30 Prozent zugenommen. Dabei bestehen grosse kantonale Unterschiede. Auch zwischen Arbeitslosenquote und Invalidisierungswahrscheinlichkeit besteht eine gewisse Parallelität. Zunehmend sind es nicht nur Geburtsgebrechen oder Unfälle, sondern Krankheiten, welche zum Rentenbezug führen Die psychischen Krankheiten nehmen dabei eine Spitzenposition ein, vor allem bei Jungen. Mehr Menschen im Alter von 20 bis 35 Jahren werden wegen psychischen Gebrechen invalidisiert als wegen allen anderen Ursachen zusammen.

Zu den Schwerpunkten der inhaltlich-materiellen Reform halt die FDP-Fraktion Folgendes fest:

Bei den Leistungen ist das Kernelement sicher die Einführung einer Assistenzentschädigung. Massgebend soll dabei nicht mehr die Hilflosigkeit sein, sondern der ausgewiesene Bedarf an persönlicher Assistenz infolge der Behinderung. Die neue Entschädigung löst den bisherigen Beitrag für Hilflosenentschädigung und weitere Leistungen ab, sie soll körperlich, geistig oder psychisch Behinderten ein autonomes Leben ermöglichen. Die Assistenzentschädigung betragt je nach Grad der Behinderung zwischen 400 und 1600 Franken pro Monat. Ergänzende Leistungen bis zu 90 000 Franken pro Jahr sollen künftig auch Schwerbehinderte erhalten, die in einem eigenen Haushalt leben wollen. Dieses neue Konzept wird es den Behinderten sicher erleichtern, über ihr Leben selber zu bestimmen. Diese Autonomiefrage ist damit ein Kernstück der Reform, hinter dem wir voll und ganz stehen. Wir haben uns klar für das neue Konzept der Assistenzentschadigung ausgesprochen.

Allerdings haben wir auch einen Minderheitsantrag eingebracht, der noch zu detaillieren sein wird und sich gegen eine Leistungsausweitung im heutigen Zeitpunkt richtet – eine Leistungsausweitung, die natürlich vor allem auch finanzielle Konsequenzen hätte. Diese Leistungsausweitung im Bereich der so genannt lebenspraktischen Begleitung, vor allem psychisch Behinderter, wird im weiteren Verlauf der Debatte noch zu detaillieren sein.

Intensiv wurde ebenfalls die Schaffung der neuen regionalen ärztlichen Dienste diskutiert. Das Grundprinzip einer strafferen Beurteilung der Berentungskriterien in der ganzen Schweiz wurde von der FDP-Vertretung bejaht; allerdings befürwortete sie in der konkreten Ausgestaltung die Möglichkeit, dass auch kantonale bzw. überregionale Modelle für arztliche Dienste einbezogen werden konnen. Auch hierzu liegt Ihnen ein Antrag vor. Wir gingen dabei davon aus, dass klarere Standards für die Begutachtung bzw. eine homogenisierte regionale Vorgehensweise - bessere Aufsicht, höhere Qualität der Beurteilung - ganz wichtige Komponenten der Kostendampfung sind. Dazu muss der Bund diese Standards definieren können, auch für die Zusammensetzung der Equipen in den regionalen ärztlichen Diensten. Beispielsweise wird das im Bereich der schon angesprochenen psychischen Behinderungen ganz besonders wichtig sein. Wir sind aber der Meinung, dass zumindest in einer ersten Phase Kantone und Regionen sowie die bisherigen IV-Stellen die Chance haben sollen, ihre organisatorischen Modelle ım Rahmen dieser Standards selber einzubringen.

Zur finanziellen Konsolidierung der IV äussern wir uns wie folgt. Mit dieser Revision werden erst langfristig Einsparungen von jährlich über 200 Millionen Franken angestrebt. Allerdings sind die finanziellen Auswirkungen der diversen

Änderungen heute sehr schwierig abzuschätzen. Das Ziel eines deutlichen Nettospareffektes wird damit wohl kaum erreicht werden.

Gleichwohl beantragen wir Ihnen Eintreten auf die Vorlage.

Zäch Guido (C, AG): Der zweite Anlauf zur 4. IV-Revision ist gelungen. Mit der vorliegenden IV-Revision kommen wir einen guten Schritt weiter, und das gleich in zwei Richtungen: einerseits näher zu einer Konsolidierung der Invalidenversicherung, anderseits hin zu einer Aufwertung der Selbstbestimmung der Betroffenen.

Ich empfehle Ihnen im Namen der CVP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten.

Ich persönlich habe noch vor zweieinhalb Jahren mit vollem Einsatz gegen die gescheiterte 4. IV-Revision und für die Erhaltung der Viertelsrente gekämpft. Die vom Volk in der Referendumsabstimmung vom 13. Juni 1999 klar verworfene Vorlage stand unter den Vorzeichen einer schweren Rezession. Heute lässt sich sachlicher diskutieren, und die Kommission schlagt verschiedene Massnahmen vor, die für die Betroffenen von grosser Wichtigkeit sind. Wiedereingliederung vor Rente heisst der wichtigste Grundsatz. Wir schlagen an verschiedenen Orten Veranderungen vor, die den Wiedereinstieg einer betroffenen Person erleichtern sollen. Das verursacht notgedrungen auch Kosten. Ein wieder berufstätiger Mensch erspart aber der IV schliesslich viel mehr, als eine Unterstützung fur den Berufseinstieg gekostet hat. Wer es mit der Wiedereingliederung ernst meint, muss auch zu gezielten Ausgaben bereit sein. Auch der Arbeitgeberverband hat in einer Stellungnahme diese Mehrkosten als sinnvoll erachtet.

Für die CVP-Fraktion führt der Weg zur Konsolidierung der Invalidenversicherung nicht über einen für die Betroffenen folgenschweren Sozialabbau, sondern über den konsequenten und durchdachten Einsatz zugunsten der beruflichen Integration möglichst vieler Menschen. Die Betroffenen sollen motiviert und gefördert werden, sich selber wieder in die Arbeitswelt einzubringen. Die Kommission tagte im Sommer nicht zuletzt deshalb im Schweizer Paraplegikerzentrum Nottwil, um zu sehen, wie 80 Prozent der Querschnittgelähmten nach ihrer Rehabilitation durch geeignete Massnahmen wieder erwerbsfähig werden und die IV darum weniger oder gar nicht beanspruchen Ich persönlich hätte sogar die gesamte Invalidenversicherung liebend gerne in «Integrationsversicherung» umbenannt, um diesen Aspekt auch im Titel zu verankern.

Die Einführung einer Assistenzentschädigung als Ersatz für die Hilflosenentschadigung ist nicht bloss eine Veränderung der Bezeichnung für eine Leistung der IV, sondern sie bringt den Bezügern vor allem auch den Freiraum, ihr Leben selber zu gestalten – eine Vorbedingung für eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft und in einen Beruf. Die lebenspraktische Begleitung sichert diesen Freiraum auch für psychisch Kranke.

Der Systemwechsel birgt Unsicherheiten in sich. Der vom Bundesrat kalkulierte Finanzbedarf genügt, denn die Vorlage bringt eine Entlastung der IV um 232 Millionen Franken nach Ablauf der Zusatzrenten. Langfristig ist vorgesehen, dass 0,4 Mehrwertsteuerprozente – aber ohne Bundesanteil – für die IV ausreichen sollen. Die Revision setzt also nicht auf blosse zusätzliche Einnahmen, sondern korrigiert wesentlich auch bei den Ausgaben.

In der Rezession wurde die IV zum Sammelbecken für ältere Arbeitslose, gerade aus dem sich rasch wandelnden Dienstleistungssektor, jenem Wirtschaftszweig, der in der Vergangenheit den Betroffenen eine neue Chance angeboten hatte. Diese Missbräuche müssen verhindert werden, nicht bloss aus finanziellen Gründen, sondern noch viel mehr, um den wirklich lebenslang auf die Leistungen der Invalidenversicherung Angewiesenen die Unterstützung sichern zu können.

Die neue Invalidenversicherung soll aus Invaliden – die Kommission hat im Kampf gegen diesen seit dreissig Jahren untragbaren und diskriminierenden Begriff ein Postulat eingereicht – vollwertige Menschen machen: Menschen, die mit



ihrem schwierigen Schicksal leben, voll und ganz zur Gesellschaft gehören, sich gleichberechtigt in Beruf und Freizeit einbringen können und von dieser Gesellschaft notfalls Unterstützung brauchen. Wir können eine Behinderung nicht ungeschehen machen, aber die Umstände so gestalten, dass ein Leben mit Sinn und Würde möglich wird. Hinter dieser Ausrichtung steht ein spezifisches Menschenbild. Ein Mensch findet seine wahre Bestimmung nicht in der individuellen Freiheit von allen Zwängen. Zur echten Freiheit gehören das Gegenuber, die Begegnung, das soziale Netz und eine in Freiheit ist die Freiheit, etwas zu tun. Die Wurde des Menschen liegt zu einem wesentlichen Teil in seiner aktiven Tat. Wiedereingliederung heisst in diesem Zusammenhang Sinngebung für ein erfülltes Leben

Die CVP-Fraktion wird geschlossen auf die Vorlage eintreten. Es liegt keine Sparübung vor; die 4. IV-Revision ist anderseits trotz der Einführung der Assistenzentschädigung und einiger Massnahmen zur Förderung der Wiedereingliederung keine Vorlage mit unverantwortbarem Sozialausbau – im Gegenteil: Die vorliegende Revision dient der Konsolidierung des Sozialwerkes. Die neue Invalidenversicherung stellt einen Kurswechsel zugunsten der Selbstbestimmung dar; die Richtung stimmt.

Robbiani Meinrado (C, TI): Les solutions qu'on adoptera en vue de la consolidation financière de l'Al, que le groupe démocrate-chrétien soutient, ne dispensent toutefois pas d'une réflexion renouvelée sur les causes de la détérioration financière. Cela est d'autant plus nécessaire que nous assistons, d'un point de vue quantitatif, non seulement à une augmentation constante du nombre de rentiers, mais aussi, ce qui est un indicateur assez inquiétant, à une anticipation de l'âge d'entrée dans l'Al. L'incidence du facteur démographique explique seulement une petite partie de la hausse du nombre de rentiers; bien plus déterminant est le fait que la probabilité de devenir invalide a augmenté dans toutes les classes d'âge, mais en particulier dans la classe d'âge des 30 à 44 ans. D'ailleurs, du point de vue qualitatif, un autre élément qui mérite toute notre attention consiste dans le fait que parmi les causes d'invalidité, ce sont les facteurs psychiques qui sont aujourd'hui en première ligne. Tout cela doit nous pousser à élever le regard au-delà de la situation financière et à le diriger sur le contexte qui alimente la tendance à la hausse du nombre de rentiers. Nous ne pouvons alors manguer de voir surtout un monde du travail de plus en plus exideant et usant, un monde du travail qui met en marge les personnes les plus faibles. L'économie gagne en performances et en productivité, mais le monde du travail risque de perdre en capacité d'intégration.

Face à ce contexte, il s'impose de porter son attention justement plus intense sur le thème de la réinsertion des personnes invalides. Cette loi en fait mention. Des réflexions et des approfondissements sont aujourd'hui en cours Il faut vraiment investir dans cette direction, afin de faire en sorte que même les personnes atteintes dans leur capacité de travail puissent au moins partiellement continuer à exercer une activité professionnelle. Bien que ce thème ne puisse aujourd'hui figurer parmi les objectifs principaux de cette révision, le groupe démocrate-chrétien insiste donc sur le fait que la recherche de nouveaux instruments de préservation du lien avec le monde du travail doit être poursuivie avec vigueur et détermination.

Suter Marc F. (R, BE): Die 4 IV-Revision hat einen weiten Weg hinter sich. Die jetzt von der Kommissionsmehrheit vorgelegte Revisionsvorlage ist aus Behindertensicht recht schwer zu beurteilen. Für die einen ist sie Flickwerk, für die anderen – auch ich zähle mich dazu – ist sie im Rahmen des Möglichen ein Reformschritt in die richtige Richtung.

Die Invalidenversicherung bildet mit den Ergänzungsleistungen die Existenzsicherung für Menschen mit einer Behinderung. Sie alle hier im Saal sind Versicherte und kommen, wenn dieser Fall eintritt, in den Genuss dieser Leistungen.

Damit sei auch gesagt: Diese IVG-Revision ist eine wichtige Gesetzesrevision.

Wir dürfen freilich nicht aus den Augen verlieren, dass die Kosten bei der IV seit der letzten Revision, der Revision in den Achtzigerjahren, erheblich, ja enorm gestiegen sind. Man muss halt auch nach aussen tragen, dass dies den Spielraum für Reformen sehr einengt; ein Leistungsausbau, der nicht finanzierbar ist, ist nicht möglich. Weil viele Behinderte hohe Hoffnungen in diese Revision gesetzt haben, die nicht erfüllt werden können, muss ich deshalb betonen, dass hier eben Wünsche vorliegen, die auch nicht erfüllbar sind: Wir müssen mit dem arbeiten, was wir haben

Aber immerhin: Mit der Assistenzentschädigung – das ist das Herzstück dieser Revision – und dem von der Kommission beantragten Pflegezuschuss über die Erganzungsleistungen wird ein Schritt hin zu einem selbstbestimmteren, selbstverantwortlichen Leben für viele Schwerstbehinderte geschaffen. Es ist eine Lösung, die Direktzahlungen an die Betroffenen vorsieht, damit sie selber als Bezahler von Leistungen, die angeboten werden, über ihre Ausgaben bestimmen können Es wird in Zukunft mehr Versicherten möglich sein, in den eigenen vier Wänden zu leben, als das heute der Fall ist. Wir werden bei der Detailberatung, insbesondere bei den Anträgen der Minderheit Stahl, aufzeigen, dass mit dieser Revision in diesem wichtigen Bereich ein guter Anfang gemacht ist.

Ich denke aber, dass es keinen Sinn macht, die Dinge im Allgemeinen schönzureden. Wenn wir die Wirklichkeit betrachten, dann sind wir noch weit davon entfernt, das Grundziel der IV, das mit dem Slogan «Eingliederung vor Rente» umschrieben wird, zu erreichen, ja, es hat in den letzten Jahren sogar sehr viel von seiner Wirkkraft eingebüsst. Das ist nicht eine Kritik an der IV; viele Gründe, die ausserhalb der IV liegen, haben dazu geführt, dass bei den Behinderten die Arbeitslosigkeit - ich kann es nicht anders sagen - Drittweltniveau erreicht hat. Ich könnte das jetzt vorrechnen, aber es ist einsichtig. Die Schatzungen, die man dazu anstellen kann, belegen, dass mehr als die Hälfte der Personen. die Behinderungen haben und darob in ihrer Lebensführung eingeschränkt sind, heute keine Arbeitstätigkeit auf dem freien Markt ausüben können - das trotz Internet, trotz neuer Möglichkeiten in der Informatik. Wir haben zu viele Rentner, wir haben zu wenig Leute, die Arbeit haben. Da kann diese Revision nur im Ansatz befriedigen.

Es stimmt – Herr Zäch hat es gesagt –, die Kommission schlägt Ihnen da und dort Anreize im Bereich der Weiterbildung und der beruflichen Eingliederung vor. Das ist erfreulich, auch bei der Umschulung und überhaupt bei der Integration in Schule und Ausbildung Es ist allerdings nicht gelungen, den grossen Sprung nach vorn zu schaffen. Dafür wäre eine wirkliche Arbeitsoffensive nötig gewesen, um mehr Behinderte ins Erwerbsleben zu führen.

Ich denke, dass hier beim Vollzug doch noch etliches getan werden kann. In der Invalidenversicherung wird vieles auf Verordnungsstufe geregelt. Ich hoffe – mit vielen in unserem Land –, dass dieser Geist, den die Kommission in dieser Reform sicher mitträgt, und dass die Stossrichtung mit den Überlegungen «Eingliederung vor Rente» und «Hilfe zur Selbsthilfe leisten zu wollen», in den Verordnungen noch ihren Niederschlag finden werden. Ich hoffe auch, dass dort noch mehr Flexibilität hereinkommt, damit – und das ist entscheidend – in Zukunft weniger Leute im Heim leben müssen und mehr zu Hause sein dürfen, dass aber auch mehr Leute eine Erwerbstätigkeit haben und nicht, wie heute, im Abseits stehen.

Ich bitte Sie in diesem Sinne, diese Revisionsvorlage zu unterstützen und den Anträgen der Mehrheit zu folgen.

Goll Christine (S, ZH): Zweieinhalb Jahre nach der Volksabstimmung über die Invalidenversicherung nehmen wir heute einen neuen Anlauf zur 4. Revision der IV. Wie Sie alle wissen, hat die Volksabstimmung vom 13. Juni 1999 deutlich gezeigt, dass die Stimmberechtigten in diesem Land bei der Invalidenversicherung keinen Leistungsabbau wollen. Verworfen wurde die Abschaffung der Viertelsrente, verworfen



wurde jedoch auch die Abschaffung der Zusatzrente, die nach den Forderungen der Behindertenorganisationen auch so lange nicht abgeschafft werden soll, bis ein adäquater Ersatz mit einer Assistenzentschadigung in der Praxis eingeführt ist

Die Behindertenlobby hat vor zweieinhalb Jahren deutlich gemacht, dass mit ihr zu rechnen ist. Ich gehe davon aus, dass wir dies hier auch bei der Beratung über das Behindertengleichstellungsgesetz erleben werden.

Wir behandeln ja hier jetzt in der Debatte zur 4. IV-Revision nicht nur die materielle Revision, sondern auch die beiden Finanzierungsbeschlüsse. Es wird im Ablauf der Beratungen hier im Parlament so sein, dass wir über die Finanzierung am Schluss entscheiden. Aber die Würdigung aus der Sicht der SP-Fraktion zu den Finanzierungsbeschlüssen möchte ich hier an den Anfang stellen, und zwar deshalb, weil diese IV-Revision Menschen mit Behinderungen ein würdiges Leben ermöglichen und ihnen vor allem eine gesicherte Existenz erlauben muss; Sie wissen, das steht und fällt letztlich mit der Finanzierung dieses Sozialwerkes. Konkret steht und fällt das mit dem politischen Willen in diesem Hause zu einer nachhaltigen Sanierung der heute defizitären Invalidenversicherung und zur Sicherstellung der jetzt und künftig benötigten Mittel für die IV. Denn die IV, auch das wissen Sie alle, ist das zweite wichtige Standbein der ersten Säule unserer sozialen Vorsorge.

Die SP-Fraktion unterstützt die Finanzierungsvorschläge des Bundesrates, sowohl die Vorschläge zur weiteren Erhöhung der Mehrwertsteuer als auch die Vorschläge zum Kapitaltransfer von der EO-Kasse in die IV-Kasse.

Beim Finanzierungsbeschluss zur Mehrwertsteuer ist uns wichtig, dass die Koppelung mit der AHV in der Praxis geschehen wird, und zwar so, wie wir das bereits auch bei der 11. AHV-Revision beraten haben. Wir wollen nicht zwei Mal eine Volksabstimmung zu dieser Vorlage provozieren. Es gibt allerdings im Bereich der Mehrwertsteuervorlage einen bedeutsamen Unterschied zum Entwurf des Bundesrates. Wir unterstützen, wie auch die Mehrheit der SGK, den Vorschlag, dass der gesamte Ertrag aus einer weiteren Erhohung der Mehrwertsteuer in die Invalidenversicherung fliessen muss, ohne dass ein Bundesanteil abgezwackt werden kann. Wir vertreten also hier, analog wie bei der 11. AHV-Revision, bezüglich der Mehrwertsteuer dieselbe Position.

Zur Frage des Kapitaltransfers von der EO in die IV ist festzuhalten, dass wir heute in der EO-Kasse 3,6 Milliarden Franken haben. Das entspricht dem Fünffachen einer Jahresausgabe in der EO. Es ist geplant, 1,5 Milliarden von der EO in die IV zu transferieren; auch diesen Vorschlag des Bundesrates unterstutzen wir Wir werden allerdings den Minderheitsantrag Bortoluzzi ablehnen, der 3 Milliarden Franken transferieren will, aber schlicht und ergreifend aus dem einfachen Grund, weil die SVP-Fraktion damit die in diesem Parlament neu aufgegleisten Vorschläge zur Mutterschaftsversicherung bodigen will.

Mit diesen beiden Finanzierungsbeschlüssen ist die IV jedoch noch nicht vollständig entschuldet. Die SP-Fraktion will eine möglichst schnelle Entschuldung der Invalidenversicherung, und zwar deshalb, weil die Defizite der IV unseren Finanzhaushalt heute schwer belasten: Wir bezahlen pro Jahr allein 130 Millionen Franken an Schuldzinsen. Wir haben deshalb in unserer Kommission einen neuen möglichen Weg aufgezeigt. Wir haben vorgeschlagen, dass das dritte Lohnprozent der Arbeitslosenversicherung – das ja gemäss den gestrigen Beschlüssen dieses Rates abgeschafft werden soll - befristet eingesetzt werden kann, bis die IV vollstandig entschuldet ist. Unsere Kommission hat in diesem Zusammenhang den Bundesrat beauftragt, im Hinblick auf die Debatte ım Zweitrat, also im Ständerat, einen Bericht zu verfassen: einen Bericht mit einer Gesamtschau unter Einbezug aller Moglichkeiten zu einer nachhaltigen Entschuldung der IV - auch unter Einbezug der erwähnten Möglichkeit des dritten Lohnprozentes der Arbeitslosenversicherung, aber auch unter Einbezug der Mutterschaftsversicherung. Die Mutterschaftsversicherung bedeutet eine gravierende Lücke, die wir moglichst schnell schliessen wollen.

Die Invalidenversicherung verfolgt drei Ziele und muss diese in jedem Fall erfüllen:

- 1. Die IV muss für die Existenzsicherung von Menschen mit Behinderungen sorgen.
- 2. Sie muss fur die Gleichstellung von Behinderten mit Nichtbehinderten sorgen.
- 3. Sie muss vor allem noch einiges mehr tun, um die Selbstbestimmung von Behinderten zu fördern.

Im Zusammenhang mit der Selbstbestimmung und mit der Existenzsicherung von Behinderten ist der zentrale Inhalt dieser Revision die Assistenzentschädigung, die neu eingeführt werden soll. Ich mochte an dieser Stelle betonen, dass es bei der Einführung dieser Assistenzentschädigung nicht etwa um einen Ausbau der Invalidenversicherung geht, sondern es geht um ein grundsätzlich neues System, das aber auch beinhaltet, dass bisherige Leistungen der IV gestrichen werden sollen. Die Assistenzentschädigung tritt an die Stelle der Zusatzrenten, an die Stelle der Hilflosenentschädigung, an die Stelle der Pflegebeiträge für Minderjährige, an die Stelle der Beiträge an die Hauspflege, aber auch an die Stelle der Hartefallrente, die abgeschafft werden soll.

Der Bundesrat hat einen guten, einen innovativen und einen praktikablen Ansatz gewählt, allerdings – und auch das möchten wir nicht verschweigen – auf einem finanziellen Niveau, das zahlreichen Menschen mit Behinderungen eben keine ausreichende personliche Assistenz erlaubt; ich denke hier vor allem an die Schwerstbehinderten.

Unsere Kommission hat das Modell des Bundesrates mit der Möglichkeit der Einführung von Ergänzungsleistungen zur Assistenzentschädigung für Schwerstbehinderte verbessert. Wir wollen noch einen Schritt weiter gehen, d. h., wir wollen das Bundesratsmodell und das Kommissionsmodell noch optimieren, damit vor allem die beiden Zielsetzungen – Autonomie der Betroffenen und insbesondere die Wahlfreiheit der Betroffenen – gewahrleistet sind

Im Weiteren wird sich die SP-Fraktion unter anderem für drei wesentliche Verbesserungen einsetzen:

- 1. Wir wollen eine feinere Rentenabstufung mit einer Besitzstandwahrung der heute laufenden Renten. Das beinhaltet, dass wir die Einführung der Dreiviertelsrente befürworten, wie sie von Behindertenorganisationen seit langem gefordert wird.
- 2. Wir mochten vor allem auch eine Besserstellung für die kleinen Einkommen bei der Rentenberechnung erzielen. Es ist klar, dass diese Massnahme im Fall von Invalidität vor allem den Frauen mit heute nach wie vor niedrigen Einkommen zugute käme.
- 3 Wir möchten in dieser Revision eine bessere Koordination der Leistungen von heute verschiedenen Finanzierungsträgern in den traditionellen Bereichen Pflege und Betreuung erreichen.

Die SP-Fraktion wird auf diese 4. IV-Revision eintreten. Wir werden auch die Finanzierungsbeschlüsse gemäss Mehrheit unterstützen und bitten Sie, dasselbe zu tun. Wir möchten Sie auch auffordern, die weiteren Verbesserungen, die punktuell in dieser 4 IV-Revision vorgeschlagen werden, zugunsten von Menschen mit Behinderungen, zu unterstützen

Fasel Hugo (G, FR): Die Revision des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung kann für uns Anlass sein, nicht nur uber die notwendige Finanzierung dieses Sozialwerkes nachzudenken, sondern im Rahmen der Eintretensdiskussion auch einige grundsätzliche Überlegungen anzustellen. Die Entwicklungen und Veränderungen im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme der Invalidenversicherung in den letzten Jahren konnen wenigstens teilweise auch als Massstab dafur genommen werden, wie sich die Grundlagen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umganges miteinander in unserem Lande verändert haben. Denn die IV ist neben der Fürsorge das zentrale Auffangnetz für Menschen, die in unserer Gesellschaft an den Rand gedrängt werden. Die Neunzigerjahre sind hierfür ein deutliches Abbild. Zu Tausenden sind Arbeitnehmende aus Betrieben entlassen worden, haben dann einige Zeit von der Arbeitslosenversicherung zehren können, um schliesslich, weil sie wegen der Arbeitslosigkeit psychisch krank wurden, bei der IV zu landen: Die Invalidenversicherung also als letztes Auffangnetz für viele Menschen in diesem Lande; die IV auch als Gradmesser der Desintegration, als Hinweis und Richtmass für die Anzahl der Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft stehen, d. h. marginalisiert sind.

In den Neunzigerjahren haben wir erlebt, dass mit Entlassungen zwar Kosten auf Betriebsebene gespart wurde können, dass diese Kosten deswegen aber noch lange nicht verschwinden, sondern bloss externalisiert, ausgelagert, sozialisiert, auf die Gesamtgesellschaft abgewalzt werden, so auch in erheblichem Masse auf die Invalidenversicherung. Daran wird auch erkennbar - heute ist es wichtig, das zu sagen -, dass ein Staatswesen wesentlich anders funktioniert als ein Unternehmen. Der Staat kann nicht, wie Betriebe, nur die Besten und Leistungsstärksten behalten. Staat und Gemeinwesen müssen auch Platz bieten für die Zweitbesten, die Langsameren, die Müden, die Erschöpften, geistig und korperlich und immer mehr auch psychisch Behinderten. Sie allesamt machen den Reichtum, die Vielfalt, die Farbe in unserer Gesellschaft aus und nicht nur die Klassenbesten und Makellosen. Für das staatliche Gemeinwesen zählen eben nicht nur die Effizienz und die Leistungsfähigkeit, sondern fur eine Gesellschaft steht vor allem die Integration aller im Vordergrund. Dabei geht es nicht nur um das Alimentieren der Betroffenen mit Geld, es geht darum, ihnen Chancen zu bieten, dass sie ihre Restfähigkeiten entfalten, soweit wie möglich uber ihr Leben bestimmen und für sich selber aufkommen können. Invalide Menschen – das müssen wir uns immer und immer wieder vorhalten - wollen nicht versorgt, sondern höchstens umsorgt werden.

Invalide wollen Chancen, um zu zeigen, was sie können. In Bezug auf die anstehende Revision geht es also darum, dass die IV als Sozialwerk invaliden Menschen die Integration in unsere Gesellschaft, auch ins Wirtschaftsleben, ermoglicht und die dazu notwendigen finanziellen Mittel hat. Dazu ist es notwendig, die bestehenden Schulden abzutragen und gleichzeitig die künftigen Finanzierungsquellen sicherzustellen

Die Invalidenversicherung muss aber auch den veranderten Gegebenheiten in der Gesellschaft Rechnung tragen. So hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Zahl der psychisch kranken und behinderten Personen massiv zugenommen. Das ist kein Zufall. Die Revision, die wir jetzt angehen, muss diesen neuen Realitaten deshalb Rechnung tragen und gerade bei der Assistenzentschädigung auch die psychisch behinderten Menschen mit einbeziehen.

Dass behinderte Menschen nicht einfach Menschen sind, die es als Problem zu organisieren und zu verwalten gilt, haben uns die Behindertenorganisationen in den letzten Jahren mit allem Nachdruck und mit der notwendigen Aufsassigkeit gelehrt. Sie fordern selbstbestimmtes Leben. Aus diesem Grund ist es richtig und notwendig, dass nun die Assistenzentschadigung an die Stelle der bisherigen Hilflosenentschädigung tritt, um die Autonomie, die Selbstbestimmung dieser Menschen mit Behinderungen zu verbessern.

Doch damit nicht genug: So wie unser Land wirtschaftlich ein Wachstum zu verzeichnen hat, so ist es zwingend notwendig und ein Akt der Fairness und Korrektheit, dass daraus abgeleitet nicht nur Rentabilität, Börsengewinne und Löhne ansteigen; genauso müssen wir bereit sein, auch für invalide Menschen mehr Mittel einzusetzen. Als Grüne haben wir deshalb Mühe damit, dass diese Revision der IV von allem Anfang an unter der Pramisse der Kostenneutralitat stand Auch Invalide haben das Recht, am wirtschaftlichen Reichtum und Wachstum unseres Landes teilzuhaben. Wir haben deshalb grösste Mühe damit, dass die Zusatzrenten ersatzlos gestrichen und deshalb künftig auch tiefere Invalidenrenten ausgeschüttet werden sollen.

Welches sind aus Sicht der grünen Fraktion die Kernbereiche? Es sind die finanzielle Gesundung der IV, die Schaffung der Assistenzentschadigung, der Einbezug der psychisch Behinderten in die Assistenzentschädigung und die Verhinderung eines Leistungsabbaus Nach dem Eintreten

werden wir am Schluss der Beratungen unsere Zustimmung davon abhängig machen, ob diese vier Kriterien berücksichtigt worden sind.

Studer Heiner (E, AG): Wir haben als Fraktion diese Vorlage von der Seitenlinie aus intensiv mitbegleitet, und zwar deshalb von der Seitenlinie aus, weil wir in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit nicht vertreten sind. Aber wir sind, wie auch andere von Ihnen, natürlich von den an dieser Vorlage Interessierten angesprochen worden.

Wir sind als Fraktion dankbar, wenn es heute nicht so läuft wie gestern bei der Beratung der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, als am Schluss als Resultat des Hickhacks nur noch Leute der CVP-, der liberalen und aus unserer Fraktion zustimmten und alle anderen die Vorlage draussen im Regen stehen liessen. Wir kamen nicht zu einem Ergebnis, das möglichst breit abgestützt ist.

Heute, am zweitletzten Sessionstag, sieht es zum Glück bei dieser Vorlage anders aus; dazu hat gewiss beigetragen – das wurde auch erwähnt –, dass schon eine Vorlage abgelehnt wurde, eine Vorlage, die auch wir bekämpft haben, weil auch wir gegen die Abschaffung der Viertelsrente waren.

Wir finden, dass uns die Kommission aufgrund der bundesrätlichen Vorlage eine gute Sache unterbreitet, und wir sind mit den Hauptzielsetzungen dieser Vorlage einverstanden. Wenn wir weiter eine qualitativ gute Invalidenversicherung haben wollen – und das wollen wir offensichtlich durch alle Fraktionen hindurch –, dann muss auch eine finanzielle Konsolidierung da sein. Deshalb ist es klar, dass diese Revision wirklich nicht die grossen Ausbaumöglichkeiten bietet, sondern vor allem Umbaumöglichkeiten wie die Assistenzentschädigung, die wir auch sehr unterstützen; dabei ist die Konsolidierung auf der finanziellen Ebene mit einbezogen. Von daher sind auch wir für Eintreten auf diese Vorlage. Es ist klar, dass es in der Detailberatung, wie immer, noch eini-

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: J'aimerais remercier la commission pour son travail engagé, sérieux, en vue d'approfondir les questions qui ont été posées. Je crois que, sur ce plan-là, vous pouvez suivre pour l'essentiel les propositions de la commission.

ges zu debattieren gibt.

J'aimerais préciser que cette réforme n'est pas simplement une copie de la première partie de la 4e révision de l'Al que le peuple a rejetée il y a quelques années. Il ne s'agit donc pas de «Zwängerei», comme on dit si volontiers dans notre culture politique, mais d'un travail complet. La révision qui a été rejetée par le peuple anticipait un certain nombre de réformes, mais ne permettait pas de compenser, par exemple, les réductions faites au niveau de la rente complémentaire par une amélioration du système d'assistance.

Maintenant, nous avons vraiment un système complet de mesures qui représente, je crois, un optimum par rapport aux quatre objectifs que nous nous sommes fixés:

- 1. Consolider financièrement l'Al. Jusqu'à présent, dans le débat d'entrée en matière, je n'ai pas encore entendu les prises de position complètes dans ce domaine, puisqu'il s'agit de décisions formellement séparées. Je puis pourtant déjà annoncer que nos solutions sont largement suivies sur le plan du financement de l'Al, et je m'en réjouis II y a eu surtout un engagement très clair de la commission pour arriver à une situation équilibrée avec également une augmentation des ressources.
- 2. Dans le domaine des prestations, nous avons introduit un point fort, celui de l'allocation d'assistance qui doit accroître l'autonomie des personnes bénéficiaires. Ce seront elles qui devront savoir quels services elles souhaitent recevoir et de la part de qui. Il s'agit donc de quelque chose qui donne aux personnes invalides la possibilité de choisir elles-mêmes le type de prise en charge, le type d'assistance qu'elles souhaitent. Etant donné que le problème de l'indépendance et de l'autonomie des personnes très gravement invalides ou handicapées ne peut pas être réglé par les dispositions que nous avons prévues dans le domaine de l'allocation d'assis-

tance – les montants étant trop modestes pour garantir pleinement l'autonomie –, la commission a fait oeuvre d'imagination et a corrigé du côté des prestations complémentaires les allocations insuffisantes pour le maintien à domicile de personnes gravement handicapées.

Je crois que l'on a là la combinaison idéale, que nous sommes si fiers dans notre pays d'avoir trouvée, dans la prévoyance vieillesse par exemple. C'est la combinaison entre un socle – qui n'est certes pas très généreux, mais permet à chacun, avec un minimum d'intrusion dans la vie privée, de savoir ce à quoi il a droit – et une «Bedarfsleistung», une prestation en fonction du besoin, en fonction de l'analyse concrète de la situation, à savoir les prestations complémentaires.

Nous avons également introduit une nouvelle conception du système d'indemnités journalières plus transparente et surtout indépendante de l'état civil. Nous élargissons les prestations dans le domaine du perfectionnement professionnel. Et là, je dois dire que c'est une petite chose, mais qui me réjouit profondément: l'Al veille en général à réintégrer les personnes dans leur profession, ou dans une profession du même niveau qui correspond à leur capacité résiduelle. On prend en considération l'idée qu'une personne handicapée peut avoir aussi d'autres projets de vie, souhaiter réellement se perfectionner professionnellement, changer de métier, entrer dans une autre vie, devenir, pourquoi pas? assistant social après avoir été ouvrier par exemple. La possibilité de faire ces études est prise en considération cette fois-ci par l'Al, là aussi d'une façon qui n'est pas très généreuse, mais le principe me paraît très important. Les coûts supplémentaires, dus au handicap, pour une telle formation, qui est un perfectionnement, une amélioration, la réalisation d'un projet de vie, sont pris en charge par l'Al. Par ailleurs, la personne handicapée devra trouver une bourse, les ressources habituelles pour entreprendre une telle formation; mais elle ne devrait pas devoir y renoncer à cause des frais supplémentaires que le handicap lui impose.

Un autre point me paraît très important. Là aussi, je ne peux dire qu'une chose: au niveau des principes, au niveau de la réorganisation de cette loi, je crois que c'est un grand progrès. Au niveau des finances mises à disposition, ce n'est pas une amélioration substantielle. On peut, de très bonne foi, dire que l'élément «consolidation financière de l'Al» se reflétera dans le calcul des prestations qui seront dues. Mais ne crachons pas sur cette amélioration de la philosophie, de la relation avec la personne handicapée dans notre société; elle est extrêmement importante, elle ouvre la voie à une autre relation de la société avec les personnes handicapées; elle ouvre la voie à une intégration, à une confrontation de l'ensemble de la société avec la notion de handicap, qui est importante.

J'aimerais reprendre la remarque de Mme Wirz-von Planta qui disait au début, et c'était peut-être le «Motto» de toute cette discussion, à quel point elle détestait l'expression «invalide». Il est clair qu'étymologiquement, le terme est absolument détestable. Si la commission, après une longue discussion, a décidé de renoncer à changer ce terme dans cette assurance, c'est parce que, dans ce domaine, il ne s'agissait pas de faire hâtivement de la cosmétique. Il faut d'abord voir dans quelle mesure cette expression se retrouve, sur le plan international et dans d'autres lois, comme un élément de définition claire, et ne pas brouiller les cartes Vous savez qu'un postulat de la commission (01.3648) nous charge d'étudier ce vocabulaire afin de déterminer s'il peut être ressenti comme discriminatoire. Si j'ai prié la commission de se limiter à nous donner l'ordre d'approfondir ce thème, c'est parce que ce n'est pas à nous de nommer les personnes handicapées, c'est aux personnes handicapées elles-mêmes de dire par quels termes elles veulent être nommées dans la société. Vous savez que le «politically correct» dans ce domaine peut parfois aussi être l'abandon de la volonté d'améliorer réellement la situation des gens en leur cédant sur le plan du vocabulaire.

En ce qui concerne les prestations, j'aimerais attirer votre attention sur un point que je crois extrêmement important sur

le plan matériel et symbolique: l'Al a été une assurance modèle dans la prise en charge des handicaps congénitaux. A une époque où la LAMal n'existait pas, à une époque où ces personnes, en particulier les enfants et les adolescents atteints dès la naissance de handicaps, étaient quasiment abandonnées par la politique sociale, l'Al a fait une oeuvre de pionnier. Je dois dire que j'ai toujours souffert qu'en raison de la nomenclature des maladies congénitales, des enfants et des familles dans des situations très semblables aient reçu, dans un cas l'aide de l'assurance-invalidité. parce que la maladie était reconnue et enregistrée, et dans un autre ne l'ont pas recue, alors que le quotidien, la charge pour les parents et les difficultés pour ces enfants étaient en fait les mêmes Nous corrigeons ce défaut, et je serai très heureuse et je dormirai mieux le jour où je pourrai dire que ce n'est pas un diagnostic, une nomenclature qui décident de l'appui que l'assurance peut apporter à des enfants gravement invalides et aux familles dont nous savons qu'elles supportent une lourde charge. C'est la situation réelle. 3./4. Les autres objectifs, je n'ai pas besoin d'en parler lon-

guement. Nous y reviendrons dans l'examen de détail. Renforcer la surveillance de la Confédération: là, vous m'entendrez plaider pour le rôle important des services médicaux régionaux sous la surveillance matérielle directe de l'OFAS, et répondre aussi à la question de savoir si ce que nous avons est suffisant ou pas. Cela n'est pas suffisant, ce n'est pas un contrôle matériel qui permet de savoir comment évolue l'invalidité dans le pays. Nous souhaitons aussi, par cette réforme, améliorer et simplifier la structure et la procédure de l'assurance-invalidité. Vous voyez, d'entrée d'intervention je l'ai dit: Es ist nicht mehr eine halbe Sache, es ist eine ganze Sache, et elle nous fait progresser dans le respect que nous portons aux personnes handicapées, dans leur sentiment de dignité. Elle comble des lacunes, elle consolide financièrement cette oeuvre tellement importante.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen L'entrée en matière est décidée sans opposition

1. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung

1. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité

Detailberatung - Examen de détail

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Ingress, Art. 1 Abs. 1 *Antrag der Kommission*Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction, préambule, art. 1 al. 1

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gliederungstitel vor Art. 1a Antrag der Kommission

Antrag der Kommission Erster Abschnitt a: Zweck

Titre précédant l'art. 1aProposition de la commission
Chapitre premier a: But

Angenommen - Adopté

Art. 1a

Antrag der Kommission

Die Leistungen dieses Gesetzes bezwecken:

a die Invalidität mit geeigneten, einfachen und zweckmässigen Eingliederungsmassnahmen zu verhindern, zu vermindern oder zu beheben;

b. die verbleibenden ökonomischen Folgen der Invalidität im Rahmen einer angemessenen Deckung des Existenzbedarfes auszugleichen;



c. zu einer eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Lebensführung der betroffenen Versicherten beizutragen.

Art. 1a

Proposition de la commission

Les prestations de la présente loi visent à:

a. prévenir, réduire l'invalidité ou y remédier grâce à des mesures de réadaptation appropriées, simples et adéquates; b. compenser les effets économiques permanents de l'invalidité en couvrant les besoins vitaux dans une mesure appropriée;

c. aider les assurés concernés à mener une vie autonome et responsable.

Angenommen - Adopté

Gliederungstitel vor Art. 1b

Antrag der Kommission

Erster Abschnitt b: Die versicherten Personen

Titre précédant l'art. 1b

Proposition de la commission

Chapitre premier b: Les personnes assurées

Angenommen - Adopté

Art. 1b

Antrag der Kommission = bisheriger Art. 1a

Art 1h

Proposition de la commission = ancien art. 1a

Angenommen - Adopté

Art. 2 Abs. 2

Antrag der Kommission

Arbeitgebern, die invalide Versicherte anstellen, werden die Arbeitgeberbeiträge für die Invalidenversicherung für die jeweilige Anstellung erlassen.

Art. 2 al. 2

Proposition de la commission

L'employeur qui emploie des assurés invalides est exonéré du paiement des cotisations patronales à l'assurance-invalidité pour les personnes concernées.

Angenommen - Adopté

Art. 5 Abs. 1; Art. 7

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 5 al. 1; art. 7

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 8

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... berücksichtigen. Versicherte, die vor Eintritt der Invalidität nicht oder teilzeitlich erwerbstätig waren, haben Anspruch auf Eingliederungsmassnahmen.

Abs. 1bis

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(Rossini, Baumann Stephanie, Fasel, Gross Jost, Guisan, Maury Pasquier, Meyer Thérèse, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Suter)

Die Leistungen von Rehabilitationseinrichtungen für Personen, die von psychoaktiven Stoffen abhängig sind, können als Eingliederungsmassnahmen anerkannt werden. Während ihres Aufenthaltes in solchen Einrichtungen sind diese Personen den Bezügern von IV-Leistungen gleichgestellt Das zuständige Bundesamt legt die Voraussetzungen fur die Anerkennung fest, namentlich diejenigen, deren Erfullung einen Anspruch auf Beiträge nach Artikel 73 begründet.

Abs. 2. 2bis

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

c. Massnahmen für die besondere Schulung;

. . .

Art. 8

Proposition de la commission

Al. 1

.. probable. Les assurés qui avant de devenir invalides n'exerçaient pas d'activité lucrative ou exerçaient une activité à temps partiel, ont le droit de bénéficier des mesures de réadaptation.

Al. 1bis

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(Rossini, Baumann Stephanie, Fasel, Gross Jost, Guisan, Maury Pasquier, Meyer Thérèse, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Suter)

Les prestations des institutions de réhabilitation pour personnes dépendantes des substances psychoactives peuvent être reconnues comme des mesures de réadaptation. Durant leur séjour, ces résidents sont assimilés à des bénéficiaires de prestations Al. L'office fédéral compétent définit les critères de reconnaissance, notamment ceux ouvrant le droit aux subventions prévues à l'article 73.

Al. 2, 2bis

Adhérer au projet du Conseil fédéral

AL S

Adhérer au projet du Conseil fédéral

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Rossini Stéphane (S, VS). La proposition de minorité se rapporte à la question sensible et importante du financement des institutions de réhabilitation pour toxicomanes. La proposition formulée se veut une tentative d'apporter une solution concrète aux problèmes rencontrés par ces institutions depuis plusieurs années suite à la publication d'un arrêt du Tribunal fédéral des assurances, institutions confrontées à un certain nombre de difficultés en matière de financement

Le fait que les règles du jeu ont évolué met en péril l'existence même de certaines institutions ou, pour le moins, affaibit leur capacité d'agir, notamment en matière de qualité d'intervention. Certes, il faut admettre que la Confédération a procédé à l'octroi de plusieurs crédits relais et injecté par exemple 15 millions de francs par an pour 1999–2001 dans le but d'apaiser les craintes. Mais cet ajout de moyens financiers ne résout rien au problème de fond.

D'autre part, il faut admettre que le nouveau mode de financement qui est en phase de réalisation, voire de finalisation, tarde à être mis sous toit. Il peine donc à aboutir et cette situation devient particulièrement intolérable. Par conséquent, les effets de cette situation ont des répercussions immédiates sur les patients. Or, il faut savoir que toute personne dépendante n'est pas forcément une personne invalide. Les personnes peuvent avoir besoin d'une prise en charge institutionnelle avant même d'être déclarées invalides. Par conséquent, selon le principe «la réhabilitation avant la rente» qui a été énoncé déjà à plusieurs reprises ce matin, nous devons permettre un financement par l'assurance-invalidité.

13. Dezember 2001 1929 Nationalrat 01.015

La proposition de minorité n'a pas pour but d'opposer, mais au contraire de permettre une certaine forme de complémentarité dans les financements, et ceci dans le seul but de parvenir à répondre efficacement aux besoins des personnes à prendre en charge.

La proposition contient différents éléments. D'abord, les prestations des institutions de réhabilitation peuvent être reconnues comme des mesures de réadaptation et, deuxièmement, les résidents sont alors assimilés à des bénéficiaires de prestations AI.

Il ne s'agit plus dans ce domaine de défendre des territoires – chacun voulant bien évidemment avoir le moins de charges possible, qu'il s'agisse de l'assurance ou des cantons –, mais de proposer des solutions concrètes pour que le pilier de la thérapie, dans notre politique des quatre piliers en matière de toxicomanie, ne soit pas mis en péril. Le Conseil fédéral, en répondant à une interpellation Rochat (99.3246) en 1999, évoquait justement cette possibilité de prendre en compte la réhabilitation résidentielle des toxicomanes et alcooliques invalides comme une mesure individuelle de réinsertion, conformément à l'article 8 de l'assurance-invalidité. Je cite le Conseil fédéral: «Ce changement permettrait d'élargir la contribution de l'Al aux traitements de la dépendance et de la maintenir même en cas d'acceptation de la nouvelle péréquation financière.»

La formulation de la proposition de minorité est souple. Elle ouvre une voie alternative sans être impérative. Nous ne pouvons plus attendre de solutions alternatives. Nous devons cesser de repousser sans fin ce problème. Si le Conseil fédéral et les cantons s'accordent sur un nouveau modèle de financement, cette proposition de minorité pourra ne pas être utilisée. Par contre, si tel ne devait pas être le cas, une source de financement complémentaire, reposant cette fois-ci sur des bases légales, serait disponible.

C'est donc dans cet esprit de complémentarité que je vous invite à soutenir cette proposition de minorité en faveur d'une prise en charge pertinente des personnes résidant en institution

Dunant Jean Henri (V, BS): Die Minderheit möchte die Leistungen von Rehabilitationseinrichtungen für Personen, die von psychoaktiven Stoffen abhangig sind, als Eingliederungsmassnahmen anerkennen. Man kann sich schon fragen, ob nebst den Drogen nicht auch Alkohol und Nikotin gemeint sind. Die Gesamtkosten für Folgen von Drogenund Alkoholkonsum durften sich bereits heute auf 4 Milliarden Franken pro Jahr beziffern. Nun will die Minderheit, dass an solche Patienten in Rehabilitationseinrichtungen noch IV-Taggelder ausgeschüttet werden. Es geht nicht an. dass aufgrund der Drogenabgabe nicht mehr notwendige Rehabilitationsstationen auf Kosten der IV erhalten bleiben Wir haben je etwa 30 000 Heroin- und Kokainsüchtige in der Schweiz. IV-Leistungen an solche Personen während eines Aufenthaltes in Rehabilitationsstationen würden die IV noch mehr in die roten Zahlen führen Das ist ein Fass ohne Bo-

Die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Ménétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): Le groupe écologiste soutiendra la proposition de minorité Rossini, car nous pensons que c'est un moyen judicieux de régler un problème lancinant qui dure depuis bientôt cinq ans. C'est depuis 1997, en effet, que les institutions de traitement sont en proie à des difficultés financières, car, dès cette date, non seulement elles n'ont plus recu de l'OFAS les subventions sur lesquelles elles comptaient, mais elles ont dû rembourser des sommes souvent très importantes que, selon l'OFAS, elles avaient reçues en trop. Certaines institutions ont ainsi eu un trou financier représentant jusqu'à 80 pour cent de leur budget et, en plus, une dette de centaines de milliers de francs. Sauf erreur de ma part, toutes ont survécu à ce cataclysme, mais toutes se débattent encore aujourd'hui dans des difficultés inextricables qui les épuisent et qui les empêchent de travailler sereinement.

Certes, tout le monde s'est démené pour trouver des solutions, mais toute cette effervescence n'a finalement débouché jusqu'ici sur aucun modèle de financement satisfaisant. Depuis quatre ans, on nous l'annonce comme imminent. On le promettait pour 2000/01 dans la réponse du Conseil fédéral à l'interpellation Rochat (99.3246), mais rien n'arrive vraiment et on en est toujours aux crédits relais, votés un peu à la sauvette pour maintenir les institutions quasi sous perfusion.

Le plus préoccupant, c'est que les tentatives de solutions se révèlent les unes après les autres peu convaincantes ou inapplicables. La vérification de l'invalidité par un certificat médical s'est révélée impraticable, de l'aveu même de Mme Dreifuss, conseillère fédérale. Le détour par les offices Al des cantons ne va pas beaucoup mieux, car il prend énormément de temps et il ne règle que des cas individuels et non les prestations des institutions. L'anticipation de la péréquation financière pour solliciter davantage les cantons provoque l'opposition résolue de ces derniers. Enfin, l'utilisation des fonds confisqués provenant du trafic de drogue est un système boiteux dont le Conseil fédéral ne veut pas. Il est donc temps de poser le paquet et de calmer le jeu, et c'est exactement ce que la minorité Rossini permet de faire

Tout le monde est d'accord pour dire que les personnes dépendantes de substances psychoactives — pas seulement des drogues, Monsieur Dunant, mais aussi de l'alcool, bien entendu — ne sont pas forcément des invalides dans le sens de la loi, mais qu'elles peuvent le devenir par le seul fait de leur consommation de produits et pas seulement à cause d'une comorbidité psychiatrique. Le but de la loi, défini à l'article 1a, selon lequel les prestations qu'elle offre visent notamment à prévenir l'invalidité — lettre a — ou à «aider les assurés concernés à mener une vie autonome et responsable» — lettre c —, permet parfaitement d'intégrer les prestations des institutions de traitement.

Nous sommes convaincus que de choisir cette solution offre un avantage politique considérable. Je voudrais justement m'adresser aux députés situés à la droite de l'hémicycle, en particulier à M. Dunant, parce que je crois que là, vous devez apprécier à sa juste valeur le fait de pouvoir manifester clairement une volonté de consolider le quatrième pilier de la politique des drogues, à savoir le traitement orienté vers l'abstinence. Cette mesure permettrait d'éviter des déséquilibres au détriment de l'abstinence et en faveur des traitements de substitution, des programmes de méthadone. Cela permettrait aussi d'écarter une fois pour toutes ce soupçon que la «distribution d'héroïne», comme on le dit dans ces cas-là, pourrait devenir la doctrine d'un Etat démissionnaire en matière de politique des drogues.

Cette solution permettrait en plus d'ouvrir des perspectives nouvelles vers un cinquième pilier de la politique des drogues, à savoir la réinsertion sociale. Enfin, cette solution permettrait de maintenir la pluralité des approches dans le domaine du traitement et de freiner la médicalisation de plus en plus marquée des problèmes de toxicomanie, due au fait que ces prestations-là sont remboursées par les caissesmaladie.

C'est pour toutes ces raisons que nous vous invitons à soutenir la proposition de minorité Rossini.

Zäch Guido (C, AG): Die Minderheit Rossini will Drogenrehabilitationszentren als Wiedereingliederungseinrichtungen der IV zulassen. Die CVP-Fraktion spricht sich gegen diesen Minderheitsantrag aus.

Es gibt verschiedene Gründe für die Ablehnung dieses Minderheitsantrages. Es ist zu bezweifeln, ob Drogensüchtige tatsächlich unter die Definition von Invalidität als lang andauernde Erwerbsunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen fallen. Heute werden Drogen- und Alkoholabhängige zur IV zugelassen. Es ist aber nicht richtig, Einrichtungen, die diese Gruppe von Personen therapieren, durch die IV zu unterstützen. Im Übrigen geht es bei einer Drogentherapie nicht um berufliche Wiedereingliederung nach einem gesundheitlichen Schaden, sondern um eine Therapie einer

Krankheit. Therapien und deren Finanzierung gehören nicht in den Bereich der IV, auch wenn zugegebenermassen die Grenze zwischen Therapie und Anstrengungen zur Wiedereingliederung nicht immer klar zu ziehen ist. Das ist übrigens auch das Los des Schweizer Paraplegikerzentrums in Nottwil. Wer heute als Klinik oder Therapiestatte gleichzeitig aktiv Berufsfindung, Umschulung und Ausbildung betreibt, wird dabei von der IV nicht unterstützt, obwohl er sie nachweislich entlastet.

Man sollte diese Revision nicht überladen und Institutionen der Drogentherapie nicht etwas erlauben, was für niemanden sonst gilt. Therapie und Wiedereingliederung dürfen nicht vermischt werden.

Ich beantrage Ihnen im Namen der CVP-Fraktion, den Antrag der Minderheit Rossini abzulehnen.

Gutzwiller Felix (R, ZH): Auch die FDP-Fraktion beantragt Ihnen, diesen Minderheitsantrag abzulehnen, Einige Gründe wurden schon genannt. Ich möchte klar festhalten, dass das Problem selbstverständlich wichtig ist; es gibt Probleme bei der Finanzierung der Rehabilitationseinrichtungen für Drogenabhängige. Wir haben uns aber in der Kommission sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Aus meiner Sicht befriedigen die Antworten des Departementes; es gibt hier andere Lösungsansätze. Das Problem ist erkannt, der von der Minderheit aufgezeigte Lösungsweg ist allerdings nicht adaquat. Herr Zäch hat es gerade angesprochen: Es geht hier um die Finanzierung von Therapiestätten; das wäre im System der Invalidenversicherung deutlich systemwidrig. Es gibt auch ein Urteil des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes, das diese Therapiestätten aus dem System der IV herausgenommen hat. Natürlich heisst das nicht, dass nicht andere Lösungen gefunden werden müssen. Wir haben ja in diesem Rat einem Nachtragskredit von 15 Millionen Franken zugestimmt, der zum Ziel hat, diese Therapiestätten zu fi-

Man darf hier nicht dem Missverständnis erliegen, dass Drogenabhängigkeit mit Invalidität gleichzusetzen wäre. Es geht hier um einen ganz anderen Invaliditätsbegriff.

Ich muss weiter darauf hinweisen, dass die Formulierung der Minderheit Unklarheiten bestehen lässt, indem sie von psychoaktiven Stoffen spricht. Herr Kollege Dunant hat darauf hingewiesen, dass darunter durchaus auch Alkohol oder Nikotin zu verstehen wären. Die Kostenfolgen wurden in den Informationen für die Kommission auf die Grössenordnung von 300 Millionen Franken geschatzt, sodass wir Ihnen klar ans Herz legen wollen, diesen Minderheitsantrag abzuleh-

Ich betone noch einmal, dass damit das Thema der Finanzierung der Rehabilitationseinrichtungen für Drogenabhängige nicht vom Tisch ist, sondern das Problem einer anderen Lösung zugeführt werden muss. Diese Lösungsansätze sind in Vorbereitung. Wir werden von der Departementschefin sicher noch hören, wie die Lösung konkret aussehen soll. Ich bitte Sie also, den Minderheitsantrag Rossini abzulehnen.

Jutzet Erwin (S, FR). Sie gestehen zu, dass diese Therapiestellen, diese Eingliederungsstatten, grosse finanzielle Schwierigkeiten haben. Sie sind aber dagegen, dass sie wie bis anhin, wie seit 1960, von der IV mitfinanziert werden. Sie sagen, es gebe andere Lösungsansätze. Nun wäre ich sehr interessiert zu erfahren, welches diese Lösungsansätze sind.

Gutzwiller Felix (R, ZH): Danke fur diese Frage, Herr Kollege Jutzet. Ich wollte hier nicht zu sehr ins Detail gehen, weil die Departementschefin in ihrer Antwort – so nehme ich an – konkret darauf eintreten wird, wie das aussieht. Es gibt zurzeit Pilotversuche mit verschiedenen Kantonen im Bereich dieser Finanzierung. Wir haben einem Nachtragskredit von 15 Millionen Franken zugestimmt; ich bin optimistisch, dass hier eine Lösung gefunden wird, ohne dass in das IV-System eine Systemwidrigkeit eingefügt werden muss. Wir

wünschen, dass wir die Details nachher noch zu horen bekommen, denn für die Entscheidfindung wird es sehr wichtig sein, dass wir uns davon überzeugen können, dass die Lösung auf einer anderen Schiene erreicht wird und sich auf einem guten Weg befindet.

Ménétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): Vous n'êtes pas sans savoir qu'effectivement l'alcool fait partie des substances psychoactives et que les institutions soignant les personnes souffrant d'alcoolisme font aussi partie de celles qui ont des problèmes de financement.

Ma question est différente. Vous avez affirmé que la proposition de minorité Rossini entraînerait un surcoût de 300 millions de francs. J'aimerais connaître le détail de ce chiffre parce que dans la réponse que le Conseil fédéral avait fait à mon interpellation sur ce sujet-là, il évaluait l'ensemble du coût des thérapies à 250 millions de francs.

Gutzwiller Felix (R, ZH): Die Zahlen geben wie immer eine ungefahre Grössenordnung wieder, und sie wurden von der Verwaltung genannt. Es wird also in dieser Grössenordnung liegen. Die Einsparungen, die hier mit der langfristigen Sanierung der IV ins Auge gefasst werden – das ist doch das Ziel in der Grössenordnung von 15 Jahren –, werden auf insgesamt 200 Millionen Franken geschätzt. Sie sehen – ob es nun 250 oder 300 Millionen Franken wären –, dass wir bei einer Zustimmung zu dieser Minderheit mit einem kleinen Artikel eigentlich die ganze langfristige Sanierung gefährden würden. Das ist sicher ein Zusatzargument. Ich betone aber noch einmal: Wichtig erscheint mir, dass dieses wichtige Problem einer Lösung zugeführt wird – allerdings nicht systemwidrig im Rahmen der IV, die nicht fur diese Problemlösung geschaffen ist.

Studer Heiner (E, AG): Ich lege gleich meine Interessenbindung offen, weil hier ein Zusammenhang besteht: Ich bin Präsident des Schweizerischen Dachverbandes Stationäre Suchthilfe, kenne also diese Thematik sehr gut.

Vorerst ist zu sagen, dass diese Institutionen Beiträge aus der IV bekommen haben. Weil das nicht mehr möglich ist, muss man das entweder im Gesetz festhalten – das würde heissen, dem Antrag der Minderheit Rossini zuzustimmen – oder die Sicherheit haben, dass ein anderes System auch funktioniert; das ist es. Von daher gesehen bin ich froh, dass hinter diesem Minderheitsantrag Leute aus vier verschiedenen Fraktionen stehen, weil sie damit zum Ausdruck bringen, dass das Problem geklärt und die Finanzierung sichergestellt werden muss. Es besteht eine sehr grosse Unsicherheit, weil wir immer wieder Nachtragskredite in der Grössenordnung von 15 Millionen Franken beschliessen mussten – das haben Sie letztes Jahr und dieses Jahr gesehen –, weil das Modell noch nicht endgültig steht und damit auch noch nicht funktionieren kann.

Wenn wir zum jetzigen Zeitpunkt wüssten, dass dieses neue Modell wirklich steht und wie vermutet ab Sommer des kommenden Jahres sukzessive eingeführt werden kann - es hätte schon dieses Jahr eingefuhrt werden müssen -, dann könnten wir auf den Antrag der Minderheit Rossini verzichten. Nachdem es noch nicht eingeführt ist, sollten wir ohne eine Sicherheit mindestens versuchen, diese Kann-Bestimmung - und nur darum geht es ja - ins Gesetz aufzunehmen. Wir täten dies nicht in der Absicht, dass dies zu einer Doppel- oder Überfinanzierung führt, sondern das Ziel ist wirklich die neue Finanzierung. Ich habe auch lieber, wenn dies mit dem neuen Modell, das in Erarbeitung ist, erreicht wird. Wenn das Modell funktioniert und in Ordnung ist, dann kann man auf die gesetzgeberische Fixierung in diesem Gesetz verzichten. Ich möchte es ganz ausdrücklich sagen: Prioritat hat das neue Finanzierungsmodell, bei dem die Kantone ganz klar gefordert sind. Das möchte ich Ihnen darlegen. Wenn es unser gemeinsames Anliegen ist, nicht einfach aus Prinzip Strukturen zu erhalten, sondern die Institutionen zu erhalten, die den Auftrag erfüllen, dann müssen wir alles tun, damit das neue Modell funktionieren kann.

Deshalb müssen wir in einem ersten Schritt wenigstens mit dem Antrag der Minderheit Rossini im Moment noch sicherstellen, dass das Thema nicht ausser Abschied und Traktanden fällt, bevor wir diese Garantie haben.

Ich gehe davon aus, dass die Frau Bundesratin uns über den Stand der Dinge noch etwas Klares sagen wird.

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Herr Studer hat ganz richtig gesagt, dass wir ein grosses Problem zu lösen haben. Die Institutionen der Drogentherapie stehen vor einer echten finanziellen Belastungsprobe, seit ihnen die Gelder aus der IV entzogen worden sind. Es geht nun nicht darum, wie Herr Dunant gesagt hat, für Drogenabhängige Taggelder zu sprechen, sondern es geht darum, dass wir einen Nagel in die Wand schlagen, damit die Kosten der Rehabilitation versicherungstechnisch besser abgedeckt werden! Heute werden die Drogenabhängigen zwischen den Kantonen, der Krankenversicherung und der Invalidenversicherung «herungeschoben». Wir haben ein Finanzierungsproblem, das noch ungelöst ist. Die Therapie ist die erste Säule unserer Drogenpolitik und darf nicht länger diesen Unsicherheiten ausgesetzt werden.

Ich bitte Sie: Stimmen Sie dem Antrag der Minderheit Rossini zu, auch wenn er vielleicht noch nicht in allen Aspekten als definitive Fassung gelten kann. Sie wissen, dass sich das Betäubungsmittelgesetz ebenfalls in Revision befindet; es geht darum, jetzt ein Zeichen zu setzen, dass wir dieses Problem lösen wollen und dass etwas geschehen muss, damit die Drogentherapie finanziell mittelfristig endlich wieder auf sichere Beine gestellt werden kann.

Gross Jost (S, TG), fur die Kommission: Es besteht hier Einigkeit, dass die Finanzierung der stationären Suchthilfe ein ungelöstes Problem ist. Frau Ménétrey-Savary und auch Herr Gutzwiller haben darauf hingewiesen Nur ist die Kommissionsmehrheit zum Schluss gekommen, dass es sich hier um ein Problem der Schnittstellen zwischen IV und Sozialhilfe im Kompetenzbereich der Kantone und der Krankenversicherung handelt und dass hier der Ansatz, dass gewissermassen die IV alleine in die Lücke springen muss, zu einer Ausweitung des Behindertenbegriffes und damit der Zahl der Anspruchsberechtigten führen muss.

Ich mochte allerdings darauf hinweisen, dass einerseits im Rahmen der individuellen Leistungen selbstverständlich der Suchtmechanismus, wenn er Krankheitswert hat, zunächst durch die Krankenversicherung, dann durch die Invalidenversicherung durchaus erfasst werden kann und dass natürlich auch kollektive Leistungen bei Unterbringung von invaliden Drogenabhängigen anteilmässig bezahlt werden müssen.

Ich will im Namen der Kommission zum Ausdruck bringen, dass das Problem gelöst werden muss – wenn nicht hier, dann im Rahmen des Betäubungsmittelgesetzes in Verbindung mit dem Sharinggesetz.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: La majorité de la commission a suivi ici le Conseil fédéral, qui estime que ces institutions n'offrent pas la possibilité de se réadapter au sens de l'article 78 du règlement de l'assurance-invalidité. Il ne veut pas étendre le champ des bénéficiaires de prestations à une rééducation qui n'est pas strictement fonctionnelle.

La proposition de minorité Rossini qui restreint les bénéficiaires aux résidents en cercle fermé n'est, au yeux du Conseil fédéral, pas compatible avec le système de l'Al. Il est reconnu cependant qu'une pratique plus généreuse était en place et qu'elle a dû être abandonnée parce que critiquée par le Tribunal fédéral des assurances. Tout le monde reconnaît cependant que la solution de remplacement n'est pas encore sous toit et pose d'énormes problèmes. Les cantons devraient éventuellement prendre le relais, mais les conditions ne sont pas encore vraiment établies pour qu'ils le fassent.

La minorité, connaissant la situation difficile de ces institutions, tente par cet article, selon les motivations de M. Rossini, de trouver une solution, car l'avenir des ces institutions n'est pas assuré dans la pratique actuelle.

Finalement, après une grande discussion, la commission a décidé, par 11 voix contre 9, de suivre le Conseil fédéral.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: La proposition de minorité Rossini insiste sur un point absolument important. J'aimerais répéter ici que, même s'il ne s'agit pas de l'assurance-invalidité proprement dite, c'est de l'importance de la politique des quatre piliers dans le domaine de la toxicomanie dont il est question. Je me réjouis que tout le monde ait souligné, à l'occasion de la discussion sur la proposition de minorité Rossini, à quel point la politique des quatre piliers était essentielle et à quel point il était important, dans cette politique des quatre piliers, de donner toutes les possibilités de suivre des traitements en institution visant à l'abstinence. Puisque cela ne concerne pas directement le débat, je n'insiste pas sur l'importance de ces traitements qui touchent, je crois, à peu près 2000 personnes par année en ce qui concerne la toxicomanie; sur le plan de l'alcoolisme, je ne connais pas les chiffres, j'imagine qu'ils sont vraisemblablement plus élevés. Cela démontre à quel point cette thérapie difficile, jalonnée souvent par des échecs, est quand même la voie royale qui mène à la libération de la dépendance des personnes qui arrivent à se reprendre en main et à refaire des projets de vie, à en avoir les moyens.

Nous sommes fiers en Suisse de ces institutions, elles sont bonnes. L'Office fédéral de la santé publique (OFAS) a joué un rôle très important dans la formation des personnes qui y travaillent, dans les exigences de qualité et le contrôle de qualité que ces institutions développent de façon coordonnée et dans la mise en place d'un dialogue permanent avec ces institutions sur le travail qu'elles font. Sur le plan du financement, l'Al a, pendant assez longtemps, financé collectivement ces institutions en ne contrôlant pas si les personnes qu'elles accueillaient étaient invalides aux termes de la loi Je dirai que c'étaient les périodes où la rigoureuse application de la loi, et je parle bien de rigueur ici, n'était pas encore entrée dans les moeurs.

A trois reprises, le Tribunal fédéral des assurances a blâmé l'OFAS pour une application qu'il jugeait laxiste ou allant audelà de la base légale qui lui est donnée. Mme Ménétrey-Savary l'a rappelé, nous avions, il y a cinq ou six ans maintenant, averti les institutions que nous devions changer cette façon de faire. Nous avons tenté de procéder de la façon la plus douce possible. Bien sûr, c'est vrai, il y a eu des cas où, tout d'un coup, une institution se trouvait privée de 60 pour cent - 80 pour cent, disait Mme Ménétrey-Savary - de ses ressources. Il est vrai que certaines de ces institutions avaient des dettes pour des subventions perçues en trop. Il est vrai aussi que les subventions en trop n'étaient pas percues de mauvaise fois par l'institution: c'était l'OFAS qui payait des avances au début d'une période et qui ne contrôlait que deux ou trois ans plus tard si l'institution, pendant cette période, avait correspondu aux règles. Certaines institutions ont donc appris, trois ans après, qu'elles avaient trop recu de la part de l'OFAS et qu'elles devaient mettre au point un système de remboursement sur 20 ans.

Madame Ménétrey-Savary, vous savez que nous n'avons jamais «mis le couteau sous la gorge» à une institution, mais il est vrai que des institutions ont subi le poids de la dette et surtout se sont inquiétées: «Qu'allons-nous recevoir l'année prochaine? Comment est-ce qu'on contrôlera, on décidera si nos pensionnaires sont des invalides ou pas? Quand est-ce que nous le saurons? Quelle est la part de notre budget que cela représentera?» En raison du décalage dans le temps que je viens de décrire - qui a été ramené aujourd'hui à une mesure acceptable -, ces institutions ont vécu dans l'inquiétude. Or, elles mériteraient de pouvoir s'occuper avec plus de sérénité de leurs tâches principales plutôt que de se demander comment être financées. Je suis donc persuadée que ce qui peut arriver de mieux à ces institutions, c'est leur intégration dans le giron cantonal. C'est le fait d'avoir un interlocuteur qui se sent responsable de ces institutions et qui va chercher les finances auprès des différents bailleurs de



fonds possibles, un canton qui prend en charge ses institutions et qui veille à ce que le budget, en temps réel et sans décalage, soit celui dont elles ont besoin C'est ce que nous nous efforçons de réaliser depuis le changement dans la pratique – pas dans la loi – du mode de financement de l'Al. Cela est important.

J'ai visité beaucoup d'institutions. Il est clair que lorsqu'elles doivent demander de l'argent, ici à une commune qui a envoyé quelqu'un, là à l'Al, à un autre endroit encore à la famille, sans savoir comment nouer la gerbe, sans savoir si le budget sera vraiment assuré, leur situation est impossible. C'est la raison pour laquelle nous considérons que le canton doit assumer cette responsabilité, assurer que le budget soit là – avec des contributions également de l'association, car beaucoup de ces institutions sont privées –, et c'est au canton qu'il incombe de veiller à ce que les autres bailleurs de fonds paient leur écot en fonction de leurs règles. Je sais qu'il y a des institutions qui disent qu'elles pourront, à partir de ce moment-là, travailler de nouveau plus sereinement à la réadaptation des personnes dont elles ont la charge.

Je n'essaie pas du tout de peindre la situation en rose - elle a été extrêmement pénible –, mais nous sommes sur le point d'aboutir, nous touchons au but. Les cantons entre eux ont modifié la Convention intercantonale relative aux institutions sociales. Celle-ci assure que, pour les traitements intercantonaux, les cantons et les communes paieront leur écot. Nous-mêmes, nous continuerons à payer pour les personnes reconnues invalides, et les cantons sont prêts à assumer cette responsabilité. Nous sommes actuellement dans la phase où les parlements cantonaux sont saisis les uns après les autres de cette convention intercantonale. Imaginez le succès de cette procédure de ratification par les parlements cantonaux si vous leur donnez maintenant le signal suivant: «Ecoutez, si vous ne concluez pas, peu importe; c'est la Confédération qui paiera, c'est l'Al qui paiera.» Voilà la raison pour laquelle je vous dis qu'on ne peut pas choisir un moment plus mauvais pour laisser entendre que si les cantons n'assument pas leur responsabilité, il n'y aura pas de problèmes, l'Al sera l'institution qui prendra en charge ces types de théraple. Je vous prie donc de ne pas donner ce signal.

En passant, je crois que, tant vous que nous au Conseil fédéral avons bien montré que notre volonté n'était pas de laisser tomber ces institutions. Ce n'est pas par hasard que, d'année en année, vous nous accordez des budgets de transition qui nous permettent de maintenir notre engagement, non pas à la charge de l'Al, mais à la charge du budget général de la Confédération. Il est clair en effet que nous ne voulons pas laisser tomber des personnes qui ont de toute façon besoin d'avoir un appui et des institutions qui pourraient dire qu'elles s'en fichent un peu de savoir qui paie. Nous devons mettre de l'ordre là-dedans et savoir comment se fait la cascade des responsabilités financières.

Ensuite, j'aimerais dire que les chiffres qui ont été articulés par M Gutzwiller - et qu'effectivement l'administration lui avait donnés - sont justes. Ce ne sont pas des chiffres qui auraient gagné un zéro, tout d'un coup, entre la place de M. Gutzwiller et la tribune de l'orateur. En effet, dans la formulation que propose la minorité, l'assimilation au statut d'invalide pendant le séjour dans une institution va bien audelà de ce que la minorité elle-même souhaite, du moins je le crois. Etre assimilé à un invalide, ce n'est pas seulement recevoir des prestations de réadaptation, c'est recevoir des indemnités journalières C'est ce que signifie cet article et cette formulation. Les 300 millions de francs dont parlait M. Gutzwiller touchaient l'intégralité de la prise en charge de personnes qui sont assimilées à des invalides pendant cette période. C'est cela, la différence d'un ordre de grandeur d'une puissance qui a été soulignée dans l'échange entre Mme Ménétrey-Savary et M. Gutzwiller. De toute façon, ce chiffre est juste, et il est la seule interprétation possible du texte de la proposition de minorité - pas forcément de ses intentions, j'en conviens.

La dernière chose que j'aimerais dire est la suivante: je partage avec tous ceux qui s'occupent de ces personnes dans la pratique le sentiment qu'il est souvent insatisfaisant de se dire que quelqu'un – dont le risque est grand qu'il devienne invalide dans deux, trois ou cinq ans – ne peut pas mobiliser des mesures prévues par l'assurance-invalidité, qui permettraient peut-être d'éviter la dégradation de sa capacité d'intégration professionnelle et sociale. J'ai rencontré des cas dramatiques: celui, par exemple, d'une personne qui savait que dans cinq ans, elle serait très probablement aveugle et qui souhaitait commencer tout de suite, dans une volonté de prendre en mains son destin, des mesures qui lui permettraient de changer de profession, etc. L'Al a dû dire: «C'est une probabilité, ce n'est pas une certitude. Aujourd'hui, vous pouvez encore continuer dans le métier qui est le vôtre», et j'ai dû signer une réponse expliquant cela.

Je sais qu'avec la proposition de minorité nous sommes dans un cas semblable. Ces personnes ne sont pas invalides, et nous ne pouvons pas distendre la définition pour un groupe particulier. Mais la probabilité que ces personnes deviennent invalides si on ne les aide pas est grande. C'est la raison pour laquelle, on ne peut pas recourir à une assurance qui ne supporterait pas financièrement de prendre en charge ces personnes. En effet, l'Al est déficitaire et il faut arriver à la consolider à long terme, non pas pour ellemême, mais dans le cadre de la politique sociale, d'une politique d'intégration et de lutte contre les conséquences de la drogue, dans un cadre politique au sens large. C'est ce que nous nous efforçons de faire.

Vous aurez compris que, si je partage l'analyse de la situation et les objectifs de la minorité, je ne peux pas partager sa proposition, et je vous prie de la rejeter.

Abs. 1, 2, 2bis, 3 – Al. 1, 2, 2bis, 3 Angenommen – Adopté

Abs. 1bis - Al. 1bis

Abstimmung – Vote Für den Antrag der Mehrheit 98 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 66 Stimmen

Art. 10 Titel; 12 Abs. 1; 14 Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 10 titre; 12 al. 1; 14 al. 3 Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 16 Abs. 2 Bst. c

Antrag der Kommission

c. dadurch die Erwerbstätigkeit voraussichtlich erhalten oder verbessert werden kann. Grundsätzlich ausgenommen sind Weiterausbildungen, die von Institutionen oder Organisationen nach den Artikeln 73 und 74 angeboten werden. In begründeten Fällen kann von diesem Grundsatz abgewichen werden. Das zuständige Bundesamt umschreibt die Ausnahmefälle.

Art. 16 al. 2 let. c

Proposition de la commission

c. qu'il soit approprié et convenable, et qu'il puisse ainsi améliorer ou sauvegarder selon toute vraisemblance la capacité de gain de l'assuré. Est en principe excepté le perfectionnement dispensé dans les institutions ou organisations visées aux articles 73 et 74. Il peut être dérogé à ce principe dans des cas dûment motivés. L'office fédéral compétent définit les exceptions.

Angenommen – Adopté



Art. 17 Abs. 1

Antrag der Kommission

... die Erwerbsfähigkeit voraussichtlich erhalten oder verbessert werden kann.

Art. 17 al. 1

Proposition de la commission être sauvegardée ou améliorée.

Angenommen - Adopté

Art. 18

Antrag der Kommission

Abs. 1

Eingliederungsfähige invalide Versicherte haben Anspruch auf aktive Unterstützung bei der Suche eines geeigneten Arbeitsplatzes sowie auf begleitende Beratung im Hinblick auf die Aufrechterhaltung eines bestehenden Arbeitsplatzes. An die mit der Aufnahme

Abs 2 Mehrheit Unverändert

Minderheit (Zach, Estermann, Robbianı)

Einem eingliederungsfähigen von Invaliditat betroffenen Versicherten oder einem einen solchen beschäftigenden Arbeitgeber kann eine Kapitalhilfe zur Aufnahme oder zum Ausbau einer Tätigkeit sowie zur Finanzierung von invaliditätsbedingten betrieblichen Umstellungen gewährt werden. Der Bundesrat setzt die weiteren Bedingungen fest und umschreibt die Formen der Kapıtalhılfe.

Art. 18

Proposition de la commission

Les assurés invalides qui sont susceptibles d'être réadaptés ont droit à un soutien actif dans la recherche d'un emploi approprié et, s'ils ont déjà un emploi, à un conseil suivi afin de le conserver. Les assurés qui entreprennent

Al. 2 Majorité Inchangé Minorité

(Zäch, Estermann, Robbiani)

Une aide en capital peut être allouée à un assuré invalide susceptible d'être réadapté ou à un employeur employant un tel assuré, afin de leur permettre d'entreprendre ou de développer une activité, ainsi que de financer les transformations de l'entreprise dues à l'invalidité. Le Conseil fédéral règle les autres modalités et fixe les formes de cette presta-

Abs. 1 - Al. 1 Angenommen - Adopté

Abs. 2 - Al. 2

Zäch Guido (C, AG): Der Antrag der Minderheit wurde von der Kommission mit 3 zu 2 Stimmen abgelehnt; zehn Mitglieder haben sich der Stimme enthalten. Ich hoffe, dass es heute nicht zu einem solchen Zufallsresultat kommt, denn wir mussen zu einer wichtigen Frage genau Stellung nehmen. Es geht hier um ein zentrales Prinzip der IV, nämlich einmal mehr um Wiedereingliederung vor Rente

Die Verwaltung hat aus einem anderen, prinzipiellen Grund Bedenken angemeldet: Es gehe bei der IV um eine Versicherung und diese durfe nur Leistungen an einen Versicherten ausrichten. Das mag juristisch stimmen, nur geht es im jeweiligen konkreten Fall auch bei einer Leistung an den Arbeitgeber um den Versicherten. Denn es ist der Behinderte, der direkt von einer Arbeitsstelle profitiert. Der Bundesrat wird ja auch beauftragt, in der Verordnung Bedingungen zu umschreiben, damit Missbräuche verhindert werden. Bekannterweise wären gerade kleine und mittlere Betriebe flexibel genug, um einem Behinderten eine Chance zu geben, sie verfügen aber oft nicht über die finanziellen Mittel, um den Arbeitsplatz so umzugestalten, wie es die Behinderung

Die Minderheit würde Kapitalhilfen auch an kleine und mittlere Arbeitgeberbetriebe möglich machen. Die IV ist zudem in der Finanzierung von Hilfsmitteln in der Vergangenheit merklich zurückhaltender geworden, obwohl dadurch nachweisbar mehr wiedereingliederungsfähige und arbeitswillige Behinderte zu Rentenbezügern gemacht wurden.

Was ist eigentlich Kapitalhilfe? Artikel 7 Absatz 2 der geltenden IV-Verordnung lautet: «Die Kapitalhilfe kann ohne Rückzahlungspflicht oder als zinsloses oder verzinsliches Darlehen gewährt werden. Sie kann auch in Form von Betriebseinrichtungen oder Garantieleistungen erbracht werden.» Es handelt sich also um ein flexibles Instrument, das dort gezielt eingesetzt werden kann, wo entscheidende Hilfe zur beruflichen Wiedereingliederung nötig ist. Wie Sie wissen, haben selbstständig tätige Behinderte Anrecht auf Kapitalhilfe. Ich bin der Meinung, auch unselbstständig erwerbstätige Behinderte sollten gerechterweise diese Chance bekommen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der Minderheit zu unterstüt-

Gutzwiller Felix (R, ZH): Auch hier möchte ich Sie bitten, der Mehrheit zu folgen.

Wiederum handelt es sich beim Antrag der Minderheit um ein an sich durchaus gut gemeintes Anliegen, das aber innerhalb der IV wiederum sehr klar systemwidrig ist. Es geht nämlich darum, die bisher auf Personen orientierten Hılfeleistungen und Unterstützungen bei der Reintegration auch auf den Arbeitgeber auszuweiten, und dies wurde ohne Zweifel eine ganze Reihe von Problemen mit sich bringen, uber die Kostenfolgen gar nicht zu sprechen.

Ich darf Ihnen ein Beispiel geben: Wenn heute ein Behinderter etwa dank einer Maschine mit «computer-aided design», wie das heute heisst, arbeiten kann, dann kann er dieses Gerät von der IV bekommen, er kann es an seinen Arbeitsplatz mitnehmen, er kann damit reintegriert werden; er kann das Gerät aber auch wieder mitnehmen, wenn er an einen anderen Arbeitsplatz geht. Das Gerat hilft ihm bei der Reintegration. Wurden wir diese Hilfe auf den Arbeitgeber ausweiten, dann würden sich ganz neue Probleme stellen. Man konnte bei einem Arbeitsplatzwechsel eben durchaus die Autonomie des Behinderten beschränken; es würde viel schwieriger, wenn er den Arbeitsplatz wechseln möchte Es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten für den Arbeitgeber, dieses Instrument nicht unbedingt im Interesse des Behinderten einzusetzen.

Wir sind also klar der Meinung, dass es hier nicht angehen kann, eine Ausweitung auf den Arbeitgeber vorzunehmen, dass es nicht angehen kann, hier mit Geldern der IV betriebliche Änderungen oder Aufrüstungen - wenn ich das etwas pointiert sagen darf - zu finanzieren. Wir sind vielmehr der Meinung, dass wir ganz klar im System bleiben sollten, das es personen- und fallbezogen erlaubt, nicht nur infrastrukturelle oder bauliche Änderungen anzubringen, sondern vor allem diese Geräte, Maschinen und andere Hilfen zu finanzieren, die der Behinderte dann wieder weitertransferieren kann.

Auch hier geht es schliesslich um die finanziellen Folgen. Ich darf Sie auch hier, wie bei weiteren Forderungen, daran erinnern, dass das Hauptanliegen dieser IV-Revision ein Konsolidierungsanliegen ist Hier würden wir ganz sicher ein Tor zu weiteren finanziellen Folgen offnen und zudem das bisherige klare und effiziente System ungünstig verändern. Ich bitte Sie also, der Mehrheit zu folgen.

Fasel Hugo (G, FR): Namens der grünen Fraktion beantrage ich ebenfalls, hier der Mehrheit zu folgen, und kann auch in wesentlichen Punkten die Argumente meines Vorredners übernehmen. Tatsache ist: Wenn wir Kapitalleistun-



gen erbringen, sollten sie personengebunden sein, weil die Person im anderen Fall an einen bestimmten Betrieb gebunden ware, was ihrer Integration nicht unbedingt forderlich ware. Wenn wir also schon Kapital einsetzen, dann soll es dazu dienen, dass die einzelnen Behinderten auch berufliche Mobilität haben, also die Möglichkeit haben, ihren Arbeitgeber zu wechseln. Diese Moglichkeit soll nicht beein-

Auch wenn gewisse Sympathien für den Antrag der Minderheit Zäch bestehen, so denke ich doch, dass das Anliegen uber den Pilotartikel in diesem Gesetz aufgenommen werden kann Wir hatten dann die Möglichkeit, mit diesem Instrument auch einige Erfahrungen zu sammeln. Wenn diese positiv ausfielen, konnte man die vorgesehenen Instrumente selbstverstandlich in einem späteren Zeitpunkt auch ins Gesetz übernehmen. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir parallel zur IV-Revision mit dem Behindertengleichstellungsgesetz konfrontiert sind, d h., gleichzeitig auch daran arbeiten Dies ware ein breiterer Rahmen, um die von der Minderheit Zach beantragten Instrumente naher zu betrach-

In diesem Sinne beantrage ich namens der grünen Fraktion Zustimmung zur Mehrheit und bitte Sie, den Antrag der Minderheit Zäch abzulehnen.

Triponez Pierre (R, BE): Ja, Herr Fasel, Ihre Argumentation leuchtet an und für sich ein. Vor allem wenn es um mobile Gegenstände geht, wird ja wahrscheinlich der Arbeitnehmer diese an seinen neuen Arbeitsplatz mitnehmen konnen; da verstehe ich Sie sehr gut. Aber wie ist es konkret, wenn ich als Arbeitgeber eine bauliche Massnahme vorzunehmen bereit bin, wenn ich beispielsweise einen behindertengerechten Aufgang erstelle, den ich dann später naturlich nicht mehr brauche und den der invalide Arbeitnehmer auch nicht mitnimmt? Ich möchte einfach sicherstellen, dass eine solche Investition, auf welche Weise auch immer, entschädigt werden kann. Deshalb ist dieser Gedanke des Arbeitgebers hier hereingekommen.

Fasel Hugo (G, FR): Ich habe in meinen Ausführungen gesagt, Herr Triponez, dass wir das Problem der baulichen Massnahmen im Zusammenhang mit dem Behindertengleichstellungsgesetz sehr intensiv diskutieren. Wir haben dort auch eine breite Palette von Personen zu Hearings eingeladen, um diese Frage zu vertiefen. Deshalb habe ich vorhin darauf verwiesen, dass wir diese Frage dort noch einmal anschauen. Wenn Betriebe die Möglichkeit schaffen, dass Behinderte durch gute Zugangsmöglichkeiten einen Arbeitsplatz finden konnen, habe ich dafür sehr wohl Verständnis, dann sollen sie eine Entschädigung erhalten. Aber ich finde, der Ort für die Regelung müsste das Behindertengleichstellungsgesetz sein und nicht das Invalidenversicherungsgesetz. Deshalb habe ich das hier vorgeschlagen.

Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Ich möchte zunächst festhalten und das in den Gesamtzusammenhang stellen, dass wir die Rechte des Versicherten auf aktive Beratung und Unterstützung bei der Arbeitssuche verstärken; wir haben einen entsprechenden Antrag Hassler einstimmig gutgeheissen. Wir haben festgestellt, dass sich die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren oft zu wenig zuständig fühlen für die Vermittlung von noch teilerwerbsfähigen Behinderten. Warum lehnen wir die Kapitalhilfe für Arbeitgeber grossmehrheitlich ab? Es ist nicht so, dass wir das Anliegen nicht sehen, sondern wir sind im Sinne der geäusserten Voten der Auffassung, es sprenge das System der individuellen Leistungen. Ich möchte Herrn Zäch aber darauf hinweisen, dass wir ja mit dem Pılotartıkel durchaus ein Instrument ins Gesetz einfugen wollen, gemäss dem wir mit solchen Modellen operieren und solche Modelle ausprobieren konnten. Denn dieser Pilotartikel bezieht sich ja auch auf die Möglichkeit, solche kollektiven Massnahmen in einem Evaluationsstadium auszuprobieren. Ich und die Mehrheit der Kommission denken auch, dass eine solche, auf die Arbeitgeber bezogene Kapitalhilfe den behinderten Arbeitnehmer an den Arbeitgeber binden würde, bzw. es würde keine Sicherheit dafur bestehen, dass der Arbeitnehmer dann auch während langerer Zeit von diesen durch die IV finanzierten Investitionen profitieren könnte.

Es ist also sachlich richtig, das Anliegen ım Rahmen des Pilotartikels zu sehen und dort entsprechende Modelle auszuprobieren.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: La majorité de la commission a examiné avec beaucoup d'intérêt la proposition de minorité Zäch Finalement elle ne l'a pas votée parce que toute la loi est dirigée sur l'aide directement de l'handicapé lui-même. Cela devient un nouveau mécanisme d'aider les conditions annexes d'une réadaptation. Par contre, nous avons proposé de mettre un article 68quater dans cette loi, qui permettra des essais pilotes de ce type, avec un financement nouveau pour encourager les employeurs à engager des personnes handicapées et à pouvoir les installer sans frais supplémentaires pour leur entreprise.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe de l'Union démocratique du centre communique qu'il soutient la proposition de la majorité.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: La proposition de la maiorité de la commission représente le droit en viqueur, lequel permet de soutenir directement l'assuré invalide en finançant les frais nécessaires à sa place de travail. Je crois que c'est une réglementation tout à fait judicieuse qui accroît les possibilités pour l'invalide - c'est encore une fois lui qui est au centre de la réflexion - de travailler. La proposition de minorité Zäch stipule que l'employeur puisse recevoir cette aide en capital.

Nous nous opposons pour deux raisons à cette proposition. La première, c'est que l'Al a pour but de prendre en charge les frais liés à l'invalidité, aux besoins de l'invalide lui-même et non pas de subventionner des employeurs. Un tel élargissement pourrait même avoir des conséquences négatives parce qu'en soutenant l'employeur, on lie la personne handicapée à sa place de travail. Ce n'est pas elle qui reçoit le soutien pour aménager sa place de travail, c'est son employeur qui reçoit une aide pour aménager la place de travail d'une personne. C'est la raison pour laquelle nous pensons que cette proposition n'est pas la bonne. Votre commission s'est par ailleurs beaucoup penchée sur ces questions d'incitation du monde du travail à engager davantage de personnes handicapées; elle a reçu également de notre part un rapport dont la «Federführung» se trouvait, je crois, au SECO, auprès de M. Couchepin, conseiller fédéral. Elle a examiné différentes possibilités. Je ne doute pas d'ailleurs que ce thème demeurera encore longtemps, à savoir comment apporter une incitation intelligente, pas forcément d'ailleurs uniquement à des personnes invalides au sens de l'assurance-invalidité, mais à des personnes handicapées qui ont aussi besoin de soutien additionnel ou dont les employeurs eux-mêmes ont besoin d'être gentiment incités, encouragés, soutenus, de sorte qu'ainsi ces personnes-là puissent parvenir à échapper au statut d'invalide rentier. Dans ce sens, il est clair que le thème lui-même reste intéressant, que la possibilité de progresser aussi par des expériences concrètes est intéressante, mais qu'il ne s'agit pas d'élargir ici les tâches de l'assurance-invalidité, qui doivent rester soit une prestation centrée sur l'individu, soit une prestation centrée sur les institutions d'aide aux personnes invalides, mais non pas une prestation centrée sur le monde du travail.

Zäch Guido (C, AG): Herzlichen Dank für diese Diskussion. Die Argumente haben mich überzeugt. Es fehlt an der rechtlichen Grundlage, obwohl es sehr sinnvoll wäre, Arbeitgeber, die Behinderte aufnehmen, in ihrer hehren Aufgabe zu unterstützen. Aber es wäre eine Ausweitung der Aufgabe der IV. Ich bitte trotzdem die Arbeitgeber, in der Frage der Wie-



dereingliederung der Behinderten ein Vermehrtes zu tun. In diesem Sinne – und weil ich andere Minderheitsanträge eher durchbringen will – will ich auf diesen Minderheitsantrag verzichten.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): La proposition de la minorité Zäch est retirée.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

Gliederungstitel vor Art. 19

Antrag der Kommission

IV. Die Massnahmen für besondere Schulung

Titre précédant l'art. 19

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral (la modification ne concerne que le texte allemand)

Angenommen - Adopté

Art. 19

Antrag der Kommission Mehrheit Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Zäch, Estermann, Meyer Thérèse, Robbianı) Abs. 1

Die Versicherung unterstützt Bestrebungen zur Integration bildungsfähiger und von Invalidität betroffener Versicherten in die Volksschule. Der Bundesrat regelt in Zusammenarbeit mit den Kantonen die Einzelheiten.

Abs. 2

= bisheriger Abs. 1

Abs. 3

= bisheriger Abs. 2

Abs. 4

= bisheriger Abs. 3

Art. 19

Proposition de la commission Majorité Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Zäch, Estermann, Meyer Thérèse, Robbianı)

L'assurance encourage les efforts visant à intégrer à l'école régulière obligatoire les assurés invalides susceptibles de suivre un enseignement. Le Conseil fédéral règle les modalités en concertation avec les cantons.

Al. 2

= ancien al 1er

AI. 3

= ancien al. 2

Al. 4

= ancien al. 3

Zäch Guido (C, AG): Der Minderheitsantrag betrifft die Integration von Behinderten in die Volksschule. Ein gleich lautender Antrag ist in der Kommission nur knapp abgelehnt worden

Es ist bekannt, dass eine Integration behinderter Kinder in eine so genannt normale Schule in den meisten Fällen nicht an den Betroffenen scheitert, sondern an den Rahmenbedingungen. Es ist auch bekannt, wie wichtig und entscheidend gerade die schullische Ausbildung in einer ganz gewöhnlichen Schulklasse ist. Ich will, dass Behinderte nicht ausgegrenzt werden, sondern von Anfang an Teil der Gesellschaft sind. Das sichert nicht nur eine gleichwertige Ausbildung, sondern auch einen späteren Beruf und damit die Unabhängigkeit von den Leistungen der IV. Auch hier geht

es um das für mich oberste Prinzip «Wiedereingliederung vor Rente». Darum ist Artikel 19 Absatz 1 gemäss Minderheitsantrag für mich ein wichtiger Teil der IV-Revision. Er zeigt, wie ernst es uns mit der Wiedereingliederung wirklich ist und ob wir bereit sind, die Voraussetzungen für die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der Behinderten zu schaffen

Die Minderheit tastet zudem die kantonale Bildungshoheit nicht an, weil klar von einer Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen die Rede ist.

Unter dem vorgesehenen Gliederungstitel ist diese Bestimmung im IVG auch am richtigen Platz, denn es geht eindeutig um die Wiedereingliederung und damit auch um die mögliche spätere Rentenersparnis.

Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Fattebert Jean (V, VD): Au nom du groupe de l'Union démocratique du centre, je vous demande de soutenir la proposition de la majorité de la commission et le Conseil fédéral

Nous sommes, comme vous toutes et tous, conscients de la nécessité d'offrir un maximum de possibilités aux handicapés de s'insérer dans la société et de s'y épanouir le mieux possible. Le projet de révision de l'Al dont nous débattons aujourd'hui prévoit un certain nombre de mesures qui sont des progrès dans cette direction, et nous nous en réjouissons. Mais introduire dans la loi, à l'article 19, un alinéa 1er proposé par la minorité Zäch, c'est s'engager trop loin. Cette proposition stipule que «l'assurance encourage les efforts visant à intégrer à l'école régulière obligatoire les assurés invalides susceptibles de suivre un enseignement». Cela suppose que chaque parent pourrait, sur cette base légale, revendiquer, par exemple, qu'un enfant physiquement handicapé très lourdement soit intégré à l'école régulière obligatoire dont il est capable d'assimiler les notions, même, le cas échéant, avec une personne d'assistance en permanence. Cela représenterait des charges disproportionnées pour un résultat discutable. On ne peut pas reprocher à M. Zach de défendre son institution; au contraire, je crois qu'il donne trop dans la modestie et sous-estime les possibilités des institutions.

Débattre de la loi sur l'assurance-invalidité, ceci deux jours après avoir parlé d'euthanasie, nous oblige à un exercice d'humilité. Nous ne pouvons pas tout régenter, tout corriger. Nous ne pouvons pas couler tout le monde dans le même moule, nous sommes tous des imparfaits et les plus handicapés ne sont pas toujours ceux que l'on croit. Nous devons tous apprendre à accepter les différences, les chances de chacun ne sont pas égales dans ce bas monde. Il nous appartient à nous, parlementaires, de réduire les inégalités, d'offrir des possibilités, et dans ce domaine plus que dans d'autres. Mais nous ne pourrons jamais gommer toutes les différences. Il faut en prendre conscience et constater qu'ici aussi, le mieux pourrait être l'ennemi du bien

C'est la raison pour laquelle, encore une fois, le groupe de l'Union démocratique du centre soutiendra la proposition de la majorité de la commission et le Conseil fédéral. Nous vous engageons à faire de même.

Heberlein Trix (R, ZH): Herr Zäch hat seinen letzten Minderheitsantrag zurückgezogen, vielleicht wird er auch diesen wieder zurückziehen. Wir jedenfalls lehnen den Minderheitsantrag Zach ab. Er hat seinen Ursprung in der sehr gut verständlichen Situation gehbehinderter Menschen, für welche die baulichen Einrichtungen in den Schulen und Gebäuden nicht gegeben sind. Bei Sinnesbehinderungen aber kann gerade dieser Minderheitsantrag zu grösseren Problemen und allenfalls gar zu Benachteiligungen der Behinderten führen. Die Versicherten haben bekanntlich Anspruch auf individuelle Hilfe, auf Hilfsmittel, die an sie angepasst sind – so gerade auch die Kinder. Das Versicherungsverhältnis besteht zwischen den behinderten Kindern oder Erwachsenen und der Versicherung, nicht aber zwischen Kantonen, Gemeinden, Schulen oder weiteren so genannten Berechtigten

und der Versicherung; diese sind eben nicht in der Invalidenversicherung eingeschlossen, sie begründen keine Ansprüche in diese Richtung. Die Kantone und die Gemeinden haben selber dafür zu sorgen, dass nicht bauliche Hindernisse den geregelten Schulbesuch behindern.

Spätestens mit dem Behindertengleichstellungsgesetz soll ja auch denjenigen Kantonen und Gemeinden, die das noch nicht erkannt haben, dazu verholfen werden, dass sie sich in dieser Hinsicht stärker engagieren. Wir können mit diesem Gesetz aber nicht die Kantone zu einer Zusammenarbeit, zu einer quasi verordneten Kompetenzaufgabe, zwingen. Einige Kantone sind auch bereits sehr weit in dieser Richtung fortgeschritten. Wenn wir sie zu einer Harmonisierung verpflichten wurden, konnte das für sie auch einen Rückschritt bedeuten. Andere Kantone oder Gemeinden haben - dies ist ebenfalls zuzugeben - baulich praktisch noch nichts

Ist die im Minderheitsantrag Zäch formulierte Unterstützung finanzieller oder lediglich beratender Art? Jedenfalls wurde über die Kostenfolge in keiner Art und Weise gesprochen. Angesichts dieser unklaren Regelung und der fehlenden Bundeskompetenzen ersuche ich Sie, den Minderheitsantrag Zäch abzulehnen.

Wie erwahnt: Die Beratung des Behindertengleichstellungsgesetzes steht an, der Ständerat hat dieses bereits behandelt. Dort erhalten wir auch die notwendigen verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen, damit wir dafür sorgen können, dass die Kantone und Gemeinden, die das noch nicht getan haben, tätig werden müssen.

Fasel Hugo (G, FR): Ich lade Sie im Namen der grünen Fraktion ein, der Minderheit Zäch zuzustimmen. Wir denken, dass nicht nur behinderte Menschen lernen mussen - sie wollen es auch -, wie man sich in die Gesellschaft integriert. Auch Nichtbehinderte müssen lernen, wie man mit Behinderten umgehen kann. Sie müssen lernen, dass man mit behinderten Menschen sehr wohl zusammenleben kann. Sie müssen und dürfen lernen, dass behinderte Menschen auch eine Bereicherung sein können. Was bietet sich dafür besser an als die Ebene der Volksschule?

Ich weiss aus verschiedenen Kantonen, dass die Erfahrungen, die man in diesem Bereich schon gemacht hat, sehr positiv ausgefallen sind. Wir wissen auch, dass umgekehrt die Lehrpersonen, die solche behinderten Menschen in ihren Schulklassen mitführen, hohe Anforderungen erfüllen müssen. Deshalb denke ich, dass es richtig ist, wenn die Invalidenversicherung ein gewisses Know-how aufzubauen hilft und eine Unterstützung gewährt. Diese besteht nicht in einer Kapitalleistung, sondern es geht darum, die Unterrichtenden der Volksschule in dieser Aufgabe zu unterstützen. Der Minderheitsantrag verdient deshalb unsere volle Unterstützung. Ich bitte Sie in diesem Sinne, der Minderheit Zach zuzustim-

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe socialiste communique qu'il soutient la proposition de la minorité Zach.

Gross Jost (S, TG), fur die Kommission: Ich möchte darauf hinweisen, dass es im Gliederungstitel vor Artikel 19 nicht mehr «Sonderschulung», sondern «besondere Schulung» heisst. Diese Änderung ist eigentlich auch ein klares Signal der Kommission, die damit sagen wollte: Für uns ist die besondere Schulung und Förderung im Rahmen der Normalschule gleichwertig mit der Sonderschulung als Institution Zum Antrag der Minderheit Zäch: Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass es in gewissen Schulgemeinden tatsächlich Probleme gibt und aufgrund irgendwelcher baulicher oder finanzieller Argumente nicht die Bereitschaft besteht, behinderte Kinder, die an sich durchaus dem Lehrplan einer Normalklasse folgen könnten, in die Normalschule zu integrieren. Das ist äusserst bedauerlich; hier muss man auch an die zuständigen Kantone appellieren, dass sie diese Ungleichbehandlung, diese Diskriminierung, wirkungsvoll

angehen. Es besteht meines Erachtens ein gewisser Spielraum, diesbezüglich den Kantonen im Rahmen des Behindertengleichstellungsgesetzes «Dampf zu machen»

Die Kommission hat sich aber – sie entschied mit 10 zu 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen – doch von der Überlegung leiten lassen, dass Schulfragen in die kantonale Hoheit gehoren und dass die Mehrkosten, die aufgrund der Annahme des Minderheitsantrages entstehen könnten, aber nicht bezifferbar sind, auch nicht einfach der IV aufgehalst werden sollen

Wir bejahen also das Anliegen, dass es wichtig ist, in diesem Bereich etwas zu tun, aber der Antrag der Minderheit Zäch ist nach Meinung der Kommissionsmehrheit der falsche Lösungsansatz.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: La commission a examiné cette proposition avec beaucoup d'intérêt. Elle estime qu'il y a effectivement un besoin d'intégration qui existe dans ce domaine. Mais sa préoccupation était plutôt de savoir si cette proposition avait vraiment sa place dans cette loi ou plutôt dans la loi sur l'égalité pour les handicapés. Finalement, l'élément qui a fait rejeter cette proposition, c'est une question de compétence: l'instruction est plutôt de la compétence des cantons. Dans cet esprit-là, la commission a finalement décidé de rejeter cette proposition.

Je voudrais faire une remarque quant à la rédaction. La rédaction française comporte une erreur. On parle ici d'é cole primaire», alors qu'il s'agit d'école régulière obligatoire. Je serais heureuse que cette correction figure dans le Bulletin officiel.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Voilà un point qui n'est pas vraiment essentiel mais où la formulation de la maiorité de la commission qui utilise l'expression «besondere Schulung» en allemand, au lieu de «Sonderschulung», ne nous satisfaisait pas vraiment. Là aussi, on change un concept internationalement reconnu qui permet de savoir s'il s'agit du supplément de prise en charge et de scolarisation ou de l'effort pédagogique qui est nécessaire, pour un mot qu'on ne comprend pas très bien. Je le dis à l'intention du Bulletin officiel et en vous priant de m'excuser si, au Conseil des Etats, je me ralliais à une autre solution que celle de la majorité de votre commission. Je ne la combats pas ici, mais j'annonce qu'elle ne m'emballe pas. La discussion sur ce point concerne les personnes de langue allemande, uniquement. La proposition de minorité Zäch correspond à une vraie attente, un vrai besoin des familles par rapport à l'école publique. Ces familles souhaitent pour la plupart et aussi longtemps que possible, parfois même au-delà du moment où c'est vraiment pour le bien de l'enfant - cela peut aussi arriver que leur enfant puisse suivre leur scolarité dans une classe normale. Nous pensons que, dans la plupart des cas, cela est très bon, à la fois pour l'enfant handicapé et pour la classe elle-même. L'école, qui est aussi une école de vie, est d'autant plus riche que la classe est constituée de jeunes personnes ayant des expériences, des origines, des difficultés et des potentialités différentes. Je suis quelqu'un qui est très favorable à l'intégration dans l'école publique normale. Et l'Al permet cette intégration, ou y contribue en offrant des mesures de formation spéciales à des enfants qui fréquentent l'école publique normale. Nous avons la possibilité d'appuis pédagogiques, nous avons les aides matérielles à l'élève qui vont dans ce sens.

Si nous rejetons la proposition de minorité Zach, si nous vous recommandons de le faire, c'est, premièrement, parce que la loi n'est pas un obstacle mais qu'elle permet tout à fait d'aider à cette intégration; deuxièmement, c'est parce que la formulation de la proposition de minorité parle d'efforts, mais on ne sait pas lesquels, c'est un peu vague; troisièmement, parce que nous ne voulons pas interférer dans les compétences des cantons. Ce sont les cantons qui organisent la scolarité de base, et c'est aux cantons qu'il appartient de mettre en place des systèmes qui visent toujours à l'intégration optimale de l'enfant handicapé dans la société que représente l'école.

Voilà les raisons pour lesquelles nous rejetons cette proposition de minorité. Mais je remercie de toute façon la minorité Zäch d'avoir mis sur la table l'importance des questions pédagogiques et d'intégration dans l'école. Je me joins à cette minorité pour lancer un appel aux cantons. Par contre, je ne pense pas que cette proposition puisse, dans ce domaine, entraîner la création de mesures efficaces qui ne soient pas des interventions exagérées dans les domaines de compétence des cantons.

J'ajouterai en plus que, dans le cadre de la nouvelle péréquation financière - autre point qui a été discuté de façon approfondie dans la commission –, les mesures collectives devraient passer sous la responsabilité des cantons, avec simplement un cadre standard fixé par la Confédération. Et dans ce cadre-là, il serait malvenu, à l'heure actuelle, d'intégrer encore d'autres types d'aide collective - car il s'agit des seules qui entreraient en ligne de compte ici -, alors que cette responsabilité sera peut-être très clairement, encore plus clairement que je ne viens de le dire, celle des cantons. Je vous prie donc de rejeter la proposition de minorité malgré la justesse de son analyse du problème.

Abstimmung - Vote Für den Antrag der Mehrheit 80 Stimmen Für den Antrag der Minderheit . .. 78 Stimmen

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 21

Antrag der Kommission

.... Ausübung der Erwerbstätigkeit oder der Tatigkeit im Aufgabenbereich, zur Erhaltung oder Verbesserung der Erwerbsfähigkeit, für die Schulung, die Aus- und Weiterausbildung oder

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Al. 1

... ses travaux habituels, pour sauvegarder ou améliorer sa capacité de gain, pour étudier, apprendre un métier ou se perfectionner, ou à des fins

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 21bis Abs. 2bis, 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 21bis al. 2bis, 3

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 22

Antrag der Kommission Abs. 1, 1bis, 1ter, 2, 2bis

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Der Bundesrat bestimmt, unter welchen Voraussetzungen Taggelder für nicht zusammenhängende Tage, für Untersuchungs-, Warte- und Anlernzeiten sowie für Unterbrüche von Eingliederungsmassnahmen infolge Krankheit, Unfall oder Mutterschaft ausgerichtet werden.

Art. 22

Proposition de la commission

Al. 1, 1bis, 1ter, 2, 2bis

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral fixe les conditions auxquelles sont versées les indemnités journalières pour des jours isolés, pour la durée de l'instruction du cas, pour le temps précédant l'exécution de la réadaptation et pour la période de mise au courant dans un emploi, de même que lors d'une interruption des mesures de réadaptation pour cause de maladie, d'accident ou de maternité.

Angenommen – Adopté

Art. 23; 23bis-23sexies; 24; 24bis-24quinquies; 25; 25bis-25ter; Gliederungstitel vor Art. 26; Art. 26 Abs. 4; 27 Titel, Abs. 2; 27bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 23; 23bis-23sexies; 24; 24bis-24quinquies; 25; 25bis-25ter; titre précédant l'art. 26; art. 26 al. 4; 27 titre, al. 2; 27bis

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 28

Antrag der Kommission

Abs. 1 Mehrheit

Unverändert Minderheit I

(Rossini, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Suter)

mindestens 50 Prozent - ein Zweitel;

mindestens 60 Prozent - Dreiviertelsrente;

mindestens 70 Prozent - ganze Rente.

Minderheit II

(Zäch, Estermann)

Ist ein Versicherter zu mindestens 40 Prozent von Invalidität betroffen, so hat er Anspruch auf eine Rente. Diese beträgt den seinem Invaliditätsgrad entsprechenden Prozentsatz einer ganzen Rente.

(Rest des Absatzes streichen)

Abs. 1bis

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit I

(Zäch, Estermann)

In Härtefallen hat eine versicherte Person Anspruch auf eine Rente, die einem um 10 Prozent höheren Invaliditätsgrad entspricht. Der Bundesrat umschreibt die Härtefalle.

Minderheit II

(Gross Jost, Baumann Stephanie, Goll, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini) Unverändert

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2bis

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Hubmann, Baumann Stephanie, Fasel, Fehr Jacqueline, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rossini) Das Erwerbseinkommen, das eine versicherte Person als Nichtinvalide erzielen könnte, entspricht mindestens dem jahrlich aktualisierten Medianwert gemäss Lohnstrukturerhebung des Bundesamtes für Statistik.

Abs. 2ter Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Hubmann, Baumann Stephanie, Fasel, Fehr Jacqueline, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rossini)

= Abs 2bis gemäss Entwurf des Bundesrates

Abs. 2quater

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Mınderheit

(Hubmann, Baumann Stephanie, Fasel, Fehr Jacqueline, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rossini) = Abs. 2ter gemäss Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 28

Proposition de la commission

Al. 1 Majorité Inchangé

Minorité I

(Rossini, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Suter)

50 pour cent au moins - une demie;

60 pour cent au moins - trois-quarts de rente;

70 pour cent au moins - rente entière.

Minorité II

(Zach, Estermann)

L'assuré a droit à une rente s'il est invalide à 40 pour cent au moins. Le montant de la rente est proportionnel à son degré d'invalidité.

(Biffer le reste de l'alinéa)

Al. 1bis

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité I

(Zach, Estermann)

Dans les cas pénibles, l'assuré a droit à une rente correspondant à un taux d'invalidité de 10 pour cent plus élevé que son degré d'invalidité. Le Conseil fédéral définit des cas pénibles.

Minorité II

(Gross Jost, Baumann Stephanie, Goll, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Rossini) Inchangé

AI. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2bis Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Hubmann, Baumann Stephanie, Fasel, Fehr Jacqueline, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rossini) Le revenu d'une activité lucrative qu'une personne assurée pourrait obtenir si elle n'était pas invalide correspond au moins à la valeur médiane, actualisée chaque année, tirée de l'enquête sur la structure des salaires de l'Office fédéral de la statistique.

Al. 2ter Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Hubmann, Baumann Stephanie, Fasel, Fehr Jacqueline, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rossini) = al. 2bis selon projet du Conseil fédéral

Al. 2quater

Maiorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(Hubmann, Baumann Stephanie, Fasel, Fehr Jacqueline, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rossini) = al. 2ter selon projet du Conseil fédéral

Al 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

7iff, li Bst. e

Antrag der Kommission

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Mınderheit

(Rossini, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Suter)

Titel

e. Besitzstandwahrung der laufenden ganzen Renten

Text

Laufende ganze Renten bei einem Invaliditatsgrad von mindestens 66 2/3 Prozent werden auch nach dem Inkrafttreten der 4. IVG-Revision weitergeführt

Eventualantrag Dormann

(zum Antrag der Minderheit)

Laufende ganze Renten bei einem Invaliditätsgrad von mindestens 66 2/3 Prozent werden nach dem Inkrafttreten der 4. IVG-Revision für alle jene Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger weitergeführt, welche zu diesem Zeitpunkt das 50. Altersjahr zuruckgelegt haben.

Ch. II let. e

Proposition de la commission

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(Rossini, Baumann Stephanie, Fasel, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rechsteiner Paul, Suter)

Julei j Titre

e Garantie des droits acquis pour les rentes entières en cours

Texte

Les assurés qui, au titre d'un degré d'invalidité égal ou supérieur à 66 2/3 pour cent, perçoivent actuellement une rente entière continueront à la percevoir même après l'entrée en vigueur de la 4e révision de la LAI.

Proposition subsidiaire Dormann

(à la proposition de la minorité)

Les rentes entières en cours perçues au titre d'un degré d'invalidité égal ou supérieur à 66 2/3 pour cent continuent d'être versées après l'entrée en vigueur de la 4e révision de l'Al à tous les rentiers qui, à ce moment-là, auront atteint l'âge de 50 ans révolus.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le débat sur l'article 28 concerne également la lettre e des dispositions transitoires (ch. II).

Rossini Stéphane (S, VS): Ma proposition de minorité I concerne ici un élément relativement important, puisqu'il s'agit de réaménager l'échelle définissant le degré d'invalidité par l'introduction d'un trois-quarts de rente. La manière de déterminer le taux d'invalidité est à la fois considérée comme problématique et comme quelque chose de très complexe, tant

sur la forme qu'en ce qui concerne les éléments pris en considération, mais aussi un élément régulièrement considéré comme difficilement compréhensible pour la population. En effet, la réalité personnelle et professionnelle, la pluralité et les particularismes des situations ne correspondent plus forcément aux trois échelons actuels de rente, à savoir 40 pour cent d'invalidité pour obtenir un quart de rente, 50 pour cent pour une demi-rente et 66 2/3 pour cent pour une rente complète.

Il convient, selon nous, d'affiner cette échelle, et plus particulièrement vers le haut, cela pour permettre aux personnes ayant une invalidité de plus de 66 2/3 pour cent et bénéficiant d'une rente complète, de fournir des efforts de réinsertion, et cela surtout, et j'insiste sur ce point, sans avoir à souffrir d'une diminution importante, voire disproportionnée de leur rente. Dans ce cas, nous devons, en effet, dans la perspective d'une réinsertion, éviter de pénaliser les personnes motivées et désireuses d'améliorer quelque peu leur revenu par une activité professionnelle, car le risque est grand, comme je l'ai dit à l'instant, d'une disproportion entre le gain obtenu et la réduction de la rente qui en résulte.

Selon l'administration, en fonction de nos débats en commission, cette modification d'échelle – à laquelle, bien évidemment, il faut lier la problématique des dispositions transitoires, avec une garantie des droits acquis pour l'ensemble des personnes concernées – coûterait quelque 60 millions de francs. Il est important de relever que, sans droits acquis, la proposition ne générerait aucun coût supplémentaire, selon les informations qui nous ont été données en commission, et que la proportion entre les personnes favorisées et celles défavorisées, c'est-à-dire celles qui se situeraient entre 66 2/3 pour cent et 70 pour cent, est relativement proche.

Les organisations pour personnes handicapées prônent depuis de longues années déjà un réaménagement de cette échelle et sont par conséquent favorables au renforcement de la réinsertion sans trop d'effets négatifs sur les rentes.

Financièrement, la suppression des rentes complémentaires provoque, dans la révision de l'Al, un certain nombre d'économies qui sont largement supérieures aux dépenses qu'implique ma proposition de minorité I.

Comme vous avez tout à l'heure rejeté ma proposition de minorité, à l'article 8 alinéa 1bis, relative à la réadaptation, on se trouve ici dans une situation de surcoût qui est relativement faible par rapport au projet initial. D'autre part, comme je l'ai indiqué aussi, la complexité des situations impose d'affiner cette évaluation des taux d'invalidité.

Je vous invite donc à soutenir ma proposition de minorité I, qui demande d'introduire un seuil de trois-quarts de rente. Par ailleurs, comme l'a dit tout à l'heure la présidente de la commission, Mme Dormann, cette proposition est liée à une disposition transitoire qui permettrait la garantie des droits acquis pour les rentes entières et en cours. Nous aurons l'occasion d'entendre aussi Mme Dormann, dont la proposition subsidiaire prévoit une autre formulation de disposition transitoire.

Zäch Guido (C, AG): Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass bei den Leistungen und deren Berechnung das Unfallversicherungsgesetz und das Invalidenversicherungsgesetz aufeinander abgestimmt werden müssten. Alles andere ware eine stossende Ungerechtigkeit. In Bezug auf eine bessere Wiedereingliederung hat man mit dem System der prozentualen Rente bei der Unfallversicherung gute Erfahrungen gemacht, jedenfalls bessere als mit den drei groben Stufen bei der IV. Die Stufen führen oft zu Ungereimtheiten. Wenn z. B. jemand wieder Teilzeit arbeiten könnte, am Schluss aber trotz des verdienten Lohnes weniger Geld zum Leben und für die nötige Assistenz hätte als vorher, wird er das Risiko eines beruflichen Wiedereinstieges kaum auf sich

Die Voraussetzungen für einen Systemwechsel sind aber bei gründlicher Überprüfung jetzt nicht gegeben, weshalb ich den Antrag der Minderheit II zu Absatz 1 – und auch den damit zusammenhängenden Antrag der Minderheit I zu Absatz 1bis – zurückziehe.

Falls betreffend die Besitzstandwahrung bei Ziffer II Buchstabe e der Eventualantrag Dormann angenommen wird, empfehle ich Ihnen bei Artikel 28 Absatz 1 den Antrag der Minderheit I (Rossini) zur Annahme. Damit vertrete ich auch die Meinung der CVP-Fraktion.

Baumann Stephanie (S, BE): Zum Minderheitsantrag zu Absatz 2bis: Die Berechnung des Invaliditätsgrades und der Rentenhöhe ist eine so komplizierte Angelegenheit, dass ich Ihnen – und mir auch – die detaillierte Erlauterung dieser Geschichte ersparen möchte. Im Zusammenhang mit meinem Minderheitsantrag interessiert nur die Tatsache, dass sich tiefe Löhne negativ auf die Invalidenrente auswirken. Wer in einer Tieflohnbranche arbeitet, wird im Invaliditätsfall eine tieferere Rente erhalten als Personen mit hohem Einkommen und riskiert auch gleichzeitig in einen tieferen Invaliditätsgrad eingeteilt zu werden. – Ich habe irgendwie das Gefühl, dass alle in der Fahne blattern; ich frage deswegen nochmals nach, ob ich tatsächlich jetzt schon mit meinem Antrag an der Reihe bin.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): En fait, je vous ai donné la parole pour développer la proposition de la minorité II (Gross Jost) à l'alinéa 1bis.

Baumann Stephanie (S, BE): Diesen Antrag habe nicht ich gestellt, sondern Rechsteiner Paul.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Je vous suggère de terminer de fonder la proposition de minorité à l'alinéa 2bis et je donnerai la parole ensuite à M. Rechsteiner Paul.

Baumann Stephanie (S, BE): Also nochmals: Ich bin bei Artikel 28 Absatz 2bis und habe soeben damit begonnen, Ihnen zu erklären, dass sich tiefe Löhne negativ auf die Invalidenrente auswirken können. Wer in einer Tieflohnbranche arbeitet, wird im Invaliditätsfall eine tiefere Rente erhalten als Personen mit hohen Einkommen. Die betroffene Person riskiert auch in einen tieferen Invaliditatsgrad eingeteilt zu werden.

Niedrigere Frauenlöhne führen also dazu, dass Frauen haufiger als Männer nur Anspruch auf eine Teilrente oder gar keinen Rentenanspruch haben. Diese Ungerechtigkeit muss irgendwie korrigiert werden. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten: Mein Vorschlag besteht darin, dass das Valideneinkommen, also das Erwerbseinkommen, das ohne Invaliditat erzielt werden könnte, nicht zu tief angesetzt werden darf. Es sollte mindestens dem Medianwert gemäss Lohnstrukturerhebung entsprechen, der heute bei 66 500 Franken liegt. Es ist wichtig, dass das Valideneinkommen eine gewisse Höhe erreicht, weil es bei der Berechnung des Invaliditätsgrades mit dem Einkommen verglichen wird, das eine invalide Person nach erfolgten Eingliederungsmassnahmen erreichen kann. Ist die Differenz klein, ist auch der Invaliditätsgrad klein. Irgendwie müssen wir einen Weg finden, der es erlaubt, Frauen mit tiefen Löhnen - es betrifft in Tieflohnbereichen übrigens auch Männer - im Invaliditätsfall eine Rente zuzusprechen, die möglichst nahe an ıhre persönliche Situation herankommt. Damit meine ich, dass sie eine Rente erhalten müssen, die den Existenzbedarf angemessen deckt.

Ich bitte Sie also, im gegebenen Moment den Minderheitsantrag zu Artikel 28 Absatz 2bis, den ich jetzt schon begründet habe, zu unterstützen.

Dormann Rosmarie (C, LU): Der Antrag der Minderheit I (Rossini), bei den Übergangsbestimmungen den Besitzstand zu wahren, ist sympathisch, aber fehl am Platz. Man kann in diesem Punkt die IV nicht mit der AHV vergleichen. Bei der IV erhält man eine Rente aufgrund seines Gesundheitszustandes, und dieser kann sich im Laufe der Zeit ver-

bessern, leider manchmal auch verschlechtern Bei der AHV dagegen erhält man eine Rente aufgrund seines Alters, und es ist klar, dass man jedes Jahr – jedenfalls an Jahrzahlen – ein Jahr älter wird Dort ist die Wahrung des Besitzstandes also logischer als bei der IV, vor allem auch deshalb, weil bei der IV ein Gesetz besteht, dessen Artikel 41 verlangt, dass die Renten periodisch überprüft werden. Überprüft werden müssen sie vor allem auf die Frage hin, ob sie in Bezug auf die Behinderung und vor allem den Invaliditatsgrad noch adäquat sind.

Ich habe mich bei der IV-Stelle Luzern erkundigt. Dort wurden die Renten im Jahr 2000 überprüft. 83 Prozent der mehreren Tausend Renten blieben gleich, 12 Prozent wurden erhöht, z. B. von einer Viertelsrente auf eine halbe oder von einer halben auf eine ganze Rente. In 1,6 Prozent der Fälle wurde die Rente reduziert, und in 3,3 Prozent der Fälle wurde die Rente aufgehoben.

Ich denke, es ware auch nicht im Dienste der Behinderten, die heute eine Rente haben, dass der Besitzstand generell gewahrt wurde Mit anderen Worten: Wenn ein junger Mann, eine junge Frau mit 28 Jahren heute z. B. eine Rente bezieht, würde er oder sie diese Rente behalten, und man dürfte die Rente nicht mehr überprüfen

Bei meinem Eventualantrag mache ich eine Differenzierung und sage: Wer bei Inkrafttreten der 4. IVG-Revision das 50. Altersjahr erreicht hat, dessen Rente wird nicht mehr überprüft, wenn es eine ganze Rente ist. Ich denke, das sei aufgrund der Wirtschaftslage adäquat. Wir haben gestern in diesem Saal die Revision des Avig diskutiert und festgestellt, dass ab dem 50. Altersjahr die Chance, in die Arbeitswelt zurückzukehren, sehr gering ist. Deshalb meine Nuancierung. Ich will keine Revolution auslösen, sondern sage mit meinem Antrag: Wer im Zeitpunkt der Inkraftsetzung der 4. IV-Revision 50 Jahre alt ist, dessen Vollrente muss nicht überprüft werden, und er behält sie auf sicher. Das als Pendant zum Antrag der Minderheit I (Rossini).

Ich nehme die Gelegenheit wahr, gleich zum ganzen Artikel 28 zu sprechen. Die CVP-Fraktion spricht sich für eine feinere Abstufung des Behinderungsgrades aus, wenn mein Eventualantrag betreffend die Übergangsbestimmungen durchkommt

In der Tat ist die heutige Abstufung - Viertelsrente, halbe Rente und ganze Rente - ın der Praxis zu rudimentär. Die Hurde ist relativ gross. Erst bei einer Behinderung von 40 Prozent bekommt man eine Viertelsrente, ab 66 2/3 Prozent erhält man eine ganze Rente. Hier besteht tatsächlich eine Moglichkeit, bei den Behinderten gerechtere Entscheide zu treffen, vor allem im Bereich der Festlegung, aber auch der Rückstufung. Behinderte, die heute zwei, drei Jahre warten müssen, bis der sie betreffende Entscheid rechtskräftig ist, haben zu Recht Mühe, auf ihre Rente zu verzichten, wenn sie eingegliedert werden können und von der ganzen Rente direkt auf eine halbe Rente zurückgestuft werden müssen Deshalb ist es ım Sinne einer Eingliederung in die Arbeitswelt adäquater, wenn bei der Renteneinstufung ein grösserer Spielraum besteht. Wir haben es von Herrn Rossini gehört, dass die Möglichkeit der Dreiviertelsrente langfristig kostenneutral wäre, weil es wohl mehr Dreiviertelsrenten statt halbe Renten, aber auch weniger ganze Renten zugunsten von Dreiviertelsrenten geben könnte.

In diesem Sinne bitte ich Sie namens der CVP-Fraktion, den Antrag der Minderheit I (Rossini) zu Artikel 28 Absatz 1, aber auch meinen Eventualantrag zu unterstützen. Gleichzeitig bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit Hubmann zu Absatz 2bis sowie den Antrag der Minderheit II (Gross Jost) zu Absatz 1bis abzulehnen, weil einerseits die Hartefälle durch die Assistenzentschädigung entschärft werden, andererseits bei der Viertelsrente neu die Möglichkeit besteht, dass sie mit Erganzungsleistungen existenzsichernd ausgerichtet werden kann. Deshalb wird der Härtefall bei einem Invaliditätsgrad von 40 Prozent in Zukunft nicht mehr der gleiche sein wie beim heutigen Gesetz.

Guisan Yves (R, VD): Nous sommes confrontés à deux minorités qui voudraient l'une et l'autre établir une proportion-

nalité plus rigoureuse entre le montant de la rente et le degré de l'invalidité. Cette volonté louable en soi relève malheureusement surtout d'une prémisse de nature essentiellement intellectuelle, mais difficilement applicable. La démarche dans la pratique ne consiste pas en effet à établir le degré de l'invalidité et en conséquence la rente à laquelle l'assuré a droit, mais au contraire l'inverse, à savoir apprécier dans quelle mesure il est apte à l'emploi, à quel emploi et dans quelle mesure, si un recyclage est possible ou nécessaire. Tout cela en tenant compte des possibilités effectives offertes par le marché.

C'est au vu de cette évaluation, qui tient compte non seulement de la pathologie, mais des aptitudes, de la formation professionnelle et de la personnalité de l'intéressé, que le degré d'invalidité est fixé. Cela explique que même pour des degrés de handicap à première vue équivalents, le degré d'invalidité n'est pas nécessairement le même. Dans ces conditions, une évaluation de 10 pour cent en 10 pour cent est absolument illusoire. Ce genre de graduation fine ne peut être que sujet à de multiples contestations et recours, les principes que j'ai évoqués au préalable démontrant clairement qu'il n'est, par définition, pas possible d'appliquer des critères objectivables et absolus.

La pratique de l'assurance-accidents obéit à d'autres critères, à une situation différente. La rente LAA est dans la règle complémentaire d'une rente AI, et il s'agit de déterminer dans ces conditions l'importance de la contribution respective des deux régimes d'assurance. C'est pour cette raison qu'une graduation plus nuancée peut être utilisée, bien qu'elle ne manque parfois pas d'arbitraire, dans une certaine mesure. Mais cela n'a aucune répercussion directe sur la prise en charge de l'assuré.

Il n'en va pas de même en cas de maladie ou dans le cas d'un indépendant qui n'émarge pas à la LAA. Il est bien difficile de trouver sur le marché de l'emploi du travail à 25 ou 30 pour cent, ce qui correspondrait à une rente d'invalidité de 70 ou de 75 pour cent. Il en résulterait dans ces conditions une injustice crasse, à savoir des invalides sans emploi, et probablement sans possibilité d'en avoir jamais, mais avec une rente partielle seulement.

C'est pour cette raison que la pratique retient dans la règle l'invalidité à 50 pour cent ou à 100 pour cent. Le quart de rente est davantage dû à une séquelle de la votation de 1999 qu'à une vision réaliste des choses. D'abord, il est injuste qu'une invalidité de 40 pour cent ne donne lieu qu'à une compensation de 25 pour cent seulement. Ensuite, c'est la situation typique où une variation de 10 pour cent seulement change la situation de l'assuré du tout au tout. Avec 50 pour cent, il a droit à une demi-rente et à un emploi à mitemps, ce qui correspond certainement bien plus à la situation de fait où une différence entre 40 pour cent et 50 pour cent est bien difficile à justifier. Ces quarts de rente sont donc, à mon avis, condamnés à disparaître progressivement.

Une fois encore, les normes actuelles de 40 pour cent, 50 pour cent et 66 2/3 pour cent sont dictées essentiellement par des considérations pratiques qui permettent une application plus juste de la loi et qui correspondent davantage à son esprit. Il ne s'agit en effet pas de verser a priori une rente, mais de trouver un emploi correspondant aux aptitudes et aux compétences de l'invalide.

Pour toutes ces raisons, je vous prie, au nom du groupe radical-démocratique, de vous rallier au projet du Conseil fédéral en adoptant la proposition de la majorité de la commission.

A l'alinéa 2bis, la minorité Hubmann souhaite introduire à titre de référence la valeur médiane en fonction de la statistique des salaires. L'administration prend déjà en considération cette valeur médiane, mais également d'autres éléments en rapport avec des données sur les places de travail et la situation particulière de l'assuré. La valeur médiane est donc une référence trop rigide, qui ne reflète pas toujours la situation réelle.

Le groupe radical-démocratique vous demande, par conséquent, également ici de vous rallier à la proposition de la majorité de la commission et au projet du Conseil fédéral. Par

voie de conséquence, il en va de même pour la disposition transitoire proposée par la minorité Rossini et concernant la garantie des droits acquis par les rentes entières en cours.

Hassler Hansjorg (V, GR): Heute haben wir das System einer relativ groben Rentenabstufung. Eine feinere Rentenabstufung ist aus verschiedenen Gründen erwünscht. In der Praxis führt diese grobe Rentenabstufung zu Schwierigkeiten bei der Festlegung des Invaliditätsgrades Der Druck, eine ganze statt eine halbe Rente zuzusprechen, ist gross. Eine zusätzliche Unterteilung zwischen der halben und der ganzen Rente ist vor allem auch unter dem Aspekt der Eingliederung sinnvoll.

Eine feinere Rentenabstufung sollte aber möglichst kostenneutral ausfallen. Dies ist beim Antrag der Minderheit I (Rossini) nicht der Fall. Die Minderheit I (Rossini) verlangt eine Besitzstandwahrung für alle laufenden ganzen Renten in den Ubergangsbestimmungen. Die Mehrkosten fur diese Besitzstandwahrung belaufen sich auf rund 60 Millionen Franken jährlich. Das ist sehr viel, das ist zu viel, wenn wir gleichzeitig mit der 4. IV-Revision Einsparungsmöglichkeiten suchen müssen. Diesen Minderheitsantrag kann die SVP-Fraktion nicht unterstützen.

Nun haben wir einen Kompromissantrag von Frau Dormann vor uns: Er könnte eine Brücke zu einer mehrheitsfähigen Lösung bauen. Das Anliegen für eine feinere Rentenabstufung, das wir unterstützen, ist erfüllt, und die Mehrkosten sind vorübergehender Natur und scheinen tragbar. Der uns präsentierte Eventualantrag Dormann ist ausgewogen. Ich persönlich stimme dem Eventualantrag Dormann zu.

Rechsteiner Paul (S, SG): Für die SP-Fraktion ist der Antrag der Minderheit I (Rossini) eine in dieser Revision fast einmalige Chance, zu einer realitätsgerechteren Rentenabstufung zu kommen. Der Minderheitsantrag, Herr Rossini hat das begründet, will zwar die Rentenabstufung nicht so verfeinern, dass gerade die jeweiligen Invaliditätsgrade entsprechende Rentenabstufungen begründen würden. Das würde vor allem bei höheren Invaliditätsgraden zu Ungerechtigkeiten führen, weil es bekanntlich so ist, dass höhere Invaliditatsgrade in der Praxis nicht einfach zu einer entsprechenden Resterwerbsfähigkeit von beispielsweise 20 oder 30 Prozent führen. Eine solche Höhe einer Resterwerbsfähigkeit lässt sich in der Praxis in der Regel nicht verwerten. Das ist auch ein Grundsatz des Haftpflichtrechtes. Also ist es sinnvoll, mit dem Antrag der Minderheit I (Rossini) bei einer einfachen Abstufung von Viertelsrente, halber Rente, Dreiviertelsrente und ganzer Rente in der Logik des bisherigen IV-Systems zu bleiben. Das ist auch wegen der bescheideneren Höhen der Invalidenrenten gegenüber den Unfallversicherungsrenten richtig. Aber immerhin fuhrt dieser Minderheitsantrag dazu, dass ein langjähriges, altes Postulat der Behindertenorganisationen doch etwas näher ans Ziel gelangt.

Wenn die Zustimmung zum Eventualantrag Dormann dazu führen kann, dass dieser Schritt gewagt wird, dann wird die SP-Fraktion ihm im Sinne eines Brückenbaus zustimmen.

Es ist ein Problem, dass wir hierzu keine Botschaft des Bundesrates haben. Das wäre bei einem so komplexen Thema wünschbar gewesen. Immerhin müssen wir aber auch beachten, dass der Nationalrat Erstrat ist. Wenn wir es heute versäumen, diesen Schritt zu machen, dann wird diese Möglichkeit schlimmstenfalls wieder für Jahrzehnte verpasst sein. Revisionen in dieser Grössenordnung passieren nicht allzu oft, sondern werden nur dann durchgefuhrt, wenn wiederum ein Komplex vorliegt, der eine Reihe von Themen begründet. Hier hätten wir jetzt eine solche Gelegenheit, wir sollten diese Gelegenheit nutzen.

Der Antrag der Minderheit II (Zäch) wurde zu Ungerechtigkeiten – leider muss ich das sagen –, zu stossenden, einschneidenden Folgen führen, auch für die Betroffenen, vor allem bei den höheren Invaliditätsgraden. Zwar ist eine feinere Rentenabstufung an sich positiv, aber bei höheren Invaliditätsgraden mit einem bescheidenen Grad an Resterwerbsfähigkeit kann diese Resterwerbsfähigkeit in der Praxis nicht verwertet werden. In diesem Sinne wäre dies ein Sozialabbau nur schon gegenüber dem bisherigen Recht, der nicht hingenommen werden könnte.

Ich ersuche Sie deshalb dringend, die Chance zu nutzen – sie hat sich jetzt auch aufgrund der Dynamik in der Beratung des Erstrates ergeben –, mit dem Antrag der Minderheit I (Rossini) einen Schritt in Richtung feinere und realitätsgerechtere Rentenabstufung zu machen. Heute sind die Übergänge ausserordentlich brusk; sie führen in der Praxis wegen des Systems auch zu Verzerrungen. Mit dem Antrag der Minderheit I kann das vermieden, kann ein Schritt in die richtige Richtung gemacht werden.

Gleichzeitig muss ich auch sagen, dass das das Problem, das die Minderheit II (Gross Jost) erkannt hat, etwas relativieren würde, nämlich den Abbau bei der bisherigen Härtefallrente, bei der Viertelsrente, der mit dieser Vorlage verbunden ist. Dieser Minderheitsantrag will das bisherige Recht bewahren. Wenn es gelingen könnte, dem Antrag der Minderheit I (Rossini) zum Durchbruch zu verhelfen, dann würde das Ergebnis dieser Verschlechterung im Vergleich dann doch sehr, sehr relativiert.

Insgesamt ist es eine einmalige Gelegenheit, den Einstieg in eine feinere Rentenabstufung zu schaffen, wenn dem Antrag der Minderheit I zum Durchbruch verholfen wird. Weil wir Erstrat sind, wird der Ständerat auch noch Gelegenheit erhalten, die Detailfragen im Übergang zu vertiefen. Die Übergangsproblematik würde mit der Kombination mit dem Antrag der Minderheit I optimal gelöst, aber als Kompromiss wäre es vorstellbar, ihn zusammen mit dem Eventualantrag Dormann zu kombinieren.

Fasel Hugo (G, FR): Zuerst zwei, drei Worte zum Antrag der Minderheit I (Rossini). Dieser bringt im Vergleich zur heutigen Situation eine wichtige Verfeinerung des Systems, die zu realisieren sich lohnt. Ich habe aber auch Verständnis für die Bemerkungen von Frau Dormann bezüglich der Übergangsbestimmungen. Sie hat darauf hingewiesen, dass die Besitzstandwahrung bei der IV mit einigen Problemen verbunden ist. Deshalb schlage ich namens der grünen Fraktion vor, dass man, was diesen Bereich betrifft, dem Eventualantrag Dormann folgen soll.

Die zweite Bemerkung betrifft den Antrag der Minderheit II (Zäch). Herr Zäch, ich glaube, Sie haben schon viel bessere Antrage gestellt als den, den wir jetzt behandeln, weil Sie in diesem Bereich etwas arg von Ihrer beruflichen Perspektive eingenommen sind und dabei vielleicht in der Eile übersehen haben, dass es noch andere Behinderte gibt als nur jene, die verunfallt sind. Ich denke, dass man deshalb hier nicht mit technischen Argumenten sagen kann, in der IV solle man bei den Invaliditätsgraden die gleiche Gliederung, die gleiche Verfeinerung des Systems, vornehmen, wie das bei der Unfallversicherung der Fall ist. Das ist wirklich etwas Realitätsfernes. Ich bin froh, dass das ein anderer Mediziner anders gesehen hat als Herr Zäch, nämlich Herr Guisan. Er hat als Mediziner auf diese grundlegenden Unterschiede viel besser hinweisen können, als ich das kann.

Herr Zäch scheint in der Zwischenzeit gelernt zu haben; er sagt nun, er habe diesen Minderheitsantrag zurückgezogen. Umso besser! Dann kann ich auch kürzer sein und komme direkt zum Antrag der Minderheit Hubmann zu Absatz 2bis. Die Minderheit Hubmann beantragt, dass man sich bei der Rentenberechnung am Medianwert gemäss Lohnstrukturerhebung orientiert. Ich denke, das ist eine wesentliche Verbesserung, die heute notwendig ist. Deshalb schlage ich namens der grünen Fraktion vor, der Minderheit Hubmann zuzustimmen. Wir sehen ja, dass die Leute der tieferen Einkommensschichten keine zweite Säule haben, sodass sie auf eine gute Invalidenversicherung angewiesen sind, da sie sonst in vielen Fällen auf Fürsorgeleistungen angewiesen sind.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Minderheit Hubmann zu Absatz 2bis zuzustimmen.



Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Frau Meyer und ich werden uns aufteilen. Frau Meyer wird zur Härtefallrente und zur Rentenbemessung sprechen, ich werde auf das Postulat der feineren Rentenabstufung eingehen.

Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, welches die Modelle sind. Das Modell Zäch lasse ich auf der Seite, weil Herr Zäch in der Zwischenzeit seine Minderheitsanträge zurückgezogen hat, da er auf die Lösung gemäss der Minderheit I (Rossini), kombiniert mit dem Eventualantrag Dormann, setzt.

Das geltende Recht sieht bei einem Invaliditätsgrad von mindestens 40 Prozent eine Viertelsrente vor, bei einem solchen von mindestens 50 Prozent eine halbe Rente, bei mindestens 66 2/3 Prozent eine ganze Rente. Dazu kommt noch die Härtefallrente.

Die Minderheit I (Rossini) möchte bei 40 Prozent eine Viertelsrente, bei 50 Prozent eine halbe Rente, dann neu bei 60 Prozent die Dreiviertelsrente und bei mindestens 70 Prozent die ganze Rente sprechen.

Nun haben wir gemerkt, dass es vor allem im Bereich der Übergangsregelung in Bezug auf die Besitzstandwahrung finanzielle Auswirkungen hat. Das Modell gemäss Minderheit Rossini wäre in etwa kostenneutral, wenn man die Besitzstandwahrung ausklammerte. Das heisst, bis zu einem Invaliditatsgrad von 60 Prozent würden Mehrausgaben von 60 Millionen Franken entstehen, die dann aber bei einem Invaliditätsgrad von 66 bis 70 Prozent kompensiert wurden.

Zur Übergangsregelung, die die Minderheit Rossini und Frau Dormann beantragen, bzw. zur Frage, inwiefern sich die Antrage unterscheiden: Frau Dormann möchte die Besitzstandwahrung nur für die mehr als 50-jährigen Versicherten Das wurde die Kosten dieser Übergangsregelung zunächst etwa halbieren, von rund 60 auf rund 30 Millionen Franken, und dann degressiv, weil diese Renten langsam auslaufen.

Die Kommission war sich in Bezug auf den Grundsatz, dass eine grössere Flexibilisierung der Rentenabstufung wünschbar sei, grossmehrheitlich durchaus einig. Sie war sich einig, dass das ein anvisiertes Ziel sei; dies auch unter dem Hinweis darauf, dass dadurch die Eingliederungsmotivation des Einzelnen verstärkt werden könnte, und unter dem Hinweis darauf, dass dieses System mit der feineren Rentenabstufung im Rahmen der Unfallversicherung durchaus funktioniert.

Die Mehrheit war aber – naturlich auch aufgrund der Bedenken, die vonseiten der Verwaltung und des Bundesrates geltend gemacht wurden – der Auffassung, dass eine feinere Rentenabstufung auch mehr Grenzfalle, mehr Gerichtsfälle und Verzögerungen des Verfahrens bedeuten könnte. Die Bedenken, die bei der Ablehnung des Modells der Minderheit Rossini den Ausschlag gegeben haben, sind aber in der Tat die zusätzlichen Kosten für die Besitzstandwahrung.

Auch wenn die Kommission nicht darüber beraten hat, könnte ich mir vorstellen, dass der Eventualantrag Dormann, der die Kosten dieser Übergangsregelung in etwa halbiert, also mildert, durchaus mehrheitsfähig gewesen ware. Das ist meine persönliche Auffassung. Wir werden dann nach erfolgter Abstimmung sehen, ob diese Einschätzung richtig ist.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: Je m'exprimerai d'abord sur les propositions de minorité I (Zäch) et II (Gross Jost) concernant les cas pénibles (al. 1bis). Actuellement, le quart de rente ne donne pas droit à la prestation complémentaire, raison pour laquelle une rente pour cas pénibles a été instituée. La rente pour cas pénibles, qui concerne aujourd'hui 1700 personnes sur 190 000 rentiers Al en Suisse, est remplacée par l'ouverture d'un droit aux prestations complémentaires pour les bénéficiaires du quart de rente aussi, droit qui n'existait pas, comme je vous l'ai dit La nouvelle situation permet une aide plus ciblée et plus adéquate.

Donc, la majorité vous demande de rejeter les propositions de minorité I et II pour que le nouveau système puisse se mettre en place.

La proposition de la minorité Hubmann (al. 2bis), développée par Baumann Stephanie, concernant le revenu d'une activité lucrative qu'une personne assurée pourrait obtenir si elle n'était pas invalide, pose le problème de la difficulté d'évaluer le montant de la rente qu'elle pourrait obtenir. Il n'est pas possible de soutenir cette proposition, parce que la valeur médiane du salaire suisse qu'elle prend en considération est de l'ordre de 5000 à 6000 francs, ce qui est trop élevé.

Même si cette proposition de minorité répond à un souci évident de trouver une norme objective, la majorité de la commission n'a pas pu la suivre à cause des chiffres trop élevés pris comme base de calcul.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: La proposition de la minorité I (Rossini) à l'article 28 alinéa 1er, qui consiste à affiner davantage l'échelle des rentes, relève d'une bonne logique. Il vaut assurément mieux que les effets de seuil ne soient pas trop importants dans une assurance. Mieux vaut éviter que l'on passe d'un degré d'invalidité de 50 à 100 pour cent pour des situations qui se trouvent entre les deux et qui pourraient donner droit à un trois-quarts de rente. Sur ce plan-là, la proposition a un sens même si, comme l'a dit le rapporteur de langue allemande, cela risque de donner lieu à plus de discussions. Il y a un seuil de plus, alors se trouvet-on en dessus ou en dessous de ce seuil? Cette question est inévitable dans les systèmes qui prévoient des paliers.

Le Conseil fédéral n'a pas proposé cet affinement, et la majorité de la commission, sur notre recommandation, l'a rejeté parce que la question se pose de savoir combien cela coûte. L'avantage est-il en relation avec le coût de la solution transitoire puisqu'à terme, au plus tard dans 40 ans, plus personne ne sera sous l'ancien régime?

La proposition de minorité Rossini au chiffre II lettre e des dispositions transitoires entraîne des dépenses supplémentaires de 57 millions de francs par an. Ces dépenses iront décroissant jusqu'à ce que les personnes au bénéfice de la garantie des droits acquis ne soient plus en âge de toucher une rente de l'assurance-invalidité. La proposition subsidiaire Dormann (ch. II let. e disp. trans.) entraîne un supplément de dépenses d'à peu près 32 millions de francs par année et ce montant sera dégressif jusqu'à ce que les derniers bénéficiaires sortent de la période où ils relèvent de l'assurance-invalidité, c'est une période plus brève que celle prévue par la proposition de minorité Rossini.

Est-ce que cette amélioration vaut 32 millions de francs pendant quinze ans ou 57 millions de francs pendant une période plus longue? Voilà la question que l'on doit se poser. Vu les autres mesures qui sont plus directement utiles aux personnes bénéficiaires de l'AI, nous avons des doutes. J'aimerais préciser que Mme Dormann et d'autres intervenants, parlant de la conservation des acquis, ont peut-être créé un besoin d'explication et de clarification.

Que signifie la garantie des droits acquis dans l'Al? Cela ne signifie pas que les personnes rentières à l'Al ne subissent plus d'examen de leur situation. Cela ne signifie pas que l'on renonce à examiner de temps en temps si leur droit à la rente est encore donné ou pas. L'examen du droit à la rente est maintenu dans ce système. Mme Dormann l'a d'ailleurs expliqué; vous vous souvenez que certaines rentes peuvent être améliorées, d'autres peuvent être supprimées, et d'autres encore réduites. Or ce système de contrôle est absolument essentiel à l'Al pour avoir la certitude que personne n'abuse du système en ne signalant pas des améliorations de son cas, et que personne non plus ne soit sacrifié parce qu'il aurait lui-même renoncé d'une façon ou d'une autre, et souvent par ignorance, à annoncer une péjoration de sa situation. Donc, ce système d'examen périodique est tout simplement maintenu.

La garantie des droits acquis, cela voudrait dire que le calcul de l'allocation se ferait selon l'ancien droit et pas selon le nouveau. En d'autres termes, une personne qui a actuellement une rente de 100 pour cent et qui aurait droit en fait à une de trois-quarts, selon le régime qui est proposé, reste-



rait à 100 pour cent et ne descendrait pas à trois-quarts. Par contre, selon la règle générale des assurances sociales qui veut que, dans une situation où la possibilité de deux calculs est donnée, c'est le calcul le plus favorable à l'assuré qui est retenu, une personne ayant actuellement une demi-rente et qui se trouverait à avoir droit à trois-quarts de rente à l'occasion d'un de ces réexamens, recevrait les trois-quarts et serait donc au bénéfice du nouveau droit. C'est une règle générale qui veut que lorsqu'il y a deux méthodes de calculs, c'est le calcul le plus favorable à l'assuré qui lui est garanti. Voilà ce que je voulais préciser dans l'expression «garantie des droits acquis».

Dans la proposition de minorité I (Rossini), cette garantie vaut pour toutes les personnes qui sont dans le système au moment de l'entrée en vigueur de la loi. Dans la proposition subsidiaire Dormann, ce sont les personnes ayant accompli leur 50ème année de vie qui seraient au bénéfice de la garantie des droits acquis que je viens de décrire.

Le Conseil fédéral vous demande de considérer les dépenses découlant de la proposition de minorité I et de la proposition subsidiaire Dormann. Je dois dire, honnêtement, qu'il vaut mieux les rejeter, parce que malgré tout, 32 ou 57 millions de francs, c'est encore beaucoup d'argent, dont nous pourrions avoir besoin soit pour équilibrer l'Al, soit pour financer d'autres prestations plus directement utiles aux invalides

Schmied Walter (V, BE): Je vous adresse une question en tant que non-expert en la matière, je pourrais aussi la poser aux experts de ce Parlement. N'y a-t-il pas quelque chose de dérangeant dans le système, qui, partant du principe qu'une invalidité de 39 pour cent, ne donne aucun droit à une prestation, et qui permet qu'à partir de 67 pour cent d'invalidité, on ait le droit à une rente à 100 pour cent? N'y a-t-il pas quelque chose de dérangeant qu'au-delà de cette fourchette de 28 pour cent de différence, on perd tout ou on gagne tout?

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Comme je l'ai dit, les effets de seuil sont toujours extrêmement désagréables dans tout système de prestations. Mais la question est de savoir quel est l'avantage qu'on peut en tirer. La proposition de minorité I (Rossini) consiste à favoriser les uns et à défavoriser les autres. Les deux s'équilibrant, c'est une solution qui est neutre au point de vue financier, mais qui pénalise les uns et favorise les autres. Des seuils plus fins sont utiles, mais est-ce que cette utilité est suffisamment avérée pour justifier les coûts qu'engendre cette solution? En d'autres termes, l'argument essentiel en faveur de la proposition qui nous est faite est que cette modulation par quart incitera davantage à retrouver un emploi ou à avoir un revenu additionnel à la rente, et à ne pas rester dans une situation d'invalidité à 100 pour cent. C'est là que le problème se situe. Le problème que vous avez soulevé n'est pas touché par la proposition de minorité I (Rossini), puisque M. Zach a retiré sa proposition de minorité II. D'ailleurs, la sienne posait aussi le problème des premiers 40 pour cent d'invalidité. Ce n'est pas le problème du tout ou rien, c'est le problème du combien qui se pose dans cette proposition. Là, je dois dire que nous ne sommes pas absolument convaincus que cet affinement du barème ait un effet incitateur sur l'intégration professionnelle. Nous avons déjà eu cette discussion pour le quart de rente. Nous avons vu qu'il y avait très peu de gens qui avaient le quart de rente, 3900 personnes si je me rappelle bien d'après les discussions que nous avons eues autour de la votation. Je pense que nous aurons aussi relativement peu de gens qui bénéficieront du trois-quarts de rente et que ce ne sera pas une incitation très efficace à entrer dans le processus économique, alors que c'est le sens même de la proposition de la minorité I (Rossini).

Encore une fois, oui, en logique pure, vous avez totalement raison; en droit d'assurance, combien vaut cette amélioration?

Rossini Stéphane (S, VS): Suite à ce débat et au développement de la proposition subsidiaire Dormann ainsi qu'aux prises de position des différents groupes, je suis bien évidemment confronté à la question soit de la générosité, soit à celle du principe. Et je crois que la question du principe l'emporte par rapport à cette nouvelle échelle. Par conséquent, je retire ma proposition de minorité de disposition transitoire, ce qui veut dire que ma proposition de minorité l est maintenue à l'article 28, mais qu'elle est liée à la proposition subsidiaire Dormann, qui deviendra la proposition Dormann/Rossini pour le vote.

Art. 28 Abs. 1 - Art. 28 al. 1

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): La proposition de la minorité II (Zäch) à l'alinéa 1er est retirée.

Abstimmung – Vote Für den Antrag der Minderheit I 93 Stimmen Für den Antrag der Mehrheit . .. 73 Stimmen

Ziff. II Bst. e - Ch. II let. e

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): M. Rossini a retiré sa proposition de minorité.

Abstimmung – Vote Für den Eventualantrag Dormann 95 Stimmen Für den Antrag der Mehrheit 71 Stimmen

Art. 28 Abs. 1bis - Art. 28 al. 1bis

Erste Abstimmung – Premier vote Für den Antrag der Minderheit I 84 Stimmen Für den Antrag der Minderheit II 65 Stimmen

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): M. Zäch communique qu'il avait retiré sa proposition de minorité I à cet alinéa également. Nous opposons donc mainentant la minorité II à la majorité. Je profite de l'occasion pour vous dire que, vu l'acoustique de la salle, associée au niveau sonore reletivement élevé, quand l'auteur d'une proposition la retire, il ferait bien de m'en avertir directement, car je ne comprends pas ce que dit l'orateur qui est placé devant moi. Je vous remercie par avance.

Zweite Abstimmung – Deuxième vote Für den Antrag der Mehrheit 105 Stimmen Für den Antrag der Minderheit II 62 Stimmen

Art. 28 Abs. 2, 3 – Art. 28 al. 2, 3 Angenommen – Adopté

Art. 28 Abs. 2bis, 2ter, 2quater Art. 28 al. 2bis, 2ter, 2quater

Abstimmung – Vote Für den Antrag der Mehrheit 106 Stimmen Für den Antrag der Minderheit 62 Stimmen

Art. 29 Abs. 1bis
Antrag der Kommission
Mehrheit
Ablehnung des Antrages der Minderheit
Minderheit I
(Borer, Bortoluzzi, Dunant, Stahl, Triponez)

Absatz 1 Buchstabe b findet bei psychischen Leiden keine Anwendung, solange diese noch therapierbar sind. Die IV-Stellen weisen die gesuchstellende Person bereits bei der Anmeldung auf ihre Pflichten nach Artikel 10 Absatz 2 dieses Gesetzes hin und leiten nötigenfalls das Verfahren nach Artikel 31 ein.

Minderheit II

(Borer, Bortoluzzi, Dunant, Egerszegi, Stahl, Triponez) (Eventualantrag, falls der Antrag der Minderheit I abgelehnt

Absatz 1 Buchstabe b findet erst Anwendung, wenn nicht weitere Verbesserungen des Gesundheitszustandes durch arztliche Behandlungen erzielt werden können. Die IV-Stellen weisen die gesuchstellende Person bereits bei der Anmeldung auf ihre Pflichten nach Artikel 10 Absatz 2 dieses Gesetzes hin und leiten nötigenfalls das Verfahren nach Artikel 31 ein.

Art. 29 Abs. 1bis

Proposition de la commission

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité l

(Borer, Bortoluzzi, Dunant, Stahl, Triponez)

L'alinéa 1er lettre b n'est pas applicable en cas de troubles psychiques aussi longtemps qu'une thérapie reste possible. Les offices Al indiquent aux requérants, dès qu'ils s'annoncent, les obligations qui leur incombent selon l'article 10 alinéa 2 de la présente loi et introduisent si nécessaire la procédure prévue à l'article 31.

Minorité II

(Borer, Bortoluzzi, Dunant, Egerszegi, Stahl, Triponez) (Proposition subsidiaire, au cas où la proposition de la minorité I serait refusée)

L'alinéa 1er lettre b n'est applicable que si aucune nouvelle amélioration de l'état de santé par traitement médical ne peut être obtenue. Les offices Al indiquent aux requérants, dès qu'ils s'annoncent, les obligations qui leur incombent selon l'article 10 alinéa 2 de la présente loi et introduisent si nécessaire la procédure prévue à l'article 31.

Borer Roland (V, SO): Ich erlaube mir, die Anträge der Minderheiten I und II gleichzeitig zu begründen.

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung zur Fahne: Es ist natürlich klar, dass der zweite Satz im Antrag der Minderheit I – «Die IV-Stellen weisen die gesuchstellende Person bereits bei der Anmeldung auf ihre Pflichten nach Artikel 10 Absatz 2 dieses Gesetzes hin und leiten nötigenfalls das Verfahren nach Artikel 31 ein» – auch als zweiter Satz in den Antrag der Minderheit II gehört.

Ich habe diesen Antrag zusammen mit meinen Kollegen aufgrund eines neuesten Entscheides des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes in einem Streitfall im Zusammenhang mit einem IV-Renten-Entscheid im Kanton Bern gestellt. Es ist eine Tatsache, dass wir mit dieser Gesetzesrevision im Bereich der Invalidität und des Rentenanspruchs neue Qualitäten definieren. In der Vergangenheit hat man eine Rente aufgrund der Tatsache, dass eine geistige Behinderung vorlag, bekommen. Neu wird dieser Begriff durch den Begriff der psychischen Behinderung oder des psychischen Leidens ersetzt. Dies ist natürlich im Bereich der Qualitäten der Behinderung eine ganz neue Form, und es fuhrt ın diesem Zusammenhang natürlich auch zu einer Ausweitung der Zahl der Rentenberechtigten. Es kommt dazu, dass zu diesem psychischen Leiden auch die ganzen psychosomatischen Leiden zählen werden, also Rückenschmerzen usw., die aufgrund irgendeines Vorkommnisses ausgelöst wurden. Dass das natürlich zu einer Ausdehnung der Zahl der IV-Berechtigten führen kann, brauche ich hier nicht weiter zu erklären.

Wir sind dezidiert der Meinung, dass man durch diese Qualitätsänderung, durch den Übergang von der geistigen Behinderung zum psychischen Leiden, natürlich auch im Bereich des Rentenanspruchs Korrekturen oder zumindest genauere Definitionen vornehmen muss. Ich spreche nicht davon, dass psychische Leiden, wenn sie behandelbar sind, nicht zu Leistungen führen sollten – so, wie das die Verwaltung in ihrem Bericht, den sie zuhanden unserer Kommission gemacht hat, unterschwellig behauptet. Ich bin aber der Meinung, dass bei richtiger Prioritätensetzung erst dann ein

Rentenanspruch entstehen sollte, wenn ein Leiden nicht mehr therapierbar ist – das ist ein wesentlicher Unterschied zur Behandelbarkeit. Therapiefähigkeit, Therapierbarkeit: Diese Begriffe müssten in Bezug auf die Frage, wann es zu einem Rentenanspruch kommen könnte und wann nicht, entscheidend sein.

13 décembre 2001

Mit meiner Forderung will ich eigentlich eine Gleichschaltung mit dem UVG vornehmen. Auch hier war die Verwaltung der Meinung, dass das nicht möglich sei, weil beim Unfall ein anderer Leistungserbringer der Invaliditätsrente vorgeschaltet sei. Ich muss aber hier darauf hinweisen, dass vor allem im Bereich der psychosomatischen Leiden oft auch ein anderer Leistungserbringer der Invaliditätsrente vorgeschaltet ist. Es ist also durchaus zulässig, dass man hier eine gewisse Gleichschaltung will und erstellt.

Ich möchte doch auch festhalten, dass wir bei dieser Gesetzesrevision auch bezüglich des Leistungsumfangs Änderungen vornehmen. In der Vergangenheit wurde eine Arbeitsunfähigkeit von mindestens 50 Prozent verlangt, in der jetzigen Form nur noch eine solche von 40 Prozent. Es besteht also auch hier eine Ausdehnung des Leistungsumfangs.

Man hat mir gesagt, dass die Formulierung, wie ich sie im Antrag der Minderheit I anwende, diskriminierend sei. Dieser Vorwurf hat dazu geführt, dass wir den Antrag der Minderheit II gestellt haben. Dieser ist bezüglich des IV-Rentenanspruchs absolut wertfrei formuliert, indem einfach vom Gesundheitszustand und von damit verbundenen Rentenberechtigung gesprochen wird

Damit das Problem im Standerat und vor allem in dessen vorberatender Kommission nochmals vertieft angeschaut wird, bitte ich Sie, die Minderheitsanträge zu unterstützen. Wenn wir diese Antrage – wie man so schön sagt – einfach beerdigen und negieren, wird dies dazu fuhren, dass der Ständerat nicht unbedingt noch einmal auf dieses Problem zurückkommen wird.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Ich bitte Sie namens der SVP-Fraktion, die Minderheiten I und II zu unterstützen.

Auch bei dieser neuen Einfügung in Artikel 29 geht es darum, die Grundsätze der IV zu stärken. Wir wissen, dass die IV in diesem Sinne Gefahr läuft, immer mehr verwässert zu werden. Wir haben gehört, wie sich die Zahlen der Verrentung bzw der Rentenbezüger in den letzten Jahren verändert haben. Ich glaube, es ist auch Aufgabe dieser Revision, im Gesetz möglichst viel Klarheit zu schaffen. Solange eine Besserung der Situation der Betroffenen möglich ist, sollte eben keine Rente verfügt werden; es widerspricht dem Gedanken der Invalidenversicherung und kommt letztlich den Betroffenen nicht entgegen.

Ein Rentenzuspruch mag für den Beteiligten kurzfristig immer ein Erfolgserlebnis sein, eine Rente aber – das gilt es hier zu bedenken – ist immer auch ein Eingeständnis einer bleibenden Einschränkung und deshalb langfristig kaum motivierend, etwas zu ändern. Eine hohe Eintrittsschwelle ist nicht mit Verweigerung gleichzusetzen.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Minderheit I oder dann dem Eventualantrag der Minderheit II zuzustimmen.

Gutzwiller Felix (R, ZH): Auch hier möchte ich Ihnen beliebt machen, der Mehrheit zu folgen und beide Minderheitsanträge abzulehnen.

Auf den ersten Blick erscheint das Anliegen der Minderheit berechtigt. Viele kennen Fälle, in denen eine Berentung gesprochen wurde und man das Gefühl hatte, es sei nicht alles unternommen worden, um das Leiden wirklich zu stabilisieren. Es gibt – vor allem bei physischen Leiden – durchaus Fälle, die so interpretiert werden können. Aber die Frage ist, was wir bewirken, wenn wir einem dieser Minderheitsanträge zustimmen.

Wenn man das Gefuhl hat, es würden nicht sämtliche medizinischen Möglichkeiten ausgeschöpft, muss als Erstes gesagt sein, dass es schon heute ganz klar die Verpflichtung auch des zu Berentenden gibt, alle medizinischen Möglichkeiten auszuschopfen. Es gibt nach Artikel 1 IVG auch ganz

klar die Möglichkeit, dass die Verwaltung bei der Zusprache der Berentung eine Auflage machen kann, dass entsprechende Massnahmen erfolgen müssen. Eine Handhabe ist also im Prinzip vorhanden. Wir versprechen uns von den zukünftigen ärztlichen Diensten auch, dass hier das Maximum getan wird

Wenn man sich die Sache überlegt, muss man grundsätzlich aber doch sagen, dass die Behandelbarkeit eines Leidens nicht für die Festlegung des Beginns des Rentenanspruchs beigezogen werden kann. Bei einer grossen Mehrheit der Versicherten wäre vermutlich der Rentenanspruch im Vergleich zu heute gar nicht mehr gegeben. Ich spreche nicht von den Krankheiten des Bewegungsapparates, bei denen die Sachlage relativ klar ist. Aber denken Sie an Krankheiten wie multiple Sklerose, Krebs, Depression und andere, bei denen das Leiden selten oder nie stabilisiert ist. Da wird es, weil ja nur eine Einzelfallbegutachtung Klarung bringen könnte, ausserordentlich schwierig sein festzustellen, ob die Verbesserungen zu verzeichnen sind, die optimalerweise erzielt werden können, oder nicht. Nur eine Einzelfallbeurteilung könnte das wirklich aufzeigen; ich glaube, dass das impraktikabel ist.

Weil also die Behandelbarkeit des Leidens nicht als Grundsatz angenommen werden kann, ist es meiner Ansicht nach klar, dass wir beide Minderheitsanträge ablehnen müssen.

Suter Marc F. (R, BE): Unter der Bundeshauskuppel wird herumgeboten, das Eidgenössische Versicherungsgericht habe eine etwas unklare Praxis oder vielleicht sogar eine Praxis, die bei den psychischen Behinderungen zu large sei. Diesem Vorurteil mochte ich doch das jüngst ergangene Urteil des EVG vom 5 Oktober 2001 in der Sache B. entgegenhalten, in der das Bundesgericht in seiner versicherungsrechtlichen Abteilung seine Praxis zur Frage der Berentung bei psychisch Behinderten vereinheitlicht hat. Es stimmt, Herr Borer, dass die bisherige Praxis etwas schwankend war. Aber seit diesem Urteil ist die Sache glasklar dargelegt, und zwar auf einem strengeren Kurs, als Sie vermeintlich annehmen. Insbesondere ist die Therapierbarkeit eines psychischen Leidens als solche kein Ausschlussgrund für die Gewährung einer Invalidenrente, so wenig wie bei körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen. Auch hier gilt der Gleichbehandlungsgrundsatz, bei psychischen Leiden so gut wie bei physischen Leiden. Wesentlich ist, dass mindestens während einem Jahr eine 40-prozentige Arbeits- und entsprechende Erwerbsunfähigkeit bestanden hat - und dies gemessen an objektivierten Kriterien, wie sie das EVG eben darlegt.

Noch ein Letztes: Es stimmt auch nicht, dass soziokulturelle Umstände und psychosoziale Faktoren, welche die Erwerbsfähigkeit beeinträchtigen, als solche genügen würden, um einen Anspruch auf eine Invalidenrente herbeizuführen. Das präzisiert das Bundesgericht auch. Ich denke daher, dass Ihre Ängste, Herr Kollege Borer, nicht berechtigt sind. Ich bitte deshalb den Rat, die Anträge der Minderheit abzulahnen.

Borer Roland (V, SO): Besten Dank für Ihre Ausführungen, Herr Kollege Suter. Darf ich Ihnen eine konkrete Frage stellen? Sie sind also der Meinung, dass mit der Formulierung, wie sie jetzt von der Mehrheit und vom Bundesrat getragen wird, der ganze Bereich der psychosomatischen Leiden nicht zu einer Invalidität führen kann?

Suter Marc F. (R, BE): Herr Borer, ich bitte Sie, keinen Salat zu machen. Die Bemessung der Invalidität bei psychischen Erkrankungen und Leiden ist tatsachlich eine schwierige Materie. Das EVG hat die Sache präzisiert. Mit der Fassung der Mehrheit ändert daran nichts; vielmehr kann die gefestigte Praxis, wie sie im soeben erwähnten Bundesgerichtsurteil noch einmal explizit dargelegt worden ist, weitergeführt werden. Der Kurs des EVG ist etliches strenger, als das gemeinhin angenommen wird Deshalb ist das Anliegen von Herrn Borer erfullt, was er erkennen würde, wenn er die Praxis kennen würde und richtig würdigen könnte.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe écologiste communique qu'il soutient la majorité.

Goll Christine (S, ZH): Bei Artikel 29 geht es um den Beginn des Anspruches auf IV-Renten. Aufgrund der vorhergehenden Ausführungen meiner Parlamentskollegen kann ich es kurz machen. Ich möchte Sie bitten, die Anträge der Minderheiten I und II abzulehnen.

Herr Borer verlangt die Änderung des Anspruchsbeginns für Menschen mit einer psychischen Behinderung; es ist klar, dass es unhaltbare Konsequenzen für die Praxis haben würde, wenn wir diesen Minderheitsanträgen folgten

- 1. Herr Borer will eine Speziallösung für psychisch Behinderte schaffen. Das schafft immer auch Rechtsungleichheiten. Sonderlösungen für bestimmte Kategorien von Personen mit Behinderungen führen immer zu Ungleichbehandlungen.
- 2. Eine eventuelle Behandlungsmöglichkeit oder eine mögliche Therapierbarkeit einer Krankheit kann nie ein Kriterium für die Berechnung des Rentenanspruchs sein. Es ist klar; Sinn und Zweck der Invalidenversicherung ist es, das Risiko abzudecken, das bei einer gesundheitsbedingten Erwerbsunfähigkeit entstehen kann.

Dormann Rosmarie (C, LU): Ich möchte Sie namens der CVP-Fraktion ebenfalls bitten, die Anträge der Minderheiten I und II abzulehnen. Wie Herr Borer selbst gesagt hat, sind sie unausgereift und basieren auf einer Zeitungsmeldung zu einem Entscheid des Versicherungsgerichtes. Wir haben noch keine detaillierten Ausführungen zu diesem Urteil.

Ich denke, es ist gefährlich, aufgrund eines Einzelfalles hier das Gesetz ändern zu wollen. Wenn man diese Moglichkeit wahrnehmen will, dann ist das im Ständerat moglich. Aber jetzt wäre es absolut unverantwortlich, wenn wir der Minderheit zustimmen würden.

Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Die Mehrheit der Kommission ersucht Sie – in der Kommission lautete das Abstimmungsresultat 12 zu 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen beim Hauptantrag und 12 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen beim Eventualantrag –, die Anträge der Minderheiten I und II abzulehnen.

Herr Borer, ich glaube, Ihr Minderheitsantrag geht so weit, dass im Grunde genommen die Gleichberechtigung - die Gleichwertigkeit der psychischen Behinderung -, die wir in Artikel 8 Absatz 2 der Bundesverfassung, aber auch jetzt im IVG, in Artikel 5 beispielsweise, festgeschrieben haben, faktisch wieder ausgehebelt werden soll: Psychisch Behinderte würden durch Ihren Minderheitsantrag faktisch vom IV-Berentungssystem ausgeschlossen. Denn stellen Sie sich den Fall vor, in dem ein psychisch Behinderter beispielsweise wegen Suizidalität oder wegen Depression ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen müsste. Dann hätte er noch ein therapierbares Leiden, aber gleichzeitig wäre bereits sein Rentenanspruch infrage gestellt. Wir haben ein System - Herr Suter hat darauf hingewiesen -, das durchaus so ausgestaltet ist, auch in der Praxis, dass hier so genannte Missbräuche ausgeschlossen sind. Solange medizinische Massnahmen zur Wiedereingliederung sinnvoll sind, werden ohnehin keine Renten gesprochen.

Es ist so, Herr Borer, dass Sie das Urteil des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes vom 5. Oktober 2001 falsch interpretieren. Das EVG sagt klar: Es braucht eine fachärztlich festgesteilte psychische Krankheit, die nicht mit Invalidität identisch ist. Dann wörtlich zusammenfassend: «Eine Rente ist ausgeschlossen bei psychischer Behinderung, wenn dem Versicherten trotz seines Leidens die Verwertung seiner Restarbeitsfähigkeit auf dem ihm offenen Arbeitsmarkt noch sozial praktisch zumutbar und für die Gesellschaft tragbar ist.»

Hier - Herr Suter hat auch darauf hingewiesen - muss ich Sie auf das wesentliche Kriterium in Artikel 29 verweisen: Ein Rentenanspruch besteht nämlich erst, wenn jemand mindestens zu 40 Prozent bleibend erwerbsunfähig geworden ist oder während eines Jahres ohne wesentlichen Unterbruch durchschnittlich mindestens zu 40 Prozent arbeitsunfähig war Das ist das zentrale Kriterium, nicht der psychische Gesundheitsschaden. Im Übrigen besteht nach Artikel 41 IVG ja auch immer die Möglichkeit der Rentenrevision.

Ich muss Sie aber darauf aufmerksam machen, dass die Annahme dieser Antrage auch schwerwiegende Konsequenzen für körperlich Behinderte hätte. Auch ein querschnittgelähmter Rentner oder Teilrentner, der ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen muss und dessen Gesundheitszustand dadurch verbessert werden kann, der aber dadurch nicht eine grössere Arbeitsfähigkeit erlangen kann, ware betroffen, weil er sich dann gewissermassen zwischen Rente und ärztlicher Hilfe – finanziert über die Krankenversicherung – entscheiden müsste.

Sie sehen, Herr Borer, es ware sehr sinnvoll, wenn Sie Ihre Minderheitsantrage zuruckziehen wurden, weil Sie ja diese Diskriminierung nicht wollen Sie versuchen das auch im Eventualantrag aufzufangen, aber auch dort haben Sie schwerwiegendste Konsequenzen, weil Ihr Minderheitsantrag einfach nicht durchdacht ist.

Ich bitte Sie deshalb, der Mehrheit zu folgen.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: La majorité de la commission, de toutes ses forces, vous demande de rejeter ces deux propositions, qu'elle a elle-même rejetées, par 12 voix contre 5 et avec 2 abstentions, pour la proposition de minorité et par 12 voix contre 6 et avec 2 abstentions pour la proposition subsidiaire.

Ces propositions visent au fond à empêcher une mise à l'invalidité pour cause de maladie psychique. Il est vrai que les cas de ce genre ont augmenté, mais il s'avère qu'une réelle invalidité peut apparaître aussi en raison de troubles psychiques. Par exemple, il y a des maladies d'Alzheimer qui frappent des gens de manière précoce, des gens de 40 ans qui ne peuvent plus travailler et qui n'auraient ainsi pas droit à l'invalidité parce qu'une thérapie est toujours possible et que ces gens sont soignés.

Il faut aussi savoir qu'il faudrait presque être devin pour savoir si une amélioration peut intervenir ou non, et si l'amélioration intervient, comme pour toutes les autres affections, eh bien la rente sera réévaluée, éventuellement supprimée ou diminuée. La première cause d'invalidité, on l'a dit, est la maladie. 90 pour cent des cas d'invalidité sont dus à des maladies. Le renforcement du contrôle médical prévu dans cette loi doit apporter une meilleure réponse que cet alinéa 1 bis qui introduirait une discrimination qui serait liée aux causes de la maladie et qui créerait vraiment une injustice vis-à-vis de cas qui ont besoin de ces rentes invalidité pour continuer à survivre.

Je vous demande donc de toutes mes forces de rejeter à la fois la proposition de minorité et la proposition subsidiaire de minorité.

Borer Roland (V, SO): Sehr verehrte Frau Kollegin Meyer, in Anbetracht des Umstandes, dass ich Sie sonst sehr schätze und Ihnen wirklich wohlgesonnen bin, gestatten Sie mir doch die Frage: Wie kommen Sie dazu zu behaupten, mit diesen Minderheitsanträgen wollten wir erreichen, dass Personen, die z. B. Alzheimer haben, die nicht mehr arbeiten können, die invalid werden, keine Rente beziehen konnten? Das ist eine Unterstellung, wie ich sie nicht akzeptieren kann. Es ist nicht nur ein Interpretationsfehler, es ist auch falsch, was Sie hier sagen.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: Je vous réponds volontiers, Monsieur Borer. Vous dites textuellement: «L'alinéa 1er lettre b n'est pas applicable en cas de troubles psychiques aussi longtemps qu'une thérapie reste possible.» Or, une thérapie est possible jusqu'à la mort. On peut toujours soigner une maladie, même si elle s'installe et qu'elle ne pourra pas être guérie. Donc, la rédaction de votre proposition amène à ces réflexions.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Monsieur Borer, je n'arrive pas non plus à lire cet article autrement, dans la mesure où vous parlez tout simplement d'une «thérapie possible». Vous ne posez même pas la question de savoir si c'est une thérapie qui permet, par exemple, dans un temps raisonnable, de récupérer une force de travail, etc.: non, vous parlez d'une thérapie possible! Or, les malades psychiques, Dieu merci! ne sont pas des personnes que l'on range sans thérapie dans une institution pour s'en débarrasser. Cela, c'est de la psychiatrie du passé. Aujourd'hui, on peut offrir à ces personnes une thérapie pendant toute leur vie. Alors, est-ce qu'elles ont droit à une rente ou pas? La formulation de la proposition de la minorité, telle qu'elle est présentée, semble l'exclure

Ce ne sont pas vos intentions, je veux bien le croire, mais, ici, nous parlons d'un texte tout à fait concret, et ce texte présenté par la minorité ouvre la porte à une exclusion des personnes atteintes de troubles psychiques aussi longtemps qu'elles peuvent recevoir une thérapie. En tout cas, je pense qu'il n'y a pas d'erreur dans la traduction de l'allemand vers le français.

C'est l'interprétation que Mme Meyer a faite, que je fais et que la commission a faite, et cela l'a amenée à rejeter cette proposition parce qu'elle est discriminatoire, tout cela a été déjà dit. Je ne pense pas qu'il y ait un appel à faire en disant: «Cet article n'est peut-être pas l'idéal mais laissons-le, le Conseil des Etats pourra trouver mieux.» La discussion a été menée en commission; la commission s'est penchée très longuement et très soigneusement sur la question des maladies psychiques. Le rejet de cette proposition, j'en ai été le témoin, a été fait en toute connaissance de cause.

Dans la proposition subsidiaire de minorité, on ne parle pas d'une «thérapie possible», mais de l'«amélioration de l'état de santé» qui ne peut pas être obtenu.

Mais cela est contraire à la définition de ce qu'est l'invalidité. L'invalidité est une forme durable de perte de la capacité de gain; cette capacité de gain doit être perdue au moins à 40 pour cent, quelle que soit la cause, psychique, mentale, physique ou psychosomatique. Nous ne pouvons pas imaginer que la possibilité d'une amélioration de cet état de santé doive être exclue avant qu'une rente soit versée. Cette amélioration peut survenir plus tard, sur la base de progrès médicaux. Alors, est-ce que cette personne devrait être privée de rente à partir du moment où elle commence un tel traitement? Sur ce plan-là, je crois qu'il s'agit tout simplement d'un malaise face à une évidence.

Dans le domaine de la rente, l'Al a toujours considéré à égalité les différentes sources d'invalidité mentales, psychiques, physiques et psychosomatiques. D'ailleurs, ce sont des sources qui ne doivent pas être discriminées selon l'article constitutionnel La seule nouveauté que nous apportons en relation avec les maladies psychiques légères, ce n'est pas ici qu'elle doit se faire, c'est avec l'allocation d'assistance. Et là, c'est vrai qu'il y a un élargissement par rapport à la pratique actuelle. C'est vrai que, dans cet élargissement, nous avons introduit un seuil – avoir droit à un quart de rente – qui est simplement une aide à déterminer le besoin d'assistance. Mais ici, vous souhaitez en fait revenir en arrière par rapport à la pratique actuelle.

C'est la raison pour laquelle la majorité de la commission vous invite, avec le Conseil fédéral, à ne suivre ni la proposition de la minorité, ni la proposition subsidiaire de minorité.

Abstimmung - Vote

Eventuell – A titre préliminaire Fur den Antrag der Mehrheit 118 Stimmen Für den Antrag der Minderheit I . .. 38 Stimmen

Definitiv – Définitivement Für den Antrag der Mehrheit 116 Stimmen Für den Antrag der Minderheit II 42 Stimmen



Art. 31 Abs. 1

Antrag der Kommission

.... Eingliederungsmassnahme, die eine Verbesserung der Erwerbsfähigkeit

Art. 31 al. 1

Proposition de la commission une amélioration de sa capacité

Angenommen - Adopté

Art. 34; 38 Titel, Abs. 1

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Jutzet Unverändert

Art. 34; 38 titre, al. 1

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Jutzet Inchangé

Jutzet Erwin (S, FR): Ich beantrage Ihnen die Beibehaltung der Zusatzrente gemäss geltendem Recht. Was ist die Zusatzrente? Sie haben den Text vor sich. Kurz gesagt: Der Ehepartner eines vorher erwerbstätigen IV-Rentners erhält eine Zusatzrente von 30 Prozent des Rentenbetrages. Ein Beispiel: Ein erwerbstätiger Familienvater wird invalid; er erhalt eine IV-Rente, seine Frau erhält eine Zusatzrente und die Kinder eine Kinderzusatzrente, sofern die Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Die Zusatzrente trägt also dem Umstand Rechnung, dass der Familienvater vermehrte Unterhaltspflichten hat.

Welches sind die Gründe, die den Bundesrat und die Kommission bewogen haben, die Aufhebung der Zusatzrente zu beantragen? Dazu sagt die Botschaft erstens, es sei die letzte verbleibende zivilstandsabhängige Leistung in der IV. Dieser Umstand stört mich nicht; die Frage ist vielmehr, ob eine verheiratete Person - ein Familienvater, eine Familienmutter - hohere Lasten zu tragen hat, ja oder nein. Die Botschaft verweist uns zweitens auf die Ergänzungsleistungen ın fınanziellen Notlagen. Wır sollten meines Erachtens die Ergänzungsleistungen nicht überstrapazieren. Die IV ist eben eine Versicherung, mit einer Prämienpflicht und Leistungsansprüchen. Diese durfen wir nicht auf die Ergänzungsleistungen und damit auf die Kantone und Gemeinden abschieben. Zudem muss für die Ergänzungsleistungen ein neues Gesuch gestellt werden; das ist schwerfällig, aufwendig und zum Teil auch entwürdigend und mit administrativen Kosten verbunden. Die Botschaft besagt drittens und vor allem, die Zusatzrente stehe Geburts- und Frühinvaliden nicht zur Verfügung und für die Einführung der Assistenzentschadigung brauche es Einsparungen und Opfer.

Wir müssen das Kind beim Namen nennen. Hier geht es um eine Umverteilung. Es geht hier nicht um die gleichen Bezüger. Die Assistenzentschädigung betrifft betreuungsbedürftige Behinderte, jene, die heute eine Hilflosenentschädigung erhalten. Die Zusatzrente dagegen betrifft die Ehegatten von IV-Bezügern, also den Ehepartner.

Das führt schlussendlich zu einem Leistungsabbau, der sich gegen die Familien richtet. Ich nehme ein Beispiel: Ein Versicherter, ein 55-jähriger Bauarbeiter, wird arbeitsunfähig und erhält eine volle IV-Rente, z. B. im Betrage von 1800 Franken. Die Ehefrau erhält heute 30 Prozent, das heisst zirka 600 Franken. Das Familienbudget beläuft sich damit auf 2400 Franken Diese 600 Franken werden im Familienbudget fehlen Das kann mit allen unliebsamen Konsequenzen zu einer Verarmung führen: Ich will gar nicht von der Würde reden, sondern nur vom Gang zum Sozialamt und damit von der Umverteilung, der Entlastung der IV-Kasse und der Belastung der Gemeinde- und der Kantonskasse.

Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen: Sagen wir Nein zu dieser doppelten Umverteilung zulasten der Ergänzungsleistungen und der Sozialdienste, sagen wir Nein zur Kürzung des Familienbudgets von IV-Rentnern.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Ich bitte Sie im Namen der FDP-Fraktion, dem Antrag Jutzet nicht zuzustimmen. Wir sind daran, jedes Element der zivilstandsabhangigen Rente umzuwandeln, weil wir die Sozialversicherungen so ausgestalten wollen, dass alle ihren Rentenanspruch haben und alle ihre Leistungsberechtigung auch geltend machen können.

Es sind aber nicht nur formale Gründe. Wir haben heute im Rahmen der IV ein anderes System. Die Ehefrau, die tatsächlich die Betreuung übernimmt, soll eine Assistenzentschädigung haben. Die Zusatzrente wird abgelost. Wir alle – von links bis rechts – sind dafür, dass man diese Umwandlung macht, auch wenn sie Geld kosten wird. Die Zusatzrente wird aber abgelöst. Sie wird durch neue Leistungen aufgestockt werden, weil es sinnvoll ist, dass jene, welche die Arbeit tatsächlich machen, das Geld auch bekommen. Es liegt nicht mehr im Zeitgeist, dass man einfach aus der Tatsache heraus, dass man verheiratet ist, eine gewisse Leistung einfach so erhält.

Deshalb bitte ich Sie, den Antrag Jutzet abzulehnen.

Fasel Hugo (G, FR): Frau Egerszegi, statt in eine lange Intervention kann ich das, was ich sagen will, in folgende Fragen verpacken:

1. Sind Sie mit mir einverstanden, dass die Streichung der Zusatzrente zu einer Kürzung kunftiger Renten führen wird?
2. Sind Sie auch damit einverstanden, dass die Assistenzentschadigung nur in der Globalbetrachtung eine Kompensation ist, während es eigentlich um zwei völlig verschiedene Dinge geht, d. h., dass diese Gelder auch vollig anderen Personen zugute kommen?

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Die zweite Frage behandeln wir im Rahmen der Assistenzentschädigung.

Zur ersten Frage muss ich Ihnen sagen: Es wird genau gleich gehandhabt, wie wir das im Rahmen der 10. AHV-Revision im Grundsatz auch mit der Zusatzrente für Ehefrauen gemacht haben, dass nicht der Zivilstand entscheidet, ob eine Rente ausgelöst werden soll, sondern die Arbeit, die geleistet wird.

Schwaab Jean Jacques (S, VD): Je vous demanderai de soutenir la proposition Jutzet. La suppression de l'article 34 actuel de la loi sur l'assurance-invalidité est présentée comme une mesure d'économie, d'un côté, mais aussi comme une mesure finalement assez bénigne, dès lors que la rente avait déjà été restreinte, à l'occasion de la 10e révision de l'AVS, notamment aux personnes qui occupent un emploi avant de devenir invalides. Mais je crois que cette mesure est plus grave qu'il n'y paraît et qu'elle est caractéristique d'un processus assez pervers de démantèlement de notre Etat social, comme nous en avons vu quelques exemples hier, lors de l'examen de la modification de la loi sur l'assurance-chômage. J'ai le sentiment que nous revenons à une forme de paternalisme d'Etat ou de charité publique, plutôt qu'à une véritable forme d'assurance qui a été voulue par le législateur pour l'AI, comme pour l'AVS

Le message invoque bien sûr le recours aux prestations complémentaires, mais il oublie que ces prestations sont à la charge des communes et des cantons, comme l'a rappelé M. Jutzet tout à l'heure. On oublie aussi que cette mesure pénalise les revenus les plus faibles une fois de plus, parce que ce sont ces revenus-là qui ne bénéficient pas, en cas d'invalidité de celui qui les reçoit, d'une rente de prévoyance suffisamment élevée Et quant à l'économie qu'on nous annonce, il me semble qu'elle est en partie illusoire, puisqu'elle est reportée sur les rentes complémentaires de l'assurance-accidents et de l'assurance militaire. Alors, c'est vrai que les montants ne sont pas les mêmes, mais il n'empêche que ce

report crée une inégalité de traitement supplémentaire à l'égard de ceux qui ne sont pas affiliés soit à l'assurance-accidents, soit à l'assurance militaire, et qui se retrouvent eux aussi dans une situation plus difficile, ainsi que leur conjoint. Accessoirement, c'est une atteinte aussi à l'institution du mariage. Je suis un peu étonné par les propos de Mme Egerszegi tout à l'heure, qui me paraît faire bien peu de cas de cette institution qui existe toujours dans notre droit, me semble-t-il. Et même si on pouvait l'admettre, je crois qu'alors, il faudrait être conséquent: si le mariage ou l'état civil n'a plus d'incidence sur les rentes, notamment sur l'AVS, il faudrait cesser de limiter à 150 pour cent le droit à une rente de vieillesse pour les couples mariés, comme le prévoit encore l'article 35 de la loi. Et il ne faudrait pas simplement appliquer cette mesure à la rente complémentaire, comme c'est le cas dans le projet qu'on nous présente

Enfin, la mesure me paraît particulièrement préjudiciable aux conjoints séparés ou divorcés, notamment lorsque l'invalide modeste ne peut plus, du fait de son invalidité, gagner suffisamment pour payer une pension alimentaire. Et là encore, on se reporte sur la prévoyance sociale, donc sur les cantons, donc sur les communes.

C'est la dernière raison pour laquelle je vous demande de soutenir la proposition Jutzet.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe de l'Union démocratique du centre et le groupe démocrate-chrétien communiquent qu'ils rejettent la proposition Jutzet.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: Je vais revenir un petit peu en arrière. Avec l'entrée en vigueur de la 10e révision de l'AVS, la rente complémentaire pour l'épouse avait été supprimée dans l'AVS. Elle avait été maintenue dans l'Al et une partie du revenu réalisé par un assuré marié était réputée attribuée à l'entretien de l'union conjugale. La disparition totale ou partielle de cette part du revenu était compensée par la rente complémentaire.

Depuis l'entrée en vigueur de la 10e révision de l'AVS, la rente complémentaire de l'AI n'est attribuée qu'aux personnes qui exerçaient une activité lucrative avant de devenir incapables de travailler. Une part non négligeable de ces personnes peut désormais percevoir des prestations de la prévoyance professionnelle et le groupe de personnes handicapées qui se trouvent dans la situation financière la plus difficile est celui des personnes invalides de naissance ou prématurément invalides qui n'ont de toute façon pas droit à ces rentes complémentaires. Les prestations de la prévoyance professionnelle peuvent être aussi perçues par les personnes divorcées actuellement. Donc, grâce aux prestations complémentaires, les bénéficiaires de rentes AI ne sont pas financièrement dans une situation trop difficile.

La suppression de cette rente n'a pas été du tout contestée par quiconque dans la commission, parce qu'elle fait partie d'un nouveau projet avec de nouvelles visées. Ce nouveau projet amène en général des améliorations. Bien sûr, cette suppression ne peut intervenir que si l'allocation d'assistance est introduite dans la version de la commission. En effet, cette nouvelle prestation va permettre d'aider au choix du mode de vie de la personne handicapée et l'aide sera renforcée si elle vit à la maison. Ainsi, cette nouvelle prestation va aussi aider la famille qui s'occupe directement de la personne handicapée. Dans la plupart des cas, elle compensera avantageusement la rente complémentaire.

C'est pour cette raison que la commission n'a pas remis en question la suppression de cette rente complémentaire et qu'elle vous demande de rejeter la proposition Jutzet.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: L'essentiel a été dit. Permettez-moi donc de parler gros sous – c'est un des éléments essentiels de ce rééquilibrage financier de l'Al. La suppression de la rente complémentaire permet de réaliser a moyen terme des économies de 244 millions de francs en moyenne par année; à long terme, ces économies devraient

s'élever à 415 millions de francs. C'est donc effectivement la grosse partie de ce rééquilibrage. Mme Meyer Thérèse a dit tout le reste

Cette suppression n'a pas été réellement contestée pendant la campagne de votation sur la 1ère partie de la 4e révision de l'AI, qui a été rejetée parce qu'elle n'était pas complète et achevée. La rente complémentaire est un reste de prestations qui dépend de l'état civil. Néanmoins, les droits acquis sont garantis, c'est-à-dire que personne ne perd rien. Nous passons en douceur à un nouveau système qui implique un sacrifice, mais procure des améliorations de prestations par le biais de l'allocation d'assistance.

Je vous invite à rejeter la proposition Jutzet.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Kommission 92 Stimmen Für den Antrag Jutzet 58 Stimmen

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Nous traitons maintenant la motion d'ordre Schneider.

Ordnungsantrag Schneider

Ich beantrage, die Beratung über das Geschäft 01.015, 4. IV-Revision, Artikel 42 bis 42quater (D. Die Assistenzentschädigung), auf die nächste Session zu verlegen.

Motion d'ordre Schneider

L'examen du projet 01.015, 4e révision de l'Al, articles 42 à 42quater (D. L'allocation d'assistance), est reporté à la prochaine session

Schneider Johann N. (R, BE): Ich beantrage, die Beratung über die Artikel 42 bis Artikel 42quater (D. Die Assistenzentschädigung) auf die nächste Session zu verlegen. Die IV ist sozialpolitisch eine zu wichtige, aber auch problematische und komplexe Sozialversicherung. Finanzpolitisch ist sie nach jeder Revision kostspieliger geworden. Auch Bund und Kantone spüren das, denn sie zahlen die Hälfte davon. Von der 4. IV-Revision sind sehr viele Menschen betroffen. Unsere Beschlüsse und Weichenstellungen müssen daher wohl abgewogen sein, damit die Finanzierung langfristig sichergestellt ist Dies trifft gerade auf ein neues Konzept wie die Assistenzentschädigung zu. Vieles spricht dafür, dass wir den Bereich der heutigen Hilflosenentschädigung und der Pflegebeiträge etwas ändern, nur dürfen wir dabei andere Ziele nicht aus den Augen verlieren.

Ein primäres Ziel der 4. IV-Revision war die finanzielle Konsolidierung. Es kann nicht einfach zum Mittel der Mehreinnahmen gegriffen werden. Es geht bei dieser Revision um neue Mehrwertsteuerprozente und damit für die Wirtschaft um Milliarden von Franken. Mit der Verdoppelung der Ansätze, mit den Mehr- und Minderheitsanträgen zur Assistenzentschädigung und zur Ausgestaltung der lebenspraktischen Begleitung stellt sich die Frage, wie sich diese Ausbaupläne mit der primären Zielsetzung der Revision – und insbesondere – wie sich diese Vorschläge mit dem neuen Finanzausgleich vertragen, welche Wirkungen davon zu erwarten sind.

Diese komplexen Fragen konnten in der zur Verfügung stehenden Zeit für einen Parlamentarier, der kein Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit ist, nicht hinreichend abgeklärt werden. Ich nehme an, dass es vielen so geht wie mir. Man weiss, dass die Vorlage politisch wichtig ist. Aber mit einer Fahne, die über 50 Seiten umfasst - dazu kommen noch die Einzelanträge -, die zudem mit vielen Verweisen auf andere Gesetze gespickt ist, kann man als Nicht-Insider kaum mehr etwas anfangen. Wenn die Fahne dann erst noch am Wochenende vor der Session eintrifft, hat man auch nicht mehr die Zeit, um sich Rat zu holen. Dabei wäre es wichtig, die Vor- und Nachteile der Varianten des Bundesrates, der Mehrheit und der Minderheiten I und II ım Rat abzuwägen. Nur muss man sie vorher kennen und verstehen. Die SGK macht es für uns auch nicht einfacher, wurde sie sich doch in dieser zentralen Frage auch nicht einig.



Ich plädiere daher dafür, dass wir die Einfuhrung der Assistenzentschädigung nicht übers Knie brechen oder einfach dem Ständerat als Problemfall zuschieben. Es darf nicht unnötig pressiert werden, denn immerhin geht es um eine völlig neu konzipierte Sozialleistung und um ein sehr wichtiges Paket zu einem Leistungsausbau. Ich plädiere dafür, dass wir genauere Zahlen und Begründungen zu den Mehrheitsund Minderheitsanträgen bekommen und die Einführung der Assistenzentschadigung, gut vorbereitet, im neuen Jahr behandeln

Daher beantrage ich Ihnen in Analogie zur Chambre de réflexion, die bei der Beratung der KVG-Revision den Artikel zur Aufhebung des Kontrahierungszwanges ebenfalls vertagte, die Beratung und Verabschiedung der Artikel 42 bis 42quater auf die nächste Session zu verschieben. Wir geben uns so die Gelegenheit, uns umfassende Unterlagen und Begründungen zu beschaffen und damit eine fundierte und seriöse Diskussion zu ermöglichen.

Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Natürlich konnte die Kommission nicht über diesen Ordnungsantrag befinden. Aber das Ergebnis wäre wohl ziemlich klar. Er würde abgelehnt, und zwar aus folgenden Gründen: In der Gesamtabstimmung hat sich die Kommission einstimmig, mit 24 zu 0 Stimmen, für dieses Paket ausgesprochen, bei dem die Assistenzentschädigung ein Kernelement ist. Sie haben in der Eintretensdebatte gespürt, dass diese Verbindung verschiedener Elemente – Sanierung einerseits, Assistenzentschädigung als neuer, innovativer Ansatz andererseits – auch durchaus eine breite Zustimmung erhalten hat.

Nachdem Sie eine Opfersymmetrie wollen, beispielsweise die Zusatzrente mehrheitlich abgelehnt und die Härtefallrente aufgehoben haben, muss ich – und das ist, glaube ich, auch die Meinung der Kommission – die Situation so interpretieren, dass diese neuen Elemente im Gleichgewicht mit den Konsolidierungsschritten stehen müssen.

Herr Schneider, Sie können doch nicht ein einzelnes Element herausbrechen und alle anderen Elemente bestehen lassen. Denn auch das Inkrafttreten eines Teils dieses Paketes würde dazu führen, dass beispielsweise bereits im Bereich der Zusatzversicherung oder der Härtefallrente Betroffene da wären. Sie können das nicht aufspalten. Sie gewinnen damit auch keine Zeit. Die Opfersymmetrie war wichtig. Inhaltlich war die Assistenzentschädigung der Kernbereich, sodass wir die Vorlage aufgrund des Konsenses, den wir während der ganzen Debatte gespürt haben, wirklich mit gutem Gewissen behandeln können.

Herr Schneider, es ist auch nicht so, dass wir nicht aufgrund ausreichender Zahlen unsere Überlegungen angestellt und die Diskussion geführt hätten. Wir haben darüber ein sehr eingehendes Hearing durchgeführt. Die Zahlen sind transparent, und sie sind da. Die einzigen Zahlen, die nicht errechnet werden konnten, sind jene für den Antrag der Minderheit Stahl. Denn dort blieben zu viele Elemente offen, insbesondere die Frage, was Anrechnung der anderen Sozialversicherungsleistungen und Selbstbeteiligung des Versicherten heisst. Aber der Antrag Stahl wurde in der Kommission mit sehr grosser Mehrheit abgelehnt.

Wir sagen nicht, dass der Ständerat das nicht noch prüfen soll und kann. Aber im jetzigen Zeitpunkt der Beratung sind die Zahlen, mit Ausnahme derjenigen betreffend den Antrag der Minderheit Stahl, der einfach zu wenig präzis daherkommt, transparent. Der Ständerat hat die Möglichkeit, darüber zu befinden. Wir sind der Erstrat. Der Ständerat kann alle weiteren inhaltlichen Ausrichtungen noch prüfen. Er kann auch noch Korrekturen anbringen, dann kommt das Geschäft zurück in unseren Rat.

Ich beantrage Ihnen die Ablehnung dieses Ordnungsantrages.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: Au nom de la commission, je vous demande avec véhémence de rejeter la motion d'ordre Schneider.

L'introduction de l'allocation d'assistance est le point central de cette 4e révision de l'Al. Le département a longuement

étudié le problème avec les personnes concernées. La commission a axé l'essentiel de son travail sur cette question et elle vous apportera beaucoup d'éléments pour que vous puissiez prendre vos décisions.

Je rappelle que cette allocation d'assistance, liée à la suppression de la rente complémentaire, suppression qu'il serait impossible de soutenir si on ne pouvait pas introduire cette allocation d'assistance, doit amener de substantielles économies. A moyen terme, il s'agit de 232 millions de francs. M. Schneider a déjà fait une proposition de rejet, même avant le débat, et je dois dire que cela m'a choquée. La comparaison avec la LAMal ne peut se faire, parce que la suppression de l'obligation de contracter, je vous le rappelle, ne figurait pas dans le message du Conseil fédéral. Elle est arrivée après coup par le biais de la commission. C'est donc une situation tout à fait différente.

Je vous engage vraiment à rejeter cette motion d'ordre, pour qu'on puisse examiner le projet dans son ensemble, puisque nous en sommes au point central, soit l'introduction de l'allocation d'assistance.

Abstimmung – Vote Für den Ordnungsantrag Schneider 50 Stimmen Dagegen 90 Stimmen

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr La séance est levée à 13 h 00



01.015 Conseil national 1950 13 décembre 2001

Vierzehnte Sitzung -Quatorzième séance

Donnerstag, 13. Dezember 2001 Jeudi, 13 décembre 2001

15.00 h

01.015

4. IV-Revision 4e révision de l'Al

Fortsetzung - Suite

Botschaft des Bundesrates 21 02 01 (BBI 2001 3205) Message du Conseil fédéral 21.02.01 (FF 2001 3045) Nationalrat/Conseil national 13 12.01 (Erstrat – Premier Conseil) Nationalrat/Conseil national 13.12 01 (Fortsetzung – Suite)

1. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung

1. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité

Art. 41 Abs. 2

Antrag der Kommission

Bei einer Verminderung des Invaliditätsgrades ist in Abweichung von Artikel 17 Absatz 1 ATSG die bisher ausgerichtete Rente während eines Jahres seit Eintritt der Verminderung nur um vier Fünftel der Herabsetzung zu kürzen.

Antrag Zäch

Bei einer Verminderung des Invaliditätsgrades ist in Abweichung von Artikel 17 Absatz 1 ATSG die bisher ausgerichtete Rente nach Ablauf einer Karenzfrist von drei Monaten seit der Verminderung weitere neun Monate nur um einen Fünftel herabzusetzen.

Art. 41 al. 2

Proposition de la commission

Si le degré d'invalidité diminue, la rente versée jusque-là n'est réduite, en dérogation à l'article 17 alinéa 1er LPGA, que de quatre cinquièmes de la réduction durant une année à compter de la diminution du degré d'invalidité.

Proposition Zách

Si le degré d'invalidité diminue, la rente versée précédemment n'est réduite, en dérogation à l'article 17 alinéa 1er LPGA, que d'un cinquième durant les neuf mois suivant un délai de carence de trois mois à compter du moment de la diminution du degré d'invalidité.

Zäch Guido (C, AG): In Absprache mit den beiden Kommissionssprechern mochte ich Ihnen mit meinem Antrag eine Formulierung des Artikels 41 beliebt machen, die dem einstimmigen Willen der Kommission besser entspricht. Es war immer die Absicht und das Ziel, die Kürzung der Rente während eines Jahres zu verringern, um die Wiederaufnahme einer Berufstatigkeit zu fördern. Wer sich wirksam für den Grundsatz «Wiedereingliederung vor Rente» einsetzen will, muss die Wiedereingliederung attraktiv gestalten. Zumindest soll gewährleistet werden, dass niemand für seinen Wiedereingliederungswillen Nachteile finanzieller Art erleiden muss.

Mein Antrag geht in diese Richtung. Wir wollen die Wiedereingliederung auch von Menschen unterstützen, deren Eingliederungsmassnahmen vorerst abgeschlossen sind und die bereits eine Rente erhalten. Auch diese Personen haben Anrecht auf neue Perspektiven und Moglichkeiten. Weder eine Teilrente noch eine Vollrente sollte für immer ausbe-

zahlt werden müssen. Insbesondere für Rentenempfänger ist es wichtig, ihren Möglichkeiten entsprechend wieder vermehrt mitzuarbeiten und dabei zu sein. Es ist nicht richtig, Rentenbezuger für jede Verbesserung ihrer Erwerbsfahigkeit umgehend mit einer Kürzung der Rente zu bestrafen. Letztlich ist es genau diese Regelung betreffend Rentenkürzung, die für die Betroffenen ein zu grosses Risiko bedeutet. Der Ausbruch aus diesem Dilemma muss uns etwas wert sein. Wenn ein Rentenbezüger weiss, dass er für seine Anstrengung und seinen Mut während eines Jahres keine volle Verminderung seiner Rente in Kauf nehmen muss, wird er eher den Mut aufbringen, einen erneuten Wiedereingliederungsversuch zu starten. Heute lösen einige hundert Franken eigenes Arbeitseinkommen oft eine Rentenkürzung aus, die grosser ist als das selber erarbeitete Einkommen. Dieser Mechanismus ist mit der in meinem Antrag vorgeschlagenen verzögerten Kürzung der Rente ausgeschaltet.

Ich bitte Sie eindringlich, meinen Antrag zu unterstutzen.

Gutzwiller Felix (R, ZH): Die Situation bei Artikel 41 ist wirklich etwas verwirrlich, weil Sie ja eine Formulierung auf der Fahne haben, dann einen korrigierten Kommissionsantrag ausgeteilt bekommen haben und nun eine dritte Variante mit dem Antrag Zäch vorliegt. Ich möchte kurz versuchen, Ihnen das Ganze nochmals näher zu bringen – mit der Schlussfolgerung, dass wir uns jetzt dem Antrag Zäch in der neuen Formulierung anschliessen, weil er der Intention der Kommission entspricht, die in den vorigen Formulierungen wohl nicht ganz zum Ausdruck gekommen ist.

Worum geht es? Ganz kurz gesagt geht es darum, dass mit einer Rentenverminderung Anreize für eine Wiedereingliederung ins Erwerbsleben geschaffen werden sollen. Heute ist die Situation ja so, dass im Regelfall bis zu drei Monate finanziert werden. Gemäss Antrag Zäch soll nach diesen drei Monaten neu während weiteren neun Monaten, also bis zu einem Jahr und nicht darüber, die Rente zu 80 Prozent, also vier Fünfteln, weiter ausgezahlt werden können, wenn eine solche Integration stattfindet. Es soll also ein Anreiz geschaffen werden, die Wiedereingliederung auch wirklich zu versuchen. Wir stimmen diesem Anreiz zu.

Man muss allerdings sagen: Es ist hier mit weiteren Kostenfolgen zu rechnen – Grössenordnung: 18 Millionen Franken. Wir gehen aber davon aus, dass dieses Geld gut eingesetzt ist, wenn es in der Tat dazu beiträgt, die Reintegration am Arbeitsplatz zu erreichen. Wir wären jedoch ausserordentlich froh, wenn man auch der Frage nachginge, ob sich dieser Anreiz wie gewünscht auswirkt. Es ist ja vorgesehen, dass im Rahmen der Invalidenversicherung eine Reihe von Evaluationsstudien durchgeführt wird. Sinnvollerweise sollte dabei die Frage «Wirkt dieser Anreiz auch in der gewünschten Richtung?» gelegentlich überprüft werden.

Mit diesem Wunsch wären wir bereit, uns dem Antrag Zäch in der jetzigen Formulierung anzuschliessen.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente). Le groupe socialiste communique qu'il soutient la proposition Zäch.

Hassler Hansjorg (V, GR): Der Antrag Zäch wurde bereits in der Kommission diskutiert. Meines Erachtens wurde er im Sinne der jetzt vorliegenden Fassung von der Kommission auch verabschiedet. Die Fassung, die Sie auf der Fahne haben, enthält meiner Meinung nach einen redaktionellen Fehler: Es heisst dort, dass die Rente «um vier Fünftel» statt «auf vier Fünftel» reduziert werden soll. Der Antrag fordert ganz klar die Motivation der invaliden Personen für die Wiedereingliederung ins Erwerbsleben. Die Umsetzung des Antrages Zäch ist zwar mit Kosten verbunden – zuerst einmal etwa 18 Millionen Franken. Wir hatten damals in der Kommission mit weniger gerechnet. Aber diese 18 Millionen Franken sind gut investiert und tragen massgeblich zur Wiedereingliederung von invaliden Personen und damit auch zur Verhinderung von Renten bei. Dadurch wird sich der Antrag mittelfristig auch finanziell auszahlen

Daher unterstutzt die SVP-Fraktion den Antrag Zäch.



La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe libéral communique qu'il soutient également la proposition Zäch.

Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Wir haben in der Tat eine etwas verwirrliche Situation. Auch die Präzisierung, die dann nachtraglich auf der Fahne zum Antrag der Vierfünftelkürzung geführt hat, entspricht nicht dem Willen der Kommission, bringt auch nicht das effektive Ergebnis zum Ausdruck. Denn da ist ja die Rede von einem Fünftel der Herabsetzung. Das würde heissen, wenn eine ganze auf eine halbe Rente herabgesetzt würde, dass sie um 10 Prozent gekürzt würde, während ein Fünftel einer Vollrente 20 Prozent wäre. Wir haben eine Patt-Situation.

Deshalb ist es rıchtig, dass Herr Zách das in der Praxis unbestrittene Element, dass erst nach einer Karenzzeit von drei Monaten zur Kürzung geschritten wird, zusätzlich in einem Einzelantrag eingebracht hat. Es ist richtig, dass wir durch den – bereits von den Vorrednern betonten – Wiedereingliederungsanreiz mit einem gestaffelten Übergang der Kürzung hier langfristig wirklich nicht nur zusatzliches Geld ausgeben, sondern auch eine bessere Kostenlenkung erreichen.

Der ursprüngliche Antrag Zäch war in der Kommission unbestritten. Er wurde mit 21 zu 0 Stimmen gutgeheissen. Ich glaube, wir haben jetzt dieses Element – zusammen mit dem Praxiselement der dreimonatigen Karenzzeit – wirklich auf eine gute Art und Weise im Gesetz verankert. Ohne dass der Antrag Zach in dieser Form in der Kommission explizit besprochen worden wäre, glaube ich, dass er sicher auch der Auffassung der Kommission entspricht.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: Effectivement, la rédaction de l'article 41 que vous avez lu dans le dépliant ne correspond ni à la volonté de l'auteur de la proposition ni, au fond, à celle de la commission. Par contre, la proposition Zach – M. Zäch était d'ailleurs aussi l'auteur de la précédente proposition qui avait été mal concrétisée – correspond à sa volonté et elle veut, par une réglementation assouple, encourager les personnes à tenter une réintégration, sans avoir le souci de sortir trop vite du droit à la rente. Actuellement, trois mois après l'entrée en force de la décision, la réduction ou la suppression intervient. Le nouveau système, fondé sur une observation de cas vécus, va faciliter la réintégration et éventuellement la sortie complète du système Al avec un petit investissement au départ, mais très certainement des économies par la suite.

Je vous demande donc, au nom de la commission, de soutenir la proposition Zach.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: En commission, j'ai recommandé le rejet de la formulation initiale de cette proposition, parce qu'à force d'ajouter 18 millions de francs ici, 6 millions de francs là, l'objectif de l'équilibre financier s'éloigne peu à peu. Le Conseil fédéral estime également que la pratique actuelle, qui est de respecter le délai de carence, ne correspond qu'aux situations où, à cause de l'état de santé, la capacité de travail est encore labile, où on peut penser qu'il pourrait y avoir rechute, que cette amélioration n'est pas définitive. Lorsque l'amélioration est réelle et définitive, nous renonçons à ce délai de carence, ce qui paraît justifié au vu des objectifs de l'assurance-invalidité. Dans ce sens-là, je ne peux que répéter ici que le Conseil fédéral vous incite à plus de prudence dans les petites améliorations ponctuelles dont on ne sait pas si l'effet incitatif est réel.

Ceci étant dit, je reconnais que la nouvelle formulation contenue dans la proposition Zäch est meilleure que les premières tentatives et que l'on commence à voir plus clairement le calcul de ce cinquième, de ces 20 pour cent qui devraient être déduits dans un premier temps.

Fondamentalement, le Conseil fédéral ne peut pas soutenir cette proposition. Cela étant, la dernière formulation est la plus proche du projet du Conseil fédéral et la plus claire possible; elle devra certainement, si le Conseil des Etats devait adhérer à votre décision, encore être améliorée.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le Conseil fédéral en reste à sa position initiale. La commission s'est ralliée à la proposition Zäch.

Abstimmung – Vote Für den Antrag Zach 121 Stimmen Für den Antrag des Bundesrates 2 Stimmen

Art. 42

Antrag der Kommission

Abs 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 1bis

Es ist zu unterscheiden zwischen einem hohen, einem mittleren und einem geringen Assistenzbedarf.

Abs. 2

Mehrheit

Ein Bedarf an persönlicher Assistenz liegt ebenfalls vor, wenn eine Person wegen der Beeintrachtigung der Gesundheit zu Hause lebt und dauernd auf lebenspraktische Begleitung angewiesen ist. Ist nur die psychische Gesundheit beeinträchtigt, so muss mindestens ein Anspruch auf eine Viertelsrente gegeben sein. Ist eine Person lediglich auf lebenspraktische Begleitung angewiesen, so liegt immer ein geringer Assistenzbedarf vor. Vorbehalten bleibt Artikel 42bis Absatz 5.

Minderheit I

(Egerszegi, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Gutzwiller, Stahl, Triponez, Tschuppert, Widrig)

Anspruch auf eine Assistenzentschädigung hat, wer wegen der Invalidität für die alltäglichen Lebensverrichtungen dauernd der Hilfe Dritter oder der persönlichen Überwachung bedarf.

Minderheit II

(Stahl, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert)

.... angewiesen ist. Die Assistenzentschädigung setzt sich zusammen aus einer Grundpauschale und einem personengebundenen Budget. Es ist zu unterscheiden zwischen einem hohen, einem mittleren und einem geringen Assistenzbedarf

Abs. 3-5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 42

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 1bis

On distingue entre un besoin d'assistance étendu, moyen et limité.

Al. 2

Majorité

Est considérée comme ayant besoin d'une assistance personnelle la personne qui, en raison d'une atteinte à la santé, vit chez elle et a durablement besoin d'un accompagnement lui permettant de faire face aux nécessités de la vie. Si une personne souffre uniquement d'une atteinte à sa santé psychique, elle doit au moins avoir droit à un quart de rente. Si une personne a uniquement besoin d'un accompagnement pour faire face aux nécessités de la vie, il s'agit d'un besoin d'assistance limité. L'article 42bis alinéa 5 est réservé. *Minorité l*

(Egerszegi, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert, Gutzwiller, Stahl, Triponez, Tschuppert, Widrig)

A droit à une allocation d'assistance l'assuré qui, en raison de son invalidité, a besoin de façon permanente de l'aide d'autrui ou d'une surveillance personnelle pour accomplir les actes ordinaires de la vie.

Minorité II

(Stahl, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert)

.... aux nécessités de la vie L'allocation d'assistance se compose d'un forfait de base et d'un budget individualisé On distingue un besoin d'assistance étendu, un besoin d'assistance moyen et un besoin d'assistance limité.

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 42ter

Antrag der Kommission Mehrheit

Massgebend für die Höhe der Assistenzentschädigung ist der persönliche Assistenzbedarf. Der Assistenzbedarf wird bei allen Anspruchsberechtigten in funktioneller und zeitlicher Hinsicht einheitlich abgeklärt. Die Assistenzentschädigung wird personenbezogen ausgerichtet und soll die Wahlfreiheit in den zentralen Lebensbereichen erleichtern. Die monatliche Entschädigung beträgt . ..

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ahs 4

Ablehnung des Antrages der Minderheit I

Minderheit I

(Stahl, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert)

Abs. 1

Massgebend für die Hohe der Assistenzentschädigung ist der personliche Assistenzbedarf. Dieser wird aufgrund einer Bedarfsabklärung in funktioneller und zeitlicher Hinsicht festgelegt. Der Bedarfsabklärung unterliegen auch stationär und teilstationär untergebrachte Versicherte. Die Entschädigung berechnet sich pro Tag und wird monatlich ausgerichtet. Abs. 2

Die Grundpauschale wird an alle Versicherten, die persönlicher Assistenz gemäss Artikel 42 Absatz 1 bedürfen, ausgerichtet. Sie beträgt bei hohem Assistenzbedarf 80 Prozent. bei mittlerem Assistenzbedarf 50 Prozent und bei geringem Assistenzbedarf 20 Prozent des Mindestbetrages der einfachen Altersrente

Abs 3

Versicherte, die sich nicht in einem Heim aufhalten, haben Anspruch auf das personengebundene Budget. Dieses wird den Versicherten entsprechend ihres in der Bedarfsabklärung festgelegten persönlichen Assistenzbedarfes ausgerichtet. Es beträgt im Maximum das Zehnfache der Grundpauschale. Leistungen anderer Sozialversicherungen und Leistungen der öffentlichen Hand werden angerechnet. Abs. 4

Die Versicherten beteiligen sich im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse an den Kosten. Sie mussen die aufgewendeten Auslagen der Versicherung auf Verlangen jederzeit offen legen.

Minderheit II

(Baumann Stephanie, Gross Jost, Hubmann, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rossini)

Àbs. 1

Massgebend fur die Hohe der Assistenzentschädigung ist der persönliche Assistenzbedarf in allen Lebensbereichen, wie Selbstsorge, Haushaltsführung und gesellschaftliche Teilhabe. Die monatliche ...

Antrag Graf

Abs. 1

.... erleichtern. Die monatliche Entschädigung beträgt bei hohem Assistenzbedarf 100 Prozent, bei mittlerem Assistenzbedarf 60 Prozent und bei geringem Assistenzbedarf 25 Prozent des Höchstbetrages der Altersrente nach Artikel 34 Absätze 3 und 5 AHVG Die Entschadigung ...

Antrag Suter

Abs. 3

.... in einem Heim. Der Intensivpflegezuschlag beträgt bei einem invaliditätsbedingten Betreuungsaufwand von mindestens 8 Stunden pro Tag 60 Prozent, bei einem solchen von mindestens 6 Stunden pro Tag 40 Prozent und bei einem solchen von mindestens 4 Stunden pro Tag 20 Prozent des Höchstbetrages der Altersrente

Art. 42ter

Proposition de la commission

Majorité

Al. 1

Est déterminant, pour fixer le montant de l'allocation d'assistance, le besoin d'assistance personnel. Tous les ayants droit font l'objet d'un examen des besoins du point de vue tant de la durée que des éléments fonctionnels. L'allocation d'assistance est versée individuellement et doit faciliter les choix dans les domaines centraux de la vie. L'allocation mensuelle se monte ...

Al. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Rejeter la proposition de la minorité I

Minorité I

(Stahl, Borer, Bortoluzzi, Dunant, Fattebert)

Al. 1

Est déterminant pour fixer le montant de l'allocation d'assistance le besoin d'assistance personnel. Ce dernier est fixé sur la base d'un examen du besoin tant du point de vue fonctionnel que de la durée. Sont également soumis à l'examen du besoin les assurés hospitalisés ou séjournant en clinique. L'allocation se calcule par jour et est versée chaque mois.

Le forfait de base est versé à tous les assurés requérant une assistance personnelle au sens de l'article 42 alinéa 1er. Il se monte, en cas de besoin d'assistance étendu, à 80 pour cent, en cas de besoin moyen, à 50 pour cent, et en cas de besoin limité, à 20 pour cent du montant minimum de la rente de vieillesse simple.

AI. 3

Les assurés qui ne séjournent pas dans un home ont droit au budget individualisé. Celui-ci est versé aux assurés en fonction du besoin personnel d'assistance résultant de l'examen de leurs besoins. Il s'élève au maximum à dix fois le forfait de base. Les prestations versées par d'autres assurances sociales et celles des pouvoirs publics sont imputées. Al. 4

Les assurés participent aux frais dans la limite de leur situation économique. Ils doivent pouvoir à tout moment, sur demande, présenter à l'assurance les dépenses effectuées.

Minorité II

(Baumann Stephanie, Gross Jost, Hubmann, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rossini)

Al. 1

Est déterminant, pour fixer le montant de l'allocation d'assistance, le besoin d'assistance dans tous les domaines de la vie, comme les soins personnels, le ménage et la vie sociale. L'allocation mensuelle se monte

Proposition Graf

Al. 1

.... de la vie. L'allocation mensuelle se monte, en cas de besoin d'assistance étendu, à 100 pour cent du montant maximum de la rente de vieillesse prévu à l'article 34 alinéas 3 et 5 LAVS; elle se monte, en cas de besoin d'assistance moyen, à 60 pour cent de ce montant et à 25 pour cent du même montant en cas de besoin d'assistance limité. L'allocation



Proposition Suter

Al. 3

.... dans un home. Le montant mensuel du supplément s'élève, lorsque le besoin en soins dû à l'invalidité est de 8 heures par jour au moins, à 60 pour cent du montant maximum de la rente vieillesse au sens de l'article 34 alinéas 3 et 5 LAVS, lorsque ce besoin est de 6 heures par jour au moins, à 40 pour cent du montant maximum de la rente vieillesse, et à 20 pour cent du même montant ...

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Im Namen der Kommissionsminderheit I bei Artikel 42 bitte Ich Sie, die Assistenzentschädigung bei dieser Revision dort einzusetzen, wo wir heute bereits Leistungen haben, das heisst anstelle der Hilflosenentschädigung, anstelle der Pflegebeiträge für hilflose Minderjährige und anstelle des Hauspflegebeitrages.

Wir unterstützen das Ziel, dass die behinderten Menschen so selbstständig wie möglich ihr Leben gestalten können. Wir wenden uns aber gegen eine Ausweitung auf den vorgeschlagenen neuen Bereich 3 der zuhause lebenden, psychisch und leicht geistig behinderten Erwachsenen – weil damit Ungerechtigkeiten geschaffen werden; weil eine solche lebenspraktische Begleitung zwar in Einzelfällen richtig sein kann, aber das prioritäre Ziel der IV, Eingliederung vor Rente, nicht erfüllt; weil die finanziellen Konsequenzen unabsehbar sind und vor allem weil damit bereits bestehende Hilfen konkurrenziert oder überflüssig gemacht werden.

Die vorgeschlagene lebenspraktische Begleitung geht bei weitem über den Kreis der heute anspruchsberechtigten Personen hinaus. Es gibt heute Rentenleistungen, wenn der Assistenzbedarf durch einen Gesundheitsschaden bedingt ist und/oder wenn jemand aus physischen oder psychischen Gründen die alltäglichen Lebensverrichtungen nicht aus eigenen Kraften bewaltigen kann. Die Gerichtspraxis ergibt eine genaue Aufzählung der zentralen Funktionen, deren Fehlen eine Leistung auslösen kann, und zwar einzeln, nicht kumulativ Es sind dies An- und Auskleiden, Aufstehen, Abliegen, Nahrungsaufnahme, Körperpflege, Toilette, Fortbewegung, aber auch Kontaktaufnahme mit der Umwelt

Diese Voraussetzungen werden nun ergänzt. Es heisst im Antrag der Mehrheit. «Ein Bedarf an persönlicher Assistenz liegt ebenfalls vor, wenn eine Person dauernd auf lebenspraktische Begleitung angewiesen ist.» Was da genau ergänzt wird, ist ungewiss. Es ist uns gesagt worden, dass das Gegenstand der entsprechenden Verordnung sei. Trotz der noch vagen Vorstellungen konnte die Verwaltung diesen Bereich jedoch genau mit 56 Millionen Franken budgeteren.

Das wirft grosse Fragen auf und erinnert uns an die Budgetierung der Spitex- oder Pflegebeiträge in der Botschaft zum

Es werden mit dieser Ausweitung aber auch Ungerechtigkeiten geschaffen – Ungerechtigkeiten gegenüber den Menschen mit gleichen psychischen oder geistigen Symptomen im AHV-Alter, etwa gegenüber den vielen Alzheimer-Patienten. Wer vor dem Erreichen des Rentenalters eine Assistenzentschädigung für psychische und leichte geistige Leiden erhält, wird denselben Betrag auch weiter beziehen können, während altersdemente Patienten beim selben Krankheitsgrad keine oder viel geringere Leistungen erhalten.

Es gibt aber auch Ungerechtigkeiten gegenüber den schwerstbehinderten Menschen, wie wir sie bei Guido Zach in Nottwil angetroffen haben. Dort führen alle Therapien gezielt dazu, dass die Betroffenen so wenig Dritthilfe wie möglich beanspruchen müssen. Statt Pflege rund um die Uhr braucht es dann nur noch Pflege für etwa fünf oder sechs Stunden. Die Assistenzentschädigung ist eine einheitliche Leistungskategorie, und somit wird die Intensivpflegestunde gleich abgegolten wie die lebenspraktische Begleitung für den Gang zum Steueramt oder zum Arzt.

Ausserdem gibt es Ungerechtigkeiten gegenüber den unzähligen freiwilligen Helferinnen und Helfern, die sich über gemeinnützige Institutionen in den Gemeinden, Kirchgemeinden und Nachbarschaften für solch lebenspraktische Begleitungen und für die Teilhabe Kranker, Behinderter und

Betagter am Leben in der Gemeinschaft einsetzen. Es ist auch eine Selbstverständlichkeit, dass man sich innerhalb der Familie gegenseitig unterstützt. Die gegenseitige mitmenschliche Verantwortung, der Dienst am Mitmenschen, darf nicht einfach formuliert und an den Staat bzw. an die Sozialversicherung delegiert werden.

Dieser neue Leistungsanspruch der lebenspraktischen Begleitung steht doch auch in Konkurrenz zur staatlichen Sozialhilfe. Dort haben wir konkret den Auftrag, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, zusammen mit den Sozialarbeitern, mit der Amtsvormundschaft, der Caritas, der Pro Infirmis und der Pro Senectute. Wiedereingliederung vor Rente, das ist der Grundsatz unserer IV. Die lebenspraktische Begleitung geht uns im Vergleich mit diesem Ziel zu weit, vor allem auch deshalb, weil in dieser Revision die bisherigen Leistungen finanziell gesichert und nur stossende Lücken geschlossen werden sollen. Ergänzungen, die in Bezug auf Ansprüche wie Kosten nicht genau absehbar sind, haben hier noch keinen Platz. Der Spielraum für einen Ausbau ist klein, hat Marc Suter heute Morgen in seinem Eintretensvotum gesagt; er hat angefuhrt, dass viele Wünsche von Behindertenkreisen halt noch nicht realisiert werden können.

Demzufolge bitte ich Sie, hier die Minderheit I zu unterstutzen und auf die Ergänzung mit der lebenspraktischen Begleitung zu verzichten.

Stahl Jürg (V, ZH): Die Einführung der Assistenzentschädigung ist eines der Hauptziele der vierten IV-Revision. Auch ich befürworte die Assistenzentschädigung. Ich bin überzeugt, dass mit einer intelligenten, auf Individualität aufgebauten Lösung einem lang ersehnten Bedürfnis entsprochen werden kann. Die vom Bundesrat nun vorgeschlagene Lösung, die von der Kommission wesentlich verbessert worden ist, beurteile ich aber nach wie vor als unbefriedigend. Es ist eigentlich in der Konsequenz keine wirklich echte, innovative und zukunftsorientierte Lösung.

Aus dieser Überzeugung und mit der Absicht, Hand zu bieten, habe ich in der Kommission zugegebenermassen kurzfristig einen Antrag als Gesamtpaket eingereicht. Meine Anträge zu Artikel 42 Absatz 2 und zu Artikel 42ter Absätze 1 bis 4 entsprechen einer Versicherungslösung für die Betroffenen. Basis dafür ist auf der einen Seite eine Grundpauschale, welche in der Höhe der heutigen Hilflosenentschädigung entspricht, und auf der anderen Seite - und das ist neu oder eben anders an diesem System - ein personenbezogenes Budget, welches gegen oben begrenzt ist. Beides beruht - und das ist ein wesentlicher Punkt, dem die Kommission auch zustimmen konnte - auf einer einheitlichen Bedarfsabklärung. Im Vorfeld dieser IV-Debatte hat mein Vorschlag nun offenbar für einige Unruhe gesorgt. Vielleicht nicht nur, weil er kurzfristig kam, sondern vielleicht gerade deshalb, weil mein Antrag den Menschen in den Vordergrund stellt und nicht die Struktur oder den Apparat. Ich mochte Ihnen deshalb die Vorteile meiner Losung darlegen und versuchen, die vorhandenen Vorurteile und Ängste abzubauen.

Wenn Sie meinem Antrag zustimmen, dann tun Sie drei wesentliche Dinge:

- 1. Sie ermöglichen eine Rechts- und Chancengleichheit Das heisst, Sie räumen Ungerechtigkeiten aus, die bisher vorhanden waren, aber auch solche, die mit der bundesrätlichen Fassung weiterhin bestehen bleiben. Das heisst, unabhängig vom Schweregrad der Behinderung, von Alter, von Behinderungsart, aber auch vom Aufenthaltsort sind behinderte Menschen vor der IV gleich.
- Sie sagen Ja zu einer flexiblen, einer individuellen Versicherungslösung, welche vom Giesskannenprinzip wegkommt.
- 3. Sie ermöglichen den behinderten Menschen die Wahlfreiheit. In der Eintretensdebatte wurde praktisch von jedem Fraktionssprecher auf diese Wahlfreiheit, auf diese Selbstbestimmung hingewiesen. Wenn Sie meinem Antrag zustimmen, können Sie einen wesentlichen Beitrag zu dieser Wahlfreiheit leisten. Wir geben somit behinderten Menschen



die Freiheit, zu Hause zu leben oder sich in einer Institution pflegen zu lassen oder aufzuhalten. Es geht mir also nicht darum - das ist wesentlich -, die Institutionen und den Aufenthalt zu Hause gegeneinander auszuspielen, sondern darum, die Wohlfreiheit zu ermöglichen.

Mit der Annahme dieses Antrages fördern Sie nicht nur die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung, sondern Sie schaffen dadurch auch Anreize, um Erwerbstätigkeit zu erlangen oder beizubehalten. Es ist nicht meine Absicht - das möchte ich betonen -, mit diesem Antrag aufgrund der Absatze 3 und 4 eine Hintertür für eine Sparubung zu offnen, sondern es ist meine tiefste Überzeugung, damit etwas zu schaffen, was der Individualität und so den behinderten Menschen entspricht. Es geht auch nicht darum, behinderte Menschen ins Existenzminimum zu drücken Ich will jedoch, dass die vorhandenen Mittel dort eingesetzt werden, wo sie Wirkung zeigen konnen.

Mit der Zustimmung zu diesem Antrag erlauben Sie, dass der Zweitrat, der Ständerat, nochmals ausführlich, intensiv über diese Assistenzentschädigung und ihre Alternativen sowie über die Formulierung diskutieren kann. Wenn Sie Mut brauchen, um einen Systemwechsel herbeizuführen, dann wunsche ich Ihnen diesen Mut, über den Schatten zu springen. Aber tun Sie es bitte nicht, weil Sie mutig sein wollen, sondern tun Sie es, weil Sie so den behinderten Menschen eine gute Lösung anbieten konnen. Denn dieser Antrag gibt ıhnen Gewähr für Selbstbestimmung und eigenverantwortliche Lebensgestaltung - das versichere ich Ihnen - und für eine effiziente Verwendung der von der Bevolkerung solidarisch geleisteten Gelder.

Erlauben Sie mir noch einen persönlichen Hinweis: Sie haben heute eine Übersicht erhalten, die offensichtlich vom BSV verteilt wurde. Die Kommission hatte eine ähnliche Aufstellung ohne meinen Antrag bereits vorliegen. Ich bedaure, dass sich auf diesem Blatt offensichtlich zwei bis drei Fehler eingeschlichen haben. Insbesondere mochte ich darauf hinweisen, dass der Zuschlag fur Minderjährige wohl in meinem Antrag nicht mehr vorhanden ist, dass minderjährige Personen, das heisst Kinder, von der Grundpauschale und vom personenbezogenen Budget aber genauso profitieren konnen. Sich auf dieses Papier abzustützen ist zu vage Ich bedaure, dass die Spitze des BSV einmal mehr mit einer solchen Taktık versucht hat, einen Antrag zu «bodigen»

Nochmals meine Bitte an Sie: Unterstützen Sie diesen Systemwechsel, seien Sie mutig, und stimmen Sie meinem Ántrag zu

Suter Marc F. (R, BE): Herr Stahl, Sie haben ausgeführt, dass Kinder, die pflege- und betreuungsbedürftig sind, auch einen Anspruch haben In diesem Zusammenhang möchte ich Sie zur Klärung Ihres Antrages fragen, wie Sie sich nicht nur bei den Kindern, aber auch dort - die Anrechnung der weiteren Leistungen der öffentlichen Hand, wie Sie schreiben, aber auch des Selbstbehaltes gemass Absatz 4 vorstellen? Die Eigenbeiträge der betroffenen Familien und die Drittleistungen der öffentlichen Gemeinwesen, was verstehen Sie darunter, und in welcher Art würde das angerechnet, und wo wurde dies nachher konkret festgelegt?

Stahl Jürg (V, ZH): Herr Suter, es ist nicht meine Absicht, hier eine Bremse einzubauen, damit die Kosten nicht ausufern. Meine Anträge lehnen sich an Verordnungen und Gesetze an, insbesondere ans KVG bei Absatz 4. Dort geht es darum, dass die betroffenen Versicherten eben auch einen Beitrag leisten. Wie das genau angerechnet wird, müsste in der Verordnung noch definiert werden. Aber wenn wir von Selbstbestimmung sprechen, geht es darum, dass diese Personen auch Anspruch darauf haben, einen eigenen Beitrag leisten zu können.

Fasel Hugo (G, FR): Herr Stahl, Sie haben jetzt eine Prazisierung vorgenommen, die in Ihrem Antrag nicht enthalten war. Auch Kinder sollen in den Genuss dieses auf Personen bezogenen Budgets kommen. Das ist natürlich eine wesentliche Erweiterung, die in Ihrem Antrag so nicht drin steht.

Ich schliesse trotzdem eine Frage an: Kinder werden ia im Normalfall - und ich gehe davon aus, dass Sie das nicht andern wollen - zuerst einmal von ihren eigenen Eltern begleitet und assistiert, um beim Begriff zu bleiben. Ihr Antrag sieht aber wiederum nicht vor, dass die Eltern dann für diese Assistenzarbeit Rechnung stellen können. Diesen Punkt schliessen Sie aus. Das heisst, dass die Kinder Drittpersonen überantwortet werden müssten und nicht von ihren eigenen Eltern betreut werden könnten.

Stahl Jürg (V, ZH): Herr Kollege Fasel, ich bin Ihnen dankbar für diese Frage. Es war nicht meine Absicht, mit diesem Antrag genau diese Situation herbeizuführen. Wahrscheinlich hat das Missverständnis seinen Ursprung darin, dass der Antrag kurzfristig eingereicht und zu wenig diskutiert wurde, sodass wir diese Situation nicht besprechen konnten. Es geht mir darum, dass Kinder - das fällt auch unter die Selbstbestimmung - möglichst lange zu Hause betreut werden können. Wenn eine Mutter oder ein Vater das Kind betreut, soll sie oder er nicht ins Existenzminimum abgedrängt werden, um erst dann in den Genuss einer Assistenzentschädigung kommen zu dürfen, sondern das soll eben auf Verordnungsstufe sauber getrennt gelöst werden Etwas anderes war niemals meine Absicht.

Baumann Stephanie (S, BE): Der Antrag der Minderheit II zu Artikel 42ter fügt eine Ergänzung zum ersten Satz im Antrag der Kommissionsmehrheit ein und präzisiert, was unter den «persönlichen Assistenzbedarf» fällt.

Aus der bisherigen Hilflosenentschädigung kennen wir bereits die Bereiche, die unter dem Begriff «Selbstsorge» zusammengefasst werden können: Es geht um allgemeine Lebensverrichtungen wie Ankleiden, Auskleiden, Essen und Körperpflege. Es gibt aber noch weitere Bereiche, in welchen eine behinderte Person Hilfe benötigt, wenn sie daheim und nicht im Heim leben möchte. Dazu gehört z. B. die Haushaltfuhrung, auch das Einkaufen wäre eine solche Tätigkeit, der Kontakt zur Aussenwelt, die sozialen Kontakte, eben das Teilhaben an der Gesellschaft.

Wir haben bisher in der ganzen Diskussion über die Assistenzentschädigung immer wieder davon gesprochen, dass es eben um mehr geht als nur um Körperpflege, wenn wir den Behinderten eine tatsächliche Wahlfreiheit zwischen Heim und selbstständigem Wohnen und Leben ermöglichen und verschiedene Arten von Behinderungen einbeziehen wollen. Deshalb haben wir - sowohl der Bundesrat wie auch die Kommission - in Artikel 42 Absatz 2 den Begriff «lebenspraktische Begleitung» eingeführt, den Frau Egerszegi jetzt wieder streichen will.

Im Antrag der Minderheit wird nun aber etwas praziser formuliert, was unter dem Assistenzbedarf verstanden werden kann. Es handelt sich tatsächlich nur um eine Ergänzung im ersten Satz der Kommissionsformulierung. Der Rest des Artikels, und überhaupt der Rest des ganzen Konzeptes der Kommissionsmehrheit, bleibt unverändert.

Deshalb können Sie auch beim Fragezeichen, das auf der von der Verwaltung erhaltenen Zusammenstellung in der Kolonne des Antrages aufgeführt ist, einfach «wie Kommissionsmehrheit» einsetzen.

Ich bitte Sie, dieser Prazisierung des ersten Satzes von Artikel 42ter gemäss Minderheit II zuzustimmen.

Graf Maya (G, BL): Ich schlage Ihnen einen Eventualantrag zur Kommissionsmehrheit in Bezug auf Artikel 42ter Absatz 1 vor. Mein Antrag bezweckt, dass die Assistenzentschädigung im Unterschied zum Mehrheitsvorschlag nicht nur um den Faktor 2, sondern um den Faktor 2,5 erhöht wird. Ich schlage Ihnen also vor, die Assistenzentschädigung bei hohem Bedarf von 80 auf 100 Prozent, bei mittlerem Bedarf von 50 auf 60 Prozent und bei geringem Bedarf von 20 auf 25 Prozent des Höchstbetrages der Altersrente zu erhohen. Diese Erhöhung - es ist mir wichtig, dies zu sagen - soll, wie beim Antrag der Mehrheit, ebenfalls für Menschen mit einer leichten geistigen oder psychischen Behinderung gelten. Dies heisst konkret, dass die Assistenzentschädigung für Menschen, die selbstständig wohnen möchten, bei hohem Bedarf 2060 Franken, bei mittlerem Bedarf 1236 Franken und bei niedrigem Bedarf 515 Franken pro Monat betragen würde.

Warum schlage ich das vor? Die Assistenzentschädigung soll im Versicherungsprinzip geregelt sein und den Menschen mit einer Behinderung eine echte Wahlfreiheit zwischen dem selbstständigen Wohnen und dem Wohnen in einer für sie eingerichteten Institution ermöglichen. Darum sollen hier auch die Ansätze erhöht werden. Denn obwohl als Ersatz für die bisherige Hilflosenentschädigung, für den Pflegebeitrag für Minderjährige und für die Entschädigung für Hauspflege nun diese einheitliche, substanziell etwas höhere Assistenzentschädigung eingeführt worden ist, reicht der Betrag nicht aus.

Das Postulat der Menschen mit einer Behinderung und ihrer Organisationen war immer, dass mindestens der Faktor 2.5 für eine echte Assistenzentschädigung notwendig sei. Wohl wird etlichen Betroffenen bereits die Verdoppelung der heutigen Hilflosenentschädigung die Lebensführung ausserhalb von Heimstrukturen erheblich erleichtern. Dies insbesondere dann, wenn sie in der Lage sind, zusätzlich zu bezahlter Assistenz die Familie bzw. den Freundeskreis zur Hilfe heranzuziehen Eine durchgreifende positive Wirkung für Menschen mit einer schweren körperlichen Behinderung ist aber damit nicht zu erzielen. Dafür braucht es zum Mindesten den vorgeschlagenen Faktor 2,5. Denn unser Ziel muss sein, dass nicht noch viele neue Institutionen gebaut werden, sondern dass viele neue Wohnformen und Wohnmöglichkeiten im privaten Rahmen - z. B. auch Wohngemeinschaften zu Hause - entstehen und vor allem dass Menschen mit einer Behinderung selbst wählen können, wie sie wohnen wollen. Das ist das Normalitätsprinzip, das ist die Gleichstellung, und das ist auch das Versicherungsprinzip, das wir hier in

Ich bitte Sie, dem vorliegenden Antrag als Eventualantrag zur Mehrheit zuzustimmen.

Ich mochte im Weiteren sagen, dass die grüne Fraktion auch den Antrag Suter, den wir nachher hören, unterstützen wird. Er geht in die gleiche Richtung, denn bei der vorliegenden IV-Revision sind diejenigen Eltern mit schwer behinderten Kindern, die sie zu Hause pflegen, zu den Verlierern geworden. Sie erhalten weniger als vorher mit dem maximalen Ansatz von Pflegebeitrag und Hauspflegebeitrag, denn sie haben heute die Assistenzentschädigung, die dem Beitrag der heutigen Hilflosenentschädigung entspricht. Sie können sich keine behinderungsbedingten Mehrkosten über die Ergänzungsleistungen holen.

Wir mochten Sie also bitten, neben meinem Antrag auch dem Antrag Suter zuzustimmen und wirklich zu einer besseren Situation von behinderten Menschen, die zu Hause leben, beizutragen. Es ware auch eine Möglichkeit für die SVP-Fraktion, wenn der Antrag Stahl nicht durchkommen sollte, wirklich zu zeigen, dass sie daran interessiert ist, die Wohnsituation für behinderte Menschen wirklich zu verbessern

Suter Marc F. (R, BE): Es ist etwas verwirrlich mit all diesen Anträgen zur Assistenzentschädigung. Ich komme jetzt auch noch mit einem Antrag. Ich hätte diesen eigentlich in der Kommission stellen müssen. Nun muss ich Ihnen eingestehen – ich glaube, es ging den anderen Mitgliedern der Kommission gleich –: Wir waren uns dessen nicht bewusst, dass bei Artikel 42ter Absatz 3 der Vorlage ein Problem besteht. Ich bin bei der Vorbereitung auf die Plenumsdebatte darauf hingewiesen worden.

Worum geht es? Artikel 42ter Absatz 3 regelt den so genannten Intensivpflegezuschuss für minderjährige pflegebedurftige Kinder. Ich ging davon aus – ich nehme an, das gilt auch für die anderen Kommissionsmitglieder –, dass die Neuregelung unter dem Dach der Assistenzentschädigung im Vergleich zum heutigen Zustand grosso modo zu gleichen finanziellen Leistungen führen würde Wenn man nun aber berechnet, was die Eltern heute an Pflegebeiträgen bekommen, und das dem gegenüberstellt, was neu geleistet werden soll, dann stellt man fest, dass das neue Recht in diesem Bereich einen Leistungsabbau herbeiführt. Das finde ich ungerecht. Es kann nicht sein, dass ausgerechnet Eltern, die pflegebedürftige Kinder aufziehen und ihr Bestes geben, nun nach dieser 4. IVG-Revision finanziell schlechter wegkommen sollen als bisher. Ich bitte Sie also, dieser sehr speziellen Gruppe, die man eigentlich ermutigen und nicht noch irgendwo ins Hintertreffen bringen sollte, hier nicht ein Sonderopfer zuzumuten.

Wenn ich die Situation kurz erklären darf. Heute hat man Anspruch auf Pflegebeiträge für Kinder. Es gibt drei Stufen. Man hat in diesen Fällen aber zusätzlich die Hauspflegebeiträge zugute. Die werden in vier Stufen zugeordnet. In ganz schweren Pflegefällen gibt es heute einen Betrag von – ich bin nicht sehr stark im Rechnen, also habe ich mir das ausrechnen lassen - 2864 Franken im Monat. Nach Artikel 42ter gemäss Entwurf gibt es nur noch 2535 Franken im Maximum, also 330 Franken weniger im Monat. Das ist bei diesen Verhaltnissen kein Pappenstiel. Ich kann Ihnen auch die Zahlen für die nächsten Stufen durchgeben. Was mir aber wichtig scheint: Die Prozentzahlen, die ich angehoben habe. führen dazu, dass der heutige Besitzstand gewahrt wird. Mit einem Vorbehalt. Wir haben früher vier Kategorien gehabt, jetzt haben wir nur noch drei. Da habe ich den Mittelwert genommen, d. h., dass bei einem Betreuungsaufwand von 6 Stunden pro Tag der Prozentsatz auf 40 Prozent festgelegt

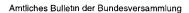
Das hat pro Monat eine Zahlung von rund 1800 Franken zur Folge. Entsprechend habe ich auch den Prozentsatz von jetzt 15 Prozent bei der leichten Pflegestufe auf 20 Prozent angehoben. Es gibt dann dort etwas mehr, nämlich rund 70 Franken mehr als heute, weshalb dieser Besitzstand im untersten Segment geringfügig verbessert wird.

Zusammenfassend bitte ich Sie, hier für die Eltern mit pflegebedürftigen und schwer invaliden Kindern keinen Leistungsabbau vorzusehen, sondern den Status quo finanziell beizubehalten. Ich denke, da treffen wir uns auch mit dem Antrag von Herrn Stahl. Er möchte, dass Kinder, auch schwerst pflegeabhängige, weiterhin zu Hause bleiben können. Das braucht einen finanziellen Zustupf, der jetzt nach dieser Revision nicht geringer sein darf als nach bisherigem Recht.

Heberlein Trix (R, ZH). Wir behandeln nun praktisch in einem Aufwisch – möchte ich beinahe sagen – die beiden entscheidenden Artikel dieser Gesetzgebung; es handelt sich auch um zwei ganz verschiedene Sachen. Ich möchte Sie bitten, dass Sie mit der Redezeit nicht allzu streng sind. Ich werde mich zu Artikel 42 Absatz 2 äussern, Herr Suter wird sich nachher zu Artikel 42ter äussern.

In diesem Artikel 42 wird – das habe ich erwähnt – die entscheidende Weichenstellung für die Neuausrichtung der Invalidenversicherung vorgenommen, nämlich die Abkehr von der Hilflosenentschädigung und die Einführung der Assistenzentschädigung. Diese soll auch Pflegebeiträge an Minderjährige ersetzen, ebenso die Beiträge an die Hauspflege. Neue Leistungen, neue Gesetzesdefinitionen lassen immer einen Spielraum für Ansprüche, für Interpretationen oder Gerichtsentscheide offen. Aus diesem Grund müssen wir uns als Gesetzgeber einer klaren Sprache bedienen.

Die Einführung des persönlichen Assistenzbedarfs im Zusammenhang mit dem Anspruch auf lebenspraktische Begleitung auch im Falle leichter psychischer Behinderung hat neue Leistungen zur Folge und verursacht damit auch neue Kosten. Heute haben psychisch Behinderte zwar einen Anspruch auf Hilflosenentschädigung, doch sind die Anspruchsvoraussetzungen sehr eng formuliert. Die Abgrenzung zwischen psychischer und geistiger Behinderung ist in der Praxis schwierig durchzuführen, und die Grenzen sind oft fliessend. Umso mehr müssen die Leistungsausdehnungen in Absatz 2 klar umschrieben werden. Auch so sind die Mehrkosten kaum bezifferbar; Sie haben es gehört, es wird





von 56 Millionen Franken gesprochen. Woher diese Berechnungen stammen, war fur uns nicht klar nachvollziehbar.

Es ist Frau Bundesrätin Dreifuss hoch anzurechnen, dass sie sich zusammen mit der Verwaltung bemüht hat, die Anspruchsberechtigung für persönliche Assistenz und lebenspraktische Begleitung bei geistiger Behinderung an den Anspruch einer Viertelsrente zu knüpfen und damit unseren Bedenken entgegenzukommen.

Die FDP-Fraktion unterstützt den Wechsel zur Assistenzentschädigung vollumfänglich; wir haben uns auch immer so geäussert. Wir verlangen jedoch mit der Minderheit I (Egerszegi) die Notwendigkeit dauernder Hilfe Dritter oder der persönlichen Überwachung und lehnen die Ausdehnung auf die lebenspraktische Begleitung in diesem Bereich ab. Für uns ist dieser Begriff zu sehr interpretationsbedürftig. Er reicht von Botengängen und Gesprachen bis zu Aufgaben, welche heute von Sozialbehörden, von Nachbarn, von Betreuungspersonen – vor allem auch von Freiwilligen in der Gemeinde – erfüllt werden, wie beispielsweise Steuererklärungen ausfüllen, Postcheckkonto nachführen usw. Ganz selbstverständlich kann die Abgrenzung nicht genau erfolgen.

Welches sind die objektivierbaren Kriterien für die lebenspraktische Begleitung? Wie gross ist die Notwendigkeit, und wo sind die Grenzen? Diese neuen, vom Gericht erst einmal zu interpretierenden Leistungen konnen nicht einfach in einer Verordnung formuliert werden. Die Anknupfung an eine Viertelsrente kann – dies befürchten wir – in vielen Fällen zur Zusprechung einer solchen Rente führen, also zur Invalidisierung statt zum Ziel des Gesetzes: Eingliederung vor Rente. Auch dient die lebenspraktische Begleitung nicht der Eingliederung in den Arbeitsmarkt und widerspricht der Zielsetzung der Gesetzesrevision. Das ist die finanzielle Konsolidierung der IV und nicht primär die Leistungsausdehnung. In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, dem Antrag der Minderheit I (Egerszegi) zuzustimmen. Marc Suter wird sich nun zum Antrag der Minderheit II (Stahl) zu Artikel 42 Absatz 2 äussern.

Suter Marc F. (R, BE): In unserer Fraktion ist der Antrag der Minderheit II (Stahl) auf einige Sympathie gestossen. Wir haben abgewogen, ob das System, wie es die Kommissionsmehrheit beantragt, oder das System Stahl grossere Vorteile bietet. Wir attestieren Herrn Stahl, dass er einen neuen Ansatz wählt, den Versuch macht, dass im Einzelfall festgestellt wird, welches der Pflegebedarf ist, und dann entsprechend die Leistungen zugemessen werden. Allerdings hat dieser Systemwechsel, wie er hier dann konkret ausgestaltet wird, einige Pferdefüsse. Das wäre aber noch kein Grund, um diesem Konzept nicht zu folgen, weil man ja Ungereimtheiten im Rahmen der Zweitberatung durch den Standerat noch ausräumen könnte.

Wir fürchten einfach, Herr Stahl, dass das Boot überladen wird und dann versinkt, weil wir mit Ihrem Vorschlag gleich zwei Systemwechsel vornehmen müssen. Der eine ist der Systemwechsel von der Hilflosenentschädigung zur Assistenzentschädigung, ergänzt durch die Lösung zu den Ergänzungsleistungen. Das war ein einstimmiger Beschluss der Kommission, mit welchem man den schweren Pflegefällen entgegenkommt. Wir denken, dass man jetzt nicht alles andern kann, sondern mit den bewährten Instrumenten und im gegebenen Gesetzesrahmen - IVG und ELG - fahren soll Das heisst, das Versicherungsprinzip gilt für die Zumessung der Assistenzentschädigung in den drei Stufen in der IV; ausserdem wird dann individuell der Pflegebedarf abgeklärt, und entsprechend werden die Mittel zugemessen und uber die Ergänzungsleistungen zusätzlich zur Assistenzentschädigung als Pflegezuschuss ausgerichtet.

Nun werden Sie einwenden, Ergänzungsleistungen seien nicht Versicherungsleistungen. Das stimmt, aber auf die Ergänzungsleistungen hat man einen Rechtsanspruch. Es sind keine Fürsorgeleistungen. Wir denken auch, dass die allermeisten Falle mit hohem Pflegebedarf über diese EL-Lösung abgedeckt werden und so in den Genuss von genü-

gend Mitteln kommen, um inskunftig zu Hause zu leben. Da treffen wir uns ja wieder mit Herrn Stahl in der Überlegung, dass jede selbstbestimmte Lebensfuhrung im familiären Umfeld oder in einer Wohngemeinschaft an sich einer stationären Unterbringung in einem Heim vorzuziehen ist.

Die Richtung stimmt. Man muss alles daransetzen, dass nicht nur die Kinder, sondern auch die erwachsenen Pflegefälle möglichst in ihrem angestammten Umfeld weiterleben konnen. Das kostet nicht mehr Geld. Wenn man richtig rechnet und eine Vollkostenrechnung macht, dann weiss man, dass die stationäre Unterbringung teurer ist als die Pflege zu Hause. Wir möchten und wünschen uns, dass diese eigenständige Lebensführung zu Hause vermehrt moglich wird. Wir denken, dass das mit dem Konzept der Kommissionsmehrheit machbar ist

Zäch Guido (C, AG): Im Namen der CVP-Fraktion bitte ich Sie, der Mehrheit der Kommission zuzustimmen und bei Artikel 42ter beide Minderheitsanträge abzulehnen.

Die Minderheit I will eine langwierige, kostenintensive und unnötige Bedarfsabklärung einführen. Es kann nicht im Sinne der erwünschten Konsolidierung sein, weitere bürokratische Instrumente zu schaffen. Es ist weder sinnvoll, noch entspricht es unserer Vorstellung über die Gleichstellung behinderter Menschen. Die IV ist eine Versicherung, und was darüber hinausgeht, wird mit der nun von der Minderheit I (Stahl) geforderten Bedarfsabklärung bei den Ergänzungsleistungen durchgeführt. Zudem reduziert die Minderheit I die Assistenzentschädigung entscheidend, indem bei der Berechnung von der AHV-Mindestrente statt von der AHV-Höchstrente ausgegangen wird. Die Minderheit I will ein bürokratisches Almoseninstitut, was nicht im Sinne der Behinderten sein kann. Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit I abzulehnen

Die Minderheit II (Baumann Stephanie) will die Lebensbereiche einzeln aufzählen. Mit solchen Aufzählungen ist es immer ähnlich: Es ist zwar möglich, aufzuzeigen, was unter personlichem Assistenzbedarf gemeint ist, das bringt aber immer auch die Gefahr einer juristischen Verwirrung. Gerade wenn es um konkrete Fälle geht, wird man schnell einen Menschen finden, dessen Assistenzbedarf eben nicht in dieser Liste vorkommt Was dann? Die Kommission hat den Antrag der Minderheit II abgelehnt.

Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit II ebenfalls abzulehnen. Die CVP unterstützt demnach klar die Mehrheit der Kommission.

Dormann Rosmarie (C, LU): Es war vor drei Jahren, am Ende des zweiten Jahrtausends, als wir hier in diesem Saal anerkannt haben, dass der Mensch nicht nur aus Körper und Geist besteht, sondern auch eine Seele hat. Das war eine sehr zähe Errungenschaft, aber eine sehr wichtige. Daraus ist nämlich, in Artikel 8 Absatz 2 der Bundesverfassung, das Diskriminierungsverbot geworden: Artikel 8 Absatz 2 schreibt vor, dass kein Mensch wegen einer geistigen, körperlichen oder psychischen Behinderung diskriminiert werden darf

Nun mochte die Minderheit I (Egerszegi) in der IV-Revision bei Artikel 42 den psychisch behinderten und den leicht geistig behinderten Rentenbezügern und Rentenbezugerinnen die Assistenzentschädigung vorenthalten, obwohl sie bis anhin zum Teil Anspruch hatten auf eine Hilflosenentschädigung. Das heisst, wer wegen einer schweren chronischen Depression eine IV-Rente bezieht, ist zwar auf eine gewisse Betreuung angewiesen, würde aber nach Meinung der Minderheit I zur Entgeltung dieser Leistung keine Assistenzentschädigung erhalten. Die Ehefrau eines schwer depressiv erkrankten Mannes muss zum Beispiel besorgt sein, dass sich der Mann morgens aus dem Bett bewegt und vielleicht einmal pro Tag das Haus verlässt; sie wird ihn auf dem Spaziergang begleiten müssen; sie wird ihn unter Umständen zur Korperpflege anhalten müssen; sie wird versuchen, mit ihm zu kommunizieren, was eine hochst anspruchsvolle Aufgabe ist. Aber sie hatte, nach Meinung der Minderheit I,



kaum Anspruch auf eine Assistenzentschädigung, weil ihr Mann «nur» so genannt psychisch behindert ist.

Ich denke, das grenzt an Diskriminierung. Das wollen wir nicht. Die CVP-Fraktion möchte die geistig, körperlich und psychisch Behinderten gleich behandeln und stimmt deshalb geschlossen der Mehrheit der Kommission zu.

Fasel Hugo (G, FR): Wir wollen bei der Assistenzentschädigung nicht noch einmal die Kommissionsdebatte wiederholen. Deshalb versuche ich, mein Votum kurz zu halten.

1. Die Assistenzentschädigung ersetzt die Hilflosenentschädigung, den Pflegebeitrag für hilflose Minderjährige und den Hauspflegebeitrag. Behinderte sollen nicht nur verwaltet, organisiert und behutet werden, sondern sie haben ein Recht, ihr Leben selbstbewusst und selbstbestimmt zu führen; das fordern sie auch ein. Die Grünen unterstützen deshalb die Einführung der Assistenzentschädigung ohne Wenn und Aber.

2. Zu einer Assistenzentschädigung gehört auch der Einbezug der psychisch Behinderten Veränderungen in der Invalidenversicherung müssen auch den veränderten gesellschaftlichen Situationen Rechnung tragen. Wir wissen, dass in den letzten Jahren die Zahl der psychisch Leidenden signifikant, ja massiv zugenommen hat. Deshalb muss ebenfalls die Integration dieser Personen in die IV stattfinden.

3. Die Höhe der Assistenzentschädigung hat zu langen Diskussionen in der Kommission geführt. Wir haben verschiedene Berechnungen auf dem Tisch gehabt. Wir stellen fest, dass die von der Mehrheit beantragten Lösungen an der absolut untersten Grenze sind. Ich bin froh, dass der Antrag Graf noch eingereicht worden ist, der den heutigen Notwendigkeiten Rechnung tragt. Wir beantragen, dass Sie dem Antrag Graf klar und deutlich zustimmen.

Eine Bemerkung zum Antrag der Minderheit I (Stahl) zu Artikel 42ter: Ich hatte vorher die Möglichkeit, zu diesem Antrag noch einige Erklärungen einzuholen. Wir müssen über ihn so abstimmen, wie er vorliegt. Wir haben jedoch festgestellt, dass er einige Mängel beinhaltet. Deshalb bleibt uns nur der Hinweis, dass wir möchten, dass in einem solchen Konzept auch Kinder berücksichtigt werden. Die sind jetzt so, wie der Antrag hier vorliegt, nicht berücksichtigt. Ich habe in meiner Frage darauf hingewiesen, dass Eltern, die ihre behinderten Kinder pflegen, die Assistenzentschädigung ebenfalls erhalten sollten. Das ist in diesem Antrag auch nicht drin, sodass uns wohl oder übel gar nichts anderes bleibt, als den Antrag der Minderheit I abzulehnen. Wenn er einmal überarbeitet wäre, könnte man im Ständerat noch einmal daruber nachdenken

Zusammengefasst: Die Grünen beantragen Ihnen, den Anträgen Graf und Suter zuzustimmen und in den übrigen Bereichen von Artikel 42 und 42ter der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Hassler Hansjörg (V, GR): Zum Antrag der Minderheit I (Stahl) zu Artikel 42ter wird Herr Bortoluzzi Ausführungen machen. Ich spreche zum Antrag der Minderheit II (Baumann Stephanie) zu Artikel 42ter und zum Minderheitsantrag Gross Jost zu Artikel 42quater.

Die Assistenzentschädigung ist eine neue Leistung der IV. Für den Anfang ist es richtig, dieses Instrument nur für die wichtigsten Lebensbereiche einzuführen. Erst die Erfahrung wird uns zeigen, wie sich die Assistenzentschädigung auch kostenmässig auswirkt. Es ist wichtig, dass wir uns am Anfang nicht auf Experimente einlassen. Darum wäre es mit zu vielen Unsicherheiten verbunden, die Assistenzentschädigung auf alle Lebensbereiche wie Selbstsorge, Haushaltführung und gesellschaftliche Teilhabe auszudehnen. Wir unterstützen die Assistenzentschädigung, aber sie muss kontrolliert und mit einer gewissen Vorsicht eingeführt werden. Darum lehnt die SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit II (Baumann Stephanie) ab. Die gleichen Gründe führen uns auch zur Ablehnung von Pilotversuchen bei der Assistenzentschädigung. Die Assistenzentschädigung ist, wie bereits erwähnt, neu Sie muss noch ganz allgemein erprobt werden. Sie ist in einem gewissen Sınn ja selber noch ein Experiment. Wir dürfen hier das Fuder einfach nicht überladen. Zuerst müssen mit der Assistenzentschädigung ganz allgemein Erfahrungen gesammelt werden, bevor Pilotversuche durchgeführt werden können.

Wir bitten Sie daher, sowohl den Antrag der Minderheit II (Baumann Stephanie) als auch den Antrag der Minderheit Gross Jost abzulehnen.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Mit der Assistenzentschädigung wird ein neues Element in der Invalidenversicherung Einzug halten. Es müsste eigentlich selbstverständlich sein, dass bei einer solchen Aufnahme eine breite Prüfung von Möglichkeiten zugelassen werden sollte. Die Verwaltung und Frau Bundesrätin Dreifuss haben sich unserem Wunsch in der Kommission, Varianten aufzunehmen und Vorschläge zu machen, verweigert. Wir mussten diesem Mangel mit den Anträgen der Minderheit Stahl begegnen; damit besteht eine echte Möglichkeit, einen anderen Weg zu wählen Wenn man in der Sozialpolitik neue Wege zu beschreiten wagt, und das tut man mit der Assistenzentschädigung, dann sollte man sich nicht allzu sehr an den Strukturen der Vergangenheit orientieren. Gefragt sind in erster Linie Lösungen, die sich an den Betroffenen orientieren und auch okonomisch vertretbar sind. Aus dieser Sicht bin ich überzeugt, dass die Antrage der Minderheit Stahl nichts mit Fuder-Überladen zu tun haben, wie Herr Suter gesagt hat, sondern ım Gegenteil: Ich glaube, dass damit längerfristig eine günstigere Variante zur Verfügung steht. Man musste es aber natürlich einmal genau ansehen, und das ist der Mangel an dieser Geschichte.

Es geht nicht darum, mit der Assistenzentschädigung therapeuten- und sozialarbeitergerecht zu handeln und im Interesse von Institutionen zu legiferieren – ich möchte daran erinnern, dass wir in einem Jahr in den Heimen einen Wachstum an Plätzen von etwa 12 Prozent haben. Das ist ja nicht förderungswürdig, meine ich. Die Assistenzentschädigung nach Minderheit Stahl orientiert sich eben am Bedarf der Behinderten mit der Folge, dass die aufzuwendenden Mittel dann in den Heimen reduziert werden müssen Längerfristig dürfte sich diese Art der Leistungsausrichtung auf die Behinderten auch motivierend auswirken; das ist ein Element, das auch nicht zu vernachlässigen ist.

Ich möchte Sie also bitten, der Minderheit Stahl zu folgen. Damit geben Sie dem Ständerat die Möglichkeit, ein gegenüber dem Bundesrat geändertes Konzept einer genauen Prüfung zu unterziehen; das scheint mir sinnvoll zu sein. Ich bitte Sie also namens der SVP-Fraktion, den Antragen der Minderheit Stahl Folge zu geben.

Goll Christine (S, ZH): Die SP-Fraktion hat das Modell der Assistenzentschädigung, wie es uns der Bundesrat vorschlägt, immer unterstützt, immer aber auch kritisiert, dass der Faktor 2, also der doppelte Ansatz der heutigen Hilflosenentschädigung, ungenügend ist – dieselbe Kritik, wie sie im Übrigen auch sämtliche Behindertenorganisationen immer angebracht haben.

Die SP-Fraktion unterstützt das Modell der Mehrheit der Kommission, das bei ungedecktem Assistenzbedarf in Ergänzung zum Entwurf des Bundesrates Ergänzungsleistungen bis zu 90 000 Franken pro Jahr einführt. Diese Lösung befurworten wir jedoch nur unter dem Vorbehalt, dass dieser Bereich der Ergänzungsleistungen nicht, wie im neuen Finanzausgleich vorgesehen, kantonalisiert wird.

Wir unterstützen bei Artikel 42ter zusätzlich die Minderheit II (Baumann Stephanie), die den Antrag der Mehrheit optimiert, indem exemplarisch sämtliche Lebensbereiche aufgezählt werden, in denen eine persönliche Assistenz gewährleistet werden muss.

Die SP-Fraktion unterstützt auch die Einzelantrage Graf und Suter, den Antrag Graf in Bezug auf die Höhe der Assistenzentschädigung – Sie haben hier ausgeführt, dass Sie den Faktor 2,5 vorschlagen, wie ihn auch die Behindertenorganisationen immer wieder gefordert haben –, den Antrag Suter,



weil er eine Erhöhung der Zuschläge für die Intensivpflege

Die SP-Fraktion wird bei Artikel 42 den Antrag der Minderheit I (Egerszegi) ablehnen, weil er, wie der Antrag der Minderheit I (Borer) zu Artikel 29, zur Ungleichbehandlung von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen führt und letztlich auch zu einer Diskriminierung der Menschen mit einem psychischen Leiden.

Die SP-Fraktion lehnt bei Artikel 42 und 42ter ausserdem den Antrag der Minderheit (Stahl) aus fünf inhaltlichen Grün-

- 1. Herr Stahl schliesst die psychisch Behinderten ebenfalls von der Assistenzentschadigung aus. Das finden wir im Antrag, und es wird zusatzlich dadurch entlarvt, dass wir auf der Fahne sehen, dass Herr Stahl, Herr Bortoluzzi und Co. den Antrag der Minderheit I (Egerszegi) zu Artikel 42 mitunterzeichnet haben - den Antrag, der Menschen mit einer psychischen oder leichten geistigen Behinderung benachteiligt und sie ihres Rechtes auf Selbstbestimmung beraubt.
- 2. Die Minderheit (Stahl) will das Bedarfsprinzip in eine Versicherungsleistung einführen. Sie geht von einer Grundpauschale einerseits und einem personenbezogenen Budget andererseits aus. Die Grundpauschale, Herr Stahl, geht nur vom Mindestbetrag der einfachen Altersrente aus und nicht vom Höchstbetrag, wie uns das Bundesrat und Mehrheit der SGK vorschlagen Und es ist auch so, dass die Leistungen gemäss den Formulierungen in Ihrem Minderheitsantrag je nach finanzieller Situation der Behinderten erbracht werden 3. Die Minderheit (Stahl) will das Subsidiaritätsprinzip massıv zulasten des Versicherungsprinzips stärken. Das kommt darin zum Ausdruck, dass finanzielle Eigenleistungen verlangt werden und die Sozialhilfe den Vorrang vor Versicherungsleistungen erhält. Das heisst in der Konsequenz, dass alle Menschen mit einer Behinderung zuerst an die Sozialhilfe verwiesen werden können. Das wird im Antrag zu Artikel 42ter Absatz 3 wortwörtlich so formuliert: «Leistungen anderer Sozialversicherungen und Leistungen der öffentli-
- chen Hand» sprich: Sozialhilfe «werden angerechnet.» 4 In Artikel 42ter Absatz 4 verlangt die Minderheit Stahl eine von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Betroffenen abhangige Beteiligung: «Die Versicherten beteiligen sich im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse an den Kosten.» Das bedeutet nichts anderes, als dass nur diejenigen Behinderten Leistungen erhalten, die unter dem Existenzminimum leben. Davon wären also genau auch Eltern mit behinderten Kindern betroffen, für die zudem kein Zuschlag für Minderjahrige ausgerichtet werden soll, obwohl das Herr Stahl hier in Abrede gestellt hat - aber in Ihrem Antrag steht nichts davon.
- 5. Ebenfalls in Artikel 42ter Absatz 4 fordert die Minderheit Stahl, dass die Versicherten die aufgewendeten Auslagen der Versicherung «auf Verlangen jederzeit offen legen» mussen. Was heisst das, Herr Stahl? Abgesehen davon, dass die Betroffenen mit einer unnotigen Bürokratie belastet werden, ist eine Offenlegung im familiären Netz gar nicht moglich. Denn gerade in der Familie und im sozialen Umfeld werden in zahlreichen Fällen persönliche Assistenzleistungen erbracht

Es gibt aber einen noch gewichtigeren Grund, den Antrag der Minderheit Stahl abzulehnen: In der Kommission haben sie diesen Antrag damit begründet, dass sie ein kostenneutrales Modell wunschen. Die SVP spielt hier ein gefährliches Doppelspiel. Sie qualifiziert sich als Partei der Sozialabbauer - das finden wir auch in Ihrer Antwort zur Vernehmlassung -, gibt aber andererseits vor, sich für Behinderte einzusetzen.

Ein letzter Satz. Wenn Herr Stahl und seine SVP sich tatsächlich für eine verbesserte Situation der betroffenen Menschen einsetzen wollen, dann mussen sie bei Artikel 42ter die Minderheit II (Baumann Stephanie) sowie die Antrage Graf und Suter unterstützen.

Gutzwiller Felix (R, ZH): Frau Goll, wir stimmen in der Beurteilung des Antrages der Minderheit Stahl überein. Das ist positiv. Die Frage wäre folgende: Es hat mich etwas überrascht, dass Sie gesagt haben, die SP-Fraktion würde dieser hart umkämpften, aber ausgeglichenen Vorlage, die ja auch ein Sparziel hat, zustimmen. Gleichzeitig haben Sie bekannt gegeben, dass Sie dem Antrag Graf folgen wollen. Dieser Antrag sieht ganz klar eine Erhöhung um den Faktor 2,5 vor. Wir haben uns in der Kommission auf eine Erhöhung um den Faktor 2 geeinigt. Eine Erhöhung um den Faktor 2,5 bedeutet einen zusätzlichen Betrag in der Grössenordnung von 80 Millionen Franken. Mit den heute schon zusätzlich getätigten Ausgaben wären wir damit jenseits der ungefähr 250 bis 260 Millionen Franken, die längerfristig als Sparbeitrag zu erwarten wären. Sehen Sie da nicht einen gewissen Widerspruch in Bezug auf das ausgewogene Paket der Kommission, das nun Gefahr läuft, durch die Unterstutzung der Erhohung um den Faktor 2,5 eben doch gesprengt zu wer-

Goll Christine (S, ZH): Herr Gutzwiller, es ist tatsächlich so, dass wir den Faktor 2,5 unterstutzen, nicht nur wie ihn Frau Graf beantragt hat, sondern wie das die Behindertenorganisationen in den letzten Monaten immer wieder exemplarisch dargestellt haben. Wir tun dies deshalb, weil die Einführung des neuen Modells einer Assistenzentschädigung nicht irgendein Versicherungsausbau ist, sondern ein Ersatz für Leistungen, die gestrichen werden. Gestrichen werden die Hilflosenentschadigungen, gestrichen werden die Pflegebeiträge für Minderjahrige, gestrichen werden die Beiträge für die Hauspflege, gestrichen werden ausserdem noch die Zusatzrenten, und gestrichen werden auch die Härtefallrenten. Insofern kann nicht von einem Ausbau gesprochen werden, sondern - wenn schon - von einem adäquaten Ersatz für bisher bestehende Leistungen, die durch die Einführung der neuen Assistenzentschädigung wegfallen sollen.

Stahl Jürg (V, ZH): Kollegin Goll, ich kann Sie beruhigen: Ich werde trotz Ihrem Aufruf den Minderheitsanträgen nicht zustimmen, und zwar aus dem einfachen Grund, weil sie eben nicht das System wechseln und nicht in die Richtung zielen, die ich für richtig halte. Sie haben jetzt krampfhaft versucht, mit Argumenten gegen meinen Antrag anzukämpfen, in sieben Punkten. (Zwischenruf Goll: Fünf!)

Ich möchte Sie aber fragen: Gehen Sie mit mir einig, dass dem Ziel der besseren Integration und besseren Eingliederung in Gesellschaft und Beruf besser entsprochen werden kann, wenn mehr behinderte Menschen ausserhalb von Institutionen leben?

Goll Christine (S, ZH): Herr Stahl, ich muss Sie korrigieren. Ich habe Ihnen fünf inhaltliche Gründe genannt, weshalb wir Ihrem Minderheitsantrag nicht zustimmen können. In der Vernehmlassung zum Thema Assistenzentschadigung heisst es in Ihrer Antwort. «Die SVP kann der Einführung einer solchen Leistungserweiterung zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen.» Insofern muss ich Ihnen auch sagen, dass ich Ihnen nicht abnehme, dass Sie tatsächlich eine Verbesserung für die betroffenen Menschen im Bereich der Existenzsicherung durch eine Finanzierung der persönlichen Assistenz wollen. Ich selber bin aber überzeugt davon: Wenn wir ein gutes Modell haben - und ein gutes Modell ist heute mit dem Modell der Kommissionsmehrheit und bei Artikel 42ter dem Antrag der Minderheit II (Baumann Stephanie) sowie den Antragen Graf und Suter möglich -, wenn wir dieses Modell durchbringen, dann ist es tatsächlich so, dass wir mehr Wahlfreiheit ermöglichen, das heisst, dass mehr Menschen mit Behinderungen zuhause in den eigenen vier Wanden leben können und nicht in zum Teil teure Institutionen abgeschoben werden müssen.

Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Es ist bei diesen zahlreichen Anträgen nicht ganz einfach, den Überblick zu behalten. Ich versuche zuerst zu sagen, was beim bundesrätlichen Entwurf unbestritten ist, werde dann auf die neuen Elemente, die die Kommissionsmehrheit will, eingehen und schliesslich auf die Minderheiten.

13. Dezember 2001 1959 Nationalrat 01.015

Der Grundsatz der Einführung der Assistenzentschadigung – ich glaube, das kann man sagen – ist unbestritten. Unbestritten ist auch, dass diese Assistenzentschädigung die bisherigen Leistungen Hilflosenentschädigung, Pflegebeitrag für hilflose Minderjährige und Hauspflegebeitrag ersetzen soll Unbestritten ist eben alls, dass wir von einer dreigradigen Abstufung ausgehen: hoher, mittlerer und geringer Assistenzbedarf. Der Bundesrat hat dann verschiedene Korrekturelemente drin, die die Mehrheit der Kommission grundsätzlich befürwortet. Dass die Assistenzentschädigung vorwiegend für Menschen ausserhalb der Institutionen gelten soll, um ihre Autonomie und Wahlfreiheit zu starken, darf als unbestritten gelten.

Der Anspruch auf lebenspraktische Begleitung für psychisch Behinderte ist zwar bei Artikel 42 durch den Antrag der Minderheit I (Egerszegi) bestritten, wird aber von der Mehrheit getragen; darauf werde ich noch zurückkommen. Schliesslich haben wir den dritten Korrektu bereich, nämlich den Intensivpflegezuschlag für Minderjährige, wo zusätzlich der Antrag Suter vorliegt.

Was hat sich die Mehrheit für Überlegungen gemacht? Bei der pflegerischen Abgeltung sind wir auf die Bedenken gegenüber einer gewissen Ungleichbehandlung zwischen Menschen, die in den Institutionen - vor allem in von den kollektiven IV-Leistungen subventionierten Wohnheimen einerseits und den ausserhalb dieser Institutionen lebenden Menschen andererseits eingegangen. Wir haben gesagt: Das wollen wir ändern. Wir haben ausdrücklich die Wahlfreiheit des Behinderten aufgenommen: Ob stationär oder ambulant, ob er seine Pflege selber organisieren will, das ist im Antrag der Mehrheit ausdrücklich enthalten. Wir sind ausserdem der Meinung, dass die Abklarung des Assistenzbedarfes nach einheitlichen Kriterien erfolgen soll. Wir haben das ebenfalls festgeschrieben, um auch hier ein Element der Gleichbehandlung zu erreichen. Wir haben uns dann mit der Situation konfrontiert gesehen, dass die Leistungen, die der Bundesrat vorschlägt, also in etwa das Doppelte der Hilf-losenentschädigung, für gewisse Schwerstbehinderte – vor allem für körperlich Behinderte -, die ausserhalb der Institutionen leben wollen, nicht ausreichen, und haben deshalb eine zusätzliche Absicherung nach dem Bedarfsprinzip im Rahmen der Ergänzungsleistungen vorgesehen. Hier ist dann auch die entsprechende Änderung im Erganzungsleistungsgesetz vorgesehen.

Dabei haben wir die Höchstgrenze für den ungedeckten Assistenzbedarf auf 90 000 Franken pro Jahr erhöht. Das heisst, dass die Ergänzungsleisturigen zusammen mit der Grundentschädigung einem schwerst körperlich Behinderten, der ausserhalb der Institution leben will, im Maximum fast 10 000 Franken pro Monat eintragen konnen. Wir sind der Auffassung, dass wir zwar hier inöglicherweise nicht alle Bedürfnisse abdecken, aber doch einen wesentlichen Teil.

Nun mochte ich zu den Minderheiten kommen, zuerst zur Minderheit I (Egerszegi) zu Artikel 42: Die Minderheit I möchte ja den Anspruch auf lebenspraktische Begleitung eliminieren. Hier möchte ich einfach sagen, Frau Egerszegi Formal haben Sie Recht, dass die Hilflosenentschädigung schon bisher fur psychisch Behinderte und leicht geistig Behinderte auch rechtlich zugänglich war. Weil aber die Hilflosenentschädigung auf die körperlichen Lebensfunktionen in den Bereichen Anziehen, Ausziehen, Essen, Notdurft usw. zugeschnitten war, war sie faktisch für psychisch und leicht geistig Behinderte eben nicht von Relevanz, denn dort stellen sich ja andere Probleme. Psychisch Behinderte brauchen diesen Anspruch, weil sie n Alltagssituationen oft überfordert sind und weil sie beispielsweise Hilfe beim Einkaufen oder in anderen lebensprakt schen Bereichen benotigen. Frau Egerszegi, man muss hier auch sagen, dass beispielsweise die Hilfe beim Anzienen und Ausziehen nicht eine spezifisch medizinische Funktion ist. Sie können deshalb auch nicht sagen, hier werde etwas verwässert, was im Bereich der Hilflosenentschädigung nicht möglich wäre.

Es ist ganz wichtig, dass wir uns im Klaren sind: Wenn wir hier den Anspruch auf lebenspraktische Begleitung nicht einführen, dann sind die psychisch Behinderten praktisch von diesem Leistungsbereich der Assistenzentschädigung ausgeschlossen, obwohl sie ja aufgrund der Verfassung – Frau Dormann hat das sehr schon ausgeführt – gleich behandelt werden müssen.

Nun komme ich zur Minderheit II (Stahl) bzw. bei Artikel 42ter zur Minderheit I (Stahl), zum anderen System, das hier beantragt wird. Herr Bortoluzzi, Sie haben gesagt, die Verwaltung habe das nicht geprüft. Herr Stahl ist mit diesem Antrag, der gut gemeint ist – ich sage das für die Kommission –, an den letzten Sitzungstagen gekommen. Herr Bortoluzzi hat vorher einfach der Verwaltung den Auftrag geben wollen, sie solle eine kostenneutrale Variante der Assistenzentschadigung einführen, das heisst auf dem Niveau der Hilflosenentschädigung. Aber Sie haben keinen inhaltlichen Vorschlag gemacht, wie die Verwaltung das tun soll.

Der Antrag der Minderheit (Stahl) geht wesentlich weiter. Aber er enthält ganz entscheidende Schwachstellen. Herr Stahl, das Niveau der Grundentschädigung wird auf das jetzige Niveau der Hilflosenentschädigung herabgedrückt. Es ist eben nur noch die Hälfte dessen, was die Mehrheit als Grundentschädigung will.

Dann gibt es in Ihrem Antrag in Absatz 3 einen ganz fatalen Satz: «Leistungen anderer Sozialversicherungen und Leistungen der öffentlichen Hand werden angerechnet.» Hier ist in der Tat nicht auszuschliessen, dass das so interpretiert werden konnte, dass auch die Sozialhilfe dieser zusatzlichen Leistung über das persönliche Budget vorgeht. Das wäre eine völlige Umkehr des Versicherungsprinzips, weil dann ein Bedarfsprinzip eingeführt wird, das wir bei der Assistenzentschädigung nicht wollen. Die Mehrheit will etwas wesentlich anderes: Wir wollen eine Grundentschadigung in doppelter Höhe und dann über das Ergänzungsleistungssystem eine Zusatzleistung für jene Menschen, die sie brauchen. Sie wollen möglicherweise - vielleicht haben Sie das zu wenig bedacht - etwas einführen, das dazu führen könnte, dass andere Leistungen der Sozialversicherungen oder sogar der Sozialhilfe vorgehen. Wahrscheinlich haben Sie das nicht bedacht. Aber es wäre deshalb doch gut, wenn dieser Antrag im Hinblick auf die Beratungen im Ständerat optimiert würde. So wie Sie ihn hier bringen, führt er zu einem Leistungsabbau, und das ist nicht, was der Bundesrat will, und schon gar nicht, was die Kommissionsmehrheit will.

Den Antrag Graf – Faktor 2,5 – lehnt die Mehrheit ab, weil sie das Fuder nicht überladen will. Zum Antrag Suter, die Prozentsätze für den Intensivpflegezuschlag für Minderjährige zu erhohen: Ich muss Herrn Suter Recht geben, dass wir nicht bedacht haben, dass wir damit unter den Status quo gehen. Wenn der Status quo tatsächlich unterschritten wird, dann tut Ihr Rat gut daran, sich das zu überlegen. Denn das wollte die Kommission nicht.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: Je vous l'ai dit, c'est la pièce de résistance de cette révision de loi. Nous pouvons dire que l'introduction d'une allocation d'assistance est la nouveauté fondamentale apportée aux personnes handicapées par la 4e révision de l'Al. Mais, pour que tout soit clair, cette allocation doit remplacer le système actuel, compliqué et parfois inéquitable, de prestations fournies aux personnes handicapées qui ont besoin de soins ou d'une prise en charge. Il faut en effet que les personnes handicapées tributaires de l'aide de tiers puissent bénéficier d'une autonomie et d'une indépendance accrues.

Ce n'est pas une prestation supplémentaire. La nouvelle allocation d'assistance doit se substituer à trois prestations actuelles, c'est-à-dire à l'allocation pour impotent, aux contributions aux frais de soins spéciaux pour mineurs impotents et aux contributions aux frais de soins à domicile. Elle favorisera ainsi un vrai choix de vie. On pourra améliorer la situation des adultes handicapés vivant en dehors d'une institution, en doublant les montants auxquels ils ont droit actuellement, mais ils n'auront pas de contributions supplémentaires aux soins. Ceci pourra permettre à un cercle plus large que par le passé de choisir sa façon de vivre.

La nouvelle allocation d'assistance doit aussi permettre à des personnes qui ont un handicap mental léger de pouvoir



continuer à rester à la maison. Je vous en parlerai encore en relation avec les propositions de minorité. Il est nécessaire d'avoir un petit accompagnement pour que certaines personnes puissent rester à la maison.

Ensuite, il y a encore une chose très importante dont on a peu parlé. Avec l'allocation d'assistance, on va éliminer l'actuelle inégalité de traitement entre les enfants avec ou sans infirmité congénitale. Actuellement, les enfants qui n'ont pas d'infirmité congénitale ne peuvent pas bénéficier de certaines prestations, alors que leurs parents font tant d'efforts pour s'en occuper à la maison.

Toutes ces prestations pourront être offertes selon la proposition de la majorité de la commission, que je vous invite à soutenir

Maintenant, en ce qui concerne les propositions de minorité: la proposition de minorité I (Egerszeçii) traduit l'inquiétude d'une partie de la commission d'élargii sans cadre les prestations à des gens qui ont un hancicap psychique. Elle amènerait ainsi une discrimination entre les personnes handicapées physiquement et celles qui sont handicapées psychiquement. Par contre, la majorité de la commission a écouté ces craintes et a mis une cor dition, un cadre à la possibilité d'obtenir cette allocation. En effet, la majorité de la commission a fixé l'obligation d'avcir un quart de rente, c'est-à-dire qu'une personne soit invalide à 40 pour cent pour que la demande soit examinée. Cela fixe donc un cadre au cas du handicap psychique.

Je vous demande de rejeter la proposition de minorité l (Egerszegi) pour ne pas créer de discr minations.

S'agissant de la proposition de minorité (Stahl): M. Stahl a voulu faire un autre système. Il donne une allocation de base, puis il veut soumettre le reste de l'allocation à l'examen du budget. Ceci peut éventuelle nent nous amener à devoir couvrir des budgets de 15 000 à 18 000 francs par mois puisque certains handicapés auraient besoin de cette somme pour vivre chez eux. Je vous rends attentifs à cet aspect de la question. D'autre part, M. Stahl l'a dit plusieurs fois dans cette salle, il ne voulait pas sortir de ce cadre le droit des enfants handicapés d'avoir aussi cette allocation d'assistance. Mais l'article, tel qu'il es libellé, va priver ces familles de ce soutien indispensable pour pouvoir garder leurs enfants à la maison. Le chiffre que vous voyez sur votre feuille, qui paraît moins élevé que le chiffre décidé par la commission, serait augmenté de cette allocation pour les enfants, s'il ne veut pas la supprimer. Il n'y aurait donc pas d'économies vraiment notables avec cet autre système, par contre beaucoup d'inconvénients, beaucoup de complica-tions, et cela ne permettrait pas d'introduire le nouveau système que nous voulons introduire maintenant pour favoriser vraiment le choix de vie des personnes handicapées.

Pour garder la même ligne, la commission vous demande aussi de rejeter la proposition Graf. Elle a été évaluée en commission; la commission reste sur la ligne du Conseil fédéral.

Quant à la proposition Suter, elle n'a pas été évaluée en commission. Je pense que s'il y a vraiment une baisse de prestations, il faudra l'évaluer de façor très précise pour ne pas donner encore plus de peine à ces familles qui s'occupent de leurs enfants à la maison.

La majorité de la commission vous demande de suivre sur toute la ligne ses propositions pour pouvoir introduire ce nouveau système qui, d'un côté, amène des améliorations pour les personnes handicapées, pour les enfants et pour leurs familles et, de l'autre, amènera aussi à moyen terme d'assez grandes économies.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale[.] J'aimerais, si vous me le permettez, préciser d'abord un certain nombre de points sur la notion d'invalidité psychique. Je l'aurais fait à l'article 5 s'il y avait eu contestation à cet endrcit. Mais comme nous avons passé sur cet article, et je m'en réjouis, j'aimerais réaliser maintenant ce que j'ai promis de laire à la commission, c'est-à-dire bien préciser ce que l'on entend par maladie psychique.

Je me réjouis que l'on soit passé sur l'article 5, parce que cela manifestait déjà très clairement la volonté du Conseil national de ne pas faire de discrimination. Mais il s'agit d'aller un peu plus loin et de montrer que nous n'étendons pas, avec cette définition de l'invalidité psychique, une notion qui aurait été jusqu'à présent plus restreinte, où les termes de «santé physique ou mentale» étaient les seuls points retenus. La jurisprudence constante montre bien que les atteintes à la santé psychique sont à traiter de la même façon. Elles ont été jusqu'à présent assimilées aux atteintes à la santé mentale. C'est donc par souci de clarté que nous aimerions le mettre dans la loi; cela ne change rien.

Mais qu'est-ce que la santé, les atteintes à la santé psychique? Elles sont définies et répertoriées très clairement par l'Organisation mondiale de la santé. Il faut qu'une maladie psychique soit définie médicalement et répertoriée pour pouvoir être à l'origine d'une invalidité au sens de la loi sur l'invalidité, et c'est la classification internationale ICD-10 de l'Organisation mondiale de la santé qui sert de base à cette classification. Pour être reconnu comme invalide, quelle que soit l'origine de l'atteinte à la santé, physique, psychique ou mentale, les mêmes trois éléments doivent être réunis: premièrement, une atteinte à la santé; deuxièmement, une incapacité de gain ou une incapacité d'accomplir ses travaux habituels; troisièmement, un lien de cause à effet entre l'atteinte à la santé et l'incapacité de gain ou l'incapacité d'accomplir ses travaux habituels. Une atteinte à la santé est invalidante lorsqu'elle a un impact durable sur la capacité de gain. Nous avons la possibilité de déterminer le taux d'invalidité ou le besoin d'assistance sur la base de cette définition et selon une procédure stricte, qui vaut pour toutes les atteintes à la santé En général, c'est sur la base des examens médicaux faits par le médecin traitant ou, éventuellement, d'une expertise effectuée par des spécialistes et sur des critères économiques bien définis que l'invalidité est déterminée. L'évaluation du besoin d'assistance se base également sur l'examen médical et sur une enquête sur place, menée par des spécialistes des offices de l'Al.

Si vous nous accordez ce que nous vous demandons, c'està-dire des services médicaux régionaux comme appui matériel aux offices cantonaux – nous aurons à en discuter tout à l'heure –, c'est à eux qu'il appartiendra de veiller à ce que le concept d'évaluation soit appliqué de façon uniforme dans l'ensemble du pays, qu'il s'agisse de déterminer le taux d'invalidité ou le besoin d'assistance, et cela, en particulier, dans le domaine des atteintes à la santé psychique.

Puisque je parle de ce problème de définition, des évaluations et de la procédure qui permet de définir soit le taux d'invalidité, soit le besoin d'assistance, je me permets de commenter la proposition de minorité I (Egerszegi). J'aimerais préciser deux choses: premièrement, je ne suis pas sûre que Mme Egerszegi, lorsqu'elle a fait sa proposition de minorité I, ait vraiment pris en considération le fait qu'il n'y aura plus d'allocations pour impotent. Les allocations pour impotent vont être supprimées au profit de ce changement de système. De ce fait, nous aurions la situation dans laquelle des invalides psychiques - il s'agit d'un nombre de cas limité - perdraient un soutien qu'ils reçoivent actuellement. Je crois que ce n'est pas l'intention de Mme Egerszegi, mais je l'interroge en développant le commentaire de sa proposition de minorité, en disant que l'aide qui existe actuellement serait enlevée. Il ne s'agit donc pas de savoir seulement quel est le degré d'extension, mais de savoir quelle serait la réduction de prestations qu'entraînerait la proposition de minorité I (Egerszegi). Deuxièmement, et je viens de l'apprendre moi-même, je dois avouer que l'application pratique de l'Al est toujours pleine de surprises: le règlement sur l'assurance-invalidité précise bien qu'«une impotence est de faible degré» - et c'est de cela que nous parlons, de l'article 36 du règlement sur l'assurance-invalidité - «si l'assuré, même avec des moyens auxiliaires, a besoin: a. de façon régulière et importante, de l'aide d'autrui pour accomplir au moins deux actes ordinaires de la vie». En d'autres termes, il ne faut jamais prendre en considération une seule incapacité dans le catalogue de ces actes or-



dinaires de la vie, mais une combinaison d'incapacités. Et, même dans l'impotence de faible degré, il faut au moins que la personne concernée ait deux difficultés dans les six actes de la vie.

Dans ce sens-là, et ce principe n'est pas appelé à changer, l'extension dont nous parlons n'est pas uniquement, comme cela a été dit à la tribune, le fait c'accompagner quelqu'un pour faire ses courses, ce qui ser ait la seule chose dont il aurait besoin. Il reste toujours, Madame Egerszegi, ce domaine de voisinage et d'aide bénévole à laquelle vous avez fait allusion. Il en va ici d'un peu plus que ce que vous avez évoqué.

Puisque c'est le seul point, si j'ai bien compris, de divergence entre la minorité I (Egerszegi) et la majorité de la commission ou le Conseil fédéral, pe vous propose de rejeter la proposition de minorité I. La clarié de la définition, les exigences pour pouvoir parler d'une impotence légère sont telles que l'on n'a pas à craindre ici un développement incontrôlé des dépenses de l'AI.

J'en viens maintenant aux différents modèles qui sont proposés pour dire d'abord, et je le fais très rapidement, que le Conseil fédéral se rallie à la posi ion de la majorité de la commission. Tout en étant conscient du coût supplémentaire qui peut être imputé aux prestations complémentaires pour que des personnes hautement handicapées puissent rester à la maison, nous pensons que nous ne pouvons pas développer l'ensemble de l'allocation d'assistance ou introduire un degré supplémentaire, mais que nous pouvons combiner des prestations, je dirais, automatiques d'assurance et des prestations liées aux besoins et à l'examen de la situation économique de la personne concernée Cela revient, selon notre bonne vieille tradition, à compiner la prestation de l'Al et les prestations complémentaires. Mais celles-ci, dans ce cas particulier, seraient élevées de façon à permettre effectivement le choix entre le maintien a domicile et la présence dans une institution, qui ne serait pas souhaitée et qui ne serait pas souhaitable.

Nous nous rallions donc à la position de la majorité de la commission, qui a eu la gentillesse de se rallier au projet du Conseil fédéral pour l'essentiel.

En ce qui concerne la proposition de minorité II (Baumann Stephanie) à l'article 42ter§, elle ncus paraît inutile si elle recouvre la situation actuelle, dans la mesure où c'est quelque chose qui est réglé de façon satisfaisante. Si elle devait conduire à un élargissement des prises en charge grâce à l'allocation d'assistance, nous devrions de toute façon la rejeter. Pour ne pas donner le sentiment que nous voulons autre chose que des définitions des actes de la vie, nous vous recommandons d'en rester à la formulation actuelle et de rejeter la proposition de minorité II (Baumann Stephanie).

J'en viens maintenant aux propositions de minorité Stahl pour dire qu'effectivement, la lecture rigoureuse de ces propositions de minorité montre une baisse des prestations, et en particulier des prestations des familles ayant un enfant gravement handicapé. M. Stahl a dit lui-même que ce n'est pas ce qu'il souhaite, mais c'est ce que contiennent ses propositions de minorité. C'est déjà une raison suffisante pour les rejeter. Mais je dirais que la conimission a fait un pas, en dehors des souhaits d'économies formulés ici par M. Bortoluzzi, dans la logique assurance et prestations complémentaires en fonction du besoin et des revenus, mais selon un système beaucoup plus simple et mieux avéré, avec une plus grande expérience que ce que nous propose M. Stahl. En effet, une première lacune est rès importante, je l'ai signalée.

La deuxième lacune, et je termine par là, mais je tiens à le dire, c'est que le modèle des propositions de minorité Stahl tel que nous le comprenons fait qu'une personne qui aurait une activité professionnelle – et ça, c'est quand même le rêve vivre à la maison et avoir, malgré un handicap, une activité professionnelle grâce au soutien de l'assurance-invalidité –, qui aurait un revenu, devrait consacrer le revenu de son travail à la diminution de cette allocation d'assistance délivrée uniquement en fonction de sa capacité financière. Cette personne se trouverait donc découragée de faire cela

Monsieur Stahl, je crois qu'en fait la position de la majorité de la commission est ce qui se rapproche le plus de ce que vous avez dit souhaiter. Dans ce sens, il serait très heureux que ce soit la majorité de la commission qui vous permette de réaliser les espoirs que vous avez vous-même formulés. Il faut donc rejeter la proposition de minorité II (Stahl) à l'article 42 et la proposition de minorité I (Stahl) à l'article 42 ter pour accomplir ce que M. Stahl a dit vouloir réaliser.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Darf ich Ihnen eine Frage stellen, Frau Bundesrätin? Die Akustik ist so schlecht an meinem Platz. Ich weiss nicht, haben Sie den Antrag Suter beantwortet? Habe ich das überhort? Das würde mich noch interessieren.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je vis à tel point dans la crainte de parler trop longtemps à cette tribune que j'ai oublié de répondre aux propositions Suter et Graf.

En ce qui concerne la proposition Suter, je vous recommande également de la rejeter. Le principe qui consiste à dire: «Nous ne voulons pas enlever quelque chose qui actuellement est versé» est un principe qui, comme un fil rouge, a suivi tous vos travaux. La différence, dans le cas particulier, c'est qu'on n'enlève pas exactement ce qui paraîtrait être mathématiquement le cas ici. Parce que les montants actuellement inscrits dans la loi ne sont que des montants maximums; ils ne sont délivrés que sur la base de la preuve des coûts effectivement engagés, des frais payés par ces familles. Dans ce sens-là, même s'il y a une différence de quelques centaines de francs pour le maximum, nous considérons que c'est une amélioration pour les bénéficiaires que d'avoir un montant fixe et de ne pas devoir faire état et apporter la preuve de chacune des dépenses qu'ils ont faites. Et la plupart d'entre eux auront des ressources supplémentaires à ce maximum qui est indiqué dans la loi, mais qu'ils ne recoivent pas. En d'autres termes, on ne peut pas juste comparer les montants, il faut comparer les sys-

Il nous semble que ce système est plus favorable et qu'il faudrait rejeter la proposition Suter.

Madame Graf, nous avons étudié le modèle que vous nous proposez; il absorbe l'intégralité des économies que nous réalisons, il ne contribue donc pas à la consolidation financière

C'est la raison pour laquelle nous nous rallions à la proposition «prestations complémentaires élevées pour les personnes à handicap grave», parce que celle-ci permettra de réaliser l'objectif qui est le vôtre: donner le choix aux handicapés de vivre à domicile ou en institution.

J'ai d'ailleurs cru comprendre que la proposition Graf était une proposition subsidiaire, c'est-à-dire au cas où la proposition de la majorité de la commission serait rejetée. Moi, en tout cas, je la considère comme telle, mais je préfère la proposition de la majorité de la commission, qui tient compte, par le biais des prestations complémentaires, de l'état de fortune et des revenus de la personne concernée pour trouver l'équilibre nécessaire à son maintien à domicile.

Je recommande donc de rejeter la proposition Graf.

Art. 42 Abs. 1, 1bis, 3–5 – Art. 42 al. 1, 1bis, 3–5 Angenommen – Adopté

Art. 42 Abs. 2 - Art. 42 al. 2

Eventuell – A titre préliminaire Für den Antrag der Mehrheit 79 Stimmen Fur den Antrag der Minderheit I (Egerszegi) 74 Stimmen

Art. 42ter Abs. 1 - Art. 42ter al. 1

Erste Eventualabstimmung – Premier vote préliminaire Für den Antrag der Minderheit II (Baumann Stephanie) 54 Stimmen Dagegen 98 Stimmen Zweite Eventualabstimmung – Deuxièrne vote préliminaire Fur den Antrag der Mehrheit 99 Stirnmen Für den Antrag Graf 55 Stimmen

Art. 42ter Abs. 3 - Art. 42ter al. 3

Eventuell – A titre préliminaire Fur den Antrag der Mehrheit 89 Stimmen Für den Antrag Suter 63 Stimmen

Art. 42 Abs. 2; 42ter Abs. 1-4 - Art. 42 al. 2; 42ter al. 1-4

Definitiv – Définitivement Für den Antrag der Mehrheit 106 Stimmen Für den Antrag der Minderheit II/I (Stahl) 45 Stimmen

Art 42his

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesiates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 42quater

Antrag der Kommission Mehrheit Ablehnung des Antrages der Minderheit Minderheit

(Gross Jost, Baumann Stephanie, Hubmann, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rossini)

Der Bundesrat kann für einzelne Gruppen von Assistenzbedurftigen zeitlich befristete Pilotversuche zur Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens durch eine kostendeckende Finanzierung persönlicher Assistenz durchführen lassen. Dabei sind die heute bestehenden Schnittstellen zwischen Invalidenversicherung, anderen Sozialversicherungszweigen, Ergänzungsleistungen, Sozialhilfe sowie die Beiträge der Kantone und Gemeinden zu berücksichtigen und in einem gemeinsamen Finanzierungsträger zu koordinieren.

Art. 42quater

Proposition de la commission Majorité Rejeter la proposition de la minorité Minorité

(Gross Jost, Baumann Stephanie, Hubmann, Maury Pasquier, Rechsteiner-Basel, Rossini)

Pour certaines catégories de personnes qui ont besoin d'assistance, le Conseil fédéral peut faire réaliser des essais pilotes d'une durée déterminée afin de leur permettre de mener une vie indépendante grâce au financement intégral de l'assistance personnelle. Il convient de prendre en compte à cet égard les chevauchements qui existent actuellement entre l'assurance-invalidité, les autres branches des assurances sociales, les prestations ce mplémentaires, l'aide sociale et les subventions des cantons et des communes, et de coordonner ces formes d'aide au sein d'un organisme de financement commun.

Goll Christine (S, ZH): Mit Artikel 42quater, einer neuen Bestimmung, die wir unterbreiten, schlagen wir einen eigentlichen Pilotartikel vor. Im Klartext heisst dies, dass wir dem Bundesrat die Möglichkeit geben wollen, für einzelne Gruppen von Assistenzbedürftigen zeitlich befristete Pilotversuche durchfuhren zu lassen Das Ziel ist, dass in solchen Pilotversuchen eine kostendeckende Finanzierung der personlichen Assistenz gewährleistet wird. Um dieses Ziel zu erreichen, schlagen wir in dem Pilotartikel vor, dass die heute bestehenden Schnittstellen zw schen der Invalidenversicherung und den anderen Sozialversicherungszweigen, aber auch zwischen der Invalidenversicherung und den Ergänzungsleistungen, zwischen der Invalidenversicherung und der Sozialhilfe sowie den Beiträgen der Kantone und

Gemeinden berücksichtigt und in einem gemeinsamen Finanzierungsträger koordiniert werden.

Mit diesem Pilotartikel verfolgen wir drei Ziele:

- 1. Wir möchten die Autonomie der Versicherten stärken.
- Wir möchten verhindern, dass Menschen mit Behinderungen permanent auf die heute bestehenden verschiedenen Träger von Pflege- und Betreuungskosten weiter- oder abgeschoben werden.
- 3. Wir möchten die freie Wahl in zentralen Lebensbereichen fördern, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Schule und Arbeit.

Im Zusammenhang mit diesem Vorschlag zu Artikel 42quater verweise ich auf eine Motion (99 3611), die ich bereits 1999 eingereicht habe und in der ich einen Assistenzfonds für Behinderte vorgeschlagen habe. Der Bundesrat wurde beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen zur Schaffung eines solchen Assistenzfonds vorzubereiten, der eben die heute bestehenden Schnittstellen zwischen den einzelnen Sozialversicherungszweigen berücksichtigt und in einem gemeinsamen Finanzträger koordiniert. Diese Motion wurde vom Bundesrat als Postulat entgegengenommen, d. h., der Bundesrat erklärte sich bereit, diese Idee zumindest zu prüfen. Dies ist auch der Grund, weshalb wir jetzt vorschlagen, diese Pilotversuche in der laufenden 4. IVG-Revision zu verankern.

Im heute geltenden Gesetzes- und Verordnungsdschungel werden die traditionellen Begriffe von Pflege und Betreuung verwendet und nicht der neue Begriff der persönlichen Assistenz, den wir hier eingeführt haben. Die Idee ist die, dass der Assistenzfonds sämtliche Behinderungsarten in allen Lebensbereichen berücksichtigt. Je nach Lebenssituation einer behinderten Person, je nach Art und Schwere der Behinderung sind die einzelnen Lebensbereiche für die betroffenen Individuen von unterschiedlicher Bedeutung.

Heute besteht in der Praxis eine Aufteilung der behinderungsbedingten Mehrkosten auf die unterschiedlichen Kostentrager. Im bestehenden Dschungel findet eine menschlich und ökonomisch nicht tragbare Weiterschiebung der Betroffenen an die verschiedenen Träger von Pflege- und Betreuungskosten statt. Das führt zu einem Druck, Menschen mit Behinderungen aus ihrer Umgebung, in der sie integriert leben konnten, herauszureissen. Mit der Koordination der bestehenden Sozialversicherungszweige in einem gemeinsamen Finanzierungsträger werden die einzelnen Elemente der Sozialpolitik zu einem wirksamen und wirtschaftlichen System verknüpft.

Ich möchte darauf hinweisen, dass solche Modelle eines Assistenzfonds auch im benachbarten Ausland bestehen und dass die Erfahrungen und die Auswertungen dieser Modelle gezeigt haben, dass keine volkswirtschaftlichen Mehrkosten zu erwarten sind.

Rossini Stéphane (S, VS): Le groupe socialiste soutient la proposition de minorité Gross Jost défendue par Mme Goll. La révision introduit à l'article 68 divers éléments relevant de l'évaluation des effets de son application. Dans un souci d'efficacité, d'efficience, mais aussi d'allocation optimale des ressources, ces mesures nous paraissent particulièrement importantes. Elles fournissent indéniablement des outils d'évaluation et d'aménagement des prestations; ceci est rès bien. C'est d'autant plus important lorsqu'une nouvelle forme de prestations est introduite, dont les effets sont certes prévisibles mais ne peuvent pas par définition être anticipés avec certitude.

La proposition de minorité entend répondre à cette nécessité de rigueur, à cette nécessité d'appréciation, mais en allant plus loin, c'est-à-dire en ouvrant des perspectives d'innovation constructives, dynamiques. Allouer de telles prestations ne peut se faire de manière strictement uniforme, car toutes les catégories de personnes handicapées ne sont pas comparables. Nous devons par conséquent disposer d'une certaine marge de manoeuvre pour ouvrir de nouvelles perspectives à travers ces essais pilotes II importe donc, selon nous, de ne point fermer des portes sus-

ceptibles de produire de l'exclusion, alors que nous recherchons au contraire à favoriser dans cette loi l'intégration. Cette proposition de minorité est donc une contribution au renforcement des synergies institutionnelles et des collaborations entre les différents régimes de protection sociale, raison pour laquelle nous la soutenons.

Le président (Christen Yves, premier vice-président): Le groupe démocrate-chrétien et le groupe radical-démocratique se rallient à la majorité.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: La majorité de la commission se rallie au projet du Conseil fédéral, qui n'est pas contre de tels essais mais qui pense qu'il n'est pas judicieux de lui donner la responsabilité dans la loi. Ce sont plutôt les cantons qui pourraient coordonner ces actions, soutenus par la Confédération.

La majorité de la commission vous propose donc de rejeter la proposition de minorité.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Mme Meyer Thérèse a fort bien dit quel était également la position du Conseil fédéral Les prestations de l'Al sont bien définies et elles doivent être versées. Si quelqu'un doit ensuite coordonner de véritables essais pilotes dans le domaine des institutions collectives, même si c'est un autre type, par exemple dans un appartement ou quelque chose de ce genre, alors c'est aux cantons qu'il appartient de coordonner ces différents apports. Même avec un article formule ainsi, nous n'avons rien à dire sur l'aide sociale proprement dite, nous n'avons rien à dire sur les prestations cantonales et communales. C'est donc mal comprendre, je crois, notre rôle que de vouloir imputer à l'Al et au Conseil fédéral ce rôle de coordination. Mais nous pouvons participer à de tels essais pilotes, et je crois que nous l'avons déjà fait pou essayer de définir quels sont effectivement les besoins et les avantages d'autres façons de vivre en dehors des institutions de type EMS ou institutions spécialisées.

Abstimmung – Vote Für den Antrag der Mehrheit 75 Stimmen Für den Antrag der Minderheit 43 Stimmen

Art. 44

Antrag der Kommission

.... die Anspruch auf eine Rente der Unfallversicherung, das Taggeld oder eine Rente der

Art. 44

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral (la modification ne concerne que le texte allemand)

Angenommen – Adopté

Art. 52

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Buncesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 57 Abs. 1

Antrag der Kommission
Mehrheit
Zustımmung zum Entwurf des Bundesrates
Minderheit
(Widrig, Egerszegi, Suter, Tschuppert)

e die Verfügungen über die Leistungen der Invalidenversicherung unter Vorbehalt von Artikel 60 Absatz 1 Buchstabe d

Art. 57 al. 1

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral Minorité

(Widrig, Egerszegi, Suter, Tschuppert)

d. ...

e. prendre les décisions relatives aux prestations, sous réserve de l'article 60 alinéa 1er lettre d.

Widrig Hans Werner (C, SG): Mit der 3. IV-Revision wurden von den kantonalen Ausgleichskassen unabhängige IV-Stellen geschaffen. Auch wenn sich die Zusammenarbeit grundsätzlich bewährt hat, ergeben sich wegen der unterschiedlichen Zuständigkeiten für die individuellen Geldleistungen unnötige Schnittstellenprobleme. Die IV-Stelle ist am Wohnort, die Ausgleichskasse richtet sich aber nach dem Arbeitsort. Durch eine saubere Abgrenzung der Verfügungskompetenzen aufgrund der differenzierten Funktionen könnten unnötige Verzögerungen der Verfahren vermieden werden, und auch für die Versicherten könnte mehr Transparenz geschaffen werden. Primär steht die Zuständigkeit der IV-Stelle fur alle IV-relevanten Fragen im Vordergrund. Berechnung und Auszahlung von individuellen Geldleistungen - wie Renten oder IV-Taggelder - sind jedoch eigenstandige versicherungstechnische Funktionen, für welche die Ausgleichskassen kompetent sind.

Die Kantone und die Vereinigung der Verbandsausgleichskassen sowie auch die Konferenz der Kantonalen Ausgleichskassen und die Konferenz der IV-Stellen haben in der Vernehmlassung die getrennte Verfügungskompetenz, wie sie für diese IV-Revision in meinem Minderheitsantrag vorgeschlagen wird, mehrheitlich gefordert.

Fazit: Wenn Sie im Bereich der IV den Ausgleichskassen eine eigene Verfügungskompetenz bei Geldleistungen einräumen, hat das vier Vorteile:

- 1. Die Versicherten konnen gegen Grundlagenentscheide der IV-Stelle rasch den Rechtsweg beschreiten
- Die unbestrittenen Leistungen k\u00f6nnen auch bei Beschwerden gegen Grundlagenentscheide der IV-Stellen rasch festgelegt und ausbezahlt werden.
- 3. Allfällig nötige Übergangsleistungen der Sozialhilfe können gering gehalten werden.
- 4. Die Schnittstellenprobleme werden ausgeschaltet.

Zum Schluss noch zwei Sätze zu zwei Punkten, zunächst zum Standpunkt der IV-Trager: Die Dachorganisation der IV hat kritisch zum Inhalt dieses Minderheitsantrages Stellung genommen, aber wenn man mit einzelnen Vertretern spricht, tönt es jeweils etwas anders. Die Konferenz der IV-Stellen ist in der Vernehmlassung jedoch dafur.

Noch zur juristischen Frage in Bezug auf den Fall, dass zweimal verfügt wird: Das ist nicht ein und dieselbe Leistung. IV und Ausgleichskassen machen etwas anderes; da herrscht keine Deckungsgleichheit. Aber diese juristische Frage ist auch nicht entscheidend – entscheidend ist die Handhabung in der Praxis, und da sind sich die Praktiker betreffend den Inhalt meines Minderheitsantrages einig.

Ich bitte Sie deshalb, meinem Minderheitsantrag zuzustımmen. Es betrifft dann auch Artikel 60.

Nabholz Lili (R, ZH): Ich möchte Sie bitten, den Antrag der Minderheit Widrig abzulehnen und der Mehrheit zuzustimmen. Herr Widrig hat soeben erklart, dass mit seinem Antrag das Verfahren beschleunigt wird. Es mag zwar durchaus sein, dass es eine raschere Gangart für die IV-Stellen bedeutet, dass diese mit der getrennten Verfügungskompetenz ihre Dossiers rascher schliessen können. Das allein kann aber meines Erachtens nicht entscheidend sein. Wesentlich ist vielmehr, wie lange die versicherte Person selber warten muss, bis sie einen definitiven Entscheid erhält. Aus dieser Perspektive ist ein Verfahren mit getrennter Verfügungskompetenz nicht geeignet, das Verfahren zu beschleunigen, denn die Ausgleichskasse wird ihre Berechnungen betreffend Taggeld und Rentenhöhe erst an die Hand nehmen

können, wenn die Verfügung der IV-Stelle erlassen und die Einsprachefrist unbenützt verstrichen respektive ein allfälliges Einsprache- und Beschwerdeverfahren rechtskräftig abgeschlossen ist. Eine zusätzliche unzumutbare Verfahrensverlängerung wurde sich in all jenen Fällen ergeben, in denen sowohl der Invaliditatsgrad als auch die Rentenberechnungsgrundlagen bestritten sind. In solchen Fällen müsste wegen derselben Leistung zweimal hintereinander das Rechtsmittelverfahren durchgespielt werden. Es wurde das Gegenteil von Herrn Widrigs gut gemeinter Absicht einteten

Es gibt auch materiell-rechtliche Becenken, die wir nicht ausser Acht lassen durfen. Herr Widrig hat erklart, dass mit dieser getrennten Verfügungskompetenz mehr Transparenz entsteht. Ich möchte das bestreiten, denn als während der dritten IVG-Revision genau dasselbe Anliegen auch in Beratung stand – das ist erst wenige Jahre her –, da siedelte man ganz bewusst den Entscheid bei einer einzigen Stelle, eben der IV-Stelle an. Um der Transparenz willen wurde hier die Zustandigkeit konzentriert – dies aus der Erfahrung, dass die Betroffenen, die auf eine Leistung warten, sehr oft nicht mehr wissen, wer für welche Dinge zuständig ist, und die Wiedereinführung dieses Problems kann ja wohl nicht der Sinn des Antrages Widrig sein.

Der Antrag widerspricht aber auch allgemein verwaltungsrechtlichen Grundsätzen. Wir haben den Grundsätz, auch im Sozialversicherungsrecht, dass über ein und dieselbe Leistung eine Amtsstelle entscheidet und nicht zwei. Es geht nicht an, dass zwei selbstständig anfechtbare Verfugungen für ein und dieselbe Sache im Raum stehen Feststellungsverfügungen sind im Allgemeinen ohnehin nur zulässig, wenn das Rechtsverhältnis nicht im Rahmen einer Leistungsverfügung geregelt werden kann.

Dies ist auch hier so. Wenn der Minderheitsantrag durchkäme, würde durch die getrennte Verfügung letztlich der Rechtsschutz der Betroffenen geschmälert. Ich kann das anhand eines Beispiels verdeutlichen Wenn bei einer zweigeteilten Kompetenz die Versicherten die Verfügung der IV nicht anfechten, weil sie noch gar nicht wissen können, wie später die finanzielle Kehrseite der Medaille dieser Einstufung durch die IV-Stelle aussieht, und erst viel später, nachdem alle Rechtsmittelfristen abgelaufen sind, der Finanzentscheid kommt, wird ihnen die Möglichkeit, gegen die Einstufung durch die IV-Stelle das Rechtsmittel zu ergreifen, genommen.

Aus all diesen Gründen, die juristisch zwar kompliziert, aber letztlich sehr wohl in der heutigen Regelung und in der Regelung, die die Mehrheit vertritt, durchdacht und im Interesse der Versicherten geregelt sind, möchte ich Sie bitten, bei der Mehrheit zu bleiben und den Minderheitsantrag Widrig abzulehnen.

Estermann Heinrich (C, LU): Im Namen einer beachtlichen Minderheit der CVP-Fraktion – wir hatten nur eine Stimme Differenz bei unserer internen Abstimmung – bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit Widrig zu unterstützen; dies aus drei Hauptgrunden:

- 1 Die getrennte Verfügungskompetenz von IV-Stelle und Ausgleichskasse fuhrt zu einer rascheren Verfügung einer Leistung, aber auch zu einer schnelleren Anfechtbarkeit eines Entscheides.
- Die Ausgleichskassen begrüssen ausdrücklich diese getrennte Kompetenz im Sinne eines schnelleren Verfahrens.
- 3. Aus eigener Erfahrung weiss ich, wie lange IV-Entscheide sehr oft dauern. Diese getrennte Verfügungskompetenz kann ein gutes Mittel sein, um schnellere IV-Entscheide zu bekommen. Zumindest kann die Ausgleichskasse in sehr kurzer Zeit nach dem IV-Entscheid die Rentenhöhe festlegen, was den Betroffenen sehr entgegenkommt.

Wir müssen das Ganze also von den Betroffenen aus anschauen. Diese haben so wirklich die Möglichkeit, schneller zu einem klaren Entscheid zu kommen. Dass es eine kleine Möglichkeit gibt, dass Anfechtungsprobleme entstehen, ist

nicht ganz auszuschliessen, aber ich glaube, dass wir den Versuch wagen und diesem Antrag zustimmen sollten; es lohnt sich.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie im Namen der grossen Minderheit der CVP-Fraktion, den Antrag der Minderheit Widrig zu unterstützen.

Le président (Christen Yves, premier vice-président): Die SP-Fraktion unterstützt die Mehrheit.

Gross Jost (S, TG), für die Kommission. Ich fasse mich kurz. Frau Nabholz hat die Gründe, weshalb wir Ihnen grossmehrheitlich die Ablehnung des Minderheitsantrages Widrig empfehlen, sehr treffend wiedergegeben. Die Behinderten und ihre Organisationen stehen einer solchen Aufspaltung der Verfügungskompetenz skeptisch gegenüber. Sie wollen eine Ansprechstelle und befürchten einfach, dass sie mit der Anfechtung der Geldleistung zu spät kommen und ihren Rechtsschutz verlieren, wenn sie den ersten Termin in Bezug auf die Einstufung der Invalidität verpasst haben. Unter diesem Gesichtspunkt ist das Verfahren eben nicht effizienter, sondern für die Betroffenen, für die Behinderten – und das sollte ja in erster Linie ausschlaggebend sein – muhsamer und mit mehr Unsicherheiten behaftet.

Aus diesen Gründen ersuchen wir Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Mme Nabholz, en particulier, a très clairement dit quels étaient les désavantages de la proposition de minorité Widrig et j'aimerais, en style télégraphique, le répéter en français aussi. Il faut repousser la proposition de minorité Widrig parce que cela annule une réforme importante qui a été menée dans le cadre de la 3e révision, c'est-à-dire la concentration des responsabilités dans les offices Al. Et si ces derniers ont besoin de quelque chose, ce n'est pas de partager le travail, comme le propose la minorité Widrig, avec une institution placée au même niveau, mais de recevoir un «backing», un soutien matériel régional. Nous aurons l'occasion d'en parler tout à l'heure. Mais répartir, comme cela est demandé, les décisions qui concernent, d'un côté, les rentes, les indemnités journalières et les allocations pour impotents auprès des caisses de compensation et, de l'autre côté, les autres décisions auprès des offices AI, ne simplifie pas les choses. Ce n'est pas «bürgerfreundlich».

Tout le monde sait qu'il vaut mieux devoir s'adresser à une instance plutôt qu'à deux. Cela affaiblit la protection juridique, parce que prendre deux décisions, dont l'une aurait une influence sur l'autre, de façon séparée poserait immédiatement la question de savoir s'il faut faire recours contre la première ou contre la deuxième; mais si c'est contre la deuxième et que la deuxième repose sur la première, alors on a laissé passer le délai de recours. De plus, nous ne pensons pas que cela permette d'accélérer la procédure, parce que les caisses de compensation devraient de toute façon attendre l'entrée en force des décisions des offices Al pour faire leurs calculs. Vollà une conclusion qui est ressortie très clairement des réflexions d'un groupe de travail composé de représentants de l'Office fédéral des assurances sociales, des offices Al et des offices Al cantonaux.

Donc, je crois qu'il n'y a pas de raison de soutenir cette proposition de minorité, d'autant plus qu'elle suscite l'opposition véhémente des organisations d'handicapés, qui ont bien vu qu'il s'agissait là d'une péjoration de la situation juridique des assurés et de la transparence nécessaire de l'administration.

Le président (Christen Yves, premier vice-président): Le vote vaut également pour l'article 60 alinéa 1er lettre d.

Abstimmung – Vote Für den Antrag der Mehrheit ... 69 Stimmen Für den Antrag der Minderheit 66 Stimmen

Art. 59

Antrag der Kommission

Mehrheit

Abs. 2

Zur Beurteilung der medizinischen Anspruchsvoraussetzungen stehen den IV-Stellen interdisziplinar zusammengesetzte regionale ärztliche Dienste zur Verfügung. Diese unterstehen der direkten fachlichen Aufsicht des zuständigen Bundesamtes, sind aber in ihrem medizinischen Sachentscheid im Einzelfall unabhängig. Der Bundesrat regelt deren Organisation und Aufgaben sowie die Befugnisse des zustandigen Bundesamtes.

Abs. 2bis

Das zustandige Bundesamt kann anstelle regionaler ärztlicher Dienste nach Absatz 2 kantonale und regionale Modelle der IV-Stellen auf freiwilliger Basis bewilligen, sofern diese die Mindestanforderungen gemäss Verordnungsrecht erfüllen.

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Hassler, Loepfe, Meyer Thérèse)

Abs. 2

Sie können selber ärztliche Untersuchungen bei Versicherten vornehmen, Spezialisten der privaten Invalidenhilfe, Experten, medizinische und berufliche Abklärungsstellen sowie Dienste anderer Sozialversicherungsträger beiziehen.

Streichen

Art. 59

Proposition de la commission

Majorité

AI. 2

Les offices Al s'adressent à des services médicaux régionaux interdisciplinaires pour l'appréciation des conditions médicales nécessaires à l'octroi d'indemnités. Ces services sont soumis à la surveillance matérielle directe de l'office fédéral compétent, mais sont indépendants dans l'appréciation médicale du cas d'espèce Le Conseil fédéral règle leur organisation et leurs tâches ainsi que les compétences de l'office fédéral concerné

L'office fédéral compétent peut autoriser les offices Al à mettre sur pied sur une base volontaire, à la place des services médicaux régionaux de l'alinéa 2, des modèles cantonaux ou régionaux, à condition que ces derniers remplissent les exigences minimales prévues dans l'ordonnance.

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Hassler, Loepfe, Meyer Thérèse)

Ils peuvent procéder eux-mêmes aux examens médicaux des assurés ou faire appel à des spécialistes de l'aide privée aux invalides, à des experts, aux centres d'observation médicale et professionnelle ainsi qu'aux organes d'autres assurances sociales.

AI. 3 Biffer

Hassler Hansjörg (V, GR): Die ärztliche Beurteilung im Entscheidverfahren über einen Rentenanspruch in der IV befriedigt heute nicht vollumfänglich. Das Bundesamt für Sozialversicherung hat darum im Hinblick auf die vierte IV-Revision eine Studie zu diesem Thema dem Institut Interface - einem Institut für Politikstudien in Luzern - in Auftrag gegeben. Der Bericht liegt nun vor. Er macht zum Problemkreis der ärztlichen Beurteilung im ganzen Entscheidverfahren über einen Rentenanspruch in der IV klare und unmissverständliche Aussagen. Die Studie empfiehlt keine regionalen ärztlichen Dienste, wie dies vom Bundesrat und von der Kommissionsmehrheit jetzt vorgeschlagen wird.

Ganz ım Gegenteil: Die Studie schlägt vor, die bestehenden IV-Stellen der Kantone zu stärken. Zur Bedeutung des arztlichen Dienstes der IV-Stellen steht im Bericht: «In der Zwischenzeit ist der medizinische Dienst bei den IV-Stellen zu einem zentralen Bestandteil des Abklärungsverfahrens geworden.» Oder ein weiteres Zitat: «Insbesondere die direkte informelle Beratung der anderen Fachdienste bei den IV-Stellen bezüglich medizinischer Fragen wird als positive Auswirkung der Einrichtung des arztlichen Dienstes betrach-

Zur Begründung der Einführung regionaler ärztlicher Dienste werden immer wieder die unterschiedlichen Rentenguoten zwischen den Kantonen erwähnt. In Tat und Wahrheit ist es aber so, dass die IV im Vergleich mit ähnlichen kantonalen Werten aus der Kranken- oder Unfallversicherung die geringsten kantonalen Abweichungen kennt. Zudem kann der Interface-Studie entnommen werden, dass sich die Rentenquoten zwischen den Kantonen einander annähern und die Unterschiede seit 1995 sehr gering sind. Vor 1995 resultierten namhafte Unterschiede bei den Rentenquoten. Seit der dritten IV-Revision mit der Schaffung der interdisziplinären Teams bei den IV-Stellen haben sich die Rentenquoten unter den Kantonen jedoch angeglichen. Diese bewährten interdisziplinären Teams bei den IV-Stellen wollen Bundesrat und Kommissionsmehrheit nun wieder aufbrechen. Ein Herauslösen der Ärzte aus dem Entscheidungsprozess der IV-Stellen würde einen Rückschritt in überwundene Strukturen bedeuten mit zusätzlichen Fristen, Wartezeiten und Koordinationsproblemen.

Als Alternative zu den regionalen arztlichen Diensten schlägt die Minderheit vor. den IV-Stellen eine medizinische Untersuchungskompetenz einzuräumen. Damit sich der medizınische Dienst der IV-Stelle bei unklaren und komplexen Situationen selber ein Bild im Hinblick auf Zusatzabklärungen machen kann, ist eine Untersuchungskompetenz erforderlich. Bei der Unfallversicherung und bei der Krankenversicherung ist dies heute bereits eine Selbstverständlichkeit. Noch ein Wort zu den Kosten: Die Verwaltungskosten bei der IV steigen mit der Einführung der regionalen ärztlichen Dienste massıv an Das Bundesamt für Sozialversicherung rechnet mit 20 Millionen Franken Mehrkosten pro Jahr. Das ist zu viel. Die vierte IV-Revision hat eine finanzielle Konsolidierung der IV zum Ziel. Der Bundesrat und die Kommissionsmehrheit sind trotzdem bereit, für die Administration

jahrlich 20 Millionen Franken mehr auszugeben. Auch im Vernehmlassungsverfahren wurde die Einführung regionaler ärztlicher Dienste grossmehrheitlich abgelehnt: Zwanzig Kantone haben sich klar dagegen ausgesprochen. Diesem Umstand hat weder der Bundesrat noch die Kommissionsmehrheit Rechnung getragen.

Die Minderheit ist überzeugt, dass sich der Bundesrat und die Kommissionsmehrheit mit den vorgesehenen regionalen ärztlichen Diensten ganz falsche Hoffnungen machen. Mit den regionalen ärztlichen Diensten wird eine zusätzliche Institution geschaffen; die Verfahrensabläufe werden unserer Meinung nach komplizierter, die Behandlungsfristen noch länger, dazu steigen die Verwaltungskosten erheblich. Daher ist die Kommissionsminderheit überzeugt, dass von den regionalen ärztlichen Diensten abzusehen ist und als Alternative die IV-Stellen zu stärken und mit der ärztlichen Untersuchungskompetenz auszustatten sind.

Die Kommissionsmehrheit versucht mit einem Kompromissvorschlag, unseren Anliegen entgegenzukommen. Der Versuch überzeugt aber nicht. Für die regionalen ärztlichen Dienste sind nach der Kommissionsmehrheit interdisziplinare Teams vorgesehen, wie sie heute bei den IV-Stellen bereits im Einsatz sind. Diese interdisziplinären Teams der regionalen arztlichen Dienste haben aber nur die Kompetenz, die medizinischen Anspruchsvoraussetzungen zu beurteilen. In dieser Form machen die regionalen ärztlichen Dienste keinen Sinn; die Kompetenzabstufungen zwischen den regionalen ärztlichen Diensten und den IV-Stellen werden verwischt und sind unklar. Wir müssen uns fragen, welche Institution die Verantwortung für die getroffenen Entscheide, auch für Fehlentscheide, zu tragen hat: Ist es der 01 015

Bund, sind es die regionalen ärztlichen Dienste oder die IV-Stellen? Auch in diesem Bereich schafft die Fassung der Mehrheit mehr Verwirrung als Klärung.

Die Kommissionsminderheit will klare, einfache und bewährte Strukturen mit einer entsprechend klaren Kompetenzzuteilung an die kantonalen IV-Stellen.

Gutzwiller Felix (R, ZH). Die FDP-Fraktion spricht sich hier für den Vorschlag der Mehrheit aus, die als Ergebnis der Kommissionsdiskussionen den Zusatz in Absatz 2bis definiert hat. Nach unserer Ansicht greift dieser Antrag einige der Anliegen der Minderheit Hassler auf, ohne dass er die Nachteile dieses Minderheitsantrages beinhaltet.

Worum geht es? Es geht hier um einen ganz entscheidenden Artikel dieser Revision. Wir haben im Verlauf dieses langen Tages schon verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die heutige Berentungs- oder Zusprachepraxis je nach lokalen, regionalen oder kantonalen Gegebenheiten sehr unterschiedlich ist und dass es ein dringendes Anliegen dieser Revision sein muss, die Zusprachepraxis zu vereinheitlichen, damit wir stringentere Kriterien haben. Die Anwendung dieser Kriterien besser zu überwachen, das ist ein zentrales Gebot, wenn wir auch die tinanzielle Konsolidierung der IV im Auge haben.

Ein Teil betrifft damit die Kompetenz, auch medizinische Untersuchungen vornehmen zu können – darüber sind wir uns mit der Minderheit einig –; das wird sinnvollerweise in der Zukunft möglich sein. Die Frage ist aber, in welchem organisatorischen Kontext dies geschehen soll. Hier finden sich die Unterschiede zwischen Mehrheit und Minderheit. Die Minderheit belässt diese Kompetenz abschliessend bei den kantonalen oder regionalen IV-Stellen. Wir sind der Meinung, dass zwar die regionalen Stellen ihre Modelle einbringen sollten; wir müssen aber sicherstellen, dass die Kriterien, die hier zugrunde gelegt werder, einheitlich sind und dass es eine Fachaufsicht des BSV geben kann, die diese Kriterien homogenisiert.

Deshalb haben wir in der Kommission den Absatz 2bis erarbeitet, der besagt, dass regionale ärztliche Dienste, integriert mit den IV-Stellen, hier anerkannt werden können. Kantonale Modelle können in grösseren Kantonen zum Zuge kommen, die diese Untersuchungskompetenz einbauen wollen. Der Bund würde erst dann eigene Dienste vorschlagen, wenn sich die Kantone oder die Regionen nicht einigten.

Wir möchten aber, dass der Bund die Standards definieren kann, d h die Mindestanforderungen für die fachliche Zusammensetzung der Equipen und für die Richtlinien, die bezüglich der Begutachtungspraxis gelten werden, beispielsweise bei der Begutachtung der psychischen Behinderungen, von denen heute schon oft die Rede war. Wir schlagen also vor, dass das BSV regionale Initiativen durchaus anerkennt. In den Innerschweizer Kantonen laufen beispielsweise Pilotversuche für ein eigenes Modell; dieses Modell soll etabliert werden können, das BSV muss aber die Möglichkeit haben, regelnd einzugreifen.

Ich weise darauf hin, dass neben der Definition dieser Grundregel, diesen durch das BSV festgelegten Anforderungen, noch eine zweite Korrekturmöglichkeit aufgrund des Ergebnisses der Revision bestehen wird; darauf werden wir später zurückkommen. Es ist also ein Konzept, das das Setzen von Richtlinien mit lokalen Modellen kombiniert und dann mit der Revision zusammenbringt, mit der spater eine Überprüfung vorgenommen werden soll Wir sind sicher, dass mit diesem Konzept nicht nur Druck zugunsten homogener Leistungen, sondern auch auf die Finanzen erzielt werden kann.

Wir sınd der Meinung, dass dies mit dem Modell der Minderheit nicht gewahrleistet wird. Ich bitte Sie deshalb, die Mehrheit zu unterstützen.

Wirz-von Planta Christine (L, BS): Wir haben mit dieser Revision die Gelegenheit, Vereinfachungen in das System und in die administrativen Abläufe zu bringen und erst noch Kosten zu sparen. Das sind doch im Grunde genommen auch Ziele dieser Revision. Bei der dritten IV-Revision wurde die Zahl der Ansprechpartner von 170 auf 27 Kompetenzzentren reduziert. Diese Kompetenzzentren erweisen sich als sehr effizient und eben auch als kostengünstig; das hat Herr Hassler ausgeführt. Die Kompetenzzentren gewährleisten - und das ist wichtig und wünschenswert - Interdisziplinarität, und daran wollen wir auch weiterhin festhalten. Was jetzt vorgeschlagen wird, nämlich eine neue ärztliche Bundesverwaltungsstelle, die alle medizinischen Fragen der IV-Fälle pruft, bringt wieder neue administrative Umtriebe mit sich. Und wie gesagt, sie berücksichtigt ausschliesslich die medizinischen Fragen Sinnvoll ist jedoch eine verstärkte medizinische Beurteilung, wie sie heute schon unter Bundesaufsicht durchgeführt wird. Diese Beurteilung kann doch durchaus im Rahmen der jetzigen Strukturen erfolgen, und somit liegt die Kompetenz nicht ausschliesslich bei den kantonalen IV-Stellen – das könnte ja gar nicht sein. Nochmals. ich habe es heute morgen schon gesagt: 19 Kantone - und mit Basel sind es sogar 20 Kantone - haben dies so in ihrer Stellungnahme gefordert und sich gegen die Schaffung eines neuen arztlichen Dienstes des Bundes ausgesprochen Die liberale Fraktion unterstützt den Minderheitsantrag Hassler. Wir finden, dass er im Gegensatz zum kompromissträchtigen Mehrheitsantrag in der Kann-Formulierung klar ist und erst noch auf den bestehenden Strukturen aufgebaut ist.

Rossini Stéphane (S, VS): C'est après un long débat et une réflexion approfondie que le groupe socialiste s'oppose à la proposition de minorité Hassler et soutient celle de la majorité de la commission. Nous partageons tout à fait les arguments qui ont été développés par M. Gutzwiller et j'aimerais relever ici quelques points complémentaires qui ont constitué notre réflexion.

Je crois qu'effectivement, un certain nombre de craintes ont été formulées par les offices cantonaux Al, par les acteurs du terrain. Nous avons eu l'occasion en commission de les auditionner. Un certain nombre de préoccupations concernaient les personnes, c'est-à-dire leur accès aux offices Al, leur accès à ces prestations, notamment en raison de l'éloignement géographique pour les régions périphériques ou en raison de la langue. Nous avons aussi subi un certain nombre de pressions des offices Al. M. Hassler a évoqué tout à l'heure une notion de retour en arrière: je crois que ce n'est pas un retour en arrière. C'est exagéré d'utiliser cette expression, parce que la véritable question qui nous est posée - la réalité à laquelle nous sommes confrontés et le problème dont tous les acteurs s'accordent pour relever la pertinence - est celle de la cohérence des pratiques médicales dans le cadre de cette application. On vit dans notre pays avec un système extrêmement éclaté. Les problèmes sont nombreux et il se pose des questions de principe fondamentales, des questions d'équité, d'égalité de traitement, et les inégalités que beaucoup dénoncent dans ce pays sont de moins en moins acceptables et sont problématiques.

La commission a beaucoup travaillé pour trouver un accord. L'alinéa 2bis, qui dit: «L'office fédéral compétent peut autoriser les offices Al à mettre sur pied sur une base volontaire, à la place des services médicaux régionaux de l'alinéa 2, des modèles cantonaux ou régionaux», est un élément de consensus, un compromis important qui a pu être trouvé, une réponse surtout au souci de ne pas évacuer tous les éléments d'inégalités de traitement qui sont problématiques. On ne peut pas, dans ce débat, du point de vue des bénéficiaires et des gens qui représentent les bénéficiaires de prestations, d'une part, dénoncer les inégalités qui existent, les pratiques disparates, vouloir l'uniformisation et, de l'autre, rejeter en même temps des propositions dès qu'elles sont faites.

Je crois que le Parlement peut soutenir le compromis qui a été trouvé par la majorité de la commission, car il répond au souci et aux préoccupations développés ici par la minorité Hassler, et il permet en même temps de faire un pas dans le bon sens, un pas vers l'uniformisation et l'harmonisation des pratiques. C'est aussi un but fondamental que nous devons défendre.

Widrig Hans Werner (C, SG): Mit der Möglichkeit, eigene medizinische Abklärungen zu treffen - und der Antrag Hassler zielt in diese Richtung -, wurde den IV-Stellen ein Instrument zur Beschleunigung der Verfahren zur Verfügung gestellt. Hier besteht nach meiner Meinung ein Sparpotenzial. Von der Einführung der Untersuchungskompetenz der IV-Ärzte verspreche ich mir mehr als von der Schaffung dieser neuen regionalen ärztlichen Dienste, denn Letztere dienen als zusätzliche Verwaltungsebenen; das kam auch in der Vernehmlassung zum Ausdruck Zudem müssen sie erst noch aufgebaut werden, ohne dass die Vorteile beziffert werden können. Die Untersuchungskompetenz kann dagegen kurzfristig wirksam werden. So bleibt einerseits wertvolle interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den IV-Stellen erhalten, und andererseits werden den IV-Ärzten die gleichen Instrumente in die Hand gelegt, welche die Ärzte in der Unfallversicherung haben. Auch die Vertrauensärzte in der Krankenversicherung durfen die Versicherten personlich untersuchen; das ist in Artikel 57 des Krankenversicherungsgesetzes geregelt. Nach dem Gespräch mit Herrn Otto Piller, Direktor des BSV - er ist nicht mehr hier, aber Frau Beatrice Breitenmoser, Vızedirektorın des BSV, ist noch anwesend -, habe ich noch in der Vernehmlassung nachgeschaut, und ich kann Ihnen sagen, in unserer Vernehmlassung vom September 2000 hat man sich gegenüber diesen regionalen ärztlichen Diensten ablehnend ausgesprochen - ganz klar aus den erwähnten Gründen.

Um hier richtig aufzugleisen – der Ständerat wird dann das Ganze allenfalls nochmals verfeinern –, bitte ich Sie deshalb namens der Mehrheit der CVP-Fraktion, hier dem Antrag der Minderheit Hassler zuzustimmen.

Stahl Jürg (V, ZH): Die SVP-Frakt on wird sich grossmehrheitlich der Mehrheit der Kommission anschliessen. Wir sind der Überzeugung, dass mit dem Vorschlag der Kommissionsmehrheit, dass mit diesem Kompromiss der dringlichen Bestrebung, die kantonalen Unterschiede zu eliminieren, am ehesten entsprochen werden kann. Diese kantonalen Unterschiede bei den IV-Rentenbezügerinnen und -bezügern sind stossend. Sie sind auch nicht verständlich und nachvollziehbar. Aus diesem Grund scheint es uns sinnvoll, eine gewisse Vereinheitlichung der Abklärungspraktiken herbeizuführen. Diesem Vereinheitlichungswunsch entspricht am ehesten der Antrag der Mehrheit der Kommission.

Ich bitte Sie namens der SVP-Fraktion, der Mehrheit zu folgen und dem Kompromiss der Kommission zuzustimmen.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe écologiste communique qu'il soutient la majorité.

Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Herr Gutzwiller, Herr Rossıni und Herr Stahl haoen bereits wesentliche Gründe vorgetragen, warum Ihnen die deutliche Mehrheit der Kommission eine Kompromissfassung zum Entwurf des Bundesrates beantragt.

Die Mehrheit ist überzeugt, dass die regionalen arztlichen Dienste ein Instrument für eine einheitlichere Berentungspraxis angesichts der grossen interkantonalen Unterschiede und damit auch ein Instrument zur Kostensenkung sein können

Deshalb kann man hier die Mehrkosten, die beim Modell der Mehrheit 20 Millionen Franken betragen dürften, nicht dagegen anführen, weil diese Kostenlenkung mittel- und langfristig dazu fuhren soll, die Ausgaben durch eine insgesamt einheitlichere Praxis zu kanalisieren und auch zu mindern. In Absatz 2 haben wir wesentliche neue Elemente im Sinne und im Interesse des Betroffenen eingebaut. Wir haben die interdisziplinäre Begutachtung, aber kein Weisungsrecht des ärztlichen Dienstes im Einzelfall vorgesehen Die ärztlichen Dienste sollen also unabhängig arbeiten. Wir haben vor allem dafür gesorgt, dass die bereits bestehenden Kooperati-

onsmodelle der Kantone, die sehr gut funktionieren – davon haben wir uns überzeugt –, nicht beeinträchtigt werden. Wo also Kantone bereits auf freiwilliger Basis zusammenarbeiten, ist es wichtig, dass sie im Rahmen der Mindestanforderungen des Bundes arbeiten und eine entsprechende Bewilligung des Bundesamtes haben. Wenn dies aber schon der Fall ist, besteht keinerlei Anlass, das Ganze infrage zu stellen. Auch die grossen Kantone sollen nicht zur Schaffung interkantonaler regionaler ärztlicher Dienste gezwungen werden. Ich glaube, damit wird das Prinzip der Subsidiarität optimal verwirklicht. Wir wollen dort koordinieren und zusammenfassen, wo es nötig ist, nicht dort, wo die Kantone schon auf freiwilliger Basis nach einheitlichen Kriterien arbeiten.

Ich bitte Sie in diesem Sinne, die Mehrheit zu unterstützen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: J'aimerais vous recommander de soutenir la proposition de la majorité de votre commission. En effet, le Conseil fédéral peut se rallier aux précisions en trois points qui ont été apportées. Les services sont interdisciplinaires, mais interdisciplinaires sur le plan médical. Il faut bien insister sur le fait que ce ne sont que des services médicaux et qu'ils n'interviennent pas dans la responsabilité, qui est justement celle de prendre la décision et d'accorder les prestations, et qui reste intégralement aux offices Al des cantons. Donc, s'agissant de la question qui a été posée: «Wer trägt dann die Verantwortung?», il est évident que ce sont les offices Al qui portent la responsabilité et qui ont ainsi simplement l'appui matériel, technique, médical qui leur facilite cette décision.

Quant à l'Office fédéral des assurances sociales (OFAS), c'est bien sûr en travaillant avec ces offices régionaux qu'il peut apporter sa contribution en termes de formation des médecins installés dans les différentes villes et régions du pays. Cela lui permet d'unifier, de réfléchir à la définition de telle ou telle maladie et donc de contribuer à uniformiser les pratiques de l'assurance-invalidité dans l'ensemble du pays. Mais ce n'est pas une structure qui est dans la ligne. Elle n'a pas d'autorité sur les offices cantonaux. Elle figure comme aide, comme référence médicale pour le fonctionnement des offices Al. Je dois dire que la surveillance qu'exerce l'OFAS sur les organismes cantonaux n'est pas une surveillance matérielle. L'OFAS n'a pas la possibilité, actuellement, de permettre aux différents médecins qui doivent poser des diagnostics et tirer les conséquences aux yeux de l'assuranceinvalidité, de le faire de façon uniforme. Le seul contrôle qui est fait est un contrôle indirect sur les décisions prises par les offices cantonaux. Il n'y a pas de contrôle fédéral, «Bundesaufsicht», sur les décisions médicales prises dans le cadre des offices cantonaux. C'est la raison pour laquelle nous pensons qu'il est dans l'intérêt, à la fois des offices cantonaux et de l'OFAS, d'avoir ces centres de compétences multidisciplinaires dans le domaine médical, afin d'apporter leur contribution au système. Je ne crois pas que la simplification ou l'économie recherchées le soient à bon escient ici.

Je vous rappelle juste une chose, puisqu'on a parlé de la réaction des cantons. Quand on vient à la tribune dire que la majorité des cantons refuse une proposition, on a rapidement un problème de légitimité: a-t-on alors raison d'insister ou non? Puis-je vous rappeler que l'origine de ces services médicaux régionaux ne vient pas de l'administration, mais du Parlement? C'est dans le cadre des mesures tendant à garantir un meilleur contrôle et une meilleure uniformité de la pratique de l'assurance-invalidité que vous avez fait cette proposition. Puis, nous l'avons reprise et exécutée selon votre voeu. Elle faisait partie de la première partie de la révision. Pendant la campagne qui a mené à la votation, elle n'a été ni remise en question ni même discutée. Au contraire, elle a été présentée comme un instrument essentiel pour harmoniser l'assurance-invalidité dans l'ensemble du pays. Mais c'est une méthode douce, non autoritaire, une méthode à l'évidence médicale et non une méthode administrative. Alors je crois que le projet du Conseil fédéral, tel qu'il a été amendé par la majorité de la commission, est absolument



légitime. Cet élément vient du Parlement. Il n'a jamais été remis en question pendant une campagne de votation et attend que vous l'adoptiez.

Je vous prie donc d'adopter la proposition de la majorité de la commission.

Abstimmung – Vote Für den Antrag der Mehrheit 105 Stimmen Für den Antrag der Minderheit 31 Stimmen

Art. 60 Abs. 1

Antrag der Kommission
Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Minderheit
(Widrig, Egerszegi, Suter, Tschuppert)
d. die Verfügungen über die Geldleistungen nach den Buchstaben b und c

Art. 60 al. 1

Proposition de la commission Majorité Adhérer au projet du Conseil fédéral Minorité (Widrig, Egerszegi, Suter, Tschuppert)

d. prendre les décisions relatives aux prestations financières visées aux lettres b et c.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Nous avons déjà voté sur la proposition de minorité Widrig à l'article 57.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 64 Abs. 2

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Hess Peter

Die Geschäftsführung der IV-Stellen ist durch unabhängige, externe, spezialisierte und vom zuständigen Bundesamt anerkannte Revisionsstellen jährlich zu überprüfen.

Art. 64 al. 2

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Hess Peter

La gestion des offices Al est examinée chaque année par des organes de révision indépendants externes, spécialisés et reconnus par l'office fédéral.

Hess Peter (C, ZG): Zur Interessenbindung: Ich bin personlich normalerweise nicht im Sozialversicherungsbereich tätig und habe auch keine Verbindungen zur Revisionsbranche. Ich bin jedoch von verschiedenen kantonalen IV-Stellen auf eine Problemsituation hingewiesen worden.

Worum geht es? Im Bereich der Sozialversicherungen hat das Bundesamt für Sozialversicherung generell eine Aufsichtsfunktion mit verschiedenen Auspragungen. So ist es im Bereich der Krankenversicherung für die Bewilligung der Prämien zustandig, oder es erteilt kantonalen Ausgleichskassen Bewilligungen für die Erfullung weiterer Sozialversicherungsaufgaben, oder es überprüft und genehmigt im Rahmen der organisatorischen Aufsicht kantonale Einführungsgesetze im Bereich AHV/IV.

Zentraler Bestandteil dieser Aufsichtsfunktion über die Sozialversicherung im engeren Sinn ist, mit einer Ausnahme, eine einheitliche, bewährte und zeitgemässe Revisionspraxis. Sie basiert auf den drei Pfeilern jährliche Revision, anerkannte und unabhangige Revisionsstelle, standardisierte und publizierte Revisionsbestimmungen. Diese Revisionspraxis gilt für die AHV mit Ausgaben, im Jahre 2000, von

rund 26,7 Milliarden Franken, für die berufliche Vorsorge mit Ausgaben von 28,7 Milliarden Franken, für die Krankenversicherungen mit Ausgaben von 18,4 Milliarden Franken, für die Erwerbsersatzordnung mit Ausgaben von 600 Millionen Franken wie auch für den Bereich der Familienzulagen mit Ausgaben von 4,3 Milliarden Franken.

Die prominente Fehlende in dieser Aufzählung ist die Invalidenversicherung mit einem Ausgabenvolumen von 8 Milliarden Franken. Hier sind wir mit der unverständlichen Situation konfrontiert, dass das gleiche Bundesamt, das die Organisation, den Stellenplan und das jährliche Verwaltungskostenbudget jeder IV-Stelle zu bewilligen hat, gleichzeitig auch für die Revision dieser Stellen zuständig ist. Wenn aber das für die Betriebsführung indirekt mitverantwortliche Bundesamt auch noch selber die Revision durchführt, ist das begründete Postulat der Unabhängigkeit der Revision, wie sie der Gesetzgeber für alle übrigen Sozialversicherungen und, im Obligationenrecht, auch für Aktiengesellschaften fordert, nicht erfüllt.

Konkret prasentiert sich die Situation bei der IV wie folgt: Es gibt keine jährlichen Kontrollen. Das Intervall betrug bis vor kurzem rund fünf Jahre und beträgt heute rund drei Jahre. Es gibt keine anerkannten und unabhängigen Revisionsstellen; vielmehr hat das Bundesamt selbst diese Funktion inne. Die Revisionen erfolgen in der Regel nicht vor Ort, sondern es werden Hunderte von Dossiers nach Bern geschickt. Und schliesslich: Es gibt keine publizierten Weisungen uber die Revision der IV-Stellen, ja, nicht einmal die IV-Stellen kennen die BSV-internen Richtlinien betreffend die Revision der IV-Stellen.

In den anderen Sozialversicherungen hingegen – AHV, BVG, EO, KV usw. – wird die Kontrolle vor Ort in bewährter Praxis von Revisionsstellen wahrgenommen. Bei diesen Revisionsstellen muss es sich um fachlich qualifizierte und unabhängige Organe handeln, die vom Bundesamt für diese Aufgabe speziell anerkannt werden und die ihre Aufgaben aufgrund intern publizierter Weisungen des Bundesamtes erfullen.

In der Kommission hat die Vertreterin der Verwaltung gegen den Antrag unter anderem eingewendet, das Bundesamt prufe eben nicht in erster Linie finanzielle Entscheide, sondern ob eine Rente zu Recht zugesprochen worden ist oder nicht, ob bei der Hilflosenentschädigung richtig abgeklärt wurde oder nicht. Diesen Einwand kann ich nicht gelten lassen, denn in Artikel 59 haben wir zur Beurteilung der medizinischen Anspruchsvoraussetzungen soeben die Einrichtung regionaler ärztlicher Dienste beschlossen, die unter der direkten fachlichen Aufsicht des Bundesamtes stehen

In seinem Entwurf für eine Ergänzung von Artikel 64 Absatz 2 IVG sieht der Bundesrat nun einen ersten, zögerlichen Schritt zur Verbesserung der Situation vor: Anstelle von periodischen Revisionen sollen in Zukunft jährliche Revisionen stattfinden. Ich mochte hingegen die Gelegenheit der IV-Revision nutzen und verlange daher mit meinem Antrag, dass statt der heute völlig unbefriedigenden Lösung auch bei der IV die bei den übrigen Sozialversicherungen bewährte Praxis eingeführt wird.

Zusammen mit 18 Kantonen, mit der Konferenz der IV-Stellen und weiteren Vernehmlassern bitte ich Sie, meinen Antrag gutzuheissen.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe socialiste communique qu'il rejette la proposition Hess Peter. Par contre, le groupe de l'Union démocratique du centre la soutient.

Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Wie Sie sehen, liegt kein Minderheitsantrag vor, aber dafür jetzt ein Einzelantrag. Das heisst jedoch nicht, dass wir in der Kommission nicht darüber gesprochen hätten. Wir waren in der Kommission der Auffassung, dass wir dem Bundesamt für Sozialversicherung ein wichtiges Instrument der Kontrolle nicht wieder wegnehmen können, wenn wir schon eine verstärkte

fachliche Aufsicht nach einheitlicheren Kriterien durch dieses Bundesamt wollen und den Anspruch haben, die Praxis der kantonalen IV-Stellen ein Stück weit nach einheitlichen Gesichtspunkten zu koordinieren. Ich habe auch so ein bisschen den Verdacht, dass es hier darum geht, zusätzliche Arbeit zu beschaffen und in die Privatwirtschaft zu vergeben, obwohl wir eigentlich das zustandige Bundesamt eben in seiner Fachkompetenz stärken wollten.

Ich komme deshalb auch zu ganz anderen Schlüssen als Herr Hess Peter. Herr Hess Peter sagt ja, wir hätten jetzt die regionalen ärztlichen Dienste. Aber die regionalen ärztlichen Dienste sind nicht die entscheidenden Stellen, denn sie beraten und stellen lediglich Antrag an die IV-Stellen. Es stimmt mich bezuglich der IV-Stellen selber etwas misstrauisch, wenn diese jetzt sagen, sie wollen eine externe Aufsicht und nicht mehr der Aufsicht des Bundesamtes für Sozialversicherung unterstehen. Ich denke auch, dass sie vielleicht eben gerade ihr Eigenleben, das sie zum Teil führen, bewahren wollen. Wenn wir vor allem auch einen wirksamen Beitrag zur Kostenlenkung leisten wollen, dann müssen wir das Bundesamt fur Sozialversicherung in dieser Aufgabe stärken und nicht schwächen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je dois aussi vous recommander de rejeter la proposition Hess Peter, d'un côté au nom de l'unification de l'application de l'assurance-invalidité dans l'ensemble du pays, et nous savons que c'est un des problèmes, et de l'autre, parce qu'il s'agit vraiment d'une surveillance matérielle dans ce cas, qui exige une connaissance de la législation et de la jurisprudence. Les réviseurs doivent être de véritables spécialistes de l'Al pour pouvoir déceler des erreurs qui peuvent avoir été commises par les offices. Les fiduciaires et les autres organes de révision externes ne disposent pas aujourd'hui du personnel suffisamment qualifié pour mener à bien le contrôle de gestion des offices Al II s'agıt d'ailleurs d'une surveillance qui requiert des connaissances en droit, en économie et en médecine. Seule une équipe pluridisciplinaire peut maîtriser ces différents aspects, et l'OFAS dispose de collaborateurs spécialisés dans ces domaines. Il n'aurait qu'à renforcer son effectif pour conduire les 27 contrôles annuels de gestion. Il est clair que cet instrument de surveillance est aussi important pour l'OFAS, car il permet de voir si le droit est appliqué de manière uniforme. Si on lui retirait cet instrument, l'OFAS perdrait en grande partie ce contrôle.

J'aimerais ajouter, à propos des exemples que vous avez cités — si j'ai bien compris, il s'agissait de la gestion du fonds AVS à laquelle vous faisiez allusion, ou plutôt des offices des caisses de compensation —, qu'il est clair que ce ne sont pas des décisions de même nature qui sont généralement prises. En effet, il s'agit là de gérer simplement le paiement des ressources, alors que, dans le cas qui nous concerne, il s'agit chaque fois de décisions d'attribution de rente et de suivi des personnes assurées. Cela réclame des compétences que l'on n'a aucun intérêt à disperser auprès d'organes de révision externes.

Abstimmung – Vote
Fur den Antrag Hess Peter ... 91 Stimmen
Für den Antrag der Kommission 49 Stimmen

Art. 68

Antrag der Kommission

Abs. 1

Der Bund erstellt wissenschaftliche Auswertungen über die Umsetzung dieses Gesetzes oder lässt solche Auswertungen erstellen, um:

aa. dessen Anwendung zu uberwachen und zu evaluieren; Abs. 2

Streichen

Abs. 3

.... Aufgaben nach Absatz 1 ergeben.

Art. 68

Proposition de la commission

Al.

La Confédération entreprend ou fait réaliser des études aa. maîtriser et évaluer l'application;

Al. 2

Biffer

Al. 3

.... citées à l'alinéa 1er.

Angenommen - Adopté

Art. 68bis

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 68ter

Antrag der Kommission

Mehrheit

Abs. 1

Der Bund sorgt für eine allgemeine, gesamtschweizerische Information über die Leistungen der Versicherung. Der Bundesrat erlässt die notwendigen Bestimmungen über die Art und Weise der Information.

Abs. 2

Die Versicherung vergütet dem Bund die Kosten, die sich aus der Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 ergeben.

Minderheit

(Goll, Baumann Stephanie, Dormond Marlyse, Fasel, Gross Jost, Rossini, Sommaruga)

Abs. 1bis

Der Bundesrat sorgt im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit für die Koordination der Leistungen zwischen der Invalidenversicherung, den anderen Sozialversicherungszweigen, den Ergänzungsleistungen, der Sozialhilfe, den Kantonen und Gemeinden, welche diese im Bereich der Pflege und Betreuung bzw. Assistenz erbringen.

Art. 68ter

Proposition de la commission

Majorité

Al. 1

La Confédération assure, à l'échelle nationale, une information générale des assurés sur les prestations de l'assurance. Le Conseil fédéral édicte les dispositions nécessaires sur le mode d'information.

Al. 2

L'assurance rembourse à la Confédération les frais résultant de l'accomplissement des tâches citées à l'alinéa 1er.

Minorité

(Goll, Baumann Stephanie, Dormond Marlyse, Fasel, Gross Jost, Rossini, Sommaruga)

Al. 1bis

Le Conseil fédéral veille dans le cadre de la coopération interinstitutionnelle à la coordination des prestations entre l'assurance-invalidité, les autres branches des assurances sociales, les prestations complémentaires, l'aide sociale, et les cantons et les communes qui fournissent ces prestations dans le domaine des soins, de l'aide et de l'assistance.

Goll Christine (S, ZH): Mein Minderheitsantrag zu Artikel 68ter steht nicht alternativ zum Antrag der Mehrheit. Konkret heisst das Dieser Minderheitsantrag versteht sich als eine Ergänzung zum Antrag der Mehrheit zu Absatz 1. Dieser Absatz ist auf der Fahne verloren gegangen; hier wurde es sich nach dem Antrag der Minderheit also um den Absatz 1bis handeln.

Wir schlagen Ihnen vor, dass der Bundesrat im Zusammenhang mit der Informationspflicht, wie sie auch in Absatz 1



formuliert ist, im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit auch für die Koordination der Leistungen zu sorgen hat, und zwar der Leistungen zwischen der Invalidenversicherung, den anderen Sozialversicherungszweigen – also namentlich der Kranken- und der Unfallversicherung –, den Ergänzungsleistungen, der Sozialhilfe und den Beiträgen von Kantonen und Gemeinden, welche im Bereich der Pflege und Betreuung bzw. der Assistenz Leistungen erbringen. Der Bundesrat hatte also für diese Koordination im Leistungsbereich zu sorgen. Konkret beinhaltet dieser Koordinationsauftrag, dass die Informationspflicht zugunsten der Versicherten umfassend erfullt wird, umfassend unter Einbezug des Leistungsbereiches.

Mit unserem Minderheitsantrag knüpfen wir an einen Artikel an, den wir gestern im Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes verabschiedet haben. Es handelt sich dabei um den neuen Artikel 85f; dieser Artikel 85f fordert, dass die interinstitutionelle Zusammenarbeit gefördert wird. Im Avig bedeutet das konkret, dass die kantonalen Amtsstellen, die regionalen Arbeitsvermittlungszentren, die Logistikstellen für arbeitsmarktliche Massnahmen und die Kassen eng mit anderen Institutionen zusammenarbeiten. Namentlich erwähnt werden hier auch die Durchführungsorgane der Invalidenund der Krankenversicherung, die Sozialdienste der Kantone und Gemeinden sowie weitere kantonale Amtsstellen. In diesem Zusammenhang geht es um eine Erweiterung der Informationspflicht.

Ich mochte Sie bitten, hier für mehr Koordination und Transparenz zugunsten der Versicherten zu sorgen.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe radical-démocratique communique qu'il soutient la majorité.

Rossini Stéphane (S, VS): Le groupe socialiste soutient la proposition de minorité à l'article 68ter. Je souhaite intervenir pour évoquer quelques éléments qui me paraissent extrêmement importants dans ce débat autour d'un régime de protection sociale qui implique toute une série de démarches au niveau des cantons et des régions.

En commission, le débat a porté non seulement sur la problématique de la coordination, mais aussi sur des propositions qui ont tenté d'aller plus loin. Il a même été proposé d'harmoniser toute une série d'éléments relatifs notamment aux définitions. Manifestement, nous nous sommes rendu compte très vite qu'en travaillant sur la seule assurance-invalidité, il devenait particulièrement difficile, pour ne pas dire impossible, d'entrer dans une démarche d'harmonisation.

Par conséquent, je crois qu'il est important de soutenir la proposition de minorité Goll parce qu'elle donne un signal politique qui demande au Consell fédéral d'adopter une attitude dynamique et constructive par rapport à la problématique de la coordination des différents régimes de protection sociale. La société helvétique est extrêmement complexe dans sa structure; les régimes de protection sociale qui en découlent le sont plus encore, parce que les 26 cantons sont multipliés par autant d'applications particulières selon les régimes. Nous avons un devoir aujourd'hui de faciliter l'accès à l'information et aux prestations, de stimuler et de renforcer les synergies entre les différents régimes, à la fois les régimes d'assurance sociale fédérale et les régimes cantonaux, pour éviter la confusion, des pertes d'efficacité et des doublons dans les démarches.

Cette idée de coopération, de coordination est extrêmement importante et nous devons, là où nous pouvons le faire – comme l'a expliqué Mme Goll par rapport à l'assurance-chômage –, le tenter dans l'assurance-invalidité. C'est une première étape par rapport à une modernisation d'un système qui est beaucoup trop complexe et qui devient, par là même, relativement confus pour les citoyens et les assurés de ce pays.

Je vous invite à soutenir la proposition de minorité.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: Je vous demande de soutenir la proposition de la majorité de la commission. En effet, elle s'est ralliée aux sentiments du Conseil fédéral qui ne nie pas la nécessité d'une certaine coopération et coordination. La minorité de la commission, par la voix de M. Rossini, a voulu donner un signal politique, et nous, nous sommes placés vis-à-vis de la pratique. Cette minorité aimerait une coordination des prestations depuis l'assurance-invalidité, les autres branches d'assurance, jusqu'à l'aide sociale qui se donne au niveau des communes. Le Conseil fédéral dit bien humblement et bien pratiquement que ce n'est pas possible pour lui d'organiser ce genre de coordination, il pense donc qu'il faut faire un effort de coordination, mais qu'il serait plus facile de l'organiser à un niveau plus proche de l'assuré lui-même. Des réflexions vont se poursuivre dans ce sens.

Consciente de la difficulté d'organiser cela selon la façon demandée par la minorité, je vous demande de soutenir la proposition de la majorité de la commission.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: La proposition de la majorité n'est contestée par personne, puisque la proposition de minorité Goll consiste à ajouter un alinéa 1 bis à l'article 68ter proposé par la majorité de la commission.

Le Conseil fédéral se rallie à la proposition de la majorité, qui est une disposition qu'il avait introduite initialement ailleurs, et qui se retrouve ainsi mise en évidence en figurant à l'article 68ter. Nous soutenons donc la proposition de la majorité.

Vaut-il la peine d'ajouter cet alinéa 1bis? Je ne le pense pas pour les raisons qui ont déjà été expliquées. Je ne vois pas comment nous pourrions, d'une façon autre que verbale, assurer une coopération interinstitutionnelle et une coordination pour des prestations pour lesquelles nous n'avons pas de compétence. En d'autres termes, en ce qui concerne ce qui est versé par les communes et les cantons, nous pouvons essayer de développer une philosophie commune, mais nous n'avons aucune compétence qui nous permette de rassembler ces différents flux. Ceux qui ont la compétence et la tâche de répondre au besoin de clarté et de transparence des habitants et des habitantes de Suisse, ce sont les services de proximité, les services sociaux dans les communes, les cantons, et non la Confédération.

C'est la raison pour laquelle je vous propose de soutenir la proposition de la majorité de la commission.

Abstimmung – Vote Für den Antrag der Mehrheit 78 Stimmen Fur den Antrag der Minderheit 44 Stimmen

Art. 68quater

Antrag der Kommission

Titel

Pılotversuche zur Anstellung invalider Versicherter

Abs. 1

Der Bundesrat kann für einzelne Gruppen von invaliden Versicherten zeitlich befristete, vom Gesetz abweichende Pilotversuche zulassen. Sie müssen dazu dienen, Erfahrungen mit Massnahmen zu sammeln, die bei Arbeitgebenden einen Anreiz zur vermehrten Anstellung von eingliederungsfähigen invaliden Versicherten schaffen.

Abs. 2

Die Pilotversuche dürfen die gesetzlichen Ansprüche der Leistungsempfanger nicht beeinträchtigen.

Abs. 3

Der Bundesrat kann Pilotversuche, die sich bewahrt haben, während höchstens vier Jahren weiterführen.

Abs. 4

Für die Finanzierung können Mittel der Versicherung herangezogen werden.

Art. 68quater

Proposition de la commission

Titre

Essai pilote pour l'engagement d'assurés invalides



ΔI 1

Pour certains groupes d'assurés invalides, le Conseil fédéral peut autoriser des essais pilotes non prévus par la loi, de durée limitée. Les essais doivent avoir pour but de recueillir des expériences en matière de mesures destinées à renforcer, auprès des employeurs, l'incitation économique à la réinsertion professionnelle.

AI 2

Les essais pilotes ne doivent pas compromettre les droits aux prestations des bénéficiaires.

Al. 3

Le Conseil fédéral peut prolonger pendant quatre ans au maximum les essais pilotes dont l'efficacité est avérée.

AI. 4

Le financement peut être assuré par des fonds provenant de l'assurance.

Angenommen – Adopté

Art. 69 Abs. 3

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 69 al. 3

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 73

Antrag der Kommission Abs. 2

ADS. 2

c. Betriebskosten. Unter den gleichen Voraussetzungen können Wohngemeinschaften unterstützt werden, soweit diese durch Institutionen, die gemäss Artikel 73 oder 74 in den Genuss von Leistungen der Versicherung gelangen, betreut werden.

Abs. 4

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Minderheit

(Rossini, Baumann Stephanie, Dormond Marlyse, Gross Jost)

.... werden im Rahmen einer gesamtschweizerisch erstellten Bedarfsplanung gewahrt. Diese wird vom zuständigen Bundesamt in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen nach wissenschaftlichen Kriterien erstellt. Die Bedarfsplanung kann gewissen regionalen Besonderheiten Rechnung tragen.

Art. 73

Proposition de la commission Al. 2

. . . .

c. frais supplémentaires d'exploitation. Il est possible dans les mêmes conditions de soutenir financièrement des communautés d'habitation, pour autant que celles-ci soient suivies par des institutions qui bénéficient de prestations de l'assurance selon les articles 73 et 74.

Al. 4

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Rossini, Baumann Stephanie, Dormond Marlyse, Gross Jost)

.... accordées dans le cadre de l'élaboration d'une planification fédérale des besoins. Celle-ci est mise en oeuvre par l'office fédéral compétent, en étroite collaboration avec les cantons, sur la base de critères scientifiques. Elle peut tenir compte de certains particularismes régionaux. Rossini Stéphane (S, VS). Je vais développer ici ma proposition de minorité se référant à la question de la planification Cet élément, qui pourrait apparaître comme un élément technique, est en fait un élément extrêmement important pour la cohérence de l'application de la loi. Cet élément de cohérence, qui a notamment été souhaité à travers la mise sur pied des services médicaux régionaux, est aussi concerné par la planification.

Le projet du Conseil fédéral d'inscrire la planification dans la loi nous donne finalement l'impression de ne pas aller jusqu'au bout du raisonnement. D'un côté, on souhaite planifier, et c'est essentiel, c'est un élément extrêmement important, et de l'autre, on ne se donne que partiellement les moyens de réaliser cette planification puisqu'on se contente quasiment de procéder à la synthèse, certes aménagée à l'aide de quelques éléments d'appréciation, des propositions qui sont formulées par les cantons. Donc, les subventions aux institutions sont accordées si une planification existe

Mais finalement, il convient d'admettre que si l'on veut une planification, il faut un planificateur. L'expérience de l'assurance-maladie - on me rétorquera qu'on n'est pas vraiment dans la même problématique, mais quand même - nous démontre que lorsqu'une planification est faite par 26 planificateurs, elle n'aboutit pas à grand-chose ou alors, elle perd beaucoup de sa pertinence Cela est d'autant plus vrai dans ce secteur où il est difficile de déterminer objectivement les besoins, non pas les besoins qu'on observe a priori, mais les besoins à venir. La démarche prospective se trouve pourtant, par définition, au coeur d'un processus de planification. La planification doit regarder devant, c'est son sens. Mais pour pouvoir regarder devant, il faut des règles, il faut des critères. Et il faut aussi un leader. Par ailleurs, cette logique d'avoir un planificateur, un leader, ne s'oppose pas à une collaboration avec les différents cantons.

Une étude sur les modalités de planification est actuellement en phase de réalisation dans dix cantons. En la lisant ces jours-ci, J'ai finalement découvert un certain nombre de constats. Ces constats sont les suivants. D'abord, on constate que les modalités actuelles de planification sont trop générales, que la démarche est d'abord centrée sur la justification des besoins, que le choix des méthodes et des données pour un processus prospectif est trop ouvert. Cette situation génère par conséquent des incertitudes. On constate aussi le rôle important de la négociation par rapport à l'intégration de critères scientifiques objectifs qui pourraient servir de cadre. Il en résulte très concrètement des taux d'institutionnalisation approuvés par l'OFAS pour 2003, qui varient pour les homes de 2,5 à 14,8 et pour les ateliers de 3,7 à 8,9. Donc on constate ici de grands écarts.

Ma proposition de minorité demande une vision globale, une cohérence dans le processus de planification, en deux mots du leadership et de la rigueur. En commission, les représentants de l'administration nous ont dit qu'ils disposaient des moyens pour le faire. Il nous faut faire un pas supplémentaire et aller au bout du raisonnement.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe radical-démocratique communique qu'il soutient la majorité. Le groupe socialiste soutient la minorité.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: Ici, la commission, par 7 voix contre 4 et avec 4 abstentions, vous demande de ne pas voter pour une planification fédérale. Bien sûr qu'elle pourrait être utile, mais, M. Rossini l'a dit, il est difficile de déterminer les besoins à venir. Et s'il fallait le faire sur le plan fédéral, cela prendrait trop de temps jusqu'à ce que tout le monde se soit mit d'accord, qu'on ait toutes les données. Actuellement, il paraît très difficilement réalisable de mettre sur pied cette planification fédérale. Il y a encore un effet pervers qui pourrait en découler un manque de flexibilité en cas de besoin dans une région déterminée du pays. Par contre, la majorité de la commission est tout à fait favorable à une planification cantonale bien sûr, mais inter-

cantonale chaque fois qu'il est possible de le faire pour élargir un peu les territoires de la planification.

Je vous demande donc d'adopter la proposition de la majorité de la commission.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Le Conseil fédéral vous recommande également de ne pas suivre la minorité.

J'aimerais ajouter un seul argument: vous aurez bientôt à travailler sur le projet de nouvelle péréquation financière. La proposition de minorité va à l'encontre de cette responsabilité accrue accordée aux cantons. Vous avez raison de remarquer que nous avons fait un progrès, puisque avant, il nous arrivait de soutenir au coup par coup des institutions qui n'étaient pas incluses dans une planification. Nous avons progressé dans la responsabilité des cantons d'établir une planification, et cela correspond sans doute à ce que sera l'avenir si la nouvelle péréquation financière est acceptée. Les cantons et les concordats intercantonaux auront la responsabilité d'assurer cette planification.

C'est la raison pour laquelle nous pensons que le moment serait malvenu de revendiquer une compétence fédérale, au moment même où nous voulons la transmettre aux cantons.

Abs. 2 – Al. 2 Angenommen – Adopté

Abs. 4 - Al. 4

Abstimmung – Vote Für den Antrag der Mehrheit 85 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 48 Stimmen

Art. 73bis

Antrag der Kommission Mehrheit Ablehnung des Antrages der Minderheit

Mınderheit (Stahl, Bortoluzzı, Hassler, Suter)

Abs. 1

Die Institutionen, welche Beiträge nach Artikel 73 Absätze 1 und 2 erhalten, müssen ihr Betriebsbudget der Verwaltung gegenüber jahrlich transparent darlegen. Dabei sind insbesondere folgende Budgetposten klar voneinander zu unterscheiden: Bau- und Renovierungskosten; reine Pensionskosten (Wohnen inklusive Nebenkosten und Nahrungsmittel); Haushaltsführung; Aufwendungen für Pflege, Therapie und Betreuung; Administration und Verwaltung

Beitrage nach Artikel 73 Absatz 2 Buchstaben b und c werden unter der Voraussetzung gewährt, dass eine kantonale oder interkantonale Planung den spezifischen Bedarf nachweist. In dieser sind insbesondere folgende Budgetposten klar voneinander zu unterscheiden: Bau- und Renovierungskosten; reine Pensionskosten (Wohnen inklusive Nebenkosten und Nahrungsmittel); Haushaltsführung; Aufwendungen für Pflege, Therapie und Betreuung; Administration und Verwaltung. Der Bedarf an Pflege, Therapie und Betreuung ist auf die voraussichtlich zu betreuenden Personen bezogen individuell unter Angabe der zeitlichen und funktionellen Hinsicht, wie in Artikel 42ter Absatz 1 vorgesehen, aufzuführen.

Abs. 3

Das zuständige Bundesamt genehmigt die Bedarfsplanung der Kantone mittels einer Verfügung, die mit Vorbehalten und Auflagen verbunden werden kann. Es regelt das Verfahren fur die Einrichtung der Bedarfsplanung der Kantone und legt die Genehmigungskriterien fest.

Art. 73bis

Proposition de la commission Majorité Rejeter la proposition de la minorité Minorité

(Stahl, Bortoluzzi, Hassler, Suter)

AI 1

Les institutions qui reçoivent des subventions prévues à l'article 73 alinéas 1er et 2 doivent présenter leur budget de fonctionnement à l'administration annuellement et de manière transparente. Elles doivent notamment opérer une distinction claire entre les postes budgétaires suivants: frais de construction et de rénovation; frais de pension nets (logement, y compris frais annexes et nourriture); conciergerie; dépenses pour les soins, la thérapie et l'encadrement, administration et gestion.

Al. 2

Les subventions prévues à l'article 73 alinéa 2 lettres b et c ne sont accordées qu'à condition qu'une planification cantonale ou intercantonale fasse état d'un besoin spécifique. Cette planification doit opérer une distinction claire entre les postes budgétaires suivants: frais de construction et de rénovation; frais de pension nets (logement, y compris frais annexes et nourriture); conciergerie; dépenses pour les soins, la thérapie et l'encadrement; administration et gestion. Le besoin en matière de soins, de thérapie et d'encadrement doit être indiqué individuellement pour chaque personne à prendre en charge et s'accompagner de précisions concernant tant la durée que les éléments fonctionnels selon l'article 42ter alinéa 1er.

Al. 3

L'office fédéral compétent approuve la planification des besoins des cantons par voie de décision, qu'il peut assortir de réserves et de charges. Il règle la procédure selon laquelle la planification doit lui être présentée et établit les critères d'approbation.

Stahl Jürg (V, ZH): Während der vergangenen acht Stunden haben wir in dieser IV-Debatte mehrmals die Worte Wahlfreiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit gehört. In diesem Sinne steht auch mein Antrag zu Artikel 73bis gewissermassen in Zusammenhang mit meinen Anträgen zur Assistenz. Ich werde deshalb kurz erläutern, warum ich diesen Antrag in der Kommission gestellt habe und warum ich ihn jetzt als Minderheitsantrag, auch wenn die Minderheit klein ist, aufrechterhalte.

Die Zielsetzungen meines Antrages sind einerseits das Schaffen von mehr Transparenz und andererseits, auf Gesetzesstufe der IV die Instrumente in die Hand zu geben, um Vergleichsgrössen zu erhalten und um so Vergleiche anstellen zu können. Wir haben mit der Assistenzentschädigung ein neues Element in die IV eingeführt. Ich bin froh über dieses Element. Mit der Ausgestaltung und der eingeschlagenen Richtung bin ich nach wie vor nicht ganz zufrieden, aber Sie haben so entschieden. Doch ich glaube, auch im Hinblick auf die nächsten Revisionen ist es wichtig, dass wir diese Vergleichsgrössen haben, dass wir die volle Transparenz sowohl bei der Hausbetreuung wie bei den Institutionen und den Heimstätten haben. Ich bitte Sie, dieser Transparenzsteigerung, der Einrichtung von Instrumenten, zuzustimmen

Ich möchte es aber nicht unterlassen, Ihnen auch den Grund darzulegen, weshalb ich diesen Minderheitsantrag gestellt habe. Das mengenmassige Wachstum von Plätzen in Heimen und vergleichbaren Institutionen bedarf einer Überprüfung. Pro Jahr werden ungefähr zwölf Prozent mehr Heimplätze geschaffen. Die finanziellen Auswirkungen sind enorm, und dabei rede ich nur von den Bundesgeldern, von den IV-Geldern, die gesprochen werden. 1997 waren es für die Institutionen rund 600 Millionen Franken, drei Jahre später sind wir bei einer Subvention der Heimstätten und Heime von 926 Millionen Franken. Das ist eine Steigerung um 326 Millionen Franken. Ich bin der Meinung, dass wir im Zusammenhang mit der Einfuhrung der Assistenz der IV die Möglichkeit geben müssen, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten Es geht mir nicht darum - und das ist ganz wichtig -, das eine gegen das andere auszuspielen. Ich bin überzeugt, dass wir in Zukunft nach wie vor beides brauchen Wir brauchen auch genügend Heimplätze für alle Gruppen von Behinderten, und wir brauchen sie auch an verschiedenen Orten. Aber ich bin der Überzeugung, dass eine sinnvolle Koordination und eine sinnvolle Aufschlüsselung der Kosten, die verursacht werden, unbedingt nötig sind, damit wir eben auch in fünf, zehn oder vielleicht funfzehn Jahren sagen können: Dieser Weg hat sich gelohnt, die Entscheidung für die Assistenzentschädigung war richtig, wir könnten das bei einer weiteren Revision ausbauen. Ich bitte Sie, wenn Sie für mehr Transparenz sind und wenn Sie diese Instrumente der IV in die Hand geben möchten, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Le groupe socialiste communique qu'il soutient la majorité.

Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Wenn die Mehrheit der Kommission - und zwar die grosse Mehrheit - Ihnen beantragt, diesen Antrag abzulehnen, dann nicht, weil sie der Auffassung ist, Transparenz sei in diesem Bereich nicht notwendig. Ich möchte aber daran erinnern - insofern rennt Herr Stahl offene Türen ein -, dass wir das Wahlrecht ausdrücklich in Artikel 42 Absatz 1 verankert haben, dass wir auch ausdrücklich verankert haben, dass der Assistenzbedarf ambulant und in den stationären Einrichtungen einheitlich abgeklärt werden soll. Wir haben ein bisschen die Vermutung, dass das Alternativprojekt Stahl hier Aufwendungen bei den kollektiven Leistungen einsparen will, dass also Heimplätze gestrichen werden sollen. Da muss ich Ihnen einfach zwei Zahlen in Erinnerung rufen: Diese Wohnheimplätze sind aktuell so zusammengesetzt, dass sie 4422 psychisch Behinderten dienen, 11 910 geistig Behinderten und nur 2237 körperlich Behinderten. Sie sehen also, diese Wohnheimplatze sind vor allem für psychisch und geistig Behinderte ungeheuer wichtig. Es wäre verantwortungslos, durch einen Abbau im Bereich der kollektiven Leistungen dieses Leistungsangebot infrage zu stellen.

Nun zum Antrag konkret: Wir sind der Auffassung, Herr Stahl, dass das, was Sie in Absatz 1 regeln, nämlich diese Transparenzpflicht, sinnvollerweise im Verordnungsrecht geregelt werden sollte. Dort hat es seinen Platz: dort hat es seine Berechtigung. Wir weisen Sie darauf hin, dass Absatz 2 doch im Wesentlichen mit dem bereits verabschiedeten Artikel 73 Absatz 4 in der bundesrätlichen und in der Fassung der Mehrheit übereinstimmt. Schliesslich ist auch das Genehmigungsrecht des Bundes in Bezug auf die Bedarfsplanung, Herr Stahl, schon in Artikel 73 Absatz 4 der bundesratlichen und der Fassung der Mehrheit, wie Sie sie verabschiedet haben, geregelt. Ich denke also, das Anliegen, das Sie hier vortragen, ist begründet, aber es ist weitgehend erfüllt, und dort, wo es nicht erfüllt ist, hat eben die Mehrheit in diesem Rat entschieden, dass sie das Alternativprojekt Stahl nicht unterstützt.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: J'aimerais vous recommander de ne pas soutenir la proposition de minorité Stahl pour les motifs déjà évoqués et pour un certain nombre d'autres raisons.

La raison première, et peut-être la principale, c'est qu'actuellement, et dans le cadre de ce qu'on appelle le «new public management», qui a toujours trouvé une adhésion assez forte sous cette coupole, on accorde des subventions sous forme de contrats de prestations. Dans un tel cas, on ne procède pas sous forme d'une analyse des budgets qui permet de couvrir une partie des dépenses, mais on cherche à savoir quelles sont les prestations que cette institution fournit. Nous demandons, dans le sens du «new public management», que la subvention nous permette d'acheter des services et non pas de couvrir un budget.

Ensuite, les postes énoncés ici ne sont pas les postes que l'on utilise d'habitude pour ce genre d'institution. Surtout, ils ne concernent que les dépenses. Or, la plupart de ces institutions doivent également faire valoir ce qu'elles ont comme recettes ou ce qu'elles ont comme subventions ou prise en

charge par d'autres associations. Les précisions qui sont apportées dans la loi ne correspondent pas à nos besoins. Dans la mesure où cette transparence est vraiment souhaitable, c'est par voie d'ordonnance, de règlements et de directives que cela doit être fait

Enfin, la question de la planification correspond à un article que nous venons d'accepter et ne devrait pas être répétée ici

C'est la raison pour laquelle nous vous prions de suivre la majorité.

Abstimmung – Vote Für den Antrag der Mehrheit 85 Stimmen Für den Antrag der Minderheit 51 Stimmen

Art. 74 Abs. 1

Antrag der Kommission

Die Versicherung gewährt den sprachregional und national tätigen Dachorganisationen der privaten Invalidenfach- und -selbsthilfe sowie den Ausbildungsstätten für Fachpersonal der beruflichen Eingliederung Beiträge

Art. 74 al. 1

Proposition de la commission

L'assurance alloue aux associations faîtières, de droit privé et actives tant au niveau d'une région linguistique qu'à l'échelon national, pour l'aide spécialisée aux invalides ou pour l'entraide aux invalides ainsi que pour les organismes formant des spécialistes de la réadaptation professionnelle des subventions

Angenommen – Adopté

Art. 75 Abs. 1

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 75 al. 1

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 77 Abs. 1

Antrag der Kommission

bbis. Einnahmen, die sich aus der für die Versicherung bestimmten Anhebung der Mehrwertsteuersätze ergeben;

Art. 77 al. 1

Proposition de la commission

bbis. les recettes qui résultent du relèvement, effectué pour l'assurance, des taux de la taxe sur la valeur ajoutée;

Angenommen – Adopté

Art. 77 Abs. 2; 78; 79 Abs. 1; 86 Abs. 2; Ziff. II Bst. a-d; Ziff. III, IV

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 77 al. 2; 78; 79 al. 1; 86 al. 2; ch. II let. a-d; ch. III. IV

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Nous avons déjà voté sur le chiffre II lettre e.



Änderung bisherigen Rechts Modification du droit en vigueur

Ziff. 1-3

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 1-3

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Ziff. 4 Ingress, Art. 2 Abs. 2 Einleitungssatz, Bst. a; Art. 2c Bst. a, c; Art. 3c Abs. 2 Bst. d, 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 4 préambule, art. 2 al. 2 phrase introductive, let. a; art. 2c let. a, c; art. 3c al. 2 let. d, 3

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 4 Art. 3d

Antrag der Kommission

Abs. Žbis

Fur zu Hause wohnende Personen mit einem Anspruch auf eine Assistenzentschädigung der IV oder der Unfallversicherung erhoht sich der Betrag nach Absatz 2 Buchstabe a auf 90 000 Franken bei hohem Assistenzbedarf, soweit die Kosten für Pflege und Betreuung durch die Assistenzentschädigung nicht gedeckt sind. Der Bundesrat regelt die entsprechende Erhöhung für Personen mit mittlerem Assistenzbedarf sowie die Erhöhung des Betrages nach Absatz 2 Buchstabe b für Ehepaare.

Abs. 2ter

Die Erhöhung des Betrages nach Absatz 2bis besteht auch beim Bezug einer Assistenzentschädigung der AHV, wenn vorher eine Assistenzentschädigung der IV bezogen wurde.

Ch. 4 art. 3d

Proposition de la commission

Al. 2bis

Pour les personnes vivant à domicile qui ont droit à une allocation d'assistance de l'Al ou de l'assurance-accidents, le montant selon l'alinéa 2 lettre a s'élève à 90 000 francs en cas de besoin d'assistance élevé, dans la mesure où les frais de soins et d'assistance ne sont pas couverts par l'allocation d'assistance. Le Conseil fédéral règle l'augmentation correspondante du montant pour les personnes dont le besoin d'assistance est moyen ainsi que l'augmentation du montant selon l'alinéa 2 lettre b pour les couples.

Al. 2ter

Le relèvement du montant selon l'alinéa 2bis est également possible en cas de versement d'une allocation d'assistance par l'AVS, si l'assuré percevait auparavant une allocation d'assistance de l'AI.

Angenommen - Adopté

Ziff. 5. 6

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 5. 6

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 7

Antrag der Kommission

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Mınderheit

(Gross Jost, Dormond Marlyse, Rossini)

Titel

7. Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, Avig)

Art. 59 Abs. 2

Mit arbeitsmarktlichen Massnahmen soll die Eingliederung von Versicherten, die aus Grunden des Arbeitsmarktes oder infolge einer Behinderung erschwert vermittelbar sind, gefördert werden Solche Massnahmen sollen insbesondere:

a. die Vermittlungsfähigkeit der Versicherten verbessern, damit diese rasch und dauerhaft wieder eingegliedert werden können:

b. die beruflichen Qualifikationen entsprechend den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes fördern;

c. die Gefahr von Langzeitarbeitslosigkeit vermindern, oder d. die Möglichkeit bieten, Berufserfahrungen zu sammeln.

Ch 7

Proposition de la commission

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(Gross Jost, Dormond Marlyse, Rossini)

Titre

7 Loi fédérale du 25 juin 1982 sur l'assurance-chômage obligatoire et l'indemnité en cas d'insolvabilité (Loi sur l'assurance-chômage, LACI)

Art. 59 al. 2

La réinsertion professionnelle des assurés difficilement réinsérables pour des raisons liées au marché du travail ou à cause de leur handicap doit être encouragée par des mesures relatives audit marché. Ces mesures doivent notamment:

a. améliorer l'aptitude au placement des assurés de manière à permettre leur réinsertion rapide et durable;

b. promouvoir les qualifications professionnelles des assurés en fonction des besoins du marché du travail:

- c. diminuer le risque de chômage de longue durée; ou
- d, permettre d'acquérir une expérience professionnelle.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): La proposition de la minorité Gross Jost concernant le chiffre 7 est retirée puisqu'elle a été traitée lors du débat sur la loi sur l'assurance-chômage.

Angenommen gemass Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 01.015/1942)

Für Annahme des Entwurfes 112 Stimmen

Dagegen 1 Stimme

2. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Invalidenversicherung durch die Anhebung der Mehrwertsteuersätze

2. Arrêté fédéral sur le financement de l'assurance-invalidité par le biais d'un relèvement des taux de la taxe sur la valeur ajoutée

Detailberatung - Examen de détail

Titel

Antrag der Kommission

Bundesbeschluss über die Finanzierung der Invalidenversicherung durch die Anhebung der Mehrwertsteuersätze



Titre

Proposition de la commission

Arrêté fédéral sur le financement de l'assurance-invalidité par le biais d'un relèvement des taux de la taxe sur la valeur ajoutée

Angenommen - Adopté

Ingress

Antrag der Kommission

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 2. Februar 2000 und vom 21. Februar 2001, beschliesst.

Préambule

Proposition de la commission

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu le message du Conseil fédéral du 2 février 2000 et du 21 février 2001, arrête:

Angenommen - Adopté

Ziff. I

Antrag der Kommission

Einleitung

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 130 Abs. 4a

Zur Sicherstellung der Finanzierung der Invalidenversicherung kann der Bundesrat sämtliche nach den Absatzen 1 und 3 festgesetzten Sätze der Mehrwertsteuer um höchstens einen Prozentpunkt anheben. Sind die Schulden der Invalidenversicherung getilgt, so senkt der Bundesrat die Sätze der Mehrwertsteuer entsprechend.

Art. 130 Abs. 6a

Mehrheit

Der Ertrag aus der Anhebung der Mehrwertsteuersätze nach Absatz 4a geht an die Invalidenversicherung. Minderheit

(Egerszegi, Guisan, Gutzwiller, Heberlein)

Der Ertrag aus der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes nach Absatz 4a geht an die Invalidenversicherung. Ein Anteil am Ertrag wird laufend den Rückstellungen des Bundes für diese Versicherung gutgeschrieben. Dieser Anteil entspricht höchstens dem prozentualen Anteil des Bundes an den Ausgaben dieser Versicherung.

Ch. I

Proposition de la commission

Introduction

La Constitution fédérale est modifiée comme suit:

Art 130 al 4a

Pour garantir le financement de l'assurance-invalidité, le Conseil fédéral peut relever les taux de la taxe sur la valeur ajoutée fixés aux alinéas 1er et 3 d'un point au plus. Lorsque les dettes de l'assurance-invalidité seront amorties, le Conseil fédéral abaissera les taux de la taxe sur la valeur ajoutée.

Art. 130 al. 6a

Majorité

Le produit du relèvement des taux de la taxe sur la valeur ajoutée selon l'alinéa 4a est attribué à l'assurance-invalidité. Minorité

(Egerszegi, Guisan, Gutzwiller, Heberlein)

Le produit du relèvement des taux de la taxe sur la valeur ajoutée selon l'alinéa 4a est attribué à l'assurance-invalidité. Une part de ce produit est créditée au fur et à mesure à la réserve de la Confédération pour ces assurances. Cette part correspond tout au plus à la part proportionnelle de la Confédération aux dépenses de ces assurances.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Ich bitte Sie im Namen der Kommissionsminderheit, bei einer Mehrwertsteuererhohung den Bundesanteil zu belassen.

Die wachsenden Kosten der IV, bedingt durch die enorme Zunahme der Invalidenrenten, belasten auch die Bundeskasse. Der Anteil des Bundes an den Kosten beträgt 37,5 Prozent. Sie erinnern sich: Es ist bereits mehr als einmal darum gegangen, ob wir bei einer Mehrwertsteuererhöhung den Bundesanteil bei der AHV belassen oder nicht. Ich bitte Sie hier bei der IV dringlich, dies zu tun. Erstens ist der Bundesanteil hier um 20 Prozent höher als bei der AHV, und zweitens haben wir nun ganz andere Verhältnisse.

Am 2. Dezember 2001 hat die Bevölkerung mit 85 Prozent Ja zur Schuldenbremse gesagt. Das heisst: Was wir aus der Bundeskasse nehmen, müssen wir irgendwo ergänzen. Jetzt haben wir also, im Gegensatz zur damaligen Debatte zum Mehrwertsteueranteil der AHV, eine ganz andere Ausgangssituation. Wenn Sie diese 37,5 Prozent, die im Finanzplan nicht aufgenommen sind, der Bundeskasse entnehmen – das heisst im Jahre 2004 einen Betrag von rund 450 Millionen, ein Jahr später rund 558 Millionen Franken –, dann müssen Sie zeigen, wo Sie das kompensieren. Die Bevölkerung hat das mit sehr grossem Mehr gewollt. Sie möchte nicht, dass wir Locher in die Bundeskasse machen, um die Locher der IV zu stopfen. Sie will gerechte Zahlen auf dem Tisch. Und sie will ein haushälterisches Gebaren in diesem Parlament.

Also. Wenn Sie diesen Bundesanteil transferieren mochten, dann sind Sie am Zug zu zeigen, wo man diese Einsparungen macht. Einsparungen zu machen – das haben Sie im Rahmen des Budgets gesehen – ist sehr unbequem, ist sehr schwierig zu bewerkstelligen.

Deshalb bitte ich Sie, die Kommissionsminderheit zu unterstützen und bei einer allfällig notwendigen Mehrwertsteuererhöhung den Bundesanteil bei 37,5 Prozent zu belassen.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Bei der Erhebung von Mehrwertsteuerprozenten für die Sozialversicherung geht es immer wieder um die gleiche Frage: Soll die Bundeskasse bei diesen Einnahmen mit begünstigt werden oder nicht? Im Nationalrat hat eine Mehrheit bereits mehrmals, auch bei der AHV-Finanzierung, der Meinung Ausdruck gegeben, dass mit der Mehrwertsteuer eine transparente Finanzierung angestrebt werden soll. Das heisst, dass die neuen Einnahmen voll und ganz den Sozialversicherungen zukommen sollten. Das hatte für den Beschluss, den wir im Zusammenhang mit der 11. AHV-Revision gefasst haben, Gültigkeit. Auch dort hat sich die Mehrheit des Nationalrates für eine vollumfängliche Zuweisung der erhobenen Mehrwertsteuer an die AHV ausgesprochen. Ich meine, wir sollten der damals geäusserten Meinung treu bleiben, dass also dieses Mehrwertsteuerprozent, welches es hier zu beschliessen gilt, nun ebenfalls in vollem Umfang der IV zugute kommt - immer soweit es für das finanzielle Gleichgewicht der IV nötig ist.

Namens der SVP-Fraktion bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit Egerszegi abzulehnen. Ich habe Verständnis für ihr Festhalten; sie wollen ihren Bundesrat nicht ganz allein lassen. Aber – ihre Hartnackigkeit in Ehren – ich hoffe, dass der Nationalrat an seiner bisher geäusserten Meinung in der Mehrheit festhält.

Fattebert Jean (V, VD): Le groupe de l'Union démocratique du centre, dans sa grande majorité, soutient la proposition de minorité Bortoluzzi à l'article 1 er du projet 3. Ce n'est probablement pas une surprise pour vous.

Avec une dette qui passe aujourd'hui le cap des 3 milliards de francs et un déficit annuel de plus de 800 millions de francs, l'assurance-invalidité a un besoin urgent d'argent frais qui se trouve être disponible dans les réserves des APG. Nous n'apprécions en général guère ce genre de mélange des bidons, mais en l'occurrence il y a urgence, et nous pensons, avec le Conseil fédéral et la majorité de la commission, que la solution qui consiste à remettre les compteurs à zéro peut convenir dans l'urgence, ponctuelle-

ment, dans le cadre de la 11e révision de l'AVS et de la 4e révision de l'Al.

Mais, s'il vous plaît, pas de demi-mesure! 3 milliards de francs sont disponibles dans la caisse des APG, 3 milliards de francs sont nécessaires pour redémarrer sainement avec l'Al. Alors, c'est élémentaire comme logique, transférons les 3 milliards de francs. Nous avons le sentiment que la majorité de la commission propose une demi-mesure afin de garder 1,5 milliard de francs pour l'assurance-maternité. C'est, à notre avis, un faux calcul. D'abord, nous n'aurons rien résolu en matière d'assurance-invalidité et nous repartirons avec la loi révisée et un boulet d'endettement préjudiciable à la clarté du fonctionnement de cette assurance.

Ensuite, le milliard et demi de francs convoité par les partisans de l'assurance-maternité pourrait être retrouvé facilement dans les bénéfices des APG d'ici la mise en place du projet Triponez II est pour le moins prématuré de bloquer des fonds pour l'assurance-maternité alors que ce projet est bien loin d'être sous toit. Rappelons ici qu'il faudra vraisemblablement compter avec un référendum et un verdict incertain du peuple.

En conclusion, nous bouclons maintenant la révision de l'AVS et de l'Al avec les moyens que nous avons.

Au nom de la transparence et de la clarté, je vous invite à soutenir la proposition de minorité

Vous éviterez de tomber dans les décisions provisoires qui nous obligeront à refaire du taconnage dans les deux ou trois ans. Au cas où vous ne me feriez pas l'honneur de soutenir cette proposition, je vous recommande, d'ores et déjà, de soutenir la proposition subsidiaire Borer afin d'éviter d'accumuler des réserves. Le but est toujours de savoir qui paie quoi et pourquoi. Merci de contribuer à la transparence et à la logique, comme le préconise le groupe de l'Union démocratique du centre.

Rechsteiner Paul (S, SG): Trotz der fortgeschrittenen Stunde: Bei den Beschlüssen, die wir noch zu fallen haben. geht es finanziell um ausserordentlich viel. Ich bitte Sie namens der SP-Fraktion, der Kommissionsmehrheit zu folgen, und zwar durchwegs. Es braucht in diesem Zusammenhang nur noch kurze Erläuterungen, wie das zu verstehen ist. Wir verstehen die Zustimmung zu den Finanzierungsbeschlussen so, dass wir anerkennen, dass bei der IV ein Finanzierungsbedarf besteht. Wir wollen den gedeckt haben. Es ist aber umgekehrt auch festzustellen, dass im Moment mehrere ganz heikle Finanzierungsfragen bei den Sozialversicherungen zu klären sind. Wir sind der Auffassung, dass diese Finanzierungsfragen in einer Gesamtsicht betrachtet werden müssen und sollen. Das wird realistischerweise nur dann geschehen können, wenn der Ständerat und die stånderatliche Kommission diese Fragen noch einmal integral betrachten.

Worum geht es zusammengefasst? Die AHV-Vorlage ist die Basis für die Anhebung der Mehrwertsteuer. Diese Vorlage ist dem Parlament Anfang 2000 zugeleitet worden. Die IV-Vorlage stammt vom Februar 2001. Neu haben wir inzwischen die Parlamentarische Initiative Triponez (01.426), das heisst die Mutterschaftsversicherung, die hier im Parlament in dieser Session aufgegleist worden ist. Das ist das jungste Projekt. Alle diese Vorhaben mussen finanziert werden. Es braucht eine finanzielle Gesamtschau dieser Projekte. Weil sie sehr unterschiedlich gestartet sind und auf verschiedenen Schienen fahren, muss eine Gesamtschau realistischerweise im Standerat erfolgen. Sie müssen dort zusammengeführt werden. Es geht darum, eine Verfassungsvorlage zu schnuren, mit der nur einmal vor das Volk getreten wird, wenn von der Bevölkerung zusätzliche Mehrwertsteuern verlangt werden.

Damit ist ein weiterer Zusammenhang angesprochen: die Arbeitslosenversicherung. Nach den gestrigen Beschlüssen ist anzunehmen, dass es zu einer Senkung der Lohnprozente kommen wird: spätestens Ende 2003 ein Lohnprozent minus Auch dies muss in der Gesamtschau mit einbezogen werden. Das Projekt einer Mutterschaftsversicherung im

Sinne von Herrn Triponez sieht ja eine Kombination mit der Erwerbsersatzordnung, letztlich also eine Finanzierung via Lohnprozente vor. Hier muss der Zusammenhang mit der Senkung um ein Lohnprozent bei der Arbeitslosenversicherung hergestellt werden. Es ist schwer vorstellbar, dass man erst die Lohnprozente senkt und den Betroffenen, den Mehrwertsteuerpflichtigen, kurz danach eine entsprechende Erhöhung zumutet. Es braucht eine Gesamtschau, die zu einer Verfassungsvorlage führt, die aber dafür sorgt, dass die Finanzierung all dieser Sozialversicherungen integral betrachtet wird - das die Randbemerkung zur Zustimmung zur Vorlage des Bundesrates mit den Anträgen der Mehrheit der Kommission.

Eine Abweichung zum Bundesrat gibt es, die ist fundamental: die Differenz zum Antrag der Minderheit Egerszegi. Es ist die alte Geschichte des Bundesanteils an den Mehrwertsteuererhöhungen, die hier schon mehrmals ausdiskutiert, ausargumentiert worden ist. Es ist schon etwas kuhn, wenn man wie Frau Egerszegi jetzt zum wiederholten Male hingeht und sagt, wenn man die Mehrwertsteuern erhöhe, dann nehme man den Bundesfinanzen etwas weg, indem man keinen Bundesanteil an den Mehrwertsteuererhöhungen begründet. Wenn neue Mehrwertsteuern eingeführt werden. hier im konkreten Falle für die IV, dann müssen diese zusätzlichen Mittel nach den Gesetzen der Logik für die IV eingesetzt werden: Es müssen zusätzliche Mittel für die Invalidenversicherung sein und eben nicht für den Bundeshaushalt! Es geht hier nicht einfach um Peanuts, nicht einfach um nichts, nicht einfach um 37.5 Prozent - das tönt etwas blutleer -, sondern es geht um einen Betrag, der mittelfristig gegen 1 Milliarde Franken pro Jahr ausmacht, also einen absolut substanziellen Betrag. Wir sind der Auffassung: Wenn diese zusätzlichen Mehrwertsteuern erhoben und die Haushaltbudgets belastet werden - am meisten belastet werden ja die Haushaltbudgets bis 100 000 Franken -, dann haben diese Mittel auch den Sozialversicherungen zugute zu kommen, hier konkret der Invalidenversicherung.

In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen und auf das Abenteuer einer zusätzlichen Übertragung von Mitteln aus dem Erwerbsersatzfonds im Sinne des Antrages Bortoluzzi zu verzichten, weil das einer Gesamtschau eben auch entgegensteht. Es geht Herrn Bortoluzzi, das hat er ja auch deklariert, offensichtlich um die Verhinderung des Mutterschaftsprojektes Triponez.

Egerszegi-Obrist Christine (R, AG): Herr Rechsteiner, Ihr Votum hat mich erstaunt. Sie sind Mitglied der WAK, Sie kennen den Finanzplan des Bundes, und Sie wissen, dass dort das Mehrwertsteuerprozent aufgeführt ist und dass dort der Bundesanteil mit aufgeführt ist. Demzufolge können Sie den Finanzplan nicht einhalten Das wissen Sie doch ganz genau!

Rechsteiner Paul (S, SG): Frau Egerszegi, Sie sind Mitglied der bisher staatstragenden Freisinnig-demokratischen Partei. Es ist so, dass man mit einfachen Mitteln das Gleichgewicht des Bundeshaushaltes wahren kann, indem man auf unverantwortliche Steuergeschenke verzichtet und dadurch die Interessen des Bundeshaushaltes wahrt.

Studer Heiner (E, AG). Es sieht so aus, als ob der Antrag der Minderheit einfach ein Antrag zur Stutzung des eigenen Finanzministers sei. Das ist aber nicht der Fall, und zwar deshalb, weil es für diesen Antrag in Bezug auf seine Wirkung einige gute, sachliche Grunde gibt. Wenn auch dieser Rat mit klaren Mehrheiten schon eine andere Auffassung zum Ausdruck gebracht hat, möchten wir klarlegen, dass der Antrag der Minderheit von der Sache her richtig ist. Es ist ohnehin heikel, wenn die zwei grossten Fraktionen, SP und SVP, im gleichen Punkt zur gleichen Folgerung kommen, denn dann mussen unterschiedlichste Motive im Spiel sein. Wenn man dem Antrag der Minderheit zustimmt, dann ist das folgerichtig und was wir als Rat tun müssten. Die Sanierung der Bundesfinanzen gehört ebenso zu unserem Auftrag



wie die Sanierung der Sozialwerke. Wir sind für beides parallel zuständig. Dies allein genügt nicht – und da bin ich mit der Kritik wieder einverstanden –: Man darf nicht Steuergeschenke machen, sondern muss integral hinter dem Finanzminister stehen.

Unsere Fraktion stimmt dem Antrag der Minderheit zu, weil es dafür gute Gründe gibt, welche früher von Hugo Fasel und anderen auch schon bemerkt wurden.

Hess Peter (C, ZG): Herr Rechsteiner, wir sind Ihnen sehr dankbar, dass nun auch Sie endlich einsehen, dass wir eine finanzielle Gesamtschau brauchen. Wir haben das seit drei Jahren mit vielen Vorstössen gefordert und sind leider bei Frau Bundesrätin Dreifuss nie durchgedrungen. Man hat dem etappenweisen Vorgehen den Vorzug gegeben.

Zum Problem selber: Es geht im Vordergrund tatsächlich auch um die Erhaltung des Gleichgewichtes im Bundeshaushalt Wir von der CVP-Fraktion stehen dazu, dass wir bei der nachsten Erhöhung der Mehrwertsteuer Mittel für unsere Sozialwerke einsetzen müssen, aber wir stehen gleichzeitig auch dazu – das ist eine Frage der transparenten Kommunikation gegenüber dem Wähler –, dass wir die Mittel bereitstellen müssen, damit der Bund die stetig wachsenden Aufwendungen in der AHV und vor allem auch in der IV finanzieren kann. Ich glaube, dass es unverantwortlich wäre, so zu tun, als konnten wir immer wieder zu neuen Leistungen kommen – zum Teil geht es auch um Korrekturen, das gebe ich zu –, ohne dass wir gleichzeitig dafur sorgen, dass eben auch bei der Finanzierung die entsprechenden Parallelmassnahmen getroffen werden.

Wenn wir jetzt im Nationalrat bei der kürzlichen AHV-Revision diesen Schritt abgelehnt haben – Herr Studer hat diese unheilige Allianz zwischen SP und SVP, die einmal mehr zustande gekommen ist, sehr schon dargelegt –, dann müssen wir diesen Fehler bei der IV nicht machen. Ich hoffe, dass der Standerat das Ganze dann wieder korrigieren wird, wie das beim letzten Umgang der Fall war.

Noch ein Wort zu Herrn Rechsteiner: Sie haben auch die Arbeitslosenversicherung angesprochen. Die Reduktion von einem Lohnprozent ist kein Geschenk an irgendwelche Beitragszahler. Sie ist eine Korrektur, die versprochen wurde, und sie kann darum nicht in diese Gesamthaushaltsrechnung mit einbezogen werden. Sie werden ja bei der nächsten wirtschaftlichen Rezession wieder auf uns zukommen und von uns, vom Parlament, verlangen, dass wir mit diesem Lohnprozent wieder hochgehen, damit wir dann die notwendigen Finanzen bereitstellen können. Ich bitte Sie also, hier auch die entsprechenden Kategorien richtig zu setzen.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass wir von der CVP-Fraktion – zumindest mehrheitlich – den Antrag der Minderheit Egerszegi unterstützen werden.

Robbiani Meinrado (C, TI): Le groupe démocrate-chrétien soutient, à l'article 1er du projet 3, la proposition de la majorité de la commission, qui consiste à transférer 1,5 milliard de francs du fonds des APG vers l'Al. Il s'oppose par contre formellement tant à la proposition de minorité Bortoluzzi qu'à la proposition subsidiaire Borer.

Si l'on tient compte de l'incidence d'«Armée XXI» et du projet d'assurance-maternité, le fonds des APG va être confronté à un excédent de dépenses à partir à peu près de la moitié de cette décennie. Sa réserve actuelle de 3,5 milliards de francs permettra de couvrir l'excédent de dépenses à peu près jusqu'à la fin de cette décennie. Il paraît donc opportun de ne pas dissoudre la réserve actuelle du fonds des APG, comme cela arriverait si l'on soutenait la proposition de minorité Bortoluzzi. On tomberait en effet vite dans la nécessité d'adopter des mesures de consolidation à ce niveau. La proposition subsidiaire Borer est encore moins acceptable. Son adoption compromettrait non seulement le financement, mais aussi la possibilité d'introduire le modèle d'assurance-maternité que ce Conseil vient d'adopter.

Le groupe démocrate-chrétien vous invite à rejeter les deux propositions précitées qui visent à empêcher indirectement la possibilité de combler par l'assurance-maternité une des lacunes les plus graves de notre système de sécurité sociale

In questo dibattito, i colleghi Bortoluzzi e Borer sono un po' come il gatto e la volpe della nota favola. Meglio stare alla larga!

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Ich bin etwas überrascht worden, dass die Mehrwertsteuergesetzgebung einerseits und das Bundesgesetz betreffend die Überweisung von Mitteln des Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung in die Invalidenversicherung (00.014, Vorlage 3) andererseits zusammen behandelt werden. Denn bei der Mehrwertsteuer geht es um eine damit verbundene obligatorische Volksabstimmung, und hier geht es um ein Bundesgesetz.

Ich habe ja hierzu noch einen Minderheitsantrag eingereicht. den zu begründen Sie mir nun Gelegenheit geben. Die Minderheit beantragt Ihnen bei diesem Bundesgesetz bezüglich der zu überweisenden Mittel, 3 Milliarden Franken von den knapp 4 Milliarden Franken, die im Zeitpunkt der Überweisung, also zu Beginn 2003, in der EO sein werden, an die Invalidenversicherung zu überweisen. Ich habe mich bezüglich dieser 1.5-Milliarden-Franken-Transfers - wie der Bundesrat und die Mehrheit es vorschlagen - immer dagegen gewehrt, dass vor dem Abschluss der Revision der Erwerbsersatzordnung und der IV Verschiebungen im Beitragsbereich vorgenommen werden. Nun aber sind diese Revisionen abgeschlossen; der Zeitpunkt ist da, hier Ordnung zu schaffen. Es ist eine Ordnung anzustreben, die einerseits die EO sichert und die andererseits der IV für die kommenden Jahre, soweit das vernünftig ist, eine sicherere finanzielle Grundlage gibt. Mit dem Mehrwertsteuerbeschluss das ist kaum zu umgehen - sehen wir die Möglichkeit, die IV wieder ins finanzielle Gleichgewicht zu bringen. Nachdem man den Bedarf der EO mit der Revision kennt, ist es sinnvoll - um dann nicht die Schulden in der IV tilgen zu müssen -, die Mittel zu verschieben, die dort nicht mehr gebraucht werden. Wie gesagt, der Fondsbestand beträgt gegen 4 Milliarden Franken. Es ist also problemlos moglich, die von mir beantragten 3 Milliarden Franken in die IV zu verschieben. Damit wird Artikel 28 des Erwerbsersatzgesetzes mit einbezogen, der ja vorschreibt, dass als Reserve mindestens eine halbe Jahresausgabe vorhanden sein soll. Mit der «Armee XXI» ist zudem mit einem um etwa 100 Mıllionen Franken reduzierten Bedarf zu rechnen.

Es gibt noch eine Motion Engelberger (01.3522), wonach die Rekruten besser entschädigt werden sollen. Aber auch das macht nicht so viel aus, dass die EO-Rechnung aufgrund dieses Minderheitsantrages aus dem Gleichgewicht geraten könnte. Stattdessen wird die Ausgangslage für die Invalidenversicherung verbessert, und es ist möglich, die IV mit einem gleich hoch bleibenden Mehrwertsteueranteil zu sichern. Das ist gewiss vernünftig.

Es könnte nun der Verdacht aufkommen, wir wollten damit das Projekt der Mutterschaftsversicherung verhindern. Ich möchte aber festhalten, dass es in keiner Art und Weise darum geht. Es ist bekannt, dass wir gegen die Mutterschaftsversicherung sind, aber wenn Sie ein solches Projekt lancieren, dann seien Sie doch so ehrlich und schaffen Sie für diesen neuen Zweig auch eine neue Finanzierung. Die Finanzierung der vorgesehenen Mutterschaftsversicherung durch die EO wird für ein paar wenige Jahre ausreichen, dann brauchen Sie dort wieder neue Mittel.

Die Gesamtsicht, wie sie von Herrn Hess Peter gewunscht wird, ist das, was hier die Mehrheit vertritt, auch nicht Das möchte ich klar festhalten.

Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit zuzustimmen.

Sie haben mit dem Eventualantrag Borer die Möglichkeit, statt diese 3 Milliarden Franken zu verschieben, bei 1,5 Milliarden zu bleiben und dafür den Beitragssatz in der Erwerbsersatzordnung auf 0,2 Prozent zu senken. Herr Borer wird diesen Eventualantrag hier auch noch begründen. Es handelt sich um ein Anliegen, das ja von freisinniger Seite schon früher gefordert worden ist. Ich hoffe, Sie werden uns hier

unterstützen. Sie können also wählen, ob Sie 3 Milliarden Franken verschieben oder aber den EO-Satz um 0,1 Prozentpunkte senken wollen. Ich möchte Sie bitten zu wählen.

Fasel Hugo (G, FR): Es ist eigenartig, dass wir jetzt am Schluss plötzlich über den Bundeshaushalt reden. Vor kurzem haben wir eine Milliarde und noch einige hundert Millionen Franken mehr für die Swissair beschlossen. Dann hat man plötzlich Geld gehabt, um ein Steuerpaket zu schnüren, das weit über das Mass dessen hinausging, was der Bundesrat vorschlug, und jetzt kommt Herr Hess Peter und fragt, ob dieser Antrag der Mehrheit im Finanzplan drin sei. Herr Hess, ist denn das grosszügiger geschnurte Paket, das Sie bei den Steuerabbaumassnahmen mitbeschlossen haben, im Finanzplan drin? Ich finde, da haben Sie eine sehr eigenartige Logik und widersprechen sich selbst. Das spricht Bände.

Dann noch eine Bemerkung zu den Einschätzungen, dass man partielle Politik mache: Man kann sehr wohl sagen, bei der Sozialpolitik müsse man auch alles andere im Auge behalten Tatsache ist aber, dass man gerade bei der Steuerpolitik genau das Gegenteil macht. Dort hat man jetzt auch nicht überlegt, ob man Mittel fur Sozialpolitik, Bildungspolitik usw. bräuchte. Man hat dort nichts anderes gemacht als gesagt: Jetzt werden Steuern gesenkt! Das ist vielleicht legitim, darüber können wir streiten, aber man soll dann nicht anderen vorwerfen, es fehle ihnen die Gesamtsicht.

Ein letzter Punkt: Die Invalidenversicherung sieht vor, dass wir zwei Einnahmequellen haben, einerseits die öffentliche Hand und andererseits, wie wir es jetzt beantragen, die Mehrwertsteuer. Wenn wir dem Stimmbürger und der Stimmbürgerin dereinst vorschlagen, ein Mehrwertsteuerprozent für die Invalidenversicherung einzusetzen, ist es deshalb nur einsichtig und logisch, dass sie das genau so verstehen, wie es im Gesetz steht, nämlich dass dieses eine Mehrwertsteuerprozent auch vollumfänglich in die IV geht. Eine zweite Frage ist, wie der Bund dann seinen Teil bereitstellt. Das ist dort zu lösen, wo es hingehört, nämlich wenn wir über die Bundesfinanzen reden. Das ist das, was im Gesetz steht, und daran hat man sich zu halten.

Ich beantrage Ihnen deshalb im Namen der grünen Fraktion, den Antrag der Minderheit Egerszegi abzulehnen.

Borer Roland (V, SO): Mein Eventualantrag ist ein Zwilling zum Antrag der Minderheit Bortoluzzi (00.014, Vorlage 3), wo es darum geht, bei der Sanierung des Budgets der Invalidenversicherung die Nachhaltigkeit zu wahren. Wenn man die drei Milliarden Franken nicht braucht, die Herr Bortoluzzi zur Verfugung stellen will, um die IV zu sanieren, sollten wir dem ureigensten Wahlkampfanliegen der Freisinnig-demokratischen Partei zustimmen, das da heisst: Es ist unabdıngbar, dass wir in der nächsten Zeit Lohnnebenkosten senken. Ich erinnere an die Motion aus der FDP-Fraktion, die unter anderem verlangt, dass die EO wieder auf den früheren Prozentsatz von 0,2 Prozent gesenkt wird. Genau dieses Anliegen habe ich in meinem Antrag übernommen, dass man den Beitragssatz wieder reduziert, wenn man diese drei Milliarden Franken zur Sanierung der IV nicht in vollem Umfang benötigt. Damit werden die Lohnnebenkosten gesenkt, und unser Wirtschaftsstandort wird im europäischen Vergleich wieder gesichert.

Dass es ein Zusammenspiel zwischen EO und IV gibt, ist nicht neu. Ich erinnere daran, dass man 1995 den Beitragssatz der EO von 0,5 auf 0,3 gesenkt, die Differenz von 0,2 Prozent aber zugleich der IV zur Verfügung gestellt hat. Im Jahre 1998 hat man einen Kapitaltransfer von 2,2 Milliarden Franken von der EO zur IV vorgenommen. Das Zusammenspiel zwischen EO und IV hat zweimal funktioniert. Man sollte nicht ohne Not das System wechseln und in dieses finanzielle Zusammenspiel plötzlich noch etwas anderes hineinbringen

Wenn ich heute darauf zurückschaue, was wir im Zusammenhang mit der IV-Revision beschlossen haben, wenn ich auch darauf zurückschaue, was gestern im Zusammenhang

mit der ALV beschlossen worden ist, dann haben wir uns doch ein wenig nach dem Motto orientiert: Brauche in der Zeit, so hast du in der Not gehabt.

Ich glaube, vor allem wenn man auf eine nachhaltige Sozialpolitik Wert legt, können wir nicht weiter nach dem gleichen System bzw. nach diesem System vorgehen. Wenn Sie, aus welchen Gründen auch immer, dem Antrag Bortoluzzi nicht zustimmen können, bitte ich Sie, doch mindestens meinem Antrag auf Reduktion der Lohnnebenkosten zuzustimmen.

Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Ich spreche zu beiden Finanzierungsbeschlüssen, also Mehrwertsteuer und EO. Im Namen der Kommissionsmehrheit bitte ich Sie, die Minderheit Egerszegi, die Minderheit Bortoluzzi zu Artikel 1 und den Eventualantrag Borer zu Artikel 1 bis des Bundesgesetzes betreffend die Überweisung von Mitteln des Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung in die Invalidenversicherung (00 014, Vorlage 3) abzulehnen.

Auf der Einnahmenseite werden durch den Finanzierungsbeschluss II die Mehrwertsteuersätze um maximal 1 Prozent angehoben bzw. wird eine entsprechende Entscheidungskompetenz an den Bundesrat delegiert. Sind die Schulden der Invalidenversicherung getilgt, so senkt der Bundesrat die Sätze der Mehrwertsteuer wieder entsprechend.

Die Kommissionsmehrheit ist der Auffassung, dass der Ertrag aus der Anhebung dieser Mehrwertsteuersätze vollumfänglich an die Invalidenversicherung gehen soll, im Sinne der entsprechenden Beschlüsse zur AHV. Die Minderheit will diesen Ertrag dem Bundesamt im Ausmass der Ruckstellungen des Bundes für die IV in Abzug bringen. Die Argumente sind ausgetauscht, ich erspare sie Ihnen

Die Kommissionsmehrheit ist der Auffassung, dass es dem Willen des Volkes entspricht, den ganzen Betrag ausschliesslich für die AHV bzw. hier für die IV zu verwenden.

Als zusätzliche Finanzierungsmassnahme wird ein weiterer Kapitaltransfer von 1,5 Milliarden Franken von der EO zur IV beschlossen Die Minderheit Bortoluzzi will 3 Milliarden Franken an die IV überweisen. Es ist allen klar – auch der freisinnigen Fraktion, aus deren Reihen die Parlamentarische Initiative zur Einführung der Mutterschaftsversicherung kommt –, dass dieser Antrag der Minderheit die Finanzierung der Mutterschaftsversicherung über die Erwerbsersatzordnung gefährden will. Aus den gleichen Gründen ist auch der Antrag Borer abzulehnen, der den EO-Beitragssatz auf 0,2 Prozent zementieren will.

Die Kommissionsmehrheit ist sich bewusst, dass mit diesen Finanzierungsbeschlüssen nicht der ganze Spielraum moglicher Überlegungen im Bereich der Finanzierung ausgeschöpft ist. Es wurde darüber diskutiert, das frei werdende ALV-Lohnprozent allenfalls für die IV zu verwenden. Wir waren aber der Auffassung, dass jetzt diese Vorlage nicht damit belastet werden soll. Es wird jedoch Aufgabe des Ständerates sein, eine Gesamtschau vorzunehmen

Ich möchte zwei Bemerkungen anfugen. Wenn jetzt so getan wird, als ob dieses materielle Paket, das wir verabschiedet haben, insgesamt einen Ausbau der Leistungen mit sich bringe, dann stimmt das eben nicht. Wir haben die Zusatzrenten abgeschafft; wir haben die Härtefallrente aufgehoben. Ich zitiere, Herr Hess und Herr Borer, aus dem Mitbericht der Finanzkommission. Sie schreibt ganz klar: «In Bezug auf das Konsolidierungsziel auf der Ausgabenseite im Durchschnitt der ersten fünfzehn Jahre ist somit von Einsparungen bei der IV im Umfang von insgesamt 55 Millionen Franken pro Jahr auszugehen. Sobald sämtliche Zusatzrenten ausgelaufen sind, hat die Revision für die IV Einsparungen von 232 Millionen Franken pro Jahr zur Folge.»

Hier gibt es noch kleine Retouchen. Es kommen die Mehrausgaben der Ergänzungsleistungen für die bedarfsbezogene soziale Absicherung von Behinderten mit hohem Assistenzbedarf hinzu, etwa 50 bis 100 Millionen Franken. Aber demgegenüber werden ja auch wieder weniger stationare Pflegeplätze notwendig sein; hier gibt es also wieder einen Einspareffekt.



13. Dezember 2001 1979 Nationalrat 01.015

Wichtig ist jedoch, dass wir grossmehrheitlich etwas beschlossen haben, was das Konsolidierungsziel im Rahmen der IV nicht aus den Augen verliert.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: Je vous l'ai dit dans le débat d'entrée en matière, pour trouver l'équilibre des finances de l'assurance-invalidité, il faut non seulement des améliorations sur le plan des dépenses, mais aussi de nouvelles recettes et un financement durable. Les décisions que vous avez prises aujourd'hui apportent une amélioration sur le plan des dépenses, avec en moyenne 55 millions de francs par an d'économies durant les quinze premières années, puis 232 millions de francs d'économies. Mais cela ne suffit pas pour apporter l'équilibre. Donc, nous devons vous proposer deux mesures pour compléter ce financement, et je vous demande bien sûr de suivre la majorité de la commission dans ces deux projets.

Concernant le relèvement de la TVA, nous combattons la proposition de minorité Egerszegi. Fidèle à elle-même, la commission qui avait décidé de verser tout le pour cent de TVA supplémentaire pour l'AVS vous demande de faire de même pour l'AI, par souci de transparence. Si on demande d'élever de 1 pour cent le taux de la TVA pour financer l'AI, vis-à-vis du peuple, on trouve que c'est plus clair de le verser entièrement à l'AI, sans passer par la réserve de la Confédération. Ce complément de financement, allié à l'autre, permettra d'être dans les chiffres noirs à partir de 2004, et si vous votez le transfert du pour cent complet, à partir de 2007 déjà, nous pourrons baisser des pourcentages de TVA.

Concernant l'autre projet, j'ai plutôt l'impression d'être dans un projet de torpillage du congé-maternité que de financement de l'assurance-invalidité, et je vous demande bien sûr de rejeter la proposition de minorité Bortoluzzi et la proposition subsidiaire Borer. Je me sens un tout petit peu dans un combat singulier contre ces messieurs, mais j'espère bien le gagner encore une fois. La majorité de la commission vous propose de transférer 1,5 milliard de francs du fonds des APG à l'assurance-invalidité et bien sûr de ne pas suivre la proposition subsidiaire Borer qui vous demande tout simplement de baisser déjà maintenant de 1 pour mille la contribution pour les APG, qui est actuellement de 0,3 pour cent.

Je vous demande donc de soutenir les propositions de la majorité de la commission dans les deux projets

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Permettez-moi d'exprimer ma reconnaissance envers votre commission, qui a accepté, après le travail approfondi auquel vous avez été maintenant associés, d'assurer le financement, c'est-à-dire d'accepter ce que le Conseil fédéral prévoyait à l'origine. c'est-à-dire de recourir à la taxe sur la valeur ajoutée. La commission propose de le faire au moyen de l'article 130 alinéas 4a et 6a de la constitution. Ces dispositions donneront la possibilité, dès que le souverain se sera exprimé, de procéder, par décision du gouvernement, au prélèvement, à la date d'entrée en vigueur, d'un point au plus de la taxe sur la valeur ajoutée; cela ne va pas de soi. Je tiens à souligner ici que cette décision est une décision de responsabilité qui permet à l'Al d'avoir de meilleures perspectives. Je remercie la commission d'avoir aussi accepté, et de vous avoir recommandé de le faire, de transférer une partie du fonds excédentaire des APG, de façon à ne pas avoir, d'un côté, de l'argent qui dort et, de l'autre, une dette sur laquelle nous devons payer des intérêts.

Les divergences qui restent sont celles qui sont soulignées par la minorité Egerszegi. Je vous recommande de soutenir sa proposition. Mme Egerszegi ne fait pas partie d'un comité de sauvetage de M. Villiger, conseiller fédéral, elle fait partie d'un comité de soutien du Conseil fédéral – et il en a bien besoin!

La proposition de majorité est finalement une façon d'obliger la Confédération à économiser des montants extrêmement importants et de priver le Conseil fédéral de la possibilité de les utiliser proportionnellement à ses obligations envers l'AVS et l'AI – nous parlons ici de l'AI au moment d'assurer

ce financement. Les montants, vous les connaissez: la proposition précitée prive la Confédération de 410 millions de francs qu'elle entend bien recevoir – je suis d'accord qu'elle ne les a pas aujourd'hui –, mais elle calcule l'évolution de ses dépenses et de ses obligations sur cette base – 560 millions de francs en 2004; les conséquences à plus long terme seraient encore beaucoup plus graves.

C'est la raison pour laquelle nous considérons que la décision que vous avez prise une fois en ce qui concerne le point supplémentaire de taxe sur la valeur ajoutée en faveur des assurances sociales devrait être répétée ici. Permettez-moi de préciser. Si vous suivez la minorité dans le projet 2 et si vous suivez le Conseil fédéral et la majorité de la commission dans le projet 3, avec un transfert de 1,5 milliard de francs du fonds des APG à l'Al, alors nous savons que nous pouvons éteindre les dettes en 2008. Si vous ne suivez pas la minorité dans le projet 2, c'est en 2007: on ne fait que gagner une année dans l'extinction de la dette. Mais surtout, avec la proposition de minorité Egerszegi, on prépare un avenir plus solide à un coût relativement limité à partir de 2010. On pourrait réduire alors le point supplémentaire de taxe sur la valeur ajoutée à 0,8, alors que si vous suivez la majorité, on peut le réduire à 0,6 simplement deux ans plus

Vous voyez que la différence n'est pas énorme, mais la solidité de l'Al est bien meilleure si vous suivez la proposition de minorité Egerszegi. Souvenez-vous qu'un des éléments stabilisateurs de l'AVS comme de l'Al, c'est que la contribution publique est liée aux dépenses. Elle n'est pas liée, comme les cotisations, à la masse salariale, mais directement aux dépenses. C'est un élément de stabilisation dont je n'aimerais pas priver ces institutions. La discussion serait difficile si la Confédération ne pouvait pas trouver les ressources pour tenir ses engagements.

En ce qui concerne le transfert du fonds des APG vers celui de l'AI, nous proposons 1,5 milliard de francs; la majorité de la commission nous suit. C'est une démarche absolument raisonnable. Aller plus loin, c'est compromettre des évolutions futures, d'ailleurs pas seulement dans le domaine de la maternité, mais aussi d'autres propositions dont je crois me rappeler qu'elles ont trouvé un soutien dans les rangs du groupe de l'Union démocratique du centre: l'amélioration des APG pour les recrues, l'amélioration des APG également en termes de pourcentage du revenu. Sur ce plan-là, il n'est pas mauvais de voir venir les réformes qui sont en cours pour connaître exactement les besoins de cette assurance.

Je ne peux que vous recommander de rejeter clairement la proposition subsidiaire Borer qui, sans tenir compte des développements futurs des APG, aimerait trancher dans les cotisations, alors que nous ne parlons pas du tout de cela. Une dernière remarque. Les décisions que vous allez prendre aujourd'hui seront transmises au Conseil des Etats qui a commencé le traitement du projet de 11e révision de l'AVS. J'espère que le Conseil des Etats, à ce stade de la discussion, pourra ramener sous un seul toit les dispositions concernant le financement des assurances sociales par le recours à la taxe sur la valeur ajoutée, comme le veut le projet du Conseil fédéral. Je formule la même demande que M Rechsteiner, c'est-à-dire que le Conseil des Etats permette aux citoyens et aux citoyennes de Suisse, lors d'un weekend de votation, d'apprécier l'intégralité de la facture.

Monsieur Hess Peter, ce n'est pas sur votre demande que le Conseil fédéral a pris la décision de présenter l'ensemble de la facture taxe sur la valeur ajoutée. C'est une chose à laquelle je travaille, comme vous le savez, depuis longtemps. Vous avez souvent demandé une réforme fondamentale de tout le système des assurances sociales qui consisterait à supprimer les différentes branches d'assurance et à créer une espèce de chimère que — heureusement pour nous—les autres pays européens ont et regrettent parfois d'avoir mis en place, à savoir des assurances de type sécurité sociale couvrant tout, fixant éventuellement un plafond, ou assumant des déficits immenses. C'est ça le modèle que vous réclamiez à l'époque. Vous avez heureusement quelque peu



cessé de le faire. Le modèle du Conseil fédéral est différent et il a tenu parole. Il vous a présenté en un paquet les révisions de l'AVS, de l'Al et du deuxième pilier. Vous avez donc travaillé en connaissance du coût de ces réformes. Cette façon de procéder, après le rapport sur les trois piliers, après IDA-Fiso 1, après IDA-Fiso 2, est une méthode qui a permis d'avoir une vue d'ensemble, d'avoir une toile de fond cohérente, mais sans mettre en danger des assurances qui, prises isolément, ont fait leurs preuves. Dans ce sens-là, votre remarque, Monsieur Hess, ne me paraît pas tout à fait pertinente

Einleitung, Art. 130 Abs. 4a – Introduction, art. 130 al. 4a Angenommen – Adopté

Art. 130 Abs. 6a - Art. 130 al. 6a

Abstimmung – Vote Für den Antrag der Mehrheit 77 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 66 Stimmen

Ziff, II

Antrag der Kommission Dieser Beschluss untersteht der Abstimmung des Volkes und der Stände.

Ch. II

Proposition de la commission Le présent arrêté est soumis au vote du peuple et des cantons

Angenommen - Adopté

Gesamtabstımmung – Vote sur l'ensemble (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 01.015/1944) Für Annahme des Entwurfes 131 Stimmen Dagegen . .. 5 Stimmen

Abschreibung - Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Brief an die eidgenössischen Räte Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen - Adopté

01.3683

Motion SGK-NR (01.015). Export ausserordentlicher IV-Renten ins Ausland Motion CSSS-CN (01.015). Exportation des rentes extraordinaires de l'Al à l'étranger

Einreichungsdatum 19 11 01 Date de dépôt 19 11 01 Nationalrat/Conseil national 18 12 01

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission. Si nous maintenons la motion en tant que telle, c'est pour supprimer une inégalité. Si quelqu'un devient invalide après sa naissance et qu'il va s'établir à l'étranger, il a droit à sa rente. Si quelqu'un est frappé d'invalidité congénitale et n'a jamais pu travailler, il est bénéficiaire d'une rente extraordinaire. Mettons qu'il

doive aller à l'étranger avec sa famille, il n'a pas droit à sa rente. Nous demandons au Conseil fédéral d'examiner cette question et d'envisager des solutions.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Le Conseil fédéral vous recommande au contraire de lui transmettre la motion sous forme de postulat, considérant qu'une motion le place devant un problème insoluble. La question est beaucoup plus complexe qu'il n'y paraît. Je vous rappelle que toute la question de savoir si des prestations sociales non contributives, c'est-à-dire qui ne reposent pas sur des cotisations, mais sur des impôts, peuvent et doivent être exportées, a été un des points centraux de toute la construction européenne et de notre participation en termes de libre circulation des travailleurs. Si on commence à toucher à ce principe, les prestations complémentaires et d'autres prestations non contributives pourraient devenir obligatoirement exportables. La situation n'est pas mûre.

Je vous prie donc de ne pas nous obliger, par une motion précipitée, à entamer de sérieux travaux, et dont l'issue est incertaine.

Abstimmung – Vote Für Überweisung der Motion 53 Stimmen Dagegen 84 Stimmen

01.3648

Postulat SGK-NR (01.015). Diskriminierender Begriff «Invalidität» Postulat CSSS-CN (01.015). Notion discriminatoire «invalidité"

Einreichungsdatum 01 11 01 Date de dépôt 01 11 01 Nationalrat/Conseil national 13.12.01

Úberwiesen – Transmis



aurons besoin pour l'institution sociale la plus importante de notre pays.» Le peuple suisse a dit oui. Je crois que certains mauvais esprits pensent peut-être qu'il a aussi accepté l'ensemble de la taxe sur la valeur ajoutée parce qu'on lui a dit qu'en cas de besoin, elle servirait aussi à l'AVS

Ce que nous vous demandons maintenant, c'est exactement la même chose, c'est qu'au moment où l'on demande au peuple suisse d'accepter un point supplémentaire de taxe sur la valeur ajoutée, on parte de l'idée que, dans les quinze prochaines années, on pourrait avoir besoin au maximum de 1,5 point de taxe sur la valeur ajoutée pour l'AVS. Cette décision devra entrer en vigueur au 1er janvier de l'année qui sulvra la votation, à condition que celle-ci ne soit pas trop près de la fin de l'année, autrement il faudra la repousser d'une année, car nous voulons que les entreprises aient le temps de s'adapter à cette nouvelle charge. Dans les lois qui seront faites plus tard, on verra de quoi on aura effectivement besoin et à quel moment. Je crois que c'est d'une transparence et d'une clarté absolues.

Il faut faire confiance aux citoyennes et aux citoyens de ce pays qui sauront distinguer quel est le besoin immédiat - et il est déjà vieux de quatre ans, l'Al ayant recommencé à accumuler des déficits à partir de 1998 - si on leur dit: «Là, nous avons besoin d'argent tout de suite; pour le reste, dans un cas précis, nous vous le demanderons - et vous aurez l'occasion, si un comité référendaire s'organise, de donner votre avis de citoyennes et de citoyens - en fonction de l'évolution de la situation. Nous ne voulons pas vous en dire davantage, sinon que ce sera 1,5 point au maximum, que cela se fera par étapes, en fonction des besoins, parce que nous ne savons pas comment l'évolution économique se fera, comment vont évoluer les ressources mêmes de l'AVS, et il est possible que cela soit un an plus tôt ou deux ans plus tard » Cela dépend de toute une série de choses, y compris d'idées comme celle qui a été balayée le 22 septembre 2002, dimanche dernier, et de tout cela nous pourrons tenir compte au moment où le Parlement sera saisi d'un problème de financement de l'AVS en fonction de l'évolution démographique.

Voilà la raison pour laquelle je vous demande d'entrer en matière, de suivre la commission et de considérer ensuite, au moment de l'examen de détail, que cet article constitutionnel doit être présenté au peuple au même moment, qu'il s'agisse de l'Al ou de l'AVS.

Entwürfe 1, 3 - Projets 1, 3

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen L'entrée en matière est décidée sans opposition

Schmid Carlo (C, AI): Eine Bemerkung zu meinem Ordnungsantrag: Herr Frick und die Frau Bundesratin haben mich falsch verstanden. Mir geht es darum, die Finanzierungsbeschlüsse 1 und 3 gemäss ihren sachlichen Zusammenhangen zu splitten, d. h. mit anderen Worten, Entwurf 1 zu teilen, die hintere Hälfte, bei dem es um die IV geht, zusammen mit Entwurf 3 nachste Woche vorzulegen und den ersten Teil von Entwurf 1, den AHV-Finanzierungsbeschluss, nach der Beratung der 11. AHV-Revision im Dezember vorzulegen Das ist meine Sicht der Dinge.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Danke, Herr Schmid, für diese Klärung. Der Nationalrat ist in der Beratung in der Tat so vorgegangen. Wir haben uns in der Kommission für die andere Lösung entschieden. Warum? Wir sind überzeugt, dass die Finanzierung der Sozialwerke AHV und IV gesamtheitlich zu betrachten ist und dass diese beiden Fragen dem Volk zumindest gleichzeitig vorzulegen sınd. Für die Finanzierung dieser beiden Sozialwerke soll aber auch ein einziges Paket geschnürt werden. Warum? 1. AHV und IV sind zwei Sozialwerke, welche Wesentliches der Identität der Schweiz ausmachen. Sie haben im gesell-

schaftlichen Bewusstsein einen sehr hohen politischen Stellenwert. Wir möchten verhindern, dass AHV und IV auseinander dividiert und allenfalls sogar gegeneinander ausgespielt werden. Aus diesen Gründen hat die Kommission nach ihrer Diskussion einhellig beschlossen - es lag auch kein anderer Antrag vor -, diese Beschlüsse zusammenzuführen und sie auch dem Volk gemeinsam vorzulegen. Das scheint mir sachlich richtig zu sein.

2. Auch wenn wir den AHV-Finanzierungsbeschluss hinausschieben - ich habe es dargelegt -, ist keine andere Lösung möglich. Wollen wir die AHV ausgeglichen bewahren, dann haben wir die Mehrwertsteuer bis ins Jahr 2015 um 1.5 Prozent zu erhöhen. Wir haben einen sehr kleinen Spielraum im Promillebereich, aber dem können wir in Form eines Bundesgesetzes Rechnung tragen, nämlich dann, wenn wir die Steuer effektiv erhöhen. Darüber haben wir spater zu entscheiden, sowohl über den Zeitpunkt als auch über die Hohe. An den 1,5 Prozent ändert dies aber nichts.

3. Das Unbehagen über die Situation der IV war auch in der Kommission vorhanden, nur ist dort eben die erste Reaktion bereits erfolgt; deshalb hat kein Kommissionsmitglied seine Emporung über die Situation hier im Rat vorgetragen. Aber als Kommissionspräsident ist mir bewusst geworden, dass das Problem derart gravierend ist, dass es die Kommission wohl zu einer ihrer Hauptaufgaben machen muss. Der richtige Weg ist es, über eine Kommissionsmotion zu sprechen, die den Bundesrat klar damit beauftragt, in kurzer Zeit die notigen Vorschläge auszuarbeiten. Wir sollten dies auch tun, um damit auszudrücken, dass wir Ihre Unbefriedigtheit tei-

Ich bitte Sie, den Ordnungsantrag Schmid Carlo abzuwei-

Le président (Cottier Anton, président): Je précise encore une fois: la motion d'ordre propose de reporter l'examen de détail des projets 1 et 3 après l'examen de la révision de l'assurance-invalidité – que nous commencerons ce matin –, en l'occurrence après notre débat sur la 11e révision de l'AVS qui se fera lors de la session d'hiver.

Abstimmung - Vote Für den Ordnungsantrag Schmid Carlo 21 Stimmen Dagegen 16 Stimmen

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen Le débat sur cet objet est interrompu

01.015

4. IV-Revision 4e révision de l'Al

Zweitrat - Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 21 02.01 (BBI 2001 3205) Message du Conseil fédéral 21 02 01 (FF 2001 3045) Nationalrat/Conseil national 13.12.01 (Erstrat - Premier Conseil) Nationalrat/Conseil national 13.12.01 (Fortsetzung - Suite) Standerat/Conseil des Etats 25.09.02 (Zweitrat - Deuxième Conseil) Standerat/Conseil des Etats 26.09.02 (Fortsetzung - Suite)

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Wir haben jetzt sehr viel über die finanziellen Belange der 4. IV-Revision gesprochen. Ich möchte mich daher als Berichterstatterin vor allem auf die materiellen Inhalte der Revision beschränken Ich möchte Ihnen vorerst kurz die Ziele der Botschaft des Bunderates darlegen, dann die Beschlüsse des Nationalrates erläutern und Ihnen am Schluss die Anträge Ihrer Kommission vorlegen.

Die bundesrätliche Botschaft zur 4. IV-Revision verfolgt vier Hauptziele: die finanzielle Konsolidierung – das möchte ich nach der soeben geführten Debatte speziell betonen -, gezielte Anpassungen im Leistungsbereich, die Verstärkung der Aufsicht des Bundes sowie Verbesserungen und Vereinfachungen bei Strukturen und Abläufen.

Bei den Leistungsanpassungen wird die Einführung einer Assistenzentschädigung das heute komplizierte und teilweise ungerechte System von Leistungen für Behinderte ersetzen, die auf Pflege und Betreuung angewiesen sind. Es erfolgen auch gezielte Anpassungen im Leistungsbereich Mit der Einführung einer Assistenzentschädigung als Ersatz für die bisherige Hilflosenentschädigung, die Pflegebeiträge für Minderjährige und die Beiträge an die Kosten der Hauspflege sind gezielte Leistungsanpassungen im Hinblick auf eine erhohte Autonomie von behinderten Menschen vorgesehen. Die Assistenzentschädigung soll dazu beitragen, dass Behinderte mit einem länger dauernden, regelmassigen Bedarf an Betreuung oder Pflege die dadurch entstehenden Kosten mindestens teilweise decken können.

Der Bundesrat schlägt eine Verdoppelung der heutigen Ansätze der Hilflosenentschädigung für zu Hause lebende Menschen mit Behinderungen vor. Neu sollen auch Menschen mit psychischen oder leichten geistigen Behinderungen, die zu Hause leben und im Alltag auf eine Begleitung vonseiten von Drittpersonen angewiesen sind, einen Anspruch auf eine Assistenzentschädigung erhalten. Für minderjahrige Versicherte, die eine besondere, intensive Pflege benötigen, sieht der Bundesrat zudem einen dreistufigen Intensivpflegezuschlag vor. Im Weiteren soll ein zeitgerechtes, transparentes und zivilstandsunabhängiges Taggeldsystem das überholte Taggeldsystem der IV ersetzen. Schliesslich soll die IV künftig die invaliditätsbedingten Mehrkosten im Bereich der beruflichen Weiterbildung unabhängig von der Art des Berufsfeldes unter klar definierten Voraussetzungen übernehmen. Damit wird die Grundlage dafür geschaffen, dass Menschen mit Behinderungen für ihre berufliche Weiterentwicklung dieselben Möglichkeiten offen stehen wie nichtbehinderten Menschen.

Es geht aber auch darum, die IV finanziell zu entlasten: mit der Aufhebung von Zusatzrenten, mit der Aufhebung der Härtefallrente sowie mit der Schaffung eines Anspruchs auf Ergänzungsleistungen für Bezügerinnen und Bezüger von Viertelsrenten.

Zudem soll die Aufsicht des Bundes verstärkt werden. Das geltende System der Überprüfung der arztlichen Angaben durch die IV-Stellen reicht nicht aus, um die starke Zunahme der Zahl der IV-Rentenbezügerinnen und -bezüger in den Griff zu bekommen. Hinzu kommen die seit Jahren bestehenden erheblichen kantonalen Unterschiede in Bezug auf den Anteil der Personen, die im Erwerbsalter im Sinne des Gesetzes invalid werden und eine Rente beziehen. Seitens des Parlaments war das Anliegen der Schaffung regionaler der Zicher Dienste bereits in der Revision 1999 eingebracht worden. Der Bundesrat sieht diese Massnahme im Revisionsprojekt vor; der Nationalrat und Ihre Kommission möchten dem folgen.

Die Einführung der Assistenzentschädigung anstelle des bisherigen Leistungssystems war im Nationalrat grundsätzlich unbestritten; strittig war nur deren Höhe. Der Bundesrat schlägt, je nach Bedarf, Ansätze von 80, 50 und 20 Prozent des Höchstbetrages der Altersrente vor – was im Verhaltnis zu den bisherigen Ausgaben insbesondere für die Hilflosenentschädigung einer Verdoppelung der Leistungen entspricht und für die IV Mehrausgaben, Korrekturbereiche eingeschlossen, in der Höhe von rund 162 Millionen Franken bewirkt. Die Mehrausgaben infolge Besitzstandwahrung in der AHV belaufen sich auf etwa 63 Millionen Franken. Dem stehen Einsparungen auf der Leistungsseite gegenüber, insbesondere bei der Zusatzrente und der Aufhebung der Härtefallrente

Bereits der Nationalrat hat sich eingehend mit dem Schicksal körperlich behinderter Menschen auseinander gesetzt. Er war sich der Tatsache bewusst, dass auch Schwerbehinderte, die einen hohen Assistenzbedarf haben, den Wunsch hegen, ausserhalb des Heims zu leben, und ihre Pflege selbst organisieren möchten. Weil diese Menschen in den Heimen von den höheren Subventionsleistungen des Bun-

des im Rahmen der kollektiven IV-Leistungen profitierten. hatten sie bis anhin oft keine andere Wahl, als ins Heim zu gehen. Deshalb hat der Nationalrat in Artikel 42ter zusätzlich zum Entwurf des Bundesrates festgelegt, dass der Assistenzbedarf bei allen Assistenzberechtigten in funktioneller und zeitlicher Hinsicht einheitlich abgeklärt wird. Sodann soll die Entschädigung personenbezogen ausgerichtet werden und dadurch die Wahlfreiheit in zentralen Lebensbereichen erleichtert werden. Um dies zu erreichen, hat der Nationalrat die Grundentschädigung angehoben. Sozial bedürftigen Behinderten mit hohem Pflegebedarf, die ausserhalb einer stationären Institution leben wollen, soll ein entsprechender Anspruch auf Ergänzungsleistungen zugebilligt werden dies dank einem wesentlich erhöhten Maximalbetrag von 90 000 Franken pro Jahr. Dieser Anspruch besteht aber nur, wenn zwischen Grundentschadigung und ausgewiesenem Assistenzbedarf eine Deckungslücke besteht.

Der Nationalrat wollte also keine Subventionierung nach dem Giesskannenprinzip, sondern Ergänzungsleistungen für Personen, welche aus wirtschaftlichen Gründen darauf angewiesen sind. Der Nationalrat hat damit die vorgesehene Assistenzentschadigung im Vergleich zum Entwurf des Bundesrates verstärkt und tendenziell ausgeweitet. Mit dem Pilotartikel 68quater hat er zudem die Türen ein Stück weit für Innovationen geöffnet.

Zu den Beschlüssen Ihrer Kommission: Ihre Kommission geht in der Frage der Assistenzentschädigung noch etwas weiter; das heisst, sie hat einen etwas anderen Weg gewählt. Die Mehrheit der Kommission ist im Grundsatz mit Nationalrat und Bundesrat einverstanden, dass die Wahlmöglichkeit der betreuungsbedürftigen Menschen mit Behinderungen in den zentralen Lebensbereichen erleichtert werden muss. Sie möchte aber eine etwas andere Ausgestaltung. Sie stellte sich die Frage, ob es nicht besser wäre, die Kosten für die Betreuung zu Hause bestmöglich durch die IV abzudecken. Nach diesem Modell würde die Hilflosenentschädigung personenbezogen ausgerichtet, damit die Wahlfreiheit in den zentralen Lebensbereichen erleichtert werden kann. Die IV würde - immer gemäss Antrag der Mehrheit - pro Monat eine Grundpauschale sowie aufgrund eines individuell festgelegten zeitlichen Assistenzbedarfs ein persönliches Assistenzbudget auszahlen

Zum Höchstbetrag der Altersrente gemass Artikel 34 Absätze 3 und 5 AHVG: Die Mehrheit geht damit in die Richtung, in die die Minderheit gehen will, propagiert aber ein schrittweises und von einem Pilotversuch flankiertes Vorgehen. Ich verweise wieder auf Artikel 68quater, der die notwendige, zurzeit noch fehlende Basis an Zahlen und Fakten schaffen soll, um einen definitiven Entscheid in den nächsten Jahren herbeizuführen. Der Pilotversuch ist bewusst offen formuliert, damit auf ihn gestützt alle denkbaren alternativen Assistenzmodelle ausgetestet werden können.

Eine starke Minderheit Ihrer Kommission sieht, wie angetönt, bereits heute die Einführung eines individuellen Assistenzbudgets als Versicherungslösung vor. Damit wird ein auf die Person flexibel anpassbares Assistenzbudget geschaffen. Selbstbestimmung und Eigeninitiative Behinderter sollen dadurch noch gezielter gefördert werden. Auf die Details werde ich in der Detailberatung zurückkommen.

Ich bitte Sie im Namen der einstimmigen Kommission, auf den Entwurf zur 4. IV-Revision einzutreten.

Langenberger Christiane (R, VD): A la différence, un petit peu, de ce qui s'est dit tout à l'heure dans le débat sur le premier objet de cette matinée, pour ma part je trouve que la 4e révision de l'Al est ambitieuse. Parmi les nombreux objectifs visés par cette révision, j'en citerai trois:

- 1. Elle devrait, malgré l'amélioration de prestations, permettre d'assainir ou de mieux contrôler à l'avenir les coûts de
- 2. Elle a pour objectif de créer des conditions permettant d'évaluer les demandes de prestations de manière plus uniforme par la mise sur pied de services médicaux régionaux placés sous la surveillance matérielle et directe de l'OFAS.



3. Elle doit permettre d'améliorer la situation des invalides dans le contexte de la nouvelle Constitution fédérale, qui prescrit quand même expressément l'interdiction de toute discrimination en raison d'un handicap physique, intellectuel ou psychique. Mais, en fait, qu'entend-on par invalidité? Ce n'est en tout cas pas une question de valeurs, mais une appréciation relative et technique. L'invalidité, au sens de la LAI, est «la diminution de la capacité de gain, présumée permanente ou de longue durée, qui résulte d'une atteinte à la santé physique ou mentale provenant d'une infirmité congénitale, d'une maladie ou d'un accident» (art. 4).

Voici quelques exemples qui illustrent la complexité de l'évaluation du degré d'invalidité, qui ne recouvre pas uniquement un concept médical mais une appréciation économique. Une mère de famille de 38 ans qui a besoin d'un appareil acoustique est considérée comme invalide. Une paraplégique qui arrive à gagner sa vie normalement ne touche pas de rente Al mais, comme elle a besoin de moyens auxiliaires, par exemple d'un fauteuil roulant, elle est également invalide. La perte de trois doigts affectera un pianiste dans une mesure bien différente que cela sera le cas pour un professeur d'anglais.

Lorsqu'il s'agit de fixer le degré d'invalidité, l'Al prend donc fondamentalement pour point de départ des critères d'ordre économique. Le médecin des offices Al constate l'existence d'une atteinte à la santé, apprécie dans quelle mesure elle restreint la capacité de travail. Puis, les spécialistes en réadaptation professionnelle des offices Al étudient dans quelle mesure la personne assurée peut encore exercer une activité lucrative. Enfin, dans un troisième temps, on procède au constat relatif au degré de l'incapacité de gain.

Si je me permets de donner ces quelques petites informations – rudimentaires il est vrai –, c'est en raison de l'inflation des coûts de l'Al et de notre détermination à éliminer, dans la mesure du possible, toute possibilité d'attribution de rentes éventuellement non fondées ou disproportionnées, même si, parallèlement, nous voulons améliorer les conditions de vie des invalides.

J'en viens à mes deux premiers objectifs, qui concernent le financement et l'amélioration de l'évaluation. Le déficit de l'AI ne cesse de nous inquiéter, on le sait depuis longtemps. En effet, malgré un transfert de 2,2 milliards de francs du Fonds de compensation des APG, destiné à remettre à flot l'assurance en 1998, l'AI a replongé dans les chiffres rouges. Les principales causes invoquées sont la mauvaise conjoncture, le vieillissement de la population, une jurisprudence parfois trop abondante et l'attribution de rentes pour des raisons psychiques et de maux de dos.

Nous avons dès lors demandé une analyse complémentaire à l'OFAS concernant l'augmentation des bénéficiaires de rentes Al pour cause de maladie psychique. On pourrait en effet suspecter que certains chefs d'entreprise préfèrent se séparer de leurs collaborateurs en les mettant à l'Al plutôt qu'au chômage ou à la retraite anticipée. Les résultats de cette analyse sont intéressants à plus d'un titre. Ainsi, entre 1994 et 1999, c'est-à-dire dans les années de forte récession, les bénéficiaires de rentes Al pour des raisons de maladie psychique ont augmenté de 7 pour cent, ceux pour cause de psychose, névrose, dysfonctionnement du système nerveux, etc., de 10,5 pour cent, alors que pour les rentes de maladie, l'augmentation n'a été que de 4,4 pour cent.

Or, selon cette étude, il semblerait que le chômage, par exemple, n'ait pas une influence importante sur l'augmentation des cas d'invalidité, comme cela a été prétendu tout à l'heure. D'autres études ont démontré que le marché du travail, le chômage et un niveau de formation peu élevé ont un impact moins important sur l'augmentation du nombre de bénéficiaires de rentes Al que certains facteurs inhérents à la structure et au mode de fonctionnement de l'Al, par exemple l'échelonnement des rentes en fonction du degré d'invalidité, des règles spéciales pour invalides de naissance, une assurance très populaire, une définition de l'invalidité, et une certaine latitude relativement importante dont jouissent les offices Al.

Je reprends l'exemple de la Suisse romande qui, effectivement, Genève en tête, et avec les deux Bâle, a une proportion nettement plus élevée de bénéficiaires de rentes AI. Mme Dreifuss, conseillère fédérale, l'a relevé, cela correspond aussi à notre lien avec les assurances-maladie et à une facilité, peut-être, à aller chez le médecin.

L'étude révèle un autre élément intéressant pour notre révision. Les milieux médicaux, notamment les médecins de famille, ne sont pas suffisamment bien familiarisés avec les critères d'évaluation de l'incapacité de travail et avec la médecine de travail. Notamment dans le domaine de l'appréciation de maladies psychiques, les médecins dépendent très fortement des affirmations subjectives de leurs patientes et patients. Les maladies psychiques ne sont en effet plus un tabou dont on n'oserait pas parler. L'augmentation du nombre de psychiatres reflète bien cet état de fait. L'OFAS en déduit qu'il sera nécessaire d'examiner de plus près les causes d'invalidité pour des raisons psychiques et qu'une analyse va être faite. Les éléments à disposition de l'assurance-invalidité ne suffisent cependant pas pour l'instant à élucider ce problème. Et il s'agira d'y intégrer une analyse des «Trends» de notre société.

Cependant, afin de freiner l'augmentation du nombre de rentes, le Conseil fédéral propose de créer sous sa houlette des services médicaux régionaux qui assisteront les offices Al dans l'examen médical des demandes de prestations. Il ne s'agit pas, comme je l'avais craint initialement, je l'avoue, de restreindre les compétences des offices Al, mais de permettre, grâce à la composition pluridisciplinaire des équipes de services médicaux régionaux, de confronter les expériences, de forger une philosophie commune. Ce traitement médical gagnera en efficacité, en rapidité, en qualité et devrait permettre de pallier les dysfonctionnements dont je viens de parler plus haut. C'est donc là un élément très prometteur de cette révision, à la fois au niveau financier et au niveau organisationnel.

J'en viens à mon troisième objectif concernant l'amélioration des conditions de vie des invalides. Le projet de loi prévoit l'introduction du nouveau système d'allocation d'assistance qui devrait permettre un choix de vie pour les personnes handicapées et qui, contrairement à ce que beaucoup croient, va à moyen terme amener de substantielles économies, puisque nous renonçons aussi à verser des rentes complémentaires.

Je me suis faite la porte-parole de l'ensemble des associations d'invalides – Pro Infirmis, Agile, DOK, etc. – en proposant une variante d'allocation d'assistance basée sur un autre modèle de financement. J'y reviendrai le moment venu

J'aimerais simplement dire à ce stade que mon objectif n'est nullement de remettre en question des homes, ni de vouloir en quoi que ce soit compromettre leur travail et leur survie. Nous avons absolument besoin de ces institutions. Songeons aux cas lourds, aux familles qui s'occupent de leurs enfants invalides et qui, à un moment donné, ne peuvent tout simplement plus les prendre en charge, peut-être aussi en raison de décès, et sont trop heureuses que quelqu'un d'autre assume cette prise en charge. Mais nous avons aussi besoin de limiter, si faire se peut, l'extension et l'augmentation annuelle des coûts. Or, nous savons qu'il est très difficile pour un home de tourner si le nombre de cas lourds est trop élevé et qu'il y a donc un intérêt logique, mais quelque peu malsain, à compenser ces charges en acceptant un nombre élevé, le plus élevé possible, de cas légers. En allemand, on parle de «Quersubventionierung». Il y a des homes - la presse bernoise en a parlé dernièrement - qui, de plus, refusent des cas lourds, les personnes en question devant être dès lors soignées dans des hôpitaux ou des EMS, ce qui non seulement est plus cher, mais ne représente évidemment pas la solution la mieux adaptée à leur handicap. Autre exemple susceptible de conduire à des dérapages: la construction, dans le canton de Fribourg, d'un nouveau home avec atelier pour personnes légèrement invalides sur le plan psychique. Ceci démontre à l'évidence que nous devons tout mettre en oeuvre pour favoriser des systèmes qui



permettent aux personnes souffrant d'invalidité d'avoir accès à une prise en charge la mieux adaptée possible, la plus individualisée possible et qui incite chacun à se prendre en charge et à rester le plus autonome possible.

Le principe de l'allocation d'assistance adopté par le Conseil national et repris par la majorité de la commission va donc dans la bonne direction, même si je défendrai tout à l'heure une proposition de minorité (art. 42ter).

Jenny This (V, GL): Trotz gelichteten Reihen möchte ich Sie selbstverständlich bitten, auf die Vorlage einzutreten. Wie von Frau Forster bereits ausgeführt wurde, benötigt die IV sowohl eine finanzielle wie auch eine materielle Reform. Finanziell sind wir von unseren Zielen nach wie vor weit entfernt; das ist leider eine traurige Tatsache. Materiell geht es um gezielte, aber notwendige Anpassungen im Leistungsbereich. Insbesondere geht es natürlich um die Einführung eines modernen und zeitgemässen Konzepts der Assistenzentschädigung. Nicht zu unterschätzen ist die Verstärkung der Aufsicht des Bundes sowie eine Verbesserung der Strukturen der Invalidenversicherung.

Warum überhaupt eine Reform? In den letzten zehn Jahren hat die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person, die voll im Erwerbsleben steht, voll invalid wird, um 30 Prozent zugenommen. Dabei gibt es aber, wie wir wissen, grosse kantonale Unterschiede, und ebenso wird zwischen Arbeitslosigkeit und Invalidität immer ein gewisser Zusammenhang bestehen Zunehmend sind es – das mussen wir leider ebenfalls zur Kenntnis nehmen – nicht nur Geburtsgebrechen oder Unfälle, sondern auch Krankheiten, die zum Rentenbezug führen. Die psychischen Krankheiten nehmen dabei eine traurige Spitzenposition ein, vor allem – das mag erstaunen – bei der Jugend. Heute werden mehr Menschen zwischen 20 und 35 Jahren wegen psychischen Gebrechen invalidisiert als wegen allen anderen Ursachen zusammen. Das habe ich bisher nicht gewusst, und das erstaunt tatsächlich.

Nun zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Reform: Bei den Leistungen ist das Kernelement sicher die Einführung der Assistenzentschädigung. Massgebend soll dabei nicht mehr die Hilflosigkeit sein, sondern der ausgewiesene Bedarf an persönlicher Hilfe infolge Behinderung. Sie soll vor allem körperlich, geistig oder psychisch Behinderten ein autonomes Leben ermoglichen; das ist sicher wünschenswert. Diese Entschädigung beträgt je nach Behinderung zwischen 400 und 1600 Franken pro Monat. Ergänzende Leistungen bis zu 90 000 Franken pro Jahr sollen künftig auch Schwerbehinderte erhalten, die in einem eigenen Haushalt leben. Diesen legitimen Ansprüchen ist zweifellos zu entsprechen; da herrscht über alle Parteigrenzen hinweg Einigkeit. Das neue Konzept wird es den Behinderten zweifellos erleichtern, über ihr Leben selber bestimmen zu können

Ein grosses und schwer losbares Problem ist aber nach wie vor die Leistungsausweitung für psychisch Behinderte, weil Missbrauche nie ganz auszuschliessen sind. Ebenfalls zwingend notwendig ist dabei eine Aufsicht des Bundes Weshalb? Nur mit einer verstarkten Aufsicht des Bundes ist gewährleistet, dass eine gesamtschweizerisch einheitliche Beurteilung möglich sein wird. Auch dürfte dies die einzige Möglichkeit sein – wenn überhaupt –, um die Ausgabenentwicklung besser in den Griff zu bekommen. Zusätzlich ist die Einführung von kantonalen Schiedsgerichten sicher zu begrüssen, damit eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den IV-Stellen und der Arbeitslosenversicherung überhaupt möglich wird.

Zusammenfassend muss jedoch festgehalten werden – das hat die heute Morgen geführte Diskussion bereits gezeigt –, dass die Finanzperspektiven alarmierend bleiben; eine nachhaltige Sanierung tut Not. Der Nettospareffekt aus Leistungsanpassung, Verbesserungen und Einsparungen ist nach wie vor unzureichend. Die finanzielle Situation der Invalidenversicherung hat sich in den vergangenen Jahren in beängstigender Weise entwickelt: Ende 1996 betrugen die aufgelaufenen Schulden 1,6 Milliarden Franken, 1997 waren es bereits 2,2 Milliarden Franken. Als rasch greifende Mass-

nahme wurden 1998 2,2 Milliarden Franken von der EO in die Invalidenversicherung transferiert. Trotzdem wuchsen die Schulden bis Ende 1999 erneut auf 1,5 Milliarden Franken an. Diese Kostenzunahme ist vor allem auf die Zunahme der Zahl der IV-Rentenbezüger zurückzuführen

Woher holt man nun die finanziellen Mittel? Man erhöht die Mehrwertsteuer und holt zusätzliche Mittel von der EO. Man saniert also wieder einmal über mehr Einnahmen. Sicher, es braucht mehr Einnahmen – da pflichte ich Herrn Kollege Stähelin bei –, aber man sollte auch irgendwo bei den Ausgaben sparen Die fehlenden Beträge werden wieder einmal der Wirtschaft zugemutet. Wenn argumentiert wird, die vorgenommene Erhöhung der Mehrwertsteuer werde vielleicht dereinst wieder reduziert, gehe ich mit Kollege Schiesser einig: Das können wir gleich wieder vergessen, das wird nie, aber gar nie eintreten!

Ich habe unlängst in der Kommission gewettert, dass mich diese Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit als Unternehmer noch krank mache. Wieso? Jedes Mal, wenn ich nach Hause gehe, stelle ich fest, dass die Kommission Beschlüsse gefasst hat, die mich als selbstständigen Unternehmer wieder einige zehntausend Franken pro Jahr kosten werden. Gut, es ist schwierig, das zu vermindern, irgendwer muss das ja zahlen; aber die unheilvolle Entwicklung ist auf die stetig steigenden Rentenausgaben zurückzuführen. Wir müssen dabei aber etwas sicherstellen: Die wirklich Bedürftigen dürfen unter den Sparmassnahmen nicht leiden, da sind wir uns alle einig Die wirklich Bedürftigen dürfen nicht leiden! Darum müssen wir wohl oder übel Ja dazu sagen. Ich beantrage Ihnen, auf diese Vorlage, wie sie von der Kommissionssprecherin vorgestellt wurde, einzutreten.

Spoerry Vreni (R, ZH): Die IV ist unser grösstes Sorgenkind unter den Sozialversicherungen. Bereits im Jahre 1997 wies sie 2,2 Milliarden Franken Schulden aus. Per 1. Januar 1998 wurden dann 2,2 Milliarden Franken aus dem Ausgleichsfonds der EO zur IV überwiesen. Das hat aber nicht verhindern können, dass sich die Schulden der IV Ende des laufenden Jahres bereits wieder auf 4,7 Milliarden Franken belaufen. Die jährlichen Defizite im letzten und in diesem Jahr betrugen je 1,2 Milliarden Franken.

Es liegt Ihnen jetzt ein Antrag vor, weitere 1,5 Milliarden Franken von der EO in die IV zu übertragen und zusätzlich ein Mehrwertsteuerprozent für die IV zu erheben. Das bedeutet, dass der IV jährlich wiederkehrend zusätzlich 2,5 Milliarden Franken zugewiesen werden sollen.

Trotz dieser Besorgnis erregenden Entwicklung bringt die Vorlage in der Fassung Ihrer Kommission Verbesserungen für die behinderten Menschen. Wir verdoppeln die Hilflosenentschädigung für Behinderte, die zu Hause leben wollen und leben können. Wir ermöglichen für diese Gruppe von Behinderten den Bezug von Ergänzungsleistungen bis zur Höhe von 90 000 Franken pro Jahr und Person.

Eine weitere wichtige und sehr notwendige Verbesserung erfolgt bei den Minderjährigen, indem neu richtigerweise nicht mehr unterschieden wird, wann die Behinderung eingetreten ist – ob das bei der Geburt geschah, was heute Anrecht auf Leistungen gibt, oder ob sie erst später durch Krankheit oder Unfall eingetreten ist.

Die Minderheit Ihrer Kommission will mit einer individuellen Assistenzentschädigung noch über diese Anträge hinausgehen. Sie bringt einen eigentlichen Systemwechsel in der IV, der aus der Sicht der Behinderten ohne Zweifel wünschbar ist und dem in der Kommission auch sehr viel Wohlwollen entgegengebracht worden ist. Wir haben dieses System einer Assistenzentschädigung und eines individuellen Assistenzbudgets sehr gründlich diskutiert. Am Schluss dieser Diskussion ist die Mehrheit der Kommission zum Schluss gekommen, dass dieser Schritt im heutigen Zeitpunkt und aufgrund der vorliegenden Datenlage einem Hochseilakt ohne Netz gleicht.

Denn dieser Schritt beinhaltet drei Unsicherheiten

Wir haben erstens eine Unsicherheit im statistischen Bereich. Die uns vorgelegten Zahlen über die betroffenen Be-



01.015 Conseil des Etats 754 25 septembre 2002

hinderten waren nicht deckungsgleich, und bestimmte Erhebungen mussen zuerst noch gemacht werden.

Der Übergang beinhaltet zweitens auch eine Unsicherheit im faktischen Bereich. Wir wissen nicht, ob wir auf dem Arbeitsmarkt überhaupt das Personal finden, das alle diese individuellen Betreuungen übernehmen könnte. Wir haben deswegen auch keine gesicherten Fakten über die mögliche Entlastung der bestehenden Heime und der dort anfallenden Einsparungen.

Es besteht drittens eine Unsicherheit im rechtlichen Bereich, die schwerwiegend ist. Es geht um die Frage, ob wir diese Leistungen exportieren müssen oder nicht. Die Verwaltung hat grosse Bedenken, dass wir, wenn wir diesen Systemwechsel vornehmen, nicht mehr die Sicherheit haben, dass wir diese zusatzlichen Leistungen nicht auch ins EU-Ausland exportieren mussen. Denn es ist unverkennbar, dass in der EU der Trend, immer mehr Leistungen exportieren zu müssen, vorhanden ist. Wenn wir beim bestehenden System der Hilflosenentschädigung bleiben, haben wir nicht eine hundertprozentige Garantie, aber doch beachtlich mehr Sicherheit, dass wir diese Leistungen nicht exportieren mussen, als wenn wir, wie dargelegt, einen eigentlichen Systemwechsel bei den Leistungen vornehmen

Aus diesem Grunde halte ich es mit Kollege Leuenberger: Ich möchte nicht zu jenen gehören, die sich nach gehabten Freuden in die Büsche schlagen und nicht bereit sind, die Mittel dafür zu sprechen, oder sich beklagen, dass die IV immer mehr kostet. Ich bin mit anderen Worten nicht bereit, ungedeckte Checks auszustellen Es ist deshalb aus meiner Sicht unerlässlich, dass wir zunächst über Pilotversuche, die wir vorschlagen, weitere Abklärungen treffen und erhärtete Fakten bezüglich der erwähnten Unsicherheiten erhalten und vor allem auch die Entwicklung mit Bezug auf den Export in die EU ganz genau verfolgen.

In diesem Sinne empfehle ich Ihnen Eintreten auf die Vorlage und empfehle Ihnen, der Mehrheit der Kommission zu folgen, die im Wesentlichen den Entscheiden des Nationalrates gefolgt ist; diese werden auch vom Bundesrat mitgetragen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je n'aimerais pas vous retenir longtemps puisque l'entrée en matière n'est pas combattue et que nous pourrons reprendre les choses au moment de l'examen de détail. J'aimerais remercier la commission qui a fait un travail très approfondi et, puisque le président a eu la gentillesse de remercier mes collaboratrices et collaborateurs, souligner à quel point nous avons aussi eu un grand plaisir à travailler avec cette commission. Elle nous a fait travailler, et c'était nécessaire et agréable.

Il ne s'agit pas de reprendre les choses telles qu'elles étaient lors de la dernière tentative de révision de l'Al, à laquelle M. Schiesser a fait allusion tout à l'heure. Ce n'est pas le même projet. C'est un projet complet dans un contexte politique différent, en même temps que la 11e révision de l'AVS, que la 1ère révision de la LPP, après les travaux faits pour montrer l'ensemble de l'évolution de la sécurité sociale en Suisse. Et c'est un projet équilibré. Il y a des mesures pour assainir la situation financière de l'AI, côté dépenses et côté recettes. Davantage côté recettes, je l'avoue. Mais côté dépenses, il n'y a pas que des suppressions de prestations, comme celle des rentes complémentaires par exemple, qui est quand même le gros paquet de sacrifices demandé. Il y a également une volonté de maîtriser l'évolution même du taux d'invalidité. Il s'agit de quelque chose qui a été appelé de vos voeux tout à l'heure dans la première partie de la discussion. Dans ce sens, ce projet permet de consolider l'Al, de moderniser l'assurance et de veiller à un meilleur équilibre entre les responsabilités fédérales et cantonales en matière d'examen des cas d'invalidité.

Vous l'avez entendu, le principal point de discussion qui reste au sein de la commission est celui de l'allocation d'assistance – nous vous recommandons de garder le vieux nom d'allocation pour impotent pour des raisons que nous aurons l'occasion de développer. Au fond, les deux modèles

ou solutions proposées concernent les personnes souffrant d'une invalidité grave et visent à leur «garantir» ou à leur faciliter le choix de rester à domicile plutôt que d'entrer dans une institution. J'ai bien dit garantir, entre guillemets, dans la mesure où la minorité aimerait donner vraiment toutes les ressources nécessaires, mais nous ne savons pas encore exactement ce que cela signifie. «Faciliter», c'est la proposition de la majorité, à laquelle se rallie le Conseil fédéral dont le projet est amélioré sur deux points par la commission qui a été sensible aux arguments des personnes concernées.

Le premier point, c'est celui qui consiste à dire que le plafond doit être augmenté pour que les besoins accrus d'une personne invalide qui reste à domicile puissent être pris en compte par les prestations complémentaires.

Le deuxième point, c'est cet article sur des essais pilotes (art. 68quater), et j'ai vu que M. Pfisterer a proposé encore une modification, tout à fait dans le même esprit que la commission, pour faciliter ces essais pilotes.

Au fond, sur tous les points importants et quasiment aussi sur tous les points de détail, le Conseil fédéral se rallie aux propositions de la commission et il vous prie de faire de même.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen L'entrée en matière est décidée sans opposition

- 1. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
- 1. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité

Detailberatung - Examen de détail

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Ingress, Art. 1 Abs. 1 Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, ch. I introduction, préambule, art. 1 al. 1

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen - Adopté

Art. 1a

Antrag der Kommission Streichen Proposition de la commission Biffer

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Mit dem neuen Artikel 1a will der Nationalrat einen Zweckartikel einfuhren. In den Buchstaben a bis c werden die Ziele der IV formuliert, d. h. Eingliederung vor Rente, Sicherung des Existenzbedarfes und Ermöglichung einer eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Lebensführung. Ein Zweckartikel sei programmatisch und habe keine materiellen Auswirkungen – so der Nationalrat.

Trotzdem hat Ihre Kommission beschlossen, es sei besser, auf einen Zweckartikel zu verzichten. Die wesentlichen Aussagen sind bereits in der Verfassung verankert, und auf eine Wiederholung im Gesetz kann deshalb verzichtet werden. Die Kommission empfiehlt Ihnen die Streichung dieses Artikels.

Angenommen – Adopté

Art. 2 Abs. 2

Antrag der Kommission Streichen

Art. 2 al. 2

Proposition de la commission Biffer



Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Der Nationalrat will mit dieser Bestimmung – konkret mit dem Erlass der Arbeitgeberbeitrage für die IV von 0,7 Prozent - einen Anreiz schaffen, vermehrt behinderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anzustellen. Der Antrag wurde im Nationalrat diskussionslos angenommen.

Nach Meinung der einstimmigen Kommission, bei einer Enthaltung, ist auf diesen Artikel zu verzichten, da der vorgeschlagene Anreiz nur bedingt tauglich ist. Dies, weil aus der Bestimmung nicht klar hervorgeht, in welchen Fällen die Arbeitgeberbeiträge zu erlassen sind. Es bleibt unklar, wer unter den Begriff der «invaliden Versicherten» fällt: Handelt es sich bei den angesprochenen versicherten Personen ausschliesslich um Invalide, die eine IV-Rente beziehen, oder gehören auch Personen dazu, die auf ein Hilfsmittel wie z B. ein Hörgerät, orthopädische Hilfsmittel usw. angewiesen sind? Für die Praxis bräuchte es hierzu klarere Abgrenzungsbestimmungen. Der Erlass des Arbeitgeberbeitrages an die IV wird zudem - so die Kommission - kaum einen genügenden Anreiz auslösen, invalide Personen einzustellen. In der Diskussion wurde auch darauf hingewiesen, dass mit dieser Bestimmungen Doppelspurigkeiten mit dem Behindertengleichstellungsgesetz geschaffen werden.

Das Anliegen soll gemäss Ihrer Kommission insofern aufgenommen werden, als in Artikel 68quater, Pilotversuche, Anreize geschaffen werden können, um vermehrt behinderte Menschen einzustellen.

Ich bitte Sie, Ihrer Kommission zu folgen und diese Bestimmung nicht aufzunehmen.

Angenommen - Adopté

Art. 5 Abs. 1

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 5 al. 1

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 7

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

.... Taggelder und Hilflosenentschädigungen weder

Art. 7

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

. les allocations pour impotents ne peuvent

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Ich möchte hier lediglich darauf hinweisen, dass Ihre Kommission ja entschieden hat, auf die Änderung des Begriffs «Hılflosenentschädigung» in «Assistenzentschädigung» zu verzichten. Sollten Sie Ihrer Kommission folgen, würde hier eine Anpassung notwendig. Ich empfehle Ihnen aber, Herr Präsident, dass wir die Diskussion über die Änderungen des Begriffs dann bei Artikel 42 führen und allenfalls, je nach Entscheid, dann hier eine Anpassung vornehmen.

Präsident (Plattner Gian-Reto, erster Vizepräsident): Wir nehmen das zur Kenntnis und entscheiden nicht über Artikel 7. Wir werden bei Artikel 42 darüber entscheiden.

Verschoben - Renvoyé

Art 8

Antrag der Kommission

Abs. 1

Invalide oder von einer Invalidität (Art. 8 ATSG) unmittelbar bedrohte Versicherte haben, unabhangig von der Ausübung einer Erwerbstätigkeit vor Eintritt der Invalidität, Anspruch auf Eingliederungsmassnahmen, soweit diese notwendig und geeignet sind, die Erwerbsfähigkeit oder die Fähigkeit, sich im Aufgabenbereich zu betätigen, wieder herzustellen, zu erhalten oder zu verbessern. Dabei ist die gesamte noch zu erwartende Arbeitsdauer zu berücksichtigen.

Abs. 2, 2bis, 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 8

Proposition de la commission

Al 1

Les assurés invalides ou menacés d'une invalidité (art. 8 LPGA) imminente ont droit aux mesures de réadaptation nécessaires de nature à rétablir, à maintenir ou à améliorer leur capacité de gain ou leur capacité d'accomplir leurs travaux habituels, qu'ils aient ou non exercé une activité lucrative préalablement. Ce droit est déterminé en fonction de toute la durée d'activité probable.[VS]

Al. 2, 2bis, 3

Adhérer à la décision du Conseil national

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Hier hat der Nationalrat eine Präzisierung vorgenommen: Mit seinem Zusatz soll ausdrücklich verankert werden, dass Versicherte, die vor Eintritt der Invalidität nicht oder nur teilzeitlich erwerbstatig waren, Anspruch auf Eingliederungsmassnahmen haben. Im Grundsatz ist Ihre Kommission mit dem Anliegen einverstanden. Sie ist aber der Meinung, dass die nationalrätliche Lösung einigen Auslegungsbedarf nach sich zieht und schlägt Ihnen deshalb einstimmig eine klarere Bestimmung vor.

Angenommen - Adopté

Art. 10 Titel; 12 Abs. 1; 14 Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 10 titre; 12 al. 1; 14 al. 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 16 Abs. 2 Bst. c

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 16 al. 2 let. c

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Artikel 16 Absatz 1 regelt den Anspruch auf eine erstmalige Ausbildung. Die berufliche Weiterausbildung nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe c stellt einen Sonderfall unter den Eingliederungsmassnahmen dar. Im Unterschied zu den übrigen beruflichen Massnahmen der IV muss eine berufliche Weiterbildung nicht invaliditätsbedingt notwendig sein, damit die invaliditätsbedingten Mehrkosten gestützt auf Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe c durch die IV übernommen werden. Wie bei der erstmaligen Ausbildung übernimmt die IV somit die so genannten invaliditätsbedingten Mehrkosten einer Weiterbildung wie z. B. Transportkosten und anderes. Damit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Menschen mit Behinderungen für ihre berufliche Weiterentwicklung die gleichen Möglichkeiten wie nicht behinderten Men-



schen offen stehen. Neu sollen die invaliditätsbedingten Mehrkosten für berufliche Weiterausbildung nicht nur im angestammten, sondern auch in neuen Berufsfeldern übernommen werden. Die berufliche Weiterausbildung soll dazu beitragen, dass die Erwerbsfähigkeit voraussichtlich verbessert oder erhalten werden kann. Behinderte Menschen werden damit gegenuber nicht behinderten Personen nicht bevorzugt, d. h., sie müssen die Grundkosten der Fort- und Weiterbildung selber übernehmen. Die IV übernimmt die behinderungsbedingten Mehrkosten.

Der Nationalrat hat gegenüber der Fassung des Bundesrates eine geringe Ausdehnung vorgenommen. Gemass Beschluss des Nationalrates kann das zuständige Bundesamt Ausnahmefalle umschreiben, in denen in begründeten Fällen eine Weiterbildung in einer spezialisierten Institution oder Organisation besucht werden kann. Ihre Kommission schliesst sich dem Beschluss des Nationalrates an, ist aber klar der Meinung – ich möchte dies zuhanden der Materialien betonen –, dass die Ausdehnung nur für einzelne Massnahmen gelten und restriktiv ausgelegt werden soll.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Je voulais ajouter juste deux éléments:

1. Comme cela a été fort bien dit, nous avons tenu à élargir ici, mais nous pensons que cela se fera dans un nombre très limité de cas, les possibilités de soutenir, avec la prise en charge des coûts supplémentaires liés à l'invalidité, les perfectionnements professionnels. Jusqu'à présent, l'Al pouvait le faire, à condition que cela soit dans le cadre du métier choisi initialement ou en fonction de la réadaptation proprement dite de la personne invalide. Nous avons été sensibles au fait que si une personne invalide souhaitait changer de carrière, entreprendre des études, faire autre chose, elle ne recevait pas à ce moment-là de soutien pour les moyens auxiliaires et ses frais: par exemple, frais de traduction pour les malentendants, frais d'agrandissement de textes pour les personnes handicapées de la vue, frais de transports spéciaux. Nous avons considéré que le fait d'aider financièrement ces personnes à améliorer leur carrière professionnelle, même si ce n'était pas strictement lié à la récupération de leur capacité de gain, mais aussi à leur choix personnel, était une contribution à la suppression de la discrimination. Je tiens à le dire: cela ne consiste pas à accorder des indemnités journalières à ces personnes. Les frais de la formation, qui sont les mêmes que pour toute autre personne qui souhaite changer de voie, sont à la charge de la personne invalide ou du canton s'il y a des bourses, par exemple. Il ne s'agit que de financer les frais spéciaux, spécifiquement liés à l'invalidité dans ce cas. C'est pourquoi nous pensons que le coût de ces mesures ne sera pas très élevé, mais la liberté accordée ainsi aux invalides le sera.

2. Vous avez vu que le Conseil national avait introduit une possibilité en ajoutant, à l'article 16 alinéa 2 lettre c, les mots «en principe». On parle ici de dérogation dans des cas dûment motivés, et l'office fédéral compétent est chargé de définir les exceptions. Je voulais tout simplement dire que nous avons l'intention d'appliquer cela de façon extrêmement restrictive et sévère. Il ne faut donc pas imaginer qu'il y a là une ouverture à un nouveau type de financement pour les institutions collectives, mais il s'agit vraiment de définir chaque fois de façon très rigoureuse les raisons qui peuvent, dans ce cas précis et d'espèce, justifier une exception. La règle, elle, reste clairement donnée par la loi.

Angenommen – Adopté

Art. 17 Abs. 1

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 17 al. 1

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen - Adopté



Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 18 al. 1

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Mit dieser Bestimmung soll eine verbindliche Grundlage für die Arbeitsvermittlungstätigkeit der IV-Stellen eingeführt werden. Die Kommission schliesst sich dem Beschluss des Nationalrates an, weil sie wie der Nationalrat der Meinung ist, dass es ein Angebot zur Beratung und Begleitung am Arbeitsplatz braucht, welches sich sowohl an den Arbeitgeber als auch an die behinderte Person richtet und rasch und niederschwellig beansprucht werden kann. Hierzu bietet der neu formulierte Artikel eine gute Grundlage. Deshalb hat sich die Kommission hier dem Nationalrat angeschlossen.

Angenommen - Adopté

Gliederungstitel vor Art. 19; Art. 19 Titel; 20; 21 Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre précédant l'art. 19; art. 19 titre; 20; 21 Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Angenommen - Adopté

Art. 21bis Abs. 2bis, 3
Antrag der Kommission

•

Art. 21bis al. 2bis, 3

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Mit diesem Artikel wird eine gesetzliche Grundlage für selbstamortisierende Darlehen geschaffen. Solche Darlehen stellen ein wirkungsvolles und bewährtes Instrument dar, um Versicherten in Landwirtschafts- oder Gewerbebetrieben die Anschaffung kostspieliger Hilfsmittel zu ermöglichen. Deshalb bitten wir Sie, auch diesem Artikel zuzustimmen.

Angenommen - Adopté

Art. 22; 23; 23bis-23sexies; 24; 24bis-24quinquies; 25; 25bis; 25ter; Gliederungstitel vor Art. 26; Art. 26 Abs. 4; 27 Titel, Abs. 2; 27bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 22; 23; 23bis-23sexies; 24; 24bis-24quinquies; 25; 25bis; 25ter; titre précédant l'art. 26; art. 26 al. 4; 27 titre, al. 2; 27bis

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 28

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: In Artikel 28 Absatz 1bis ff. wird der Anspruch auf eine Rente formuliert. Anspruch auf eine Rente haben demzufolge Versicherte, wenn die Invalidität mindestens 40 Prozent beträgt.



Der Nationalrat hat sich für eine Verfeinerung der Rentenabstufung ausgesprochen. Heute bekommt eine Person mit einer Behinderung von mindestens 40 Prozent eine Viertelsrente, bei 50 Prozent eine halbe Rente und bei mindestens 66 2/3 Prozent eine ganze Rente. Dazu kommt noch die Härtefallrente. Im Nationalrat wurde geltend gemacht, dass diese Rentenabstufung in der Praxis oft zu Schwierigkeiten bei der Festlegung des Invaliditätsgrades führt. Im Sinne einer Eingliederung in die Arbeitswelt sei es adäquater, wenn bei der Renteneinstufung ein grösserer Spielraum besteht. Bei der groben Abstufung – ganze Rente, halbe Rente – haben Behinderte mit der Eingliederung oft Mühe, wenn sie von der ganzen direkt auf die halbe Rente zurückgestuft werden müssen.

Ihre Kommission schliesst sich grundsätzlich der Meinung an, dass die Übergänge heute ausserordentlich brüsk sind und dies in der Praxis auch dazu führen kann, dass die Eingliederungsmotivation des Einzelnen geschwächt wird. Mit der feineren Abstufung gemäss Nationalrat wurde neu bei einem Invaliditätsgrad von 60 Prozent die Dreiviertelsrente und bei mindestens 70 Prozent die ganze Rente gesprochen. Gemäss Nationalrat wäre das Ganze in etwa kostenneutral, wenn man die Besitzstandwahrung ausklammert. Das heisst: Bis zu einem Invaliditätsgrad von 60 Prozent würden Mehrausgaben entstehen, die dann aber bei einem Invaliditätsgrad von 66 bis 70 Prozent kompensiert würden. Die Kommission hat schliesslich Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates beschlossen. Ich empfehle Ihnen, dies ebenfalls zu tun.

Angenommen - Adopté

Art. 31 Abs. 1

Antrag der Kommission Aufheben

Art. 31 al. 1

Proposition de la commission Abroger

Angenommen - Adopté

Art. 34; 38 Titel, Abs. 1

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 34; 38 titre, al. 1

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 41 Abs. 2

Antrag der Kommission Streichen

Art. 41 al. 2

Proposition de la commission Biffer

Angenommen - Adopté

Gliederungstitel vor Art. 42

Antrag der Kommission Streichen

Titre précédant l'art. 42

Proposition de la commission Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 42

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... die hilflos (Art. 9 ATSG) sind eine Hilflosenentschädigung

Abs. 1bis

.... zwischen schwerer, mittelschwerer und leichter Hilflosigkeit

Abs. 2

Als hilflos gilt ebenfalls eine Person, welche wegen so liegt immer eine leichte Hilflosigkeit vor

Abs. 3

Die Hilflosenentschädigung wird

Abs. 4

Der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung entfällt bei einem Aufenthalt bei einem Aufenthalt Hilflosenentschädigungen vorsehen

Abs. 5

.... an die Hilflosenentschädigung falls die Hilflosigkeit nur

Art. 42

Proposition de la commission

Al. 1

.... et qui sont impotents (art. 9 LPGA) ont droit à une allocation pour impotent. L'article

Al. 1bis

.... entre un degré d'impotence grave, moyen et faible.

A1 2

Est aussi considérée comme impotente la personne de la vie, le degré d'impotence est réputé faible. L'article Al. 3

L'allocation pour impotent est octroyée

 $\Delta I \Delta$

.... l'allocation pour impotent en cas prévoir une allocation pour impotent, également

Al. 5

 \dots proportionnelle à l'allocation pour impotent lorsque l'importance n'est que \dots

Forster-Vannini Erika (R, SG), fur die Kommission: Ich habe zu Artikel 42 noch einige Bemerkungen. Vorerst möchte ich kurz darauf eingehen, was die Einführung der Assistenzentschädigung alles beinhaltet. Anschliessend möchte ich mich dazu äussern, weshalb Ihnen die Kommission beantragt, das Wort «Assistenzentschädigung» wieder durch das Wort «Hilflosenentschädigung» zu ersetzen, das schon heute verwendet wird.

Die Assistenzentschädigung tritt als einheitliche Leistungskategorie an die Stelle der bisherigen Hilflosenentschädigung, der Pflegebeiträge für hilflose Minderjährige und der Hauspflegebeiträge. Die Grundzüge dieser Leistung für die Pflege und Betreuung von Personen mit Behinderungen sind neu in drei Artikeln geregelt. Der Bundesrat hat einen Entwurf unterbreitet, der das heutige System prinzipiell beibehält, es aber in drei Bereichen verbessern will:

Der eine Bereich ist derjenige der Minderjährigen. Die stossende Diskriminierung von Kindern, die nicht schon von Geburt an behindert sind, soll aufgehoben werden. Alle Kinder sollen die gleichen Leistungen erhalten – unabhängig davon, wann die Behinderung eingetreten ist.

Weiter soll auch eine Assistenzentschädigung für psychisch Behinderte oder leicht geistig Behinderte gewährt werden können. Diese Behinderten erfüllen heute höchst selten die Voraussetzungen für eine Hilflosenentschädigung, obwohl auch sie Begleitung brauchen. Wir sprechen von psychisch Behinderten, die eine IV-Rente erhalten, die aber Gefahr laufen, zu Hause isoliert zu sein und zu verwahrlosen. Die IV soll ihnen eine lebenspraktische Begleitung bezahlen, damit der Eintritt in eine stationäre Einrichtung nach Moglichkeit hinausgeschoben oder verhindert werden kann.

Schliesslich sollen die Behinderten gegenüber heute eine grössere Wahlfreiheit erhalten, ındem die Ansätze der jetzigen Hilflosenentschädigung verdoppelt werden.

Der Bundesrat geht davon aus, dass innerhalb des ganzen Pakets im Bereich der Assistenzentschädigung mehr ausgegeben werden soll. Dennoch müssen die daraus entstehenden Kosten von 162 Millionen Franken für die defizitäre IV tragbar sein. Mit der Assistenzentschädigung sollen die heutigen Mängel beseitigt werden, und behinderten Menschen soll vermehrte Autonomie und Selbstbestimmung ermöglicht werden. Angesichts der begrenzten finanziellen Mittel wird kein grundlegender Umbau mit beträchtlichen Kostenfolgen, sondern eine Bereinigung des heutigen Systems mit massvollen Mehrausgaben vorgeschlagen.

In den Absatzen 1 und 2 werden die Grundzüge des Anspruches umschrieben. Dieser ist sehr ähnlich umschrieben wie der heutige Anspruch auf Hilflosenentschädigung Statt von Hilflosigkeit wird jedoch neu durchwegs von einem Bedarf an personlicher Assistenz gesprochen

Bezüglich des Assistenzbedarfes wird auf die allgemeine Definition in Artikel 9 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechtes verwiesen Wie bisher soll darauf abgestellt werden, ob eine behinderte Person bei den alltäglichen Lebensverrichtungen Hilfe benötigt. Insbesondere bei der Bemessung des Assistenzbedarfes von Minderjährigen ist bei der Prüfung des Anspruches auf Pflegebeiträge auf den Mehrbedarf an Hilfeleistung und persönlicher Überwachung im Vergleich zu nicht behinderten Minderjährigen gleichen Alters abzustellen. Wie heute bei der Hilflosenentschädigung ist der Anspruch grundsatzlich an den Wohnsitz und an den gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz gebunden.

Bezuglich der Einführung einer Assistenzentschadigung war sich Ihre Kommission einig, weshalb sie der Fassung des Bundesrates bzw. des Nationalrates im Grundsatz auch zustimmte. Auf die Unterschiede komme ich später noch zu sprechen.

Bezüglich der Frage des Exportes der Assistenzentschädigung hegte die Kommission allerdings Zweifel, weshalb sie der Verwaltung den Auftrag erteilte, diese Frage nochmals vertieft abzuklären. Vertreterinnen und Vertreter des Bundesamtes für Sozialversicherung, des Bundesamtes für Justiz und des Integrationsbüros haben die Fragestellung gemeinsam analysiert.

Ich gestatte mir nun, Ihnen einige Abschnitte aus dieser Analyse zu zitieren, damit es auch Ihnen möglich sein wird nachzuvollziehen, weshalb Ihnen die Kommission vorschlägt, bei der Wortwahl «Hilflosenentschadigung» zu bleiben: «Das aufgrund der Sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EG anzuwendende EG-Recht verlangt, dass samtliche Geldleistungen bei Krankheit, Alter und Invalidität in alle EG-Staaten ausbezahlt werden. Dies gilt grundsätzlich auch für so genannte beitragsunabhangige Sonderleistungen, die unter andere als die erwähnten Rechtsvorschriften oder Systeme fallen, sofern sie ersatzweise, erganzend oder zusätzlich zu den erstgenannten Versicherungsleistungen gewährt werden oder allein zum besonderen Schutz der Behinderten bestimmt sind. Das EG-Recht bietet allerdings auch eine Möglichkeit, bestimmte beitragsunabhängige Sonderleistungen einzelner Mitgliedstaaten vom Export auszuschliessen. Dies ist dann der Fall, wenn die entsprechenden Leistungen im Anhang Ila der Verordnung Nr. 1408/71 aufgefuhrt sind.» Weiter heisst es: «Derzeit sind im Anhang IIa zur Verordnung Nr. 1408/71 eine Vielzahl von Ausnahmen verschiedener Staaten enthalten, darunter auch eine Reihe ähnlicher Leistungen wie die schweizerische Hilflosenentschädigung. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit den EU-Beitrittsgesuchen osteuropäischer Staaten und deren grossen Anzahl von Exportausnahmegesuchen ist im Laufe dieses Frühjahres in der EU ein Meinungsumschwung in dem Sinne erfolgt, als die Ausnahmeliste seither vermehrt infrage gestellt wird. Die EG-Kommission möchte im gesamten EU-Raum eine Reduktion der Ausnahmen vom Export erreichen. In diesem Zusammenhang stellte die EG-Kommission auch die mit der Schweiz ausgehandelte Lösung betreffend den Nichtexport der schweizerischen Hilflosenentschadigung erneut zur Diskussion.» Ein Anlass für die restriktive Haltung der Kommission sei unter anderem auch ein Urteil im EU-Raum gewesen. «Der Meinungsbildungsprozess innerhalb der EG ist noch nicht abgeschlossen. Aus neusten Informationsquellen ist zu entnehmen, dass die EG-Kommission den EG-Mitgliedstaaten nun offenbar empfiehlt, den Vorbehalt der Schweiz bezüglich Hilflosenentschadigung in die Ausnahmeliste einzutragen. Es ist zu erwarten, dass die von der Schweiz vertraglich ausgehandelte Forderung auf Eintragung der Hilflosenentschädigung in die Ausnahmeliste aufgrund des Argumentes der Vertragstreue vom Gemischten Ausschuss nicht verweigert werden kann.» Demgegenüber ist es fraglich, ob diese Ausnahmeliste auch dann gilt, wenn wir hier eine Begriffsänderung vornehmen und den Begriff «Assistenzentschädigung» wählen.

Aufgrund dieses Berichtes beschloss die Kommission, Ihnen zu beantragen, die Assistenzentschädigung einzuführen, Ihnen aber im Hinblick auf die Sicherheit, dass die neuen Leistungen nicht exportiert werden müssen, zu beantragen, auf den neuen Begriff «Assistenzentschädigung» zu verzichten und beim – zugegebenermassen unschönen – alten Begriff «Hilflosenentschädigung» zu bleiben.

Ich möchte Ihnen nicht vorenthalten, dass der Kommission auch ein 13-seitiges Rechtsgutachten von Professor Thomas Cottier der Universität Bern, erstattet an Ständerat David, vorgelegen hat. In der Quintessenz besagt dieses Gutachten, dass man bei der Bezeichnung «Assistenzentschädigung» bleiben könne, oder vielmehr, dass die Vorschläge mit den staatsvertraglichen Vereinbarungen vereinbar seien und den Anforderungen an den Ausschluss der Exportleistungen zu genügen vermöchten.

Wie ich bereits dargelegt habe, hat sich die Kommission nach längerer Diskussion den Folgerungen des Bundesamtes für Sozialversicherung angeschlossen und bittet Sie, dies ebenfalls zu tun, also wieder auf den alten Begriff «Hilflosenentschädigung» zurückzukommen.

David Eugen (C, SG): Ich finde, wir stehen hier in zweierlei Hinsicht vor einer wichtigen Frage: Wie verhalten wir uns einerseits gegenüber den Behinderten in diesem Land, wenn wir diese Bezeichnung einsetzen, und wie verhalten wir uns andererseits gegenüber dem EU-Recht?

Zum ersten Punkt: Wir wissen, dass die Behinderten sehr viel Wert darauf legen, dass diese Bezeichnung endlich geändert wird, damit wir endlich zur wahren Bezeichnung kommen. Wir wollen mit diesem Gesetz Assistenz gewähren. Wir wollen insbesondere auch jenen Behinderten mehr Selbstbestimmung gewähren, die erwerbsfähig sind, die zu Hause bleiben und einen Beruf ausüben können, aber die, damit das möglich ist, Assistenz bei täglichen Verrichtungen brauchen. Das ist eine ausgesprochene Hilfe zur Selbsthilfe. Das kommt nun in Gottes Namen im Wort «Hilflosenentschädigung» überhaupt nicht zum Ausdruck. Der Begriff «Hilflosigkeit» hat auch etwas Diskriminierendes an sich – jedenfalls empfinden es die Behinderten so. Es war daher richtig und auch notwendig, dass der Bundesrat uns den Vorschlag unterbreitete, das zu ändern.

Zum zweiten Punkt: Ich bin der Meinung, dass es keine Gründe aufgrund des EU-Rechts gibt, um von diesem Entschluss abzugehen. Sie fragen sich jetzt, warum ich keinen Antrag in dieser Richtung stelle. Ich habe keinen formellen Antrag mehr gestellt, weil dieses Gutachten sehr spät gekommen ist und ich mich wirklich auch auf eine fundierte Meinungsäusserung stützen wollte. Ich wollte auch sorgfältig abgeklärt haben, ob das jetzt so ist oder nicht.

Herr Professor Thomas Cottier von der Universität Bern hat sich einlässlich mit diesem Punkt befasst und kommt zu folgenden Schlüssen für die Exportfrage: Es gibt zwei Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit eine Sozialversicherungsleistung nicht exportiert werden muss. Erstens muss es eine Sonderleistung sein, die an das wirtschaftliche und soziale Umfeld der Betroffenen gebunden ist. Für diese erste Bedingung stellt die Assistenzentschädigung eigentlich ein Musterbeispiel dar. Was ist an dieses Umfeld gebunden, wenn nicht diese Leistungen, die in diesem Haus, in dieser



Wohnung, in welcher der Betroffene lebt, erbracht werden? Diese Leistungen hängen sehr direkt von einem sozialen und wirtschaftlichen Umfeld ab. Diese Hilfsmittel müssen an einer bestimmten Stelle in einer bestimmten Situation zur Verfügung gestellt werden. Diese Voraussetzung ist von mir aus gesehen, wie es auch das Gutachten sagt, klar erfullt. Diese Leistungen durfen zweitens nicht beitragsfinanziert sein, sondern sie müssen von der öffentlichen Hand finanziert sein. Das ist bei der Hilflosenentschädigung – oder jetzt eben Assistenzentschädigung – ganz klar der Fall. Mit anderen Worten: Es sind beide Bedingungen erfüllt.

Jetzt kommt die angeführte Rechtsprechung des EuGH, die offenbar das BSV und das EDI verunsichert. Zuerst muss ich dazu sagen: Die bilateralen Verträge bedeuten, dass wir an die Rechtsprechung des EuGH bis zum 21. Juni 1999, nämlich dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses, gebunden sind. Es ist eine Besonderheit der bilateralen Verträge, dass unsere Bindung an die EuGH-Urteile bis zu diesem Zeitpunkt reichen Weiter sind wir in den bilateralen Verträgen die Verpflichtung eingegangen, diese Urteile bei der weiteren Entwicklung der bilateralen Beziehungen mitzuberücksichtigen. Wir haben aber keine Verbindlichkeit der EuGH-Urteile über den 21. Juni 1999 hinaus. Das ist die formelle Voraussetzung.

Zum Zweiten weicht das EuGH-Urteil, das in dieser Frage ergangen ist, gar nicht von diesen zwei Punkten ab. Es war mir sehr wichtig, dass dies von einem Juristen geklärt wird, der sich darin genau auskennt. Das ist bei Professor Cottier vom Institut für Europa- und Wirtschaftsvölkerrecht an der Universität Bern der Fall. Selbstverständlich können sich Juristen immer streiten.

Was zwingt uns, das schweizerische Parlament, dazu, quasi in vorauseilendem Gehorsam Dinge zu tun, die wir gar nicht tun wollen, die uns vollständig zuwider sind? Wir führen hier diese Begriffsbildung weiter, obwohl wir damit den Behinderten in unserem Land einen schlechten Dienst erweisen, obwohl wir gar kein EuGH-Urteil haben. Wir haben nicht einmal eine Rechtsentwicklung in diese Richtung, wir haben auch keine vertragliche Bindung in diese Richtung. Das ist vorauseilender Gehorsam in die falsche Richtung. Wir müssen unsere Handlungsspielräume, die wir im Rahmen der bilateralen Verträge haben, selbstbewusst ausschöpfen und wahrnehmen. Es kann doch nicht sein, dass wir schon im Vorgriff Dinge tun, die wir überhaupt nicht tun wollen, weil wir meinen, es konnte dem anderen eventuell irgendwann einmal nicht passen.

Das Schlimmste, was uns passieren kann, wenn wir diese Änderung nicht vornehmen, ist, dass wir irgendwann einmal in ein Verfahren hineinkommen und diese Frage diskutiert wird. Ein Gerichtsurteil dazu gibt es nicht. Dann kann man darüber diskutieren. Wir könnten am Ende diese Gesetzgebung immer noch ändern, wenn alle diese Bedenkenträger, die sich heute hier zu dieser Frage gemeldet haben, Recht erhalten Mich stört es, dass wir im Vorgriff Dinge tun, die wir gar nicht tun müssen. Also bitte, bleiben wir auf dem Weg, den der Bundesrat ursprünglich in der Vorlage vorgegeben hat

Mir ist jetzt klar. Da kein Antrag gestellt wird, ist mein Votum eigentlich dazu bestimmt, diese Argumente zuhanden des Natonalrates in die Materialien zu bringen. Wir haben jetzt in diesem Punkt eine klare Differenz zum Nationalrat. Ich möchte eigentlich den Nationalrat auffordern, vielleicht nochmals ein Rechtsgutachten einzuholen, sich nochmals rechtlich abzusichern und dann zum Begriff Assistenzentschädigung zurückzugehen, der den Behinderten gerecht wird

Stähelin Philipp (C, TG): Ich bin dankbar dafür, dass Kollege David keinen Antrag gestellt hat. Wie heisst es so schön? Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste. In diesen Bereichen müssen wir tatsächlich vorsichtig sein. Wir sind in Verhandlungen mit der EU, wir wissen das. Es geht nicht nur um die Rechtsprechung, es geht auch darum, dass wir in diesem Verhältnis in steten Verhandlungen und in Gesprächen stehen. Man sollte es nicht auf Gerichtsverfahren an-

kommen und herauskommen lassen. Ich meine, man muss sehr sorgfältig klären, ob der Übergang zur neuen Bezeichnung möglich sei oder nicht. Wenn ja, dann unterstütze ich das voll und ganz. Wenn das aber nicht der Fall ist, glaube ich nicht, dass man sich da auf die Äste hinauslassen sollte, nachdem sich inhaltlich nichts ändert.

Ich bin aber froh, wenn diese Frage wirklich noch einlässlich gepruft wird. Wir haben die Rechtsgutachten bekommen, leider wirklich in letzter Sekunde. Wir konnten diese Arbeit vielleicht nicht mehr genug fundiert vornehmen. Ich bin dankbar, wenn diese Frage auch seitens des Bundesrates interdepartemental noch geklärt werden kann. Dann werden wir sehen, was der Nationalrat daraus machen kann.

Wicki Franz (C, LU): In Artikel 42 wird ein neuer Begriff eingeführt: die «lebenspraktische Begleitung» bzw. das Angewiesensein auf solche «lebenspraktische Begleitung». Mit diesem neuen Begriff sind auch neue Leistungsansprüche verbunden.

Ich war jahrelang Mitglied des Versicherungsgerichtes, und ich weiss, dass neue Gesetzesbegriffe und neue Ansprüche immer zu Unsicherheiten führen. Sie führen zu Unsicherheiten bei den Anspruchsberechtigten, bei den Leistungserbringern, bei den Amtsstellen und auch bei den Gerichten. Es ist daher wichtig, dass der Gesetzgeber klar sagt, was er mit seiner Sprache meint. Konkret muss er also sagen, was er mit dem Begriff der «lebenspraktischen Begleitung» meint. Klare Gesetze vermeiden Prozesse. Meine Frage lautet also: Was bedeutet «lebenspraktische Begleitung»? Welches sind die objektivierbaren Kriterien für die Definition dieses Begriffes? Dass die Beantwortung dieser Frage wichtig ist, zeigt sich z. B. in Artikel 42 Absatz 2. Dort beantragt die Kommission: «Ist eine Person lediglich auf lebenspraktische Begleitung angewiesen, so liegt immer eine leichte Hilflosigkeit vor.» Der Anspruch ist ganz klar gegeben, wenn man auf die «lebenspraktische Begleitung» angewiesen ist.

Allein mit dieser Bestimmung sind wahrscheinlich Leistungen in Milliardenhöhe verbunden. Daher ist eine Klärung des Begriffs der «lebenspraktischen Begleitung» nötig. Ich bin dankbar, wenn man hier im Rat sagen kann, was er bedeutet, denn nachher – vor allem in der Praxis – braucht es entsprechende Materialien. Die Geheimnisse der Kommission genügen nicht.

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Sie haben eine wichtige Frage gestellt, Herr Wicki. Ich versuche, sie Ihnen in dem Sinne zu beantworten, wie wir darüber in der Kommission gesprochen haben.

Wie Sie sagen, hat der Nationalrat die Einführung einer persönlichen Assistenz im Sinne einer lebenspraktischen Begleitung auch im Falle leichter psychischer Behinderungen beschlossen. Heute haben psychisch Behinderte zwar einen Anspruch auf Hilflosenentschädigung, doch sind die Anspruchsvoraussetzungen sehr eng formuliert. Die Abgrenzung zwischen psychischer und geistiger Behinderung ist in der Praxis schwierig durchzuführen, und die Grenzen sind oft fliessend.

Auf der anderen Seite haben wir Artikel 8 Absatz 2 der Bundesverfassung, der vorschreibt, dass kein Mensch «wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung» diskriminiert werden darf. Weil die Hilflosenentschädigung auf die körperlichen Lebensfunktionen in den Bereichen Anziehen, Ausziehen, Essen usw. zugeschnitten sind, ist sie für psychisch und geistig Behinderte nicht von Relevanz, weil sich bei ihnen andere Probleme stellen. Deshalb muss der Anspruch auf lebenspraktische Begleitung auch für psychisch Behinderte eingeführt werden, und zwar aus den Gründen, die ich Ihnen zu erklären versucht habe. Es geht also um das Einkaufen oder andere Tätigkeiten, die von solchen Personen nicht allein, sondern nur mit Begleitung getätigt werden können.

Wenn Sie dem Beschluss des Nationalrates nicht folgen, so werden diese Behinderten vom Leistungsbereich der Assistenz ausgeschlossen. Im Falle der Beeinträchtigung der psy-



chischen Gesundheit muss allerdings mindestens ein Anspruch auf eine Viertelsrente gegeben sein. Der Nationalrat hat so entschieden; Ihre Kommission hat darüber eine längere Debatte geführt und sich letztlich dem Erstrat angeschlossen.

Ich weiss nicht, Herr Wicki, ob ich Ihre Frage erschöpfend beantwortet habe. Vielleicht kann Frau Bundesrätin Dreifuss noch etwas nachhelfen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale. Vous trouverez, Monsieur Wicki, au chiffre 2.3.1.5.2.3 du message, la description qui a été faite par le Conseil fédéral de cet accompagnement permettant de faire face aux nécessités de la vie. Mme Forster a dit l'essentiel.

1. La législation actuelle, en mettant l'accent sur les moyens auxiliaires, l'aide matérielle, physique qui doit être apportée, ne tient pas suffisamment compte du risque de dégradation de l'état d'invalides qui, s'ils n'ont pas par exemple la visite d'une infirmière de santé publique psychiatrique qui veille à ce qu'ils se lèvent ou à ce qu'ils sortent de chez eux, qui les accompagne chez le médecin, tombent vraiment dans des situations de plus grande invalidité. C'est cela qui est entendu, c'est ainsi que cela est aussi décrit dans le message. C'est une compétence de fixer par ordonnance les conditions d'octroi C'est par ordonnance et directives, ici, que nous prévoyons de définir de façon très stricte les prestations qui relèvent de ce besoin d'assistance.

2. Mme Forster l'a dit, le risque d'exagérer peut-être dans ce domaine a été prévenu par le fait qu'il ne peut s'agir que de personnes - lorsqu'il s'agit d'un handicap psychique - pour lesquelles la procédure qui leur donne droit à une rente - au moins un quart de rente - a été achevée. C'est-à-dire que ces personnes sont vraiment soumises à un examen médical quant à l'effet de leur handicap sur leur capacité de vivre. Dans ce sens-là, et nous nous y rallions tout à fait, il y a un seuil plus élevé pour les malades psychiques que pour les autres

3. La façon dont vous avez lu cette phrase en allemand me fait demander qu'elle soit examinée quant à la langue par la Commission de rédaction. En fait, ça ne veut pas dire que si quelqu'un a besoin d'un accompagnement, il a dans tous les cas droit à une allocation. Si cet accompagnement est fait par un tuteur, s'il est fait par une personne de confiance par ailleurs, il n'y a pas de droit à cette prestation. Ce que l'article dit, c'est qu'en aucun cas, ce besoin d'assistance ne peut être considéré comme supérieur à l'allocation pour impotence de degré faible. Donc, c'est encore un seuil - ou un plafond - qui est mis à cette possibilité, et non pas un automatisme dans l'attribution de cette allocation. Je suis tout à fait d'accord avec vous: il faut que les choses soient claires pour ne pas créer de faux espoirs, mais je vous rappelle que dans le système des assurances sociales, de nombreuses définitions de prestations sont faites par la voie de l'ordonnance, et non pas de la loi. Il y a là de façon implicite, mais parce que c'est tout à fait la logique de l'ensemble de la loi. une délégation de compétence pour la définition, qui est faite aux organes d'exécution de l'Al.

J'aimerais répondre aussi à M. David, et bien sûr à l'appel fait par M. Stähelin d'approfondir cet élément relatif à l'Europe. Nous avons, sur la base de l'évolution non seulement de la jurisprudence européenne mais aussi des esprits en Europe, tenu à avertir la commission de la façon dont se modifie progressivement en Europe la définition de ce qui est exportable et de ce qui ne l'est pas. C'est une question d'interprétation. Les principes restent absolument les mêmes, mais l'interprétation devient de plus en plus rigoureuse, et l'application aussi. Et cela nous touche également.

Premièrement, vous avez donc tout à fait raison de dire que l'avis de la Cour européenne ne nous lie pas. Là où vous avez tort à mon avis, c'est quand vous dites: «Wir haben keine vertragliche Bindung.» Mais bien sûr que nous en avons une! Celle-ci repose sur l'annexe à l'accord bilatéral avec l'Union européenne, et dans cette annexe, on doit intégrer les prestations exportables ou, plutôt, non exportables vers l'Union européenne. Et dans la négociation, nous avons

dégagé un accord avec l'Union européenne selon leguel l'allocation pour impotent ne doit pas être exportée. Mais l'inscription même de cette allocation dans l'annexe de l'accord. qui doit se faire par le comité mixte qui vient récemment d'être constitué, ne s'est pas encore faite. Et si nous changeons la loi ensuite, je pars de l'idée que, selon les règles de la bonne foi, cela se fera sans problème, mais ca ne sera qu'au printemps de l'année prochaine. Et ensuite nous arrivons en disant: «Chers amis européens, en fait nous avons complètement changé la loi. Nous avons introduit maintenant une prestation nouvelle, veuillez la mettre dans l'annexe.» Il n'y aura pas d'automatisme. Il faudra renégocier pour établir si cette nouvelle prestation doit figurer ou non dans l'annexe. Et c'est ce que nous préférons éviter en précisant que ce que nous faisons, c'est tout simplement un développement, des précisions, une amélioration, une plus grande cohérence aussi de l'allocation pour impotent, mais que, fondamentalement, nous n'introduisons pas un élément nouveau. Il y a bien un lien «vertraglich» qui doit être renouvelé dans le cas du changement de loi. A ce moment-là, je crois que nous sommes dans une meilleure position en disant que nous avons fait une amélioration de ce que nous avions et non introduit une prestation nouvelle.

Deuxièmement, je dois dire ici - sans vouloir être trop lonque parce nous aurons l'occasion de reprendre cette discussion, de toute façon, au Conseil national - qu'il n'y a pas que deux critères qui sont liés aux conditions d'exportation de prestations, mais quatre, si je me souviens bien, dans le fameux règlement de l'Union européenne. Un de ces critères. que vous n'avez pas mentionné, c'est le caractère directement complémentaire à toute prestation issue d'une assurance sociale. Ce peut être la rente, par exemple, qui est complétée de quelque chose à quoi chacun peut avoir droit s'il se trouve dans la situation pratique d'invalidité correspondante. Et c'est bien ce que nous faisons.

L'interprétation que vous avez donnée du «wirtschaftliches und soziales Umfeld» concerne à notre avis tout autre chose, c'est la «Bedarfsleistung». C'est la situation sociale de la personne et sa situation économique, c'est-à-dire de revenu, qui va lui donner droit - sans qu'il y ait un automatisme, mais sur demande et sur analyse de cette situation particulière - à une prestation, qui n'est pas une prestation automatique liée à une autre prestation d'assurance. A notre avis, seule la «Bedarfsleistung» correspond à cette définition de l'Union européenne, et non pas les prestations qui sont automatiquement accordées à tous les assurés qui se trouvent dans la situation x - par «situation x» je n'entends pas la situation personnelle sur le plan économique ou so-

C'est la raison pour laquelle nous pensons qu'il est justifié de maintenir cette expression et qu'il est nécessaire pour nous de suivre aussi l'évolution, même si nous ne sommes pas liés à la jurisprudence, de la «philosophie» européenne. C'est une philosophie que nous ne pouvons que comprendre. A l'heure où l'on essaie de coordonner les prestations, d'éviter des conséquences en termes de droits acquis nés de la migration, la perte de prestations lorsqu'on franchit une frontière, il ne serait pas heureux que l'on soit trop laxiste dans ce domaine. Nous avons évité de l'être, mais nous aimerions vraiment continuer sur cette piste que nous vous proposons

Améliorons l'allocation pour impotent dans le sens de plus de cohérence, de plus de dignité aussi pour les personnes qui la reçoivent. Je regrette avec vous l'expression, mais je dirai que les personnes invalides - et le terme «invalides» est aussi tout à fait contesté - attendent de nous, de vous y compris avec la loi fédérale sur l'élimination des inégalités frappant les personnes handicapées dont vous avez débattu cette semaine - un effort permettant une intégration réelle et un soutien réel apporté à leurs besoins, avant les modifications de vocabulaire.

Wicki Franz (C, LU): In Absatz 2 haben Sie beim zweitletzten Satz die Formulierung: «Ist eine Person lediglich auf lebenspraktische Begleitung angewiesen, so liegt immer eine geringe Hilflosigkeit vor.» Meine Frage geht dahin – allenfalls kann sie erst im Nationalrat beantwortet werden –, ob hier gemeint ist, dass jemand dauernd auf eine lebenspraktische Begleitung angewiesen sein muss, wie es im ersten Satz dieses Absatzes heisst: «dauernd auf lebenspraktische Begleitung angewiesen»? Ich nehme an, dies sei der Fall, aber der Nationalrat müsste diese Frage wahrscheinlich noch klären. Könnten Sie, Frau Bundesrätin, mit einem Satz sagen, wie es sich verhält?

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Ich bin Ihnen dankbar für diesen Hinweis Herr Wicki. Wir haben dieses Problem in der Kommission nicht à fond studiert. Ich bin dankbar, wenn man diese Frage im Nationalrat noch einmal aufnimmt.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Il doit s'agir d'un besoin permanent de même nature que les autres besoins liés à l'impotence, pour reprendre ce terme. Le fait d'introduire cette petite divergence de vocabulaire va permettre également de reprendre cette discussion au Conseil national. Je m'engage à ce que nous le fassions et que nous attirions l'attention du Conseil national et de sa commission sur le fait qu'il s'agit bien d'un besoin durable, et qu'il faudra peut-être l'exprimer ainsi dans cet article.

Angenommen – Adopté

Art. 7

Le président (Cottier Anton, président): Cette décision a un effet direct sur l'article 7 qui est adopté lui aussi selon la proposition de la commission.

Angenommen - Adopté

Art. 42bis

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... hinsichtlich der Hılflosenentschädigung den

Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung haben

Abs. 3

.... zwólf Monaten eine Hilflosigkeit besteht.

Abs. 4

.... Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung Abs. 5

.... Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung

Art. 42bis

Proposition de la commission

Al. 1

.... l'allocation pour impotent, aux

Al. 2

.... l'allocation pour impotent s'ils

AI. 3

 \dots l'allocation pour impotent prend naissance dès qu'il existe une impotence d'une durée \dots

Al. 4

.... droit à l'allocation pour impotent que

AI. 5

.... droit à l'allocation pour impotent s'ils

Angenommen – Adopté

Art. 42ter

Antrag der Kommission

Mehrheit

Abs. 1

Massgebend für die Höhe der Hilflosenentschädigung ist das Ausmass der persönlichen Hilflosigkeit. Die Hilflosenentschädigung wird personenbezogen ausgerichtet und soll die Wahlfreiheit in den zentralen Lebensbereichen erleichtern. Die monatliche Entschädigung beträgt bei schwerer Hilflosigkeit 80 Prozent, bei mittelschwerer Hilflosigkeit

50 Prozent und bei leichter Hilflosigkeit 20 Prozent des Höchstbetrages der Altersrente nach Artikel 34 Absätze 3 und 5 AHVG. Die Entschädigung für minderjährige Versicherte berechnet sich pro Tag.

Abs. 2

Die Hilflosenentschädigung für Versicherte

Abs. 3

Die Hilflosenentschädigung für Minderjahrige von mindestens acht Stunden pro Tag 60 Prozent, bei einem solchen von mindestens sechs Stunden pro Tag 40 Prozent und bei einem solchen von mindestens vier Stunden pro Tag 20 Prozent des

Minderheit

(Langenberger, Brunner Christiane, David, Stähelin, Studer Jean)

Abs. 1

Massgebend für die Höhe der Hilflosenentschädigung ist das Ausmass der persönlichen Hilflosigkeit. Die Hilflosenentschädigung wird personenbezogen ausgerichtet und soll die Wahlfreiheit in den zentralen Lebensbereichen erleichtern. Die monatliche Entschädigung setzt sich zusammen aus:

a. einer Hilflosenpauschale. Sie wird an alle Versicherten ausgerichtet, die hilflos im Sinne von Artikel 42 Absatz 1 sind. Sie beträgt bei schwerer Hilflosigkeit 80 Prozent, bei mittelschwerer Hilflosigkeit 50 Prozent und bei leichter Hilflosigkeit 20 Prozent des Mindestbetrages der Altersrente nach Artikel 34 Absatz 5 AHVG. Die Entschädigung für Minderjährige berechnet sich pro Tag.

b. einem persönlichen Hilflosenbudget. Es wird den Versicherten entsprechend ihrem in der Bedarfsabklärung festgelegten Zeitbedarf an persönlicher Pflege und Betreuung monatlich ausgerichtet und entspricht im Maximum dem zehnfachen Betrag der Hilflosenpauschale. Bei der Ermittlung des persönlichen Hilflosenbudgets werden jene Zeiten, in denen Leistungen dieses Gesetzes aus den Artikeln 16 und 17 (berufliche Eingliederungsstätten), 19 (Sonderschulung) und 73 (Tagesstätten und Werkstätten) bei teilstationär untergebrachten Versicherten sowie der Krankenversicherer aus Artikel 25 KVG, Artikel 51 KVG, Artikel 7 KLV an die Pflege zu Hause beansprucht werden, nicht angerechnet.

Anspruchsberechtigten, die sich in einem Heim aufhalten, wird nur die Hilflosenpauschale ausbezahlt.

Art. 42ter

Proposition de la commission

Majorité

AI. 1

Est déterminant pour fixer le montant de l'allocation pour impotent le degré d'impotence personnel. L'allocation pour impotent est versée individuellement et doit faciliter les choix dans les domaines centraux de la vie. L'allocation mensuelle se monte, lorsque le degré d'impotence est grave, à 80 pour cent du montant maximum de la rente de vieillesse prévu à l'article 34 alinéas 3 et 5 LAVS; elle se monte, lorsque le degré d'impotence est moyen, à 50 pour cent de ce montant et à 20 pour cent du même montant lorsque le degré d'impotence est faible. L'allocation est calculée sous forme de contribution journalière pour les mineurs.

Al. 2

Le montant de l'allocation pour impotent versée aux assurés

.... АІ. З

L'allocation pour impotent versée au moins, à 60 pour cent à 40 pour cent du montant maximum de la rente de vieillesse, et à 20 pour cent du même montant

Minorité

(Langenberger, Brunner Christiane, David, Stähelin, Studer Jean)

Al. 1

Est déterminant pour fixer le montant de l'allocation pour impotent, le degré d'impotence personnel. L'allocation pour im-

potent est versée individuellement et doit faciliter les choix dans les domaines centraux de la vie L'allocation mensuelle se compose:

a. d'un forfait pour impotence. Celui-ci est versé à tous les assurés qui sont impotents au sens de l'article 42 alinéa 1er. Il s'élève à 80 pour cent du montant minimum de la rente de vieillesse prévu à l'article 34 alinéa 5 LAVS, lorsque le degré d'impotence est grave, à 50 pour cent de ce montant, si le degré d'impotence est moyen, et à 20 pour cent du même montant, s'il est faible. Le forfait est calculé sous forme de contribution journalière pour les mineurs:

b. d'un budget personnel pour impotence Celui-ci est versé mensuellement à l'assuré en fonction du temps nécessaire pour les soins et l'aide fixé lors de la détermination des besoins. Il correspond au maximum à dix fois le montant du forfait pour impotence. Dans le calcul du budget personnel pour impotence, les périodes pour lesquelles des prestations prévues par la présente loi sont versées conformément aux articles 16 et 17 (centres de réadaptation professionnelle), 19 (formation scolaire spéciale) et 73 (centres de jour et ateliers) aux assurés résidant partiellement en institution ainsi que les montants versés par les assureurs conformément à l'article 25 LAMal, l'article 51 LAMal et l'article 7 OPAS au titre des soins à domicile ne sont pas pris en considération.

Les assurés qui résident dans un home ne touchent que le forfait pour impotence.

Art. 68quater

Antrag der Kommission Titel Pilotversuche

Abs. 1

.... Gruppen von Versicherten zeitlich zu sammeln, die: a. bei Arbeitgebenden einen Anreiz zur vermehrten Anstellung von eingliederungsfähigen invaliden Versicherten schaffen; oder

b. die eigenverantwortliche und selbstbestimmte Lebensführung von Versicherten mit einem Bedarf an Pflege und Betreuung stärken.

Abs. 2-4

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag Pfisterer Thomas Abs. 1

b. Streichen

Abs. 2

Der Bund veranlasst unverzüglich einen oder mehrere Pilotversuche, in denen Erfahrungen über Massnahmen gesammelt werden, die eine eigenverantwortliche und selbstbestimmte Lebensführung von Versicherten mit einem Bedarf an Pflege und Betreuung stärken. Sie sollen namentlich die Höhe der Hilflosenentschädigung nach dem Ausmass der Hilflosigkeit abstufen und diese personenbezogen ausrichten, die Wahlfreiheit in den zentralen Lebensbereichen erleichtern und die Entschädigung aus einer angemessenen Hilflosenentschädigung und einem persönlichen Hilflosenbudget zusammensetzen, das in einem vernünftigen Verhältnis zu den Heimkosten steht.

Art. 68quater

Proposition de la commission

Titre

Essais pilotes

Al. 1

Pour certains groupes d'assurés, le Conseil fédéral des expériences en matière de mesures destinées:

 a. à renforcer, auprès des employeurs, l'incitation à embaucher davantage d'assurés invalides aptes à la réadaptation;

b. à permettre aux assurés nécessitant des soins et de l'assistance de mener une vie autonome responsable.

Al. 2-4

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition Pfisterer Thomas

Al. 1

b. Biffer

Al. 2

Le Conseil fédéral prévoit, dans les meilleurs délais, un ou plusieurs essais pilotes afin de recueillir des expériences en matière de mesures contribuant à aider les assurés nécessitant des soins et de l'assistance à mener une vie autonome responsable. Dans le cadre de ces essais, le montant de l'indemnité pour impotent est modulé en fonction du degré d'impotence personnel, l'allocation est versée individuellement et doit faciliter les choix dans les domaines centraux de la vie. L'allocation correspond à une allocation pour impotent appropriée à laquelle s'ajoute un budget personnel en rapport avec les coûts liés au séjour dans un home.

Le président (Cottier Anton, président): Il y a lieu de traiter conjointement l'article 42ter et l'article 68quater.

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Vorerst kann ich mich damit einverstanden erklären. Ich finde es richtig, wenn wir Artikel 42ter mit Artikel 68quater in Zusammenhang bringen. Ich werde auch in meinen Ausführungen darauf zurückkommen.

Die Kommission des Nationalrates hat das Thema der Assistenzentschädigung eingebracht; es wurde im Nationalrat intensiv diskutiert. Das Hauptanliegen der Grossen Kammer bestand darin, die Wahlfreiheit der Versicherten gegenüber dem Entwurf des Bundesrates zu erweitern. Letztlich hat sich der Nationalrat entschieden, die Assistenzentschädigung - oder jetzt die Hilflosenentschädigung - durch eine Ausdehnung des Anspruches auf Vergütung der Krankheitsund Behinderungskosten durch die Ergänzungsleistungen zu ergänzen. Konkret bedeutet dies: Die Assistenz- oder Betreuungskosten, welche nicht über die Assistenzentschädigung der IV gedeckt werden, können bei Ergänzungsleistungsbezügerinnen und -bezügern mit einem hohen Assistenzbedarf bis zu 90 000 Franken pro Jahr und bei solchen mit einem mittleren Assistenzbedarf bis zu einem entsprechend tieferen Höchstbetrag über die Ergänzungsleistungen vergütet werden. Diese Ergänzung der Versicherungsleistung durch bedarfsabhängige Ergänzungsleistungen soll den betroffenen behinderten Menschen eine echte Wahlfreiheit zwischen dem Aufenthalt in einem Wohnheim und dem Aufenthalt zu Hause ermöglichen, da mit dieser Regelung IV und Ergänzungsleistungen zusammen den gleichen Beitrag an den Aufenthalt zu Hause leisten, wie die IV auf der anderen Seite bei einem Aufenthalt in einem Wohnheim bezahlt. Die Mehrheit Ihrer Kommission ist im Grundsatz mit dem Nationalrat einverstanden, dass die Wahlmöglichkeit betreuungsbedürftiger Menschen mit Behinderungen in den zentralen Lebensbereichen erleichtert werden muss. Sie stellte sich aber die Frage, ob es nicht besser wäre, die Kosten für die Betreuung zu Hause bestmöglich durch die IV abzudecken. Nach diesem Modell würde die Hilflosenentschädigung personenbezogen ausgerichtet, damit die Wahlfreiheit in den zentralen Lebensbereichen erleichtert werden kann. Die IV würde – immer gemäss Mehrheit – pro Monat eine Grundpauschale und aufgrund eines individuell festgelegten zeitlichen Assistenzbedarfes ein persönliches Assistenzbudget bis zu einer Hochstgrenze ausrichten.

In Absatz 2, Hilflosenentschädigung für Versicherte, die sich in einem Heim aufhalten, und in Absatz 3, Hilflosenentschädigung für Minderjährige, die zusätzlich eine intensive Betreuung brauchen, folgt die Mehrheit dem Nationalrat. In Absatz 3 möchte die Mehrheit gegenüber Bundesrat und Nationalrat den Intensivpflegezuschlag bei einem invaliditätsbedingten Betreuungsaufwand von mindestens acht Stunden pro Tag auf 60 Prozent, bei einem Betreuungsaufwand von mindestens sechs Stunden pro Tag auf 40 Prozent und bei einem solchen von mindestens vier Stunden pro Tag auf 20 Prozent festlegen.



Gemäss Verwaltung hätten Familien mit schwerstbehinderten Kindern mit Geburtsgebrechen, die heute die Maximalansätze bekommen, mit dem Entwurf des Bundesrates 300 Franken weniger. Die durch die Mehrheit beantragte Verbesserung gegenüber dem Entwurf des Bundesrates macht in etwa 5 Millionen Franken Mehrkosten aus.

Die Befragung der Kantone hat ergeben, dass sie in dieser Sache hinter dem Entscheid der Kommission stehen konnen

Die Mehrheit der Kommission - ich muss Ihnen sagen, dass sie lediglich mit Stichentscheid des Präsidenten zustande gekommen ist -- ist nicht grundsatzlich gegen den Antrag der Minderheit Langenberger. Sie bringt dem Anliegen auch viel Sympathie entgegen Das System gibt den Behinderten Selbstständigkeit und damit einen guten Anteil an Lebensqualität. Diese Selbstständigkeit und diese Lebensqualität entgehen den Behinderten heute, wenn sie quasi - ich sage es mit einem etwas unschönen Wort - «verwaltet» werden. Es ist sicher erstrebenswert, individuell vorgehen zu können und denjenigen, die dazu fähig sind, die Moglichkeit zu geben, sich selbst zu verwalten. Die Mehrheit ist aber der Meinung, dass die Sache noch nicht ausgereift ist, so gut die Idee auch sein mag. Ich möchte es nochmals betonen: Sie ist noch nicht ausgereift. Zurzeit stehen keine gesicherten und aussagekräftigen Zahlen zur Verfügung

Die Mehrheit vertritt also die Meinung, dass dieses System im Vollzug Unsicherheiten auslösen konnte, weil es noch nicht wirklich durchdacht ist und weil gesicherte Zahlen dazu fehlen; es könnte sich möglicherweise kontraproduktiv auswirken, auch wenn es im Ansatz noch so gut ist. Deshalb ist die Kommission überzeugt, dass ein schrittweises Vorgehen und die Aufnahme eines Pilotversuchs, der die Erprobung einer eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Lebensführung in der Praxis ermöglicht, der sicherere Weg ist. Ich verweise auf den neuen Artikel 68quater Absatz 1 Buchstabe b, weil wir diesen Artikel ja im vorliegenden Zusammenhang behandeln wollen. Die Mehrheit möchte auch ausdrücklich darauf hinweisen, dass der Bund die Testversuche zugig an die Hand nehmen und auch in der nötigen Breite angehen soll. Damit werden gemäss Mehrheit die Grundlagen geschaffen, um auf sachlicher Basis und aufgrund von gesicherten Zahlen im Rahmen der fünften Revision einen definitiven Entscheid in der Richtung, wie sie heute von der Minderheit beantragt wird, zu treffen.

Kollege Pfisterer Thomas hat nun einen Antrag zu Artikel 68quater eingereicht. Ich kann mich vielleicht nachher dazu aussern. Ebenso möchte ich im Moment darauf verzichten, Ihnen die Kosten der jeweiligen Anträge von Mehrheit und Minderheit darzulegen. Ich werde darauf zurückkommen, wenn die Minderheit ihre Meinung dargelegt hat und wenn es notwendig wird.

Langenberger Christiane (R, VD): Nous avons, dans le cadre des travaux de commission, abondamment parlé des coûts, comme cela a été le cas en début de matinée, à savoir de l'inflation des coûts de l'AI. Dans le cadre de cette discussion sur les coûts, nous avons pensé qu'il était judicieux qu'ici même, comme dans la commission, nous discutions aussi d'une variante dans le cadre de l'allocation pour importent et que l'on parle de cette solution que propose la minorité

La solution de la minorité a été au départ aussi proposée par Mme Beerli qui, par la suite, a abandonné cette idée parce qu'effectivement, aussi bien l'OFAS que Mme Dreifuss, conseillère fédérale, ont évoqué les coûts supplémentaires induits par notre proposition. On a aussi évalué les dangers liés à l'exportation des prestations AI, qui découleraient éventuellement de ce changement de cap dans l'allocation pour impotent. Un problème qui a été aussi évoqué – je remercie d'ailleurs la rapporteure qui a très bien expliqué le changement des modalités et fait la présentation à la fois de la majorité et de la minorité – était que ce projet n'était pas encore totalement achevé. Néanmoins, nous avons quand même été encouragés, à la suite de cette évaluation dans la

commission et après avoir travaillé avec les associations d'invalides qui nous ont suppliés de le faire, à présenter ce modèle de minorité pour les raisons suivantes.

D'abord, j'aimerais rappeler comment fonctionne notre système.

Nous avons donc, et c'est le premier élément, les 27 francs quotidiens, au maximum, qui seraient la «Pauschale» dont on parle dans le système de la majorité. Au lieu de doubler ce montant, nous en restons à ces 27 francs qui sont un maximum – je dis bien un maximum – qu'une personne invalide reçoit pour sa prise en charge si elle reste à la maison. Je rappelle aussi que si, par contre, cette personne va dans un home, dans une institution, l'Al verse 270 francs maximums

Par rapport à nous autres personnes en bonne santé qui pouvons librement dire avec qui nous travaillons, qui nous prodiguera des soins, qui va lire notre courrier, eh bien, c'est un problème tout différent pour la personne invalide. Donc, il faut bien comprendre que les personnes qui souhaitent rester chez elles souhaitent véritablement avoir une prise en charge beaucoup plus individualisée que ce n'est le cas actuellement. Alors, c'est bien clair que ni les 27 francs ni les 54 francs, si on double ce montant, ne sont à même de permettre cette prise en charge plus autonome de la personne. Il est bien évident aussi que la solution du Conseil national, qui élargit ces prestations en offrant les prestations complémentaires (Ergänzungsleistungen), est juste dans un certain sens, mais tout le monde n'y a, et de loin, pas droit. Un invalide qui travaille, qui se prend en charge doit continuer, s'il veut obtenir de l'aide à la maison, à payer ces prestations puisqu'il n'a pas droit aux prestations complémentaires. Il doit vraiment en arriver à ne plus pouvoir subvenir à ses besoins financiers, à avoir épuisé tous ses revenus, pour avoir droit à ces prestations complémentaires. On peut citer x exemples de familles qui ont des enfants à l'Al et qui, parce qu'elles ont un revenu suffisant, ont droit uniquement à ces 27 francs, plus tard éventuellement à 54 francs, pour subvenir à ce qu'il faut payer pour permettre à l'invalide de rester à la maison. Je rappelle encore une fois que si ce dernier va dans un home, l'Al verse 270 francs.

J'ai aussi dit dans le débat d'entrée en matière à quel point les homes sont liés à l'hébergement d'un nombre important d'invalides souffrant de handicap léger parce que la prise en charge de cas lourds coûte extrêmement cher. Les homes n'arrivent pas à tourner s'ils prennent en charge trop de cas lourds. J'ai cité deux exemples, mais comme personne n'était présent dans la salle, je le répète: il y a des homes qui refusent des cas lourds et les personnes en question vont dans des hôpitaux, dans des EMS, ce qui coûte infiniment plus cher, et les soins y sont mal adaptés. Je crois que ce n'est pas une bonne solution.

J'en viens au second élément de notre système – je ne parle donc plus de la «Pauschale»: il s'agit du budget individualisé Là, nous estimons que si, en plus des 27 francs, on octroie un budget individualisé qui est évalué par les offices régionaux de l'assurance-invalidité, qui connaissent les cas, en fonction du degré d'invalidité et de l'aide dont la personne aura besoin, on en arrivera à moyen terme à des coûts moins élevés, en tout cas moins que si la personne va dans un home et moins élevés d'une manière générale parce que la personne aura appris à se prendre en charge, à rester autonome. Je crois que c'est une solution d'avenir

Nous nous trouvons devant des affirmations d'associations d'invalides qui sont convaincues, comme plusieurs pays européens qui ont instauré le système des prestations individualisées, par le système du budget individualisé. Seulement voilà, nous avons les prises de position de l'OFAS d'un côté et celles des associations d'invalides de l'autre. Avec nos moyens en commission, où nous avons finalement consacré assez peu de temps à l'étude de l'assurance-invalidité – je rappelle qu'en même temps, et c'est insensé, nous traitons la 11e révision de l'AVS, la révision de LPP et, en plus de cela, les droits des handicapés –, il est extrêmement difficile pour nous, sans experts externes, de pouvoir comparer ce qu'on nous dit, ce que nous racontent les associa-



01 015 Conseil des Etats 764 25 septembre 2002

tions d'invalides et ce que nous déclare l'OFAS. Alors pour ma part, je pense que c'est une bonne solution. Comme cela a été reconnu, elle va dans la bonne direction. Et je souhaiterais que la commission du Conseil national, qui va de nouveau reprendre le dossier de la 4e révision de l'Al en raison des divergences, puisse en rediscuter, réévaluer les différences qui existent entre l'OFAS et nous-mêmes.

Je termine avec la proposition Pfisterer Thomas qui demande – dans le cas où vous refuseriez cette proposition de minorité –, à l'article 68quater, que des projets pilotes puissent être faits. Mais M. Pfisterer est beaucoup plus précis que la commission dans la rédaction de cet article et il reprend quelques éléments qui sont contenus dans ma proposition de minorité à l'article 42ter. Il est bien évident que pour ma part je suis très sensible à la proposition Pfisterer Thomas, et je pense qu'il serait utile si l'OFAS el département étaient obligés de mener rapidement des projets pilotes, tout en souhaitant que la commission du Conseil national reprenne peut-être et étudie d'un peu plus près les réponses que l'OFAS nous a données par rapport à ma proposition de minorité

Pfisterer Thomas (R, AG): Mein Antrag will Pilotversuche veranlassen, die den Betroffenen eine möglichst selbstständige Lebensgestaltung ermöglichen; das entspricht sicher der Idee der laufenden IVG-Revision. Ein Mittel, um diese freie Lebensgestaltung zu erreichen, ist die Regelung der Hohe der Entschädigung. Der Minderheitsantrag umschreibt nicht nur Begriff und Ausmass, sondern entwickelt auch ein neues Modell, eine Art New Public Management auf der persönlichen Ebene - wenn ich das etwas salopp so ausdrucken darf, weil dieselbe Idee dahinter steckt -: zusatzlich zur Pauschale ein persönliches Hilflosenbudget, personenbezogen, nach den individuellen Lebensverhältnissen ausgestaltet. Das leuchtet ohne weiteres als gute, zentrale Idee ein. Die Idee ist attraktiv, und ich habe mir, offen gestanden, lange überlegt, diesen Minderheitsantrag zu unterstützen. Ich bin aber aufgrund der Abklärungen und der Diskussionen mit den Kolleginnen und Kollegen zum Ergebnis gekommen, dass ich das im Moment nicht verantworten kann, und zwar einfach deshalb, weil jedenfalls die finanziellen Folgen unuberblickbar sind, weil keine Zahlen vorliegen und auch das Risiko des Exports nicht abgeschätzt werden kann. Trotzdem scheinen mir, nach diesen Auskünften, aber auch nach personlicher Einsicht in derartige Verhältnisse und Auseinandersetzung mit derartigen Heimprojekten, gute Gründe für die Annahme vorzuliegen, dass derartige Lösungen sogar billiger sind als ein Heimaufenthalt. Das ist ja bereits ein Ziel. Das allein kann aber die Sache nicht rechtfertigen. Es liegt noch viel mehr an Qualitätsgewinn für die Betroffenen drin. Ich meine, das müsse auch abgeklärt werden. Es muss abgeklärt werden, wie das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist; das ist letztlich entscheidend, um auch die Lebensqualität entsprechend zu steigern.

Diese Pilotversuche sollten wirklich durchgefuhrt werden. Mein Antrag ist als Muss-Vorschrift und als Vorschrift formuliert, die «unverzüglich» – das Wort ist bewusst gewählt – umgesetzt werden muss. Ich stelle mir vor, dass man das in einem oder in zwei Kantonen testen kann. Der Bundesrat kann dies ja veranlassen. Ich danke der Kommissionssprecherin und der Sprecherin der Minderheit sehr für ihre Offenheit diesem Anliegen gegenüber. Ich meine, es sollte auf jeden Fall realisiert werden.

Beerli Christine (R, BE): Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung. Wir haben in dieser Session in zwei wichtigen Politikbereichen eine etwas ähnlich gelagerte Diskussion. Wir haben im Bereich der Familienbesteuerung eine ganz neue Idee, die in der Kommission unter dem Umstand geboren worden ist, dass wir Zweitrat waren. Wir erhielten die Vorlage also schon vom Nationalrat zugewiesen. Die Kommission hat dann ein neues, zukunftsgerichtetes Konzept entwickelt. Wir haben heute hier ein etwas ähnlich gelagertes Verfahren. Wir erhalten vom Nationalrat eine Vorlage

überwiesen und sind der Ansicht, dass man etwas Neues, etwas Zukunftsgerichteteres, etwas, dem man mit sehr viel positivem Interesse gegenübersteht, einbringen könnte.

Es gibt aber zwischen den beiden Vorgängen einen ganz wesentlichen Unterschied, der bewirkt, dass ich mich das letzte Mal für die doch verspätete Neuerung eingesetzt habe und mich heute mit der Mehrheit der Kommission zur Lösung des Nationalrates bekenne. Heute - im Gegensatz zur Steuervorlage - geht der Antrag der Mehrheit der Kommission in die richtige Richtung. Er nimmt die Idee der Neuerung auf, er nimmt das zukunftsgerichtete Konzept auf, er macht einen Schritt in diese Richtung. Aber er macht keinen Sprung über einen riesigen, unübersehbaren Wassergraben, wo man wirklich Gefahr läuft, sich die Füsse nass zu machen. Bei der Steuerdiskussion war es insofern anders, als man dort durch den Entscheid der Mehrheit und danach des Rates das weitere Vorgehen in Richtung zukunftsgerichteter Lösung eher verunmöglicht hat. Aber heute, wie gesagt, geht die Mehrheit der Kommission mit viel Uberzeugung in dieselbe Richtung.

Frau Langenberger hat es selber gesagt: Ich war in der Kommission auch Antragstellerin. Ich hatte den selben Antrag gestellt wie sie, weil mich die Idee der Assistenzentschädigung und des persönlichen Budgets fasziniert. Ich finde, es ist eine Idee, die sehr viel liberales Gedankengut in sich birgt, es ist eine gute Sache. Ich stehe mit Überzeugung dazu, dass man Menschen befähigt, selber Entscheide zu fällen und selber über ihr Budget zu entscheiden, die Budgetverantwortung zu tragen und dann die entsprechenden Leistungen auch einzukaufen. Das ist das berühmte Empowerment, das in aller Leute Mund ist, auch im Bereiche der Krankenversicherung und der Krankenpflege. Man möchte die behinderten und kranken Menschen befähigen, ihr Schicksal selber in die Hand zu nehmen und selber die notwendigen Entscheide zu fällen. Dazu stehe ich, das finde ich eine gute Grundausrichtung. In diese Richtung sollten wir gehen, und wir machen auch die ersten Schritte in der Vorlage, die Ihnen nun vorliegt.

Ich habe in der Kommission aber anschliessend - Frau Langenberger hat es auch schon angetönt - den Antrag wieder zurückgezogen, einfach deshalb, weil ich zur Überzeugung gelangt bin, dass wir schlicht und einfach die Entscheidgrundlagen nicht haben. Die Sache ist für diesen Konzeptwechsel nicht reif. Es gibt keine Daten: Es ist kein Datenmaterial vorhanden, wie viele behinderte Menschen es in diesem Land gibt. Es gibt kein Datenmaterial darüber, wie viele dieser behinderten Menschen zu Hause gepflegt werden und wie viele in Heimen sind. Es gibt keine Daten darüber, wie viele derjenigen, die in Heimen sind, leicht, mittel oder schwer pflegebedürftig sind. Das alles haben wir beim zuständigen Amt, beim BSV, verlangt. Wir erhielten die Auskunft, das sei nicht möglich, man könne uns diese Auskunft nicht geben, die Daten seien nicht vorhanden. Ich habe noch einmal nachgefragt, wie lange es denn gehen würde, bis diese vorlagen. Es ist ja dringend notwendig, dass man dieses Wissen über diese statistischen Daten hat, wenn man einen Konzeptwechsel beschliessen will. Es ist eine schwierige Arbeit; es wird mit Sicherheit ein Jahr in Anspruch nehmen, bis wir diese Daten haben. Deshalb auch ich sage dies in einer kleinen Klammerbemerkung - ist es meiner Ansicht nach nicht möglich, jetzt dann einfach den Nationalrat entscheiden zu lassen, denn auch er wird nicht im Besitze dieser Daten sein. Sie werden nicht so rasch lieferbar sein.

Das ist der Grund, weshalb ich überzeugt bin: Wir müssen jetzt diese Revision verabschieden, mit dem Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen gleichzeitig auch den Auftrag erteilen, Pilotprojekte zu ermöglichen, wie das unsere Kommission schon mit der Aufnahme von Artikel 68quater möglich macht. Die Berichterstatterin hat es Ihnen dargelegt, und ich bin auch persönlich der Meinung: Wir können diesen Artikel durchaus noch etwas ausbauen. Ich persönlich unterstütze den Antrag, der von Herrn Pfisterer eingereicht worden ist. Er ist noch etwas weiter gehend, er verpflichtet noch mehr dazu, dass man diese Pilotversuche durchführt.

Das wird uns wichtige Erfahrungen geben. Wir werden dann wissen, welches die Auswirkungen auf die Kosten sind; denn wir haben nicht nur keine Daten über die behinderten Menschen und die Schweregrade ihrer Behinderungen respektive den Ort ihres Aufenthaltes, wir haben auch keinerlei Wissen darüber, wie sich die Einführung dieses neuen Konzeptes auswirken wird. Natürlich wird es eine Kostensteigerung in der Invalidenversicherung mit sich bringen. Das haben wir errechnen lassen - auch nicht mit ganz genauen Zahlen, aber mit plausibilisierten. Man hat uns gesagt: Es wird für die Invalidenversicherung Mehrkosten von etwa 330 Millionen Franken im Jahr mit sich bringen. Natürlich, das sage ich auch: Unser Konzept bringt auch Mehrkosten, aber es sind bei der IV nur 162 Millionen Franken und dazu noch 110 Millionen Franken bei den Ergänzungsleistungen. Beim Konzept der Minderheit würden diese Kosten bei den Erganzungsleistungen nicht anfallen, aber dafür natürlich bei der IV; deshalb bringt dieses Konzept bei der IV 330 Millionen Franken Mehrkosten. Wir wissen aber überhaupt nicht, ob diesen Mehrkosten in irgendeiner Art und Weise - wie dies von der Minderheit dargelegt wird - Minderkosten entgegenstünden, indem z. B. weniger Heimplatze benötigt würden. Das kann auf mittlere bis lange Frist möglich sein, das hat auch eine gewisse Plausibilität für sich, aber es wird ganz sicher nicht rasch möglich sein. Es würde viel eher so sein, dass wir über eine längere Zeit bei der IV Mehrkosten und bei den Heimen noch keine Minderkosten hätten, sodass wir demzufolge ein sehr kostenintensives System verankern wurden, das in allen Bereichen Höchstkosten zur Folge

Ich muss Sie halt in diesem Zusammenhang noch einmal an das erinnern, was wir ganz zu Beginn dieses Morgens miteinander diskutiert haben: Wir haben uns allesamt sehr, sehr beunruhigt darüber gezeigt, welche Kosten in diesem IV-Haushalt anfallen. Jetzt müssen wir diese Überlegungen in die materielle Gesetzesberatung einfliessen lassen. Wir müssen hier - auch wenn es nicht das optimale System ist, auch wenn wir es vielleicht noch etwas besser machen könnten – mindestens eine Kategorie von behinderten Menschen besser stellen. Es sind hier nicht alle gleich betroffen: Diejenigen behinderten Menschen würden von der Einführung des neuen Systems in einem guten Sinne profitieren, die wirklich in der Lage sind, autonom zu sein und die entsprechenden Entscheide zu fällen. Es gibt eine grosse Kategorie von behinderten Menschen, die nicht in der Lage sind. das zu tun, die nach wie vor auf Betreuung und Pflege in Heimen angewiesen sind. Wir würden also hier sicher eine Kategorie besser stellen. Wir sollten das, soweit uns das finanziell modlich ist, auch tun. Aber wir müssen andererseits auch immer wieder den Gesamtrahmen, die Gesamtheit der behinderten Menschen und die Gesamtheit der Kosten, im Auge behalten.

Zudem steht noch das Problem – Frau Bundesrätin Dreifuss hat es bis ins Detail ausgeführt – der Gefahr des Exports von Leistungen klar im Raum. Es ist nicht so, dass wir durch das Gutachten, das von Herrn David in Auftrag gegeben worden ist, wirklich schlüssig wissen, dass diese Gefahr gebannt ist. Sie ist nicht gebannt, sie steht immer noch im Raum. Wenn wir mit derart grossen Beträgen rechnen, dann müssen wir ganz klar wissen, ob die Gefahr gebannt ist, bevor wir einen Entscheid fällen.

Obschon ich, wie gesagt, von diesem Modell fasziniert bin, obschon ich der Meinung bin, es müsse in einer nachsten Revision in diese Richtung gehen, bitte ich Sie, jetzt nicht zu einem Blindflug im Nebel und ohne Instrumente zu starten. Das dürfen wir nicht tun; wir dürfen diese Verantwortung nicht in einer Situation auf uns nehmen, in der die IV ohnehin schon finanzielle Schwierigkeiten hat. Wir dürfen und müssen aber den Antrag Pfisterer Thomas unterstützen und mussen uns anschliessend die notwendigen Unterlagen verschaffen; wir mussen dem BSV die notwendigen Auftrage weitergeben, die Pilotprojekte auswerten, um dann wirklich mit einer gesicherten Faktenlage in eine nächste IV-Revision gehen zu können. Wenn sich das als richtig erweist und wir wirklich zur Überzeugung gelangen, dass wir die Kosten hier

nicht ins Unermessliche steigern, dann fällen wir diesen Entscheid bei der fünften Revision.

Aber jetzt bitte ich Sie, mit der Mehrheit zu stimmen.

Stähelin Philipp (C, TG): Mir ist es in der Kommissionsberatung an sich gleich gegangen wie Frau Beerli. Ich habe auch lange gezögert. Grundsätzlich bin ich vom neuen Konzept, dem Konzept der Minderheit, absolut überzeugt. Da geht es ja, ich habe mich umgehört, allen gleich. Wir sind der Meinung, dass das der Weg der Zukunft sei. Ich sehe auch, wie sich jetzt – auch mit dem Antrag Pfisterer Thomas – dieser Weg in die Zukunft dann noch etwas mehr öffnen wird. Darüber bin ich durchaus glücklich.

Ich habe mich im Unterschied zu Frau Beerli am Schluss der Minderheit angeschlossen. Ich sehe wie sie gewisse Parallelitäten zum Konzeptwechsel bei der Familienbesteuerung, aber ich sehe auch einen Unterschied. Dieser neue Gedanke, den die Minderheit hier vertritt, ist für unseren Rat nicht so neu, wie das beim Konzeptwechsel bei der Familienbesteuerung der Fall gewesen ist. Diese Gedanken sind bereits im Nationalrat geprüft und besprochen worden; ich habe mich bei den anwesenden Mitgliedern des Nationalrates extra noch einmal in diese Richtung kundig gemacht. Aber wir haben nachher in der Kommission eigentlich keine neuen Ausführungen, kein neues Zahlenmaterial erhalten. Das ist das, was mich hier etwas beschäftigt. Wir haben auch im Rahmen der Kommissionsberatung schlicht weiter ich nehme das Wort von Frau Beerli auf - in Blindflug machen müssen. Wir haben keine Unterlagen erhalten. Es ist gesagt worden, es gebe keine. Aber ich habe auch nicht gesehen, dass bei den Heimen usw. Erhebungen gemacht worden waren; ich glaube aber, solche Erhebungen hätten vorgenommen werden können.

Ich zweifle einfach etwas daran, dass wir rasch zu Zahlen, zu Unterlagen kommen, wenn wir nicht ganz klar mit dem Antrag der Minderheit Druck – auch für die Beratung im Nationalrat – schaffen. Ich hoffe wirklich, dass dann vermehrt Zahlen und Fakten auf dem Tisch liegen.

Der Antrag Pfisterer Thomas geht demgegenüber in eine richtige Richtung, aber bis er zum Tragen kommt, werden Jahre oder ein Jahrzehnt vergehen. Ich habe einen anderen Eindruck von der Kostenentwicklung.

Sehen Sie, die ganze Geschichte erinnert mich sehr stark an die Diskussionen, die wir im Spitalbereich bei der Krankenversicherung zum Problemkreis stationare Versorgung/ ambulante Versorgung führen. Wir alle spüren die Notwendigkeit, etwas für die Förderung und Gleichbehandlung der ambulanten Versorgung zu tun. Hier bietet sich das eigentlich an. Wir alle wissen doch, dass es schlussendlich günstiger kommen wird, wenn jemand zu Hause gepflegt wird, als wenn diese Person einen teuren Pflegeheimplatz beanspruchen muss, denn Pflegeheimplätze sind kostspielig. Folglich müsste doch der Weg der vermehrten Pflege zu Hause, der vermehrten Betreuung zu Hause begangen werden. Das kommt unter dem Strich billiger zu stehen. Sehen Sie, ich bin nicht so sicher, ob nicht in den Hinterköpfen noch etwas anderes nachwirkt: Vielleicht wirkt der Gedanke nach, dass die Kantone allenfalls, wenn die neue Finanzausgleichsvorlage kommt, im Bereich der Pflege zu Hause entlastet würden - diese ginge dann voll auf Kosten der IV - und sie umgekehrt im Bereich der Heime belastet würden. Wenn das die Begründung für die Ablehnung sein sollte, kann ich das nicht mittragen. Mich interessiert vielmehr, was am Schluss unter dem Strich an Kosten anfällt.

Ich sage es noch einmal: Ich bin überzeugt, dass die Lösung der Betreuung zu Hause die günstigere Lösung ist. Ich werde deshalb die Minderheit unterstützen. Ich hoffe sehr, dass bis zur Behandlung im Nationalrat – wenn wir hier eine Differenz zum Nationalrat schaffen – mehr Grundlagenmaterial vorhanden und analysiert sein wird.

Ich bitte Sie um Unterstützung des Antrags der Minderheit.

Frick Bruno (C, SZ): Das Modell, das die Minderheit Langenberger vorschlägt, ist unser Ziel. Wir möchten, dass Be-



01.015 Conseil des Etats 766 25 septembre 2002

hinderte zu Hause, in der Familie betreut werden können. Wir möchten auch, dass sie eine Entschädigung erhalten, die ihrem Bedarf entspricht, die ihnen die nötige persönliche Freiheit und den Gestaltungsraum für das eigene Leben gibt. Darin sind wir uns einig; in diesem Punkt ist die Kommission in keiner Weise gespalten. Wir sind uns nur in der Frage nicht einig, ob die Zeit für die-

Wir sind uns nur in der Frage nicht einig, ob die Zeit für diesen Entscheid reif ist und ob wir die nötigen Grundlagen besitzen, um entscheiden zu können. Ich bin aufgrund der Kenntnisnahme der Unterlagen zu einem anderen Schluss gekommen als Kollege Stähelin. Ich möchte Ihnen kurz vier Gründe nennen, weshalb ich ihm nicht folgen kann und Sie bitte, der Mehrheit zu folgen.

1. Die Unterlagen und die klaren Fakten fehlen. Es ist so vieles noch zu erarbeiten; Frau Beerli hat die einzelnen Elemente genannt, ich wiederhole sie nicht. Wenn wir heute trotzdem diesen Schritt tun, beschliessen wir nichts anderes als einen «landesweiten Feldversuch»; am Schluss werden wir die Zahlen haben. Ich stimme Herrn Stähelin zu, dass wir diese Zahlen brauchen, aber diese sollten nicht durch einen landesweiten teuren Versuch erhoben werden.

2. Ein solcher Versuch dürfte uns zwischen 400 und 450 Millionen Franken kosten. Die Schätzungen gehen auseinander; die Interessenverbände kommen auf etwas niedrigere Zahlen. In der Kommission hat das Bundesamt recht einleuchtend darlegen können, dass es über 400 Millionen Franken sein dürften. Sollen wir diesen landesweiten Versuch zum Preis von 400 Millionen Franken durchführen, wenn wir das Ganze wesentlich günstiger haben können? Das wird uns erlauben, in vier, fünf Jahren bei der 5. IV-Revision ein wirklich sachlich ausgereiftes Modell beschliessen zu können, das den Behinderten gerecht wird.

Sie haben vorhin gesagt, Sie seien erstaunt über die hohen Kosten, und haben auch mit Ihrer Zustimmung zum Ordnungsantrag Schmid Carlo Ihrem Unmut Ausdruck gegeben. Jetzt ist die Nagelprobe fällig. Genehmigen wir über 400 Millionen Franken Zusatzausgaben, ohne die Sache zu kennen?

3. Wie steht es um die «Exportfähigkeit» dieses Modells? Professor Cottier hat ein Gutachten vorgelegt, wonach auch das Modell der Minderheit nicht exportfähig sein soll. Das ist die Meinung eines anerkannten Fachmannes. Aber es gibt ebenso ausgewiesene Fachleute, die das Gegenteil sagen. Klären wir das gründlich ab, bevor wir einen erheblichen Teil dieses Betrages exportieren müssen und uns in Schwierigkeiten mit der EU bringen!

4 Wir wollen «Feldversuche» unternehmen, die ausgewertet werden, sodass wir uns in etwa fünf Jahren definitiv entscheiden können. Die Kommission hat das nicht nur als Lippenbekenntnis formuliert, sondern Artikel 68quater ausdrucklich dahin gehend geändert, dass der Bundesrat verpflichtet ist, diese Versuche zu unternehmen.

Mit dem Einzelantrag Pfisterer Thomas umschreiben wir den Auftrag noch detaillierter. Wir machen unser Bekenntnis vielleicht noch glaubwürdiger, aussagekräftiger und griffiger. Der Antrag Pfisterer Thomas unterstreicht den Tatbeweis, den wir liefern wollen.

Aus diesen Gründen möchte ich Sie in aller Kürze bitten, dass Sie beim Antrag der Mehrheit bleiben.

David Eugen (C, SG): Ich bin der Meinung – das haben auch der Kommissionssprecher und viele andere gesagt –, dass beide Lösungen das gleiche Ziel verfolgen. Wir wollen den Behinderten mehr Autonomie, mehr Selbstbestimmung geben. Wenn wir die beiden Modelle vergleichen, gibt es eigentlich zwei Punkte, in denen sie sich unterscheiden:

Das Modell der Mehrheit möchte den Behinderten pauschal zwei Pflegestunden pro Tag zuerkennen; zwei Pflegestunden sind pauschal abgegolten. Weitere Pflegestunden werden nur abgegolten, wenn die behinderte Person von Erganzungsleistungen (EL) abhängig ist; nur den EL-abhängigen Personen werden also mehr als diese zwei Pflegestunden gewährt.

Das Modell der Minderheit geht von folgender Lösung aus: Nur eine Pflegestunde wird pauschal abgegolten, und die weiteren Pflegestunden werden nicht von der EL-Abhängigkeit abhängig gemacht, sondern von der Schwere der Behinderung.

Was ist der Unterschied zwischen beiden Modellen? Das erste Modell, dasjenige der Mehrheit, schliesst die Behinderten ein, die EL-abhängig sind, d. h. jene Behinderten, die in der Regel auch keiner Arbeit nachgehen können. Diese Gruppe von Behinderten ist sicher mit der Lösung der Mehrheit gut berücksichtigt. Hingegen verliert die Mehrheit jene Behinderten aus den Augen, die arbeitsfähig sind, jene, die einer Arbeit nachgehen können. Es gibt doch eine recht grosse Gruppe von Behinderten, die eingegliedert sind, die oft auch trotz schwerer Behinderung einer Arbeit nachgehen Diese Behinderten fallen aus dem Modell der Mehrheit total heraus, denn sie werden keine zusätzlichen Pflegestunden erhalten. Sie müssen sich mit diesen zwei Pflegestunden begnügen

Es ist ganz klar, dass es bei einer schweren Behinderung nicht möglich ist, mit zwei Pflegestunden, die über die Pauschale bezahlt werden, auszukommen. Auch der Bundesrat schreibt übrigens in seiner Botschaft, es sei bei mittleren und schweren Behinderungen nicht möglich, damit auszukommen. Denken Sie an all die Hilfen und Assistenzen, die geleistet werden müssen. Das geht über das Essen, über die Hygiene, über das Einkaufen bis zum Reinigen usw. Bei schweren Behinderungen genügen also diese zwei Pflegestunden nicht. Der Endeffekt ist der, dass Behinderte, die arbeiten wollen, und auch Behinderte, die trotz einer schweren Behinderung arbeiten können, ins Heim müssen. Sie müssen ins Heim, weil ihnen die Dienstleistungen fehlen, die sie brauchen, damit sie überhaupt aktiv werden können. Damit zwingt man eine Gruppe von Personen in den Heimaufenthalt, die eigentlich eingliederungsfähig wären.

Daher teile ich die Meinung nicht ganz, dass die Richtung, die die Mehrheit einschlägt, wirklich die Reform bringt, die wir möchten. Sie geht vom Ziel der möglichst starken Eingliederung weg und zwingt eine recht grosse Gruppe von Personen ins Heim. Diese Personen könnten eigentlich arbeiten, und sie möchten auch arbeiten und ein selbstständiges Leben führen. Sie sind aber mittelschwer- bis schwerbehindert und benötigen daher zusätzliche Hilfen; weil sie diese nicht bekommen, müssen sie ins Heim Wenn diese Personen gar nicht arbeiten und gar nichts tun würden oder nichts tun könnten, kriegten sie aber EL und zusätzliche Pflegestunden. Mit anderen Worten: Die Abgrenzung, welche der Antrag der Mehrheit bringt, ist eigentlich nicht zweckmässig. Ich finde, man könnte hier heute schon der Minderheit folgen. Die Kosten, die hier geltend gemacht werden, sind nach meiner Überzeugung nicht höher als beim Modell der Mehrheit.

Nun wird gesagt, wir hätten keine Zahlen. Wir haben aber auch für die EL-Lösung der Mehrheit keine Zahlen - diese haben wir überhaupt nicht. Hier wird einfach vorgegeben, das koste 90 Millionen Franken. Aber niemand weiss, ob diese Zahl stimmt. Die Aussage, dass wir keine Zahlen hätten, erstaunt mich auch. Wir haben 23 000 Behinderte, die hier überhaupt infrage kommen; davon sınd etwa 6600 Schwerstbehinderte. Vonseiten einer Organisation wie dem BSV, das sich mit dem Thema IV und Behinderung seit vielen Jahren befasst, wird gesagt: Wir wissen es nicht, wir haben keine Zahlen über diese Gruppe. Aber diese Gruppe ist ja nicht sehr gross; es sind wie gesagt 23 000 Personen, davon 6600 im Bereich der schweren Behinderungen, wo ja die grossen Kosten entstehen könnten. Man weiss aber beim BSV nicht, wie viele von diesen 6600 Personen arbeitsfähig sind. Ich bin davon ausgegangen, dass es nicht eine Riesengruppe ist, sondern etwa 500 bis 600 Personen. Wenn man davon ausgeht, dass es 3000 Personen sind, dann kommen grosse Kosten auf uns zu. Ich meine, bei den Schwerstbehinderten handelt es sich um eine Gruppe, die mit 500 bis 600 Personen richtig umschrieben ist. Ich bin einfach überrascht, wenn man nach einer so langen Phase der Vorbereitung einer Assistenzentschädigung am Schluss kommt und sagt: Wir wissen nicht, wie viele Personen unter den Schwerstbehinderten diese Assistenzentschädigung mit



dieser Form selbstbestimmten Lebens in Anspruch nehmen wurden.

Das ist für mich keine überzeugende Aussage. In diesem Punkt teile ich die Meinung nicht, die hier geäussert wurde: Es sei nicht möglich, bis zur Wintersession, also bis zur Behandlung der Differenz im Nationalrat, den Mangel an Zahlen bezüglich dieses Personenkreises, der hier offenbar besteht, zu beheben und auch zu ebenso schlüssigen Zahlen zu kommen, wie sie im Bereich der Ergänzungsleistungen aufgrund der Daten angenommen werden, die man heute hat.

Zum letzten Punkt, der in der Kommission angesprochen wurde, nämlich zur EU-Frage: Frau Bundesrätin Dreifuss hat mir gesagt, dass die juristische Meinung, die von der Universität Bern kommt, nicht richtig sei. Es ist nicht meine persönliche Meinung. Ich habe nicht gewagt, eine europarechtliche Meinung ohne richtiges Fundament abzugeben. Aber immerhin handelt es sich hier um das Institut für Europarecht und Wirtschaftsvölkerrecht der Universität Bern. Das ist sicher eine Instanz, die Vertrauen auslösen darf, auch für einen Parlamentarier, der zu einer rechtlich abgestützten Meinung kommen will

Frau Bundesrätin Dreifuss, ıch gebe Ihnen Recht, es gibt immer Interpretationen unter Juristen. Aber meine Hauptfrage ist: Warum wählen Sie gerade die Interpretation, die unseren Handlungsspielraum als Parlament, als Regierung, als Schweiz am meisten einengt? Dieser Art der Europarechtsinterpretation möchte ich grundsätzlich nicht folgen, nicht nur in diesem Fall. Ich finde, wir sollten jene Interpretation wählen, die unseren Handlungsspielraum moglichst am weitesten erläutert, wenn sie vernünftig, rechtlich abgesichert und seriös ist - nicht wenn geflunkert wird; das mochte ich nicht. Aber ich möchte eher in die Richtung solcher Interpretationen gehen als in Richtung von Interpretationen, die von vornherein sagen: Europarechtlich können wir überhaupt nichts mehr machen, nachdem wir diese bilateralen Verträge unterschrieben haben. Daher finde ich auch in diesem Fall das Argument betreffend das Europarecht nicht überzeugend. Wir sollten auch aus diesem Grund den Minderheitsantrag nicht ablehnen.

Studer Jean (S, NE): On comprend bien pourquoi on est tous d'accord sur la finalité de la proposition de minorité: en effet, indépendamment des essais pilotes et de toutes les études qu'on peut faire sur l'exportation ou non de cette prestation, on se rend bien compte que c'est elle qui est plus respectueuse de la dignité de la personne invalide qui se voit offrir une meilleure possibilité de rester à son domicile, de vivre avec les siens plutôt que d'être obligée d'envisager un séjour en institution. On sent bien aussi que permettre à l'invalide de pouvoir rester chez lui, de vivre avec les siens, présente forcément sur le plan financier un intérêt évident.

Je crois qu'on est aussi tous d'accord pour admettre que sur le plan de l'exportation de la prestation, on a des avis de droit, mais on n'a pas de certitude, parce que le droit n'est pas une science exacte et qu'il peut y avoir des problèmes, avec l'un ou l'autre des systèmes proposés.

Donc, ce n'est pas sur ces points-là qu'on diverge. On diverge sur l'opportunité ou non d'avoir des essais pilotes. On adopte beaucoup de lois, ici, sans faire des essais pilotes. Il y en a une qui me vient à l'esprit maintenant, dont j'ai combattu en vain la révision, c'est la loi sur les stupéfiants, dans le cadre au sujet de laquelle on a estimé qu'on pouvait dépénaliser la consommation de cannabis sans faire beaucoup d'essais pilotes et sans avoir beaucoup de précisions sur la façon dont on en réglerait le commerce. Mais je ne refais pas le débat ici, je veux seulement vous montrer qu'il y a quand même des domaines où on prend des décisions sans faire d'essais pilotes.

Or, en plus, dans le cas présent, on a des expériences qui sont réalisées dans d'autres pays et, en fait, le seul problème qu'on a aujourd'hui est de savoir si, à notre niveau, au plan fédéral, on est capable ou non, en quelques mois, de recueillir les informations nécessaires pour apprécier d'une

manière peut-être encore plus précise les incidences de la proposition de minorité Langenberger.

Pour ma part, je suis convaincu que l'administration est parfaitement capable de recueillir, si c'est nécessaire, les informations qui nous manqueraient pour encore mieux apprécier l'incidence de cette proposition de minorité. J'en veux pour preuve la fait que l'administration a été capable de critiquer les estimations qu'a proposées en la commission M. David. Et je pense que si l'administration était capable de dire que, peut-être, M. David avait mal évalué la situation, elle est capable de pouvoir apporter des informations complémentaires dans le cadre de l'examen que ferait le Conseil national d'une telle disposition. Je n'ai pas le sentiment que pour répondre aux questions que l'un ou l'autre peut encore légitimement se poser, il nous faille vraiment de nombreuses années.

Un autre élément me gêne, c'est le système qu'on mettrait en place dans l'attente de la réalisation de cet objectif auquel tout le monde est sensible. On va mettre en place un système d'augmentation de l'allocation pour impotent, d'une part, mais aussi un système de besoins, d'autre part, car on lie l'augmentation de l'allocation pour impotent, pour les personnes qui en sont bénéficiaires, à une augmentation des limites pouvant donner droit à des prestations complémentaires. Je trouve que dans un système d'assurances sociales, qui doit assurer à chacun les mêmes prestations, ce système transitoire qui durerait encore quelques années, même s'il est préférable au système actuel, n'est pas un bon système. Il crée des inégalités entre les assurés et les bénéficiaires de ces assurances sociales. C'est aussi un élément qui peut nous conduire à dire qu'aujourd'hui on peut faire le pas que propose la minorité et que l'administration est capable de nous fournir les renseignements qui nous manqueraient pour pouvoir prendre une décision en toute connaissance de cause.

J'ai essayé de chercher ce qui s'était passé avec l'allocation pour impotent. La loi fédérale sur l'assurance-invalidité date de 1959 et l'allocation pour impotent a été introduite en 1967. Je n'ai pas trouvé, dans les documents que j'ai examinés, de référence qui m'aurait montré qu'entre 1959 et 1967, on aurait conduit des études avant d'envisager l'allocation pour impotent. A un moment donné, il a paru nécessaire d'offrir à ceux qui avaient besoin d'autre chose encore en raison de leur invalidité l'allocation pour impotent, et on se rend compte que ce choix qui a été fait, a été fait sans que cela pose des problèmes particuliers.

Je suis sûr que l'on peut faire la même démarche que celle que nos prédécesseurs avaient faite, s'agissant ici de l'allocation pour impotent nouvelle formule, proposée par la mi-

Leumann-Würsch Helen (R, LU): Gestatten Sie mir als Nichtmitglied der Kommission, einige Worte zu sagen. Ich war lange Zeit Mitglied einer Arbeitsgruppe im Kanton Luzern, die sich mit dem Thema «independent living» befasst und auch Modelle ausgearbeitet hat. Es sind Modelle, die sehr gut funktioniert haben, und die Erfahrungen, die wir gemacht haben, waren durchwegs positiv. Selbstverständlich waren sie, vor allem im persönlichen Bereich der behinderten Personen positiv. Es kann ja nicht sein, dass heute Vierzigjährige, die einen Hirnschlag hatten und keine Familien haben, die sie aufnehmen wollen, in einem Altersheim leben müssen. Es waren solche Falle, die wir aus den Heimen holen konnten.

Daher tendiere ich stark dazu, der Minderheit Langenberger zuzustimmen, weil ich der festen Überzeugung bin, dass die Richtung, in welche diese Minderheit geht, die einzig richtige Form ist, die wir schliesslich haben müssen. Wir haben in unserer Fraktionsgruppe sehr heftige Diskussionen gehabt, zum Teil auch sehr emotional geführte Diskussionen; ich gebe das gerne zu. Ich muss gestehen, dass mir als Nichtmitglied der Kommission viele Unterlagen fehlen, welche die Kommission hatte oder eben nicht hatte. Das ist der springende Punkt. Es ist klar, dass die Kosten vom Grad der Be-

hinderung abhängig sind, die eine Person hat, und von der Zeit, während der sie eine Assistenz benötigt. Es ist auch klar, dass eine sehr alte Person, die rund um die Uhr betreut werden muss, ganz andere Kosten verursacht als beispielsweise ein Kind, auch wenn es stark behindert ist, aber in der Familie leben kann

Ich habe mich schliesslich – ein bisschen im Dilemma zwischen Herz und Verstand – dazu durchringen konnen, es richtig zu finden, wenn wir diese Erhebung über die Kosten seriös aufarbeiten und uns die nötige Zeit nehmen, um die Unterlagen bereitzustellen. Deshalb unterstütze ich heute den Antrag Pfisterer Thomas, weil der Antrag, so wie ihn die Mehrheit der Kommission in Artikel 68quater formuliert hat. nicht sehr verpflichtend ist. Der Artikel gemäss dem Antrag Pfisterer Thomas ist hingegen verpflichtend. Wir verpflichten den Bund mit dem Gesetz, Pilotprojekte durchzuführen und all diese Unterlagen aufzuarbeiten.

Ich bin überzeugt, dass wir am Schluss zur Einsicht kommen werden, dass es richtig ist, in diese Richtung zu gehen und ein entsprechendes Konzept vorzulegen. Dies darf nicht Jahrzehnte dauern, Kollege Stähelin; da bin ich absolut mit Ihnen einverstanden. Es wird aber an uns, am Parlament, liegen, den Finger darauf zu halten und zur richtigen Zeit wieder aktiv zu werden, damit wir dann diese zukunftsgerichtete Form des Lebens mit Behinderten auch tatsächlich umsetzen können.

Ich unterstütze den Antrag Pfisterer Thomas und lehne im Moment den Antrag der Minderheit Langenberger ab.

Schiesser Fritz (R, GL). Ich mochte zur letzten Äusserung von Kollege David noch etwas sagen. Mit der Frage der Verpflichtung zum Export dürfen wir nicht derart leichtfertig umgehen - ich verwende bewusst diesen Begriff. Herr David hat ein Gutachten eines renommierten Institutes zitiert. Ich kenne dieses Gutachten nicht. Ich weiss auch nicht, wer es in diesem Rat kennt - wahrscheinlich die wenigsten. Wir kennen die Schlussfolgerungen eines namhaften Experten gemäss diesem Gutachten. Daneben kennen wir die Stellungnahme der Experten innerhalb der Verwaltung, die auch nicht leichtfertig sagen: Aufpassen, es könnte eine Exportpflicht für diese Leistungen geben! In einer solchen Situation gibt es doch nur eine Entscheidung und die heisst: stopp, halt! Diese Frage soll, bevor wir etwas materiell entscheiden, gründlich abgeklart werden! Wir wissen nicht, was es finanziell bedeuten könnte, wenn eine Exportpflicht für diese Leistungen besteht. Wir wissen auch nicht, wie gründlich diese Abklarungen vom Gutachter getroffen worden sind. Die Verwaltung weist zudem darauf hin, dass ihre Leute anderer Meinung sınd. Also bitte ich Sie, diesen Aspekt in die Entscheidung mit einzubeziehen. Wenn wir einmal zugestimmt haben und nachher festgestellt wird, dass die Exportpflicht besteht, dann müssen diejenigen, die das in Unkenntnis oder ohne gründliche Abklärung beschlossen haben, auch die Verantwortung dafür übernehmen. Diese Verantwortung kann ich heute nicht übernehmen, und deshalb stimme ich mit der Mehrheit.

Schmid Carlo (C, AI): Ich kann es nach dem Votum von Herrn Schiesser kurz machen, Ich unterstütze ihn hundertprozentig. Herr David vertritt in der Auslegung solcher europarelevanten Normen eine Auslegung bona fide, eine gutglaubige Auslegung. Man kann auch eine blauäugige Auslegung veranstalten, Herr David!

Wir wissen es nicht. Ich traue keinem in diesem Lande zu, autoritativ verbindlich festzustellen, was der Europäische Gerichtshof eines Tag mit uns anstellen wird. Wir haben keine Ahnung. In dieser Situation einfach Millionen Franken durch die Röhre fliessen zu lassen, ist nicht unsere Aufgabe. Ich bitte Sie, hier der Vorsicht das Wort zu reden und mit der Mehrheit zu stimmen.

Berger Michèle (R, NE): J'aimerais annoncer mes intérêts: je fais partie du comité Agile qui regroupe 45 associations et représente environ 50 000 handicapés en Suisse et le suis vice-présidente du comité directeur des Fover-Handicap de Neuchâtel et de La Chaux-de-Fonds.

J'aimerais tout d'abord remercier la minorité de l'idée nouvelle qu'elle apporte à l'article 42ter alinéa 1er lettre b de cette loi, à savoir d'y introduire la notion de «budget personnel». Je crois que nous tous ici reconnaissons le bien-fondé de cette idée parce qu'elle permet au handicapé de faire un choix, c'est-à-dire que c'est le handicapé lui-même qui prend la décision d'aller dans un home ou de rester à domicile. Cette nouvelle idée permet aussi de garantir une qualité de vie meilleure au handicapé puisque sa situation ne lui sera pas imposée et qu'il pourra choisir. Cette idée est aussi excellente parce que les besoins des uns et des autres sont différents. En reconnaissant les coûts induits par le handicap, on aura aussi des dépenses qui seront plus individualisées, c'est-à-dire que les besoins financiers des uns et des autres ne seront pas les mêmes.

J'aimerais revenir sur la notion d'autonomie qui est absolument importante. Elle signifie, pour le handicapé, possibilité de se prendre en charge et meilleure intégration sociale. Une meilleure intégration sociale permet aussi peut-être à des parents - mères ou pères de famille - au lieu de devoir vivre en institution, de demeurer dans un cadre familial, ce qui est appréciable,

En tant que politiques, nous avons une responsabilité non seulement à court terme mais aussi à long terme, c'est-àdire que nous ne devons pas seulement donner, mais que nous devons assurer une situation. J'aimerais dire au sujet de la proposition de minorité, après l'avoir bien examinée avec des représentants de quelques-unes des associations qui soutiennent les handicapés, qu'elle a quelques défauts. Un de ses défauts notamment, c'est qu'elle ne dit rien sur les familles avec des enfants handicapés mineurs. Un deuxième défaut, c'est peut-être de ne pas faire une appréciation bien ciblée des personnes psychiquement atteintes, soit des handicapés psychiques. Un troisième défaut, c'est la notion d'exportation d'une prestation d'assurance; je n'y reviens pas parce que cela a été développé longuement par plusieurs intervenants. Le quatrième défaut, c'est le manque de statistiques. On est incapable de nous dire quels pourcentages représentent les différents handicaps. On ne sait pas combien il y a de handicapés de la vue, de malentendants; on ne sait pas, parmi les personnes à mobilité réduite, quelle proportion représentent les tétraplégiques et quel est le pourcentage de paraplégiques. Je ne continuerai pas la liste, mais nous n'avons point de statistiques. Et lorsque nous demandons aux différentes associations combien de handicapés entreraient dans ce projet, on n'est pas capable non plus de nous le dire. On est donc sur un nuage et on n'a aucune garantie financière, ou, en tout cas, aucune évaluation des dépenses induites par ce modèle.

C'est pourquoi je propose aussi d'adopter la proposition Pfisterer Thomas. Je crois que c'est une proposition réfléchie. M. Pfisterer connaît de près le problème du handicap et sa proposition à l'article 68 quater rejoint, quant au fond, celle de la minorité à l'article 42ter, tout en demandant des essais «dans les meilleurs délais». Ce que je souhaite, c'est que le délai soit le plus bref possible, que ces essais pilotes soient faits en Suisse alémanique et en Suisse romande. Il est important de les faire dans les différentes régions de la Suisse puisque les besoins sont parfois différents eux aussi. Cette solution-là nous permettra, sur la base d'essais pilotes, d'avoir des chiffres concrets, d'assurer dans le long terme cette autonomie du handicapé. Je sais que les associations n'ont pas connaissance de la proposition Pfisterer Thomas mais qu'elles seront certainement favorables à cette nouvelle proposition, puisqu'elle nous permettra, à nous les politiques, d'appuyer cette conception dans le long terme et d'assurer le financement de cette nouvelle idée.

C'est à ce titre que je vous demande de soutenir la proposition Pfisterer Thomas.

Bürgi Hermann (V, TG): Es ist möglicherweise vermessen, wenn ich mich hier als Nichtmitglied der Kommission noch äussere. Ich tue es trotzdem, weil ich – wie möglicherweise einige von Ihnen – zwei Seelen in der Brust habe. Einerseits bin ich der Auffassung, dass das neue Modell, wie es die Minderheit vorschlägt, zukunftstrachtig ist; das wird ja auch von der Kommissionsmehrheit nicht bestritten. Auf der anderen Seite habe ich natürlich volles Verständnis dafür, dass in diesem Modell, wie Herr Schiesser und Herr Pfisterer dargelegt haben, viele Fragen offen sind. Der Begriff «Blindflug» hat seine Berechtigung.

Ich bin nicht in der Lage, Ihnen eine abschliessende Lösung vorzuschlagen, aber ein Gedanke ist bis jetzt nicht geäussert worden, der vielleicht hilfreich sein könnte. Ich werde keinen Antrag stellen, aber diesen Gedanken immerhin in die Runde werfen. Dies in der Meinung, dass fur den Fall, dass dem Minderheitsantrag zugestimmt wird, durchaus die Möglichkeit besteht, im anderen Rat darauf einzutreten Ich stelle die Frage nach einer entsprechenden Übergangsbestimmung. Diese hatte namlich den Vorteil, dass wir grundsatzlich dieser Lösung zustimmen könnten. Ich bin aber der Meinung, dass noch etwas Zeit verstreichen sollte, bis wir die neue Bestimmung in Kraft setzen, um eben im Sinne des Antrages Pfisterer Thomas - diesem werde ich so oder so zustimmen - gewisse Abklärungen vorzunehmen, damit man dann mehr weiss. Man konnte dann auch juristische Fragen, die heute noch offen sind, wie jene der Exportfähigkeit des Modells, in aller Ruhe abklären. Sofern es sich als notwendig erweisen wurde, könnte man in der Zwischenzeit auch eine entsprechende Revision des Gesetzes vornehmen, die diesen Bedenken Rechnung trägt.

Ich wollte diese mögliche Lösung einfach noch in die Diskussion einbringen, würde es aber für vermessen halten, im jetzigen Zeitpunkt eine solche Übergangsbestimmung zu beantragen. Aber mindestens könnte oder sollte man eine solche Lösung so oder so ernsthaft in Betracht ziehen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Ne vous étonnez pas que ce soit une discussion aussi longue et difficile. Elle l'a été au sein de l'administration, au Conseil national, dans la commission.

J'espère vous convaincre qu'il y a plus de problèmes non résolus que de problèmes résolus dans la proposition de minorité qui nous est faite. Au fond le conflit, en particulier sur les estimations de coûts, n'est pas lié à l'absence de statistiques en soi mais à une philosophie différente de la réforme. En tout cas, quand on calcule ensuite ce que ça pourrait coûter et qu'il y a divergence, cela repose sur quelque chose qui me paraît quand même devoir être dit.

La proposition de la minorité prévoit le versement d'un forfait de moitié inférieur à celui prévu par la majorité et, déjà, par le Conseil fédéral. Et ce forfait qui resterait au niveau actuel, c'est-à-dire qui ne serait pas doublé comme la majorité vous le propose, serait complété, dans des cas qui ne sont pas très clairement décrits, par un budget personnel pour impotence.

La proposition de la majorité - comme, déjà, le projet du Conseil fédéral consistent à dire que nous avons aujourd'hui un système compliqué peu transparent et insuffisant dans bien des cas, justement en ce qui concerne le maintien à domicile de personnes à invalidité movenne et faible, et c'est la raison pour laquelle la proposition est faite de doubler les forfaits pour les personnes qui restent en dehors d'une institution. Cela permet aussi d'harmoniser les choses. Actuellement, nous avons l'allocation pour impotent, la contribution aux frais de soins spéciaux pour les mineurs impotents et les frais de soins à domicile. Nous regroupons tout cela, où il y avait des contradictions même dans la décision d'allouer l'une ou l'autre contribution, et nous en faisons un paquet qui s'appelle «allocation pour impotent». Il s'agit, sur le plan du contrôle administratif, d'une grande simplification, et, sur le plan de la transparence, de ce que peuvent comprendre les assurés, de quelque chose de positif et qui correspond mieux aux besoins qui, selon nos estimations, devairent être ceux, en particulier - pas seulement, mais en particulier aussi -, des personnes vivant chez elles, invalides ayant une impotence d'impotence faible ou moyenne, et également grave. C'est l'idée de la majorité de la commission: on consolide, on harmonise, on double, et c'est ça le «Rechtsanspruch».

Pour les personnes qui souhaitent rester à domicile et pour lesquelles cette allocation – allocation plus rente – ne suffit pas, nous créons un deuxième «Rechtsanspruch» qui est le «Rechtsanspruch» aux prestations complémentaires. L'octroi de cette «Bedarfsleistung» dépend du niveau de revenu de l'unité familiale. Et nous multiplions par cinq les prestations complémentaires possibles. Nous arrivons donc au montant d'à peu près 100 000 francs par année pour couvrir justement les frais que la proposition de minorité prévoit de couvrir au moyen du budget personnel, sans clause du besoin, sans «Bedarfsleistung».

La proposition de minorité – c'est là que j'en reviens aux différences de calcul du coût, vu que certains prétendent que nos estimations sont fausses – repose sur l'idée que la moitié de l'allocation pour impotent est suffisante pour les cas dont la gravité est faible ou moyenne et que, dans cette situation, il n'y a donc pas besoin d'un budget personnel pour impotence. Sinon, on n'arrive pas à de telles différences de calcul du coût. Cela veut dire que l'on enlève aux uns pour donner aux autres! C'est la raison pour laquelle nous pensons qu'il ne faut pas le faire à la légère. Ce n'est pas par manque de générosité, ce n'est pas par manque d'envie d'aller de l'avant, c'est une question de répartition des ressources entre invalides. C'est la raison pour laquelle nous pensons qu'il faut trouver un moyen qui permette d'améliorer la situation d'ensemble, et c'est nécessaire.

Dans un cas, par exemple, deux heures de garde sont insuffisantes pour des personnes qui ne sont pas des invalides gravissimes, mais qui ont justement besoin qu'on vienne les lever le matin et les coucher le soir. Dans ce cas, il peut être nécessaire justement d'avoir droit à une augmentation de l'allocation pour impotent. Dans ce sens-là, elle est d'ailleurs aussi plus généreuse pour les familles avec enfants, en dehors du mécanisme qui déclenche le droit à l'allocation pour impotent pour les enfants, qui devient aussi plus généreuse. Je m'en réjouis profondément parce qu'il y a des cas qui me trottent dans la tête depuis longtemps et que je n'arriverai pas à digérer si nous ne faisons rien.

La proposition de minorité consiste à dire: «Faisons plutôt un forfait plus bas et ajoutons le budget personnel.» Un budget personnel demande par nature un examen beaucoup plus rigoureux des besoins personnels. Evidemment, une fois ces besoins déterminés, on donne le montant à la personne comme on lui donnerait le forfait plus important dans l'autre modèle, mais on doit quand même contrôler davantage, de temps en temps, si les différents postes du budget jouent encore. Il y a un «Rechtsanspruch» à recevoir quelque chose, mais ce quelque chose doit être examiné beaucoup plus bureaucratiquement, dans chaque situation particulière, en regardant si le budget correspond vraiment aux besoins. On risque donc d'avoir pour certaines personnes des situations péjorées, pour d'autres des situations améliorées, sans savoir exactement quels sont effectivement les besoins mensuels tels qu'ils sont mentionnés dans la proposition de minorité Langenberger.

Quand l'administration dit qu'elle ne peut pas faire beaucoup plus, c'est d'abord parce que la divergence quant aux résultats des estimations financières – mais ce n'est pas ça qui devrait être au premier plan – est due à des visions différentes de ce que doivent recevoir des invalides ayant un degré d'impotence moyen et faible.

Une autre divergence est celle de savoir si nos connaissances concernant les besoins qui devraient être couverts par ce budget personnel sont suffisantes pour aller de l'avant. Et c'est là que l'essai pilote est intéressante, parce qu'il permet de voir quel type de ménage est concerné, quel type d'aide est vraiment nécessaire pour quel type d'invalidité. Car autrement, c'est ce qu'on devra faire de toute façon après, mais en ayant déjà créé le droit préalablement, et qui consistera quasiment à pointer les actes nécessaires pour déterminer quel est ce budget.

Dans ce sens-là je trouve que la proposition qui a été élaborée à partir du projet du Conseil fédéral, de l'ajout décidé par le Conseil national et de la réflexion menée au sein de la commission, est quand même plus qu'un compromis. On améliore le système général là où on est sûr qu'on en a besoin, on ouvre des perspectives pour ceux que des raisons économiques pourraient conduire à ne pas exercer cette liberté de choix, et on peut, avec une expérimentation, voir et préciser comment on pourrait développer un «Rechtsanspruch» pour tout le monde dans le domaine du budget mensuel. Vraiment, c'est le contraire d'un compromis tiède. C'est vraiment une volonté de répondre aux besoins de tous, mais d'une façon qui corresponde à l'état de ce que nous savons et de ce que nous avons analysé comme besoins. Donc, voilà la différence entre la majorité et la minorité.

C'est la raison pour laquelle nous vous prions de suivre la majorité de la commission à l'article 42ter.

A l'article 68quater, la proposition Pfisterer Thomas, qui précise encore ce que la commission voulait de toute façon, est certainement digne d'être soutenue. Il y a deux «Ungereimtheiten» à lever dans le texte – une numérotation d'article et le fait que le «Bund» devrait sans doute être le «Bundesrat» – pour cette proposition soit en tout cas une base extrêmement précise et solide indiquant très clairement la direction à prendre pour la suite de la discussion.

J'aimerais juste dire un mot à M. David. M. David me fait un procès d'intention et je n'accepte pas des procès d'intention dans une salle du Parlement. Ce procès d'intention, c'est de dire que par nature, sans doute, par tendance à plier l'échine - tous ceux qui me connaissent savent que c'est un de mes exercices préférés! -, l'interpréterais le droit européen de la façon la plus obséquieuse pour les autorités européennes. Monsieur David, je n'accepte pas ce procès d'intention. Je considère qu'il est mal intentionné à mon égard ou à l'égard de ceux qui sont ici des pro-européens. Ce qui est clair, c'est que nous devons vous donner une analyse très claire de l'évolution, non pas du droit européen, mais de la philosophie européenne qui a des effets directs sur les négociations que nous serons de toute façon obligés de mener avec l'Union européenne pour que la loi révisée trouve sa place dans l'annexe aux accords bilatéraux. Et si je ne faisais pas cela, je ne ferais pas mon travail

A part ça, j'aimerais ajouter que cette philosophie, en fait, est juste et que nous l'avons acceptée. Elle signifie qu'un travailleur migrant ne doit pas subir des pertes en matière de droits qu'il a acquis dans des systèmes d'assurance – j'insiste, des systèmes d'assurance – parce qu'il franchit une frontière et qu'il va travailler dans un autre pays. Il est vrai que cette philosophie est la bonne, mais nous sommes d'avis que le type de prestations dont nous parlons ici, qui appellent quand même un examen individuel des besoins – non pas de la situation financière des gens, mais des besoins – est quelque chose que nous ne désirons pas exporter parce que les conditions dans les différents pays sont très différentes et très difficiles à apprécier.

Dire que nous ne souhaitons pas exporter des prestations que nous ne pourrions pas maîtriser ne signifie pas que la philosophie de l'Union européenne va dans le sens – et il y a eu une jurisprudence dans ce domaine – de dire que chaque fois qu'une prestation est liée étroitement à une prestation d'assurance, elle doit en principe être exportée conformément à cette philosophie de la coordination que j'évoquais tout à l'heure.

Donc, je vous en prie, discutons calmement de l'interprétation possible du droit européen, et ne reprochez pas aux uns et aux autres d'être plus obséquieux que vous ne l'êtes peutêtre aussi dans ce cas.

Langenberger Christiane (R, VD): Je crois que nous avons eu un bon débat. Il était long, mais je ne m'en excuse pas. Je crois qu'il était nécessaire. Je sais que beaucoup d'entre vous ont «zwei Seelen in ihrer Brust». Vous êtes partagés parce que vous voulez aller de l'avant, vous savez que la proposition de minorité va dans la bonne direction, mais qu'il y a des points d'interrogation.

Pour ma part, je l'ai dit d'emblée, je trouvais nécessaire que la commission du Conseil national, puis le Conseil national reparlent de cette question pour tenter d'élucider un certain nombre de problèmes que nous n'avons pas réussi à régler. Cela ne peut pas se faire dans l'immédiat.

Donc – je crois que je peux parler au nom de mes collègues de la minorité –, d'une part, nous soutenons la proposition Pfisterer Thomas, et d'autre part, nous avons encore une divergence qui reste avec le Conseil. Cela fait que les débats que nous avons menés ici pourront servir à la commission du Conseil national pour réétudier certaines choses. Je retire donc ma proposition de minorité.

Le président (Cottier Anton, président): Je demande aux membres de la minorité s'ils sont d'accord avec ce retrait. — Je n'ai que des réponses fragmentaires. J'admets que Mme Langenberger s'est exprimée au nom de tous les membres de la minorité.

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Ich möchte mich nur noch ganz kurz zum Antrag Pfisterer Thomas äussern. Frau Bundesrätin Dreifuss hat es bereits angesprochen; ich denke, wir können ihm inhaltlich zustimmen. Es gibt aber zwei Formulierungen, die der Nationalrat möglicherweise noch einmal anschauen muss. Zum einen sollte es nicht heissen «Der Bund», sondern «Der Bundesrat», und zum anderen müsste Absatz 2 im Antrag Pfisterer Thomas wahrscheinlich zu Absatz 1bis werden, weil sonst der Absatz 2 des Antrages der Kommission wegfallen würde.

Im Übrigen stimme auch ich Artikel 68quater zu, wie er von Herrn Pfisterer formuliert worden ist.

Stähelin Philipp (C, TG): Ich bin überrascht vom Rückzug des Minderheitsantrages durch Kollegin Langenberger; das muss ich ganz klar erklären. Wir haben jetzt lange und ausgiebig diskutiert. Ich möchte tatsächlich – soll ich das quasi sportlich ausdrücken? – gern die Flanke schiessen und den Nationalrat dann den Ball noch ins Goal bringen sehen. Ich halte am Minderheitsantrag fest.

Art. 42ter

Abstimmung – Vote Für den Antrag der Mehrheit 21 Stimmen Für den Antrag der Minderheit 16 Stimmen

Art. 68quater Titel, Abs. 3, 4 – Art. 68quater titre, al. 3, 4 Angenommen – Adopté

Art. 68quater Abs. 1, 2 - Art. 68quater al. 1, 2

Abstimmung – Vote Für den Antrag Pfisterer Thomas 38 Stimmen (Einstimmigkeit)

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr La séance est levée à 13 h 00



Neunte Sitzung - Neuvième séance

Donnerstag, 26. September 2002 Jeudi, 26 septembre 2002

08.00 h

01.015

4. IV-Revision 4e révision de l'Al

Fortsetzung - Suite

Botschaft des Bundesrates 21.02.01 (BBI 2001 3205)
Message du Conseil fédéral 21.02.01 (FF 2001 3045)
Nationalrat/Conseil national 13 12 01 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 13.12 01 (Fortsetzung – Suite)
Standerat/Conseil des Etats 25.09.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Standerat/Conseil des Etats 26 09.02 (Fortsetzung – Suite)

1. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung

1. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité

Art. 44, 52

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen - Adopté

Art. 57 Abs. 1 Bst. d Antrag der Kommission Streichen

Art. 57 al. 1 let. d

Proposition de la commission Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 59

Antrag der Kommission

Abs. 2

.... unabhängig. Die IV-Stellen richten die regionalen ärztlichen Dienste ein. Der Bundesrat legt die Regionen nach Anhören der Kantone fest.

Ahs 2his

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag Schmid Carlo

Abs. 2

Der Bundesrat regelt die Beurteilung der medizinischen Anspruchsvoraussetzungen.

Art. 59

Proposition de la commission

AI. 2

.... à l'octroi de prestations. Ces cas d'espèce. Les services médicaux régionaux sont mis en place par les offices Al. Le Conseil fédéral détermine les régions après avoir consulté les cantons.

Abs. 2bis

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition Schmid Carlo

AI. 2

Le Conseil fédéral règle l'appréciation des conditions médicales nécessaires.

Abs. 2 - Al. 2

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Der Bundesrat hat in seinem Entwurf mit den regionalen ärztlichen Diensten (RAD) die Diskussion wieder aufgenommen, die bereits bei der Beratung des ersten Teils der 4. IV-Revision vom Parlament aufgenommen worden war. Der Nationalrat hat diese Frage jetzt wieder diskutiert und an der Fassung des Bundesrates lediglich kleine Änderungen vorgenommen. Diese bestehen einmal darin, dass die Ärzteteams der RAD interdisziplinar zusammengesetzt sein müssen. Zudem wird klar gesagt, dass die Aufsichtsfunktion des BSV eine fachliche sein soll. Es wurde kolportiert, dass das BSV oder der Bundesrat Bundesstellen schaffen möchten, was jedoch niemals beabsichtigt war. Es geht allein um die direkte fachliche Aufsicht. Im Nationalrat wurde zudem verdeutlicht, dass diese Ärzte und Ärztinnen in ihrer medizinischen Entscheidfindung unabhängig sein sollen. Schliesslich ist vorgesehen, für grosse IV-Stellen interdisziplinäre Teams zu schaffen. Doch auch diese kantonalen ärztlichen Dienste müssen Mindestanforderungen erfüllen, beispielsweise die direkte fachliche Aufsicht oder die interdisziplinäre Zusammensetzung. Der Bundesrat soll diese Mindestanforderung in der Verordnung festhalten.

Mit diesen RAD möchte man ein Instrument schaffen, welches eine einheitlichere Beurteilung der Leistungsgesuche in der Schweiz gewährleistet. Bei den jedes Jahr in mehreren IV-Stellen vorgenommenen Geschäftsprüfungen wurden erhebliche Unterschiede in der Prüfung der ärztlichen Unterlagen festgestellt. Das soll mit den RAD geändert werden. Auch für den Bundesrat sind die RAD ein Instrument zur Verstärkung der Aufsicht. Im Jahr 1994 hat der Ständerat dem Bundesrat eine Motion überreicht mit dem Auftrag, die Beurteilungsverfahren zu vereinheitlichen. Dieser Auftrag soll nun mit diesem Instrument in der Revision erfüllt werden.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Schmid Carlo (C, AI): Mein Antrag geht in die gleiche Richtung wie der Antrag der Kommission, geht aber darüber hinaus. Ich beziehe mich auf die Diskussion, die wir gestern mit Bezug auf die Frage hatten, aus welchen Gründen die Zugänge zur IV zunehmen und was man dagegen unternehmen kann. Sie haben es noch in Erinnerung: Herr David hat gestern gesagt, wir hätten bei der IV ein System, welches das Recht, Renten zu sprechen, sehr weit unten ansiedle, und wir hatten keine zentralen Steuerungsorgane, welche diese Rentenzusprechungen begrenzen würden. Seiner Überzeugung nach sei dies der Hauptgrund, weshalb das Wachstum voranschreite. Man müsse daher eine ziemlich starke Bundeskontrolle bezüglich der Rentenzusprache einführen; einen anderen Weg gebe es hier nicht.

Ich teile diese Auffassung hundertprozentig. Obwohl ich normalerweise ein Foderalist bin, meine ich ganz klar, dass im Rahmen der IV - eines Bundessozialwerkes - der Bund seine Steuerungs- und Kontrollverantwortung wahrnehmen muss. Mit dieser regionalen Konzeption der Kommission wird sicher ein Schritt in die richtige Richtung getan. Aber ich meine, dass das den Bundesrat zu stark einengt. Er muss praktisch die Moglichkeit haben, IV-Ärzte einzustellen, welche in der Zukunft das Recht haben, selbst medizinische Untersuchungen durchzuführen wie bei der Suva. Heute haben sie das ja nicht. Die Botschaft auf Seite 3232 sagt das deutlich: «Zum heutigen Zeitpunkt dürfen die IV-Stellenarzte und -arztinnen keine Untersuchungen bei den Versicherten durchführen » Ich meine, man muss das radikal ändern und schauen, dass man hier eine gute Kontrolle hat. Es ist uns hier im Saal allen klar, dass diese Kontrolle notwendig ist.

Wir haben 1999 einen Bericht erhalten, den ich noch in französischer Fassung bei mir habe, den deutschen habe ich offenbar weggeworfen: «Pratique de la Confédération en matière de retraites anticipées découlant de modifications structurelles et pour raison médicale» vom 18. November 1999, unterschrieben von unserem Kollegen Béguelin, der

damals ım Nationalrat war. Auf Seite 35 des Berichtes schreibt die GPK des Nationalrates bei der Untersuchung der Frühpensionierungen bei den SBB und beim Bund: «Se-Ion ATAG Ernst & Young, on observe également une tendance à faire passer une partie des mises à la retraite anticipée initialisées par l'employeur pour des 'cas d'invali-dité'.» Da muss man Folgendes fragen: Wenn es beim Bund passiert, wie wird es dann in der breiten Öffentlichkeit passieren? Wenn man die Frühverrentung als IV-Veranstaltung durchzieht, dann ist das ein Kostentreiber. Ich meine, hier sollte das EDI die Verantwortung übernehmen und dafür schauen, dass solche Dinge nicht mehr passieren, oder wir müssen eine Diskussion in breitem Ausmass darüber führen, ob wir das wollen. Welche Träger dieser sozialen Risiken wollen wir konstituieren? Bis jetzt sind es die ALV-Gefasse, am Schluss ist es dann die Fürsorge. Wenn das durch die IV geändert werden soll und wenn die IV das ent-sprechende Trägergefäss ist, dann müssen wir eine ganz andere Diskussion führen. Die IV ist dann nicht mehr eine Invalidenversicherung, sondern eine allgemeine Existenzversicherung. Dann haben wir auch finanziell ganz anders weiterzufahren. Von daher meine ich: Solange diese Diskussion nicht geführt ist, solange die IV eine Invalidenversicherung ist, soll der Bund seine Verantwortung hier wahrnehmen.

Der Bund hat eine grosse Zurückhaltung gegenüber dieser neuen Aufgabe. Ich weiss das, aber ich möchte Frau Bundesratin Dreifuss hier Mut zusprechen. Es kann sich nicht darum handeln, dass das Departement sagt: Unten sollen sie Rentenbezüger generieren, wir schauen dann oben für die Finanzierung. Das kommt mir etwa so vor wie in den Sechzigerjahren, als Bundesrat Schaffner den Bauern sagte: «Ihr produziert, ich sorge fur den Absatz!» So kann es nicht laufen; wir sehen in diesen Tagen, was daraus geworden ist.

Ich bitte das Departement, seine Verantwortung auch in der Fassung der Kommission wirklich wahrzunehmen, und bitte Sie in diesem Sinne, meinem Antrag zuzustimmen.

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Der Antrag lag in der Kommission nicht vor, wir haben ihn auch nicht diskutiert. Deshalb sage ich einfach einmal meine Meinung dazu.

Ich denke, Herr Schmid, Ihr Antrag ist fachlich konsequent. Es wäre richtig, wenn man die Angelegenheit in Ihrem Sinn handhaben würde. Ich kann mir aber vorstellen – ich möchte das hier lediglich zu bedenken geben –, dass Ihr Antrag in den IV-Stellen einen totalen Aufstand provoziert. Ich bin dankbar, wenn sich Frau Bundesrätin Dreifuss dazu noch äussert. Aber noch einmal: Fachlich finde ich den Antrag richtig und konsequent.

Frick Bruno (C, SZ): Gestatten Sie mir eine Erganzung aus der Sicht der Kommission. Wir haben eingehend über diese Bestimmung beraten. Wir haben auch festgestellt, dass das Verhältnis zwischen dem Bundesamt und den Kantonen ein nicht spannungsfreies ist. Wenn wir nun quasi mit dem Zweihänder die Kantone hier völlig ausschalten, dann machen wir einen Schnitt zu viel.

Ich möchte das begründen: Bisher hatten die IV-Stellen keine Anspruchsvoraussetzungen medizinischer Art zu prüfen. Das war nicht ihre Sache. Neu und genau aus den Überlegungen, welche Herr Schmid anführt, sollen die IV-Stellen die medizinischen Anspruchsvoraussetzungen prüfen. Sie sollen das aber nicht einzeln in den Kantonen, sondern regional in einer Gruppe von Kantonen tun.

Nun sind für diese Ausgestaltung zwei Sachen zu bedenken: Zum Ersten sollen die fachliche Aufsicht und die medizinische Weisungsbefugnis beim Bund liegen. Das ist richtig; so erreichen wir das Ziel, das Herr Schmid, der Bundesrat und auch wir in der Kommission gemeinsam anvisieren. Zum Zweiten aber, weil es sich um kantonale Stellen handelt, soll ein Mitwirkungsrecht der Kantone organisatorischer Art bestehen bleiben. Die Kantone sollen in den Regionen die

Ärzte gemeinsam ernennen, beispielsweise in der Region Ostschweiz. Es ist nicht klug, wenn wir hier den Kantonen jede Kompetenz wegnehmen.

Der Antrag der Kommission, der nach intensiver Diskussion zwischen den Kantonen, dem Bundesamt und der Kommission entwickelt wurde, regelt klar: medizinische Prüfung regional, auch nach Weisung des Bundesamtes, aber die Organisationsfragen dürfen den Kantonen nicht ganz weggenommen werden. Es ist eine kluge Mischung, die wir hier gefunden haben: Sachlich kommen wir zum Erfolg, aber ohne die Kantone zu entmundigen. Dem sollten wir weiterhin folgen.

Ich bitte Sie, der Fassung der Kommission zuzustimmen.

David Eugen (C, SG): Sie haben gestern – insbesondere beim Eintreten zum Finanzierungsbeschluss – darüber gesprochen, dass die IV tatsächlich unglaubliche Wachstumsraten hat. Diese sind wirklich darauf zurückzuführen, dass bei der Zusprache neuer Renten in den letzten fünf bis acht Jahren neue Vorstellungen entstanden sind. Diese haben sich ausserhalb der Gesetzgebung durchgesetzt, auch ohne Mitsprache jener, die letztlich dafür aufkommen müssen, d. h. der Bevölkerung, die das über die Mehrwertsteuer bezahlt, die wir erhöhen müssen. Ich finde, dass das so nicht richtig ist und dass die Kostenträger – das ist letztlich tatsächlich der Bund – den Hauptvorgang der Kostenentstehung über eine Bundesinstitution steuern können müssen. Das ist heute nicht der Fall; das ist ein Faktum und meines Erachtens die Hauptursache für das Wachstum.

Kollege Schmid beantragt ja nicht, dass wir den Kantonen die Organisation wegnehmen. Er beantragt nur, dass der Bundesrat die Verantwortung wahrnehmen muss, wie das geregelt wird. Wenn der Bundesrat diese Kompetenz und auch diese Verantwortung klar erhält, kann er nachher regeln, wie er das organisatorisch umsetzen will. Es ist auch ohne weiteres möglich, dass er damit nach wie vor kantonale Stellen und Organisationen als Hauptvollzugsorgane einsetzt; das finde ich richtig. Aber die Verantwortung für die Entwicklung dieser Angelegenheit liegt dann klar bei der Bundesexekutive, und es ist nicht mehr so, dass diese Verantwortung im ganzen Land auf IV-Stellen auf einer wie gesagt sehr tiefen Ebene verteilt und eine Steuerung praktisch unmöglich ist, wie wir das heute feststellen. Es geht dann darum, wieweit und in welcher Form der Bundesrat von seiner Kompetenz Gebrauch macht; das wird im Antrag Schmid Carlo nicht vorgeschrieben. Aber er sagt einmal ganz klar, wo die Verantwortung für die Regelung und die Organisation dieser Angelegenheit angesiedelt ist.

Daher ist es meines Erachtens richtig, diesem Antrag zuzustimmen. Man kann im Rahmen der Differenzbereinigung durchaus nochmals überdenken, ob er schon in allen Teilen das Optimum darstellt. Aber in der Sache ist er richtig, und ich werde ihn daher unterstützen.

Frick Bruno (C, SZ): Gestatten Sie mir, nach dem Votum David kurz zu replizieren. Der Antrag der Kommission und der Antrag Schmid Carlo sind in medizinischer Hinsicht deckungsgleich. In beiden Fällen hat der Bund die medizinische Verantwortung: Er gibt Weisungen, die ärztlichen Dienste unterstehen der direkten fachlichen Aufsicht des Bundesamtes. In diesem Punkt sind die Anträge identisch.

Der Unterschied liegt nur darin: Die Kommission gibt den Kantonen eine organisatorische Mitwirkungsgarantie in zwei Bereichen: dass die Regionen nach Rücksprache mit den Kantonen gebildet werden und dass die betroffenen IV-Stellen gemeinsam die Ärzte ernennen. Diese Mitwirkungsgarantie schaffen wir. Mit dem Antrag Schmid Carlo geben Sie den Kantonen keine organisatorische Mitwirkungsgarantie mehr. Die Garantie geben Sie den Kantonen nur mit der Fassung der Kommission.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: D'abord, permettez-moi de remercier et la commission et M. Schmid de vouloir renforcer les compétences de la Confédération dans ce do-



maine. Les arguments ont été exposés et je suis personnellement convaincue, sur la base de données, que c'est nécessaire

Les interprétations, en particulier médicales, des dossiers peuvent être très différentes selon les offices Al. Le contrôle effectué actuellement uniquement au moven du contrôle de gestion montre non seulement de grandes différences, mais aussi que dans certains offices, une grande proportion des dossiers doit être réexaminée et ne répond pas réellement aux exigences de la loi. Nous avons besoin de pouvoir intervenir beaucoup plus directement dans l'appréciation vraiment médicale de l'invalidité. Donc la commission, en approuvant le principe de la création de services médicaux régionaux, de même que M. Schmid par sa proposition vont dans la bonne direction. Je me demande néanmoins si la commission n'a pas, par rapport à la version du Conseil national, affaibli cette possibilité d'intervention en précisant que les services médicaux doivent être mis en place par les offices Al. Comme c'est une divergence, j'aimerais réserver ma position sur ce point pour la suite des débats au Conseil national au cas où la proposition de la commission devrait

La question est politiquement un peu difficile, le président de commission l'a dit, parce qu'il faut parfois éviter que les choses soient trop labiles, qu'on change trop souvent d'opinion. Or, la cantonalisation - la création des offices cantonaux AI - est récente. Elle a été mise en place en 1995 seulement, soit il y a sept ans. On peut donc encore parler d'une phase de mise en oeuvre de cette décision. Cette dernière a été prise, une de mes collaboratrices me l'a rappelé, dans le cadre de vastes discussions comme on en mène de temps en temps - pas toujours avec des effets très durables, à en juger par le débat d'aujourd'hui -, à savoir celles, à la fin des années quatre-vingt, sur le deuxième paquet de mesures relatives à la division des tâches cantons/Confédération dont le but était de désenchevêtrer les unités administratives et les niveaux de compétences cantons/Confédération. Dans ce paquet, qui avait donc été élaboré fin des années quatre-vingt, on avait considéré qu'il valait mieux donner aux cantons la compétence d'organiser les offices Al, et ainsi d'assumer cette responsabilité.

Nous aimerions faire revenir le balancier du côté de la Confédération en élargissant, par l'intermédiaire de la création des services médicaux régionaux, l'éventail des instruments permettant de faire une appréciation vraiment harmonisée. M. Schmid aimerait faire revenir le balancier plus loin qu'il n'était même auparavant en disant: «Assumez toute la responsabilité, comme c'est le cas pour les deux autres assurances fédérales que sont l'assurance militaire et l'assurance-accidents.» Je crains un peu les mouvements de balancier: une fois du côté des cantons, puis de nouveau du côté de la Confédération, ensuite on refait un paquet relatif au partage des tâches. C'est une des raisons de ma réticence à me rallier à la proposition Schmid Carlo à laquelle nous n'avons pas suffisamment pu réfléchir et qui pose de nouveau un problème fondamental dans le domaine des relations cantons/Confédération.

Nous sommes toujours très heureux d'avoir votre appui lorsqu'il y a des tensions de ce genre-là, mais nous pensons que les problèmes de ce genre devraient être soumis à une procédure de consultation, faire l'objet de négociations ou être discutés, en tout cas avec les cantons Donc, je ne peux pas vous encourager à prendre une décision à la hussarde comme les aime M. Schmid. Il vaut mieux, vis-à-vis des cantons, veiller à avancer d'une façon plus collégiale.

En plus, je me demande si M. Schmid n'a pas repris la formulation de la loi sur l'assurance-accidents, parce qu'au niveau de la loi, dire «le Conseil fédéral règle l'appréciation des conditions médicales nécessaires», je ne suis pas sûre que ça aille vraiment dans le sens de ce que vous voulez. Cela pourrait aussi être intégré dans une simple ordonnance, mais cela ne règle pas les problèmes organisationnels. On a de toute façon besoin d'un centre pluridisciplinaire de haut niveau, de médecins qui puissent aborder ces questions avec un niveau de capacité que les praticiens n'ont pas, d'autant plus que le contrôle par les offices cantonaux nous paraît insuffisant.

Votre proposition, Monsieur Schmid, ne me paraît pas répondre réellement ou intégralement aux questions d'organisation qui sont posées. Je me demande comment aller de l'avant pour voir si on peut éventuellement imaginer de faire un pas de plus. Je trouve que remplacer l'alinéa 2 tel qu'il est proposé par la commission par votre formulation, malgré votre intention affirmée, ne conduit pas forcément à un renforcement de la compétence de la Confédération dans ce domaine

C'est dans ce sens-là que je préférerais que votre proposition soit rejetée, mais votre réflexion est digne d'être poursuivie

Stähelin Philipp (C, TG): Die Darlegungen von Frau Bundesrätin Dreifuss bringen mich aber doch noch zu einer Bemerkung. Wenn ich den Antrag Schmid Carlo richtig lese und den ins Verhältnis zu Artikel 57 des Gesetzes setze, dann gehe ich davon aus, dass der Antrag keine Regelungskompetenz des Bundesrates für die Organisation beinhaltet. Die Abklärung der versicherungsmassigen Voraussetzungen - dazu gehören auch die medizinischen Anspruchsvoraussetzungen - obliegt nach wie vor der IV-Stelle. Darum kommt man nicht herum. Wenn ich den Antrag Schmid Carlo richtig interpretiere, dann betrifft dieser lediglich die Regelung der Beurteilung, nicht den organisatorischen Teil. Ich sage das, damit man sich dessen bei der Abstimmung, die nun folgen wird, bewusst wird. Hier ist der grosse Unterschied zur Fassung der Mehrheit. Diese betrifft auch die Organisation, insbesondere die Organisation, denn dort liegen auch die Probleme.

Deshalb meine ich, man sollte der Mehrheit folgen.

Abstimmung – Vote Für den Antrag Schmid Carlo 18 Stimmen Für den Antrag der Kommission 17 Stimmen

Abs. 2bis – Al. 2bis Angenommen – Adopté

Art. 60 Abs. 1 Bst. c Antrag der Kommission Streichen

Art. 60 al. 1 let. c Proposition de la commission Ruffer

Angenommen – Adopté

Art. 64 Abs. 2

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Slongo Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 64 al. 2

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Slongo Adhérer à la décision du Conseil national

Le président (Cottier Anton, président): A l'article 64 alinéa 2, le dépliant comporte par erreur la mention «Biffer». Pour la clarté du débat, je précise que la commission propose en fait de suivre le Conseil fédéral.

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Ihre Kommission beantragt Ihnen, dem Bundesrat zu folgen. Das heisst, sie möchte die Geschäftsführung der IV-Stellen vom zuständigen Bundesamt überprüfen lassen. Frau Slongo



möchte dem Nationalrat folgen. Ich möchte Ihnen jetzt darlegen, weshalb die Kommission der festen Überzeugung ist. dass man hier dem Bundesrat folgen muss

Nach Artikel 64 Absatz 2 IVG in der aktuellen Fassung wie auch nach dem Entwurf des Bundesrates sollen die Geschäftsprüfungen der 27 IV-Stellen der einheitlichen Anwendung des Gesetzes dienen. Es ist die Aufgabe der IV-Stellen zu entscheiden, ob im Einzelfall ein Anspruch auf eine Leistung der IV besteht. Die Beurteilung dieser Leistungsansprüche bedarf in der Regel medizinischer, wirtschaftlicher, psychologischer, technischer und juristischer Kenntnisse. In vielen Fallen werden externe Spezialistinnen und Spezialisten für die Durchführung gewisser Abklärungen beigezogen. Im Rahmen der Geschäftsprüfungen wird demzufolge - ich möchte das hier betonen - nicht nur das Vorliegen der medizinischen Anspruchsvoraussetzungen kontrolliert, sondern es wird beispielsweise auch geprüft, ob im Einzelfall dem Grundsatz Eingliederung vor Rente Rechnung getragen, die zutreffende Methode zur Bestimmung des Invaliditätsgrades angewandt oder der Anspruchsbeginn korrekt ermittelt wurde.

Es geht also generell darum zu prüfen, ob im einzelnen Anwendungsfall die Anspruchsvoraussetzungen für eine Leistung erfüllt sind. Meistens entsteht beim Entscheid, ob eine Leistung durch die IV-Stelle zugesprochen oder abgelehnt wird, ein Ermessensspielraum. Ein solcher Ermessensspielraum ist bei anderen Sozialversicherungen nicht oder in einem wesentlich geringeren Ausmass vorhanden. Der Zweck der Geschäftsprüfung, eine rechtsgleiche und fachgerechte Umsetzung der IV-Gesetzgebung durch die IV-Stellen, ist deshalb für die IV von grosser Bedeutung und stellt hohe Anforderungen.

Das BSV hat vor einigen Jahren gemeinsam mit der Firma Ernst & Young das Geschäftsprüfungsverfahren überprüft und nach Outsourcing-Möglichkeiten gefragt. Im Expertenbericht wurde klar gesagt, dass die materielle Aufsicht - und um diese handelt es sich - nicht ausgelagert werden kann, denn die Geschäftsprüfung ist das zentrale Element zur Kontrolle der Einhaltung der Weisungen und der gesetzlichen Grundlagen

Seit dem Jahr 2000 führt das BSV seine Geschäftsprüfungen nun auf der Basis der von Ernst & Young erarbeiteten Konzeption durch. Es wird eine risikoorientierte Prüfung vorgenommen. Das bedeutet, dass nicht mehr das ganze Arbeits- und Entscheidspektrum der IV-Stelle geprüft wird, sondern dass tendenziell schwierige Arbeitsgebiete und Fragestellungen im Vordergrund einer Prüfung stehen. Im derzeitigen Prüfzyklus werden Zusprachen von beruflichen Massnahmen, die Ausrichtung von Taggeldern sowie erstmalige Rentenzusprachen von Personen mit psychischen oder psychosomatischen Beschwerden oder mit Verletzungen an Knochen und Bewegungsorganen geprüft. Die Kontrolle erfolgt im BSV auf der Basis der in den Versichertendossiers vorhandenen Dokumente An der Prüfung wirken unter anderem Fachleute aus Medizin, Ökonomie, Berufsberatung, Geisteswissenschaft und Jurisprudenz mit. Der Prüfbericht enthält im Rentenbereich auch eine vergleichende Bewertung der Arbeit der IV-Stellen. Die Eidgenössische Finanzkontrolle unterstützt das aktuelle Konzept der Geschäftsprüfung der IV-Stellen.

Bei diesen Geschäftsprüfungen geht es - ich mochte es wiederholen - nicht um eine Rechnungsprüfung. Diese wird im Rahmen der Prufung der Ausgleichskassen gemacht, die auch für den Geldverkehr der IV zuständig sind. Im Bereich der IV müssen die Geschäftsprüfungen garantieren, dass die Gesetzgebung in den Kantonen rechtsgleich und effizient umgesetzt wird.

Ich denke, all dies spricht zu hundert Prozent dafür, dem Entwurf des Bundesrates zuzustimmen.

Slongo Marianne (C, NW): In der Wintersession 2001 hat sich der Nationalrat deutlich, mit 91 zu 49 Stimmen, für eine moderne Lösung im Bereich der Geschäftsprüfung der IV entschieden. Ich beantrage Ihnen, dass die Geschäftsprüfungen bei den IV-Stellen künftig durch unabhängige, externe, spezialisierte und vom Bund anerkannte Revisionsstellen vorgenommen werden, wie dies im Bereich der anderen Sozialversicherungen, beispielsweise bei AHV, EO, KVG, BVG, Kinderzulagen, auch der Fall ist. Die bei den anderen Sozialversicherungen bewährten und auch durch das New Public Management anerkannten Instrumente können hier übernommen werden. Der Sonderfall IV ist nicht mehr zu rechtfertigen.

Mit dem neuen Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechtes hat sich das Parlament für eine Harmonisierung im Bereich der Sozialversicherungen ausgesprochen. Ich finde es richtig, sich auch im Bereich der IV den unbestrittenen Standards anzugleichen. Der Revisionsstandard basiert bei den Sozialversicherungen auf folgenden Elementen: jährlich, unabhängig, extern, spezialisiert und vom Bundesamt zugelassen. Das scheint mir ganz entscheidend zu sein.

Der Entwurf des Bundesrates bringt zwar jährliche Revisionen, überzeugt mich aber sonst nicht. Weshalb? Die heutige Kontrolle durch das beteiligte Bundesamt grenzt an Selbstkontrolle, weil das BSV den Stellenplan, die Organisation und das jährliche Verwaltungskostenbudget jeder IV-Stelle zu bewilligen hat. So steht es in der Verordnung über die Invalidenversicherung in Artikel 92bis. Wenn das für die Betriebsführung indirekt mitverantwortliche Amt auch noch selber die Revision durchführt, kann nicht von einer Unabhangigkeit der Revision gesprochen werden.

Im vorliegenden und vom Nationalrat verabschiedeten Gesetzentwurf werden ausdrücklich spezialisierte Revisionsinstanzen gefordert. Damit wird sichergestellt, dass die Revision den spezifischen Bedürfnissen des Versicherungsgeschäftes der IV angepasst sein wird. Das Bundesamt hat über die Zulassung der Revisionsstellen ein erstes wichtiges Instrument in der Hand, um die notwendige Spezialisierung sicherzustellen. Ein zweites Instrument in der Hand des BSV ist auch die direkte fachliche Aufsicht im Bereich der regionalen arztlichen Dienste

Mein Antrag garantiert also einen fachlich korrekten Revisionsmodus, auch für die IV.

Ich beantrage Ihnen, die Fassung des Nationalrates zu übernehmen.

Leumann-Würsch Helen (R, LU): Nach Rücksprache mit dem Kanton Luzern unterstütze ich den Einzelantrag Slongo, und zwar aus folgenden Gründen: Die Revision der Geschaftsführung der IV-Stellen erfolgte bisher im Rhythmus von drei bis fünf Jahren durch Mitarbeiter des BSV. Das heisst, dass sich die Aufsicht in der heutigen Situation und gemäss dem Entwurf des Bundesrates auch in Zukunft selber kontrolliert. Gemäss Artikel 64 IVG und den Artikeln 92, 92bis und 93 der Verordnung über die Invalidenversicherung übt das Bundesamt die fachliche, administrative und finanzielle Aufsicht über die IV-Stellen aus. Insbesondere entscheidet das Bundesamt über die anrechenbaren Kosten bei einer rationell geführten IV-Stelle.

Dies bedeutet, dass die Reglemente und die Organisation durch das Bundesamt genehmigt werden müssen, ebenso der Stellenplan mit Einstufung des Personals sowie die Überprüfung und Genehmigung des jährlichen Voranschlages der IV-Stellen. Konkret heisst dies, dass das Bundesamt grundsätzlich über die Ressourcenzuteilung entscheidet und die daraus resultierende Arbeit auch revidiert.

Wie in der Studie des Instituts für Politikstudien Interface festgehalten wird, waren die Differenzen vor der Schaffung der IV-Stellen bei den Rentenquoten grösser als zum heutigen Zeitpunkt. Dank der Schaffung der IV-Stellen ab 1995 haben die Unterschiede markant abgenommen. Die kantonalen Unterschiede sind gerade im Bereich der Invalidenversicherung über die ganze Schweiz gesehen am geringsten. Bezogen auf den Kanton Luzern ergibt das ein ähnliches Bild für die Situation auf dem Land und den Agglomerationsgürtel um Emmen, Littau und Luzern. Dabei muss beachtet werden, dass dieselben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,



Ärzte, Berufsberater und Arbeitsvermittler bei den Leistungszusprachen beteiligt sind und die Differenzen auf andere Faktoren zurückzuführen sind als auf unterschiedliche Praxen zwischen den verschiedenen IV-Stellen.

Mit der Schaffung der neuen regionalen ärztlichen Dienste unterstehen die Ärzte der direkten fachlichen Aufsicht des zuständigen Bundesamtes, sind aber in ihrem medizinischen Sachentscheid im Einzelfall unabhängig. Damit und mit dieser Sonderregelung der Aufsicht ist dem Bedürfnis der Einflussnahme auf die IV-Stellenarzte mehr als genügend Rechnung getragen. Letztlich muss beachtet werden, dass der Invaliditätsgrad keine medizinische Beurteilung darstellt, sondern ein rein wirtschaftlicher Begriff ist Die Ärzte haben primär die Aufgabe, die Arbeitsfähigkeit bzw. die gegebenen Einschränkungen für die konkrete Eingliederung klar zu dokumentieren. Gestützt auf diese Unterlagen geschieht die Eingliederung im Rahmen von Umschulungen oder Arbeitsvermittlungen. Falls dies nicht mehr möglich ist, erfolgt die Rentenberechnung aufgrund des zumutbaren Einkommens

Aufgrund dieser Ausgangslage ist es von grosser Bedeutung, jährlich eine umfassende Revision durch unabhängige und spezialisierte Revisionsstellen zu haben, da letztlich auch der Kanton bei Problemen im Rahmen des Haftungsrechtes geradestehen muss. Bei der Weiterführung nach dem bisherigen System, das trotz mehr als vierzigjähriger Praxis keine Erkenntnisse bezüglich des Wachstums der Renten und der damit verbundenen Hintergründe und Einflussfaktoren im Sinne von Handlungsanleitungen liefern konnte, ist keine durchschlagende Verbesserung der heutigen Situation zu erreichen.

Aus diesen Grunden unterstütze ich den Antrag Slongo.

Büttiker Rolf (R, SO): Wir haben gestern im Zusammenhang mit der IV sehr viel über die Finanzen gesprochen und unserer Sorge Ausdruck gegeben, dass wir sie nicht mehr richtig im Griff haben. Wenn man sich nun vor Augen führt, dass es sich um ein Geschaftsvolumen von rund 10 Milliarden Franken handelt - 2001 waren es genau 9,4 Milliarden Franken -, dann gibt es nach meiner Auffassung nichts anderes als die Einsetzung einer wirksamen, professionellen und standardisierten externen Kontrolle. Es kann doch nicht sein, dass dieselbe Stelle, die die Organisation, den Stellenetat und das Verwaltungskostenbudget jeder IV-Stelle ge-mäss Artikel 92bis IVV bewilligt, einen entscheidenden Einfluss hat - eine Revisionsstelle hat einen entscheidenden Einfluss auf die Geschäftstätigkeit -, indem sie auch gleichzeitig die Geschäftskontrolle über diese gleichen IV-Stellen ausubt. Das kann nicht richtig sein, und man kann mich von der Meinung auch nicht abbringen, wenn man sagt, man müsse auch noch andere Dinge kontrollieren. Wir haben gestern gesagt, es müsse prioritär sein, die Finanzen bei den IV-Stellen in den Griff zu bekommen. Neben dem Problem der Befangenheit des BSV in dieser eng umgrenzten Geschichte sind auch die Weisungen über die Revision nicht publiziert und nicht einmal für die kantonalen IV-Stellen transparent und nachvollziehbar - das kommt hinzu. Wir können aufgrund dieser Sachlage nicht von einer unabhängigen Revision sprechen, und das wäre eben wichtig, wenn wir die Finanzen wieder ins Lot bringen wollen. Es entsteht der Eindruck - ich betone: der Eindruck! - der Selbstdispensation; einer willkürlichen Anwendung der Geschäftsprüfung ist Tür und Tor geoffnet. Angesichts des Aufgabenvolumens von rund 10 Milliarden Franken kann sich der Bund eine solche Form von Verschmelzung und Vermischung zwischen Aufsicht auf der einen Seite und der vom Bundesrat vorgesehenen Kontrolle auf der anderen Seite nicht leisten. Ändere Sozialversicherungszweige wie AHV, BVG und KVG sind auch komplexe Versicherungssysteme und verfügen über die gesetzlichen Grundlagen für eine standardisierte und spezialisierte Kontrolle durch eine externe Revisionsstelle. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb ausgerechnet für die IV eine Sonderlosung gelten sollte.

Ich unterstütze den Antrag Slongo und möchte Ihnen beliebt machen, keine Differenz zum Nationalrat zu schaffen, der in dieser Sache einen klaren und sachlich richtigen Entscheid getroffen hat.

Studer Jean (S, NE): Je vous invite à soutenir la proposition de la commission.

Ce dont on doit bien se rendre compte, c'est qu'on n'a pas affaire à des contrôles financiers – cela a déjà été dit – des offices AI, mais bien au contrôle de l'application correcte de la loi. C'est d'ailleurs de la seule compétence des offices AI, le règlement financier étant du domaine des caisses de compensation. Et tout le monde, ici, est d'accord pour qu'on surveille plus rigoureusement l'application de la loi, en particulier pour tenter de mieux maîtriser l'évolution des dépenses de l'assurance-invalidité.

Or, on le sait, l'application de la loi fédérale sur l'assuranceinvalidité est difficile. Je l'ai dit hier, l'invalidité est une notion difficilement saisissable. Ce n'est pas comme le chômage ou la retraite. Il y a des directives à prendre en considération, il y a des appréciations à porter, c'est quelque chose qui peut être assez complexe. Et je ne vois vraiment pas comment un organisme privé serait plus compétent que l'OFAS pour surveiller l'application de la loi.

Je voudrais ajouter encore un autre élément: vous venez, à une courte majorité, de décider que le Conseil fédéral devrait régler l'appréciation des conditions médicales nécessaires que font les offices Al. Je ne comprendrais pas, alors qu'on vient de décider de renforcer les pouvoirs d'intervention du Conseil fédéral, que vous souhaitiez maintenant confier à une société externe à l'administration le contrôle de ces instructions-là. Il y a là quelque chose qui ne joue pas. Si vous ne voulez pas remettre votre pouvoir d'appréciation à des consultants privés, qui sont, je pense, moins bien placés que ceux qui feront les directives pour contrôler si celles-ci sont ou non observées par les offices Al, je vous invite à suivre la commission.

David Eugen (C, SG): Kollege Studer hat das, was ich sagen wollte, jetzt eigentlich ausgeführt. Ich möchte bestätigen, dass es hier primär um die Aufsicht über die korrekte Rechtsanwendung des IVG geht. Das ist das Zentrum dieser Aufsicht - und nicht das Rechnungswesen, weil dieses ja über die Ausgleichskassen läuft. Also müssen wir uns fragen, ob es richtig ist, externe Revisionsstellen - das sind Treuhandgesellschaften, das sind Buchhalter, das sind Leute, die sich mit dem Rechnungswesen befassen - mit der Prüfung der Rechtsanwendung im IV-Bereich zu beauftragen. Es geht bei der Umsetzung des IVG um sehr spezialisierte Fragen, insbesondere um Fragen der medizinischen Anwendung. Nach meiner Überzeugung sind diese Organisationen, jedenfalls heute, nicht in der Lage, diese Aufgabe zu erfüllen. Mit anderen Worten: Die privaten Treuhandgesellschaften müssten damit beginnen, IV-Spezialisten auszubilden, die die Geschäftsführung überhaupt überprüfen

Ich frage mich, ob es sinnvoll ware, dies zu privatisieren. Letztlich ist heute die Kompetenz beim Bundesamt angesiedelt. Nach meiner Überzeugung ist allerdings – das muss ich klar sagen – von dieser Aufsichtskompetenz zu wenig Gebrauch gemacht worden. Man hat sich, wahrscheinlich auch aus personellen Gründen, zu wenig darum bemüht.

Ich bin auch sicher, dass keine Kosten eingespart werden, wenn man diese neuen Spezialisten über die Treuhandgesellschaften beschaffen und nachher einsetzen muss. Schliesslich geht es auch noch darum, bei der Anwendung des IVG eine Gesamtschau hinzukriegen. Es kann ja nicht so sein, dass letztlich die Organisation privater Treuhandgesellschaften bestimmt, wie die IV-Rechtsanwendung erfolgen muss. Wenn man sieht, um welche Aufsicht es hier geht, ist es von mir aus gesehen einfach nicht adäquat, eine Treuhandgesellschaft damit zu beauftragen.

Ich bitte Sie daher, der Kommission zu folgen.

Beerli Christine (R, BE): Vieles ist jetzt schon gesagt worden. Ich möchte nur noch einen Verweis auf den Artikel im



Gesetz anbringen, wo Sie die Äusserungen, die von Herrn Studer und Herrn David gemacht worden sind, finden. Es ist wirklich ein klassisches Missverständnis, wenn wir davon ausgehen, dass wir hier die rechnungsmässige, buchhalterische Kontrolle regeln. Wir regeln hier eine Aufsicht über die inhaltlich materiellen Entscheide, also die Frage, ob jemandem zu Recht eine Rente zugesprochen werde, ob die Voraussetzungen gegeben seien, damit ein solcher Entscheid gefällt werden könne. Es betrifft IVG-spezifische materielle Entscheide, bei denen überprüft werden soll, ob sie richtig und gesetzesgemäss getroffen worden sind. Hier kann die Kompetenz wirklich einzig beim BSV liegen, das diese Anwendungsfälle kennt und sich in diese Materie vertieft hat. Das kann eine aussen stehende Treuhandgesellschaft schlicht und einfach nicht wissen.

Die buchhalterische Kontrolle ist in Artikel 66 IVG geregelt; darin wird auf Artikel 66 bis 68 des AHV-Gesetzes verwiesen. Dort sind die aussen stehenden, unabhängigen Treuhandgesellschaften verankert. Die Ausgleichsstellen werden dort, wo es um die Kontrolle der Finanzen geht, in buchhalterischer Art und Weise von aussen stehenden und unabhängigen Stellen geprüft. Das ist gesetzlich verankert, aber es betrifft einen anderen Bereich, nicht denjenigen, in dem es um eine materielle Kontrolle der Entscheide geht

Bei diesem Bereich beantragen wir Ihnen, ihn über das BSV zu regeln.

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Ich mache nur noch zwei kurze Bemerkungen: Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass den externen Revisionsstellen die Weisungsbefugnis fehlen würde. Diese wäre weiterhin ausschliesslich beim BSV als dem Aufsichtsorgan über die IV-Stellen. Die externen Revisionsstellen hätten demgegenüber weder im Allgemeinen noch im Einzelfall eine Weisungsbefugnis, deren Geschäftsprüfungsberichte hätten lediglich Empfehlungscharakter.

Deshalb bin auch ich der Überzeugung, dass der Antrag, dem Nationalrat zu folgen, für die Versicherung zu deutlich höheren Kosten führen würde, ohne dass ein Gewinn an Qualität oder Effizienz ersichtlich wäre.

Ich bitte Sie deshalb eindringlich, dem Antrag der Kommission zu folgen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Tout a été très bien dit J'aimerais résumer ce qui plaide en faveur du projet du Conseil fédéral

Sur quoi porte le contrôle? Il porte sur l'application correcte et uniforme du droit dans l'ensemble de la Suisse. C'est cela qui nous intéresse, c'est cela qui nous préoccupe quand on parle de coûts que nous n'arrivons peut-être pas à contrôler suffisamment. Il ne s'agit pas de contrôler si la gestion au sein d'un office Al correspond aux règles comptables, de sécurité, etc. Cela, comme le contrôle des caisses de compensation, est assuré dans le cadre de la loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants. Donc, il y a là les principes du contrôle indépendant que vous souhaitez.

lci, il s'agit de la façon dont les offices Al remplissent les exigences de la loi. Je rappelle quelques éléments que l'on contrôle, pour cela je prends l'exemple de la rente: la décision d'accorder une rente; l'examen plus particulier de certains cas à la limite du physique, du psychique et du psychosomatique; la croissance subite et inattendue du nombre de décisions positives rendues dans le cas d'une invalidité d'un certain type — là il faut savoir réagir. Le contrôle se fait par sondage dans les dossiers. C'est vraiment une étude des décisions prises, et c'est dans ce sens qu'il faut comprendre le terme de gestion.

Cela permet aussi à l'office fédéral compétent, ce qui me paraît très important, de comparer la qualité et l'efficacité du travail – y compris celles du service à la clientèle, si vous me permettez cette expression – offertes par les différents offices Al. Dans la mesure même où un office Al a des compétences – puisque c'est avec l'argent de l'Al qu'il fonctionne – par exemple celle de fixer le nombre de personnes prises en charge, il est important qu'il puisse faire évaluer la qualité de

son travail et, donc, corriger éventuellement ses décisions et améliorer la mise à disposition du personnel et son organisation

Je crois que cela a été dit clairement en commission. Celleci s'est posé la question de façon approfondie et a constaté qu'il y avait peut-être une confusion, due peut-être au choix des mots, entre le contrôle de gestion courant, le contrôle comptable, le contrôle que nous connaissons bien, qui est présenté à chaque assemblée générale de société, et le contrôle des activités. Dans ce sens-là, il est clair que nous avons besoin d'un contrôle des activités. C'est de celui-ci qu'il s'agit, l'autre étant traité dans la loi sur l'AVS.

Alors, est-ce que le terme de «gestion» devra être repris? C'est possible, mais ce problème pourra être réglé lors de l'élimination des divergences Si vous suivez Mme Slongo, vous supprimez un instrument indispensable au contrôle de l'application des lois, à l'OFAS. Sans divergence, vous ne remplacez pas ce qui serait supprimé ici par quelque chose de plus valable, puisque ce que vous voulez est déjà réalisé en application de la loi sur l'AVS. Donc, c'est peut-être une erreur d'avoir utilisé le terme de «gestion». Mais nous avons absolument besoin des deux phrases. Madame Slongo, avec votre proposition, vous en biffez une sans étoffer l'autre. Il est indispensable de permettre à la discussion de se poursuivre.

Vous supprimez un contrôle matériel sans modifier et sans renforcer le contrôle traditionnel de gestion qui est déjà réglé. Ce que nous vous proposons, parce que les expériences sont extrêmement bonnes et permettent à l'OFAS de voir où sont les problèmes, y compris dans le fonctionnement des offices, mais également dans les choix qui sont faits en matière de décision au sujet des prestations, c'est de passer du rythme de cinq ans, appliqué avant l'an 2000, et de celui de trois ans appliqué après l'an 2000, à un rythme annuel. Nous avons besoin d'un rythme annuel pour le contrôle de gestion matériel, et c'est de cela qu'il s'agit ici. Nous avons besoin des deux formes de contrôle, et Mme Slongo veut supprimer l'une des deux.

Abstimmung – Vote Für den Antrag der Kommission 18 Stimmen Für den Antrag Slongo 16 Stimmen

Art. 68; 68bis; 68ter

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Le président (Cottier Anton, président): L'article 68 quater a déjà été traité avec l'article 42 ter.

Art. 69 Abs. 3

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 69 al. 3

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen - Adopté

Art. 73

Antrag der Kommission

. ..

c. an die Errichtung, den Ausbau und die Erneuerung von Wohnheimen und durch sie geführten anderen kollektiven Wohnformen zur dauernden oder vorübergehenden Unterbringung von Invaliden und an die dadurch entstehenden zusätzlichen Betriebskosten.

Abs. 4

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



Art. 73

Proposition de la commission Al 2

c pour la construction, l'agrandissement et la rénovation de homes, ou d'autres formes de logement collectif gérées par ces institutions, recueillant des invalides pour un séjour momentané ou à demeure, ainsi que pour leurs frais supplémentaires d'exploitation.

Al. 4

Adhérer à la décision du Conseil national

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Dem Nationalrat war es ein wichtiges Anliegen, im Gesetz klar zu zeigen, dass die IV verschiedene institutionalisierte Wohnformen unterstützt. Auch Wohngemeinschaften sollen explizit erwähnt werden. Heute sind nicht nur Wohngemeinschaften, sondern auch Aussenwohngruppen, Wohnheime mit und ohne Beschäftigung usw. explizit als Beitragsempfänger erwahnt Der Nationalrat wollte die Wohngemeinschaften aufnehmen. Dabei wurde nicht realisiert, dass damit eine materielle Änderung verbunden ist. Um auf die ursprüngliche Absicht des Nationalrates zurückzukommen und das Problem der Baubeiträge zu eliminieren, beantragen wir eine Neuformulierung, die der Absicht des Nationalrates entspricht, den Fehler aber korrigiert.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Angenommen - Adopté

Art. 74 Abs. 1; 75 Abs. 1; 77 Abs. 1 Bst. bbis Antrag der Kommission Zustımmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 74 al. 1; 75 al. 1; 77 al. 1 let. bbis Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 77 Abs. 2; 78
Antrag der Kommission
Streichen

Art. 77 al. 2; 78

Proposition de la commission

Angenommen – Adopté

Art. 79 Abs. 1; 86 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 79 al. 1; 86 al. 2
Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen - Adopté

Ziff. II

Antrag der Kommission

Ziff. II Bst. a

 a. Erhöhung der Hilflosenentschädigungen; Überführung der Pflegebeiträge für Minderjährige und Beiträge an die Kosten der Hauspflege in die Hilflosenentschädigung Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Die erhöhten Ansätze der Hilflosenentschädigung gelten ab Inkrafttreten dieser Gesetzesänderung. Vorbehalten bleibt Absatz 3bis.

Abs. 3

Die Pflegebeiträge fur hilflose Minderjährige werden auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gesetzesänderung durch die neurechtliche Hilflosenentschadigung ersetzt. Vorbehalten bleiben die Absätze 3bis und 5.

Abs. 3bis

Bei Versicherten, denen bisher zusätzlich zum Pflegebeitrag für hilflose Minderjährige oder zur Hilflosenentschädigung ein Anspruch auf Beiträge an die Kosten der Hauspflege zustand, ist eine Vergleichsrechnung vorzunehmen. Ist die neurechtliche Hilflosenentschädigung tiefer als die früheren Leistungen, so werden die früheren Leistungen erst vom ersten Tag des zweiten der Zustellung der Verfügung folgenden Monates an durch die neurechtliche Hilflosenentschädigung ersetzt. Ist die neurechtliche Hilflosenentschädigung höher als die früheren Leistungen, so sind die Absätze 2 und 3 anwendbar.

Abs. 4

Massgebend für die Vergleichsrechnung nach Absatz 3bis sind

Abs. 5

Laufende Pflegebeiträge sowie Beiträge an die Kosten für die Hauspflege im Ausland werden auch nach Inkrafttreten dieser Gesetzesänderung im bisherigen Betrag ausgerichtet, solange die Anspruchsvoraussetzungen dafür erfüllt sind.

Ziff. II Bst. b-d

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates Ziff. II Bst. e

.... haben. Alle anderen ganzen Renten bei einem Invaliditätsgrad unter 70 Prozent werden innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten der 4. IVG-Revision einer Revision unterzogen.

Ch. II

Proposition de la commission

Ch. II let. a

a. Relèvement des allocations pour impotent; transformation des contributions aux frais de soins spéciaux pour mineurs impotents et des contributions aux frais de soins à domicile en allocation pour impotent

AI. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

AI. 2

Les montants de l'allocation pour impotent sont relevés à compter de l'entrée en vigueur de la présente modification. L'alinéa 3bis est réservé.

AI. 3

Les contributions aux soins spéciaux pour mineurs impotents sont remplacées par la nouvelle allocation pour impotent au sens du droit, à compter de l'entrée en vigueur de la présente modification. Les alinéas 3bis et 5 sont réservés. *Al. 3bis*

Pour les assurés qui, en plus de la contribution aux soins spéciaux pour mineurs impotents ou de l'allocation pour impotent, avaient jusqu'à présent droit à des contributions aux frais de soins à domicile, il faut procéder à un calcul comparatif. Si la nouvelle allocation pour impotent au sens du droit est moins élevée que le montant des prestations antérieures, l'allocation pour impotent remplace les prestations antérieures au plus tôt dès le premier jour du deuxième mois suivant la notification de la décision. Si la nouvelle allocation pour impotent au sens du droit est plus élevée que les prestations antérieures, les alinéas 2 et 3 s'appliquent.

Al. 4

.... selon l'alinéa 3bis. Dans le cas

Al. 5

Les contributions aux soins spéciaux pour mineurs et les contributions aux frais de soins à domicile qui sont actuellement versées à l'étranger continueront de l'être, après l'entrée en vigueur de la présente loi, à concurrence du montant versé jusqu'à présent, aussi longtemps que les conditions d'octroi sont remplies.

Ch. II let. b-d

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates Ch. II let. e

.... révolus. Toutes les autres rentes entières perçues à titre d'une invalidité inférieure à 70 pour cent font l'objet d'une révision dans le délai d'un an dès l'entrée en vigueur de la 4e révision de l'Al.

Angenommen - Adopté

Ziff. III, IV

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen - Adopté

Änderung bisherigen Rechts Modification du droit en vigueur

Ziff. 1

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates mit Ausnahme von: Art. 4 Abs. 1 Bst. abis, ater Streichen

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national à l'exception de: Art. 4 al. 1 let. abis, ater

Angenommen - Adopté

Ziff. 2

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates mit Ausnahme von: Art. 9; 15; 19 Abs. 3; 66 Titel, Abs. 3; 67 Abs. 2; 69 Abs. 3; 74 Abs. 2 Bst. d Streichen

Ch. 2

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national à l'exception de: Art. 9; 15; 19 al. 3; 66 titre, al. 3; 67 al. 2; 69 al. 3; 74 al. 2 let. d

Angenommen - Adopté

Ziff. 3

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates mit Ausnahme von: Art. 29septies Abs. 1 Streichen Art. 33bis Abs. 4

.... Beträgt der Invaliditätsgrad weniger als 60 Prozent, so wird nur ein entsprechend herabgesetzter Teil des durchschnittlichen Jahreseinkommens berücksichtigt . Gliederungstitel vor Art. 43bis; Art. 43bis Abs. 1-3 Streichen

Art. 43bis Abs. 4

Hat eine hilflose Person eine Hilflosenentschädigung Art. 43bis Abs. 5

Bisheriger Absatz 4bis

Art. 43bis Abs. 6

Bisheriger Absatz 5 (in der Version gemass ATSG) Art. 44 Titel, Abs. 1; 46 Titel, Abs. 2; 63 Abs. 1 Bst. b-d; 71 Abs. 2; 102 Abs. 2; 103 Abs. 1, 1bis Streichen

Ch. 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

à l'exception de: Art. 29 septies al. 1

Biffer

Art. 33bis al. 4

.... Si le degré d'invalidité est inférieur à 60 pour cent, seule une fraction correspondante du revenu annuel moyen est prise en compte.

Titre précédant l'art. 43bis; art. 43bis al. 1-3

Biffer

Art. 43bis al. 4

d'une allocation pour impotent de l'assurance-invalidité

Art. 43bis al. 5 Actuel alméa 4bis Art. 43bis al. 6 Actuel alinéa 5 (version selon la LPGA) Art. 44 titre, al. 1; 46 titre, al. 2; 63 al. 1 let. b-d; 71 al. 2; 102 al. 2; 103 al. 1, 1bis Riffer

Angenommen - Adopté

Ziff. 4

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates mit Ausnahme von: Art. 2 Abs. 2

a. Rente, eine Hilflosenentschädigung oder Personen mit Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung müssen

c. eine Hilflosenentschädigung Art. 3c Abs. 2 Bst. d, 3 Streichen

Art. 3d Abs. 2bis

Mehrheit

.... eine Hilflosenentschädigung bei schwerer Hilflosigkeit durch die Hilflosenentschädigung mit mittelschwerer Hilflosigkeit ..

Minderheit

(Langenberger, Brunner Christiane, David, Stähelin, Studer Jean) Streichen

Art. 3d Abs. 2ter

Mehrheit

.... einer Hilflosenentschädigung eine Hilflosenentschädigung ...

Minderheit

(Langenberger, Brunner Christiane, David, Stähelin, Studer Jean) Streichen

Ch. 4

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national à l'exception de: Art. 2 al. 2

. une rente, à une allocation pour impotent ou une ala. . location pour impotent doivent Art. 2c

c. .. une allocation pour impotent de l'Al Art. 3c al. 2 let. d, 3 Biffer



Art. 3d al. 2bis

Majorité

.... une allocation pour impotent de l'Al francs lorsque le degré d'impotence est élevé, dans par l'allocation pour impotent. Le Conseil fédéral personnes dont le degré d'impotence est moyen

Minorité

(Langenberger, Brunner Christiane, David, Stahelin, Studer Jean)

Biffer

Art. 3d al. 2ter

Majorité

.... allocation pour impotent par l'AVS allocation pour impotent de l'AI.

Minorité

(Langenberger, Brunner Christiane, David, Stähelin, Studer Jean)

Biffer

Art. 2 Abs. 2, Art. 2c, Art. 3c Abs. 2 Bst. d, 3 Art. 2 al. 2, art. 2c, art. 3c al. 2 let. d, 3

Angenommen - Adopté

Art. 3d Abs. 2bis, 2ter - Art. 3d al. 2bis, 2ter

Le président (Cottier Anton, président): La proposition de la majorité l'a emporté à l'article 42ter.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

7iff 5

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates mit Ausnahme von: Gliederungstitel vor Art. 26; Art. 26; 27; 36 Abs. 1; 103 Abs. 1; 118 Abs. 2 Bst. c Streichen

Ch 5

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national à l'exception de: Titre précédant l'art. 26; art. 26; 27; 36 al. 1; 103 al. 1; 118 al. 2 let. c

Angenommen – Adopté

Ziff. 6

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates mit Ausnahme von: Art. 8 Bst. c; 20 Titel, Abs. 1; 76 Streichen

Ch. 6

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national à l'exception de: Art. 8 let. c; 20 titre, al. 1; 76 Biffer

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble Für Annahme des Entwurfes ... 34 Stimmen (Einstimmigkeit)

Abschreibung - Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Brief an die eidgenössischen Räte Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen - Adopté

779

- 2. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Invalidenversicherung durch die Anhebung der Mehrwertsteuersätze
- 2. Arrêté fédéral sur le financement de l'assurance-invalidité par le biais d'un relèvement des taux de la taxe sur la valeur ajoutée

Antrag der Kommission Streichen Proposition de la commission Biffer

Angenommen – Adopté

00.014

11. AHV-Revision 11e révision de l'AVS

Fortsetzung - Suite

Botschaft des Bundesrates 02.02.00 (BBI 2000 1865) Message du Conseil fédéral 02.02.00 (FF 2000 1771)

Nationalrat/Conseil national 07.05.01 (Erstrat - Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 08.05 01 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 08.05.01 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 08.05.01 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 08.05 01 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 09 05.01 (Fortsetzung – Suite) Nationalrat/Conseil national 13.12.01 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 25.09.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Standerat/Conseil des Etats 26.09.02 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 02.10 02 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 04.10 02 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 04.10 02 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 3 (BBi 2002 6491) Texte de l'acte législatif 3 (FF 2002 6032)

Le président (Cottier Anton, président): Une motion d'ordre de la CSSS m'a été soumise. Celle-ci demande de reprendre l'examen du projet 3 de l'objet 00.014. Nous l'avons vu hier, il s'agit du projet relatif à la loi fédérale concernant le transfert de capitaux du Fonds de compensation du régime des allocations pour perte de gaın en faveur l'assurance-invalidité. Notre règlement, à son article 38 alinéa 3, prévoit: «Le Conseil peut exceptionnellement compléter l'ordre du jour pendant la séance, notamment pour éliminer les divergences.» Je soumets ainsi à votre appréciation la motion d'ordre de la commission. — Il n'y a pas d'opposition; nous traitons donc le projet 3 de l'objet 00.014.

3. Bundesgesetz betreffend die Überweisung von Mitteln des Ausgleichsfonds der Erwerbsersatzordnung in die Invalidenversicherung

3. Loi fédérale concernant le transfert de capitaux du Fonds de compensation du régime des allocations pour perte de gain en faveur de l'assurance-invalidité

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Sie haben gestern dem Ordnungsantrag Schmid Carlo zugestimmt. Dieser lautete dahin gehend, die Beratung der Vorlagen 1 und 3 zu



01.015

4. IV-Revision 4e révision de l'Al

Differenzen - Divergences

Botschaft des Bundesrates 21.02.01 (BBI 2001 3205)
Message du Conseil fédéral 21.02.01 (FF 2001 3045)
Nationalrat/Conseil national 13.12.01 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 13.12.01 (Fortsetzung – Suite)
Standerat/Conseil des Etats 25.09.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Standerat/Conseil des Etats 26.09.02 (Fortsetzung – Suite)
Standerat/Conseil des Etats 28.11.02 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 02.12.02 (Differenzen – Divergences)

Bundesgesetz über die Invalidenversicherung Loi fédérale sur l'assurance-invalidité

Art. 1a, 1b

Antrag der Kommission Festhalten

Art. 1a, 1b

Proposition de la commission Maintenir

Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Frau Meyer Thérèse und ich werden zu jenen Bestimmungen, die gegenuber der ständerätlichen Fassung geändert worden sind, ganz kurz etwas sagen, und auch zu denen, wo wir Festhalten beantragen. Aber wir werden uns bemühen, uns kurz zu fassen. Zu Artikel 1a: Unsere Kommission will ganz klar, nämlich mit 19 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, am Zweckartikel festhalten. Auch wenn dieser Zweckartikel nicht unmittelbar anwendbares, nicht unmittelbar amsendbares Recht enthält, ist er doch ein ganz wichtiges Signal für eine umfassendere Zuelsetzung des IVG, indem er Prävention, Existenzsicherung, Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit im Gesetz festhalten will. Es ist nicht einzusehen, weshalb hier der Standerat an der Streichung festhalten mochte.

Wir ersuchen Sie im Namen der einstimmigen Kommission, am Zweckartikel festzuhalten.

Angenommen – Adopté

Art. 2 Abs. 2

Antrag der Kommission Mehrheit

Mennen Zuetimmung zur

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Minderheit

(Graf, Fehr Jacqueline, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Meyer Thérèse, Rechsteiner-Basel, Rossini, Stahl) Arbeitgebern, die Personen anstellen, welche eine Rente oder eine Hilflosenentschädigung der Invalidenversicherung

beziehen, werden

Art. 2 al. 2

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats Minorité

(Graf, Fehr Jacqueline, Goll, Gross Jost, Maury Pasquier, Meyer Thérèse, Rechsteiner-Basel, Rossini, Stahl) L'employeur qui emploie des personnes au bénéfice d'une rente ou d'une allocation pour impotent, est exonéré ...

Graf Maya (G, BL): Dieser Minderheitsantrag zu Artikel 2 Absatz 2 fordert Sie auf, bei Ihrem Entscheid vom 13. Dezember 2001 zu bleiben; der Nationalrat stimmte damals Artikel 2 Absatz 2 diskussionslos zu.

Neu ist in diesem vorliegenden Minderheitsantrag nur, dass auf die Formulierung «invalide Versicherte» verzichtet und stattdessen die Personengruppe klarer umschrieben wird, auf die sich diese Bestimmung bezieht, nämlich auf Personen, «welche eine Rente oder eine Hilflosenentschädigung der Invalidenversicherung beziehen». Dabei ist festzuhalten, dass mit dieser Formulierung der Personenkreis umfassender ist, denn wer eine Hilflosenentschädigung bezieht, muss ja nicht unbedingt auch eine IV-Rente beziehen. Diese Personen stehen häufig noch im Erwerbsleben und sollten auch darin bleiben; sie bzw. ihre Arbeitgeberinnen sollten von diesem Artikel profitieren können.

Warum beantragen wir Festhalten an diesem Artikel? Eingliederung in die Arbeitswelt als wichtigste Integration muss uberall gefördert werden. Anreize für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Menschen mit Behinderungen einzustellen und auch zu behalten, wenn Invalidität eintritt, müssen an verschiedensten Stellen und Orten immer wieder geschaffen werden. Einen dieser Anreize finden Sie hier. Ich gebe es zu: An dieser Stelle ist es ein kleiner Anreiz; die Wirkung wird nicht allzu gross sein. Aber es ist wichtig, dass wir heute mit Anreizmodellen beginnen – auch im Kleinen – und Erfahrungen damit sammeln. Die Integration in die Arbeitswelt und vor allem das Vermeiden des Herausfallens aus dem Arbeitsprozess sollte ein zentrales Anliegen der Invalidenversicherung sein und bleiben.

Ich beantrage Ihnen deshalb im Namen der Minderheit, ihrem Antrag zu Artikel 2 Absatz 2 zuzustimmen und somit die Meinung des Rates zu bestätigen.

Gestatten Sie mir noch kurz, dass ich bei dieser Gelegenheit Folgendes festhalte: Wir sind nun in der Differenzbereinigung. Es gibt keine grossen Differenzen mehr; wir werden schnell damit fertig sein. Ich möchte Ihnen aber ganz kurz sagen, dass wir Grünen mit dieser 4. IV-Revision, wie sie jetzt aus der Differenzbereinigung kommt, unzufrieden sind. Einerseits ist sie der heutigen Realität nicht angepasst; andererseits wurde darauf verzichtet, zukunftsweisende neue Modelle zu entwikkeln. Ich sage Ihnen kurz, warum.

Bedenklich und auch bedauerlich finden wir es, dass auf die explizit von den betroffenen Personen gewünschte Änderung des Begriffes «Hilflosenentschädigung» in «Assistenzentschädigungen» verzichtet wurde, weil befürchtet wird, das werde dadurch plötzlich zu einer exportierbaren Leistung in die EU. Sie werden dazu sicher noch die Kommissionssprecher hören.

Ein Zweites ist die Ergänzungsleistungslösung, die mit dieser IV-Revision nun gewählt wurde. Dabei ist zu bedenken, dass der Anspruch auf Ergänzungsleistung (EL) immer auch mit Bedürftigkeit einhergeht, und es ist schade, dass Bedürftigkeit eben auch mit Hilflosigkeit gleichgesetzt wird. Überdies sind die Kinder bei der EL-Lösung nicht mit einbezogen, und die EL wird im neuen Finanzausgleich auch kantonalisiert werden. Es ist also unsicher, was dort geschieht.

«Das Modell der Zukunft ist auf der Strecke geblieben», war ein Artikel in der Zeitung betitelt, als die 4. IV-Revision aus dem Ständerat kam. Das heisst, das so genannte Modell Langenberger wurde beerdigt. Wir bedauern dies sehr. Dieses Zukunftsmodell wollte anstelle der EL-Lösung ein individuelles Assistenzbudget mit bestehendem Sockelbetrag verwirklichen. Die Grünen bezeichnen dies als verpasste Chance, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen mit Behinderungen auch und gerade in der Wahlfreiheit der Wohnformen umzusetzen. Wir bedauern diesen Schritt, und wir bedauern, dass nicht mehr Mut in diese 4. IV-Revision eingeflossen ist.

Goll Christine (S, ZH): Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der Minderheit Graf aus drei Gründen, die ich Ihnen hier kurz darlegen möchte.

1. Ich möchte Sie bitten, nicht zu vergessen, dass viele Menschen mit Behinderungen, die eine Rente der Invalidenversicherung und/oder eine Hilflosenentschädigung der IV beziehen, häufig auch noch im Erwerbsleben stehen. Es ist also nicht so, dass diese Menschen einfach Leistungen der IV beziehen und nicht mehr erwerbstätig bzw. erwerbsfähig wären.

2. Wir sprechen in diesem Zusammenhang immer wieder von Anreizsystemen, weil uns allen bewusst ist, dass Menschen mit Behinderungen, die eine Erwerbsarbeit suchen, immer wieder Hindernisse zu überwinden haben. Es geht hier um einen Anreiz, der zwar ein kleiner Schritt ist, aber in die richtige Richtung weist. Denn damit würden Arbeitgeber, die bereit wären, Menschen mit Behinderungen anzustellen, immerhin entlastet, indem sie keine Beiträge mehr an die IV bezahlen müssten. Das würde bei einem Jahreseinkommen von 36 000 Franken immerhin eine Entlastung von 252 Franken zugunsten von Arbeitgebern ausmachen.

3. Sie sehen, dass wir in der Kommission bei diesem Minderheitsantrag die Formulierung geändert haben: Wir sprechen nicht mehr einfach undifferenziert von «invaliden Versicherten», sondern es steht ganz klar, dass für jene Personen, die «eine Rente oder eine Hilflosenentschädigung der Invalidenversicherung beziehen», vom Arbeitgeber keine IV-Beiträge mehr bezahlt werden müssen.

Wenn ich Sie auf den Pilotartikel 68ter verweisen darf, der genau solche Anreizmodelle fördern und in der Praxis erproben will, möchte ich Ihnen sagen, dass Sie hier einen konkreten und realisierbaren Vorschlag vor sich haben, dem Sie ohne weiteres zustimmen können.

Le président (Christen Yves, président): Die FDP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützt.

Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Ich muss Sie bitten, hier der Kommissionsmehrheit zu folgen. Bei diesem Antrag hat sich eine Pattsituation ergeben; der Entscheid fiel mit 10 zu 10 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten. Wie Sie gehört haben, geht es bei diesem Antrag darum, ein kleines Zeichen zu setzen, einen kleinen Anreiz zu schaffen, Behinderte einzustellen. Der Personenkreis ist erweitert worden: Nicht nur Rentenbezüger, sondern auch Empfanger von Hilflosenentschädigungen sollen profitieren können, weil sie ja zum Teil im Erwerbsprozess stehen, obwohl sie möglicherweise schwer pflegebedürftig sind.

Was ist der entscheidende Einwand der Mehrheit? Die Mehrheit findet, der Erlass des Arbeitgeberbeitrages – 0,7 Prozent – sei ein zu geringer Anreiz und könne nicht die gewünschte Wirkung ausüben. Man würde sich von einer generellen Befreiung von den obligatorischen Beiträgen des Arbeitgebers an alle Sozialversicherungszweige mehr versprechen. Das wäre dann sicher im Rahmen von Pilotprojekten möglich, wie bereits dargestellt worden ist. Die Mehrheit ist der Auffassung, ein isolierter Erlass von Arbeitgeberbeitragen nur im Rahmen der IV sei zu wenig, um eine wirtschaftliche Anreizwirkung auszuüben.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: Notre Conseil, lors de l'examen de la loi en décembre 2001, désirait soutenir, par une exonération du paiement des cotisations patronales à l'assurance-invalidité, les employeurs méritants qui engagent des personnes invalides. Le Conseil des Etats a biffé cet alinéa et la commission s'est finalement ralliée, avec la voix prépondérante de son président, au Conseil des Etats sur la base de l'analyse de l'Office fédéral des assurances sociales.

En effet, cet office nous a informés qu'il serait assez compliqué et coûteux de décortiquer le paquet de cotisations pour les assurances sociales, payées par les employeurs parce qu'elles sont facturées ensemble et s'encaissent ensemble de façon générale. Une petite minorité de la commission pensait que ce n'était pas si compliqué que cela et qu'on pouvait quand même soutenir ces employeurs.

Je vous demande d'adopter la proposition la majorité de la commission, et donc de ne pas accepter cette exonération.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Le Conseil fédéral vous invite également à suivre la majorité de la commission et à vous rallier à la décision du Conseil des Etats.

1. Cela a été dit, nous espérions et vous espériez aussi créer un effet incitatif sur les employeurs par cette disposition. Or, cet effet incitatif pourrait très bien se révéler nul. Les montants qui ont été indiqués par Mme Goll – 252 francs de cotisations AI économisés pour un salaire annuel de 36 000 francs – risquent d'être annulés par la difficulté administrative, car l'employeur ne pourrait pas le faire automatiquement. Il devrait aller s'annoncer à la caisse AVS, expliquer le cas et bien sûr créer un décompte spécial pour ces personnes. Donc, les obstacles administratifs rendent la mesure difficilement incitative.

2. J'aimerais également souligner le fait que cette proposition a été restreinte par la minorité de la commission à ceux qui touchent une rente d'invalidité ou une allocation pour impotent. Cela signifie que les personnes qui se battent pour pouvoir être entièrement libres de l'Al, si je puis utiliser cette expression, ne donneraient pas ce bénéfice à leur employeur Pourtant, certains employeurs — j'en connais — auraient engagé des personnes qui ne sont pas peut-être pleinement efficaces au sens où on le réclame actuellement, afin de faire un acte de solidarité individuelle. Et, justement, ces employeur ne seraient pas récompensés.

Cette mesure, limitée aux personnes handicapées au bénéfice d'une rente, coûterait 8 millions de francs par an à l'Al. Je suis persuadée qu'un montant de cet ordre de grandeur serait par exemple beaucoup mieux investi dans la recherche plutôt que dans une mesure sur les effets de laquelle nous avons des doutes.

En inscrivant, à l'article 68quater de la loi, la possibilité de faire des essais pilotes dans ce domaine, pour voir concrètement comment fonctionnent les incitations dans les entreprises, pour voir ce dont les employeurs ont vraiment besoin pour pouvoir surmonter les difficultés additionnelles que leur donne peut-être l'emploi d'une personne invalide, nous trouverons les meilleures solutions. Nous pourrons ultérieurement alors transformer ces expériences en règle générale. C'est la raison pour laquelle nous vous invitons à soutenir la proposition de la majorité de la commission.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 88 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 50 Stimmen

Art. 7 Abs. 2; 8 Abs. 1; 31 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 7 al. 2; 8 al. 1; 31 al. 1 Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 41 Abs. 2 *Antrag der Kommission*Festhalten

Art. 41 al. 2

Proposition de la commission Maintenir

Art. 42

Antrag der Kommission Abs. 1, 1bis, 3–5 Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Abs. 2

.... ist eine Person lediglich dauernd auf lebenspraktische Begleitung angewiesen, so liegt immer eine leichte Hılflosigkeit vor. Vorbehalten bleibt Artikel 42bis Absatz 5.

Art. 42

Proposition de la commission
Al. 1, 1bis, 3–5
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 2

.... Si une personne n'a durablement besoin que d'un accompagnement pour faire face aux nécessités de la vie, le

degré d'impotence est réputé faible. L'article 42bis alinéa 5 est réservé.

Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Zunächst eine Bemerkung zu Artikel 41: Hier geht es um die Karenzfrist bei einer Rentenanpassung, wenn sich die Erwerbsfähigkeit verbessert. Hier möchte die Kommission klar, mit 13 zu 0 Stimmen bei mehreren Enthaltungen, an der nationalratlichen Fassung festhalten. Es handelt sich um eine Karenzfrist von drei Monaten und dann um eine Reduktion der Rente von nur 20 Prozent neun Monate lang. Die Kommission liess sich dabei vor allem davon leiten, dass sie gesagt hat, dass beispielsweise ein Behinderter mit einer Vollrente. der bei einem Arbeitsversuch einen relativ raschen Rentenverlust befürchten muss, diesen Arbeitsversuch gar nicht erst unternehmen wird. Es wird damit also ein ungünstiger negativer Wiedereingliederungsanreiz gesetzt. Wir sind auch der Auffassung, dass der Zeitpunkt der Reduktion der Erwerbsfähigkeit leicht zu bestimmen ist: In der Regel wird er nämlich eben dort anzusetzen sein, wo die Arbeitsaufnahme stattfindet, wo der Rentenempfanger wieder einer Teilarbeit nachgeht. Wir teilen die Bedenken nicht, wonach dieser Zeitpunkt schwer zu bestimmen sei. Hier ist eine klare Mehrheit dafür, bei der bisherigen nationalrätlichen Fassung zu bleiben

Nun zu den Artikeln 42ff., zur Assistenzentschädigung: Das ist ja einer der Kernbereiche der 4. IV-Revision. Ich möchte hier namens der Kommission zwei, drei Satze dazu sagen, zumal auch Frau Graf diese Revision als ungenügend kritisiert hat. Sie hat unter Hinweis auf das weiter gehende Modell Langenberger und David gesagt, dass unsere – also die nationalrätliche – Kombination von Grundentschädigung und Absicherung durch das Ergänzungsleistungssystem zu wenig weit gehe. Hier hat sich in der Kommission vor allem eine sehr intensive Diskussion darüber entwickelt, ob Assistenzentschädigungen exportiert werden müssten.

Das BSV hat in einem Papier zuhanden des Ständerates vertreten, dass leistungsunabhängige Sonderleistungen grundsätzlich auch exportierbar sein können. Im Rahmen der bilateralen EU-Verhandlungen sei es gelungen, die Hilflosenentschädigung davon auszunehmen, und man habe einen entsprechenden Vorbehalt angebracht. Deshalb sei es möglicherweise geschickter, am bisherigen Begriff der Hilflosenentschädigung festzuhalten, um hier die Kontinuität zum früheren Rechtszustand zu wahren. Es wurde in diesem Zusammenhang auch auf ein Präjudiz hingewiesen: Das österreichische Pflegegeld unterliegt nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes der Exportpflicht.

Dagegen kam ein anderer Experte, Professor Thomas Cottier, zum Schluss, die Assistenzentschädigung sei mit oder ohne Namensänderung unbedenklich, sie müsse nicht exportiert werden, wenn sie klar als beitragsunabhängige Sonderleistung definiert und damit im Wesentlichen von der öffentlichen Hand finanziert werde.

Wir haben dann einen dritten Experten eingeladen, Herrn Ulrich Kieser, der eher die Bedenken des BSV bestätigte. Er war der Auffassung, dass man mit Vorteil die Kontinuität beachte, weil die Hilflosenentschädigung nur aufgrund des blateralen Vorbehaltes von der Exportpflicht ausgenommen sei; zudem bestünden gewisse Bedenken, wenn man diese Leistungen nun neu zusammenfasse und sie noch in Prozenten der Altersrente quantifiziere.

Die Kommission kam nicht zuletzt aus diesem Grunde zur Auffassung, dass man mit verschiedenen konkreten Schritten dafür sorgen sollte, dass diese Exportpflicht nicht nachträglich durch einen zu grossen, zu einschneidenden Systemwechsel ausgelöst werde. Das hat einmal dazu geführt, dass Ihnen die Kommission beantragt, zum unschönen Begriff der Hilflosenentschädigung zurückzukehren. Es hat auch dazu geführt, dass die Kommission einen Antrag Suter ablehnte, der bei der Hilflosenentschädigung bei der doppelten Höhe des bisherigen Ansatzes bleiben wollte, aber bei mittlerer und schwerer Hilflosigkeit eine Verfünffachung des Pauschalbetrages vorgesehen hat. Dieser Antrag Suter wurde mit 10 zu 2 Stimmen ganz klar abgelehnt.

Die Überlegungen der Kommission waren ganz klar die, dass der Antrag Langenberger mit der Pauschale und den persönlichen Assistenzbudgets langfristig sicher der richtige Weg ist, dass er das Fernziel ist. Aber wir können hier auch über den Pilotartikel in den Übergangsbestimmungen von Litera abis eine Übergangsregelung mit einer Pauschale und den persönlichen Assistenzbudgets erproben, und wir sollten nicht das Ganze gefährden, indem wir das Risiko der Exportpflicht erhöhen.

Deshalb bitte ich Sie, sich hier der Kommission anzuschliessen und auch den Übergangsartikel von Litera abis mit dem Pilotartikel gutzuheissen.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: Juste quelques précisions concernant l'article 41: la commission estime qu'il faut maintenir notre décision de réduire graduellement la rente. La réinsertion est souvent un processus délicat, beaucoup de personnes hésitent à s'engager dans une renonciation à une rente; cette manière graduelle de procéder les aidera et soulagera ensuite la caisse Al de manière durable. Maintenant quelques mots sur les termes d'«allocation d'assistance» et d'«allocation pour impotent» (art. 42): le projet du Conseil fédéral portait le terme nouveau d'«allocation d'assistance» qui n'était contesté par personne, mais une étude a montré qu'il y avait un danger que la Commission européenne, qui a accordé une exception à la Suisse qui ne doit pas exporter l'allocation pour impotent, puisse revenir sur sa décision si on changeait de nom. La commission, pour éliminer ce risque, a décidé de revenir à l'ancienne désignation d'«allocation pour impotent». Elle le regrette, mais cela ne changera absolument pas matériellement les conditions de l'octroi et pour pouvoir l'obtenir.

Encore un mot sur la disposition qui permet des essais pilotes justement pour aller dans le sens des propositions qui demandaient un budget forfaitaire accompagné d'un budget pour les frais objectifs: vous vous souvenez de la proposition de minorité Langenberger qui n'a pas été retenue au Conseil des Etats. Dans notre commission, nous avons eu une proposition Suter qui a été rejetée aussi pour des raisons de coût. La proposition de minorité Langenberger, de son côté, défavorisait les parents avec enfant à charge. La commission propose de faire des essais en donnant un budget pour des dépenses objectives. Vous trouverez cette proposition à la lettre abis des dispositions transitoires. Nous ne reviendrons pas sur ces dispositions puisqu'elles n'ont pas fait l'objet de proposition de minorité.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Nous avons entendu tout à l'heure une critique de la 4e révision de l'Al de la part de Mme Graf. Nous avons écouté le débat qui a eu lieu au Conseil des Etats et les discussions menées au sein de votre commission. La question qui s'est posée était celle de savoir si l'on pouvait aller au-delà du modèle que nous vous proposons. Celui-ci a pour but de garantir aux invalides dans tous les cas le libre choix de leur lieu de vie. Nous parlons ici des invalides graves qui ont besoin d'un appui permanent, soit qualifié, soit consistant à s'occuper de tous les gestes normaux de la vie quotidienne. Les modèles qui ont été proposés devraient au fond accorder à toutes les personnes les ressources nécessaires pour faire ce choix.

Nous vous proposons un autre modèle qui tend à accorder à tous une allocation pour impotent. J'utilise ce terme que je considère comme très déplaisant, mais il correspond aux termes des discussions avec l'Union européenne. Ainsi, la législation demeure telle que nous l'avons établie déjà dans les négociations bilatérales. Nous vous proposons de généraliser le principe du versement d'une allocation pour impotent. De cette façon, les invalides peuvent payer pour les services dont ils ont besoin et non pas les recevoir de la part de l'assurance-invalidité. Je crois que c'est un grand progrès pour redonner de la dignité aux personnes handicapées et garantir leur autonomie. Et puis, nous hésitons à aller jusqu'à accorder cette possibilité, je dirai, de manière presque illimitée quant au montant, dans tous les cas.



Nous introduisons d'abord un article qui permet de définir ce qui est effectivement nécessaire et comment organiser la prise en charge à domicile. Pour les personnes dont les ressources financières – les revenus ou la fortune – ne permettraient pas de faire ce choix, nous élevons le plafond des prestations complémentaires de façon qu'aucun obstacle économique ne surgisse, qui les priverait de ce choix ou entraverait leur liberté. Nous pensons ainsi faire un premier pas dans une direction qui pourra peut-être être développée plus tard, mais sur la base d'expériences concrètes.

La liberté de choix est nécessaire. La possibilité de rester à domicile – je pense en particulier à certaines personnes –, avec sa famille, ses proches, est tout à fait souhaitable pour notre société dans une logique d'intégration et pour la dignité et la maîtrise de la vie des personnes handicapées.

J'ai aussi entendu dans les débats une critique assez générale des institutions qui m'a un peu effrayée. Je crois que ces institutions restent nécessaires. Si nous voulons la liberté de choix pour les handicapés, nous devons aussi créer cette liberté au niveau des autorités politiques et veiller à ce que le réseau des institutions reste de haute qualité, suffisant, et soit à disposition de la population. J'ai souvent rencontré des parents âgés d'enfants gravement handicapés et je sentais leur angoisse à l'idée qu'un jour ils viendraient à disparaître et que ce serait alors une institution qui devrait prendre en charge leur enfant, devenu adulte et ayant besoin d'une prise en charge 24 heures sur 24. Je n'aimerais donc pas que l'on oppose dans ce débat l'utilité des institutions au maintien à domicile, mais que l'on crée le plus de liberté possible.

Notre modèle est prudent et ne répond pas à toutes les attentes, mais il ouvre une piste importante vers l'autonomie et la prise en charge de son propre destin. Avec le système des prestations complémentaires, il ne veut pas que ce soit l'absence de revenus ou l'absence de fortune qui soit déterminante.

Voilà la raison pour laquelle je vous invite à vous rallier aux propositions de la commission, à suivre cette piste, à adopter ce changement de vocabulaire et à boucler ce soir un des points principaux, un des points porteurs d'espoir de cette 4e révision de l'Al.

Angenommen - Adopté

Art. 42bis; 42ter; 57 Abs. 1 Bst. d

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 42bis; 42ter; 57 al. 1 let. d Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 59

Antrag der Kommission

Abs. 2

Zur Beurteilung der medizinischen Anspruchsvoraussetzungen stehen den IV-Stellen interdisziplinär zusammengesetzte ärztliche Dienste zur Verfügung. Diese unterstehen der direkten fachlichen Aufsicht des zuständigen Bundesamtes, sind aber in ihrem medizinischen Sachentscheid im Einzelfall unabhängig. Die IV-Stellen richten die regionalen ärztlichen Dienste ein. Der Bundesrat legt die Regionen nach Anhören der Kantone fest

Abs 2bis Streichen

Art. 59

Proposition de la commission

Al. 2

Les offices Al mettent à disposition des services médicaux régionaux interdisciplinaires l'appréciation des conditions médicales nécessaires à l'octroi d'indemnités. Ces services sont soumis à la surveillance matérielle directe de l'office fédéral compétent, mais sont indépendants dans l'appréciation médicale du cas d'espèce. Les services médicaux régionaux sont mis en place par les offices Al. Le Conseil fédéral détermine les régions après avoir consulté les cantons. Al. 2bis

Biffer

Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Der ursprüngliche Vorschlag des Bundesrates bei der Einrichtung regionaler ärztlicher Dienste war es, dass sie gewissermassen als Dienste des Bundes wirken sollten, womit sie von den IV-Stellen als konkurrierende Betriebe empfunden und deshalb abgelehnt wurden. Wir haben dann im Nationalrat, wie Sie sich erinnern, Wert darauf gelegt, dass es hier primär um die Fachaufsicht des Bundes gehen muss, aber dass die regionalen ärztlichen Dienste im Einzelfall unabhängig und interdisziplinär entscheiden sollen.

Nun ist aufgrund der Beratung im Ständerat ein neuer Vorschlag der Verwaltung zur Diskussion gekommen, nach welchem die organisatorische Verantwortung für die Einrichtung der regionalen ärztlichen Dienste bei den IV-Stellen liegen soll; das Anforderungsprofil und die Fachaufsicht sollen aber durch den Bund organisiert werden. Damit glauben wir in dieser sehr kontroversen Materie allen Bedürfnissen Rechnung getragen zu haben und damit auch einen Schritt zu einer einheitlicheren Praxis und zu einer verstärkten Fachaufsicht des Bundes, aber bei Organisationshoheit der IV-Stellen, getan zu haben. Dieser Vorschlag blieb dann in unserer Kommission unbestritten.

Angenommen - Adopté

Art. 60 Abs. 1 Bst. c

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 60 al. 1 let. c

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 64 Abs. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Die Erfüllung der in Artikel 57 erwähnten Aufgaben durch die IV-Stellen ist vom zuständigen Bundesamt jährlich zu überprüfen

Mınderheit

(Widrig, Bortoluzzi, Dormann Rosmarie, Dunant, Meyer Thérèse, Stahl, Triponez, Zäch)

Festhalten

Art. 64 al. 2

Proposition de la commission

Majorité

L'office fédéral compétent examine chaque année l'exécution par les offices Al de leurs tâches selon l'article 57 Minorité

(Widrig, Bortoluzzi, Dormann Rosmarie, Dunant, Meyer Thérèse, Stahl, Triponez, Zäch)

Maintenir

Widrig Hans Werner (C, SG): Die IV-Abteilung im Bundesamt für Sozialversicherung ändert die Argumentationskette laufend, sobald ein Argument widerlegt ist. In der ersten Runde argumentierten sie, eine unabhängige Revisionsstelle habe die fachlichen Qualifikationen nicht. Das ist übrigens das einzige Argument, das nicht ganz abwegig ist; darum ist es wahrscheinlich auch das erste. Aber dann kann man ja eine Übergangsfrist machen, wobei ich davon überzeugt bin, dass die Revisionsgesellschaften rasch genügend ausgebildete Mitarbeiter zur Verfügung haben, sobald wir hier entsprechend beschliessen – aber eben, das wollen sie auch nicht.

Nun tischen sie ein neues, zweites Argument auf, indem sie den Unterschied zwischen fachlicher und finanzieller Aufsicht machen. Diese Unterscheidung ist für eine Sozialversicherung so ziemlich nutzlos. Bedeutend ist der Faktor Geschäftsprüfung: Jemand Unabhängiger muss feststellen, dass hier sauber gearbeitet wird. Diese Prüfung muss angemessen sein angesichts der Tatsache, dass die IV-Stellen im Jahr rund 300 000 Einzelentscheide fällen. Das entspricht einem Gesamtvolumen von rund 9 Milliarden Franken.

Abschliessend zwei Feststellungen:

1 Es gibt heute bei der IV keine anerkannten, unabhängigen Revisionsstellen - dies im Gegensatz zur AHV, zur EO, zum BVG, zur Familienversicherung, zum KVG: Dort gibt es unabhängige professionelle Revisionsstellen mit klaren Weisungen Bei der IV tritt das Bundesamt mit seinen Funktionaren in Eigenkontrolle auf.

2. Zwar lamentieren viele Politiker über die ausufernden Kosten der IV, aber weit weniger als 1 Promille des Volumens ware nötig, damit eine zeitgemässe Geschaftsprüfung stattfinden konnte. Das ist kein Anliegen irgendwelcher privater Revisionsstellen, wie in der Kommission moniert wurde, sondern es ist das Anliegen einer grossen Mehrheit der IV-Stellen der Kantone Ich verstehe die Sorgen der IV-Stellenkonferenz, die meinen Antrag in der grossen Mehrheit unterstutzt.

Im Standerat kam hier mit 18 zu 16 Stimmen ein Zufallsmehr zustande.

Ich bitte Sie, an Ihrem Beschluss vom 13. Dezember 2001 festzuhalten. Damals haben Sie mit 91 zu 49 Stimmen beschlossen, dass bezüglich unabhängiger Revisionsstelle für die IV das Gleiche gelten solle wie für die übrigen Sozialversicherungen in diesem Land.

Ich danke Ihnen für die Zustimmung zum Antrag der Minder-

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Was der Ständerat hier beschlossen hat, ist alles andere als das Resultat eines Zufallsmehrs. Es geht hier nicht um die Beaufsichtigung der Invalidenversicherung in finanzieller Hinsicht. Die privaten Revisionsstellen, die Sie, Herr Widrig, verlangen, beaufsichtigen in diesem Geschäft eben nicht die Rechnungsführung der IV-Stellen, sondern unter anderem den Invalidisierungsgrad, die Praxis der IV-Stellen bei der medizinischen Überprüfung der Assistenzentschädigung usw., wie Sie Artikel 57 entnehmen können.

Mit einer privaten Stelle wird die öffentliche Aufsicht unseres Erachtens geschwächt. Es ist ja das Bundesamt für Sozialversicherung, das diese Leistungen ausschüttet, und die privaten Revisionsstellen haben nicht in erster Linie hier buchhalterisch etwas zu befinden, sondern die Leistungsberechtigung zu prufen. Dafür braucht es unseres Erachtens eine kantonsübergreifende einheitliche Prüfung, die eben nicht zufällig irgendeiner privaten Revisionsstelle zugewiesen wird - ganz abgesehen davon, dass es heute gar keine solchen Revisionsstellen gibt, die unter anderem solche Dienstleistungen der fachärztlichen Beaufsichtigung anbieten würden

Es wird hier ja sehr viel Bundesgeld verteilt. Anders als bei der AHV geht es nicht in erster Linie um finanzielle Leistungen, und es gilt hier ein bisschen: Wer zahlt, befiehlt und sollte auch die Qualität der Leistungsausschüttung beaufsichtigen können. In unseren Augen ist das Bundesamt für Sozialversicherung die dafür geeignete Stelle, die auch die Aufsicht einheitlich und gesamtschweizerisch wahrnehmen soll. Der Ständerat ist auch zu diesem Befund gekommen. Deshalb bitte ich Sie, hier der Mehrheit zu folgen und den Antrag der Mehrheit zu unterstützen.

Hassler Hansjörg (V, GR): Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Minderheit Widrig. Die Überprüfung der Geschaftsführung der IV-Stellen durch das zuständige Bundesamt vermag nicht zu befriedigen. Daran ändert auch eine jährlich durchgeführte Prüfung nichts. Die heutige Situation der Kontrolle durch das BSV grenzt an Selbstkontrolle, weil das BSV gemäss Artikel 92bis der IV-Verordnung unter anderem den Stellenplan jeder IV-Stelle, die Organisation und das jährliche Verwaltungskostenbudget der IV-Stellen zu bewilligen hat. Wenn das für die Betriebsführung indirekt mitverantwortliche Amt - also das BSV - auch noch selber die Revision durchführt, kann unseres Erachtens nicht von einer Unabhängigkeit der Revision gesprochen werden.

Wir sind klar der Meinung, dass die Revision durch eine externe, unabhängige und spezialisierte Revisionsstelle durchgefuhrt werden soll. Gemäss Antrag der Minderheit muss diese Revisionsstelle vom zuständigen Bundesamt aner-kannt werden. Das BSV wurde also auch weiterhin für eine einheitliche Anwendung des Gesetzes sorgen, was richtig ist. Die Revision umfasst eine fachliche, administrative und finanzielle Aufsicht. Für die Durchführung der Revision durch unabhängige, externe Revisionsstellen braucht es klare Revisionsvorgaben und klare Qualitätskriterien, die das BSV festlegen kann.

Die Darstellung, wonach ein komplexes Geschäft wie die IV nur von einigen Spezialisten beim BSV verstanden und überprüft werden könne, können wir nicht nachvollziehen. Nach einer Einführungsphase wären externe Revisionsstellen sehr wohl in der Lage, die Revisionen fachgerecht durchzuführen. Bei der AHV und den anderen Sozialwerken haben wir bereits externe und unabhängige Revisionsstellen; die IV bildet hier die einzige Ausnahme.

Mit etwas gutem Willen seitens des BSV können gestützt auf den Antrag der Minderheit gute Lösungen gefunden werden; davon sind wir überzeugt. Die Kompetenzen werden klar geregelt. Die heutige Vermischung und Verwischung der Aufgaben des BSV zwischen indirekter Einflussnahme auf die Betriebsführung der IV-Stellen, den Aufsichtsaufgaben und der Kontrollfunktion könnten entflochten und klar geregelt werden. Das ist der richtige Weg.

Unterstützen Sie deshalb den Antrag der Minderheit Widrig.

Wirz-von Planta Christine (L. BS): Auch die liberale Fraktion folgt der Minderheit.

Es ist richtig, dass eine unabhangige, externe, spezialisierte und schliesslich vom zuständigen Bundesamt anerkannte Revisionsstelle jährlich die Geschäftsführung - ich sage explizit die Geschäftsführung und nicht die Aufgaben - der IV-Stellen überprüft. Herr Rechsteiner, die IV-Stellen wünschen das! Sie tragen schliesslich angesichts eines jährlichen Ausgabenvolumens von 8 Milliarden Franken eine grosse Verantwortung. Sie wollen an ihrer Arbeit gemessen werden. Überdies entspricht diese Neuregelung den heutigen Normen des Controlling, welches eine Qualitätssicherung mit sich bringt. Wir unterstützen diese moderne Art der Revision, die in der AHV und der EO - es wurde bereits gesagt schon lange angewendet wird. Deshalb folgen wir der Minderheit.

Wenn ich schon das Wort habe, erlauben Sie mir im Sinne von «steter Tropfen höhlt den Stein» einfach zu sagen, dass der Begriff Invalidenversicherung immer noch falsch ist und nicht im Zusammenhang mit Menschen geäussert werden sollte. Ich bedaure, dass dieser unwerte Begriff im Zuge der Revision nicht ersetzt wurde.

Hess Peter (C, ZG): Ich muss schon sagen: Ich verstehe die Welt nicht mehr. Ich verstehe nicht, wieso Frau Bundesrätin Dreifuss und eine Anzahl offenbar vom Bundesamt instruierte Parlamentarier (Zwischenruf Rechsteiner-Basel: Nein, nein!) Ich habe die Diskussion im Ständerat genau mitverfolgt hier einen vehementen Kampf gegen eine Revision in einem Bereich führen, in dem bis jetzt praktisch keine Revision stattgefunden hat. Frau Bundesrätin, das ist das Problem. Bis jetzt wurde in einem Drei- oder Vierjahresrhythmus kontrolliert. Das war denn auch der Grund dafür, dass der Bundesrat auf Drängen mindestens zugestanden hat, jetzt auf einen Einjahresrhythmus hinunterzugehen. Aber es ist in der Tat nicht einzusehen, wieso bei einem einzigen Versicherungswerk, bei der IV, eine andere Lösung gewählt werden soll, als das bei den anderen Werken der Fall ist.

Es ist mehrmals gesagt worden: Es geht hier nicht um einen Sonderzug im Interesse von privaten Revisionsstellen, sondern es geht um ein Anliegen der IV-Stellen für eine sachgerechte Kontrolle, wie das bei den anderen Sozialwerken auch der Fall ist. Heute ist es so, dass je nach Revisionsrhythmus Hunderte von Dossiers nach Bern geschickt werden müssen, die dann dort kontrolliert und wieder zurückgeschickt werden; je nachdem enthalten sie eine Berichterstatung. Im Gegensatz dazu sind die Revisionen vor Ort, wo eben das Revisionsergebnis auch besprochen werden kann, sehr viel effizienter. Vor allem ist auch das Argument der Unabhängigkeit hoch einzuschätzen.

Ich bitte Sie eindringlich, hier der Version der Minderheit zu folgen und dem klaren Revisionsgedanken, wie er auch im Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechtes jetzt einheitlich definiert ist, zum Durchbruch zu verhelfen.

Le président (Christen Yves, président): Die grüne Fraktion unterstützt die Mehrheit.

Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Zuerst muss ich die Aussagen von Herrn Hess Peter hier in aller Form zurückweisen, wonach die Kommissionsmehrheit aus Mitgliedern bestehe, die vom Bundesrat oder vom Bundesamt für Sozialversicherung Weisungen oder Instruktionen bekamen. Das können Sie vergessen! Die Mehrheit, nämlich die Mehrheit von 11 zu 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen, will die Aufsichtsfunktion des Bundes stärken und nicht schwächen, wie es dieser Gesetzesentwurf verspricht. Wir wollen keine Privatisierung der Aufsichtsfunktion. Herr Hassler, wenn Sie sagen, das sei ja sozusagen eine Selbstkontrolle der IV-Stellen, dann muss ich Sie fragen, ob es mehr Selbstkontrolle ist, wenn die IV-Stellen Revisionsstellen nach ihrem Belieben aussuchen können, statt dass sie einer einheitlichen Aufsichtsfunktion des Bundesamtes für Sozialversicherung unterstellt sind. Diese Frage möchte ich dann gar nicht in Ihrem Sinne entschieden haben.

Die Lösung, die wir vorschlagen, schliesst eine rein buchhalterische, externe Revision überhaupt nicht aus. Es geht hier in erster Linie um die Aufsicht, die die materielle Praxis der IV-Stellen wie die Begutachtung und die Berentung nach einheitlichen Gesichtspunkten umfasst. Wir können doch nicht vom Bundesamt für Sozialversicherung mehr Führungs- und Aufsichtsverantwortung fordern und gleichzeitig dem Bund die Aufsichtsmittel entziehen. Es mag sein, dass diese Aufsicht heute aus der Sicht der IV-Stellen nicht immer so wahrgenommen wird, wie es sein müsste. Aber wollen Sie mit diesem Artikel wirklich, dass externe Revisionsstellen in Jahren - mit einer Übergangsfrist - noch nicht vorhandenes Personal und noch nicht vorhandene Sachkompetenz aufbauen? Wollen wir hier nicht vielmehr einen Weg gehen, mit dem wir eben den Bund veranlassen, mehr Sachkompetenz und mehr Energie in diese Aufsichtsfunktion zu legen? Eines der wesentlichen Ziele dieser IV-Revision war doch, dass wir hier das Bundesamt stärken wollen, weil wir gesehen haben, dass die Praxis der IV-Stellen zum Teil in Besorgnis erregender Weise auseinander driftet.

Zum Schluss noch etwas zu den Kosten, Herr Hassler: Die Kosten, die externe Revisionsstellen verursachen, bezahlt nicht der Pestalozzi, sondern sie werden auch der IV belastet. Das sind genau gleiche oder höhere Kosten, wenn man davon ausgeht, dass eine privatwirtschaftliche Revision in der Regel im Durchschnitt höhere Kosten verursachen wird als die Inanspruchnahme des Bundesamtes, wo die erforderliche Fachkompetenz schon da ist oder wo zumindest in diese Richtung grössere Vereinheitlichung hergestellt werden kann und muss.

Deshalb bitte ich Sie, hier der Mehrheit zu folgen.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: Vous l'avez entendu, cet article suscite beaucoup de passion. Notre Conseil avait décidé de donner à un organe de révision indé-

pendant externe la compétence de contrôler chaque année la gestion des offices Al. Le Conseil des Etats, après avoir réécouté Mme la conseillère fédérale et son département, est revenu en arrière, par 18 voix contre 16. Je vais vous dire pourquoi.

C'est le terme de gestion qui a beaucoup prêté à confusion. Pour certains, gestion voulait dire surtout affaire financière et ils trouvaient tout à fait normal que ce soit un organe de révision indépendant externe qui s'occupe de ces questions financières. Pour le département, gestion signifie aussi voir comment sont utilisées les ressources; comment sont attribuées les rentes; comment marchent les offices; comment est formé le personnel. Tout cela ne peut être du ressort d'un organe de révision externe.

La majorité de la commission a décidé de revenir en arrière et de faire un pas en direction de la version du Conseil fédéral, parce qu'il a pris en compte cet élément de la gestion qui ne concernait pas que la comptabilité en tant que telle.

Là, je me permets une réaction personnelle: peut-être que si on prenait la version du Conseil fédéral, qui a été adoptée par le Conseil des Etats, et la version proposée par la minorité, on aurait vraiment tous les éléments pour faire une bonne gestion soit financière, soit d'utilisation des ressources et de contrôle de l'attribution des rentes.

En tout état de cause, je défends ici la proposition de la majorité et je vous demande de la soutenir.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: J'ai un peu de peine à comprendre «die Welt», comme dit M. Hess Peter, parce que je crois que les choses sont très simples. Il y a deux types de contrôles qui doivent être exercés.

Il y a la révision. Elle est faite par des institutions spécialisées dans les caisses de compensation AVS/Al. Il n'y a pas d'argent investi ou dépensé par l'Al qui ne fasse pas partie d'un système sous révision. Ceci est dans la loi sur l'AVS. Alors, tout ce débat passionné a l'air de surgir du fait que ce principe ne figure pas dans cette loi, mais dans une autre.

Ici, il ne s'agit pas de la révision des comptes. Ici, il s'agit de savoir, comme l'a fort bien exprimé la majorité, si les offices Al exécutent effectivement leurs tâches: c'est l'examen de la gestion des dossiers, des mesures à prendre en faveur de la personne. Personne ne me fera croire que des institutions indépendantes peuvent être créées pour faire cela, et surtout que celles-ci seraient plus efficaces que l'OFAS qui, lui, doit veiller à l'application uniforme de la loi. Qui, mieux que l'administration, peut examiner cela?

Donc, je crois qu'il y a un malentendu dans ce débat et je ne comprends pas la passion que l'on y met. L'OFAS a besoin d'une base pour assurer ses contrôles réguliers quant à la façon dont les offices Al exécutent la loi. Ce n'est pas un autocontrôle puisque les offices Al sont des offices cantonaux chargés de l'application d'une loi fédérale. L'OFAS est l'office fédéral qui doit veiller à ce que cette loi soit bien appliquée.

Si vous décidez de rejeter ce que la majorité vous propose et qui, je crois, est maintenant plus clairement formulé que dans le projet initial, vous privez tout simplement l'OFAS de l'instrument principal d'analyse. L'OFAS doit pouvoir savoir comment on travaille au front, comment travaillent ceux qui sont chargés, sous la responsabilité des cantons, d'appliquer la loi. Nous en avons absolument besoin. Comment voulez-vous que l'OFAS puisse veiller à la bonne application de la loi s'il n'a pas les instruments de contrôle sur les organes d'exécution de cette loi?

Je vous invite donc à suivre la majorité.

Si vous deviez suivre la minorité, je le regretterais et je considérerais que cela relève d'un malentendu sur les vrais enjeux. Si tel doit être le cas, alors il s'agira, entre les deux Chambres, de veiller à ce que les deux choses soient clairement exprimées, celle qui aujourd'hui se trouve dans l'AVS et qui donne toutes les garanties d'un contrôle indépendant, professionnel, spécialisé sur les finances de l'Al et celle qui concerne la cohérence de l'application du droit, qui ne peut



être contrôlée que par l'instance fédérale responsable de

Donc, encore une fois, je vous invite à suivre la majorité. Si vous deviez suivre la minorité, je ne puis qu'espérer que ce malentendu pourra à ce moment-là être levé entre les deux Chambres et que chacun y retrouvera ce qu'il souhaite: l'indépendance sur le contrôle financier et l'application contrôlée par l'instance fédérale chargée de cette loi.

Abstimmung – Vote Für den Antrag der Minderheit 82 Stimmen Für den Antrag der Mehrheit 57 Stimmen

Art. 68quater

Antrag der Kommission Titel, Abs. 1 Festhalten Abs. 1bis Streichen

Art. 68quater

Proposition de la commission Titre, al. 1 Maintenir Al. 1bis Biffer

Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Ganz kurz: Hier möchte ich Sie nur darauf hinweisen, dass sich der bisherige Pilotartikel für diese Experimente mit Pauschale und Assistenzbudget nun in den Übergangsbestimmungen von Litera abis auf Seite 30 der Fahne befindet. Es ist mehr oder weniger das Gleiche, es ist nur eine systematische Umstellung Im Übrigen sind die Differenzen zwischen der nationalund der ständerätlichen Fassung sehr marginal; da werden wir uns mit Sicherheit finden.

Ich bitte Sie, hier gleichwohl der Kommission zu folgen.

Angenommen – Adopté

Art. 73 Abs. 2 Bst. c; 77 Abs. 2; 78; Ziff. II Bst. a Abs. 2, 3, 3bis, 4, 5

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 73 al. 2 let. c; 77 al. 2; 78; ch. II let. a al. 2, 3, 3bis, 4, 5 Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. II Bst. abis

Antrag der Kommission Titel

Pilotversuche zur Stärkung der eigenverantwortlichen und selbst bestimmten Lebensführung von Versicherten mit einem Bedarf an Pflege und Betreuung

Der Bundesrat veranlasst unverzüglich nach Inkrafttreten dieser Gesetzesänderung einen oder mehrere Pilotversuche, in denen Erfahrungen über Massnahmen gesammelt werden, die eine eigenverantwortliche und selbst bestimmte Lebensführung von Versicherten mit einem Bedarf an Pflege und Betreuung starken. Sie sollen namentlich die Höhe der Hilflosenentschädigung nach dem Ausmass der Hilflosigkeit abstufen und diese personenbezogen ausrichten, die Wahlreiheit in den zentralen Lebensbereichen erleichtern und die Entschädigung aus einer angemessenen Hilflosenentschädigung und einem persönlichen Hilflosenbudget zusammensetzen, das in einem vernünftigen Verhaltnis zu den Heimkosten steht. Im Übrigen ist der neue Artikel 68quater Absätze 2 bis 4 IVG anwendbar.

Ch. II let. abis

Proposition de la commission

Titre

Essais pilotes visant à aider les assurés nécessitant des soins et de l'assistance à mener une vie autonome responsable

Tayt

Le Conseil fédéral prévoit, dans les meilleurs délais, après l'entrée en vigueur de la présente modification, un ou plusieurs essais pilotes afin de recueillir des expériences en matière de mesures contribuant à aider les assurés nécessitant des soins et de l'assistance pour mener une vie autonome responsable. Dans le cadre de ces essais, le montant de l'allocation pour impotent est modulé en fonction du degré d'impotence personnel, l'allocation est versée individuellement et doit faciliter les choix dans les domaines centraux de la vie. L'allocation correspond à une allocation pour impotent appropriée à laquelle s'ajoute un budget personnel en rapport avec les coûts liés au séjour dans un home. Pour le surplus, le nouvel article 68quater alinéas 2 à 4 LAI s'applique.

Angenommen - Adopté

Ziff II Bst. e

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II let.

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Änderung bisherigen Rechts Modification du droit en vigueur

Ziff. 1-6

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1-6

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Schluss der Sitzung um 21.15 Uhr La séance est levée à 21 h 15



01.015

4. IV-Revision 4e révision de l'Al

Fortsetzung - Suite

Botschaft des Bundesrates 21 02.01 (BBI 2001 3205)
Message du Conseil fédéral 21.02.01 (FF 2001 3045)
Nationalrat/Conseil national 13.12 01 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 13.12.01 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 25.09.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 26.09 02 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 28.11 02 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 02 12.02 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 04.03.03 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 10.03.03 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 12 03 03 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 21 03 03 (Schlussabstimmung – Vote final)
Standerat/Conseil des Etats 21.03.03 (Schlussabstimmung – Vote final)
Text des Erlasses 1 (BBI 2003 2745)
Text de l'acte législatif 1 (FF 2003 2429)

- 2. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Invalidenversicherung durch die Anhebung der Mehrwertsteuersätze
- 2. Arrêté fédéral sur le financement de l'assurance-invalidité par le biais d'un relèvement des taux de la taxe sur la valeur ajoutée

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
(= Nichteintreten)
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
(= Ne pas entrer en matière)

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: Juste un mot: je vous demande de ne pas entrer en matière sur l'arrêté 2, puisque tout a été réglé dans l'arrêté 1.

Le président (Christen Yves, président): Le rapporteur de langue allemande, M. Gross Jost, opine du chef. Formellement, nous devions procéder ainsi. Vous constatez que la commission propose d'adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Schluss der Sitzung um 12.30 Uhr La séance est levée à 12 h 30

Fünfte Sitzung -Cinquième séance

Montag, 10. März 2003 Lundi, 10 mars 2003

15.15 h

02.082

Soziale Sicherheit. Abkommen mit der Republik der Philippinen Sécurité sociale. Convention avec la République des Philippines

Erstrat - Premier Conseil

Botschaft des Bundesrates 13.11.02 (BBI 2003 89) Message du Conseil fédéral 13 11 02 (FF 2003 65)

Bericht SGK-SR 17.02 03 Rapport CSSS-CE 17.02.03

Standerat/Conseil des Etats 10.03.03 (Erstrat - Premier Conseil)

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Die Kommission beantragt einstimmig, den Beschlussentwurf zu genehmigen und den Bundesrat zu ermächtigen, das Abkommen zu ratifizieren.

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Die Philippinen sind der erste asiatische Staat, mit dem wir ein Abkommen über soziale Sicherheit schliessen. Es betrifft rund 10 000 philippinische Staatsangehörige, ein Drittel davon in der Schweiz. Es betrifft aber auch 2000 Schweizerinnen und Schweizer. die auf den Philippinen leben. Das Abkommen betrifft die AHV und die IV. Die Wirkung, die wir mit dem Abkommen erzielen, ist zusammengefasst folgende: Philippinen, die in der Schweiz gelebt, gearbeitet haben, und vor allem philippinische Frauen, die nach einer Scheidung auf die Philippinen zurückkehren, können neu die Rente exportieren. Das ist das Entscheidende. Auch für Schweizer auf den Philippinen hat das Abkommen Vorteile, weil die Schweizer AHV-Jahre nun auf den Philippinen anerkannt werden, was bisher nicht der Fall war. Das bringt in jeder Hinsicht Vorteile. Die Kommission anerkennt dies und bittet Sie einstimmig,

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen L'entrée en matière est décidée sans opposition

Bundesbeschluss betreffend das Abkommen zwischen der Schweiz und der Republik der Philippinen über soziale Sicherheit

Arrêté fédéral concernant la convention de sécurité sociale entre la Suisse et la République des Philippines

Gesamtberatung - Traitement global

Titel und Ingress, Art. 1, 2 Titre et préambule, art. 1, 2

der Ratifizierung zuzustimmen.

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble Für Annahme des Entwurfes 37 Stimmen (Einstimmigkeit) 01.015

4. IV-Revision 4e révision de l'Al

Differenzen - Divergences

Botschaft des Bundesrates 21.02 01 (BBI 2001 3205) Message du Conseil fédéral 21.02.01 (FF 2001 3045)

Nationalrat/Conseil national 13 12.01 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 13.12.01 (Fortsetzung - Suite)

Standerat/Conseil des Etats 25.09 02 (Zweitrat - Deuxième Conseil)

Standerat/Conseil des Etats 26.09.02 (Fortsetzung - Suite)

Standerat/Conseil des Etats 28 11.02 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 02.12.02 (Differenzen - Divergences)

Nationalrat/Conseil national 04 03.03 (Fortsetzung - Suite)

Standerat/Conseil des Etats 10.03 03 (Differenzen - Divergences)

Nationalrat/Conseil national 12 03.03 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 21.03.03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Standerat/Conseil des Etats 21.03.03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 1 (BBI 2003 2745) Texte de l'acte législatif 1 (FF 2003 2429)

- 1. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
- 1. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Kurz zum Allgemeinen: Der Nationalrat ist uns in den meisten Beschlüssen gefolgt. Mit einer Ausnahme haben wir jetzt keine wesentlichen Differenzen mehr. Ich werde dazu in der Detailberatung kurz Stellung nehmen.

Gliederungstitel vor Art. 1a; Art. 1a; Gliederungstitel vor Art. 1b; Art. 1b

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre précédant l'art. 1a; art. 1a; titre précédant l'art. 1b; art. 1b

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 41 Abs. 2

Antrag der Kommission Festhalten

Art. 41 al. 2

Proposition de la commission Maintenir

Angenommen – Adopté

Art. 42 Abs. 2

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 42 al. 2

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 59 Abs. 2, 2bis

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 59 al. 2, 2bis

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national



Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: In diesem Artikel soll die Beurteilung der medizinischen Anspruchsvoraussetzungen für eine IV-Rente geregelt werden. Ihre Kommission hat Ihnen in der ersten Runde den nun vorliegenden Text des Nationalrates vorgeschlagen. Sie sind uns damals nicht gefolgt und haben entschieden, dass die Regelung der Beurteilung dem Bundesrat zu übertragen sei. Aufgrund der Diskussion in unserem Gremium hat die nationalrätliche SGK unseren Kommissionsvorschlag wiederaufgenommen. Der Nationalrat hat sich dem Vorschlag ohne Diskussion angeschlossen.

Demnach soll die organisatorische Verantwortung für die Einrichtung der regionalen ärztlichen Dienste bei den IV-Stellen liegen. Das Anforderungsprofil und die Fachaufsicht sollen aber durch den Bund organisiert werden. Mit diesem Vorschlag wird der kontroversen Materie wie auch all den verschiedenen Bedürfnissen Rechnung getragen. Damit wird ein Schritt zu einer einheitlichen Praxis und zu einer verstärkten Fachaufsicht des Bundes getan, und trotzdem bleibt die Organisationshoheit der IV-Stellen gewahrt.

Wir bitten Sie einstimmig, dem Beschluss des Nationalrates zu folgen.

Angenommen - Adopté

∆rt. 64

Antrag der Kommission

Abs. 2

Die Erfüllung der in Artikel 57 erwähnten Aufgaben durch die IV-Stellen ist vom zuständigen Bundesamt jährlich zu überprüfen. Es sorgt für eine einheitliche Anwendung des Gesetzes.

Abs. 3

Die Führung der Rechnungen der IV-Stellen wird im Rahmen der Revision der für die IV-Stellen zuständigen Ausgleichskassen nach Artikel 68 Absatz 1 AHVG durch unabhängige, externe, spezialisierte und vom zuständigen Bundesamt zugelassene Revisionsstellen geprüft. Das Bundesamt ist befugt, nötigenfalls ergänzende Revisionen selbst vorzunehmen oder durch die zentrale Ausgleichsstelle oder eine externe Revisionsstelle durchführen zu lassen.

Abs. 4

Die in Absatz 3 erwähnten externen Revisionsstellen dürfen an der administrativen Führung der IV-Stelle oder der Ausgleichskasse nicht beteiligt sein; sie müssen in jeder Beziehung für eine einwandfreie und sachgemässe Durchführung der Revisionen und Kontrollen Gewähr bieten.

Art. 64

Proposition de la commission

AI. 2

L'office fédéral compétent examine chaque année l'exécution par les offices AI de leurs tâches selon l'article 57. Il veille à une application uniforme de la loi.

Al. 3

La tenue des comptes des offices AI est, dans le cadre de la révision des caisses de compensation compétentes pour les offices AI selon l'article 68 alinéa 1er LAVS, examinée par des organes de révision indépendants, externes, spécialisés et reconnus par l'office fédéral. L'office fédéral peut, en cas de besoin, procéder lui-même à des révisions complémentaires ou y faire procéder par la Centrale de compensation ou par un organe de révision externe.

Al. 4

Les organes de révision externes cités à l'alinéa 3 ne doivent pas participer à la gestion administrative de l'office Al ou de la caisse de compensation; ils doivent offrir à tous points de vue une garantie absolue pour une exécution irréprochable et objective des révisions et des contrôles.

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Hier handelt es sich noch um die letzte, aber gewichtigste materielle Differenz. Der Nationalrat hat mit 82 zu 57 Stimmen an sei-

nem Beschluss festgehalten. Er vertritt weiterhin die Meinung, dass die materielle Geschäftsführung der IV-Stellen durch unabhängige, externe und spezialisierte Revisionsstellen zu überprüfen sei.

Ihre Kommission hat sich aufgrund der Diskussion im Nationalrat noch einmal ausführlich mit der Thematik auseinander gesetzt. Dabei wurde die Meinung vertreten, dass eine transparentere Lösung, die klarer aufzeigt, dass es sich um zwei Arten der Prüfung handelt, von Nutzen sein könnte. Die Verwaltung hat in der Folge einen Vorschlag vorgelegt, der eine transparentere Ausgangslage erlaubt.

Nach gewalteter Diskussion empfiehlt Ihnen Ihre Kommission einstimmig, dass die Überprüfung der Leistungsansprüche, d. h. die Bemessung der Invalidität und des Assistenzbedarfs gemäss Artikel 57, vom zuständigen Bundesamt zu überprüfen ist. Die Rechnungsprüfung hingegen soll weiterhin durch private, spezialisierte Treuhandgesellschaften vorgenommen werden.

Nochmals: Bei der materiellen Prüfung wird untersucht, ob die dezentralen Entscheidungsstellen die Weisungen, Verordnungen und Gesetze einhalten, ob man z. B. den Bericht eines Psychiaters richtigerweise akzeptiert hat, ob also eine Rente zu Recht zugesprochen worden ist oder ob eine berufliche Eingliederung noch möglich gewesen wäre. Dabei sind immer medizinische und psychologische Fragen zu prüfen, die grösstenteils dem Ermessen unterliegen. Dabei besteht die Aufgabe des Aufsichtsorgans in erster Linie darin, zu beurteilen, ob die Entscheide nachvollziehbar dokumentert sind, ob das Ermessen der 26 IV-Stellen einheitlich angewendet wird und sich innerhalb einer gewissen gesamtschweizerischen Bandbreite bewegt.

Dies, so Ihre Kommission, bedingt eine einzige Instanz der Überprüfung. Die Dossierüberprüfung erfolgt in Bern, die Prüfungen dauern bei einer kleineren bis mittleren IV-Stelle eine Woche, bei den grossen zwei Wochen. Neben dieser materiellen Geschäftsprüfung erfolgen auch Prüfungen des Zahlungsverkehrs. Die IV-Stellen lösen mit ihren Entscheiden Zahlungen von rund 5 Milliarden Franken aus: mit den beruflichen Eingliederungen sind es gar 6 Milliarden Franken. Der Zahlungsverkehr wird über die Ausgleichskassen des Kantons abgewickelt. Sie untersuchen, ob eine Verfügung vorliegt, die Auszahlung richtig erfolgt und die Buchhaltung auch geprüft wird. Diese Überprüfung wird bereits heute von privaten Treuhandgesellschaften vorgenommen. Die entsprechenden Regelungen finden sich im AHV-Gesetz. Damit die gewünschte Transparenz geschaffen werden kann, wurde die Regelung aus dem AHV-Gesetz in Artikel 24 des IV-Gesetzes eingebaut. In Absatz 2 von Artikel 64 geht es um die materielle Prüfung, in den Absätzen 3 und 4 ist die Prüfung der Rechnung der IV-Stellen geregelt.

Ich bitte Sie nochmals im Namen der einstimmigen Kommission, dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Büttiker Rolf (R, SO): Ich habe schon in der ersten Runde gegen die Lösung der SGK opponiert. Ich muss Ihnen sagen, dass ich zusammen mit den IV-Stellen auch mit der neuen Lösung, wie sie nun von der SGK in Artikel 64 mit den Absätzen 2, 3 und 4 beantragt wird, nicht zufrieden bin. Warum? Der Antrag der SGK bringt in diesem Bereich keine Änderung, sondern verkommt inhaltlich dazu, dass der eigentliche Versicherungsteil, und um den geht es mir, eben nicht einer externen Überprüfung geöffnet wird. Das ist der entscheidende Fehler auch des neuen Antrages. Es geht ja nicht um die Führung der Rechnung der IV-Stellen, sondern um die Prüfung der spezifischen, materiellen und in Gesetz, Verordnungen und Weisungen klar geregelten Aufgaben der IV-Stellen.

Man muss sich heute fragen, ob das, was lange währt, endlich gut wird, denn seit 43 Jahren hat das BSV das Instrument der Geschäftsprüfung in den Händen. Leider müssen wir heute feststellen, dass in wichtigen Kernfragen keine Aussagen über das Funktionieren der IV vorhanden sind. Wir freuen uns, also ich freue mich, dass sich der Nationalals Erstrat zweimal, und jeweils mit überaus klaren Mehrhei-

ten, für eine moderne, jährliche, spezialisierte und unabhängige Revision ausgesprochen hat. Die Anerkennung der entsprechenden Revisionsstelle durch das BSV und der Erlass von Revisionskriterien garantieren eine professionelle Prüfung und bringen eine standardisierte Qualitätssicherung.

Die bei sämtlichen anderen Sozialversicherungen längst bewährten Elemente sollten endlich auch in den Sonderfall IV Eingang finden. Da die Kantone für die IV-Stellen haften, haben sich auch 18 Kantone – das dürfen wir nicht vergessen – in der Vernehmlassung explizit für die genannte Lösung ausgesprochen.

Deshalb beantrage ich Ihnen – ich habe es nicht schriftlich getan, aber ich glaube, der Antrag ist verständlich –, dem Nationalrat zu folgen.

Präsident (Plattner Gian-Reto, Präsident): Herr Büttiker beantragt, bei Absatz 2 dem Beschluss des Nationalrates zuzustmmen. Damit würden die Absätze 3 und 4 hinfällig.

Stähelin Philipp (C, TG): Ich habe grosses Verständnis für den Antrag Büttiker. Weshalb? Wir haben in unseren Diskussionen insbesondere eines festgestellt, dass nämlich das Verhältnis zwischen dem BSV und den IV-Stellen nicht zum Besten steht. Hier ist klar viel Sand im Getriebe feststellbar, und das ist kein guter Zustand. Trotzdem bitte ich Sie, bei der Fassung der Kommission zu bleiben. Sehen Sie, wir sollten hier das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Es geht darum, das Verhältnis zwischen der Aufsichtsinstanz und den beaufsichtigten IV-Stellen zu verbessern. Es kann aber schlussendlich nicht darum gehen, die Aufsicht und die Geschäftsprüfung zu trennen. Das BSV wird auch nach dem neuen Vorschlag in der Aufsichtsfunktion belassen. Wie soll es diese Aufsicht durchführen, wenn es die Geschäfte nicht überprüfen kann? Ich kann mir das nicht vorstellen.

Es ist machbar – und das haben wir ja nun auch vorgeschlagen –, dass die Rechnungsprüfung an eine unabhängige Revisionsinstanz ausgelagert wird. Das gibt es, das ist nichts Neues, das machen wir auch bei den Ausgleichskassen, bei der AHV. Das scheint mir die zweckmässige Lösung zu sein. Aber die Überprüfung aller einzelnen Geschäftsabläufe ist primär eine Aufsichtsfunktion. Die können wir wohl kaum dem BSV einfach wegnehmen. Das wird keine gute Lösung sein.

Ich bitte Sie, mit der Kommission so zu verbleiben, aber ich bitte Sie auch um etwas anderes, nämlich dass das BSV, dass dieses Bundesamt hier inskünftig für ein besseres Klima sorgt. Es geht nicht an, dass unter den Ebenen hier nur noch Streit herrscht. Es müssen wieder einvernehmliche Lösungen gefunden werden. Das Vertrauen muss wiederhergestellt werden. Es könnte beispielsweise auch dadurch gefördert werden, dass nicht alle jährlichen Überprüfungen nach Artikel 64 Absatz 2 so erfolgen, dass tonnenweise Papier und Dossiers mit der Paketpost nach Bern geschickt werden - ich übertreibe etwas -, sondern die Inspektionen dann eben auch persönlich, vor Ort vorgenommen werden. Ein Antrag, dass die jährlichen Überprüfungen in der Regel bei den IV-Stellen erfolgen sollten, hat keine Mehrheit in der Kommission gefunden. Ich nehme ihn jetzt auch nicht auf. Aber ich habe dort die Zusicherung erhalten - die klingt mir noch im Ohr -, dass dies in der Praxis doch in diese Richtung entwickelt werde. Ich bitte darum, dass das dann tatsächlich auch erfolgen wird.

Es wäre wohl auch sachdienlich, wenn sich unsere Geschäftsprüfungskommission hier gelegentlich der Verhältnisse annehmen würde; ich bitte sie darum.

Slongo Marianne (C, NW): Offensichtlich führt dieser umstrittene Artikel zu einigen Missverständnissen. Neu schlägt unsere vorberatende Kommission eine Aufteilung nach fachlicher und finanzieller Revision vor. Diese Unterscheidung ist gerade für eine Sozialversicherung nicht sinnvoll.

Es werden oft die Begriffe «Aufsicht» und «Geschäftsprüfung» verwechselt. Die Aufsicht über alle Sozialversicherungen, also auch die IV, kommt klar dem Bundesrat zu. Dies bedeutet – Sie finden das im ATSG, Artikel 76 Absätze 1 und 2, unter dem Titel «Aufsichtsbehörde» –: «Der Bundesrat überwacht die Durchführung der Sozialversicherungen und erstattet hierüber regelmässig Bericht. In Fällen wiederholter schwerer Missachtung der gesetzlichen Vorschriften durch einen Versicherungsträger ordnet der Bundesrat die notwendigen Massnahmen zur Wiederherstellung der gesetzmässigen Verwaltung an.»

Die Geschäftsprüfung ist also lediglich ein Mittel dieser Aufsicht. Dieses Aufsichtsmittel wird, mit Ausnahme der IV, für alle Sozialversicherungen durch unabhängige, externe und spezialisierte Revisionsstellen ausgeübt. Auch viele Kantonsregierungen und viele IV-Stellen sind für diese externe und unabhängige Revision. Es geht also nicht um Sonderinteressen von privaten Revisionsgesellschaften, sondern um eine sachgerechte und unabhängige Kontrolle.

Durch den Erlass von Revisionsanweisungen kann das Bundesamt konkret steuern. Zudem haben wir mit Artikel 59 klar entschieden, dass die Beurteilung der medizinischen Anspruchsvoraussetzungen nicht mehr bei den IV-Stellen, sondern bei den so genannten neuen regionalen ärztlichen Diensten erfolgen soll.

Diese Aufgabenteilung ist eindeutig und klar. Die Geschäftsprüfungen der IV-Stellen und der erwähnten regionalen ärztlichen Dienste sind also zwei Paar Schuhe. Es ist sachgerecht, dass das Bundesamt jährlich die Erfüllung der regionalen Dienste und nachfolgend die Behebung der festgestellten Mängel pruft. Die vom Nationalrat vorgesehene externe Geschäftsprüfung befasst sich also nicht mit medizinischen Fragen, sondern - analog den anderen Sozialversicherungen - mit klassischen Versicherungsfragen wie z. B.: Sind die Vergleichseinkommen bei der Berechnung des Invaliditätsgrades korrekt eruiert und begründet? Oder: Sind die ökonomischen Gleichgewichtsfaktoren bei einem Umschulungsentscheid richtig festgestellt und quantifiziert? Diese Beispiele dokumentieren, dass die von der Kommission vorgesehene Unterscheidung zwischen finanzieller und fachlicher Aufsicht mehr Probleme schafft als löst.

Gemass Antrag Büttiker muss die unabhängige, externe und spezialisierte Revisionsstelle vom zuständigen Bundesamt anerkannt werden. Es ist dieses Bundesamt, welches klare Revisionsanweisungen für standardisierte, verifizierte, professionelle und unabhängige Prüfungen erteilt. Dadurch sind die einheitliche Anwendung sowie transparente Qualitätskriterien dieser externen Revision analog der AHV und den anderen Sozialwerken gewährleistet. Wir wollen keinen Sonderfall IV, wir wollen mehr Transparenz und eine klare Kompetenzregelung. Aufsichtsaufgaben und Kontrollfunktion müssen entflochten werden. Ich unterstütze diesen Weg.

Couchepin Pascal, président de la Confédération: Je crois que c'est un article qui a une certaine importance, autant par l'esprit qui est derrière cette proposition que par son contenu même. Nous savons tous que l'assurance-invalidité a de très gros problèmes de financement. L'Al a près de 5 milliards de francs de dettes, et on parlera tout à l'heure des moyens de combler ce trou. Ce qu'il faut absolument éviter, c'est que le trou se creuse encore au cours des années prochaines. En tous les cas, il faut éviter qu'il se creuse au rythme de ces dernières années.

Dans la 4e révision de l'Al qui vous a été soumise, et que vous avez approuvée jusqu'à maintenant, il y a quelques mesures qui vont dans le sens d'une meilleure maîtrise des coûts et d'une responsabilisation de l'OFAS; il y a l'introduction des services médicaux régionaux interdisciplinaires; je crois que c'est une bonne chose. Et tout d'un coup, ici, on a le sentiment qu'on revient à l'ancien système et qu'on veut continuer ce qui a fait une partie des difficultés de l'Al, à savoir que ceux qui paient ne sont pas les mêmes que ceux qui prennent les décisions. Les décisions de l'Al sont prises au niveau d'organisations cantonales, et c'est l'Al fédérale qui paie. Alors, un des buts de la 4e révision, c'est d'essayer de combler ce trou entre la responsabilité pour la décision et



la responsabilité pour le paiement à travers le recours aux services médicaux interdisciplinaires. Ici, nous voulons aussi avoir la possibilité de mieux contrôler, et de contrôler directement, et de manière uniforme sur l'ensemble de la Suisse, les activités des offices.

Or, la proposition Büttiker, soutenue par l'un ou l'autre d'entre vous, va dans l'autre sens. Cette proposition tend à maintenir le statu quo, à maintenir la possibilité d'avoir des gens qui sont indépendants de l'OFAS pour contrôler les offices Al. A la fin, c'est quand même nous qui sommes responsables! Alors, j'en appelle à la logique. Si vous voulez nous rendre responsables, il faut nous donner les moyens de l'être, et pas dire à la première étape déjà: «On veut en rester à l'ancien système. Vous êtes responsables, mais on ne vous donne pas les moyens de contrôle.»

M. Stähelin a dit quelque chose qui me semble relever du bon sens. Comme on l'a dit en commission, il est évident qu'il faudra contrôler les offices régionaux par l'envoi des dossiers à Berne, mais aussi périodiquement par le contact direct sur place avec les services cantonaux de l'Al. Nous ne voulions pas, et la commission nous a suivis, que l'on introduise une clause disant que le contrôle doit se faire systématiquement sur place. Je crois que ce ne serait pas un bon système celui dans lequel des «missi dominici» seraient envoyés périodiquement dans les provinces de l'empire pour contrôler les offices Al. Ces gens passeraient une semaine ou quinze jours à l'hôtel – avec des soirées libres! – et contrôleraient pendant la journée l'office Al.

Il faut qu'il y ait un mélange intelligent entre le contact personnel, comme le souhaite M. Stähelin, et l'efficacité administrative qui commande de ne pas être sur place pour contrôler tous les dossiers, mais seulement une partie d'entre eux. Je confirme ce qui a été dit en commission à M. Stähelin: le fait que sa proposition ait été rejetée ne signifie en aucun cas qu'on ne doive pas aller sur place. Au contraire, on doit aller sur place, mais il ne faut pas en faire une règle générale, ni dans un sens ni dans l'autre.

Pour le reste, je crois qu'il vous faut choisir: ou bien vous voulez nous confier plus de responsabilités, ce qui vous permettra de nous critiquer davantage si nous ne réussissons pas, lentement, à ramener le bateau dans des eaux plus paisibles; ou bien vous renoncez à nous donner des moyens supplémentaires, et dans ce cas-là nous renonçons à la responsabilité politique.

Abstimmung – Vote Für den Antrag der Kommission 33 Stimmen Für den Antrag Büttiker 8 Stimmen

Art. 68quater Titel, Abs. 1, 1bis

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 68quater titre, al. 1, 1bis

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Forster-Vannini Erika (R, SG), für die Kommission: Der Nationalrat hat inhaltlich unserer Lösung zugestimmt, Pilotversuche zur Stärkung der eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Lebensführung von Versicherten mit einem Bedarf an Pflege und Betreuung zuzulassen. Er hat lediglich Absatz 1bis in die Übergangsbestimmungen versetzt.

Wir können uns dem hier anschliessen. Das heisst: Wir stimmen hier dem nationalrätlichen Beschluss zu, und in den Übergangsbestimmungen folgen wir dann ebenfalls dem Nationalrat.

Angenommen - Adopté

Ziff. II Bst. abis

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. II let. abis

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen -- Adopté

00.014

11. AHV-Revision 11e révision de l'AVS

Differenzen - Divergences

Botschaft des Bundesrates 02.02.00 (BBI 2000 1865) Message du Conseil fédéral 02.02.00 (FF 2000 1771)

National rat/Conseil national 07 05.01 (Erstrat - Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 08 05.01 (Fortsetzung – Suite)

Nationalra (Conseil national 08.05.01 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 08 05.01 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 08.05.01 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 09.05.01 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 13 12.01 (Fortsetzung - Suite)

Standerat/Conseil des Etats 25.09.02 (Zweitrat - Deuxième Conseil)

Standerat/Conseil des Etats 26.09.02 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 02.10.02 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 04.10.02 (Schlussabstimmung - Vote final)

Standerat/Conseil des Etats 04.10.02 (Schlussabstimmung -- Vote final)

Text des Erlasses 3 (BBI 2002 6491) Texte de l'acte législatif 3 (FF 2002 6032)

Ständerat/Conseil des Etats 27 11.02 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 28.11.02 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 04 03.03 (Differenzen - Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 10.03.03 (Differenzen - Divergences)

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze

1. Arrêté fédéral sur le financement de l'AVS/Al par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée

Frick Bruno (C, SZ), für die Kommission: Es geht um die langfristige Finanzierung der AHV und der IV. Wir wissen heute, dass wir bis im Jahr 2012 oder 2013 für die AHV 1,5 Prozent Mehrwertsteuer brauchen, um die zusätzlichen Kosten der AHV aufgrund der demographischen Entwicklung in zwei Etappen ausgleichen zu können. 0,5 Prozent ungefähr ab dem Jahr 2008 und ein weiteres Prozent ungefähr ab dem Jahr 2012 sind nötig, um die Folgen der demographischen Entwicklung auszugleichen, nicht um zusätzliche Leistungen zu bezahlen.

- 1. Die IV benötigt ab sofort, d. h. raschestmöglich, zusätzlich 1 Prozent Mehrwertsteuer, um die bestehende Schuld des IV-Fonds von sage und schreibe 5,5 Milliarden Franken begleichen zu können. Mit 1 Prozent kann die Rechnung bis etwa im Jahr 2012 ausgeglichen gestaltet werden. Im ersten Rundgang, am 28. November 2002, hat unser Rat 1 Prozent für die IV bewilligt, ab dem Jahre 2005.
- 2. Wir haben aber die Mehrwertsteuererhöhung für die AHV aufgeschoben; wir wollten sie nicht in die Vorlage aufnehmen. Warum? Weil erst ab dem Jahr 2008 eine erste Mehrwertsteuererhöhung nötig ist und die Mehrheit in diesem Saal der Ansicht war, dass auf der Verfassungsstufe neue Steuersätze in schwieriger wirtschaftlicher Zeit nicht fünf oder zehn Jahre im Voraus festgelegt werden sollen.

3. Hingegen haben wir den Bundesanteil von 17 bzw. 15 Prozent an den Mehrwertsteuererträgen für AHV und IV einstimmig und meiner Erinnerung nach – die mich nicht trügt – ohne Gegenantrag beibehalten.

Der Nationalrat hat die Differenzbereinigung letzten Dienstag durchgeführt, und er hat entschieden, die Mehrwertsteuer in der Verfassung um 2,3 Prozent zu erhöhen: 1,5 Prozent für die AHV – auf Gesetzesstufe bis etwa im Jahr 2012 umzusetzen – und sofort 0,8 Prozent für die IV. Gleichzeitig

Neunte Sitzung - Neuvième séance

Mittwoch, 12. März 2003 Mercredi, 12 mars 2003

15.00 h

01.015

4. IV-Revision 4e révision de l'Al

Differenzen - Divergences

Botschaft des Bundesrates 21.02.01 (BBI 2001 3205)
Message du Conseil fédéral 21.02.01 (FF 2001 3045)
Nationalrat/Conseil national 13 12 01 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 13 12 01 (Fortsetzung – Suite)
Standerat/Conseil des Etats 25.09.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 26.09 02 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 28.11 02 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 02 12 02 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 04 03 03 (Fortsetzung – Suite)
Standerat/Conseil des Etats 10 03 03 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 12.03.03 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 21 03 03 (Schlussabstimmung – Vote final)
Standerat/Conseil des Etats 21 03 03 (Schlussabstimmung – Vote final)
Text des Erlasses 1 (BBI 2003 2745)
Text des Erlasses 1 (BBI 2003 2745)

- 1. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
- 1. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité

Art. 41 Abs. 2; 64 Abs. 2–4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 41 al. 2; 64 al. 2–4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Gross Jost (S, TG), für die Kommission: Bei der 4. IV-Revision stehen nur noch zwei Differenzen mit dem Ständerat aus

Zunächst zu Artikel 41 Absatz 2: Hier hat der Nationalrat in seiner letzten Beschlussfassung daran festgehalten, dass eine Teilrente oder eine Rente erst nach einer Karenzfrist von 3 Monaten auf 80 Prozent reduziert werden soll und dann während weiteren 9 Monaten zu 80 Prozent weiterbestehen soll, und zwar in der Meinung, dass es konsequent sei, mit der Einführung der Dreiviertelsrente nicht nur eine Flexibilisierung der Rentenabstufung, sondern auch eine Flexibilisierung der Rentenrevision vorzusehen, um Arbeitsversuche nicht zu bestrafen und nicht gleich schon nach 3 Monaten zur Rentenkürzung zu schreiten. Damit soll ein Anreiz zur Wiedereingliederung geschaffen werden. Diese Auffassung entspricht nicht jener des Ständerates: Der Standerat möchte an der jetzigen Praxis festhalten, wonach nach einer Karenzfrist von 3 Monaten eine Rentenrevision vorgenommen werden kann

Die Kommission ist der Auffassung, dass wir diese Differenz nicht stehen lassen, sondern bereinigen sollten, um einem raschen Inkrafttreten des Gesetzes – mutmasslich auf den 1. Januar 2004 – grünes Licht zu geben. Es sind seitens der Verwaltung und des zuständigen Bundesrates auch gewisse Erklärungen abgegeben worden, dass man in Bezug auf die Rentenrevision eine flexible Praxis beachten will, um solche Arbeitsversuche nicht unnötig zu belasten oder zu gefährden

Aus diesen Gründen ist in der Kommission eine Abstimmung erfolgt; mit 13 zu 8 Stimmen hat man sich dem Ständerat angeschlossen. Die Minderheit verzichtet darauf, das hier zu thematisieren bzw. die Differenz aufrechtzuerhalten, weil sie der Auffassung ist, dass das rasche Inkrafttreten des IVG Vorrang habe und es die Verwaltung und die zuständigen IV-Stellen in der Hand haben, hier eine flexible Haltung in Bezug auf Arbeitsversuche und Rentenrevision einzunehmen.

Wir haben eine zweite Differenz, in Artikel 64. Sie erinnern sich an die Auseinandersetzung über die interne Fachaufsicht des Bundesamtes für Sozialversicherung und die externe Kontrolle durch besonders befähigte, unabhängige, spezialisierte und vom Bundesamt zugelassene Revisionsstellen. Der Ständerat hat hier - wahrscheinlich mit Hilfestellung der Verwaltung – einen sehr umfangreichen neuen Arti-kel vorgeschlagen, der in der Kommission als Paragraphenmonster qualifiziert wurde, aber eigentlich einen, denke ich, guten Kompromiss zwischen den auch hier im Rat divergierenden Positionen wiedergibt. Die Lösung, die sich aus diesem komplizierten Text ergibt, wäre nun also die, dass die interne Fachaufsicht zur Vereinheitlichung der IV-Praxis durch das Bundesamt für Sozialversicherung beibehalten bzw. verstärkt werden soll, die externe Kontrolle aber durchaus durch unabhängige Revisionsstellen vorgenommen werden kann, die allerdings besondere Anforderungen erfüllen müssen, nämlich: Sie müssen unabhängig sein, sie müssen spezialisiert sein, und sie müssen vom Bundesamt für Sozialversicherung zugelassen sein. Ich denke, das gibt dieses Meinungsspektrum durchaus richtig wieder. Deshalb hat hier die Kommission einstimmig dieser Kompromisslösung zugestimmt.

Meyer Thérèse (C, FR), pour la commission: Nous sommes ici dans la dernière phase de la procédure d'élimination des divergences de la 4e révision de l'Al. Il ne subsiste plus que deux divergences, l'une à l'article 41 alinéa 2 et l'autre à l'article 64 alinéas 2 à 4.

Concernant l'article 41 alinéa 2, le Conseil national avait maintenu jusqu'à maintenant un alinéa destiné à stimuler et à faciliter la réintégration, dans le cas d'une diminution du degré d'invalidité, par une réduction d'un cinquième de la rente seulement pendant les neuf mois suivant les trois mois de délai de carence dans un cas comme cela. C'était donc un but très louable, auquel nous tenions.

Cependant, le libellé de l'article posait des problèmes d'application et le Conseil des Etats s'en est tenu à la pratique actuelle, qui permet de diminuer la rente après trois mois de délai de carence.

La commission s'est finalement – avec un peu de peine, il est vrai – ralliée à la décision du Conseil des Etats pour ce qui concerne cette modalité.

En ce qui concerne l'article 64 alinéa 2, nous avions deux écoles: d'un côté le Conseil fédéral, suivi par le Conseil des Etats, donnait à l'office fédéral compétent la tâche d'examiner la gestion des offices AI; de l'autre le Conseil national voulait un examen par un organe de révision indépendant, externe, pour examiner les comptes de ces offices. Lors de la dernière navette au Conseil national, en tant que rapporteure, j'avais suggéré d'allier les deux buts, de confier à l'office fédéral compétent l'examen de la gestion des tâches que doivent faire les offices AI, qui est dans sa compétence, et de confier l'examen de la tenue des comptes à des organes de révision externes comme pour les autres assurances sociales.

Le Conseil des Etats a tenu compte de ces remarques. Il a adopté un article qui mentionne les deux formes de surveillance. Cet article a une forme un peu mammouth, mais, comme il répond au désir que nous avions formulé, la commission s'est ralliée là aussi à la version du Conseil des Etats



Si vous adoptez, et ça va être le cas, ces deux propositions, il n'y aura plus du tout de divergences dans le projet de 4e révision de l'Al.

Angenommen – Adopté

01.022

Moratorium plus und Strom ohne Atom. Volksinitiativen. Kernenergiegesetz Moratoire plus et Sortir du nucléaire. Initiatives populaires. Loi sur l'énergie nucléaire

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 28.02.01 (BBI 2001 2665) Message du Conseil fédéral 28.02.01 (FF 2001 2529) Standerat/Conseil des Etats 13 12 01 (Erstrat - Premier Conseil) Standerat/Conseil des Etats 13.12.01 (Fortsetzung - Suite)

Bericht UREK-NR 18.02.02 Rapport CEATE-CN 18.02.02

Nationalrat/Conseil national 22.03.02 (Frist - Délai)

Nationalrat/Conseil national 20 06.02 (Zweitrat - Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 20 06.02 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 20.06 02 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 23.09.02 (Fortsetzung - Suite)

Standerat/Conseil des Etats 26.11.02 (Differenzen - Divergences)

Standerat/Conseil des Etats 13 12 02 (Schlussabstimmung - Vote final)

Nationalrat/Conseil national 13.12.02 (Schlussabstimmung - Vote final)

Text des Erlasses 1 (BBI 2002 8154) Texte de l'acte législatif 1 (FF 2002 7571)

Text des Erlasses 2 (BBI 2002 8156) Texte de l'acte législatif 2 (FF 2002 7573)

Nationalrat/Conseil national 05.03 03 (Differenzen - Divergences)

Standerat/Conseil des Etats 10.03.03 (Differenzen - Divergences)

Nationalrat/Conseil national 12 03.03 (Differenzen - Divergences)

Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 13 03 03

Standerat/Conseil des Etats 18.03 03 (Differenzen - Divergences)

Nationalrat/Conseil national 18 03 03 (Differenzen - Divergences) Standerat/Conseil des Etats 21 03 03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 21.03.03 (Schlussabstimmung - Vote final)

3. Kernenergiegesetz

3. Loi sur l'énergie nucléaire

Fischer Ulrich (R, AG), für die Kommission: Wir haben beim Kernenergiegesetz noch vier Differenzen. Eine betrifft das Kernenergiegesetz im engeren Sinn; die restlichen Anderungen betreffen das bisherige Recht oder die Übergangsbestimmungen. Die zahlreichen übrigen Differenzen konnten alle bereits bereinigt werden.

Die erste Differenz betrifft Artikel 43\Der Nationalrat hat aufgrund der Formulierung der Verwaltung eine entscheidende Verstärkung der Mitwirkungsrechte des Standortkantons, aber auch der Nachbarkantone und sogar der Nachbarlander bei der Erteilung der Rahmenbewilligung festgelegt. Der Standerat hat die Intensität dieser Mitwirkung noch verstärkt, indem Standortkanton, Nachbarkantone und Nachbarländer, die in unmittelbarer Nähe des vorgesehen Standortes liegen, an der Vorbereitung des Rahmenbewilligungsentscheides beteiligt werden, d. h., nicht nur angehört werden müssen, sondern effektiv beteiligt werden.

An der Kompetenzordnung wird durch diese Änderung allerdings nichts geändert. Der Entscheid über die Rahmenbewilligung liegt nach wie vor beim Bund.

Die Kommission hat dieser Änderung – mit 19 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen - zugestimmt. Ich bitte Sie, dasselbe zu Nun hat Herr Hans-Jürg Fehr noch einen Einzelantrag eingereicht, der der Kommission nicht vorlag. Ich nehme dazu Stellung, sobald Herr Fehr seinen Antrag begründet hat.

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Fehr Hans-Jürg

Mitwirkung der Standortregion

Text

Das Departement beteiligt den Standortkanton, die in unmittelbarer Nähe des vorgesehenen Standortes liegenden Nachbarkantone und Nachbarländer an der Vorbereitung des Rahmenbewilligungsentscheides. Die Anliegen des Standortkantons und der in unmittelbarer Nähe liegenden Nachbarkantone und Nachbarländer sind zu berücksichtigen.

Art. 43

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Fehr Hans-Jürg

Titre

Participation de la région d'accueil

Le département associe le canton d'accueil, ainsi que les cantons et les Etats voisins situés à proximité immédiate de l'emplacement prévu, à la préparation du projet de décision d'octroi de l'autorisation générale. Les préoccupations du canton d'accueil, ainsi que des cantons et Etats voisins situés à proximité immédiate, sont prises en compte.

Fehr Hans-Jürg (S, SH): Ich möchte zunächst eine kurze Bemerkung zur Marginalie von Artikel 43 machen: Wir reden immer noch von der Mitwirkung des Standortkantons. Wir haben aber beschlossen, dass die Nachbarkantone und die Nachbarländer auch in die Mitwirkung einbezogen werden. Darum schlage ich vor, dass man in der Marginalie «Standortkanton» in «Standortregion» umtauft. Meiner Meinung nach ist das kein Antrag, sondern eine redaktionelle Änderung. Sie ergibt sich einfach aus den bisherigen Beschlüssen des National- und des Ständerates. Es sollte also «Mitwirkung der Standortregion» heissen.

Zum Inhalt meines Antrages: Wir haben in diesem Artikel 43 nun das Mitwirkungsrecht der Standortregion verankert, und wir sichern dieser betroffenen Standortregion zu, dass ihre Anliegen berücksichtigt werden müssen. Das ist meiner Meinung nach ein ganz klares Versprechen an die Standortregion. Mit dem letzten Satzteil von Artikel 43 heben wir dieses soeben abgegebene Versprechen aber gleich selber wieder auf: Die Formulierung «soweit dies das Projekt nicht unverhältnismässig einschränkt» ist absolut gummig, sie ist diffus, sie ist Stoff für das Bundesgericht. Die Frage, die sich hier stellt, lautet doch: Wann wird ein Endlagerprojekt durch die Berücksichtigung der Anliegen der betroffenen Bevölkerung verhältnismässig und wann unverhältnismässig eingeschränkt? Ich frage, ob das hier jemand beantworten kann. Was heisst in diesem Zusammenhang «verhältnismässig», was heisst «unverhältnismässig»?

Das ist einfach zu unklar, das kann man so nicht stehen lassen! Ich ziehe den Schluss aus dieser Formulierung, der sich angesichts der bisherigen Geschichte um die Suche nach einem Endlagerstandort und auch angesichts der von den Mehrheiten beider Räte beschlossenen Abschaffung des Vetorechtes des Standortkantons geradezu aufdrängt: Die Anliegen der betroffenen Region werden in nur unwesentlichen Teilen berücksichtigt, oder sie werden überhaupt nicht berücksichtigt! Mit anderen Worten: Wir legiferieren hier ein grobes Täuschungsmanöver!

Wir lassen die Region im Glauben, sie könne tatsächlich Einfluss auf den Rahmenbewilligungsentscheid nehmen. Dabei wissen wir ganz genau, dass dies nicht der Fall sein



21. März 2003 517 Nationalrat 00.008

800.00

Gen-Lex. Umweltschutzgesetz. Änderung Gen-lex. Loi sur la protection de l'environnement. Modification

Schlussabstimmung - Vote final

Botschaft des Bundesrates 01 03 00 (BBI 2000 2391)
Message du Conseil fédéral 01.03.00 (FF 2000 2283)
Bericht WBK-SR 30.04.01
Rapport CSEC-CE 30.04.01
Standerat/Conseil des Etats 13.06.01 (Erstrat – Premier Conseil)
Standerat/Conseil des Etats 14.06.01 (Fortsetzung – Suite)
Bericht WBK-SR 27.08.01
Rapport CSEC-CE 27.08.01
Ständerat/Conseil des Etats 26.09.01 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 01.10.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 02 10.02 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 02.10.02 (Fortsetzung – Suite)
Standerat/Conseil des Etats 05.12.02 (Differenzen – Divergences)

Standerat/Conseil des Etats 13.03.03 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 21 03.03 (Schlussabstimmung – Vote final)
Nationalrat/Conseil national 21 03.03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 05.03.03 (Differenzen – Divergences) Nationalrat/Conseil national 05.03 03 (Fortsetzung – Suite)

Text des Erlasses (BBI 2003 2778) Texte de l'acte législatif (FF 2003 2462)

Bundesgesetz über die Gentechnik im Ausserhumanbereich (Gentechnikgesetz, GTG) Loi fédérale sur l'application du génie génétique au do-

maine non humain (Loi sur le génie génétique, LGG)

Graf Maya (G, BL): Die grüne Fraktion wird dem vorliegenden Gentechnikgesetz zustimmen, aber mit wenig Begeisterung. Der Schutz der GVO-freien Produktion, die Deklaration und die Trennung der Warenflüsse sind zwar in diesem Gesetz geregelt, was wir begrüssen: in diesem Gesetz fehlt aber eindeutig die Verankerung eines Moratoriums für den Anbau von Gentech-Saatgut in der Landwirtschaft, im Gartenbau und in der Forstwirtschaft in unserem Land. Sie wissen, mit der Gentechfrei-Initiative, die innert eines Monats bereits 50 000 Unterschriften erhalten hat, wird diesem Anliegen, das immerhin von einer grossen Mehrheit der Bevölkerung getragen wird, dann noch Rechnung getragen wenn auch erst zu einem späteren Zeitpunkt, was wir natürlich sehr bedauern.

Sommaruga Simonetta (S, BE): Noch im letzten September hat die FDP-Fraktion für Nichteintreten und Rückweisung des Gentechnikgesetzes Stimmen gesammelt: Die Vorgaben des Gesetzes seien unpraktikabel, diskriminierend, unerfüllbar und forschungsfeindlich. Weder Nichteintreten noch Rückweisung sind zustande gekommen. Heute konnen wir ein Gesetz verabschieden, das der Bevölkerung vor fast zehn Jahren versprochen wurde, mit dem Schutz der gentechfreien Produktion, mit der Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten, mit einer strengen Haftpflicht und mit klaren Vorgaben für die Bewilligungen. Unter diesen Bedingungen kann die SP diesem Gesetz zustimmen. Dieses Gesetz ist dank einer Allianz von CVP, Grünen, SP sowie jenen Landwirtschaftsvertretern in diesem Parlament zustande gekommen, die noch die echten Bauern vertreten. Solche Allianzen sind erfreulich. Zusammen mit der Gentechfrei-Initiative wird die Schweizer Landwirtschaft jetzt eine echte Chance erhalten, sich auch in Zukunft als natürliche Landwirtschaft zu profilieren.

Riklin Kathy (C, ZH): Das Gentechnikgesetz gelangt heute zum Abschluss. Wir sind froh darüber. Die CVP-Fraktion hat sich entscheidend dafür eingesetzt, dass der Verfassungsauftrag in diesem wichtigen, aber emotional stark befrachteten Gebiet umgesetzt wird. Der Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten und der Natur soll gewährleistet sein. Eine klare Haftungsregelung mit angemessenen Verjährungsfristen soll die Produzenten und Landwirte in die Verantwortung nehmen. Die Wahlfreiheit der Konsumenten und die Trennung des Warenflusses werden garantiert; die Forschung soll aber nicht behindert werden. Damit ist eine Entwicklung der Gentechnologie möglich, ohne dass der Schutz und Erhalt der biologischen Vielfalt und deren nachhaltige Nutzung gefährdet werden. Auch wir danken für die konstruktive Zusammenarbeit und freuen uns, dass wir diesem Gesetz zustimmen können.

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 00.008/3572) Für Annahme des Entwurfes 159 Stimmen Dagegen 4 Stimmen

01.015

4. IV-Revision 4e révision de l'Al

Schlussabstimmung – Vote final
Botschaft des Bundesrates 21.02 01 (BBI 2001 3205)

Message du Conseil fédéral 21.02.01 (FF 2001 3045)
Nationalrat/Conseil national 13.12.01 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 13 12.01 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 25.09.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Standerat/Conseil des Etats 26.09.02 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 28.11.02 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 02.12.02 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 04.03 03 (Fortsetzung – Suite)
Standerat/Conseil des Etats 10.03.03 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 12 03 03 (Differenzen – Divergences)
Nationalrat/Conseil national 21.03.03 (Schlussabstimmung – Vote final)
Standerat/Conseil des Etats 21.03.03 (Schlussabstimmung – Vote final)
Text des Erlasses 1 (BBI 2003 2745)
Texte de l'acte législatif 1 (FF 2003 2429)

Bundesgesetz über die Invalidenversicherung Loi fédérale sur l'assurance-invalidité

Abstimmung – Vote (namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 01.015/3573) Für Annahme des Entwurfes 178 Stimmen Dagegen 5 Stimmen

Vierzehnte Sitzung -Quatorzième séance

Freitag, 21. März 2003 Vendredi, 21 mars 2003

08.00 h

98.038

Schweizerisches Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetz. Änderung

Code pénal suisse et Code pénal militaire. Modification

Schlussabstimmung - Vote final

Botschaft des Bundesrates 21.09.98 (BBI 1999 1979) Message du Conseil fédéral 21 09.98 (FF 1999 1787) Standerat/Conseil des Etats 14.12.99 (Erstrat - Premier Conseil) Standerat/Conseil des Etats 08.03.00 (Fortsetzung - Suite) Standerat/Conseil des Etats 28.1/1.00 (Fortsetzung – Suite) Nationalrat/Conseil national 06,06.01 (Zweitrat - Deuxième Conseil) Nationalrat/Conseil national 07.06.01 (Fortsetzung - Suite) Nationalrat/Conseil national 07.06 01 (Fortsetzung - Suite) Standerat/Conseil des Etats/19.09.01 (Differenzen - Divergences) Nationalrat/Conseil national 07.03.02 (Fortsetzung - Suite) Nationalrat/Conseil national 07 03.02 (Fortsetzung - Suite) Ständerat/Conseil des Elats 04.06.02 (Differenzen - Divergences) Standerat/Conseil des États 04.06.02 (Fortsetzung – Suite) Nationalrat/Conseil national 16.09.02 (Differenzen – Divergences) Nationalrat/Conseil national 17.09.02 (Fortsetzung - Suite) Standerat/Conseil des Etats 02.12.02 (Differenzen - Divergences) Standerat/Conseil des Etats 13 12 02 (Schlussabstimmung - Vote final) Nationalrat/Conseil national 13 12.02 (Schlussabstimmung - Vote final) Text des Erlasses/1 (BBI 2002 8240) Texte de l'acte législatif 1 (FF 2002 7658) Standerat/Conseil des Etats 04.03.03 (Differenzen - Divergences)

Nationalrat/Conseil national 12.03.03 (Differenzen - Divergences)

Standerat/Conseil des Etats 21.03.03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 21.03.03 (Schlussabstimmung - Vote final)

Militärstrafgesetz Code pénal militaire

Text des Erlasses 2 (BBI 2003 2808) Texte de l'acte législatif 2 (FF 2003 2494)

Abstimmung – Vote Für Annahme des Entwurfes 41 Stimmen (Einstimmigkeit) 800.00

Gen-Lex.
Umweltschutzgesetz.
Änderung
Gen-lex.
Loi sur la protection
de l'environnement. Modification

Schlussabstimmung - Vote final

Botschaft des Bundesrates 01.03.00 (BBI 2000 2391) Message du Conseil fédéral 01.03 00 (FF 2000 2283)

Bericht WBK-SR 30 04.01 Rapport CSEC-CE 30.04.01

Ständerat/Conseil des Etats 13.06.01 (Erstrat - Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.01 (Fortsetzung - Suite)

Bericht WBK-SR 27.08.01 Rapport CSEC-CE 27.08.01

Standerat/Conseil des Etats 26.09.01 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 01.10.02 (Zweitrat - Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 02.10.02 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 02 10.02 (Fortsetzung - Suite)

Standerat/Conseil des Etats 05.12.02 (Differenzen - Divergences)

Nationalrat/Conseil national 05.03.03 (Differenzen - Divergences)

Nationalrat/Conseil national 05.03.03 (Fortsetzung – Suite)

Standerat/Conseil des Etats 13.03.03 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 21 03 03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Consell national 21.03 03 (Schlussabstimmung - Vote final)

Text des Erlasses (BBI 2003 2778) Texte de l'acte législatif (FF 2003 2462)

Bundesgesetz über die Gentechnik im Ausserhumanbereich (Gentechnikgesetz, GTG)

Loi fédérale sur l'application du génie génétique au domaine non humain (Loi sur le génie génétique, LGG)

Abstimmung – Vote Für Annahme des Entwurfes 41 Stimmen (Einstimmigkeit)

01.015

4. IV-Revision 4e révision de l'Al

Schlussabstimmung - Vote final

Botschaft des Bundesrates 21.02.01 (BBI 2001 3205) Message du Conseil fédéral 21.02.01 (FF 2001 3045)

Nationalrat/Conseil national 13.12.01 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 13.12.01 (Erstat = Fremier Conseil Nationalrat/Conseil national 13.12.01 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 25 09 02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Standerat/Conseil des Etats 26.09.02 (Fortsetzung - Surte)

Standerat/Conseil des Etats 28.11.02 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 02.12.02 (Differenzen - Divergences)

Nationalrat/Conseil national 04.03.03 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 10.03.03 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 12.03.03 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 21 03.03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Standerat/Conseil des Etats 21.03.03 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 1 (BBI 2003 2745) Texte de l'acte législatif 1 (FF 2003 2429)

Bundesgesetz über die Invalidenversicherung Loi fédérale sur l'assurance-invalidité

Abstimmung – Vote Für Annahme des Entwurfes 41 Stimmen (Einstimmigkeit)





NATIONAL RAT

Abstimmungsprotokoll

Ref. 1942

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL

Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI)

Gegenstand / Objet du vote:

Vote sur l'ensemble

Abstimmung vom / Vote du: 13.12.2001 18:47:57

Aeppli Wartmann	Abate	+	R	TI	Fehr Hans	0	V	ZH
Aeschbacher			_	-				
Antille * R VS Fehr Lisbeth + V Z ZH Badder Caspar * V BL Fehr Mano * S ZH Badder Elvra + C SO Febr Mano * S ZH Banga * V V BE Febr Mano * S ZH Banga * V V GB Febr Mano * S BB Bangar * V SG GB Frey Claude * R NE Baumann Rued + G BE Frey Claude * R NE Beumann Stephanie + S BE Gadent + V GB Gelatil + V GB Be Ferby Claude * NE BE Berberat + V GB Galli + V GB Bull H S NE BU			4					
Baader Caspar				+		_		-
Bader Elwra + C SO Fetz * S BS Banga * S SO Fischer-Seengen * R AG Baumann Alexander + V TG Freund + V AR Baumann Ruedi + G BE Freund + V AR Beck + L VD Galli + V AR NE Bearnasconi + V Galli + C BE Berberat + S NE Garbani + V GE Genner + C BE Berberat + R GE Genner + C BE Garbot + R GE Genner + C ZH Gerber - C ZH Gizerendanner + V AG Gizerendanner + V AG Gizerendanner + V AG Gizer		*					1	
Banga		+.			-	*		-
Bangerter						*		_
Baumann Alexander + V TG Freund + V AR Baumann Ruedi + G BE Frey Claude * R NE Baumann Stephanne + S BE Gadlent + V GR Beck * L VD Galli + C BE Beck * L VD Galli + C BE Berberat + S ME Garbani + C BE Berberat + R GE Genner + C ME R Berberat + R GE Genner + C ME R Frey Claude * R R C B E B B B B B B B B B B B B B B		1	-		Fischer-Seengen			
Baumann Ruedi + G BE Frey Claude * R NE Baumann Stephanie + S BE Gadient + V GR Beck * L VD Galli + C BE Berberat + S NE Galli + C BE Berberat + S NE Garbani + S NE Bernasconi + R GE Genner + G ZH Bigger 0 V SG Glasson + R F R Bigger 0 V SG Glasson + R F R Bignasca * - TI Gur * V AG Bidder + V ZH Goll + S ZH Borer 0 V SG Grobet * S ZH Borer 0 V SO Grobet * S GE Bortoluzzi + V ZH Gross Andreas * S ZH Bosshard * R ZH Gross Jost + S TG Brunner Toni 0 V SG Gusan * R VD Buhlman + G LU Gutzwiller + R ZH Cavalli * S TI Gysin Remo + S BE Chiffell		+		-				_
Baumann Stephanie + S BE Gadient + V GR Beck * L VD Galli + C BE Berberat + S NE Garbani + C BE Bernasconi + R GE Genner + G ZH AG BI FR GE Gener + G ZH AG AG ZH AG		-		-				1
Beck * L VD Galli + C BE Berberat + S NE Garbanı + S NE Berzola + R GE Genner + G ZH Bezzola + R GR Giezendanner * V AG Bigger o V SG Glasson + R FR FR Bigger o V SG Glasson + R FR FR FR Glur * V AG Glur * V AG Glur * V AG Glur * V AG BI Gur W AG BI AG BI AG BI AG BI AG BI AG BI AG AG BI AG BI AG BI AG BI AG BI AG BI		-		-		-		
Berberat			-			_	_	_
Bernasconi + R GE Genner + G ZH Bezzola + R GR Giezendanner * V AG Bigger o V SG Glasson + R FR Bigger o V SG Goll + S R BR Grost Grost Grost Br CH Grost Grost Grost Grost SG Grost BR Ch Grost Grost SG Ch BB BB Crost AG Grost AG SG Ch Grost AG SG Ch Grost AG SG AG AG AG		1				_	_	_
Bezzola + R GR Bigger Giezendanner * V AG Glasson + R FR FR FR FR FR Glur * V AG Glasson + R FR FR FR FR FR FR FR Goll * V AG Glasson + R FR FR FR FR FR FR FR Goll * V AG Glur * V AG Goll + S ZH Graf H Goll + S ZH Graf H Graf H Graf Grobet * V ZH Graf H Gross Andreas * S ZH Gross Andreas * Gross Andreas *		+	+			-		
Bigger		-			,			
Bignasca * - TI Glur * V AG Binder + V ZH Goll + S ZH Blocher * V ZH Graf + G BL Borer o V SO Grobet * S GE Borrolluzzi + V ZH Gross Andreas * S ZH Bosshard * R ZH Gross Jost + S TG Brunner Toni o V SG Guisan * R VD Bugnon * V VD Guitzwiller + R ZH Buhlmann + G LU Gutzwiller + R ZH Buhrer * R SH Gutzwiller + R ZH Cavalli * S TI Gutzwiller + R ZH Chappuis * S FR Haering Binder + S BS Chevrier + C VS Haller + V BE Chevrier + C VS Haller + V BE Christen * R VD Hassler + V BE Christen * B VD Hassler + V GR Cuche + G NE Heberlein o R ZH Bourac		1	-					I
Binder		0	V					_
Blocher		<u> </u>	-					
Boren		_				_	_	
Bortoluzzi		1	1 -			+	-	4 1
Bosshard								
Brunner Toni O V SG Guisan * R V Bugnon * V VD Gunter + S BE Buhlmann + G LU Gutzwiller + R ZH Buhlmann + G LU Gutzwiller + R ZH Buhlmann + G LU Gutzwiller + R ZH Cavalli * S TI Gysin Remo + S BB Chappuis * S FR Haering Binder + S ZH Chyricelle * S VD Hammerle + V BE Chiffelle * S VD Hassler + V BE Chiristen * R VD Hassler + V GR Christen * * R NE Heberlein 0		+			•			-
Bugnon * V VD Gunter + S BE Buhmann + G LU Gutzwiller + R ZH Buhmann + G LU Gysin Hans Rudolf o R BL Cavalli * S TI Gysin Remo + S BS Chappuis * S FR Haering Binder * S ZH Chevrier + C VS Haller + V BE Chiffelle * S VD Hammerle * S GR Christen * R VD Hassler + V GR Cina + C VS Heberlein o R ZH Cuche + G NE Hegetschweiler o R ZH Decurtins + C GR Hess Berhard + C SO Dormann Rosemarie + C LU Hess Peter + C ZG Dormant Nosemarie + C LU Hess Walter + C SG Dunant o V BS Hollenstein + G SG Dupraz * R GE Hubmann + S ZH Eberhard * C SZ Imfeld + C OW Eggly * L GE Janiak + S BL								
Buhlmann + G LU Gutzwiller + R ZH Buhrer * R SH Gysin Hans Rudolf o R BL Cavalli * S TI Gysin Remo + S BS Chappuis * S FR Haering Binder * S ZH Chyrorer + C VS Haller + V BE Chyrorer + C VS Haller + V BE Chyrorer + C VS Hammerle * S ZH Christen + C VS Heberlein 0 R ZH Christen + C VS Heberlein 0 R ZH Cuche + G NE Hegetschweiler 0 R ZH Decurtins + C GR Hess Berhard * C<	-	0	+ ·					
Suhrer		<u> </u>						
Cavalli * S TI Gysin Remo + S BS Chappuis * S FR Haering Binder * S ZH Chevrier + C VS Haller + V BE Chiffelle * S VD Hammerle * S GR Christen * R VD Hassler + V GR Cina + C VS Heberlein o R ZH Cuche + G NE Hegetschweiler o R ZH Decurtins + S GE Heim + C SO Dordel + S GE Hem + C SO Dormann Rosemarie + C LU Hess Berhard * BE Hess Peter + C ZG Hess Walter + C SG Dunant o V BS Hollenstein + G SG Dupraz * R GE Hubmann + S ZH Eberhard * C SZ Imfeld + C OW Eggly * L GE Janiak + S BL Ehrler * C AG Joder * V BE Engelberger o R NW Josen * S FR Est		+						_
Chappuis * S FR FR Chaering Binder * S ZH Chevrier + C VS Haller + V BE Chiffelle * S VD Hammerle * S GR Christen * R VD Hassler + V GR Cina + C VS Heberlein o R ZH Cuche + G NE Hegetschweiler o R ZH de Dardel + S GE Heim + C SO Decurtins + C GR Hess Berhard * - BE Dornze + E BE Hess Peter + C ZG Dormann Rosemarie + C LU Hess Walter + C SG Dunant o V BS Hollenstein + G SG Dupraz * R GE Hubmann + S ZH Eberhard * C SZ Imfeld + C OW Eggly * L GE Janiak + S BL Ehrler * C AG Joser * V BE Engelberger o R NW Josen + S VS Estermann + C LU Jutzet * S FR <td></td> <td>*</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td>		*						
Chevrier + C VS Haller + V BE Chiffelle * S VD Haller + V BE Christen * R VD Hammerle * S GR Cuche + C VS Heberlein o R ZH de Dardel + G NE Hegetschweiler o R ZH de Dardel + S GE Heim + C SO Decurtins + C GR Hessenhard * - BE Donze + E BE Hess Peter + C ZG Dormann Rosemarie + C LU Hess Walter + C ZG Dormond Marlyse + S VD Hofmann Urs + S AG Dupraz * R GE Hubmann + S <td></td> <td>1</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>+</td> <td></td> <td>-</td>		1				+		-
Chiffelle * S VD Hammerle * S GR Christen * R VD Hassler + V GR Cina + C VS Heberlein 0 R ZH Cuche + G NE Hegetschweiler 0 R ZH de Dardel + S GE Heim + C SO Decurtins + C GR Hess Berhard * - BE Dorman Rosemarie + C LU Hess Walter + C ZG Dormann Rosemarie + S VD Hofmann Urs + S AG Dunant 0 V BS Hollenstein + G SG Dupraz * R GE Hubmann + S ZH Eberhard * C SZ Imfeld + C OW Eggly * L GE Janiak + S BL Eggly * L GE Janiak + S BL Ehrler * C AG Joder * V BE Engelberger 0 R NW Jossen + S VS Estermann + C LU Jutzet * S FR Fassler + S SG Keller Robert + V ZH					,	*		
Christen * R VD Haissler + V GR Cuna + C VS Heberlein 0 R ZH Cuche + G NE Hegetschweiler 0 R ZH de Dardel + S GE Heim + C SO Decurtins + C GR Hess Berhard * - BE Donze + E BE Hess Peter + C ZG Dormann Rosemarie + C LU Hess Walter + C SG Dormond Marlyse + S VD Hofmann Urs + S AG Dupraz * R GE Hubmann + S ZH Eberhard * C SZ Imfeld + C OW Eggrszegi O R AG Imhof + C BL Eggly * L GE Janiak + S BL Endleberger O R NW Josen + S VS Estermann + C LU Jutzet * S FR Fassler + S G Keller Robert + V ZH Fattebert O V VD Kofmel + R SO		+			h			
Cina + C VS Heberlein 0 R ZH Cuche + G NE Hegetschweiler 0 R ZH de Dardel + S GE Heim + C SO Decurtins + C GR Hess Berhard * - BE Donze + E BE Hess Peter + C ZG Dormann Rosemarie + C LU Hess Walter + C SG Dormond Marlyse + S VD Hofmann Urs + S AG Dupraz * R GE Hubmann + S ZH Eberhard * C SZ Imfeld + C OW Eggrszegi o R AG Imhof + C BL Ehrler * C AG Joder * V	 	*			· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	*		
Cuche + G NE Hegetschweiler o R ZH de Dardel + S GE Heim + C SO Decurtins + C GR Hess Berhard * - BE Donze + E BE Hess Peter + C ZG Dormann Rosemarie + C LU Hess Walter + C SG Dormond Marlyse + S VD Hofmann Urs + S AG Dunant o V BS Hollenstein + G SG Dupraz * R GE Hubmann + S ZH Eberhard * C SZ Imfeld + C OW Eggrszegi o R AG Imhof + C BL Eggly * L GE Jannak + S BL Engelberger o R NW Jossen + S VS Estermann + C LU Jutzet * S FR	Christen	*				+	_	
de Dardel + S GE Heim + C SO Decurtins + C GR Hess Berhard * - BE Donze + E BE Hess Peter + C ZG Dormann Rosemarie + C LU Hess Walter + C SG Dormond Marlyse + S VD Hofmann Urs + S AG Dunant o V BS Hollenstein + G SG Dupraz * R GE Hubmann + S ZH Eberhard * C SZ Imfeld + C OW Eggrszegi o R AG Imhof + C BL Eggly * L GE Janiak + S BL Ehrler * C AG Joder * V BE Engelberger o R NW Jossen + S VS Estermann + C LU Jutzet * S FR Fasel + G FR Kaufmann o V ZH Fastlebert o V VD Kofmel + R SO	Cına	+			Heberlein	0		
Decurtins + C GR Hess Berhard * - BE Donze + E BE Hess Peter + C ZG Dormann Rosemarie + C LU Hess Walter + C SG Dormond Marlyse + S VD Hofmann Urs + S AG Dunant o V BS Hollenstein + G SG Dupraz * R GE Hubmann + S ZH Eberhard * C SZ Imfeld + C OW Egerszegi o R AG Imhof + C BL Eggly * L GE Janiak + S BL Ehrler * C AG Joder * V BE Engelberger o R NW Jossen + S		+				0		
Decurring	de Dardel	+					С	
Dormann Rosemarie + C LU Hess Walter + C S G Dormond Marlyse + S VD Hofmann Urs + S AG Dunant o V BS Hollenstein + G SG Dupraz * R GE Hubmann + S ZH Eberhard * C SZ Imfeld + C OW Eggrszegi o R AG Imhof + C BL Eggly * L GE Janiak + S BL Ehrler * C AG Joder * V BE Engelberger o R NW Jossen + S VS Estermann + C LU Jutzet * S FR Fasel + G FR Kulfmann o V ZH Fastlebert o V VD Kofmel + R SO	Decurtins	+			Hess Berhard	*		
Dormond Marlyse + S VD Hofmann Urs + S AG Dunant o V BS Hollenstein + G SG Dupraz * R GE Hubmann + S ZH Eberhard * C SZ Imfeld + C OW Eggrszegi o R AG Imhof + C BL Eggly * L GE Janiak + S BL Ehrler * C AG Joder * V BE Engelberger o R NW Jossen + S VS Estermann + C LU Jutzet * S FR Fassler + S G Keller Robert + V ZH Fattebert o V VD Kofmel + R SO		+		BE	Hess Peter	+		ZG
Dunant o V BS Hollenstein + G SG Dupraz * R GE Hubmann + S ZH Eberhard * C SZ Imfeld + C OW Eggrszegi o R AG Imhof + C BL Eggly * L GE Janiak + S BL Ehrler * C AG Joder * V BE Engelberger o R NW Jossen + S VS Estermann + C LU Jutzet * S F Fassler + S G Keller Robert + V ZH Fattebert o V VD Kofmel + R SO	Dormann Rosemarie	+	С	LU	Hess Walter	+	С	SG
Dupraz * R GE Hubmann + S ZH Eberhard * C SZ Imfeld + C OW Egerszegi o R AG Imhof + C BL Eggly * L GE Janiak + S BL Ehrler * C AG Joder * V BE Engelberger o R NW Jossen + S VS Estermann + C LU Jutzet * S F Fassle + G FR Kaufmann o V ZH Fassler + S SG Keller Robert + V ZH Fattebert o V VD Kofmel + R SO	Dormond Marlyse	+	S	٧D	Hofmann Urs	+		
Sec	Dunant		٧		Hollenstein	+	G	SG
Egerszegi o R AG Imhof + C BL Eggly * L GE Janiak + S BL Ehrler * C AG Joder * V BE Engelberger o R NW Jossen + S VS Estermann + C LU Jutzet * S FR Fasel + G FR Kaufmann o V ZH Fassler + S SG Keller Robert + V ZH Fattebert o V VD Kofmel + R SO	Dupraz		R	GE	Hubmann	+	S	ZH
Eggly * L GE Janiak + S BL Ehrler * C AG Joder * V BE Engelberger o R NW Jossen + S VS Estermann + C LU Jutzet * S FR Fasel + G FR Kaufmann o V ZH Fassler + S SG Keller Robert + V ZH Fattebert o V VD Kofmel + R SO	Eberhard	*	С	SZ	Imfeld	+	C	OW
Ehrler * C AG Joder * V BE Engelberger o R NW Jossen + S VS Estermann + C LU Jutzet * S FR Fasel + G FR Kaufmann o V ZH Fassler + S SG Keller Robert + V ZH Fattebert o V VD Kofmel + R SO	Egerszegi	0	R		Imhof	+	С	BL
Engelberger O R NW Jossen + S VS Estermann + C LU Jutzet * S FR Fasel + G FR Kaufmann o V ZH Fassler + S SG Keller Robert + V ZH Fattebert o V VD Kofmel + R SO	Eggly	*	L	GE	Janiak	+	S	BL
Estermann + C LU Jutzet * S FR Fasel + G FR Kaufmann o V ZH Fassler + S G Keller Robert + V ZH Fattebert o V VD Kofmel + R SO	Ehrler	*			Joder	*		BE
Estermann + C LU Jutzet * S FR Fasel + G FR Kaufmann o V ZH Fassler + S G Keller Robert + V ZH Fattebert o V VD Kofmel + R SO	Engelberger	0	R	NW	Jossen			۷S
Fasel + G FR Kaufmann o V ZH Fassler + S SG Keller Robert + V ZH Fattebert o V VD Kofmel + R SO		+	С			*	S	FR
Fattebert O V VD Kofmel + R SO		+	G	FR	Kaufmann	0	V	ZH
Fattebert O V VD Kofmel + R SO	Fassler	+	S	SG	Keller Robert	+	٧	ZH
Favre * R VD Kunz * V LU	Fattebert	0			Kofmel			SO
	Favre	*	R	۷D	Kunz	*		

		,	, .
Kurrus	+	R	BL
Lachat	. +	С	JU
Lalive d'Epinay	*	R	SZ
Laubacher	+	٧	LU
Lauper	, +	C	FR
Leu	+	С	LU
Leutenegger Hajo	+	R	ZG
Leutenegger Susanne	*	S	BL
Leuthard	+	С	AG
Loepfe	*	С	Al
Lustenberger	, +	С	LU
Maillard	+	S	VD
Maitre	+	С	GE
Mariétan	*	С	VS
Marti Werner	+	S	GL
Marty Kalın	*	S	ZH
Maspoli	*	-	Ti
Mathys	*	٧	AG
Maurer	+	٧	ZH
Maury Pasquier	#	S	GE
Meier-Schatz	*	С	SG
Menétrey Savary	+	G	VD
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	+	С	FR
Morgeli	*	٧	ZH
Mugny	+	G	GE
Muller Erich	+	R	ZH
Muller-Hemmi	+	S	ZH
Nabholz	+	R	ZH
Neirynck	*	С	VD
Oehrli	+	V	BE
Pedrina	*	S	TI
Pelli	=	R	TI
Pfister Theophil	0	V	SG
Polla	+	L	GE
Raggenbass	+	С	TG
Randegger	*	R	BS
Rechsteiner Paul	+	S	SG
Rechsteiner-Basel	+	S	BS
Rennwald	+	S	JU
Rıklın	+	Ċ	ZH
Robbiani	+	C	TI
Rossini	+	s	٧S
Ruey	+	Ť	۷D
Sandoz Marcel	*	R	VD
Schenk	+	Ÿ	BE
Scherer Marcel	+	Ÿ	ZG
Scheurer Rémy	+	Ĺ	NE
Schibli	*	v	ZH
Schluer	0	Ť	ZH
absent / assente			

Schmid Odılo	+	С	VS
Schmied Walter	*	V	BE
Schneider	*		BE
Schwaab	*	S	۷D
Seiler Hanspeter	+	٧	BE
Siegrist	+	٧	AG
Simoneschi-Cortesi	+	С	TI
Sommaruga	+	S	BE
Speck	*	٧	AG
Spielmann	*	-	GE
Spuhler	*	٧	TG
Stahl	+	٧	ZH
Stamm Luzi	0	٧	AG
Steinegger	*	R	UR
Steiner	*	R	SO
Strahm	*	s	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	*	s	AG
Suter	+	R	BE
Teuscher	+	G	BE
Thanei	+	s	ZH
Theiler	0	R	LU
Tillmanns	*	S	VD
Triponez	0	R	BE
Tschappat	*	s	BE
Tschuppert	0	R	LU
Vallender	*	R	AR
	*	c	GE
Vaudroz Deno	+	R	VD
Vaudroz Rene	*	s	BE
Vermot	-	S	
Vollmer Weber Christian	+	E	BE
Waber Christian	_	С	BE SG
Walker Félix	+	V	-
Walter Hansjorg	+	V	TG
Wandfluh	+	R	BE
Wasserfallen		_	BE
Weigelt	+	R	SG
Weyeneth	+	۷ S	BE
Widmer	+	_	LU
Widrig	+	C	SG
Wiederkehr	+	E	ZH
Wirz-von Planta	+	L	BS
Wittenwiler	+	R	SG
Wyss Ursula	+	S	BE
Zach	+	С	AG
Zanetti	+	S	SO
Zapfl	*	C	ZH
Zbinden	+	S	AG
Zısyadıs	0	-	VD
Zuppiger	0	V	ZH

Ergebnisse / Résultats:

Gesamt / Complète / Tutto	
ja / oui / si	112
nein / non / no	1
enth. / abst. / ast.	21
entschuldigt / excusé / scusato	65

Fraktion / Groupe / Gruppo	С	G	L	R	S	Ε	٧	-
ja / oui / sì	27	10	4	15	31	4	21	0
neın / non / no	0	0	0	1	0	0	0	0
enth. / abst. / ast.	0	0	0	9	0	0	11	1
entschuldigt / excusé / scusato	8	n	2	17	20	1	13	4

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non:

13.12.2001 18:48:27/ 0026

Identif: 46.10/13.12.2001 18:47:57

Ref.: (Erfassung) Nr: 1942

⁺ ja/oui/sì

^{*} entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato

⁼ nein / non / no o enth / abst. / ast.

[#] Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes



NATIONAL RAT

Abstimmungsprotokoll

Ref. 1944

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL

Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI)

Gegenstand / Objet du vote:

Vote sur l'ensemble AF2 sur le financement de l'Al

Abstimmung vom / Vote du: 13.12.2001 19:41:10

Abate	+	R	TI	Fehr Hans	+	V	ZH
Aeppli Wartmann	+	S	ZH	Fehr Hans-Jurg	+	S	SH
Aeschbacher	+	Ε	ZH	Fehr Jacqueline	+	S	ZH
Antille	*	R	٧S	Fehr Lisbeth	+	V	ZH
Baader Caspar	*	٧	BL	Fehr Mario	+	S	ZH
Bader Elvira	+	С	SO	Fetz	+	S	BS
Banga	*	S	SO	Fischer-Seengen	*		AG
Bangerter	+	R	BE	Fohn	+	v	SZ
Baumann Alexander	+	V	TG	Freund	+	v	AR
Baumann Ruedi	+	G	BE	Frey Claude	*		ΝE
Baumann Stephanie	+	s	BE	Gadient	+	V	GR
Beck	*	L	VD	Galli	+	c	BE
Berberat	+	s	NE	Garbani	+	s	NE
Bernasconi	+	R	GE	Genner	+		ZH
Rezzola	+	R	GR	Giezendanner	*	v	AG
Bigger	+	v	SG	Glasson	+	R	
Bignasca	*	÷	TI	Glur	+	v	AG
Binder	0	٧	ZH	Goll	+	S	ZH
Blocher	*	V	ZH	Graf	+	G	BL
		v	SO	Grobet	*	S	GE
Borer Bortoluzzi	+	V	ZH	Gross Andreas	*	S	ZH
	*	R				S	
Bosshard		۲	ZH	Gross Jost	+		TG
Brunner Toni	+	V	SG	Guisan	+	R	
Bugnon	-		VD	Gunter	+	S	BE
Buhlmann	+	G	LU	Gutzwiller	+	R	ZH
Buhrer		R	SH	Gysin Hans Rudolf	+	R	BL
Cavalli	+	S	TI	Gysin Remo	+	S	BS
Chappuis		S	FR	Haering Binder		S	ZH
Chevrier	+	C	VS	Haller	+	-	BE
Chiffelle	-	S	VD	Hämmerle	+	S	GR
Christen	+	R	VD	Hassler	+	٧	GR
Cina	+	С	٧S	Heberlein	0	R	ZH
Cuche	+	G	NE	Hegetschweiler	+	R	ZH
de Dardel	+	S	GE	Heim	+	С	SO.
Decurtins	+	С	GR	Hess Berhard	*	-	BE
Donzé	+	E	BE	Hess Peter	=	С	ZG
Dormann Rosemarie	+	С	LU	Hess Walter	+	С	SG
Dormond Marlyse	+	S	VD	Hofmann Urs	+		AG
Dunant	+	٧	BS	Hollenstein	+	_	SG
Dupraz	*		GE	Hubmann	+	S	ZH
Eberhard	+	С	SZ	Imfeld	+	С	OW
Egerszegi	0	R	AG	Imhof	+	С	BL
Eggly	*	L	GE	Janiak	+	S	BL
Ehrler	+	С	AG	Joder	*	٧	BE
Engelberger	+		NW	Jossen	+	S	٧S
Estermann	+		LU	Jutzet	*	S	FR
Fasel	+	G	FR	Kaufmann	+	٧	ZH
Fassler	+	S	SG	Keller Robert	+	٧	ZH
Fattebert	+	٧	۷D	Kofmel	+	R	SO
Favre	*	R	٧D	Kunz	+	٧	LU

Kurrus	*	R	BL
Lachat	+	c	JU
Lalive d'Epinay	*	Ř	SZ
Laubacher	0	V	LU
Lauper	+	Č	FR
	+	c	LU
Leu			ZG
Leutenegger Hajo	0	S	
Leutenegger Susanne			BL
Leuthard	+	C	AG Al
Loepfe	=	C	_
Lustenberger	=	S	LU
Maillard	+		VD
Maitre	+	C	GE
Marietan		C	VS
Marti Werner	. + .	S	GL
Marty Kalın	·	s	ZH
Maspoli	*	<u>-</u>	TI
Mathys		٧	AG
Maurer	+	٧	ZH
Maury Pasquier	#	S	GE
MOIGH SCHULE	*	С	SG
Ménétrey Savary	+	G	VD
Messmer	+	R	TG
	+	Ç	FR
Worden	*	٧	ZH
Mugny	+	G	GE
Muller Erich	+	R	ZH
Muller-Hemmi	+	S	ZH
Nabholz	+	Œ	ZH
Neirynck	*	С	٧D
Oehrlı	+	٧	BE
Pedrina	*	S	TI
Pelli	=	R	TI
Pfister Theophil	+	٧	SG
Polla	+	L	GE
Raggenbass	+	C	TG
Randegger	*	R	BS
Rechsteiner Paul	+	S	SG
Rechsteiner-Basel	+	S	BS
Rennwald	+	S	JU
Rıklın	+	С	ZH
Robbiani	+	C	TI
Rossini	+	S	٧S
Ruey	+	Ĺ	VD
Sandoz Marcel	*	R	VD
Schenk	+	v	BE
Scherer Marcel	+	v	ZG
Scheurer Rémy	+		NE
Schibli	*	v	ZH
Schluer	+	v	ZH
Johnson	-	٧	411
absent / assente			

	,		77
Schmid Odılo	+	С	۷S
Schmied Walter	+	V	BE
Schneider	*	R	BE
Schwaab	*	S	۷D
Seiler Hanspeter	+	٧	BE
Siegrist	+	٧	AG
Sımoneschi-Cortesi	+	С	TI
Sommaruga	+	S	BE
Speck	*	٧	AG
Spielmann	*	-	GE
Spuhler	*	٧	TG
Stahl	+	٧	ZH
Stamm Luzı	+	٧	AG
Steinegger	*	R	UR
Steiner	*	R	SO
Strahm	*	s	BE
Studer Heiner	+	Ε	AG
Stump	*	S	AG
Suter	+	R	BE
Teuscher	+	G	BE
Thanei	+	S	ZH
Theiler	0	R	LU
Tillmanns	*	s	VD
Triponez	+	R	
Tschappat	*	s	BE
Tschuppert	*	R	LU
Vallender	*	R	AR
Vaudroz Jean-Claude	*	C	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Vermot	*	s	BE
Vollmer	+	s	BE
Waber Christian	*	Ē	BE
Walker Félix	-	C	SG
Walter Hansjorg	-	V	TG
Wandfluh	+	Ÿ	BE
Wasserfallen	+	R	BE
Weigelt	+	R	SG
	+	V	BE
Weyeneth		s	LU
Widner	+	C	SG
Windowski	+	E	-
Wiederkehr	+	_	ZH
Wirz-von Planta	+		BS
Wittenwiler	+	R	SG
Wyss Ursula	+	S	BE
Zach	+	C	AG
Zanetti	+	S	S0
Zapfl	_	С	ZH
Zbinden	+	S	AG
Zisyadıs	0	-	VD
Zuppiger	0	٧	ZH

Ergebnisse / Résultats:

Gesamt / Complète / Tutto	
ja / oui / si	131
nein / non / no	5
enth. / abst. / ast.	8
entschuldigt / excusé / scusato	55

Fraktion / Groupe / Gruppo	С	G	L	R	S	E	٧	-
ja / oui / sì	26	10	4	20	35	4	32	0
nein / non / no	4	0	0	1	0	0	0	0
enth. / abst. / ast.	0	0	0	4	0	0	3	1
entschuldigt / excusé / scusato	5	0	2	17	16	1	10	4

Bedeutung Ja / Signification de oui. Bedeutung Nein / Signification de non:

29.01.2002 11:50:17/ 0028

Identif: 46 . 10/13.12.2001 19:41:10 Ref.: (Erfassung) Nr: 1944

⁺ ja/oui/sì

^{*} entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente

⁼ nein / non / no o enth. / abst. / ast.

hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato
Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes



NATIONAL RAT

Abstimmungsprotokoll

Ref. 3573

Namentliche Abstimmung / Vote nominatif

CONSEIL NATIONAL

Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI)

Gegenstand / Objet du vote:

Vote final

Abstimmuna vom / Vote du: 21.03.2003 08:56:21

Abstimmung vo	om /	V	ote	dι	ı: 21.03.
Abate	+	R	TI		Fehr Hans
Aepplı Wartmann	+	S	ZH	ı	Fehr Hans-J
Aeschbacher	+	Ε	ZH	,	Fehr Jacque
Antille	+	R	VS	ĺ	Fehr Lisbeth
Baader Caspar	+	٧	BL		Fehr Mario
Bader Elvira	+	С	so		Fetz
Banga	+	S	S0	ı	Fischer-See
Bangerter	+	R	BE		Fòhn
Baumann Alexander	=	٧	TG		Freund
Baumann Ruedi	+	G	BE	ŗ	Frey Claude
Baumann Stephanie	+	s	BE	i	Gadient
Beck	+	L	VD	i	Galli
Berberat	+	s	NE	Ī	Garbani
Bernasconi	+	R	GE		Genner
Bezzola	+	-	GR	•	Giezendann
Bigger	0	V	SG	. 4	Glasson
Bignasca	*	-	TI	1	Glur
Binder	+	V	ZH		Goil
Blocher	+	v	ZH		Graf
Borer	=	v	S0	}	Grobet
Bortoluzzi	+	v	ZH	ŀ	Gross Andre
Bosshard	+	R	ZH	ŀ	Gross Jost
Bruderer		S	AG	L	Guisan
	+		SG	i	
Brunner Toni	*	V	VD	ŀ	Gunter Gutzwiller
Bugnon Buhlmann	+		LU	Į	Gutzwiller Gysin Hans
Buhrer	+	R	SH	-	
Cavalli	+	S	TI	ŀ	Gysin Remo
		_			Haering Bind Haller
Chappuis	+		FR	-	
Chevrier	+		VS	-	Hämmerle
Christen	#		VD		Hassler
Cina	+		VS	1	Heberlein
Cuche	+		NE	ŀ	Hegetschwe
de Dardel	+	S	GE	ŀ	Heim
Decurtins	+		GR	-	Hess Berhar
Donzé	+	E	BE	ļ	Hess Peter
Dormann Rosemarie	+		LU		Hess Walter
Dormond Marlyse	+		VD		Hofmann Ur
Dunant	+		BS	1	Hollenstein
Dupraz	+	_	GE	ŀ	Hubmann
Eberhard	+		SZ	Ļ	Imfeld
Egerszegi	+		AG	L	Imhof
Eggly	*	L	GE	L	Janiak
Ehrler	+	_	AG	Ĺ	Joder
Engelberger	+		NW	-	Jossen
Estermann	+		LU	- 1	Jutzet
Fasel	+		FR	ш	Kaufmann
Fassler	+	S	SG	Ĺ	Keller Rober
Fattebert	+		۷D	Ĺ	Kofmel
Favre	+	R	۷D		Kunz
	-				

-							. — .			
	+	R	TI		Fehr Hans	+	V	ZH		Ku
	+	S	ZH		Fehr Hans-Jurg	+	S	SH		La
-	+	Ε	ZH	1 '	Fehr Jacqueline	+	S	ZH		La
_	+	R	VS	1	Fehr Lisbeth	+	٧	ZH		La
	+	٧	BL	1	Fehr Mario	+	S	ZH		La
_	+	С	so	1	Fetz	+	S	BS		Le
	+	s	SO	1	Fischer-Seengen	+	R	AG		Le
	+	R	BE	1	Föhn	+	٧	SZ		Le
_	=	٧	TG		Freund	+	٧	AR		Le
	+	G	BE	1	Frey Claude	+	R	NE		Lo
_	+	s	BE	1 :	Gadient	+	V	GR		Lu
_	+	L	VD	1 1	Galli	+	С	BE		Ma
_	+	s	NE	1	Garbani	+	S	NE		Ma
_	+	R	GE		Genner	+	G	ZH		Ma
	+	R	GR	1 '	Giezendanner	+	V	AG		Ma
	0	V	SG		Glasson	+	R	FR		Ma
_	*	-	Ti	1	Glur	+	V	AG		Ma
-	+	V	ZH		Goll	+	s	ZH		Ma
	+	v	ZH	1	Graf	+	Ğ	BL		Ma
	=	v	SO		Grobet	+	s	GE		Ma
	+	v	ZH		Gross Andreas	+	s	ZH		Me
	+	Ř	ZH		Gross Jost	+	š	TG		Mé
-	+	s	AG		Guisan	+	Ř	VD.		Me
_	+	7	SG	l	Gunter	+	s	BE		Me
	*	V	VD	1 1	Gutzwiller	+	R	ZH		Mö
	+	Ğ	LU		Gysin Hans Rudolf	*	R	BL		Mu
	+	R	SH		Gysin Remo	+	S	BS		Mu
	+	S	TI		Haering Binder	+	s	ZH		Mu
	+	S	FR	1 1	Haller	+	v	BE		Na
_	+	С	VS	,	Hämmerle	+	s	GR		Ne
	#	R	VD	1	Hassler	+	v	GR		Oe
-	+	C	VS	;	Heberlein	+	Ř	ZH		Pe
-	+	Ğ	NE		Hegetschweiler	+	R	ZH		Pe
	+	S	GE		Heim	+	C	SO		Pfi
	+	c	GR		Hess Berhard	+	-	BE		Po
	+	Ë	BE		Hess Peter	0	С	ZG		Ra
-	+	ċ	LU		Hess Walter	*	C	SG		Ra
	+	S	VD	[Hofmann Urs	+	s	AG		Re
-	+	Ÿ	BS	:	Hollenstein	+	G	SG		Re
-	+	R	GE	,	Hubmann	+	s	ZH		Re
-	+	Ċ	SZ		Imfeld	+	C	OW		Rik
	+	R	AG		Imhof	+	č	BL	ļ	Ro
-	*	i.	GE	ŀ	Janiak	+	S	BL	į	Ro
_	+	c	AG		Joder	+	v	BE		Ru
-	+	Ŧ	NW		Jossen	+	s	VS		Sa
	+	ċ	LU		Jutzet	+	s	FR		Sa
+	+	Ğ	FR	-	Kaufmann	+	v	ZH		Scl
1	+		SG	1	Keller Robert	+	Ť	ZH		Scl
-	+	v	VD		Kofmel	+		SO		Scl
-	+	Ř	VD		Kunz	*		LU		Scl
نـ			Įνυ	ı l	INMILE	<u> </u>		LU		Ju

Kurrus	+	R	BL
Lachat	+	C	JU
Lalive d'Epinay	+	R	SZ
Laubacher	+	V	LU
Lauper	+	С	FR
Leu	+	С	LU
Leutenegger Hajo	+	R	ZG
Leutenegger Susanne	+	S	BL
Leuthard	+	C	AG
Loepfe	0	C	AI
Lustenberger	+	c	LU
Maillard	+	S	VD
Maitre	+	c	GE
Mariétan	+	Č	VS
Marti Werner	+	s	GL
Marty Kälin	+	s	ZH
Maspoli	*	-	TI
Mathys	+	V	AG
	+	v	ZH
Maurer	+		
Maury Pasquier	+	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Ménétrey Savary	+	G	VD
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	+	С	FR
Mörgeli	+	٧	ZH
Mugny	; +	G	GE
Muller Erich	+	R	ZH
Muller-Hemmi	+	S	ZH
Nabholz	+	R	ZH
Neirynck	+	C	VD
Oehrli	+	٧	BE
Pedrina	+	S	TI
Pelli	+	R	TI
Pfister Theophil	=	٧	SG
Polla	+	L	GE
Raggenbass	+	С	TG
Randegger	*	R	BS
Rechsteiner Paul	+	S	SG
Rechsteiner-Basel	+	S	BS
Rennwald	. +	Ş	JU
Riklın	+	С	ZH
Robbiani	+	С	TI
Rossini	+	S	٧s
Ruey	+	Ĺ	VD
Salvi	+	s	VD
Sandoz Marcel	+	R	VD
Schenk	+	٧	BE
Scherer Marcel	+	Ť	ZG
Scheurer Rémy	+	Ť	NE
Schibli	+	$\overline{\nabla}$	ZH
JUIIDII	т.	<u>v</u>	411

Schluer	+	٧	ZH
Schmid Odılo	+	С	۷S
Schmied Walter	+	٧	BE
Schneider	+	R	BE
Schwaab	+	S	۷D
Seiler Hanspeter	+	٧	BE
Siegrist	+	٧	AG
Simoneschi-Cortesi	+	С	TI
Sommaruqa	+	s	BE
Speck	+	V	AG
Spielmann	+	-	GE
Spuhler	*	V	TG
Stahl	+	V	ZH
Stamm Luzi	+	v	AG
Steinegger	*	R	UR
Steiner	- +	R	SO
Strahm	÷	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	+	S	AG
Suter	+	R	BE
		G	
Teuscher	+	S	BE ZH
Thanei	+		
Theiler		R	LU
Tillmanns	+	S	VD
Triponez	+	R	BE
Tschappat	+	S	BE
Tschuppert	+	R	LU
Vallender	+	R	AR
Vaudroz Jean-Claude		C	GE
Vaudroz Rene	+	R	۷D
Vermot	+	S	BE
Vollmer	+	S	BE
Waber Christian	+	Ε	BE
Walker Félix	0	С	SG
Walter Hansjörg	+	٧	TG
Wandfluh	=	٧	BE
Wasserfallen	+	R	BE
Weigelt	+	R	SG
Weyeneth	=	٧	BE
Widmer	+	S	LU
Widrig	+	С	SG
Wiederkehr	+	Е	ZH
Wirz-von Planta	+	L	BS
Wittenwiler	+	R	SG
Wyss Ursula	+		BE
Zach	+		AG
Zanetti	+	S	SO
Zapfl	+	С	ZH
Zisyadis	+	-	۷Ď
Zuppiger	+	٧	ZΗ

Ergebnisse / Résultats:

Gesamt / Complète / Tutto	
ja / oui / sı	178
nein / non / no	5
enth. / abst. / ast.	4
entschuldigt / excusé / scusato	12

Fraktion / Groupe / Gruppo	С	G	L	R	S	Ε	٧	-
ja / ouɪ / sì	30	10	5	37	52	5	36	3
nein / non / no	0	0	0	0	0	0	5	0
enth. / abst. / ast.	3	0	0	0	0	0	1	0
entschuldigt / excusé / scusato	2	0	1	4	0	0	3	2

Bedeutung Ja / Signification de oui: Bedeutung Nein / Signification de non:

21.03.2003 08:56:43/ 0007

Identif: 46.17/21.03.2003 08:56:21

Ref.: (Erfassung) Nr:3573

ja / oui / sì

^{*} entschuldigt / excusé / scusato, abwesend / absent / assente

nein / non / no enth. / abst. / ast.

hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato # Der Präsident stimmt nicht / Le président ne prend pas part aux votes